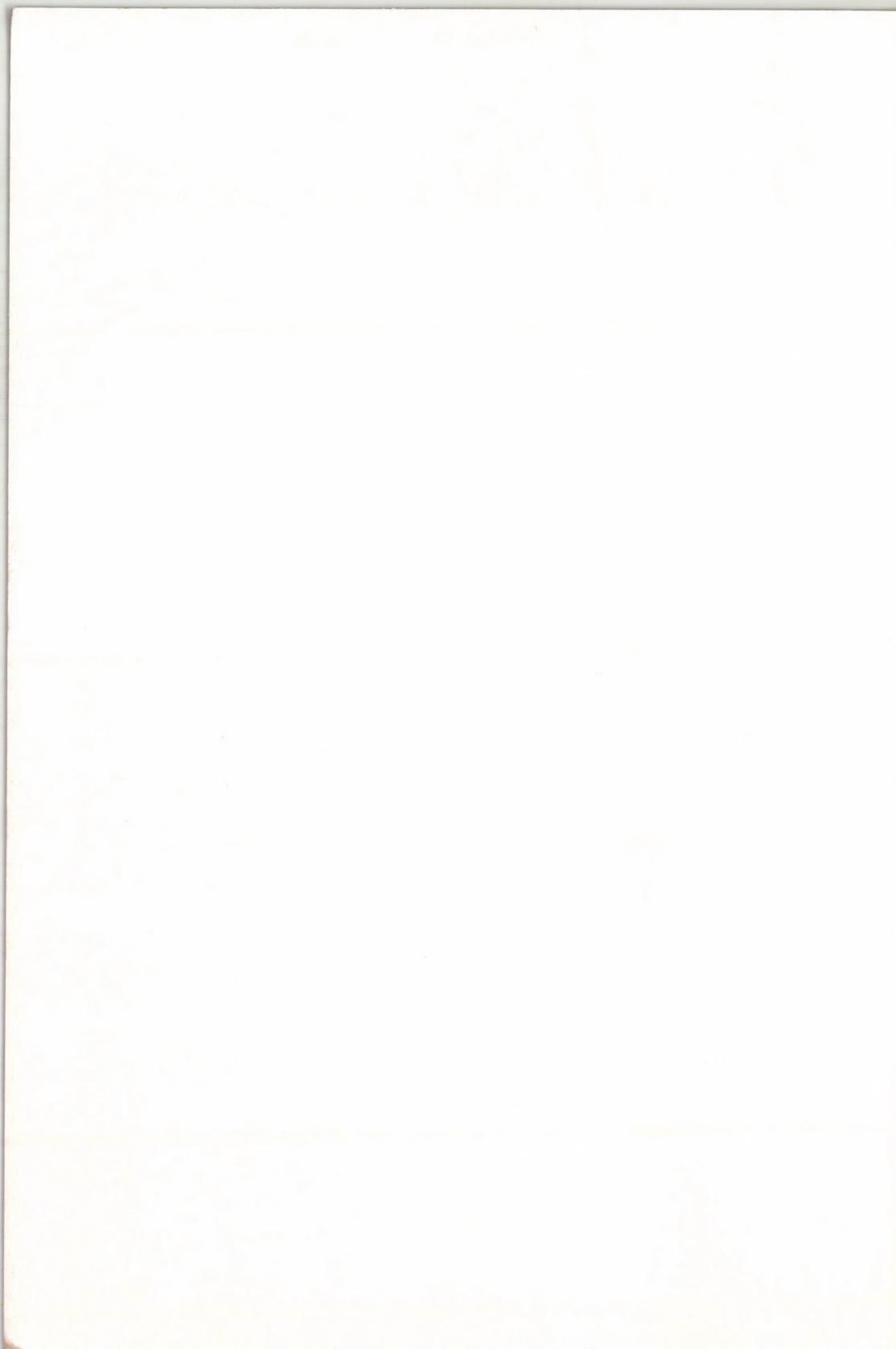




János Kornai **Unterwegs**
Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung
in Ungarn

metropolis



János Kornai: Unterwegs

János Kornai

UNTERWEGS

Essays
zur wirtschaftlichen Umgestaltung
in Ungarn

Aus dem Englischen übersetzt von
Carla Krüger

Metropolis Verlag
Marburg 1996

Abbildung auf dem Umschlag: Paul Klee: »Hauptweg und Nebenwege«, 1929, 90 (R 10), Öl auf Leinwand; Wallraff-Richartz-Museum, Köln, Inv. Nr. WRM 3253

Copyright: VG Bild-Kunst, Bonn 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kornai, János

Unterwegs: Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn / János Kornai. Aus dem Englischen Übersetzt von Carla Krüger. – Marburg: Metropolis-Verl., 1996

ISBN 3-89518-092-0

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

Postfach 1748, D-35007 Marburg

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 1996

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Rosch Buch, Hallstadt

ISBN 3-89518-092-0

Inhalt

Vorwort	7
1. Der postsozialistische Übergang. Ein allgemeiner Überblick	17
2. Der postsozialistische Übergang und der Staat. Überlegungen im Lichte der ungarischen Fiskalprobleme	39
3. Die Entwicklung der finanziellen Disziplin im postsozialistischen System	75
4. Transformationsrezession. Untersuchung eines allgemeinen Phänomens am Beispiel der ungarischen Entwicklung	97
5. Die Beseitigung der Mangelwirtschaft. Eine allgemeine Analyse und Untersuchung der Entwicklung in Ungarn	151
6. Andauerndes Wachstum als höchste Priorität. Makroökonomische Spannungen und Regierungspolitik in Ungarn	207
7. Die Dilemmata der ungarischen Wirtschaftspolitik	259
8. Die Rechnung für den Gulaschkommunismus. Die ungarische Entwicklung und Makrostabilisierung aus einer politökonomischen Perspektive	285
Literatur	363
Ausführliches Inhaltsverzeichnis	389
Tabellenverzeichnis	393
Abbildungsverzeichnis	396
Personenregister	397
Sachregister	401

Vorwort

Die acht Studien, die in diesem Band zusammengefaßt sind, habe ich aus meinem Schaffen im Zeitraum 1992–1996 ausgewählt. Jede Studie könnte einzeln gelesen und ohne weiteres verstanden werden, doch alle verbindet ein gemeinsamer Themenbereich, der auch im Titel des Bandes zum Ausdruck kommt. Alle Studien handeln von den zur Freude reichenden Erlebnissen, den Sorgen bereitenden Schwierigkeiten und den Erfahrungen, die sich für Ungarn und darüber hinaus für den ganzen – früher im Rahmen des sozialistischen Systems lebenden – Raum ergeben und daraus resultieren, daß die Länder *unterwegs* sind – vom Regime der sozialistischen Befehlswirtschaft und der politischen Diktatur zu einer auf Privateigentum fußenden Marktwirtschaft und Demokratie.

Die Völker des einstigen Zarenreiches waren die ersten, später schlossen sich ihnen auch die übrigen unter die Herrschaft der kommunistischen Partei geratene Völker an, um den „Ersten Weg“ der kapitalistischen Entwicklung zu verlassen und einen neuen „Zweiten Weg“ zu beschreiten, der zur Herausbildung des sozialistischen Systems führte. Nach Jahrzehnten wurde für sie jedoch zunehmend deutlicher: Der Sozialismus in seiner klassischen Form ist eine Sackgasse. Die Feind und Freund gleichermaßen bedrohenden Repressionen steigerten sich ins Unerträgliche, die anfangs stürmisch anlaufende Entwicklung verlangsamte sich, und der Rückstand zur technischen Entwicklung, Innovation, Produktqualität und zum Lebensstandard der entwickelten kapitalistischen Länder wurde immer größer. Viele, die einmal begeisterte Anhänger der sozialistischen Ordnung gewesen waren, verloren ihren blinden Glauben an das System und begannen zu zweifeln.

Mehrere Studien dieses Bandes, insbesondere Kapitel 7, handeln von jener Phase der Wegsuche, dem *Reformprozeß*, der sich innerhalb des sozialistischen Systems vollzog. Ließ sich auf den alten, unveränderten Fundamenten ein bequemeres, verlockenderes Gebäude errichten? Die Verkünder des Reformsozialismus hofften, daß es ihnen gelingen würde, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die sich sowohl vom Kapitalismus als auch vom klassischen Sozialismus vorteilhaft unterscheiden würde. Mit anderen Worten,

sie wollten die Gesellschaft vom Ersten (kapitalistischen) und vom Zweiten (stalinistischen, klassisch-sozialistischen) Weg zu einem neuartigen Dritten Weg führen. Und diesen Weg betrachteten die Anhänger des Reformsozialismus nicht als eine Verbindungsstraße, die zum kapitalistischen Ersten Weg zurückführen sollte, sondern als einen Dritten Weg *sui generis*, auf dem sie „selbstberechtigt“ und *beständig* voranschreiten konnten. Die Baumeister des Reformsozialismus wollten Pläne für ein stabiles, allen Stürmen trotzendes gesellschaftliches Bauwerk erarbeiten.

Dieses Unterfangen – der größte Versuch des zwanzigsten Jahrhunderts auf der Suche nach einem dritten Weg – war zum Scheitern verurteilt. Der Reformsozialismus erwies sich als Irrweg. Was nicht heißen soll, daß der Reformprozeß keine günstigen Ergebnisse gebracht hätte. Der Würgegriff der Repressionen lockerte sich, und in die Mauern und Stacheldrahtzäune, die den Raum von der westlichen Welt trennten, wurden Breschen geschlagen. In der Wirtschaft wuchs die Selbständigkeit der Manager, die anfangen, Erwartungen und Verhaltensmuster der Marktwirtschaft zu erlernen, und es bildete sich, wenn auch begrenzt, ein formeller und informeller Privatsektor heraus. Über die minimalen günstigen Auswirkungen im alltäglichen Leben hinaus bestand die in welthistorischem Maßstab bedeutendste positive Auswirkung der Reform jedoch darin, daß sie mit enormer Kraft zur Erosion des sozialistischen Systems beitrug. Denn sie wollte einander fremde, nicht miteinander zu vermischende Elemente zusammenbringen. Die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei sollte bestehen bleiben, aber es sollte auch „Demokratie“ geben; das staatliche Eigentum sollte weiterhin dominieren, aber es sollte auch der Markt funktionieren – die Reformdenker wollten Wasser und Feuer zugleich. Das erbarmungslose, doch kohärente klassische System wurde von einem inkohärenten, durch unlösbare innere Widersprüche und Spannungen belasteten Reformsozialismus abgelöst. Eine Führungsschicht, die zu Führung und Entscheidung immer unfähiger wurde, ihren Glauben und ihre Selbstsicherheit verloren hatte und auch nicht in der Lage war, die frühere Repression, das große Disziplinierungsmittel, hart und konsequent anzuwenden, versuchte sich krampfhaft an die Machtpositionen zu klammern. Als schließlich die beiden wichtigen Bindemittel im Bauwerk des sozialistischen Systems, die Repression und der Glaube der Führungsschicht, völlig zerbröckelt waren, stürzte das Gebäude ein. Und anstelle der Reform trat die Revolution auf die Tagesordnung.¹

¹ Meine Schrift [1992b] (1995) befaßt sich mit einer umfassenden und eingehenden Analyse der funktionellen Regelmäßigkeiten, der Reform und des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems.

Worin liegt der Unterschied zwischen Reform und Revolution? Nach meiner Auffassung ist das Kriterium der Differenzierung im vorliegenden Kontext nicht das Tempo der Veränderung und auch nicht deren friedlicher oder gewaltsamer Ablauf, sondern Tiefe und Radikalismus der Umgestaltung. Solange die kommunistische Partei die ungeteilte Macht hat und ihr auf administrativem Wege verteidigtes Monopol der offiziellen Parteiideologie bestehen bleibt, kann höchstens von einer Reform des bestehenden sozialistischen Systems gesprochen werden. Eine revolutionäre Veränderung tritt erst dann ein, wenn sich die politische Struktur eben im Hinblick auf diese wesentlichen Merkmale grundlegend verändert. In Ungarn ist die *Kontinuität und Progression* der Veränderungen in zahlreichen Sphären gut zu beobachten: in der Durchsetzung des Privateigentums und der auf freien Preisen beruhenden Marktmechanismen, in der makroökonomischen Situation und in der Gesetzgebung. Zur Kontinuität gesellt sich aber an einem bestimmten Punkt auch Diskontinuität, zu den quantitativen Veränderungen kommt ein Qualitätssprung: Im Mai 1990 hört das Einparteiensystem auf, und es beginnt eine Periode der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems. Mit der Aufhebung der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei ist das größte Hindernis des Weges beseitigt: die Gesellschaft kann zum Ersten Weg, dem Weg der kapitalistischen Entwicklung zurückkehren.²

Es wäre falsch, wollten wir uns diesen Weg wie eine Art Autobahn vorstellen, die die Ausgangsstation eindeutig und notwendigerweise auf der kürzesten Strecke mit einer einzig in Betracht kommenden Zielstation verbindet. Behandeln wir zunächst einmal die Frage der *Zielstation*. So wie eigentlich auch das sozialistische System eine *Systemfamilie* war, in der sich die Familienmitglieder in vieler Hinsicht voneinander unterschieden, so stellt auch der Kapitalismus eine Systemfamilie dar. Der Historiker würde sicher in jedem einzelnen Land individuelle, sich nicht wiederholende Züge des dort zustande gekommenen Gebildes sehen. Und auch wenn wir versuchen zu verallgemeinern und in hohem Grade zu abstrahieren, lassen sich noch immer vielfältige Abarten des Kapitalismus unterscheiden. An dieser Stelle sollen zur Veranschaulichung nur einige Typen mit „geographischen“ Namen symbolisiert werden: Wir können z.B. differenzieren zwischen dem

²Die zuvor schon verwendete Metapher kann fortgeführt werden: Obwohl die Initiatoren der Reform die Experimente für einen Dritten Weg vorgesehen hatten, ist in Wirklichkeit eine Verbindungsstraße daraus geworden, auf der man zum Ersten Weg zurückkehren kann. Die Reform war eine nützliche Vorbereitung für die im Rahmen des Systemwechsels vor sich gehende kapitalistische Entwicklung.

USA-Kapitalismus, der weitgehend auf Individualismus beruht und dem Staat eine eng begrenzte Rolle zugesteht, dem skandinavischen Wohlstandskapitalismus mit einer hochgradigen Neuverteilung, dem japanischen Kapitalismus mit starker staatlicher Einmischung und einer Verflechtung des Bank- und industriellen Großkapitals und so weiter. Welcher Kapitalismus also soll das Modell sein, dem es zu folgen gilt? Oder um welche Kombination von Modellen, eventuell um welche bisher noch nirgendwo realisierten Merkmale soll sich das Land bei der Gestaltung des Kapitalismus bemühen?

Nehmen wir an, wenigstens die Zielstation ist für die Parteien und die Regierung, die gerade an der Macht sind, in allen Ländern gegeben. Auch dann ist der dorthin führende Weg auf keiner Landkarte vorgezeichnet. Nur aus der Höhe eines Raumschiffes mag der „Erste Weg“ wie eine einzige lange Wegstrecke erscheinen. Aus der Höhe eines Hubschraubers ist schon besser zu erkennen, daß er sich eigentlich aus vielen kleineren und größeren Haupt- und Nebenstraßen,³ verschlungenen Pfaden, steilen Anstiegen und Abhängen zusammensetzt. Es stimmt, daß alle Wege zum Kapitalismus führen, die Frage ist nur: zu welcher Art von Kapitalismus genau, wie schnell und unter welchen Opfern, besser gesagt: wer sind die Gewinner und wer sind die Verlierer? Jede Abzweigung ist ein Scheideweg. Darum sind wir, auch wenn die „Hauptstraße“ von den meisten akzeptiert und befürwortet wird, immerzu gezwungen zu wählen.

Der größte Teil der Studien dieses Bandes befaßt sich mit den Scheidewegen, die sich uns in der postsozialistischen Wirtschaft auftun.⁴ Ein Teil der Schriften, insbesondere Kapitel 5, enthält fast ausschließlich positive

³ Das Gemälde des großartigen schweizerischen Malers Paul Klee, das auf dem Umschlag dieses Buches abgebildet ist, zeigt ein kompliziertes Wegenetz. Die Arbeit heißt *Hauptweg und Nebenwege*. Als mir Albert O. Hirschman vom Princeton Institute for Advanced Study, in dessen Buch *Journeys toward Progress* es erschien, eine Reproduktion dieser Arbeit zeigte, wurde mir klar, daß dieses wunderschöne Gemälde und sein Titel genau ausdrücken, was dieses Buch zu vermitteln sucht. Es gibt ein Netz von Hauptwegen, Nebenwegen und Gabelungen, aber letztendlich führen sie alle in dieselbe Richtung, nach oben.

⁴ Lange Zeit untersuchte ich das sozialistische System in einer ausschließlich positiven Annäherung und vermiß praktische Vorschläge an die Führung. In meiner Studie *Leidenschaftliches Pamphlet in Sachen wirtschaftlicher Übergang* aus dem Jahre 1989 (Titel der englischen Ausgabe: *The Road to a Free Economy*, 1990) habe ich dann radikal mit dieser Einstellung gebrochen. Das Pamphlet enthielt – an bestimmte politische Bedingungen geknüpfte – Vorschläge, die ich dem 1990 frei zu wählenden Parlament und der vom Parlament dann zu betrauenden legitimen Regierung zgedacht hatte. Die hier in diesem Band enthaltenen Studien über den postsozialistischen Übergang sind eine Weiterentwicklung bzw. – wo ich es für notwendig erachtete – auch eine Korrektur der normativen Gedanken jener Publikation von 1989/1990.

Darstellungen und Prädiktionen. In den übrigen Abhandlungen ist positive mit normativer Annäherung kombiniert. Ich war bemüht, dem Leser stets deutlich zu machen, wo die positive Analyse der Realität endet und wo die auf Werturteilen beruhende normative Stellungnahme anfängt.

Es liegt mir fern, den Eindruck zu erwecken, als fände sich in der gegebenen Situation für uns nur ein „einziger Weg“. Eher könnte ich sagen, daß es mich irritiert, wenn ein anderer seinen Standpunkt mit diesem Kommentar „verkaufen“ will. Es gibt immer eine Wahlmöglichkeit, auch dann, wenn die Häufung der realisierbaren Alternativen von der früheren historischen Entwicklung eingeengt wurde. Streng genommen gibt es nie nur eine einzige „Zwangslaufbahn“; der Politiker, der sich darauf beruft, will von vornherein seine eigene Verantwortung mindern. Der vorliegende Band möchte ebenso wie meine früheren Publikationen gerade die gegenteilige Ansicht verbreiten: diejenigen, die das Entscheidungsrecht in der Hand halten, stehen – ob es sich nun um die parlamentarische Mehrheit, die Regierung oder den Minister handelt – vor dem Dilemma der Wahl, und sie tragen für ihre Entschlüsse die volle Verantwortung.

Auch wenn ich in der einen oder anderen Arbeit Vorschläge unterbreite, sind dies zumeist bedingte Angebote, und es wird auf die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen der Realisierung des Vorschlages hingewiesen. Ich halte mich nicht für einen Propheten, dem eine innere Stimme die Aufgaben diktiert. Ich bin Forscher, auch wenn ich versuche, praktische wirtschaftspolitische Vorschläge zu formulieren. Die Betonung liegt in erster Linie darauf, daß ich aufzeige, was spricht für und was spricht gegen die Annahme des Vorschlages, was ist der „Preis“ einer Maßnahme und mit welchem Risiko ist sie verbunden. Ich bemühe mich, die verborgenen Fallen einer Situation, die Widersprüche, Stolpersteine und „Teufelskreise“ aufzudecken. Ich möchte die „trade-offs“ und Umwechslungsverhältnisse der verschiedenen wertmäßigen Wahlmöglichkeiten beleuchten. Die vollkommene Selbstsicherheit möge das Privileg der Politiker bleiben. Dem wissenschaftlichen Forscher fällt in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Rolle zu, die mögliche Entscheidungsalternativen und ihre Folgen zu klären, rechtzeitig auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, Zweifel vorzubringen und Unsicherheiten aufzuzeigen.

Insoweit ist dieser Band und alle acht darin enthaltenen Studien eine gerade Fortsetzung meiner früheren Studienbände: *Contradictions and Dilemma* und *Vision and Reality: Market and State*, die schon im Titel diese zweifelnde, forschende Anschauung zum Ausdruck bringen, die Alternativen erwägt und miteinander in Konflikt geratene Werte vergleicht. Doch nicht

nur die reale Gesellschaft versucht, inmitten der Dilemmata einen Weg zu finden, auch meine persönliche Forscherlaufbahn ist davon gekennzeichnet. Ich ringe selbst mit den früheren und gegenwärtigen Wertekonflikten, über die ich in meinen Arbeiten schreibe.

Die intellektuelle Ehrlichkeit erfordert, wie ich meine, daß ich alle meine Studien in der Originalfassung veröffentliche.⁵ In einigen Fragen hat sich mein Standpunkt inzwischen geändert. Das äußert sich entweder in einer später verfaßten und in diesen Band aufgenommenen Arbeit, in der ich dann auch kritisch auf meine frühere Schrift verweise, oder es ist den nachträglich für diesen Band formulierten (und vom Originaltext deutlich zu unterscheidenden) Fußnoten bzw. dem Kapitel 6 nachträglich angefügten Epilog zu entnehmen, wo ich dem Leser meinen später eingenommenen Standpunkt erläutere, so daß er der Änderung meines Gedankenganges folgen kann.⁶ Den Leser möchte ich in jedem Fall darauf hinweisen, daß es sich um nachträgliche Anmerkungen handelt, wobei ich keinesfalls von dem billigen Vorwand Gebrauch machen will, ich würde früher veröffentlichte Schriften aus der Sicht später erworbener Erfahrungen heraus korrigieren. Möglicherweise hatten meine Studien eine positive oder negative Wirkung auf den Gang der Ereignisse. Wenn das so ist, dann muß ich die Verantwortung übernehmen – für jede meiner Schriften, und zwar in der Form, wie sie ursprünglich publiziert wurde.

Leser und Kritiker des Studienbandes mögen sich an einer Gegenüberstellung von Prädiktion, Widmung und tatsächlichen Ereignissen versuchen und die Abweichungen bewerten. Sie werden feststellen, daß in der einen oder anderen Frage die Prognose „zutraf“ und sich die Voraussage aller Gefahren bestätigt hat, während sich an anderer Stelle – durch Faktoren, die ich seinerzeit nicht vorausgesehen habe – die Lage anders entwickelte.

⁵ Dieser Gesichtspunkt verlangt zugleich, daß die ursprünglichen Studien hier ohne Veränderungen und Kürzungen wiedergegeben werden. Außerdem spricht auch der weiter oben angeführte Gedanke, daß jede Schrift für sich eine abgerundete, alleinverständliche Lektüre sein soll, für den vollständigen Abdruck. Ich denke da an den Leser – sei er Forscher oder Student –, der vielleicht nicht den ganzen Band, sondern nur einen Teil davon lesen will. Diese beiden Gesichtspunkte machen meiner Meinung nach auch den Nachteil wett, daß durch die vollständige, unveränderte Wiedergabe die eine oder andere Studie des Bandes kleinere Wiederholungen aus früheren Darlegungen enthält. Die inhaltlich originalgetreue Wiedergabe des Textes gestattet mir aber durchaus eine formale redaktionelle Bearbeitung, die ich z. B. hinsichtlich der einheitlichen Terminologie und Typologie für notwendig hielt.

⁶ An ein oder zwei Stellen, wo ich beim Lesen des Textes zu einem späteren Zeitpunkt das Gefühl hatte, hier müßte zur Klärung einiges ergänzt werden, um Mißverständnisse zu vermeiden, habe ich ebenfalls nachträglich Fußnoten angefügt.

Es gab Vorschläge, die verwirklicht wurden, aber nicht wenige waren auch in den Wind geredet. Aus heutiger Sicht habe ich die Absicht, einmal zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt auf diese Prädiktionen und Vorschläge zurückzukommen, wenn der Abstand zum Zeitraum 1990–1996 schon groß genug ist, um dann sozusagen als Außenstehender meine früheren Arbeiten zu betrachten.

Einige meiner Abhandlungen beschäftigen sich mit der ganzen postsozialistischen Region, doch die meisten meiner Schriften haben Ungarn zum unmittelbaren Gegenstand. Nicht nur in den Studien dieses Bandes, auch in meinem ganzen Schaffen war und bin ich vor allem ein ungarischer Ökonom, der die Sorgen dieses Landes durchlebt und diesem Volk helfen möchte. Immer waren es vor allem die ungarischen Erfahrungen, die mich zu theoretischen Überlegungen inspirierten. Zugleich habe ich mich in meinen Vorlesungen auf internationalen Veranstaltungen bemüht, am Beispiel Ungarns das zu erkennen und herauszufiltern, was sich verallgemeinern läßt und über die Landesgrenzen hinaus lehrreich sein kann. An dieser Stelle taucht somit die Frage auf: Was kann der vorliegende Band dem deutschen Leser bieten?

Zwar trägt die Vergangenheit eines jeden postsozialistischen Landes individuelle Züge und jedes Land beginnt das neue Kapitel der Geschichte mit seinem eigenen Erbe, doch sind die gemeinsamen Charakteristika von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In jedem Land tauchen Probleme auf, die – mögen sie auch in Form und Intensität unterschiedlich sein – im Grunde genommen einander gleichen. Ich will einige Beispiele nennen: in der Verteilung der Eigentumsrechte vollzieht sich eine tiefgreifende Veränderung, ein großer Teil der staatlichen Unternehmen wird privatisiert, der Privatsektor entwickelt sich, die Preise werden freigegeben, der frühere Arbeitskräftemangel wird von Massenarbeitslosigkeit abgelöst, die Produktion fällt enorm zurück, ein großer Teil der früheren Kapazität bleibt ungenutzt oder wird endgültig abgebaut, während anderswo neue Wirtschaftszweige entstehen. Ich erwähne hier nur die Erscheinungen, die in allen postsozialistischen Ländern zu finden sind, inbegriffen das ehemalige Ostdeutschland, die heutigen östlichen Bundesländer Deutschlands.

Auch der Ostteil Deutschlands ist unterwegs. Der Wechsel war hier einerseits drastischer, härter, radikaler und schneller als in allen anderen ehemaligen sozialistischen Ländern. Andererseits vollzog er sich aber auch unvergleichlich leichter, denn diese postsozialistische Region verschmolz mit einer funktionierenden, sogar prosperierenden echten Marktwirtschaft. Die ostdeutschen Länder bekamen von den übrigen Teilen Deutschlands

mehr finanzielle Unterstützung, als alle anderen postsozialistischen Länder zusammengenommen von der gesamten westlichen Welt erhielten. Die Ungarn sagten manchmal mit etwas Selbstironie und auch ein wenig neidisch: Wir hatten eben kein West-Ungarn, das ganze Land war ein einziges Ost-Ungarn ... Dennoch bin ich mir durchaus darüber im klaren, daß die ostdeutsche Umgestaltung für den größten Teil der dortigen Bevölkerung eine schmerzhaft Operation mit vielen bitteren Nachbehandlungen war, auch wenn die Finanzspritze vielleicht eine schmerzstillende Wirkung hatte. Die Operation wurde trotzdem nicht mit Vollnarkose vorgenommen.

Mein Buch stellt explizit keinen Vergleich zwischen der ungarischen und der ostdeutschen Umgestaltung an. Die Leser und insbesondere die ostdeutschen Bürger mag es aber zum Nachdenken anregen, wenn sie die in diesem Band beschriebenen Schwierigkeiten und Lösungsvorschläge mit denen vergleichen, die in Deutschland anzutreffen sind.

Der vorliegende Band ist nicht abgeschlossen – jeder Monat bringt neue Erfahrungen und wirft neue Probleme auf. Das Titelblatt der ungarischen Ausgabe meines ersten Buches *Widersprüche und Dilemmatas (Contradictions and dilemmas)* zeigt ein Reagenzglas, in dem die Landkarte von Ungarn zu erkennen ist. Das große Experiment in vivo, am Körper unserer Völker geht weiter. Wir können uns dem, selbst wenn wir wollten, nicht entziehen, denn hier läuft ein Prozeß ab, für den es kein geschichtliches Vorbild gibt. Meine Studien haben ein doppeltes Anliegen. In erster Linie möchte ich das Schicksal des Versuchsobjektes erleichtern und dazu beitragen, daß das mit der Umgestaltung und dem Systemwechsel einhergehende unvermeidliche Experimentieren möglichst wenig Leiden und um so mehr Segen bringt. Zum anderen habe ich auch das intellektuelle, das Forschungsziel, vor Augen. Wenn das Experiment schon stattfinden muß, dann sollten wir daraus möglichst umfassende wissenschaftliche Lehren ziehen, für andere Völker, die mit ähnlichen Problemen ringen, und für die Geschichtskennntnisse und die Denkweise der kommenden Generation.

* * *

Abschließend möchte ich allen, die mir bei der Vorbereitung dieser Studiensammlung geholfen haben, meinen Dank aussprechen. Bei jeder einzelnen Abhandlung sind die Personen und Institutionen genannt, die an der Ausarbeitung der fraglichen Studie Anteil hatten. An dieser Stelle

möchte ich trotzdem nochmals allen für ihre Unterstützung danken. Ganz besonders darf ich hier die Mitarbeit meiner ehemaligen Schülerin und Forschungsassistentin an der Havard Universität, meiner guten Freundin Carla Krüger, hervorheben. Sie regte die Herausgabe des Studienbandes an, und sie übernahm auch in ausgezeichneter Weise den größten Teil der Übersetzungsarbeit. Ohne sie wäre die deutsche Ausgabe nicht zustande gekommen. Sehr zu Dank verpflichtet bin ich auch ihrer Mutter Elfriede Krüger für die Mitarbeit an diesem Band. Für die Übersetzung des Vorwortes danke ich Hannelore Schmör-Weichenhain.

Bei der redaktionellen Bearbeitung der Studien war mir insbesondere meine enge Mitarbeiterin Maria Kovács behilflich. Wie immer, stand sie mir auch diesmal klug, gewissenhaft und aufopferungsvoll zur Seite. Ich freue mich, daß sich der Metropolis-Verlag bereit fand, den Studienband herauszugeben, und ich danke Simone Bull und Hubert Hoffmann für ihr Engagement und ihre Unterstützung.

Budapest, im Juli 1996

1.

Der postsozialistische Übergang

Ein allgemeiner Überblick¹

Der Informationsfluß über den postsozialistischen Übergang ist zu einem Strom angeschwollen. Abgesehen von den Berichten in der Tagespresse und anderen Medien erscheinen Hunderte von Arbeiten und Büchern, und eine große Zahl von Konferenzen ist der Beurteilung der Veränderungen und dem Umreißen von Aufgaben gewidmet. Ich kann in dieser Arbeit nicht auf die Details bestimmter Aspekte der Probleme eingehen. Statt dessen würde ich gerne etwas Hilfe im Verarbeiten und Systematisieren dieser großen Masse von Informationen anbieten. Ich werde einen begrifflichen Rahmen skizzieren, der, wie ich hoffe, bei der Analyse der Veränderung nützlich sein wird.

Statt mich mit der spezifischen Situation in dem einen oder anderen Land zu befassen, werde ich versuchen, eine umfassende Verallgemeinerung anzustreben, Feststellungen vorzubringen, die auf die postsozialistische Region als Ganze zutreffen. Ich werde jedoch zeitweise auf die ungarische Erfahrung als Beispiel hinweisen.

Ich habe die Tatsache berücksichtigt, daß diese Arbeit sich nicht an Leute wendet, die sich auf die Untersuchung der Fragen des postsozialistischen Übergangs spezialisieren, sondern an eine umfassendere Leserschaft von Intellektuellen jeder Berufsrichtung, die an der Umgestaltung in Osteuropa teilnehmen oder sich zumindest für sie interessieren.

Es gibt verschiedene mögliche Ansatzpunkte, von denen es sich drei besonders zu erwähnen lohnt. Der erste ist ein methodischer Überblick über die Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen. Ein anderer Ansatz ist, die Empfehlungen an die Politiker und Regierungen zusammenzufassen, dabei

¹ Die führende Körperschaft der Europäischen Akademie beschloß 1991, in jede jährliche allgemeine Versammlung einen Plenarvortrag im Namen von Erasmus von Rotterdam, des großen europäischen Denkers, Wissenschaftlers und Humanisten aufzunehmen. Der Autor hielt den ersten Erasmus-Vortrag auf dem jährlichen allgemeinen Treffen der Europäischen Akademie in Budapest am 17. Juni 1992. Die erste Veröffentlichung war „Postsocialist Transition: An Overall Survey“, *European Review*, 1993, 1 (1), S. 53-64.

manche zu befürworten und für die Ablehnung anderer zu argumentieren.² Schließlich gibt es eine dritte Art Ansatz, die einen Versuch darstellt, die Erfahrungen des Übergangs bis heute zu verarbeiten und auf dieser Grundlage zu einer Vorhersage zu gelangen. Ich werde versuchen, diesen dritten *positiv-beschreibenden Ansatz* anzuwenden. Anstatt zu erklären, was für eine Art zukünftiges Osteuropa ich gerne sehen würde, will ich untersuchen, wie es meinen Annahmen nach sein wird, unabhängig davon, ob ich über dieses Bild der Zukunft erfreut bin oder nicht.

Ich habe keine Kristallkugel, mit der ich in die Zukunft sehen könnte. Die Prognose schöpft aus mehreren Arten von Erfahrungsquellen. Drei Länder sind im postsozialistischen Übergang weiter fortgeschritten: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. Viele Elemente des Prozesses, der dort stattfindet, werden sicher auch in anderen Ländern erscheinen. Wichtiges Wissen kann auch aus der neueren Geschichte Spaniens, Portugals und einiger lateinamerikanischer Länder geschöpft werden. Ich erwähne hier Länder, die nie ein sozialistisches System hatten, so daß die Wirtschaft sich nicht radikal veränderte, die jedoch eine tiefe politische Umgestaltung durchgemacht haben, da eine Diktatur durch Demokratie ersetzt wurde. Schließlich können auch aus der fernerer Vergangenheit, aus der Periode, in der die kapitalistische Marktwirtschaft sich im Rahmen der vorkapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft entwickelte, einige Lehren gezogen werden.

Ein großes Maß an Vorsicht ist angesagt; höchstensfalls sollten stochastische Vorhersagen versucht werden. Mehrere alternative Folgen können sich aus jeder Entwicklung ergeben, und großer Mut ist notwendig, um auch nur Feststellungen über die relative Wahrscheinlichkeit der Alternativen zu machen.

Diese Arbeit beschreibt *sieben* Trends und sagt voraus, daß diese Tendenzen sehr wahrscheinlich zutreffen werden. Das Wort „Trends“ soll sagen, daß wir es hier mit den Strömungen und Orientierungen der Bewegungen in der Gesellschaft und den inneren Anreizen, Neigungen und

²Ich habe meine eigenen wirtschaftspolitischen Vorschläge zu Beginn des postsozialistischen Übergangs zusammengefaßt; mein Buch aus dem Jahr [1989] (1990) war das erste, das auf diesem Gebiet erschienen ist. Ich komme auf meine früheren Vorschläge in dieser Arbeit nicht zurück, in der mein ausschließliches Ziel eine Vorhersage zukünftiger Entwicklungen ist. Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der normativen Literatur und auch der praktischen Erfahrungen der ersten zwei Jahre kann in dem Bericht der UN Economic Commission for Europe (1992b) gefunden werden.

Tendenzen unter den Teilnehmern an diesem Prozeß, nicht mit absoluten Gewißheiten, die im Detail vorausbestimmt werden können, zu tun haben.

Trend Nr. 1: Bildung von Märkten

Im sozialistischen System wurde die wirtschaftliche Aktivität hauptsächlich durch den Mechanismus der bürokratischen Koordinierung integriert.³ Das wichtigste Mittel der Koordinierung war der Befehl. Eine vorgesetzte Behörde gibt einem untergebenen Führer einen Befehl, eine gewisse Aufgabe auszuführen, d.h. sie gibt nicht nur einen materiellen und moralischen Anreiz zur Ausführung, sondern nutzt, wenn nötig, administrativen Zwang.

Es besteht auch im sozialistischen System ein Marktmechanismus, aber in der Vorreformperiode ist er auf einen sehr schmalen Bereich der Wirtschaft beschränkt und funktioniert weitgehend im Untergrund. Später jedoch, vor der großen politischen Wende, öffnen die Reformen dem Markt einen etwas größeren Raum.

Der Marktbildungstrend beschleunigt sich nach der politischen Veränderung radikal und wird unwiderstehlich. Die Befehlswirtschaft wird beseitigt, in manchen Ländern auf einen Schlag und in anderen in Stufen. Früher oder später, manchmal schneller und manchmal langsamer, werden die bis dahin vom Staat festgesetzten Preise freigegeben. Die bürokratische Allokation der Produkte und Ressourcen wird durch freiwillige geschäftliche Kontakte zwischen Produzenten und Konsumenten, Käufern und Verkäufern ersetzt. Wettbewerb entwickelt sich, unter anderem zwischen inländischer Produktion und mehr oder weniger liberalisierten Importen.

Der Fortschritt der Marktbildung kann an einer Vielzahl von Meßlatten gemessen werden. Eine der ausdrucksvollsten Maße ist der Anteil des BIP, der zu freien Preisen gehandelt wird. Sobald dieser Anteil des Güterumsatzes vorherrschend geworden ist, d.h. sobald er einen überwiegenden Teil des gesamten Umsatzes ausmacht, kann die betreffende Wirtschaft, zumindest in dieser Hinsicht, zu Recht eine wahre Marktwirtschaft genannt werden. Nun kann, was dieses Maß angeht, Ungarn schon als Marktwirtschaft eingestuft werden. Es kann vorhergesagt werden, daß sich der Trend zur Marktbildung in allen postsozialistischen Ländern in großem Maße herausbilden wird.

³Das Funktionieren des sozialistischen Systems wird im Detail in meinem [1992b] (1995) Buch untersucht.

Aber niemand sollte denken, daß wir einen Triumphmarsch in Richtung freier Wettbewerb erleben. (Sogenannter „vollkommener Wettbewerb“ ist, genau betrachtet, auch für die meisten Märkte der entwickelten kapitalistischen Länder nicht charakteristisch.) Große staatseigene Monopole bleiben lange Zeit bestehen, und neue Monopole entstehen neben ihnen (oder aus ihnen, wo staatseigene Monopolfirmen privatisiert werden). Ausländische Investoren kommen oft mit der ausdrücklichen Absicht, eine Monopolstellung zu erlangen. Der freie Wettbewerb wird immer noch durch viele wirtschaftliche und administrative Faktoren gebremst, selbst wenn die Beschränkungen wirtschaftlich unerwünscht sind.

Der Staat hat es in den neuen Demokratien schwer, den ihm angemessenen Platz zu finden. Er ist hyperaktiv, wenn dafür keine Notwendigkeit besteht, und passiv auf Gebieten, wo großer Bedarf an staatlicher Regulierung oder Kontrolle oder gelegentlicher oder ständiger staatlicher Intervention besteht.

Trend Nr. 2: Die Entwicklung des Privatsektors

Wenn das Privateigentum nicht überwiegt, kann es keinen reibungslos funktionierenden Markt geben. *Per definitionem* ist es ein unabdingliches Merkmal des Marktes, daß die Akteure in ihm freiwillige Verträge miteinander schließen. Aber das erfordert reale Autonomie, mit anderen Worten Entscheidungsträger, die nicht auf Befehl der Behörden handeln. Diese Unabhängigkeit kann nur durch Privateigentum garantiert werden.

Eine Warnung, was diese Beziehung anging, kam lange vor der tatsächlichen Verwirklichung des sozialistischen Systems von Ludwig von Mises. Die Idee wurde später sehr betont in den Arbeiten Friedrich von Hayeks vorgebracht.⁴ Trotz der Warnsignale entwickelte sich eine einflußreiche Strömung, die darauf aus war, den „Marktsozialismus“ zu verwirklichen, dessen Leitprinzip wie folgt zusammengefaßt werden kann: „Kombinieren wir das Staatseigentum und den Marktmechanismus.“ Ein Versuch, dieses Konzept anzuwenden, wurde in den sozialistischen Ländern unternommen, die den Weg der Reform einschlugen, zum Beispiel in der ungarischen Praxis unter János Kádár oder später in der Sowjetunion unter der Führung Michail Gorbatschows.

⁴Vgl. L. von Mises [1920] (1935) und F. von Hayek, Hrsg. (1935).

Den durch die Ideen des Marktsozialismus inspirierten Reformen gelang es nicht, den Erwartungen ihrer Befürworter gerecht zu werden. Sicherlich halfen sie, das alte Stalinistische System zu lockern, und bereiteten viele Wirtschaftsteilnehmer darauf vor, die Mentalität einer wahren Marktwirtschaft zu akzeptieren, aber sie erreichten ihr sehr viel ehrgeizigeres Ziel nicht. Es wurde keine Art „Drittes System“ geschaffen, das seine wirtschaftliche Überlegenheit sowohl über den Stalinistischen Sozialismus als auch über den modernen Kapitalismus bewiesen hätte und in der Lage gewesen wäre, sich zu stabilisieren und auf eigenen Füßen zu stehen.

Die Ideen des „Marktsozialismus“ sind nicht verschwunden, und es muß damit gerechnet werden, daß sie immer wieder aufleben. Aber ich kann hinzufügen, daß diese Ideen, wenn sie nochmals Einfluß gewinnen sollten, wiederum zum Scheitern verurteilt sind.

Eine weitere Vorhersage: Die postsozialistischen Länder werden für lange Zeit von einer *dualen Wirtschaft* geprägt sein. Der staatliche und der Privatsektor werden Seite an Seite bestehen.

Einer der wichtigsten die Geschwindigkeit der Umgestaltung entscheidenden Faktoren ist die Entwicklung des *Unternehmertums* im Privatsektor. Eine schnelle Entwicklung hat bei den *kleinen und mittleren Firmen* stattgefunden. Das Wachstum des Privatsektors ist im Dienstleistungssektor, im Binnen- und Außenhandel, im Baugewerbe und in der Finanzsphäre außerordentlich schnell, aber der Privatsektor gewinnt auch im verarbeitenden Gewerbe an Bedeutung.

In Abhängigkeit von der Größe des betreffenden Landes, werden Zehn- oder Hunderttausende neuer Privatunternehmen gegründet. Wir beobachten das Auftreten *großer* inländischer Investoren, die – zunächst in seltenen Fällen, aber dann immer öfter – aus schon bestehenden inländischen Ersparnissen schöpfen. Eine weitgefächerte neue Mittelklasse entwickelt sich in einer Gesellschaft, aus der das sozialistische System das Bürgertum fast ausgemerzt und den Prozeß der Herausbildung eines Bürgertums (des *Embourgeoisement*) angehalten oder umgekehrt hatte. Die neue Mittelklasse enthält einen neuen „Mittelstand“ aus Unternehmern, Eigentümern und Geschäftsleuten, eine breite Schicht von „Bürgern“.

Dieser Prozeß wird die ganze Zeit von einem Zufluß ausländischen Kapitals begleitet und verstärkt; dieser umfaßt in vielen Fällen große bekannte Firmen, Banken und multinationale Konzerne. Die neue „Unternehmerklasse“ befaßt sich von Anfang an mit dem wirtschaftlichen Leben außerhalb der Landesgrenzen.

Der auf diese Weise entstehende Privatsektor bietet selbst heute ein sehr vielfältiges Bild. Seite an Seite und vermischt und verstrickt miteinander können wir kleine, mittelgroße und große Firmen, rückständige, „balkanische“ Werkstätten und moderne Riesenfabriken, legal, halblegal oder ganz illegal funktionierende Unternehmen finden. Diese Entwicklung ist am ehesten mit einer Art Zellenverbreitung oder dem blitzschnellen Wachstum von tausendundeins Sorten von Vegetation im Dschungel zu vergleichen.

In der Zwischenzeit fährt der Staatssektor fort zu schrumpfen, bis er die bescheidenen, in den entwickelten kapitalistischen Ländern üblichen Ausmaße erreicht hat. Dieses Schrumpfen findet auf verschiedene Weise statt. Ein Teil des Staatssektors geht in private Hände über, entweder in seiner ursprünglichen Form oder nach Reorganisation. Dieser Eigentümerwechsel kann durch den Verkauf seines Eigentums durch den Staat oder durch die freie Verteilung desselben an spezifische Gruppen der Gesellschaft stattfinden (z.B. an die Arbeitnehmer der betreffenden Firma, an Teilnehmer an Entschädigungsprogrammen für früher konfisziertes Eigentum oder an alle Bürger, die an einer Kampagne von Fast-Gratisverteilung teilnehmen). Die verschiedenen Privatisierungsarten können nebeneinander genutzt oder miteinander kombiniert werden.

Jedoch findet das Schrumpfen des Staatssektors auch noch auf andere Weise als durch „Privatisierung“ im strengen Sinne statt. Einige staatseigene Firmen schließen; andere bleiben bestehen, jedoch in kleinerem Maßstab, durch den Verkauf oder die Liquidation einiger Teile. In vielen Firmen findet eine „Entkapitalisierung“ statt, da sie nach und nach einen bedeutenden Teil ihrer Aktiva aufbrauchen. Wir sind auch mit einem anderen Phänomen konfrontiert, nämlich dem Diebstahl eines Teils des staatlichen Vermögens, insbesondere seiner „intellektuellen Guthaben“, seines *menschlichen Kapitals*, seiner wertvollen geschäftlichen Beziehungsgeflechte und seines guten Namens, wobei in vielen Fällen informell die Gesetzeslücken ausgenutzt werden. Das Dahinschwinden des Staatssektors findet langsam, unter großen Verlusten und menschlichem Leiden, und in mehr als einer Hinsicht auf eine sehr beschämende Weise statt. Gleichzeitig funktioniert der überlebende Teil des Staatssektors mit sehr niedriger Effizienz. Es ist zu hoffen, aber keinesfalls sicher, daß nach einer Weile die Überbleibsel des Staatssektors ihre Effizienz unter dem Druck der sie umgebenden Privatwirtschaft verbessern werden.

Zwei Arten von Berechnungen können auf der Grundlage des Gesagten durchgeführt werden. Eine bezieht sich auf das Tempo der Privatisierung im strengen Sinne: den Anteil des anfänglichen Staatssektors, der jedes Jahr

in private Hände übergeht. Dieser Prozeß wird wahrscheinlich lange Zeit in Anspruch nehmen. Aber es gibt eine andere Berechnung auf breiterer Grundlage und, meiner Meinung nach, von viel größerer Bedeutung. Nachdem wir das Wachstum des Privatsektors, einschließlich sowohl der neugegründeten Unternehmen und der privatisierten, ehemals im staatlichen Eigentum gewesenen Organisationen, gemessen haben, vergleichen wir dann das Wachstum des Privatsektors mit der Verringerung des Staatssektors, auf welche Weise auch immer sie stattgefunden haben möge – Privatisierung, Liquidation, Produktionsschwund oder Expropriation des Vermögens. Diese beiden Prozesse, mit ihren einander entgegengesetzten Zeichen, können *gemeinsam* dazu führen, daß nach ein paar Jahren das Gewicht des Privatsektors größer wird als das des Staatssektors. Es ist z.B. denkbar, daß der Privatsektor in Ungarn in ein paar Jahren vorherrschen wird. In anderen Ländern mag das Tempo ein anderes sein, aber die Länge der historischen Periode, die für die Entwicklung der auf privatem Unternehmertum gegründeten Wirtschaft erforderlich ist, wird überall hauptsächlich von *der Dynamik der beiden Prozesse im Verhältnis zueinander* abhängen.

Regierungen können viel tun, um diese Prozesse zu beschleunigen, oder andersherum, um die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse durch Ungeschicklichkeit oder Inkompetenz langsamer und schmerzhafter zu machen. Aber letztendlich ist es sehr unwahrscheinlich, daß irgendein Fehltritt in der Regierungspolitik den Eigentümerwechsel „blockieren“ kann. Die Stärke der kapitalistischen Entwicklung ist nicht zuletzt daraus abzuleiten, daß sie grundsätzlich aus eigenem Antrieb, nicht auf staatlichen Befehl stattfindet.⁵

Trend Nr. 3: Reproduktion der Makroungleichgewichte

Nach der politischen Wende erbt das neue Regime von seinem Vorgänger ernste Makroungleichgewichte. Die folgenden vier Arten von Ungleichge-

⁵Die Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen, die sich mit dem postsozialistischen Übergang befassen, debattieren, welches die Natur der Marktbildung und der die Eigentumsverhältnisse umgestaltenden Prozesse ist. Was mich angeht, stimme ich mit denen überein, die betonen, daß eine tiefe Umgestaltung der Gesellschaft im Bereich der Koordinierungsmechanismen und Eigentumsformen nicht auf einen Schlag, durch aggressive staatliche Maßnahmen, herbeigeführt werden kann, daß sie notwendigerweise als eine ganzheitliche Entwicklung durch evolutionäre Mittel stattfindet. Ähnliche Ansichten können in den Schriften von P. Murrell (1992) und K. Poznanski (1992) gefunden werden.

wicht erscheinen am häufigsten: chronischer Mangel, offene oder unterdrückte Inflation, Haushaltsdefizite und Auslandsschulden. Aus den vier aufgezählten Problemen können zwei oder drei oder vielleicht alle vier die Struktur der Wirtschaft gleichzeitig quälen und sich gegenseitig verstärken.⁶

Die Makroungleichgewichte in manchen postsozialistischen Länder sind so schwerwiegend, daß es keine andere Wahl gibt, als ein Paket gleichzeitiger Stabilisierungsmaßnahmen einzuführen, das der Gesellschaft einen rauen Stoß versetzt. Die Regierung in anderen Ländern kann sich zwischen einer radikaleren und schnellen oder einer schrittweisen, langsameren Stabilisierungsstrategie entscheiden; letztere wird normalerweise aus Furcht vor politischen Widerständen gewählt.

Die meisten Experten würden mit der folgenden Vorhersage übereinstimmen.

Es bestehen gute Chancen dafür, daß eines der schmerzlichsten Symptome des sozialistischen Systems - der chronische und allgemeine *Mangel* - überwunden wird. Die Abhilfe hierfür wird durch die Kombination einer Vielzahl von Maßnahmen geschaffen: Schnelles Wachstum des Privatsektors, des freien Unternehmertums und die Importliberalisierung erlauben, die Überschufnachfrage von der Angebotsseite her schnell zu befriedigen. Gleichzeitig wird die Nachfrage durch das Freigeben der Preise, eine restriktive Geldpolitik, strenge finanzielle Disziplin und vielleicht Kontrolle der Lohnerhöhungen gezügelt. Es kann z.B. von Ungarn schon gesagt werden, daß es nicht länger als chronische Mangelwirtschaft gelten kann; höchstens bestehen partielle Mangelerscheinungen in dem einen oder anderen Bereich. Viele andere Länder der Region müssen dieses Stadium noch erreichen, aber alle werden wahrscheinlich in der Lage sein, die Mangelwirtschaft in nicht zu ferner Zukunft zu überwinden.

Es gibt noch einen Grund für Pessimismus, was die *Inflation* und den wichtigsten sie anheizenden Faktor, das *Haushaltsdefizit*, angeht. Die Inflation anzuhalten oder sogar radikal zu reduzieren, erfordert drastische Maßnahmen: einen scharfen Schnitt in den öffentlichen Ausgaben, Kreditbeschränkungen und ein Bremsen des Wachsens der Nominaleinkommen. Es mag möglich sein, vorläufige Ergebnisse zu erzielen und die Inflationsrate bedeutend zurückzustutzen, aber dies geht gewöhnlich mit einer Verringerung der Produktion und mit dem Auftreten und stetigen Anstieg von Ar-

⁶Eine Analyse der Makrosituation der osteuropäischen Region und eine breitangelegte Übersicht über die Literatur auf diesem Gebiet erscheint in dem schon erwähnten Überblick der United Nations (1992b).

beitslosigkeit einher. Daraus folgt sich ständig erneuernder Druck auf die geld- und fiskalpolitischen Entscheidungsträger, Maßnahmen zu ergreifen, um die Rezession zu bekämpfen, das Wachstum wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu mildern, was aber wiederum Inflation erzeugen kann. Also besteht eine ständige Gefahr, daß die schon gedämpfte oder gänzlich angehaltene Inflation sich immer von neuem beschleunigt.

Wenn andererseits die Regierung Schuldverschreibungen ausgibt anstatt das Haushaltsdefizit durch inflationäre Mittel, d.h. durch Gelddrucken, zu finanzieren, kann sie private Investoren aus dem Kreditmarkt drängen und dadurch die Erholung von der Rezession verschieben. Ein anderer Weg besteht darin, das Haushaltsdefizit mit Auslandsanleihen zu finanzieren, aber dies erhöht die Auslandsschulden.

Das Problem der *Arbeitslosigkeit* ist bereits mehrmals angesprochen worden. Welche anderen große Schwierigkeiten das vorangegangene System auch verursachte, es gelang ihm, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, und tatsächlich gab es einen ständigen Arbeitskräftemangel. Eine der schmerzhaftesten Begleiterscheinungen des Wechsels des Wirtschaftssystems ist die Veränderung, die auf dem Arbeitsmarkt stattfindet: Überschußnachfrage verwandelt sich in Überschußangebot, Arbeitskräftemangel in Arbeitslosigkeit. Dies ist die kombinierte Auswirkung mehrerer Faktoren. Wie ich erwähnt habe, kann ein Fall der Produktion durch die antiinflationäre Politik verursacht werden. Eine Kürzung oder völliger Stillstand der Produktion in vielen Fabriken kommt durch die Anpassung der Struktur der inländischen Nachfrage in Kombination mit der Anpassung des Außenhandels, die teilweise durch den Zusammenbruch des RGW (Comecon), der Organisation, die die sozialistischen Länder aneinander ketete, verursacht wird. Die Privatisierung und sogar die stärkeren Profitabilitätsanforderungen, die an den Staatssektor gestellt werden, zwingen das Management, gegen die Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz vorzugehen, indem sie einen großen Anteil ihrer Arbeitskräfte entlassen. Jeder dieser Faktoren kann getrennt von den anderen zu Arbeitslosigkeit führen, die dann durch Überschwappeneffekte verschlimmert wird. Eine Produktionsverringering am einen Ort produziert ein gleichzeitiges Sinken der Nachfrage, die zu einem Produktionsfall an einer anderen Stelle führt, usw.

Zwei Vorhersagen können auf der Grundlage des Gesagten gemacht werden. Die eine ist, daß als Folge der Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur der chronische Arbeitskräftemangel aufhört und ein Maß an struktureller Arbeitslosigkeit sich konsolidiert. Die andere ist, daß mit einer längeren Rezession gerechnet werden muß und daß diese für mehrere Jahre lang zu

einem höheren Arbeitslosigkeitsniveau als dem zukünftigen langfristigen Durchschnitt, der „normalen“ Arbeitslosigkeitsrate, führen wird.

Wirtschaftspolitiker in den fortgeschrittenen Industrieländern sind wiederholt während der Schwankungen des Wirtschaftszyklus mit einem schwierigen Dilemma konfrontiert: Anstrengungen, mit der Arbeitslosigkeit fertigzuwerden, können Inflation erzeugen, während die Unterdrückung der Inflation die Arbeitslosigkeit erhöhen kann. Dies ist selbst dann ein schwerwiegendes Problem, wenn die Inflationsrate beim Einsetzen der Inflation relativ niedrig ist. Die postsozialistischen Länder werden von demselben Problem heimgesucht, aber unter viel weniger günstigen Umständen, da die Wirtschaft, selbst am Ausgangspunkt, zur Zeit der politischen Wende, an hoher offener oder unterdrückter Inflation leidet. Die Gesellschaft ist in einigen sehr grausamen Fällen gefangen: Welches ihrer schwerwiegenden Probleme auch immer sie zu lösen sucht, kann sie die anderen verschärfen. Also sind die Aussichten auf makroökonomische Stabilität und Gleichgewicht nicht günstig. Es besteht die Gefahr, daß die Regierungen noch weiter von der erforderlichen harten, konsequenten Politik, die Opfer von der Gesellschaft verlangt, abgeschreckt werden, weil es Spannungen in der Gesellschaft gibt, die in Wirklichkeit gerade aus ihren wirtschaftlichen Problemen herrühren. Es ist wahrscheinlicher, daß die Regierungen eine Politik des „Durchwurstelns“ vorziehen und Maßnahmen zur Lösungen der Probleme aufschieben werden. Das bedeutet, daß die Gesellschaft noch für lange Zeit an den Makroungleichwichten leiden wird.

Trend Nr. 4: Entwicklung eines Verfassungsstaats

Eine auf dem Überwiegen des Privateigentums gegründete Marktwirtschaft kann nicht ohne eine geeignete rechtliche Infrastruktur funktionieren. Die Sicherheit des Privateigentums muß garantiert werden, die Beachtung privater Verträge durchgesetzt und Unternehmen und Bürger vor willkürlicher Einmischung der Bürokratie geschützt werden. Gleichzeitig bedürfen viele Bereiche der Wirtschaft staatlicher Aufsicht oder Regulierung, insbesondere auf Gebieten, wo die Anwendung privater Verträge und private Unternehmertätigkeit externe Effekte haben, die über die in die Transaktionen direkt verwickelten Parteien hinausreichen. Der Staat hat zahlreiche Aufgaben dieser Art, die von der Überwachung der Banken und Versicherungsgesell-

schaften, über die Durchsetzung der Kartellgesetzgebung hin zum Umweltschutz reichen.

Es gibt Gründe für die folgende Voraussage: Zweifellos wird die rechtliche Infrastruktur einer modernen Marktwirtschaft in den postsozialistischen Ländern errichtet werden, da die sich umgestaltende Wirtschaft dies erfordert. Aber der Prozeß wird sehr langwierig sein. In der Analyse dieses Phänomens kann zwischen drei Ebenen staatlicher Aktivität unterschieden werden.

Die erste ist die Schaffung neuer *Gesetze*. Dies verspricht ebenfalls, ein langwieriger Prozeß zu sein. Dutzender früherer Gesetze müssen durch neue ersetzt werden, und dies unter Bedingungen, in denen mit der Regulierung einer modernen Marktwirtschaft vertraute Juristen gerade erst ausgebildet werden und die Mitglieder des Parlaments selbst unerfahren in ihrer Rolle als Gesetzgeber in einem Verfassungsstaat sind. Aber trotz dieser Schwierigkeiten kann der Löwenanteil dieser Aufgabe innerhalb einiger Jahre erfüllt werden.

Die zweite Ebene ist die *Durchsetzung der Gesetze*. Dies dürfte noch schwieriger werden. Richter, Staats- und Rechtsanwälte und Rechtsberater von Firmen müssen ihr Fach neu lernen. Die mit Zivilrecht und -verfahren Befassten sind schon überlastet; die Verzögerung von Untersuchungen und Zivilprozessen untergräbt die Achtung vor Gesetz und Verträgen.

Die dritte und letzte Ebene ist die *Änderung der Mentalität der Bürger*. Dies mag die schwerste und langwierigste Aufgabe von allen sein. Das vorgegangene illegitime System hat den ehrlichen Respekt der Menschen vor dem Gesetz zerstört; statt dessen beeinflusste es nur die Furcht vor unberechenbarer Unterdrückung. Es fehlte auch an Respekt vor zivilen Verträgen; es war im Wirtschaftsleben fast natürlich, sein Wort nicht zu halten, oder seine Schulden nicht zu zahlen. Leute, die die eine oder andere Vorschrift schlau umgingen, wurden wirklich bewundert, da dies ein Weg des Überlebens war. Es wird eine lange Zeit dauern, bis die öffentliche Moral sich in dieser Hinsicht bessert, bevor ein Stadium erreicht wird, in dem ein Verstoß gegen die Vorschriften, ein Mißbrauch des öffentlichen Vertrauens, Steuerhinterziehung, unehrliche Geschäfte oder Korruption verurteilt werden.

Trend Nr. 5: Entwicklung demokratischer Institutionen

Jeder ist mit den oberflächlichen Sprüchen vertraut, die die in Wirklichkeit komplizierten Beziehungen zwischen Marktwirtschaft und Demokratie in allzu vereinfachter Weise ausdrücken.

Ich würde hierzu gerne drei Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung. Eine notwendige Bedingung für einen Übergang vom sozialistischen System zu einer auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft ist die Beseitigung des politischen Monopols der Kommunistischen Partei. Dies betrifft eine spezielle Version des Einparteiensystems, nicht totalitäre oder autokratische politische Formen im allgemeinen. Es ist ein System, in dem die Ideologie und das Programm der herrschenden, ein Machtmonopol genießenden Partei *antikapitalistisch* sind. Der Antikapitalismus ist kein sekundäres oder tertiäres Element der Ideologie und des Programms, sondern eine Verkörperung ihrer Hauptabsicht. Lassen Sie mich eine maßgebende Quelle als Zeugen zitieren, das *Kommunistische Manifest*: „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorien in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen.“⁷ Dies ist die einfache Erklärung, warum alle Reformen vor 1989-90 unvollständig und inkonsequent waren. Die erforderliche Grundbedingung für den Aufbau einer auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft wurde durch die Abschaffung des politischen Monopols der Kommunistischen Partei geliefert. Sobald diese Bedingung einmal erfüllt war und der größte Stolperstein auf dem Weg zum Übergang zu einer Marktwirtschaft beseitigt war, begann der Umgestaltungsprozeß mit größter Sicherheit auf eine unvermeidbare Weise. (Vgl. die Bemerkungen zu den Trends Nr. 1 und 2 in meinem Gedankengang.)⁸

Die Abschaffung des politischen Monopols der Kommunistischen Partei *ebnet den Weg* für die Entwicklung demokratischer Institutionen: Rivalität zwischen Parteien, freie Wahlen, Schaffung eines Parlaments mit wirklicher Macht, eine auf einer parlamentarischen Mehrheit fußende Regierung usw. Aber die Beseitigung der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei

⁷ K. Marx und F. Engels [1848] (1971, S. 540).

⁸ Es lohnt sich, diese Beziehung zu analysieren, wenn man die Aussichten für die chinesische Reform untersucht. Der Reformprozeß dort kann Resultate zeitigen, aber er wird früher oder später mit dem Haupthindernis, der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei kollidieren. Der Privatsektor wird politische Vertreter brauchen. Es wäre logisch und historisch absurd anzunehmen, daß die Errichtung des Kapitalismus unter der Führung der Kommunistischen Partei erfolgreich vollzogen werden könnte.

ist *keine Garantie* für die volle Entwicklung, Reifung und Stabilisierung der demokratischen Institutionen. Ich werde auf diese Frage weiter unten zurückkommen.

Zweite Bemerkung. Alle parlamentarischen Demokratien sind auf Privateigentum gegründete Marktwirtschaften. Zu dieser Regel gibt es keine Ausnahmen. Es existiert keine parlamentarische Demokratie ohne eine auf Privateigentum beruhende Marktwirtschaft. Jedoch können die Wirtschaften der verschiedenen parlamentarischen Demokratien sich immer noch in vieler Hinsicht voneinander unterscheiden. Der öffentliche Sektor kann zum Beispiel in der einen größer sein als in der anderen, aber nirgendwo wird er zum dominierenden, überwiegenden Sektor. Die Rolle der staatlich kontrollierten Umverteilung mag in der einen Wirtschaft größer als in der anderen sein, aber in allen bleibt der Markt der Hauptkoordinator und Integrator der wirtschaftlichen Aktivität.

Damit die demokratischen Institutionen stabil sind, müssen individuelle Freiheit und Autonomie verbürgt sein. Unter den wichtigsten dieser Garantien sind das Recht, Privateigentum zu haben, und die Verteidigung privater Verträge. Wenn der staatliche Sektor vorherrscht oder eine nahezu exklusive Rolle erreicht, verliert der einzelne Arbeitnehmer das Recht auf „Austritt“, da es letztendlich nur einen Arbeitgeber gibt: den Staat. Umfassendes Staatseigentum führt letztendlich zu einem totalitären politischen System.

Aber wie steht es um die entgegengesetzte Feststellung? Ist jede auf Privateigentum fußende Marktwirtschaft eine Demokratie? Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dritte Bemerkung. Nicht alle auf Privateigentum gegründeten Marktwirtschaften sind Demokratien. Dieses wirtschaftliche Gefüge ist mit vielen Versionen der Diktatur und anderer autokratischer Formen zu vereinbaren. Man braucht nur an Hitlers Reich, die lateinamerikanischen Militärdiktaturen oder Südkorea in den frühen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu denken. In der Tat können manche Diktaturen mit sehr effizienten und schnellwachsenden Wirtschaften einhergehen.

Das hieraus folgende Argument wird in der postsozialistischen Region (wenn nicht gedruckt, dann in privaten Unterhaltungen) recht oft vorgebracht:

Es wäre ausgesprochen vorteilhaft, wenn der Übergang vom sozialistischen System zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft von einem autokratischen politischen Regime angeführt würde. Der Übergang geht mit Anarchie einher, und daher besteht ein Bedarf an „Ruhe und Ordnung“,

der nur durch eine strenge Regierung erfüllt werden kann. Der Übergang bringt soziale Spannungen, aber für den Erfolg des Übergangs ist es wichtig, nicht vor einer Opfer verlangenden Wirtschaftspolitik zurückzuschrecken. Dies ist ein weiteres Argument zugunsten einer straffen Obrigkeit, die jeden Widerstand der Massen mit Gewalt bricht. Das Leitbild der Befürworter dieser Ansicht ist das Chile Pinochets.

Ich will nicht abstreiten, daß ein rationales Element in diesem Argument steckt. Insbesondere zu einer Zeit großer revolutionärer sozialer Umgestaltung kann es notwendig werden, zwischen der Wachstumsrate einerseits und der Verbreitung der Demokratie andererseits abzuwägen. Es ist nicht sicher, daß diese Güterabwägung überall vorgenommen werden muß; hoffen wir, daß so wenige Länder wie möglich in der osteuropäischen Region so selten wie möglich mit dieser bitteren Entscheidung konfrontiert werden, aber das Dilemma kann nicht ignoriert werden. Ich möchte hier ein persönliches Eingeständnis machen. Wenn ich eine solche Entscheidung treffen müßte, würde ich die Demokratie wählen, nicht nur ihre derzeitigen Ergebnisse, sondern ihre zukünftige Entwicklung, selbst wenn der zu zahlende Preis wirtschaftliche Leistung wäre. Eine Situation mag aufkommen, in der wir alle mit dieser Wahl zwischen Grundwerten konfrontiert sind, und es ist ratsam, die eigene Position im voraus festzulegen.

Nach diesem Umweg kommen wir von einem normativen zu einem *vorhersagenden* Ansatz zurück. Ich habe die letzten vier Tendenzen nicht ohne Vorbehalte oder mit voller Zuversicht vorgebracht, aber hier muß ich weitere Vorbehalte zum Ausdruck bringen. Obwohl das eine oder andere Land ungehindert zur Erfüllung der Demokratie fortschreiten mag, kann man die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die demokratischen Institutionen erstickt werden, daß teilweise oder gänzlich autoritäre Regimes aufkommen und Diktaturen entstehen werden. Je länger die sozialen Spannungen anhalten und je mehr sie sich verschärfen, desto größer ist die Gefahr, daß dies geschieht. Diejenigen in jedem postsozialistischen Land, die an die Demokratie glauben, müssen bei der Verteidigung der Demokratie wachsam sein, ebenso die internationale Gemeinschaft.

Trend Nr. 6: Die Neudefinition einer nationalen Gemeinschaft

Das nationale Problem ist unter dem sozialistischen Regime unterdrückt. Das Problem *existierte* auch im alten System, aber es wurde niemals ehrlich

und offen diskutiert. Höchstenfalls brach es hier und da aus, wenn die Diktatur sich lockerte, aber selbst dann konnten die Leute ihre Meinungen nur halb zum Ausdruck bringen.

Das kommunistische System brach in Osteuropa 1989-90 zusammen, und was in dieser Hinsicht am wichtigsten war, die Sowjetunion wurde zunächst bedeutend schwächer und fiel dann auseinander. Zuerst müssen in diesem Zusammenhang die *Erfolge* unterstrichen werden. Es ist eine schöne und erhebende Erfahrung zu wissen, daß die nationale Souveränität der osteuropäischen Länder und der Staaten der früheren Sowjetunion wiederhergestellt wurden. Nach fast einem halben Jahrhundert der Besatzung, zunächst durch die Deutschen und dann durch die Russen, sind nun keine ausländischen Truppen mehr in einer Reihe souveräner Staaten stationiert. (Jedoch muß sofort hinzugefügt werden, daß hierzu Ausnahmen bestehen.)⁹

Die neu entstandene Situation hat mehrere Folgen. Hier will ich nur die wirtschaftlichen Auswirkungen erwähnen. Widersprüchliche Trends können in den fortgeschrittenen Industrieländern und der postsozialistischen Region beobachtet werden. (Der Kürze halber, wenn auch vom geographischen Standpunkt her sicherlich inkorrekt, nennen wir die OECD-Länder den Westen und die postsozialistischen Länder den Osten.) Im Westen hat eine stete Stärkung der zentripetalen Kräfte stattgefunden. Die Volkswirtschaften entwickeln sich in Richtung Gemeinschaft, Harmonisierung und Integration. Die Bewegung der Waren, des Kapitals, des Geldes, der Arbeitskräfte und des Wissens über die alten staatlichen Grenzen hinweg wird immer freier. Demgegenüber hat es im Osten einen plötzlichen und außergewöhnlichen Anstieg der zentrifugalen Kräfte gegeben. Frühere große, supranationale Einheiten sind auseinandergefallen; es zeigt sich eine Bewegung in Richtung Fragmentierung und Isolation. Neue, bewachte staatliche Grenzen, die wirtschaftliche Schranken errichten, existieren, wo es diese früher nicht gab oder sie wenig Gültigkeit hatten.

Wenn man den letzteren Trend von einem ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, besteht Grund zur Trauer. Den Kriterien eines Technokraten oder Wirtschaftswissenschaftlers zufolge ist Integration

⁹ Es standen zunächst immer noch bedeutende ausländische Kontingente in den baltischen Staaten unter der militärischen Kontrolle der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die einen Teil der Funktionen der Sowjetunion übernommen hat. Die Grenzen neugebildeter Staaten sind im Laufe der Kriege auf dem Territorium des früheren Jugoslawiens strittig geworden. Wenn man die ursprünglichen Grenzen als gegeben nimmt, gibt es ausländische Besatzungsmächte innerhalb mehrerer neuer Staaten, die sich als souverän betrachten.

in großem Maßstab effizienter als Fragmentierung, Disintegration und kleine Volkswirtschaften, die die Zusammenarbeit reduzieren und sich mehr oder weniger voneinander isolieren. Wie fast jede andere Behinderung der freien Allokation von Mitteln, wird die neu entstehende Situation wahrscheinlich die Effizienz der Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen verringern.

Aber diese Arbeit beabsichtigt nicht, die Veränderung aus dieser Warte zu kommentieren. Ihr Ziel ist es, Vorhersagen, nicht Empfehlungen zu formulieren. Also ist es die Hauptsache, die um uns herum stattfindenden Veränderungen zu *verstehen*.

Es scheint unausweichlich, daß die nationalen Gemeinschaften sich zunächst selbst redefinieren. *Nur dann* kann die Entwicklung supranationaler Einheiten oder Zutritt zu den schon bestehenden erfolgen. Zutritt zu einer supranationalen Organisation (sei sie eine Währungs- oder eine Zollunion, ein Schema für die freie Bewegung von Arbeit und/oder Kapital oder ein vollständigeres Integrationsschema) kann nur freiwillig stattfinden, nachdem die legitime Regierung eines bestimmten Staates weiß, daß sie die Unterstützung ihres eigenen Volkes genießt. Es wäre ein großer Fehler, von außen zentripetale Kräfte und Integrationsschemata verschiedenen Grades und Form einem Land aufzuzwingen, das sich gerade erst souverän zu fühlen beginnt.¹⁰ Man erinnere sich an die Geschichte der letzten Jahrzehnte. Einerseits brach der Comecon zusammen, weil er den anderen osteuropäischen Ländern durch die Sowjetunion aufgezwungen wurde; die Sowjetunion und Jugoslawien sind zerfallen, weil sie in vieler Hinsicht künstliche Gebilde waren, die durch gnadenlose Unterdrückung kleiner Völker, die sich nach Selbständigkeit sehnten, aufgezwungen wurden. Andererseits hat sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft konsolidiert, und es ist ihr gelungen, zu einer sogar noch umfassenderen Form der Integration fortzuschreiten, weil sie sich von vornherein stetig und gemeinsam entwickelte und die legitimen Regierungen souveräner Staaten Komponenten ihrer Souveränität schrittweise und freiwillig aufgaben.

Es folgt aus dem Gesagten, daß sich der Trend zur Trennung und Fragmentierung für lange Zeit fortsetzen und der Trend zur regionalen Zusammenarbeit trotz der Vernunftargumente zu seinen Gunsten schwach bleiben wird. Aber im Rahmen dieser allgemeinen Vorhersage kann man sich

¹⁰ Zu den Problemen des Außenhandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vgl. den Artikel von I. Illés, K. Mizsei und I. Szegvári (1991) und die Arbeit von P.B. Kenen (1991).

eine Vielzahl von Szenarien vorstellen. Das günstigste ist, wenn die Trennungen, Scheidungen und Ausschlüsse friedlich, aufgrund zivilisierter Über-einkünfte stattfinden. Die bedrohlichste Aussicht ist, daß die Landkarten durch lokale Kriege neu gezeichnet werden. Selbst wenn es keinen Krieg gibt, können zwischenstaatliche Spannungen durch leidenschaftliche Debatten zwischen Nachbarländern in die Länge gezogen werden, und Proteste gegen die ungerechte Behandlung nationaler Minderheiten in einem Nachbarstaat können hitzige Zurückweisung solcher Kritik und eifersüchtiges Wachen über die Souveränität hervorrufen. Diese Phänomene, die aus der Geschichte der osteuropäischen Region über die Jahrhunderte hinweg wohlbekannt sind, werden das gegenseitige Mißtrauen aufrechterhalten und die Chancen für die regionale Zusammenarbeit untergraben.

Es wäre meiner Meinung nach wünschenswert, wenn die „Europäisierung“ der postsozialistischen osteuropäischen Länder sich beschleunigte. Aber wenn ich mich, im Einklang mit dem allgemeinen Charakter dieser Arbeit, auf Vorhersage statt Bestrebungen konzentriere, muß ich sagen, daß ich nicht erwarte, daß rasche Fortschritte gemacht werden.

Es gibt objektive Schwierigkeiten. Die Europäische Union hat eine große Vielzahl von Normen, von der rechtlichen Regulierung der wirtschaftlichen Aktivität zu Qualitätsstandards bis hin zu Zöllen und Steuern. Es wird lange Zeit dauern, bevor das Rechtssystem und die Wirtschaftsaktivität jedes postsozialistischen Landes mit den europäischen Normen in jeder Hinsicht harmonisiert werden können.

Gleichzeitig muß klar gesehen werden, daß es bedeutende *Widerstände* gibt, die in der offiziellen, öffentlichen Rhetorik nicht zu erkennen sind, aber in verschleierte Formen, Schlagwörtern und dem Bremsen realer Veränderungen erscheinen. In Osteuropa gibt es einflußreiche Gruppen, die die Gefühle gegen antinationale „Verwestlichung“ anheizen, Zweifel über das „ausländische“ Kapital säen und an den Nationalstolz appellieren, wenn internationale Organisationen strikte Forderungen an die Wirtschaftsleistung bestimmter Länder stellen. Solcher Antagonismus ist auch in westlichen Kreisen verbreitet. Wer möchte schon freie Bewegung von Arbeitskräften über die staatlichen Grenzen hinweg, wenn dies zur Erhöhung der Barrieren gegen neue Migrationsbewegungen führt? Die Geschäftswelt ist Exporten in den Osten wohlgesonnen, wenn sie sich als gewinnbringend erweisen, aber ist nicht scharf darauf, ihre Märkte den Importen aus dem Osten zu öffnen.

Trend Nr. 7: Ein ungleicher Anstieg in der Wohlfahrt

Wie beeinträchtigen die bis hierhin erörterten Trends die Menschen? Das vorangegangene System produzierte einen niedrigen Lebensstandard. Menschen litten unter chronischen Mangelerscheinungen. Aber diese Aspekte waren mit Vollbeschäftigung und einem bescheidenen Maß an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit kombiniert. Die Gesellschaft war durch einen gewissen Grad an Gleichheit charakterisiert. Die Schicht der Privilegierten war relativ schmal. Selbst wenn die Leute nicht alle auf dieselbe Weise lebten, lag ihr materieller Lebensstandard in einem Band grauer Mittelmäßigkeit.

Nun, da die postsozialistische Gesellschaft durch eine große Umgestaltung aus ihrem vorigen Zustand wegbewegt wird, wird sich das *Durchschnittsniveau* der materiellen Wohlfahrt wahrscheinlich verbessern. Aber dies geschieht nicht sofort; für eine geraume Zeit werden die unter Trend Nr. 3 erörterten wirtschaftlichen Probleme Stagnation oder einen absoluten Rückgang im durchschnittlichen materiellen Verbrauch der Bevölkerung verursachen. All dies bezieht sich jedoch nur auf den Durchschnitt, der eine statistische Kategorie ist, die das Individuum nicht als eine direkte Erfahrung wahrnimmt.

Manche Leute gehören schon zu Beginn des Übergangs zu den finanziellen Gewinnern. Dies trifft auf eine recht breite Schicht der Gesellschaft zu, insbesondere die, deren Tätigkeit als Eigentümer, Manager und in vielen Fällen sogar als einfacher Arbeitnehmer an ein Privatunternehmen gebunden ist. Es muß hinzugefügt werden, daß eine schmalere Gruppe innerhalb dieser Schicht sehr schnell auffällig reich wird. Gleichzeitig sinkt der Lebensstandard vieler Menschen, in manchen Fällen langsam und in geringem Maße und in anderen schnell und in großem Maße.

Die Marktwirtschaft ist ein System, in dem das Leben der Individuen viel mehr von persönlicher Leistung und Glück abhängt als im sozialistischen System. Gleichzeitig wird ein viel geringerer Einfluß durch den Staat ausgeübt, der im sozialistischen System eine paternalistische Rolle auf sich nahm. All die, die den Systemwechsel beurteilen, entscheiden im Einklang mit ihrem eigenen Wertesystem, ob der dramatische Anstieg der Rolle des Individuums und das Sinken der Rolle des Staates in der Entscheidung über das Schicksal der Individuen ein Vorzug oder ein Nachteil ist, aber als Trend wird diese Veränderung sicher zutreffen. Dies beinhaltet eine viel

größere Streuung in der Verteilung der materiellen Wohlfahrt und geht mit einem Anwachsen der Ungleichheit einher.

Jede Regierung und politische Partei in der Region unterstreicht die Notwendigkeit der Beibehaltung des *sozialen Netzes* und, wo es sich noch entwickeln muß, seine Schaffung. Manche Bestandteile dieses Systems, wie z.B. ein nationaler Gesundheitsdienst und eine Arbeitslosenversicherung, funktionieren schon in den meisten postsozialistischen Ländern. Aber man muß zugeben, daß das Netz viele Löcher hat. Es kann keine Rede davon sein, daß das sozialistische System einen reifen Wohlfahrtsstaat hinterläßt. Es handelt sich um inkonsequente, verzerrte, „frühgeborene“ Wohlfahrtsstaaten, die sich in den von ihnen geerbten rechtlichen Rahmen zu Wohlfahrtsaufgaben verpflichtet haben, die sie aufgrund ihres niedrigen Entwicklungsstands unfähig sind, angemessen zu befriedigen. Das System der Altersrente ist sehr umfassend, aber die meisten Renten ermöglichen nur ein ärmliches Leben; jeder hat Anrecht auf Gesundheitsversorgung, aber die Gesundheitsversorgung ist sehr rückständig. In den skandinavischen Ländern, in denen die am höchsten entwickelten Formen des Wohlfahrtsstaats gefunden werden können, wurde mit der Organisation solcher Institutionen und der rechtlichen Verbriefung der staatlichen Wohlfahrtsverpflichtungen erst *nach* mehreren Jahrzehnten ungebrochener wirtschaftlicher Entwicklung begonnen.¹¹ Die Erfüllung der Wohlfahrtsaufgaben, die der Staat in der postsozialistischen Region, inmitten von Rezession, Inflation und hoher Auslandsverschuldung – mit anderen Worten Makroungleichgewichten – auf sich lädt, wird voraussichtlich zu einer gewichtigen und andauernden Schwierigkeit werden.

Aus allen diesen Gründen muß mit tiefer Unzufriedenheit in breiten Schichten der Gesellschaft über den stagnierenden oder fallenden materiellen Lebensstandard und die sie plötzlich befallende Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit für lange Zeit gerechnet werden. Es wird unter diesen Umständen schwer sein, die Menschen um weitere Opfer zu bitten. Dies ist ein Grund dafür, daß die Berichtigung der Makroungleichgewichte langwierig sein wird, ganz abgesehen von den Gefahren, die die Unzufriedenheit vom Standpunkt der Erhaltung der Demokratie her beinhaltet.

¹¹ Vgl. A. Lindbeck (1990).

Zusammenfassende Bemerkungen zu den Trends der Veränderung

Ich habe sieben Trends aufgezählt; sie decken nicht die Gesamtsumme der zu erwartenden Veränderungen ab, aber sie heben die hervor, die ich als die wichtigsten betrachte. Wie ich in meinen einführenden Abschnitten zu Beginn dieser Arbeit betont habe, sind dies keine fatalistischen Prophezeiungen. Ich habe alternative Lösungen und Entscheidungsdilemmata aufgezeichnet und dann gesagt, welche Entscheidung ich für die wahrscheinlichste halte (dies ist etwas anderes, als zu sagen, welche ich am liebsten sähe). Auch ist der Gang der Ereignisse nicht vorherbestimmt. Das einzige, was man mit großer Sicherheit sagen kann ist, daß der Übergang eine lange Zeit in Anspruch nehmen und eine abgeschlossene historische Periode bilden wird. Fatalismus wäre schon deshalb nicht gerechtfertigt, weil die Faktoren, von denen die Richtung und die Gangart der Veränderung abhängt, klar erkennbar sind.

- Sie hängen von der Weisheit oder Dummheit, Effizienz oder Unfähigkeit der Regierungen ab. Erasmus riet den Herrschern und anderen Amtsträgern, „schlechte Ratgeber, wie Ehrgeiz, Zorn, Gier und Schmeichelei zu meiden“.¹² Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie solchen Versuchen widerstehen können.
- Sie hängen von den oppositionellen Kräften ab, davon ob diese zerstörerisch sind und durch populistische Demagogie an die Macht kommen wollen oder ob sie gemäßigt und konstruktiv sind.
- Sie hängen von der durch die Bevölkerung gegebenen sozialen Umgebung ab, davon ob sie diszipliniert und in der Lage ist, langanhaltende Opfer zu bringen.
- Sie hängen von der Hilfe der äußeren Welt ab, ihrem Umfang und den Formen, die sie annimmt.

Bin ich optimistisch oder pessimistisch? Insoweit die unmittelbar bevorstehenden Jahre betroffen sind, bin ich weder das eine noch das andere. Es gibt zuviel Unsicherheiten, um sagen zu können, welche Kombination von Phänomenen aus dem kombinierten Resultat der sieben in dieser Arbeit aufgezählten Trends folgen wird. In manchen Ländern werden die Umstände für die große Mehrheit erträglich sein und für eine kleinere Gruppe von

¹² Das Zitat ist aus seinem Werk *Institutio Principis Christiani* (Die Erziehung des christlichen Fürsten) [1516] (1521; 1968).

Leuten immer günstiger werden, so daß dort die Chance für eine stetige allgemeine Besserung besteht. In anderen Ländern könnten jedoch ernste Umbrüche oder sogar soziale Explosionen stattfinden.

Langfristig bin ich entschieden optimistisch. Das System, das sich endgültig bildet, wird keine „gute Gesellschaft“ sein. Es wird voller Mängel stecken und auch einige abstoßende Charakteristika zeigen, aber es wird dem früheren sozialistischen System, was seine materielle Leistungen und Garantien der Menschenrechte angeht, immer noch überlegen sein. Ich bin langfristig ein Optimist, da es sehr starke spontane innere Trends gibt, die die Veränderung in diese günstige Richtung führen, selbst wenn die Regierung sich nicht in den besten Händen befinden mag.

Die Rolle der Akademiker

Diese Arbeit richtet sich nicht an die Regierenden; ich möchte daher zum Schluß gerne einige Worte über die Verantwortung der Akademiker anschließen.

Unsere westlichen Kollegen sind in der Lage, der östlichen akademischen Welt *praktische Hilfe* in Forschung und Lehre zu geben. Einladungen und Stipendien an östliche Kollegen, das Akzeptieren von Gastprofessuren in der postsozialistischen Region, Vermittlung von Erfahrung durch gemeinsame Forschung, Bücher, Fachzeitschriften und den Institutionen im Osten gestiftete Ausrüstung – diese sind einige der vielen möglichen Formen der Unterstützung. Wir haben schon viel Unterstützung erhalten, aber selbst wenn sie noch um ein Mehrfaches multipliziert würde, bliebe sie immer noch weit hinter den Erfordernissen zurück.

Sowohl westliche als auch östliche Akademiker dienen oft als Berater für Regierungen, Parteien, Bewegungen, Interessenverbände, internationale Organisationen und die Geschäftswelt. Diese Aktivität ist sehr notwendig, aber es mag nichts schaden, wenn ich eine Warnung hinzufüge. Wir müssen unsere Empfehlungen mit der gebührenden Bescheidenheit vorbringen. Kann die Idee, die wir befürworten, überhaupt angewendet werden? Ist sie den örtlichen Umständen, mit denen wir unzureichend vertraut sind, hinreichend angepaßt? Seien wir nicht aggressiv, versuchen wir nicht, unsere Ideen um jeden Preis durchzusetzen, denn dies könnte einen Bumerangeffekt haben und die Arbeit der Ratgeber im ganzen diskreditieren. Schöp-

fen wir wiederum Inspiration aus Erasmus; es ist gut, ein wenig Selbstironie beizubehalten.

Die uns von den Umständen manchmal zugewiesene Rolle ist mehr die eines *Mittlers* als eines Ratgebers; unsere Aufgabe ist es zu versuchen, widersprüchliche Ideen oder soziale und politische Kräfte zu versöhnen. Wiederum kann man sich von Erasmus' Ideen inspirieren lassen: Versuchen wir, für Rationalität, Vernunft und Mäßigung zu argumentieren. Scheuen wir nicht vor dem Risiko, das er einging, zurück: Die, die mit leisen Worten der Vernunft zwischen die erbitterten Schreie der Gegner treten, werden oft von beiden Seiten als Häretiker abgewiesen und geschmäht. Jedoch müssen wir versuchen, die Stimme des Gewissens der Gesellschaft zu sein, Worte der Warnung auszusenden, wenn menschliche Freiheiten beeinträchtigt werden, die jungen Institutionen der Demokratie angegriffen und Intelligenz und Geduld von Leidenschaft überrollt werden.

2. Der postsozialistische Übergang und der Staat

Überlegungen im Lichte der ungarischen Fiskalprobleme¹

Ich behandle hier eines der zahllosen Probleme, die während der Umgestaltung der postsozialistischen Länder entstehen: die Rolle des Staates in der Wirtschaft. Meine Untersuchung beruht auf der ungarischen Erfahrung, aber ich denke, daß die hier erörterten Probleme allgemeiner Natur sind und früher oder später in allen postsozialistischen Ländern aufkommen werden, obwohl sie der Intensität und Form nach veränderlich sein mögen. Obwohl die Probleme am ungarischen Beispiel veranschaulicht werden, beabsichtigt die Arbeit nicht, einen allgemeinen Überblick über die ungarische Wirtschaft zu geben. Eines sollte vielleicht festgehalten werden: Während mehrere Länder der Region mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sind und vielleicht sogar von Chaos bedroht sind,

¹ Zwei Vorträge werden traditionell jedes Jahr auf der Plenarsitzung der American Economic Association gehalten: der Vortrag des Präsidenten und ein Vortrag zu Ehren von Richard T. Ely. Dieser Vortrag wurde auf dem jährlichen Treffen in New Orleans am 3. Januar 1992 gehalten. Die erste Veröffentlichung war „The Postsocialist Transition and the State: Reflections in the Light of Hungarian Fiscal Problems“, *American Economic Review*, Papers and Proceedings, Mai 1992, 82 (2), S. 1-21.

Große Hilfe wurde mir von Eszter Erdélyi, Mária Móra, László Muraközy, Mária Zita Petschnig, Anna Seleny, István György Tóth und Alexandra Vacroux beim Sammeln der Materialien und der Informationen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, zuteil, und ich nehme diese Gelegenheit wahr, ihnen für ihre Unterstützung zu danken. Ich danke Brian McLean und Julianna Parti für ihre Übersetzung des Textes, der ursprünglich in ungarischer Sprache geschrieben wurde, ins Englische. Ich habe wertvolle Kommentare zum ersten Entwurf der Arbeit von Francis M. Bator, Tamás Bauer, Zsuzsa Dániel, Martin S. Feldstein, George Kopits, Álmos Kovács, Michael Marrese und László Urban erhalten. Natürlich trägt der Autor allein die Verantwortung für alle verbliebenen Fehler. Die Forschungsarbeit wurde von der Ungarischen Nationalen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung (OTKA) unterstützt.

findet der Übergang in Ungarn unter geordneten Bedingungen statt, und es gibt Zeichen vielversprechender wirtschaftlicher Entwicklung.

1. Die Empfehlungen in der westlichen Literatur

Natürlich ist der erste Weg, den akademische Wirtschaftswissenschaftler wie unsereins auf der Suche nach Rat gehen, der zur Bibliothek, wo der Umfang des Schrifttums zur Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt sicherlich reichlich, sogar beschämend reichlich ist.

Viele Wirtschaftswissenschaftler in der postsozialistischen Region, die ihre Illusionen, was die zentrale Planung angeht, verloren haben, neigen zu einer unkritischen, mythischen Verehrung des Marktes. Ein wirksames Heilmittel für diese gedankliche Verwirrung ist, westliche Arbeiten über die Unzulänglichkeiten des Marktes zu lesen. Sie deuten überzeugend auf mehrere Grundprobleme hin, für die der Markt allein keine beruhigende Lösung hat: z.B. die Erhaltung des Makrogleichgewichts der Wirtschaft, die Sicherung einer fairen Einkommensverteilung, die Berücksichtigung der Auswirkungen externer Effekte, das Angebot einer ausreichenden Menge an öffentlichen Gütern und die Begrenzung der Macht der Monopole. Die Autoren legen nahe, daß dort, wo Marktversagen auftritt, der Staat aktiv intervenieren sollte.²

Es gibt eine andere Richtung in der westlichen Literatur, die überzeugend zeigt, wie politisches Handeln, Politiker und Bürokraten vielleicht sogar noch klarer als der Markt bei der Koordinierung der Wirtschaft versagen können. Dieser Zweifel, der schon vor langer Zeit von der österreichischen Schule ausgesprochen und dann in den Argumenten der „public choice“-Theorie neu formuliert wurde, hat die Wirtschaftswissenschaftler zum Überdenken des Problems angehalten.³ Sind die, die im Namen des

²Frühe Zusammenfassungen der Theorien zum Marktversagen können in den Arbeiten von F.M. Bator (1958) und W.J. Baumol (1965) gefunden werden. Zu einem neueren Überblick vgl. J.E. Stiglitz et al. (1989). In dem Maße, in dem die Forschung fortschreitet, werden die Mängel einer ungehinderten Marktwirtschaft auf immer mehr Gebieten ins Licht gerückt. Die Erörterung des unvollkommenen Wettbewerbs und der größenabhängigen Erträge führt zu mehreren Veränderungen in den früheren, den Freihandel rechtfertigenden Konzepten und legt nahe, daß der Staat, unter gewissen Umständen, zu Recht eine aktivere Rolle spielt. Eine umfassende Beschreibung der weitgefächerten Forschung, die der Pionierarbeit von P.R. Krugman, E. Helpman und anderen folgte, kann in Helpman (1990) gefunden werden.

³Vgl. J. Buchanan und G. Tullock (1962) und W.A. Niskanen (1971).

Staates in die Wirtschaft intervenieren, nur darauf aus, dem öffentlichen Interesse zu dienen? Diese Frage trifft bei jedem, der im sozialistischen System gelebt hat, auf offene Ohren. Ähnlich relevant ist die kritische Analyse des Wohlfahrtsstaats, der einen hohen Grad an Umverteilung durchsetzt, was jedoch den Anreiz für Investitionen, Innovation und Unternehmertum dämpft.⁴

Wenn ein osteuropäischer Wirtschaftswissenschaftler jedoch aus der Bibliothek kommt, bleibt er verwirrt stehen. Er ist mit dem Innenleben des Kapitalismus noch immer nicht vertraut; er würde sich gerne auf die Fachliteratur stützen, aber zumindest auf den ersten Blick scheint sie ihm in stark widersprüchliche Richtungen zu weisen. Wofür sollte er letztendlich kämpfen: für einen aktiveren oder einen weniger aktiven Staat?

Diese Verwirrung kann in gewissem Maße dadurch gemindert werden, daß die Literatur noch eingehender studiert wird. Die normativen Vorschläge, die aus der theoretischen Literatur abgeleitet werden können, sich immer nur *bedingt gültig*. Die Umstände, unter denen die Argumente zutreffen, sind entweder ausdrücklich erwähnt oder angedeutet. Jeder westliche Experte, der eine postsozialistische Ökonomie berät oder jeder Wirtschaftswissenschaftler, der die westliche Literatur benutzt, um zu seinem Standpunkt zu kommen, hat die Pflicht, diese Annahmen sehr sorgfältig zu klären, bevor er sich auf „maßgebende“ westliche wirtschaftliche Arbeiten beruft.

1. Die zitierte Literatur bezieht sich auf einen reifen Markt und einen stabilen, tief verwurzelten und wohletablierten demokratischen Staat, wie er in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern heutiger Zeit funktioniert. Die Schwierigkeit ist, daß der Markt und der Staat in Ungarn und den anderen postsozialistischen Ländern sich von dieser Situation in mehrfacher Hinsicht unterscheidet: Der Privatsektor ist immer noch unreif, und die demokratischen Institutionen sind schwach und noch nicht voll ausgeprägt.

2. Die Literatur weist dem Staat und dem Markt Rollen zu, die ein kapitalistisches System voraussetzen, das beständige oder sich kontinuierlich verändernde Institutionen hat und mit robusten Verhaltensregeln funktioniert. Im Gegensatz dazu befindet sich das postsozialistische System inmitten einer revolutionären Umgestaltung: Institutionen verschwinden mit atemberaubender Geschwindigkeit, andere erscheinen erst gerade, das

⁴Vgl. z.B. A. Lindbeck (1988). Eine Darstellung linker und rechter Kritiken am Wohlfahrtsstaat wird von C. Offe (1984) gegeben.

Rechtssystem verändert sich, im historischen Maßstab betrachtet, mit einer sehr großen Geschwindigkeit, und das Verhalten jedes Teilnehmers am Wirtschaftsgeschehen verändert sich dementsprechend ständig. Also ist eine spezielle Art der dynamischen Analyse erforderlich.

II. Die politische Sphäre und die Regierungssphäre im postsozialistischen Ungarn

Lassen Sie mich kurz, geradezu telegraphisch, die Charakteristika der politischen Sphäre und der Regierungssphäre im heutigen Ungarn umreißen.⁵

Obwohl ein bestimmtes Maß an politischer Liberalisierung schon früh erreicht war, kam der Wendepunkt in Ungarn in den Jahren 1989-90. Das Monopol der Kommunistischen Partei über die Regierungsgewalt endete, anderen Parteien wurde erlaubt, sich zu organisieren, und freie Wahlen wurden zum ersten Mal seit 43 Jahren abgehalten.

Eine Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit wurde gebildet. Der Hauptstolperstein auf dem Weg zur Entwicklung einer Marktwirtschaft, die politische Vorherrschaft einer Kommunistischen Partei, die den Kapitalismus abgeschafft oder abzuschaffen versucht hatte, wurde von dieser radikalen Veränderung in der Machtstruktur beseitigt.

Legislative, Exekutive und Judikative waren im klassischen System nur formal getrennt. Tatsächlich wurden die Amtsträger für alle Posten in jedem Bereich von der Kommunistischen Partei ausgewählt, die deren Tätigkeit leitete. Die Trennung der Arme der staatlichen Gewalt wurde erst nach dem politischen Wendepunkt institutionalisiert.

Das Parlament ist dabei, seine neue Rolle zu meistern. Die unzählige Menge der für einen Verfassungsstaat notwendigen Regeln entwickelte sich in vielen entwickelten westlichen Demokratien über eine lange historische Periode hinweg, während in Ungarn die grundlegendsten Gesetze mit

⁵ Anstatt eine allgemeine, umfassende Definition des „Staats“ zu benutzen, werde ich versuchen, die politische Sphäre in ihre Bestandteile zu zerlegen. Verschiedene Ansätze hierzu können in der politischen Wissenschaft unterschieden werden, darunter funktionalistische Modelle, die schon erwähnte „public choice“-Theorie der Wirtschaftswissenschaften, Analysen, die die Konflikte zwischen Gruppen und Klassen untersuchen, und die verschiedenen institutionalistischen Ansätze. Meiner Ansicht nach sind dies in ihrer Mehrzahl nicht widersprüchliche, sondern komplementäre Erklärungen, und ich habe versucht, in dieser Arbeit aus allen diesen Theorien zu schöpfen. Zusammenfassungen können in den Arbeiten von J.D. Aberbach, R.D. Putnam und B.A. Rockman (1981) und P.A. Hall (1986) gefunden werden.

forcierter Geschwindigkeit entworfen werden. Dennoch ist die Langsamkeit und die ständige Verspätung, mit dem Regierung und Parlament ihrer gesetzgeberischen Rolle nachkommen, einer der schmerzlichsten Engpässe in der Entwicklung einer modernen Marktwirtschaft. Viele Mitglieder des Parlaments sind politische Neulinge: Sie haben weder genug Zeit noch genug Experten und Ratgeber, um ein eingehendes Studium der Gesetzesentwürfe vorzunehmen und schon gar nicht, um eigene Gesetzesvorschläge auszuarbeiten. Deshalb kann man nicht sagen, daß das Parlament die Arbeit der Verwaltung eng überwacht. Ebenso sind die Gerichte unerfahren in der Durchsetzung von Recht und Ordnung in einer Marktwirtschaft.

Vor der politischen Wende waren die antikommunistischen Kräfte im Angesicht eines gemeinsamen Feindes geeint. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen ist in bittere politische Zusammenstöße zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien und sogar innerhalb der Regierungskoalition übergegangen. Dies ist nicht überraschend, da dasselbe Phänomen in allen parlamentarischen Systemen auftritt. Jedoch verhindert die Abwesenheit eines breiten politischen Konsenses fast die Möglichkeit einer Lösung der schwerwiegenden Probleme, die auf der Tagesordnung stehen, z.B. die Drosselung der Inflation, die Stabilisierung des Haushalts und die Umstrukturierung der Produktion, da sie alle unpopuläre Maßnahmen mit sich bringen, die ernste Opfer verlangen. Wenn die politische Rivalität um die Macht akut wird, streben Politiker danach, ihre Wahlchancen und nicht eine „soziale Wohlfahrtsfunktion“ zu maximieren. Der normativen Theorie einer klassischen Demokratie zufolge sollte eine klare Trennung zwischen den direkt vor den Wählern verantwortlichen Politikern und der Bürokratie gezogen werden, welche loyal, ohne Ansehen des politischen Programms, jeder der aufeinanderfolgenden verfassungsmäßigen Regierungen dient. Politische Ernennungen und „Berufsbeamtenstellen“ sollten durch das Gesetz oder die anerkannten Konvention klar voneinander unterschieden werden. Im postsozialistischen politischen System wird dieser Unterschied noch nicht unzweideutig gemacht. Die heutigen Regierungsparteien haben den vielzitierten Slogan Vladimir Il'itsch Lenins durch und durch gelernt: Die Frage der Macht ist von grundsätzlicher Bedeutung. Die politische Loyalität ist ein viel wichtigeres Kriterium als die Kompetenz, wenn es darum geht, eine große Zahl von Stellen zu besetzen.

Die ungarische Bürokratie hat größere Erfahrung als die anderer postsozialistischer Länder, da die im Jahre 1968 begonnenen Teilreformen sie dazu brachten, sich an die Anforderungen einer Marktwirtschaft anzupassen. Jedoch hat sie keinesfalls das Wissen oder die Erfahrung, die erforder-

lich wäre, um die Verwaltungsaufgaben in einer modernen kapitalistischen Marktwirtschaft wahrzunehmen. Der Systemwechsel beinhaltet darüber hinaus ein Risiko für den Lebensunterhalt der Bürokraten: Wer weiß, wann entlassen werden wird? Servilität greift um sich. Viele der talentierteren Spezialisten verlassen den Staatssektor, um lukrativere und sicherere Stellen im Privatsektor anzunehmen. Die staatliche Disziplin ist aufgrund von Unerfahrenheit und Unsicherheit lasch, und es gibt große Reibungen im Prozeß der Durchsetzung der Gesetze und staatlichen Regulierungen.⁶

Wir haben es hier weder mit Platons Philosophen-Staatsmännern, die über alle egoistischen Kriterien hinauswachsen, noch mit der sachkundigen, gesetzestreuen, peinlich genauen Verwaltung, wie sie Max Weber beschrieb, zu tun. Auch behandeln wir hier nicht die politischen Entscheidungsträger, die in wohlfahrtsökonomischen Arbeiten beschrieben werden und die ausschließlich dem öffentlichen Interesse dienen. Daher muß jeder Wirtschaftswissenschaftler, der für die Einschränkung der Marktkräfte argumentiert, nüchtern in Erwägung ziehen, daß *dies* die Art Staat ist, dem er nun eine Funktion zuweisen möchte, und daß er für eine Weile noch so bleiben wird.

Die einzigen Komponenten der politischen Sphäre, die bis jetzt erörtert wurden, waren die Organisationen des Staates und die politischen Parteien. Zwei weitere wichtige Phänomene, die das Funktionieren sowohl des Staats als auch des Markts beeinträchtigen können, müssen erwähnt werden.

Erstens ist es von unermesslicher Wichtigkeit, daß die Presse, die oft als die vierte Gewalt bezeichnet wird, in Ungarn nun frei ist.⁷ Jeder, der versucht, die Macht des Staats zu mißbrauchen oder staatliches Geld schlecht zu verwalten, läuft das Risiko, in der Presse gebrandmarkt zu werden.

Zweitens, was politische Wissenschaftler die „bürgerliche Gesellschaft“, die Fähigkeit der Bürger, sich selbst zu organisieren, nennen, wächst stetig. Organisationen, die gewisse Schichten, Gruppen und Berufe vertreten, werden nach und nach gegründet und verschaffen sich Gehör. Solche Interessengruppen werden in den Vereinigten Staaten oft abschätzig beurteilt und können sicherlich auch einen schädlichen Einfluß ausüben, aber die Bürger eines Landes, in dem alle Arten freiwilliger und spontaner Vereinigungen

⁶T. Skocpol (1985) wies auf die „Kapazität“ des Staats, definiert als seine tatsächliche Fähigkeit spezifische Aufgaben auszuführen, als einen wichtigen Bestimmungsfaktor staatlichen Tuns hin. Der Mangel an dieser Kapazität, den ich in Verbindung mit dem Entwerfen und Verabschieden von Gesetzen erwähnte, hindert auch die Durchsetzung der Gesetze.

⁷Die wachsende Pressefreiheit hängt auch mit der Tatsache zusammen, daß ein bedeutender Anteil der Presse in privates Eigentum übergegangen ist.

verfolgt wurden, sind besser plaziert, um die Vorteile zu schätzen, die sich aus der Freiheit der Menschen, sich zu vereinigen und politischen Druck auszuüben, ergeben. Es muß hinzugefügt werden, daß der Einfluß der zivilen Gesellschaft in der wirtschaftlichen Sphäre schwach bleibt. Die Rückzugsgefechte der von der alten Ordnung übriggebliebenen Gewerkschaften, kombiniert mit der Schwäche der neuen Gewerkschaften, hinterlassen die Arbeitnehmer ohne ein reifes und wirksames System der Interessenvertretung. Die Arbeitgeberorganisationen sind ebenfalls unreif. Mit anderen Worten, die Arten der außerparlamentarischen Interessenvertretungen, die in der Lage wären, enge Berufsinteressen zu überwinden, und miteinander mit einem Gefühl der Verantwortung für das ganze Land zu verhandeln, müssen sich noch entwickeln oder an Stärke gewinnen. Es besteht daher die Gefahr, daß populistische Organisationen viele Menschen für sich gewinnen und den Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung behindern. Dies ist eine der verletzlichsten Stellen in der neuen Demokratie, da solche populistischen Bewegungen das Abschließen eines „Sozialpakts“ zwischen breiten Gruppen der Gesellschaft, die die Bereitschaft zeigen, Mäßigung zu üben, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, verhindern können.⁸

Meine Position, was die Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt angeht, wird durch die augenblickliche Situation in Ungarns politischer und Regierungssphäre sehr plausibel gemacht. (Tatsächlich könnte ich sie mein Vorurteil nennen, da meine Meinung offensichtlich auf einem Werturteil beruht.) Ich bin bereit, Einmischung der Regierung zu fordern, solange es in dem betreffenden Fall klar ist, daß der Markt, sich selbst überlassen, schlechte Entscheidungen treffen wird und eine große Wahrscheinlichkeit besteht, daß staatliche Einmischung die Lage verbessern wird. Ich muß überzeugt sein, daß die betreffende Behörde sich in sachkundigen, unparteiischen und ehrlichen Händen befindet und daß es in diesem bestimmten Fall tatsächlich möglich ist, eine öffentliche Kontrolle zu garantieren, die den Staat zwingen wird, weise zu handeln. Wenn ich jedoch Zweifel habe, wem ich die Entscheidung überlassen sollte, einem schlecht funktionierenden Markt oder einem schlecht funktionierenden Staat und ich nur eine zu-

⁸Im Jahr 1990 gelang es einer kleinen Gruppe in Ungarn, den Taxifahrern, die aufgrund ihrer Radioverbindungen gut miteinander kommunizieren konnten, die Hauptstadt durch eine Blockade lahmzulegen, um so gegen einen Anstieg der Benzinpreise zu protestieren. Viele Arbeitnehmer fühlten Solidarität zu den Taxifahrern, mit denen die Regierung vor den Fernsehkameras verhandelte.

fällige Entscheidung treffen kann, rät mir mein Instinkt, den Markt zu wählen. Ein Faktor in diesem Zusammenhang ist sicherlich, daß ich ein Osteuropäer bin, denn meine Landsleute und ich sind sehr oft vom Staat enttäuscht worden, und unser Vertrauen wird nicht leicht wiederhergestellt. Diese Präferenz wird die philosophische Grundlage für den Rest der Arbeit bilden.

III. Vier Fiskalprobleme

Der Sozialismus vor den Reformen wurde von totalitärer Macht geprägt, mit anderen Worten, durch einen hyperaktiven Staat, der versuchte, jede gesellschaftliche Aktivität zu kontrollieren. Obwohl der Prozeß der partiellen Reform, der 1968 begann, in vieler Hinsicht eine gewisse Reduzierung der Rolle des Staats hervorbrachte, hat das neue demokratische System dennoch einen „starken Staat“ geerbt.⁹

Das Gewicht und das Ausmaß des Staats kann auf mehrere Weise gemessen werden. Eines der wichtigsten Maße ist das Verhältnis des Regierungshaushalts zum BIP. *Tabelle 1* zeigt, daß die Regierung in Ungarn mehr als 60% des BIP aus der Wirtschaft entzieht und umverteilt, während der typische Anteil in Westeuropa bei 40-45% und in Ländern mit einem Ungarn vergleichbaren Entwicklungsniveau sogar noch niedriger liegt. Die *Tabelle 2* zeigt keine klar erkennbare Tendenz zu einer Senkung dieses Verhältnisses, das hartnäckig bei einer Größe nahe bei 60% steckengeblieben ist.¹⁰

Wie der Untertitel zu dieser Studie nahelegt, beschäftige ich mich hier hauptsächlich mit Fragen der Fiskalpolitik. Welche Politik wäre notwendig, um den Anteil der vom Staat eingezogenen und ausgegebenen Produktion zu verringern? Wie groß ist bei gegebenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit einer Politik, die einen „kleineren Staat“ erzeugen würde? Aus Platzgründen beabsichtige ich noch nicht einmal, die Sphäre der Fiskalprobleme ganz abzudecken.¹¹ Ich

⁹Die Rolle des Staates im sozialistischen System wird in meinem Buch [1992b] (1995) behandelt.

¹⁰Die Zahlen für 1990 und 1991 in der Tabelle 5.2 sind in einer korrigierten Form angegeben, unter Berücksichtigung der neueren Daten und der Debatte in der Fachpresse. Vgl. I. Kovács (1993) und L. Csaba (1993).

¹¹Lassen Sie mich insbesondere zwei Themen erwähnen, die ich hier auslasse, obwohl sie in engem Zusammenhang mit einer Erörterung der Rolle des Staats stehen.

werde die folgenden vier Themen erörtern: Verwaltungsausgaben, Hilfen für Verluste schreibende Firmen und Arbeitslosenunterstützung, Besteuerung des Privatsektors und Wohlfahrtsausgaben. Obwohl alle vier Themen mit dem Haushalt zu tun haben, würde ich gerne über den Bereich des öffentlichen Haushalts im engeren Sinne hinausgehen und jedes Problem in seinem politischen, sozialen und allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhang untersuchen; und in dieser Hinsicht gehört das Thema dieser Arbeit in die Kategorie der *politischen Ökonomie*.

Tabelle 1

Staatseinnahmen und -ausgaben i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich

Land	Jahr	Einnahmen	Ausgaben
Dänemark	1989	59,6	59,4
Frankreich	1989	46,2	47,8
Griechenland	1988	32,7	46,3
Kanada	1989	40,3	43,9
Niederlande	1989	51,1	56,6
Österreich	1988	46,9	49,7
Portugal	1988	40,7	45,0
Schweden	1988	59,1	56,9
Spanien	1987	35,0	38,6
Ungarn	1989	61,3	63,7
Vereinigte Staaten	1988	34,3	36,5
Westdeutschland	1989	45,7	45,9

Quelle: Von G. Kopits und L. Muraközy auf der Grundlage von International Monetary Fund (1990) zusammengestellt.

Anmerkung: Die Daten sind konsolidierte allgemeine Staatseinnahmen und -ausgaben (d.h. sie schließen Einnahmen und Ausgaben zentraler und lokaler Regierungen und nicht aus dem Haushalt gespeister Fonds mit ein).

Eines ist die Wiederherstellung des Makrogleichgewichts und der Makroverwaltung der Wirtschaft im allgemeinen; die andere ist die Rolle des Staats bei der Privatisierung von Firmen, die sich bislang im Staatseigentum befanden. Dies geschieht nicht deshalb, weil ich sie als unwichtig betrachte, sondern weil es schon reichhaltige Literatur gibt, die beide Themen analysiert. Ich selbst habe ebenfalls versucht, sie zu erörtern, z.B. in meinem Buch [1989] (1990) und in (1992a). Ich würde in dieser Arbeit gerne ein paar Fragen aufbringen, die bis jetzt weniger Aufmerksamkeit erfahren haben.

A. Verwaltungsausgaben

Forderungen nach Kürzungen in den Verwaltungsausgaben können in jeder Haushaltsdebatte jedes Parlaments auf der ganzen Welt gehört werden. Sie sind in Ungarn besonders angebracht, da sich hier die Ausgaben für allgemeine öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Ordnung und Sicherheit im Jahr 1990 auf 8,8% des BIP beliefen, was unangemessen hoch ist. Im Vergleich dazu belief sich derselbe Posten auf 5,5% des BIP in Westdeutschland, 5,1% in Chile und 4,4% in Dänemark.¹² Die Regierung der neuen Demokratie verspricht, diese Ausgaben Jahr für Jahr zu senken, und die Opposition fordert zu Recht eine viel energischere Reduzierung im Gesamtumfang des Haushalts.

Tabelle 2

Staatseinnahmen und -ausgaben in Ungarn i.v.H. des BIP, 1981-91

	Einnahmen	Ausgaben	Defizit (-) oder Überschuß (+)
1981	61,0	63,9	-3,2
1982	59,1	61,2	-2,1
1983	60,9	62,0	-1,1
1984	60,8	59,4	+1,4
1985	60,0	61,2	-1,1
1986	63,2	66,0	-2,9
1987	60,3	64,1	-3,9
1988	63,7	63,6	+0,0
1989	61,3	63,7	-2,5
1990	57,9	57,4	+0,5
1991	55,3	57,8	-2,7

Quellen: Von L. Muraközy zusammengestellt. Zahlen für 1981-90 beruhen auf International Monetary Fund (1991); 1991: Durch das Pénzügyminisztérium (Finanzministerium, Ungarn) übermittelte Daten.

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf konsolidierte allgemeine Staatseinnahmen und -ausgaben. (Für Erklärungen vgl. die Anmerkung zu Tabelle 1.)

¹² Von L. Muraközy auf der Grundlage von Daten des International Monetary Fund (1990) berechnet.

Zwei gegensätzliche Trends können beobachtet werden. Einerseits sind frühere Verwaltungsausgaben entfallen oder gesunken, andererseits sind neue Verwaltungsausgaben entstanden. Ich möchte hier vier Beispiele geben:

1. Die umfangreiche Bürokratie der Kommunistischen Partei, die den staatlichen Apparat der Größe nach fast verdoppelte, ist aufgelöst worden. Gleichzeitig ist ein neuer professioneller politischer Apparat, bestehend aus den Abgeordneten aller Parteien und den Mitarbeitern aller Mitglieder nationaler und örtlicher Parlamente, gebildet worden.

2. Viele Institutionen der zentralen Planwirtschaft werden beseitigt; so z.B. haben die Planungs- und Preisbehörden geschlossen, und mehrere Ministerien, die früher die Produktion kontrollierten, haben fusioniert und dadurch zusammen einen kleineren Personalbestand erreicht. Das neue System erfordert jedoch einige neue Ämter: Behörden für die Privatisierung, Bankaufsicht, Versicherungsregulierung, Aufsicht über die Beachtung der Antimonopolgesetzgebung, ein Amt, das sich mit kleinen Betrieben beschäftigt, ein Oberster Rechnungshof, um die Finanzgeschäfte der staatlichen Bürokratie zu beaufsichtigen usw.

3. Die Geheimpolizei, eine der Säulen des alten Regime, ist abgeschafft worden, aber es besteht eine Nachfrage nach mehr Polizei, um einen erschreckenden Anstieg der Kriminalität zu bekämpfen. Unter den Gründen für die Welle des Verbrechens sind die Auflösung des landesweiten Netzwerks der Informanten, die Lockerung der Verpflichtung, Veränderungen des Wohnorts polizeilich zu melden und die Öffnung der Grenzen, die den Drogenhandel erleichtert. Mit anderen Worten, der Anstieg der Kriminalität ist teilweise durch die schädlichen Nebenwirkungen eines gesunden Prozesses, nämlich der Abschaffung des Polizeistaats zu erklären.

4. Im alten System wurden viele Streitigkeiten willkürlich durch den Parteisekretär oder eine Verwaltungsorganisation geschlichtet, aber in einem Verfassungsstaat wird das hauptsächlich die Aufgabe der Gerichte. In dem Maße, in dem der Privatsektor und das Ansehen des Rechtswesens steigen, nimmt auch die Zahl der Prozesse zu.¹³ Die Zahl der noch nicht entschiedenen Fälle wird weiterwachsen, wenn der augenblickliche Personalbestand der Gerichte nicht vergrößert wird.

Um den Punkt A zusammenzufassen, eine Anstrengung zur Kürzung der Verwaltungsausgaben muß gemacht werden, aber es können keine

¹³ Vor den Budapester Gerichten wurden 1988 9.000 neue Zivilprozesse und 1990 16.400 anhängig. Die Gesuche um Zahlungsverfügungen, die die Gerichte in denselben zwei Jahren erhielten, betragen 31.000 beziehungsweise 64.000. (Stellungnahme des Präsidenten des Gerichtshofs der Metropole in *Népszabadság*, 23. November 1991.)

große Hoffnungen darauf gesetzt werden, daß dies in der nahen Zukunft zu einer bedeutenden Verringerung der Haushalt-BIP-Quote beiträgt.

*B. Hilfe für Verluste schreibende Firmen
und Arbeitslosenunterstützung*

Aus der *Tabelle 3* geht hervor, daß die Subventionen und Transferzahlungen an Firmen in Ungarn für lange Zeit eine fallende Tendenz gezeigt haben (im Gegensatz zur Situation in der Tschechoslowakei und Bulgarien, die auch in der Tabelle gezeigt wird, wo sie vor dem Systemwechsel zum Steigen neigten). Jedoch wirft ein weitergehender, energischerer Abbau der Hilfe einige schwierige Probleme auf, die der detaillierten Analyse bedürfen.

Tabelle 3

Subventionen und Transferzahlungen an Firmen i.v.H. des BIP:
Internationaler Vergleich

Jahr	Bulgarien	Tschechoslowakei	Ungarn
	<i>Gesamte laufende Ausgaben</i>		
1985	48	51	53
1989	52	55	57
	<i>Subventionen und Transferzahlungen an Firmen</i>		
1985	13	15	21
1989	15	19	16

Quelle: G. Kopits (1991, S. 22-23).

Anmerkungen: Subventionen und Transferzahlungen an Firmen umfassen produktspezifische Preissubventionen, subventionierte Zinssätze und Schuldendienst für Firmen und Institutionen. Subventionen und Transferzahlungen sind ein Bestandteil der gesamten laufenden Ausgaben (d.h. der Zahlen in den ersten Zeilen der Tabelle).

Das sozialistische System erzeugte ein seltsames Phänomen, das ich in meinen früheren Arbeiten das Syndrom der *weichen Budgetbeschränkung* ge-

nannt habe.¹⁴ In dieser Situation sind die Ausgaben der Firmen nicht streng durch ihre finanzielle Position oder letztendlich, in einem dynamischen Zusammenhang, ihre Einnahmen beschränkt. Selbst wenn sie in ernststen finanziellen Schwierigkeiten landen, ständig Verluste schreiben und zahlungsunfähig werden sollten, können sie mit der Hilfe des Staates rechnen.

Eine solche Firma wird Steuerkonzessionen erhalten, oder es wird ihr erlaubt, ihre Steuerzahlungen aufzuschieben, sie wird eine Subvention bekommen oder Zugang zu weichen Krediten erreichen. Sie ist sicher, daß sie in ihre Erwartungen eine staatliche Auslösungsgarantie zur Sicherung ihres Überlebens einbauen kann. Diese Weichheit der Budgetbeschränkung hat eine Reihe negativer Konsequenzen, darunter das Tolerieren von Ineffizienz, Aufschub der Anpassung an die Nachfrage und falsche Investitionsentscheidungen.

Die Auffassung wird weithin akzeptiert, daß dieses schädliche Phänomen mit einer Marktwirtschaft unvereinbar ist, so daß in der postsozialistischen Übergangsperiode die Budgetbeschränkung der Firmen endlich hart werden muß. Die Frage ist: In welchem Maß werden diesem Erfordernis nur Lippenbekenntnisse gezollt, und in welchem Maße wird es durchgesetzt? Hier kann keine klare Antwort gegeben werden, da gegenwärtig einander widerstreitende Tendenzen am Werke sind, und es unklar ist, welche überwiegen werden.

Die Situation der Firmen ist veränderlich und so auch ihr Verhalten.¹⁵ Manche haben sich in Richtung Privatisierung bewegt, sich in Aktiengesellschaften umgewandelt oder gedenken dies in der nahen Zukunft zu tun und haben mit möglichen ungarischen und ausländischen Privateigentümern verhandelt. Jedoch möchte ich hier die Aufmerksamkeit auf die lenken, die noch keine praktischen Schritte in Richtung Privatisierung unternommen haben. Manche haben sich ziemlich erfolgreich an die neue Situation angepaßt, aber andere sind mit ernststen Problemen konfrontiert, und in den letzteren Fällen ist die typische Haltung zu versuchen sich durchzuwursteln. Dies bedeutet auf der physischen oder realen Seite der Produktion, daß sie in der Mangelwirtschaft gehortete Produkte benutzen, ohne sie zu ersetzen, die Instandhaltung und die Erneuerung vernachlässigen und vielleicht eine Fabrik oder ein Bürogebäude verkaufen. Es findet kontinuier-

¹⁴ Diesen Begriff habe ich in meiner Arbeit *Economics of Shortage* (Die Mangelwirtschaft) (1980) eingeführt; zu einer eingehenderen Erklärung vgl. meinen Artikel (1986a) und Kapitel 8 und 21 meines Buches [1992b (1995)]. [eingefügte Fußnote]

¹⁵ Zur Position Verluste machender staatseigener Firmen vgl. den Artikel von M. Móra (1991) und die detailliertere Arbeit (Móra 1990), auf der sie beruht.

liche Desinvestition statt; mit anderen Worten, die Firma frißt sich selbst, indem sie ihr eigenes Vermögen aufzehrt. Parallele Ereignisse finden auf der finanziellen Seite statt, wo die ständigen Verluste die Verschuldung der Firma vergrößern. Sie zahlt nicht mehr pünktlich und in vollem Umfang ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge oder ihre Zinsen und Tilgungsraten ihrer Schulden an die Geschäftsbanken.¹⁶ Was am üblichsten ist, die Firma hört auf, die Rechnungen ihrer Inputlieferfirmen zu bezahlen. Es gibt in keinem dieser Fälle einen freiwilligen Kreditvertrag: Der Schuldner zwingt den Kreditgeber zu leihen, indem er die Zahlung verweigert. Dies bringt mich zur anderen Seite des Problems: der Frage der Reaktion des Gläubigers auf dieses Verhalten der Firma.¹⁷

Die Weichheit der Budgetbeschränkung bedeutet tatsächlich, daß der unfreiwillige Gläubiger die Zahlungseinstellung durch den Schuldner duldet. Im postsozialistischen Ungarn ist die gegenwärtige Situation, wie bereits erwähnt, zweideutig, da in einigen Fällen die gewohnte Toleranz weiterhin gezeigt wird, aber das Gegenteil ebenfalls vorkommt. Es gibt schon, wenn auch selten, Fälle, in denen die Steuer- oder die Sozialversicherungsbehörden oder die Banken Maßnahmen ergreifen, um eine Schuldnerfirma aufzulösen. Üblicher ist es, daß die Lieferanten Liquidationsverfahren gegen Firmen einleiten, die ihre Rechnungen nicht bezahlen können.¹⁸

Obwohl Firmen auch schon früher aufgelöst wurden, lief dies auf *administrative Auslese* hinaus, da das Todesurteil oder die Begnadigung von der Bürokratie kamen. Nun kann man die ersten Anzeichen *natürlicher Auslese* erkennen. Die letztere wird, sobald sie sich tatsächlich voll entwickelt hat, als ein dezentralisierter Marktprozeß stattfinden. Anstatt daß Fragen von Leben und Tod durch eine Behörde des Staates entschieden werden, sind es die Kreditgeber, die in ihrem eigenen finanziellen Interesse Verfahren gegen nichtzahlende Schuldner anstrengen werden.

Tatsächlich hat es schon seit einiger Zeit Liquidationsgesetze im ungarischen Recht gegeben, und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Ausscheiden zahlungsunfähiger Firmen waren auch in anderer Hinsicht

¹⁶ Die Summe der ersten beiden Schuldenposten (der unbezahlten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) war Mitte 1991 höher als das gesamte für 1992 geplante Haushaltsdefizit.

¹⁷ Das Erhärten der Budgetbeschränkung ist teilweise eine *fiskalische Frage*, da sie eng mit den staatlichen Subventionen und der Besteuerung zusammenhängt. Jedoch ist das Problem seiner Natur nach noch viel komplizierter, und daher muß ich über das zuvor umrissene Thema der Arbeit hinausgehen, z.B. indem ich auch kurz Fragen der *Geldpolitik* berühre.

¹⁸ Vgl. K. Lányi, Hrsg. (1991, S. 64).

vorhanden. Diese wurden bis jetzt nicht genutzt, aber nun scheint es, als gäbe es eine Bewegung sie wahrzunehmen. Eine Welle der Liquidationen im Staatssektor ist für 1992 vorausgesagt, und wenn sie kommt, wird es korrekt sein zu sagen, daß die Budgetbeschränkung härter geworden ist.

Wie diese Veränderung bewertet werden sollte, ist Gegenstand vieler Debatten. Was mich angeht, betrachte ich sie als schmerzhaft, aber gesund. Lassen Sie mich an Joseph A. Schumpeters wohlbekannten Begriff der *kreativen Zerstörung* erinnern.¹⁹ Die Erneuerung und Reorganisation der Produktion, technischer Fortschritt und Innovation werden normalerweise von der Zerstörung der alten Produkte, Organisationen und Institutionen begleitet. Diese Reinigung ist für die Entwicklung wesentlich. Aus einer Reihe von Gründen war das sozialistische System dazu unfähig. Die alten industriellen Dinosaurier, die aufgeblasenen, trägen, ungeschickten Riesen überlebten, und die Weichheit der Budgetbeschränkung diente als der finanzielle Mechanismus zur Abwehr der kreativen Zerstörung; doch nun hat die Zerstörung in Form verschiedener Korrekturmaßnahmen begonnen. Fünf eng miteinander zusammenhängende Prozesse können angeführt werden:

1. Die antiinflationäre Geldpolitik führt zwangsläufig zu einem Schrumpfen der Produktion. In manchen Fällen bedeutet dies die völlige Schließung von Firmen, und in anderen bedeutet es die Kürzung der Produktion. Die Schumpetersche Interpretation des Wirtschaftszyklus scheint in diesem Zusammenhang gerechtfertigt zu sein; eine Rezession auf der Makroebene beschleunigt die natürliche Rezession und die Zerstörung, die den Weg für die Schöpfung ebnet. Der Planwirtschaft mit ihrem Drang nach dauernder Expansion und forciertem Wachstum war es nicht möglich, diese Auslese zu leisten.

2. Es findet eine Umstrukturierung in der Branchenzusammensetzung der Produktion statt. Der Anteil der verarbeitenden Industrie in der Gesamtproduktion fällt, und der Anteil der Dienstleistungen steigt. Dies beinhaltet einen Stopp oder eine Verringerung der Aktivität einiger Industriefirmen.

3. Im engen Zusammenhang mit dem vorigen Prozeß steht die Umstrukturierung der Exporte. Der Zusammenbruch des RGW-Marktes hat Firmen,

¹⁹ J.A. Schumpeter schrieb über die Vorteile, Verluste machende Firmen zu zerstören, in seiner ersten klassischen Arbeit [1912] (1964). Der Ausdruck „kreative Zerstörung“ wurde in seinem Buch aus dem Jahre 1942 eingeführt (vgl. J.A. Schumpeter [1942], 1975, Kapitel VII). Der Schumpetersche Aspekt des Übergangsprozesses wird in der Arbeit von P. Murrell (1990a), (1990b) betont.

die sich auf seine Belieferung spezialisiert hatten und unfähig sind, die Nachfrage neuer Märkte zu befriedigen, schlimme Probleme verursacht.

4. Eine Umstrukturierung findet in der Größenverteilung der Firmen statt. Im sozialistischen System war die Produktion in Ungarn, wie auch in den anderen sozialistischen Ländern, übermäßig konzentriert. Die Firmen waren übergroß, sogar in Branchen, in denen es keine mit der Größe wachsenden Erträge gab, um dies zu rechtfertigen. Darüber hinaus waren die kleinen Unternehmen im klassischen Sozialismus vor der Reform fast gänzlich beseitigt und mittleren Firmen war zu wenig Platz gelassen worden. Ein Teil des Korrekturprozesses besteht darin, eine große Zahl Firmen zu schließen, die so übertrieben groß sind, daß sie lebensunfähig sind, und die nicht in kleinere Einheiten zerschlagen werden können.

5. Die Mehrzahl der bürokratisch kontrollierten staatseigenen Firmen im sozialistischen System funktionierten auf einem sehr niedrigen Effizienzniveau. Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz war weitverbreitet. Die Effizienz muß als Folge des Korrekturprozesses verbessert werden. Selbst wenn das Produktionsvolumen dasselbe bleiben sollte, könnte es mit einer viel niedrigeren Beschäftigungshöhe erreicht werden.

Alle fünf Korrekturprozesse haben ernste Nebenwirkungen: Eine große Zahl von Arbeitsplätzen wird beseitigt. Jedoch schaffen einige dieser Prozesse (Punkte 2-4) auch Arbeit, selbst wenn sie zerstörerisch wirken: Sie bieten neue Arbeitsplätze, insbesondere im Privatsektor, und hauptsächlich in den Segmenten der kleinen und mittelgroßen Firmen. Darauf werde ich später nochmals zurückkommen. Im voraus muß nur gesagt werden, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dem Verlust der alten nicht Schritt halten kann. Daher steigt die Arbeitslosigkeit. Dies ist eine erschütternde Erfahrung in jedem System, jedoch im Postsozialismus doppelt schmerzhaft, da die Menschen in dem Teil der Welt, in dem Ungarn liegt, sich nicht nur an Vollbeschäftigung, sondern an absolute Arbeitsplatzsicherheit und sogar für lange Zeit an chronischen Arbeitskräftemangel gewöhnt hatten. Die *Tabelle 4* zeigt eine kurze Zeitreihe. Der Mai 1990 war der genaue Zeitpunkt in der Geschichte, zu dem die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen zum ersten Mal übertraf und der Arbeitsmarkt von einem Zustand der Überschufnachfrage zu einem des Überschufangebots umschlug. Die Arbeitslosenquote erreichte im November 1991 7,3%, was sogar für Länder, die an Arbeitslosigkeit gewöhnt sind, ziemlich hoch ist. Leider

muß, den Vorhersagen nach, mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.²⁰

Tabelle 4

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit in Ungarn, 1990-91

		Zahl der registrierten offenen Stellen	Zahl der gemeldeten Arbeitslosen
1990	Januar	37.711	23.426
	Februar	38.335	30.055
	März	34.048	33.682
	April	35.191	33.353
	Mai	37.938	38.155
	Juni	37.859	43.506
	Juli	36.222	50.292
	August	33.732	51.670
	September	26.969	56.115
	Oktober	22.763	60.997
	November	17.150	69.982
	Dezember	16.815	79.521
1991	Januar	12.949	100.526
	Februar	14.721	128.386
	März	13.583	144.840
	April	16.478	167.407
	Mai	14.919	165.022
	Juni	14.860	185.554
	Juli	15.186	216.568
	August	14.124	251.084
	September	15.351	292.756
	Oktober	15.389	317.692
	November	13.021	351.285

Quelle: Berichte des Országos Munkaügyi Központ (Nationales Arbeitsamt, Ungarn), 1990-91.

²⁰ Zum gegenwärtigen Stand des ungarischen Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit vgl. die Arbeiten von J. Köllö (1990, 1991).

Was sollte die Regierung unter diesen Umständen tun? Bevor ich versuche, eine Antwort auf diese Frage zu geben, möchte ich erst ein paar Worte dazu sagen, was sie *nicht* tun sollte. Sie sollte meiner Meinung nach nicht dem Druck nachgeben, die Geldpolitik auf der Makroebene zu lockern und lässig ausgestreute Kredite und Exportsubventionen, unbesonnen erhöhte Nominaleinkommen und haushaltsfinanzierte große Investitionen zu benutzen, um die Gesamtnachfrage aufzupeitschen, insbesondere nicht die des Staatssektors. Die ungarische Inflationsrate, die mit großen Schwierigkeiten gezügelt worden ist und 1991 immer noch bei ungefähr 35% verweilte, würde plötzlich hochschnellen, mit erschreckenden Konsequenzen.

Eine andere Warnung ist nötig, was die Mikroebene angeht. Jetzt, inmitten der ersten Anzeichen eines Härterwerdens der Budgetbeschränkung der Firmen, sollte die Regierung nicht rückfällig werden und sie wieder erweichen. Ich bin überzeugt, daß es besser ist, das ernste Problem der Arbeitslosigkeit offen zu akzeptieren (natürlich denen, die ihre Stelle verlieren, effektive Unterstützung zu geben), als die Politik fortzusetzen, die die Überflüssigkeit vieler ineffizienter Arbeitsplätze durch die künstliche Unterstützung todkranker Firmen und die Verlängerung der Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz verdeckt. Die Gefahr eines Rückfalls in das frühere Syndrom der weichen Budgetbeschränkung hält selbst unter den augenblicklichen politischen Bedingungen an. Das Bild eines Politikers, der einschreitet, um eine Firma in finanziellen Schwierigkeiten auszulösen, ist in den Vereinigten Staaten nicht unbekannt; auch nicht die Aussicht, daß Interessenvertretungen für eine protektionistische Politik zugunsten des einen oder anderen Sektors lobbyieren werden. Eine andere Gefahr ist, daß manche Banken bereit sein mögen, weiche Kredite unverantwortlich auszugeben, und darauf zu zählen, daß ihr Überleben auf jeden Fall garantiert werden wird, selbst wenn dies letztendlich auf Kosten der Steuerzahler geschieht. Diese Einstellung, die vor kurzem im Sektor der Spar- und Kreditvereinigungen und Teilen des Banksystems der Vereinigten Staaten beobachtet werden konnte, ist in der postsozialistischen Wirtschaft und ihrer Finanzsphäre vorherrschend und in ihr tief verankert.

Es ist aus vielen Gründen wünschenswert, daß das Eigentum der überwiegenden Mehrheit der früheren staatseigenen Firmen in private Hände übergehen sollte; aber niemand sollte denken, daß das eben skizzierte Problem, die Aufgabe der „kreativen Zerstörung“, durch die Privatisierung bequem gelöst werden kann. Kein inländischer oder ausländischer Käufer kauft freiwillig eine hoffnungslos zahlungsunfähige Firma und hält sie weiterhin in Betrieb. Höchstens wird es einen Käufer für das physische Ver-

mögen und das menschliche Kapital geben, das zur Firma gehört. In manchen anderen Fällen wird es anfangs nicht klar sein, ob die privatisierte Firma eine Chance zur finanziellen Gesundheit hat. Wenn ihr dies nicht gelingt, werden die neuen Eigentümer (seien sie individuelle Aktieninhaber, Wertpapierpoolfonds oder andere institutionelle Eigentümer) sie zweifellos schließen, sobald offensichtlich wird, daß die Firma nicht mit Gewinn funktionieren kann. Dies ist für die Betroffenen keine weniger bittere Pille, und sie mag sogar noch brutaler sein, als wenn die Liquidation der Privatisierung vorausgegangen wäre. Eine andere Möglichkeit ist, daß nach der Privatisierung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam anfangen können, sie zu retten, indem sie die Verbindungen spielen lassen, die sie unter dem neuen Regime aufgebaut haben. Dieser Punkt bringt uns zurück zum Ausgangspunkt, der Weichheit der Budgetbeschränkung.

Ich werde mich nun den ratsamen Maßnahmen zuwenden. Eine *einmalige, zeitlich begrenzte* Subvention könnte Firmen bewilligt werden, denen die Regierung eine letzte Chance geben will, nur für den Fall, daß sie sich letztlich doch an wirkliche Marktbedingungen anpassen können. Jedoch muß festgesetzt werden, daß die Subvention ausläuft und daß die Anleihe nicht wiederholt werden wird, wenn die Anpassung nicht gelingt. Ich bin mir etwas unsicher, ob ich diese Möglichkeit überhaupt ins Spiel bringen sollte, da die Gefahr bestehen bleibt, daß alle im Zusammenhang mit der weichen Budgetbeschränkung erlebten Phänomene hier wieder aufleben.

Der Staat muß ein angemessenes System der Arbeitslosenversicherung einrichten. Dieses sollte zeitweilige Hilfe geben, um den Schock abzufedern, aber es sollte nicht dazu dienen, den Anreiz der Arbeitslosen zu schwächen, Arbeit zu suchen und sich an die Nachfrage nach Arbeit anzupassen. Ein vorteilhaftes Merkmal der wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn ist, daß die Organisation der Arbeitslosenversicherung viel eher begonnen wurde als in anderen postsozialistischen Ländern. Das augenblickliche System läßt jedoch viel zu wünschen übrig; der Umfang, die Dauer und die Bedingungen der Leistungen sind alle fraglich.

Die Versicherung muß mit der Einrichtung von Arbeitsämtern und Umschulungsmaßnahmen einhergehen. Dies ist zweifellos eine Aufgabe für den Staat. Es ist lobenswert, daß sie in Ungarn begonnen worden ist, obwohl die Ergebnisse bis jetzt noch sehr verbessert werden könnten.

Schließlich ist die wichtigste Aufgabe die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere im Privatsektor. Dies führt zu dem im nächsten Abschnitt erörterten Problem.

Um den Punkt B zusammenzufassen, die Politik der Härtung der Budgetbeschränkung stellt eine *Fiskalfalle*. Einerseits reduziert der staatliche Haushalt die Ausgaben, indem er Subventionen für überlebensunfähige staatseigene Firmen streicht. Die härtere fiskalische Disziplin, die auf staats-eigene Firmen angewendet wird, sollte zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führen, wenn einmal angenommen wird, daß die Firmen überhaupt fähig sein werden, Steuern zu zahlen. Andererseits kann die Erhärtung der Budgetbeschränkung ein noch größeres Schrumpfen der Wirtschaftstätigkeit verursachen, dadurch die Steuergrundlage und damit die Haushaltseinnahmen reduzieren. Gleichzeitig stellen die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung eine wachsende Belastung für den Haushalt dar.²¹ Man kann das Nettoresultat dieser widerstreitenden Trends nicht akkurat voraussagen: Werden sie die allgemeine fiskalische Situation verbessern oder verschlimmern? Ich halte eine Verschlechterung für die wahrscheinlichere Folge in den nächsten paar Jahren, aber ich denke trotzdem, daß die schwerwiegenden kurzfristigen Nachteile akzeptiert werden müssen, um die langfristigeren, bleibenden Vorteile genießen zu können: die als Folge der „kreativen Zerstörung“ zu erwartende Entwicklung.

C. Die Besteuerung des Privatsektors

Vielleicht die wichtigste Tendenz im Übergangsprozeß ist das sehr schnelle Wachstum des Privatsektors. Im letzten Abschnitt wurde der zerstörerische Aspekt der Schumpeterschen „kreativen Zerstörung“ erwähnt. Das Gedeihen der neuen Privatunternehmen ist vielleicht die offensichtlichste Äußerung der Kehrseite, des schöpferischen Aspekts. Der Privatsektor ist die wahrscheinlichste Quelle massenweiser Schaffung von Arbeitsplätzen, der Einführung von Innovationen, besserer Versorgung der Konsumenten und der Eroberung neuer Exportmärkte.

Leider ist es angesichts des bestehenden Systems der statistischen Datensammlungen in Ungarn (und in den anderen postsozialistischen Ländern)

²¹ Die Arbeitslosenunterstützung in Ungarn wird aus einem außerhalb des Haushalts gebildeten Versicherungsfonds bezahlt. Diese getrennte Behandlung ist zweckdienlich, aber sie ändert nichts an der Tatsache, daß dies *letztendlich* ein fiskalisches Problem in zweifacher Hinsicht ist. Beitragszahlungen an den Fonds sind obligatorisch, nicht freiwillig und eine Art Steuer. Wenn in dem Fonds ein Defizit entsteht, garantiert der staatliche Haushalt, daß es mit anderen Steuereinnahmen ausgeglichen wird.

zur Zeit nicht möglich, die Ausbreitung des Privatsektors zu messen.²² Expertenschätzungen schwanken, aber die meisten fallen in den Bereich eines Beitrags des Privatsektors zum BIP von 25-35%.²³

Ein Teil des Privatsektors funktioniert innerhalb des gesetzlich festgelegten Rahmens. Die Steuerbehörden hatten im August 1991 Daten über 111.700 wirtschaftliche Organisation.²⁴ Zum Vergleich sollte man sich erinnern, daß ein Jahrzehnt früher ungefähr 3.000 große staatseigene Firmen und ein paar tausend weitere große, quasistaatliche landwirtschaftliche Genossenschaften in Betrieb waren. Die Zahl der registrierten privaten Unternehmen ist sicherlich sehr schnell angestiegen.

Privatfirmen sind in besonders großer Zahl im Dienstleistungssektor und im Binnen- und Außenhandel erschienen. Die letzte Aussage wird von *Tabelle 5* unterstützt. Es lohnt sich anzumerken, daß zwischen 1989 und 1991 mehr als 4.500 Exporteure neu hinzugekommen sind, die 1989 noch gar nicht exportiert hatten. Diese Veränderung ist sogar noch auffälliger, wenn ein Vergleich mit den früheren Perioden vorgenommen wird. In der klassisch-sozialistischen Wirtschaft vor der Reform wurde der gesamte Außenhandelsumsatz von etwa zwei Dutzend riesigen, staatseigenen Außenhandelsfirmen monopolisiert.

Neben den legalen privaten Unternehmen gibt es ein sehr ausgedehntes, halblegales Segment. Diese informelle Wirtschaft existierte sogar im Vorreform-, klassischen Sozialismus und wuchs während des Reformprozesses sehr schnell. Wenn wirkliches Verbrechen als schwarz definiert wird und Unternehmen, die alle Gesetze und Regulierungen ganz genau beachten als weiß, kann die Sphäre, die ich hier gerne behandeln würde, mit diversen Grauschattierungen beschrieben werden. Seit der politischen Wende hat es eine bedeutende Expansion des „grauen Segments“ gegeben, zu der eine Vielzahl von Tätigkeiten gehört. Dieses umfaßt die „Schwarzarbeit“ von Leuten, die mit dem einen Fuß noch im Staatssektor stehen, aber mit dem

²² Forscher versuchen, sich durch vertrauliche Interviews ein Bild von der wahren Ausdehnung des Privatsektors zu machen, aber sie treffen auf große Schwierigkeiten. N. Esti (1991, S. 23) schreibt in ihrem Bericht über eine Umfrage unter Privatunternehmern, daß, wenn in den Interviews Fragen über das Einkommen gestellt wurden, „es mehrmals vorkam, daß ein Unternehmer, der bis dahin geduldig gewesen war, das Interview an diesem Punkt für beendet erklärte.“ Es waren insbesondere die, denen es gut ging, die die Antwort verweigerten.

²³ Die Produktion des Privatsektors wird hier mit dem wahren BIP verglichen, das sowohl den offiziell festgehaltenen als auch den unregistrierten Beitrag der informellen Privatunternehmen mit einschließt.

²⁴ Vgl. Péntzügyminisztérium (1991, S. 848).

anderen schon in den Privatsektor übergegangen sind. Es gibt andere, deren gesamte Arbeitszeit im Privatsektor stattfindet, die jedoch den legalen Vorschriften ausweichen. Viele offiziell registrierte Privatunternehmen funktionieren teils im weißen und teils im grauen Segment.²⁵

Tabelle 5

Hartwährungsexporte tätige Firmen in Ungarn 1989 und 1990

	Zahl der Firmen		Handelsvolumen in Mio. US-\$	
	1989	1990	1989	1990
> 10 Millionen	136	158	4.422	5.268
0.5-10 Millionen	668	1.115	1.700	2.554
< 0.5 Millionen	1.899	5.108	172	347
Gesamtsumme	2.703	6.381	6.294	8.169

Quelle: K. Lányi und G. Oblath, Hrsg. (1991, S. 76), auf der Grundlage von Zahlen aus der Datenbank der KOPINT-DATORG.

Wie verschieden die Formen der grauen Aktivität auch sein mögen, ein Merkmal haben sie gemeinsam: Sie beinhalten unsichtbare Einkommen, die den Steuerbehörden durch die Lappen gehen. Dies bringt mich zur fiskalischen Seite des Problems.

Es war im klassischen sozialistischen System vergleichsweise einfach für die Finanzämter, eine große staatseigene Firma „zu erwischen“. Die Geschäftskonten waren leicht zu überprüfen, und die Monobank zog einfach die an den Haushalt geschuldete Summe vom Konto der Firma ab. Dieser Tage ist es, wie ich erwähnte, noch nicht einmal leicht, Geld von staats-eigenen Firmen einzutreiben. Was den Privatsektor angeht, hinterzieht

²⁵ Ein weiteres Indiz des Wachstums des informellen und formellen Privatsektors ist der schnelle Anstieg in den Hartwährungsbankanlagen von Individuen. Die Quellen solcher Konten werden von den Anlegern nicht erfragt, aber es wird weithin angenommen, daß ein großer Teil aus privater Geschäftstätigkeit stammt, etwa aus Exporten oder Dienstleistungen an Touristen in Ungarn. In den ersten neun Monaten des Jahres 1991 betrug die Nettoszunahme der Hartwährungsdepositen durch Individuen („ungedekte Nettotransfers“ in den offiziellen Statistiken) 40% des gesamten positiven Saldos der Handels- und Leistungsbilanz. Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1991a, S. 24).

dessen „dunkle Seite“ ihre Steuern gänzlich und die „lichte Seite“ zumindest einen Teil derselben. Die Steuerhinterziehung beschränkt sich nicht nur auf die persönliche Einkommensteuer und die Gewinnsteuer der Firmen, sondern dehnt sich auf die vollständige oder teilweise Umgehung der Mehrwertsteuer, der Sozialversicherungsbeiträge und alle anderen Formen der Lohnsteuer aus. Es scheint, daß in dem Maße, in dem Ungarn sich in Richtung Marktwirtschaft bewegt, die Bürger und die Obrigkeit eine „italienische Hinterziehungsmoral“ anstelle einer niederländischen oder schwedischen pflichtbewußten „Zahlungsmoral“ entwickelt haben.

Die dahinschwindenden Steuereinnahmen zählen zu den größten, einem Haushaltsgleichgewicht entgegenstehenden Hindernissen. Diese Situation führt darüber hinaus zu einem der ernstesten Verstöße gegen das Prinzip der fairen Besteuerung. Der wichtigste Faktor in der Progressivität ist nicht die Formel, die benutzt wird, um über die Sätze der Besteuerung sichtbarer Einkommen zu entscheiden. Der höchste Grad der Regressivität folgt aus der Tatsache, daß die direkten Lasten der Besteuerung auf sichtbare Einkommen gelegt werden, während unsichtbare Einkünfte der Besteuerung ganz entkommen.

Eine Aufgabe unter diesen Umständen ist sicherlich, die Effizienz des Steuereintreibens zu verbessern, was eine Vielzahl von Dingen beinhaltet: mehr in situ-Inspektionen, häufigere und eingehendere Rechnungsprüfungen, Buchhaltungsanforderungen und Rechtsmittel, wenn Regeln gebrochen werden.²⁶ Diese Aufgabe schafft eines der größten politischen und wirtschaftlichen Dilemmata. Einerseits erfordern sowohl fiskalische als auch Fairneßkriterien durchgreifendes Steuereintreiben, aber andererseits muß pragmatisch anerkannt werden, daß ein großer Anteil der neuen Geschäftsleute in das Zwielflicht eines merkwürdigen „frühen Kapitalismus“ eintreten. Nichts wird hier durch brutale Razzien oder Mißhandlungen privater Unternehmen gewonnen werden. Dies würde manche Leute nur tiefer in die Illegalität stoßen und andere vom privaten Unternehmertum ganz abschrecken.

Die Maßnahmen gegen Gesetzesbrecher müssen streng, aber im Rahmen der Legalität und den Normen eines zivilisierten Verfassungsstaats stattfinden und durch eine Reihe von Veränderungen ergänzt werden, die es *vorteilhaft* machen, das Gesetz zu befolgen. Ein wachsender Anteil des Privatsektors muß durch Kombinationen von Zuckerbrot und Peitsche zur

²⁶ Vgl. M.C. de Jantscher, C. Silvani und C.L. Vehorn (1991).

Legalität geführt werden, wie in den folgenden Beispielen angemessener Anreize.²⁷

Ein Unternehmer, der erwägt, aus der Halblegalität ins Tageslicht zu treten, kann seine Entscheidung als eine Art „Übereinkommen“ betrachten. Die Leistung, die er erhält, ist gesetzlicher Schutz, und der Preis, den er zahlt, ist die Steuer. Ein Faktor im Wachstum des Privatsektors ist die beeindruckende Geschwindigkeit, mit der das Rechtssystem sich entwickelt hat. Eine ganze Reihe neuer Gesetze ist verabschiedet worden, darunter ein Handelsrecht, Bankrottgesetzgebung, Bank- und Buchhaltungsgesetze. Eine Reihe weiterer Gesetze ist im Entwurfstadium, aber es wäre wünschenswert, den Prozeß zu beschleunigen. Es ist zu hoffen, daß dieser Gesetzgebungsprozeß durch Stärkung der Gerichte und die Beschleunigung ihrer Arbeit begleitet werden wird. Die Privatunternehmer werden in Richtung Legalität gedrängt, wenn dies die einzige Art und Weise ist, mit der sie rechtlichen Schutz für ihr Eigentum erlangen können. Sie werden auch mit der gerechten Behandlung ihrer Beschwerden vor Gericht rechnen können, wenn sie mit der Bürokratie in Konflikt kommen.

Die Legalisierung der geschäftlichen Transaktionen hilft bei der Durchsetzung privater Verträge. Dies nützt sowohl dem Unternehmer als auch der anderen Partei des Vertrages, was zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß der Staat in der Öffentlichkeit Verbündete finden wird. Hier treffen jedoch alle Parteien in einem Vertrag auf ein Dilemma. Lassen Sie mich zwei Beispiele geben.

Der Mehrwertsteuersatz ist augenblicklich sehr hoch. Wenn der Verkäufer keine Quittung gibt oder der Käufer keine verlangt, können beide auf Kosten des Staates gewinnen. Wenn jedoch ein Käufer sich später beklagen will, weil z.B. die Qualität schlecht ist, hat er keine Rechtsmittel. Je aktiver der Rechtsschutz der Käufer in der Zukunft werden wird, desto üblicher wird es für Käufer werden, eine Quittung zu verlangen, selbst wenn ihnen dies einen höheren, die Mehrwertsteuer deckenden Preis abverlangt.

Als zweites Beispiel betrachte man die Tatsache, daß nirgendwo sonst in der Welt Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen eine höhere Summe für Sozial-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu zahlen haben als in Ungarn. Sie beläuft sich auf 55% der Bruttolöhne, und es gibt Pläne,

²⁷ Die wirtschaftliche Entwicklung in Italien und Spanien ist in dieser Hinsicht aufschlußreich. Der Legalisierungsprozeß dauert dort schon einige Jahre und ist wahrscheinlich noch nicht beendet (vgl. C. Sabel 1982; L.A. Benton 1990). Die Probleme der Legalisierung des ungarischen informellen Privatsektors werden von I. Ékes (1991) und A. Seleny (1991) analysiert.

sie noch weiter zu erhöhen, um die steigenden Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung zu decken.²⁸ Wenn die Arbeitgeber Arbeitnehmer nicht anmelden oder wenn zu niedrige Löhne angegeben werden, können Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Ersparnis in den lohnbezogenen obligatorischen Beiträgen unter sich aufteilen. In vielen Fällen verlieren die Arbeitnehmer dadurch nicht viel, da sie immer noch auf viele Sozialleistungen Anrecht haben.²⁹ Wenn jedoch ein höherer Anteil der Sozialleistungen von den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst abhinge, könnten die Arbeitnehmer die Verbündeten des Finanzamtes bei der Legalisierung der Beschäftigung werden.

Alle diese Fragen hängen mit der Frage der Beziehungen der Bürger zu Gesetz und Staat zusammen. Das Mißtrauen, die Gleichgültigkeit und sogar die antagonistischen Gefühle der Bürger gegenüber dem Staat, die unter den Bürgern weit verbreitet sind, sind ein Erbe der alten Ordnung. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung hält Steuerhinterziehung nicht für unmoralisch.³⁰ Für lange Zeit war es eine Form der Zivilcourage, dem Staat zu widerstehen, und diese Haltung kann nicht allein durch feierliche Erklärungen geändert werden. Die Erfahrung muß zeigen, ob der Staat ein guter Hüter des Geldes der Steuerzahler ist; er muß das Vertrauen der Öffentlichkeit durch seine Taten erwerben.³¹

Der Privatsektor wird in die Legalität gezogen werden, wenn er weit größere *wirtschaftliche* Vorteile erwarten kann, als er sie augenblicklich genießt. Lassen Sie mich nur ein Beispiel erwähnen: Zugang zum legalen Kre-

²⁸ Zum Vergleich liegen die Sozialversicherungsbeiträge als Anteil der Löhne bei 30-40% in Österreich, Portugal, Spanien und Schweden und bei 20-30% in Griechenland (U.S. Department of Health, 1990, S. 12, 98, 208, 238 und 246).

²⁹ Es gibt viele Gelegenheiten hierfür. Leute mögen krankgeschrieben, in bezahltem Mutterschaftsurlaub oder arbeitslos gemeldet sein und können hierfür Leistungen erhalten. Oder sie können einen Teil ihrer Arbeitszeit im Staatssektor verbringen, was sie für Sozialversicherungsleistungen berechtigt, und dabei gleichzeitig illegale, unregistrierte Arbeit im Privatsektor leisten, so daß sie einen Teil der lohnbezogenen Steuern sparen können.

³⁰ Eine Meinungsumfrage des Ungarischen Gallupinstituts stellte fest, daß 44% der Befragten mit der folgenden Feststellung einverstanden waren: „Die Leute versuchen, mit allen ihnen verfügbaren Mitteln reich zu werden, und daher sollte man sie nicht dafür verantwortlich machen, wenn sie einen Teil ihrer Einkünfte vor den Steuerbehörden verstecken.“ (R. Manchin und L.G. Nagy, 1991a, S. 8-9).

³¹ Ungarn hat in dieser Hinsicht noch einen weiten Weg zu gehen. Die Leute wurden in einer Umfrage gefragt, ob verschiedene Institutionen tatsächlich dem öffentlichen Interesse dienen. Nur 42% der Befragten sagten dies über die Regierung, während die Kirchen, die Presse, der Verfassungsgerichtshof und die parlamentarische Opposition viel höhere Vertrauensquoten erhielten (R. Manchin und L.G. Nagy, 1991b, S. 10-11).

dit- und Kapitalmarkt. Die großen Geschäftsbanken z.B. behandeln kleine Privatfirmen ziemlich knauserig, weil sie an Beziehungen mit den großen staatseigenen Firmen gewöhnt sind, mit denen sie eng verwoben sind und weil sie es für riskanter halten, an den Privatsektor zu verleihen. Wenn das Verhalten des Finanzsektors sich ändert und die Banken größere Bereitschaft zeigen, den legalen Privatunternehmen, einschließlich der kleinen und mittleren Betriebe und neuen Unternehmen Kredit zu geben, werden private Geschäftsleute einen Grund mehr haben, legal zu werden.³²

Um den Punkt C zusammenzufassen, der Übergang stellt noch eine weitere *Fiskalfalle* auf. Je höher der Anteil des Privatsektors an der Produktion ist, desto schwerer wird es, die Steuern einzutreiben. Um es anders zu sagen, je erfolgreicher die Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen ist, desto größer ist das Risiko von Schwierigkeiten mit den Staatshaushalt. Alle Anreize, die helfen, das relative Gewicht des gesetzestreu, steuerzahlenden Segments innerhalb des Privatsektors als Ganzem zu erhöhen, müssen genützt werden. Dies mag einen Anstieg in den Steuereinnahmen mit sich bringen. Bedauerlicherweise kann ich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß der Prozeß verschleppt wird und dadurch von schweren Fiskalproblemen geplagt wird, die durch den zwischenzeitlichen Verlust an Haushaltseinnahmen verursacht werden.

D. Wohlfahrtsausgaben

Einer der größten Posten im konsolidierten Haushalt, der auch, für statistische Zwecke, verschiedene separat verwaltete Fonds mit einschließt, sind die „Wohlfahrtsausgaben“, unter die folgende Posten gruppiert werden können: (1) Barleistungen wie Alters- und Invalidenrenten, Mutterschafts- und Kinderbetreuungsfreibeträge, Krankengeld, Familienfreibeträge, Stipendien für Studenten, Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung; (2) Sachleistungen wie medizinische Versorgung, Medizin, staatliche Erziehung und Ausbildung, Kindergärten und Freizeitzentren, Altersheime und Arbeitsmarktleistungen, die frei oder zu herabgesetzten Preisen zur Verfügung gestellt werden, und (3) Preissubventionen für Konsumgüter und Dienstlei-

³² E. Gém (1991) gibt eine eingehende Beschreibung und Analyse der Kreditangebots-Situation der Privatfirmen.

stungen, einschließlich der Preise (und Mieten) für Wohnungen.³³ Die meisten Feststellungen dieser Arbeit beziehen sich auf die Wohlfahrtsausgaben im ganzen; auf die Probleme der Bereiche Kultur und Wohnungsbau kann hier nicht eingegangen werden.

Die *Tabellen 6 und 7* verwenden internationale Vergleiche, um zu zeigen, daß die Wohlfahrtsausgaben in Ungarn sehr hoch sind. Wenn man nur die Gesamtzahlen als Anteil des BIP betrachtet, übertreffen diese Ausgaben in Ungarn das Niveau der Gruppe der Länder, die ihm der wirtschaftlichen Entwicklung nahe sind (Griechenland, Spanien und die OECD-Länder mit niedrigerem Einkommen im ganzen). Obwohl die Quote niedriger ist als in den entwickelten „Wohlfahrtsstaaten“ (Schweden oder Dänemark), nähert sie sich dem solcher entwickelten europäischen Länder wie Westdeutschland oder Italien, die normalerweise nicht in die Kategorie der „Wohlfahrtsstaaten“ plaziert werden.

Tabelle 8 belegt, daß die Staatsausgaben für Sozialversicherungsprogramme ständig ansteigen. Gleichzeitig kann man aus der ungarischen Bevölkerung viele Klagen hören, von denen ein bedeutender Anteil ziemlich gerechtfertigt ist. Zum Beispiel gibt es, obwohl die Zahl der Ärzte und Krankenhausbetten pro Kopf sehr hoch sind, ernste Probleme mit der medizinischen Versorgung, z.B. eine tragisch niedrige Lebenserwartung und hohe Säuglingssterblichkeit. Obwohl das System der Altersrenten in mancher Hinsicht sehr weit geht, sind die Renten nur teilweise auf die Inflation indiziert, so daß die Pensionäre sich in Zeiten hoher Inflation verheerenden Schwierigkeiten gegenübersehen. Darüber hinaus steigt die Ungleichheit an: Der postsozialistische Übergang erlaubt einem Teil der Bevölkerung reich zu werden, während der andere ärmer wird oder sogar in Not versinkt. Die existierenden Regulierungen und Institutionen sind nicht ausreichend, diesen Prozeß des Abstieg aufzuhalten. Diese paradoxe Situation stellt vielleicht eines der schwerwiegendsten Dilemmata aller in dieser Arbeit erörterten Probleme dar.

³³ Mehrere eingehende Untersuchungen dieser Fragen sind in Ungarn durchgeführt worden. Ich empfehle insbesondere die Arbeiten von Zs. Ferge (1991a, 1991b) und den Bericht der Gesellschaft *Fraternité Rt.* (1991). Die Beschreibungen und Analysen, die unter der Schirmherrschaft internationaler Ämter vorbereitet wurden, sind extrem lehrreich, insbesondere die Arbeiten der Weltbank (C. Kessides et al., 1991) und des Internationalen Währungsfonds (G. Kopits et al., 1990). Meine Arbeit schöpft viele Ideen aus diesen Arbeiten.

Tabelle 6

Sozialausgaben i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich

	Sozialausgaben insg.		Gesundheit		Renten	
	1980	1986	1980	1986	1980	1986
Griechenland	12,6	19,5	3,6	3,7	5,8	10,6
Italien	23,7	26,4	5,6	5,2	12,0	12,2
Norwegen	24,2	24,8	6,5	6,6	7,9	8,8
Schweden	33,2	32,0	8,8	8,3	10,9	11,4
Spanien	15,6	17,0	4,3	4,3	7,3	7,6
USA	18,0	18,2	3,9	4,5	6,9	7,2
Ungarn	21,8	24,4	3,3	4,1	7,8	9,1
Westdeutschland	26,6	25,2	6,3	6,3	12,1	11,4

Quellen: C. Kessides et al. (1991, S.7). Die Statistiken für die OECD-Länder beruhen auf OECD-Datenbanken; die ungarischen Daten sind aus Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal, verschiedene Jahrgänge) entnommen; Informationen der Sozialversicherungsverwaltung, Regierungsbeamten und Schätzungen durch Weltbank-Angestellte.

Anmerkung: Im Einklang mit den OECD-Definitionen enthalten die ungarischen Daten über die gesamten Sozialausgaben nicht die Verbrauchs- und Wohnungssubventionen.

Tabelle 7

Netto-Sozialversicherungsbeiträge und Transferzahlungen i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich

Statistik	OECD-Länder mit niedrigem Einkommen	OECD- Wohlfahrts- staaten	Ungarn
	1986	1986	1989
Sozialversicherungsbeiträge insg.	8,3	12,0	15,2
Sozialausgaben insg.	21,0	31,0	25,4 ^c

Quelle: C. Kessides et al. (1991, S. 13). Für detailliertere Informationen zu den Daten in dieser Tabelle vgl. die Quellen der Tabelle 6.

^a Durchschnitt aus Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und der Türkei. ^b Durchschnitt aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Schweden. ^c In Übereinstimmung mit den OECD-Definition; vgl. die Anmerkung zu Tab. 6.

Der ungarische Wohlfahrtsstaat war „frühgeboren“. Es besteht im allgemeinen eine enge positive Korrelation zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau eines Landes und dem Ausmaß seiner Wohlfahrtsleistungen. Wohlstand ist nicht der einzige Faktor, aber er ist zweifellos unter den entscheidenden. Ungarn war in dieser Hinsicht „sich selbst voraus“. In einem gewissen Grad übernahm sich das klassische sozialistische System, als es in seiner Verfassung die Verpflichtung einging, daß es eine Reihe von Grundbedürfnissen frei oder gegen minimale Vergütung befriedigen würde. Es führte freie Gesundheitsversorgung und Erziehung ein und etablierte eine fast die ganze Bevölkerung abdeckende Rentenversorgung, subventionierte die Nahrungsmittelpreise, setzte die Mieten für staatliche Wohnungen auf einem nahezu nominalen Niveau an usw. Später erwies es sich als unfähig, seine Versprechen zu halten. Chronische Überschußnachfrage entstand nach den kostenlosen oder unrealistisch billigen Dienstleistungen, die oft sehr niedriger Qualität waren.

Tabelle 8

Wichtige Sozialversicherungsprogramme in Ungarn

Ausgaben für Leistungen

	Mrd. Forint	Als Prozentsatz des BIP
1985	167,0	16,2
1986	181,5	16,7
1987	200,3	16,3
1988	255,2	18,1
1989	317,1	18,6
1990	414,7	19,9

Quelle: Organization for Economic Co-Operation and Development (1991, S. 67).

Anmerkungen: Die OECD-Daten werden auf der Grundlage einer Definition der Sozialversicherungsprogramme zusammengestellt, die enger ist als die den in den Tabellen 6 und 7 gezeigten Weltbankstatistiken zugrundeliegende.

Den nicht gehaltenen Versprechen des klassischen Systems wurden die neuen Konzessionen im Laufe der im Jahr 1968 begonnenen Reformperiode hinzugefügt. Es war eines der Charakteristika der manchmal als „Gulaschkommunismus“ bezeichneten ungarischen Reform, daß sie versuchte, der

vorangegangenen Politik der forcierten Industrialisierung den Rücken zu kehren und den Bedürfnissen der Bevölkerung im ganzen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein gewisses Maß an Liberalisierung wurde von einem Anwachsen des politischen Einflusses der als die „Lebensstandardanwälte“ bekannten Kräfte begleitet. Jedoch blieb die Kluft zwischen den Versprechungen und ihrer Erfüllung bestehen. Aufgrund der Verlangsamung und dann der Stagnation des wirtschaftlichen Wachstums wurde sie sogar noch größer. Einige neue Zugeständnisse wurden gemacht, während andere zurückgenommen wurden.

Schließlich kam der politische Wendepunkt, und die Bevölkerung erwartet, und dies ist vom psychologischen Standpunkt her verständlich, daß das neue System die vom alten System gegebenen, aber nicht erfüllten Versprechen einlöst. Die Menschen sind von der Intervention des Staates in ihr Privatleben und der Belästigung irritiert, aber viele wollen immer noch zugleich einen fürsorglichen, paternalistischen Staat.

Was kann also getan werden? Alle sind einverstanden, daß die Institutionen der Wohlfahrtspolitik und der Sozialversicherung reformiert werden müssen. Es könnte auch eine bedeutende Verbesserung in der Nutzung der Ressourcen und der allokativen Effizienz stattfinden.³⁴ Die Anreize für die Dienstleistungsanbieter könnten bedeutend verbessert werden, und die Verwaltungskosten könnten gesenkt werden. Detaillierte Vorschläge sind vorbereitet worden und sie gehen bis in diese Einzelheiten und darüber hinaus. Es mag sein, daß sie alle gewisse Kostensenkungen erbringen könnten. Jedoch wäre es falsch, den Eindruck zu vermitteln, als könnten die Probleme durch Verbesserung der Effizienz der Verwaltung gelöst werden.

Einige radikale Vorschläge sind auch vorgebracht worden, um die Rolle des Staates in diesem Bereich schnell und weitgehend zu reduzieren, zumindest bis zu dem Grad, der z.B. in den heutigen Vereinigten Staaten herrscht. Es wird argumentiert, daß eine schnelle Dezentralisierung und Privatisierung in der Gesundheitsfürsorge und der Altersversorgung stattfinden sollte, abgesehen von einem kleinen durch den Staat finanzierten Bereich.

Ich denke nicht, daß es in dieser Arbeit meine Aufgabe ist, die amerikanische Situation zu kommentieren. Es findet z.B. eine Debatte darüber statt, ob es einen nationalen Gesundheitsdienst geben oder ob die Gesund-

³⁴ Zum Beispiel gibt es zu wenig Altersheime in Ungarn, und die Mehrzahl von ihnen ist schlecht ausgestattet. Andererseits werden die Krankenhäuser in großem Maße dazu genutzt, alte Leute zu versorgen, die tatsächlich keine Krankenhausbetreuung brauchen. Dies ist für die betroffenen alten Menschen viel weniger gesund und außerdem viel kostspieliger.

heitsversorgung der Mehrheit der Bevölkerung weiterhin auf Privatversicherung beruhen sollte. Was ich hier gerne betonen würde: Es ist extrem wichtig, sich zu erinnern, woher man kommt und wohin man sich bewegt. Es ist eine Sache zu entscheiden, ob ein Staat seinen Bürgern ein Recht geben sollte, das sie vorher nicht genossen haben und ein anderes, ihnen ein Recht zu entziehen, das sie erworben und woran sie sich gewöhnt haben. Ein merkwürdiger *institutioneller Zahnradeffekt* kann hier beobachtet werden. Das Rad der historischen Entwicklung dreht sich in eine Richtung, aber es kann nicht in die entgegengesetzte Richtung bewegt werden. Wenn Großbritannien nicht schon einen nationalen Gesundheitsdienst gehabt hätte, würde die Regierung Margaret Thatchers sicherlich keinen eingeführt haben; aber da er vor Mrs. Thatchers Zeit bestand, unternahm deren Regierung keine Anstalten, ihn zu schließen.

Die Bürger der postsozialistischen Gesellschaft leiden an vielen Unsicherheiten, die sie vorher nicht kannten. Ich erwähnte bereits die deprimierende Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen wäre erschüttert, wenn zusätzlich das Gesundheits-, das Altersrenten- und andere durch den Staat garantierte Wohlfahrtsleistungssysteme um sie herum zusammenbrechen würden.

Es gibt großen Widerstand gegen die Idee einer schnellen, drastischen Kürzung in den Wohlfahrtsleistungen des Staates und auch gegen die Zentralisierung und Privatisierung von Wohlfahrtsaufgaben. Tatsächlich verschaffen die wirtschaftlichen Probleme des Übergangs dem Staat neue Aufgaben. Die Arbeitslosenunterstützung wurde schon erwähnt. Außerdem muß gesagt werden, daß die große Umgestaltung der Gesellschaft von einer Umverteilung der Einkommen begleitet wird, und es gibt viele Gruppen in der Gesellschaft, deren materielle Lebensbedingungen im schnellen Fall begriffen sind. Diese erwarten, daß das Sozialversicherungsnetz sie zumindest vor einem Sturz auf den Boden retten wird. Leider hat das Netz große Löcher, und ein engeres zu stricken, würde zusätzliche Anforderungen an den Haushalt gerade zu einer Zeit stellen, zu der drastische Kürzungen in den Haushaltsausgaben verzweifelt gebraucht werden.

Aus diesem Dilemma ist nicht leicht zu entkommen, und es wird Geduld und Takt nötig sein, um einer akzeptablen Situation näher zu kommen. Die wichtigsten Leitprinzipien sollten die Freiwilligkeit und die freie

Entscheidung sein.³⁵ Lassen Sie mich einige Beispiele dafür geben, wie diese Prinzipien auf diesem Gebiet angewendet werden können.

Die Entwicklung eines dezentralisierten Netzwerks von gewinn- und nicht-gewinnorientierten Versicherungsgesellschaften und Rentenversicherungen, denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer freiwillig beitreten können, muß nachdrücklich gefördert und nicht nur erlaubt werden. Es wäre es wert, ein Gesetz einzuführen, daß diese neuen Institutionen im Zuge der Privatisierung der staatseigenen Firmen als freien Beitrag zu ihrem Anfangskapital wertvolle, wirklich einkommensträchtige Wertpapierportefeuilles erhalten sollten.

Mehr Spielraum sollte privaten Arztpraxen und privaten Anbietern anderer sozialer Dienstleistungen, von Kinder- über Kranken- bis zur Altenbetreuung, eingeräumt werden. Sie sollten eine marktgerechte Vergütung für ihre Tätigkeiten erhalten.³⁶

Mit anderen Worten, es würde sich lohnen sicherzustellen, daß der Privatsektor, unter angemessener staatlicher Aufsicht, auch auf diesem Gebiet schnell wächst. Ich stimme mit der Ansicht überein, daß der wünschenswerte *Endzustand* nach der Umgestaltung die Kombination dreier Grundformen wäre: Ein minimales Niveau gewisser Dienstleistungen muß als Bürgerrecht garantiert sein; andere Dienste müssen im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen vergeben werden; und schließlich können manche Leistungen den Individuen durch private Versicherung oder über den Markt zur Verfügung gestellt werden. Den Individuen sollte soviel Freiheit wie möglich gelassen werden, zwischen Wohlfahrtsleistungsschemata zu wählen. Jedoch kann angesichts der Ausgangsbedingungen dieses Ziel nur allmählich erreicht werden. Wer keine wirkliche Wahlmöglichkeit hat, darf nicht mit einem *fait accompli* konfrontiert werden.³⁷

³⁵ In einer meiner früheren Arbeiten (J. Kornai 1988) habe ich versucht zu erläutern, auf welche Weise die in den sozialistischen Ländern stattfindenden Reformen das Wachstum der *individuellen Freiheit* durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Wahlmöglichkeiten beeinflussen.

³⁶ Es ist eine andere Frage, darüber zu entscheiden, wer diese Vergütung bezahlen soll. In manchen Fällen könnten es die Käufer dieser Dienstleistungen oder ihre Versicherungen sein, in anderen der Staat oder ein sozialer Wohlfahrtsfonds und in noch anderen Fällen könnte sie aus einer Kombination der beiden kommen.

³⁷ Wer zum Beispiel heute jung ist, kann sich zwischen alternativen Altersversicherungen entscheiden, aber jemand nahe dem Rentenalter kann nicht gezwungen werden, zu einem privaten Rentenfonds überzuwechseln. Der Staat hat unter den Bedingungen der damals gültigen Rentengesetzgebung einen „Vertrag“ mit dem Individuum abgeschlossen, als es arbeitete, und dieser kann nicht willkürlich und einseitig gebrochen werden.

Etwas noch wichtigeres als die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Mechanismen für soziale Dienstleistungen ist, den Bürgern die Chance zu geben, ihren Willen durch den *politischen Prozeß* kundzutun. Freiwillige Vereinigungen zum Schutz von Interessen sollten eine viel größere Rolle in der Aufsicht über die soziale Dienstleistungen anbietenden Institutionen spielen. Abgesehen davon muß die Legislative das letzte Wort über Wohlfahrtsausgaben und in Angelegenheiten der Sozialversicherung und den mit ihr zusammenhängenden Abgaben haben. Die politischen Parteien können diesem Problemkomplex nicht ausweichen. Eine viel klarere Verbindung muß zwischen dem hergestellt werden, was Bürger vom Staat und quasi-staatlichen Organisationen erhalten und dem, das sie an Steuern dafür zahlen. Nicht die geringste der Pflichten des Wirtschaftswissenschaftlers in dieser Hinsicht ist, gegen billige Ausflüchte zu protestieren und Politiker bloßzustellen, die Steuersenkungen zusammen mit einem unveränderten Wohlfahrtsprogramm versprechen. Der Anteil der staatlichen Wohlfahrtsausgaben sollte in dem Maße fallen, in dem gutinformierte Wähler *dem zustimmen* und dies wünschen, um die Steuerlast zu senken. Umgekehrt können die Wohlfahrtsausgaben nur in dem Maße aufrechterhalten werden, das Bürger mit ihren Steuern zu finanzieren willens sind.

Um den Punkt D zusammenzufassen: Es gibt noch eine weitere Fiskalfalle, und sich in ihr zu winden, mag am schmerzhaftesten sein. Eine drastische Kürzung der Wohlfahrtsausgaben wird Unsicherheit und eine schwerwiegende Verschlechterung der Lebensqualität vieler Menschen verursachen. Die Aufrechterhaltung laufender Wohlfahrtsausgaben, und ihre Vergrößerung um so mehr, wäre jedoch von einem Steuerniveau begleitet, das Investoren abschrecken und das Wachstum bremsen würden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß mehr Produktion gebraucht wird, um die geleisteten Wohlfahrtsdienste zu finanzieren: Einen größeren Kuchen kann man leichter verteilen.

Es ist schwierig, die zu erwartenden Wohlfahrtsausgaben in den kommenden Jahren vorherzusagen. Ich glaube, das wahrscheinlichste Ergebnis wird eine partielle Dezentralisierung und die Entstehung von Märkten im Bereich der Wohlfahrtsdienstleistungen sein, die jedoch quälend langsam vor sich gehen werden.

IV. Allgemeine Schlußbemerkungen

Ich habe durch eine Analyse der Erfahrung in Ungarn vier Probleme untersucht. Heutzutage gibt es Länder (so wie die Republiken auf dem Territorium der früheren Sowjetunion), die mit sogar noch elementareren Problemen zu tun haben, so z.B. mit der Entscheidung, was zu tun ist, damit die Bevölkerung Essen hat, damit das Geld wirkliche Kaufkraft hat und der Produktionsrückgang gestoppt wird. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß früher oder später alle postsozialistischen Länder über den schrecklichen Zustand von Chaos und Krise hinauskommen werden und dann alle die in dieser Arbeit erörterten Fragen auf ihrer Tagesordnung stehen werden.³⁸

Bittere Schlüsse können aus dieser Erörterung gezogen werden. Selbst wenn die grundsätzlichen Aufgaben der Makrostabilisierung mehr oder weniger erledigt worden sind, reproduzieren sich ständig schwerwiegende Probleme. Selbst wenn gewisse Erfolge bei der Annäherung an das Haushaltsgleichgewicht erreicht worden sind, sind die öffentlichen Finanzen weiterhin unter großem Druck. Einerseits drängen immer noch eine Vielzahl politischer und sozialer Kräfte auf eine Erhöhung verschiedener Ausgabenbereiche, und andererseits wachsen die Schwierigkeiten beim Eintreiben der Steuern. Die Gefahr eines Haushaltsdefizits ist nicht gebannt. Es mit Anleihen der Zentralbank zu decken, kann einen gefährlichen Beitrag zur Inflation leisten. Jeder Erfolg bei der monetären Makrostabilisierung kann uns leicht entgleiten. Die Deckung des Defizits durch staatliche Obligationen kann produktive Investitionen verdrängen, was das Wachstum behindern kann.

Nur wirtschaftliche Dilettanten oder politische Gauner können hier mit schnellen Lösungsvorschlägen aufwarten. Ich habe mehrfach auf potentielle Fallen hingewiesen, um zu betonen, daß es aus den in dieser Arbeit erörterten Problemen keine leichten Auswege gibt. Vielmehr zeigen sich schmerzliche Notwendigkeiten der Güterabwägung und der Entscheidung zwischen „schlimm“ und „noch schlimmer“.

Kraftvolle und beharrliche Anstrengungen müssen gemacht werden, die frühere Hyperaktivität des Staates zu unterdrücken und gleichzeitig die staatlichen Ausgaben zu senken, dabei jedoch gleichzeitig die ständig wie-

³⁸ Unter den Faktoren, die eine Reduzierung der staatlichen Ausgaben und Steuern erzwingen, ist der Wunsch Ungarns, den es mit einigen anderen osteuropäischen Ländern teilt, der Europäischen Union beizutreten. Ein Erfordernis für die Mitgliedschaft ist, daß diese Quoten die viel niedrigeren europäischen Normen nicht überschreiten sollten.

derauflebenden, bürokratischen, zentralisierenden Tendenzen zu bekämpfen. Die Veränderung wird wahrscheinlich langsam stattfinden; es wird eine ganze Weile dauern, bevor der heutige „starke Staat“ zu einer Regierung des gewünschten Maßstabes viel kleiner als des jetzigen, reduziert worden ist.

Obwohl ich keine optimistischen kurzfristigen Voraussagen machen kann, sind die langfristigen Aussichten günstiger. Die politische Veränderung hat den Geist der Autonomie, der Freiheit und des Unternehmertums losgelassen, und diese sind die wichtigsten Triebkräfte des wirtschaftlichen Fortschritts. Es scheint gerechtfertigt zu sein, zu erwarten, daß dem Tiefpunkt ein Anstieg in der Produktion folgen wird und daß eine Auswirkung desselben sein wird, daß die Lösung der in dieser Arbeit erörterten Fiskalprobleme leichter wird. Dies wird die Steuerbasis erweitern, was eine Vorbedingung für eine Verringerung der Steuersätze ist. Letztere regt die Investitionen an, was wiederum neue Arbeitsplätze schafft. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit reduziert letztendlich die Sozialversicherungslasten des Staates.

Eine weise und effiziente Regierung kann diese Entwicklung beschleunigen, und Fehler und Unterlassungen der Regierung können sie behindern, aber das letztendliche Resultat des Übergangs ist nicht in den Händen der Regierung. Im neuen postsozialistischen System kann der Staat die Wirtschaft höchstens beeinflussen. Er kann die Wirtschaft nicht führen, da diese von den Interessen ihrer Teilnehmer angetrieben wird. Dies ist einer der Hauptvorteile, den eine Marktwirtschaft gegenüber einem zentral verwalteten Sozialismus genießt.

3.

Die Entwicklung der finanziellen Disziplin im postsozialistischen System¹

Finanzielle Disziplin, wie ich sie sehe, bedeutet die Durchsetzung von vier einfachen Regeln:

1. Käufer: Bezahlt die Waren, die ihr kauft.
2. Schuldner: Haltet euren Kreditvertrag ein; zahlt eure Schulden zurück.
3. Steuerzahler: Zahlt eure Steuern.
4. Firmen: Deckt eure Kosten aus euren Einnahmen.

So selbstverständlich diese Regeln in einer Marktwirtschaft scheinen mögen, in der sozialistischen Befehlswirtschaft wurden sie bei weitem nicht befolgt. Diese beruhte auf einer anderen Art Disziplin, die hauptsächlich aus der Durchsetzung von Planbefehlen und insbesondere der Erfüllung von Produktionsauflagen und Beachtung von Materialquoten bestand. Wie die postsozialistische Gesellschaft lernen sollte, die neue Art Disziplin zu üben, ist das Thema dieser Arbeit.

Die Analyse beruht auf der ungarischen Erfahrung; andere Länder werden nur an einigen Stellen erwähnt. Aber meiner Ansicht nach sind die in dieser Erörterung aufgeworfenen *Probleme* allgemeiner Art, die unvermeidlich auch in anderen sozialistischen Ländern aufkommen. Daher versuche ich am Ende der Arbeit, einige allgemeine Schlußfolgerungen zu ziehen.

¹Die Universität Stockholm organisiert in regelmäßigen Abständen Vorträge zu Ehren des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Gunnar Myrdal. Der Autor hielt diesen Vortrag an der Universität zu Stockholm am 5. November 1992.

Die erste Veröffentlichung war „The Evolution of Financial Discipline under the Post-socialist System“, *Kyklos*, Herbst 1993, 46 (3), S. 315-336. Die Arbeit wurde als Teil eines Forschungsprojekts unter dem Titel „Ungarns Übergang zur Marktwirtschaft“, mit Unterstützung der Ungarischen Nationalen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) geschrieben. Für ihre Hilfe beim Sammeln des Materials für den Vortrag möchte ich Annamária Balogh, Béla Bártfai, Imre Ferto, Erzsébet Gém, Marianna Holló, Mária Kovács, László Muraközy, Sándor Piskolti, Jane Prokop und György Rózsahegyi meinen Dank aussprechen. Ich danke Brian McLean und Julianna Parti für ihre ausgezeichnete Übersetzung des ungarischen Texts ins Englische.

I. Ein neuer Vertrag zwischen Staat und Unternehmen

Die Analyse des Problems erfordert einen begrifflichen Rahmen. Betrachten wir das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Unternehmen, als bestünde zwischen ihnen ein *langfristiger Vertrag*. (Diese Arbeit befaßt sich nicht mit den anderen Gebieten, in denen sich finanzielle Disziplin äußert, z.B. Disziplin innerhalb der Bürokratie oder innerhalb der Firma.) Das Verhältnis könnte tatsächlich als eine besondere Form eines *Versicherungsvertrags* interpretiert werden.

Unter dem alten Vertrag, der im Vorreform-, klassischen Sozialismus bestand, deckte die Versicherungsgesellschaft (d.h. der Staat) die Verluste im ganzen. Wenn eine Firma sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, löste der Staat sie bedingungslos aus. Eine Vielzahl von Techniken wurde zu diesem Zweck genutzt: die Vergabe finanzieller Subventionen, die Gewährung von Steuerermäßigungen und der Aufschub von Steuerpflichten, die Umschuldung von Krediten oder die Ausgabe neuer weicher Kredite. Der Staat garantierte auch das Überleben chronisch Verluste machender Firmen. Alle diese Techniken beinhalteten ständiges Brechen der Regeln 2, 3 und 4 für die finanzielle Disziplin (Kreditdisziplin, Fiskaldisziplin und marktconforme Kostendeckungsdiziplin). Dies ist die Gruppe der Phänomene, die ich in meinen früheren Arbeiten die *Weichheit der Budgetbeschränkung* genannt habe. Es zeigte sich auch eine aus der Versicherungstheorie wohlbekannte Nebenwirkung: das sogenannte moralische Risiko. Wenn die Versicherten wissen, daß die Versicherung für alle Schäden zahlen wird, ist es ihrer Mühe nicht wert, Anstrengungen zu machen, Schaden zu vermeiden, was in diesem Zusammenhang bedeutet, daß die Firmen unzureichend motiviert sind, Verluste zu vermeiden, indem sie ihre Effizienz steigern.

Eine reife Marktwirtschaft ist durch eine andere Art Versicherungsvertrag zwischen dem Staat und der Firma gekennzeichnet. Diese Politik deckt den Schaden nur teilweise ab, und die versicherte Partei zahlt den überwiegenden Anteil. Es kann keine Rede davon sein, daß Verluste automatisch und bedingungslos vom Staat gedeckt werden. Nur in gewissen privilegierten Sektoren (wie dem Bankwesen) wird der Staat einen bedeutenden Anteil der auftretenden Verluste auf sich nehmen. Unabhängig davon, ob die Rolle des Staates als „Versicherer“ sich nur auf diese privilegierten Sektoren erstreckt oder auch auf andere, wird die Deckung nur unter außergewöhnlichen, streng festgelegten Bedingungen zutreffen. Also ist das Überleben

einer Firma nicht garantiert; früher oder später wird ein chronischer Verlustemacher die Wirtschaftsbühne verlassen müssen. Die Regeln 2, 3 und 4 werden streng durchgesetzt. Um die zuvor eingeführte Terminologie zu beneützen, die *Budgetbeschränkung ist hart*.

Es gibt mehrere Anzeichen, daß sich Ungarn in Richtung des langfristigen, für eine Marktwirtschaft charakteristischen Versicherungsvertrags bewegt. Die *Tabelle 1*, die eine bedeutende Reduzierung der Subventionen zeigt – von 12% bis zu unter 3% des BIP – scheint dies zu bestätigen.

Tabelle 1

Ströme zwischen dem Staatshaushalt und dem Firmensektor als Anteil des BIP, 1987-93

	Vom Firmensektor an den öffentlichen Haushalt	Vom öffentlichen Haushalt an den Firmensektor	Nettofluß an den öffentlichen Haushalt
1987	29,6	12,3	17,3
1988	20,4	9,9	10,5
1989	15,4	6,7	8,7
1990	16,2	4,7	11,5
1991	12,4	2,8	9,6
1992	9,8	2,7	7,1
1993	10,0	2,6	7,4

Quelle: L. Muraközy (1993, S. 25 und 39).

Anmerkung: Ergänzte Tabelle. Die Zahlen für 1993 sind Regierungsvoraussagen. Die erste Spalte beinhaltet die Nettogewinne, die staatseigenen Firmen an die Regierung abführen und die sowohl von staatseigenen als auch privaten Firmen bezahlten Gewinnsteuern. Die zweite Spalte umfaßt nicht die Verbrauchersubventionen.

Darüber hinaus zeigen *Tabellen 2* und *3* einen Anstieg in der Zahl der Bankrott- und Liquidationsverfahren, was bedeutet, daß die Zahl der staatlichen Rettungsaktionen gesunken ist. Lassen Sie mich in Erinnerung rufen, daß durchschnittlich 26 Firmen pro Jahr ihre Aktivität zwischen 1976 und 1982 einstellten² und daß selbst hinter dieser kleinen Zahl von Austritten

²Vgl. J. Kornai und Á. Matits (1987, S. 100).

keine finanziellen, sondern in vielen Fällen andere Faktoren standen. Um einen anderen Vergleich anzustellen, es wurden in einem einzigen Monat des Jahres 1992 mehr Liquidationsverfahren angestrengt, als in einem ganzen Jahr in der Periode 1986-88.

Tabelle 2

Zahl der Bankrottverfahren 1992 und 1993

	Anträge auf ein Bankrottverfahren	Offiziellen Erklärungen des Verfahrensbeginns durch das Gericht
Januar bis März	786	285
April	2.259	205
Mai	201	465
Juni	145	482
Juli	154	300
August	113	69
September	151	104
Oktober	150	190
November	118	225
Dezember	154	175
<i>1992 insgesamt</i>	<i>4.231</i>	<i>2.500</i>
<i>1993 insgesamt</i>	<i>987</i>	<i>887</i>

Quellen: Pénzügyminisztérium (Finanzministerium), (1992, S. 4 und 7) und T. Szalai (1993, S. 79); 1993: Pénzügyminisztérium (1994, Tabelle II/3.3).

Anmerkungen: Ergänzte Tabelle. Die Zahlen in der ersten Spalte zeigen die Anträge auf Bankrottverfahren. Die Zahlen in der zweiten Spalte zeigen öffentliche Erklärungen, die den Beginn von Bankrottverfahren ankündigen. Es ist die Verantwortung des Gerichts, diese Ankündigungen im Amtsblatt zu veröffentlichen.

In Wirklichkeit gibt es natürlich keinen geschriebenen Vertrag zwischen Staat und Firma. Aber die vielversprechende Richtung der theoretischen Wirtschaftswissenschaften, die als „Vertragstheorie“ bekannt ist, hat zahllose Fälle identifiziert, in denen ein *ungeschriebener* Vertrag gilt; Sitte und

Tabelle 3

Zahl der Liquidationsverfahren, 1986-93

	Anträge auf ein Liquidationsverfahren	Offiziellen Erklärungen des Verfahrensbeginns durch das Gericht
1986-88	-	159
1989	-	141
1990	-	233
1991	-	526
Januar bis März 1992	2.617	120
April	1.281	161
Mai	837	202
Juni	927	166
Juli	699	219
August	701	210
September	797	482
Oktober	782	211
November	751	233
Dezember	692	223
1992 insgesamt	10.084	2.227
1993 insgesamt	7.242	2.593

Quellen: Zahlen für die Periode 1986-91 aus M. Móra (1992, S. 18-23); 1992: Pénzügyminisztérium (Finanzministerium), (1992, S. 5 und 9) und T. Szalai (1993, S. 79). 1993: Pénzügyminisztérium (1991, Tabelle II/3.3).

Anmerkungen: Ergänzte Tabelle. Die von der ersten Zahl abgedeckte Periode beginnt am 1. September 1986 und endet am 31. Dezember 1988. Die Zahlen in der ersten Spalte zeigt das Anstrengen eines Liquidationsverfahren. Wie im Fall des Bankrottverfahrens ist es die Aufgabe des Gerichts, die Ankündigung im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Gewohnheit veranlassen die Parteien dazu, die Bedingungen des Vertrags einzuhalten.³ Jede Partei rechnet damit, daß die andere sich auf die übliche

³G.S. Becker (1992, S. 338) stellt in seiner Untersuchung von gewohnheitsmäßigem Handeln und Traditionen folgendes fest: „... Gewohnheiten, Abhängigkeiten, Traditio-

Weise verhält, und beachtet dabei selbst die ungeschriebenen Bedingungen des Vertrags. Also beruht diese soziale Beziehung auf gefestigten langfristigen Erwartungen.⁴

Unter dem alten, für den klassischen Sozialismus charakteristischen Vertrag konnte sich die Firma sicher sein, auf welche Hilfe sie vom Staat beim Überwinden einer finanziellen Krise würde rechnen können. Aber was geschieht, wenn eine unzureichende Grundlage für langfristige Erwartungen besteht, weil das Verhalten der einen Partei (in diesem Fall der Regierung) sich plötzlich geändert hat? Weder die Wirtschaftswissenschaften noch die Sozialpsychologie liefern ausreichend verlässliche Information über eine dramatische *Veränderung* in Vorlieben, Gewohnheiten und Erwartungen. Dies allein schon macht es sehr schwer, auf die in dieser Arbeit untersuchten Fragen eine Antwort zu finden.

Der eben beschriebene begriffliche Rahmen liefert die passende Struktur zur Erörterung des Problems. Betrachten wir zunächst das Verhalten der Regierung und dann das der Firma.

II. Das Verhalten der Regierung

Widersprüchliche Ziele

Das wichtigste Erfordernis, damit eine Regierung den bis dahin gültigen Vertrag ändern kann, ist der *politische Wille*, dies zu tun. Dies ist eine Funktion der politischen Ziele. Wenn eine Regierung ihre politischen Ziele hinsichtlich finanzieller Disziplin formuliert, muß sie die daraus zu erwartenden Vorteile und Kosten gegeneinander abwägen. Betrachten wir zunächst die *Vorteile* der Durchsetzung finanzieller Disziplin.

nen und andere Vorlieben, die direkt von vergangenen Entscheidungen abhängen, kontrollieren teilweise das zukünftige Verhalten und bestimmen es dadurch auf vorhersehbare Weise. Tatsächlich mögen Gewohnheiten und ähnliches sehr gute Substitute für langfristige Verträge und andere ausdrücklich verpflichtende Mechanismen darstellen.“

⁴Die am häufigsten genutzten mathematischen Modelle, um einen langfristigen impliziten Vertrag, mit anderen Worten, eine sich ständig erneuernde soziale Beziehung, die auf „Spielregeln“ beruht, zu analysieren, sind die der „wiederholten Spiele“. Für eine theoretische Beschreibung, vgl. z.B. D. Fudenberg und J. Tirole (1991, S. 147-206). Die Interpretation der theoretischen Modelle vom Standpunkt der Sozialwissenschaften her ist in einer populäreren Form in T.C. Schelling (1978, S. 115-133) und K. Binmore (1992, S. 345-381) dargestellt.

- Ein reibungslos funktionierendes Kreditsystem ist für eine moderne Marktwirtschaft notwendig, aber es kann nicht ohne die Garantie der Einhaltung von Kreditverträgen erscheinen.
- Im Laufe des postsozialistischen Übergangs gibt es sehr schwerwiegende Probleme mit dem Ausgleich des Haushalts. Eine Voraussetzung für ihre Überwindung ist die Verbesserung des Steuereintreibens.
- Die relativen Preise sind durch das System der differenzierten, nicht-einheitlichen Steuern und Subventionen verzerrt worden. Deren Beseitigung hilft bei der Entwicklung zuverlässiger Preis-Signale.
- Härtere finanzielle Disziplin wird die chronisch Verluste schreibenden Produzenten aus der Produktion verjagen. Dies wird besonders günstig, sobald das System der relativen Preise eine hinreichend wirklichkeitsgetreue Widerspiegelung der Kosten und relativen Knappheiten gibt. Abgesehen davon ermutigt die Disziplin die überlebenden alten Unternehmen und die neu entstehenden zur Reduzierung der Kosten und besseren Anpassung an die Nachfrage.

Um zusammenzufassen, die Straffung der finanziellen Disziplin liefert einen starken Anreiz zur *Effizienzsteigerung*. Die ungarische Erfahrung zeigt auch, daß manche dieser Vorteile sich sofort zeigen, während andere erst verspätet auftreten.

Das spektakulärste Resultat war die schnelle Anpassung der ungarischen Produktion an den Zusammenbruch des RGW. Die Gefahr, die über den ungarischen Firmen schwebte, wurde von zwei Weltbankmitarbeitern, K. Dervis und T. Condon, in ihrer Arbeit aus dem Jahre 1994 als „export or perish“ (Exportier' oder stirb!) bezeichnet. Ein Bild der Exportleistung wird von *Tabelle 4* gegeben. In sehr kurzer Zeit verdoppelte sich der Anteil der in die Europäischen Union gehenden Exporte.

Weniger auffällig, aber von extremer Wichtigkeit ist die Auswirkung, die das Verhängen strengerer finanzieller Disziplin auf die Reorganisation der Produktion, den als Umstrukturierung und Reorganisation bekannten Prozeß hat. Gerichtliche Bankrotverfahren bedeuten nicht notwendigerweise den Anfang vom Ende, da sie anfangs rechtlich geregelte Formen für den Aufschub von Schuldenbegleichung anbieten. Während dieser Periode müssen die Geschäfte der Firma, wenn möglich, in Ordnung gebracht werden. Der Prozeß geht oft mit einer vollständigen oder teilweisen Veränderung im Spitzenmanagement und der Ernennung neuer, besserer Manager einher. Auch beinhalten die Liquidationsverfahren natürlich keine unver-

antwortliche Zerstörung des materiellen und intellektuellen Kapitals. Sie fördern den Verkauf eines so großen Anteils derselben wie möglich, wenn auch nur um die Gläubiger zu einem höheren Maße zufriedenzustellen. Im Laufe der Liquidation wird ein zuvor riesiges Unternehmen oft in kleinere Einheiten aufgesplittert, und die verschiedenen Vermögensbestände werden verkauft. Sowohl Bankrotverfahren als auch Liquidation können verbesserte Bedingungen für die Privatisierung der ursprünglichen Firmen oder ihrer Nachfolgeunternehmen schaffen.

Tabelle 4

Bestimmung der ungarischen Exporte i.v.H., 1987-92

	Europäische Union	Im Übergang befindliche Länder und Nicht-Marktwirtschaften	Andere
1987	20,1	56,5	23,3
1988	22,6	51,2	26,2
1989	24,8	47,3	27,9
1990	32,2	37,7	30,1
1991	45,7	23,6	30,7
1992	49,8	23,3	26,9

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993b, S. 106).
Anmerkung: Ergänzte Tabelle.

Schließlich gibt es die am wenigsten auffällige, am längsten verschobene, aber wichtigste Auswirkung der strengen Durchsetzung finanzieller Disziplin, die sich in der Formung des Denkens der Menschen zeigt. Darauf werde ich später zurückkommen.

Wenden wir uns nun der anderen Seite der Bilanz zu, den Kosten.

Das Straffen der finanziellen Disziplin, einschließlich der Welle der Bankrott- und Liquidationsverfahren, trägt zum Sinken der Produktion bei. Dies ist nicht der einzige Grund, daß in allen postsozialistischen Ländern ohne Ausnahme eine Rezession entsteht, aber es ist zweifellos einer der Gründe für das Schrumpfen der Wirtschaft.

Tabelle 5

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit, 1990-94

	Monat	Zahl der offenen Stellen	Zahl der arbeitslos Gemeldeten	Arbeitslosenquote (i.v.H.)
1990	März	34.048	33.682	0,7
	Juni	37.859	43.506	0,9
	September	26.969	56.113	1,2
	Dezember	16.815	79.521	1,7
1991	März	13.583	144.840	3,0
	Juni	14.860	185.554	3,9
	September	15.351	292.756	6,1
	Dezember	11.529	406.124	8,5
1992	März	15.124	477.987	8,9
	Juni	25.346	546.676	10,1
	September	25.634	616.782	11,4
	Dezember	24.097	663.027	12,3
1993	März	26.471	693.983	13,3
	Juni	30.771	657.331	12,6
	September	35.784	669.761	12,9
	Dezember	28.089	632.050	12,1
1994	März	33.341	610.994	12,2
	Juni	38.141	549.882	11,0

Quelle: Berichte des Országos Munkaügyi Központ (Ungarisches Nationales Arbeitsamt), 1990-1994.

Anmerkung: Ergänzte Tabelle, vgl. auch die ausführlichere Zeitreihe für 1990-91 in Tabelle 4 im vorigen Kapitel. Die statistische Definition der Arbeitslosenquote wurde im Januar 1992 an die in westlichen Beschäftigungsstatistiken benutzte Definition angepaßt. Die Daten für 1990 und 1991 sind nach der alten Definition berechnet, da keine Neuberechnung stattgefunden hat. Die Arbeitslosenquote wäre in dieser Periode auf der Grundlage der neuen Definition etwas niedriger.

Die Schließung ganzer Fabriken verursacht offensichtlich einen Verlust an Arbeitsplätzen. Darüber hinaus versuchen die überlebenden Unternehmen auch ihre Kosten zu senken, und eine Folge davon sind Entlassungen. Die

Tabelle 5 zeigt die Veränderungen, die auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden haben.

Die Zahl der offenen Stellen übertraf die Zahl der Arbeitssuchenden bis Mai 1990. Seither ist das Gleichgewicht der Waage in Richtung Arbeitslosigkeit umgeschlagen, die Monat für Monat wächst. Dies erzeugt in einem Land, in dem die Arbeitnehmer sich über Jahrzehnte hinweg an Vollbeschäftigung und tatsächlich sogar an Arbeitskräftemangel gewöhnt haben, ein besonders schweres Trauma. Das Auftreten und Anwachsen der Arbeitslosigkeit sind ein schlimmes Gebrechen, das durch Arbeitslosenunterstützung nur teilweise gelindert wird. In jedem Fall sollte nicht nur der finanzielle, durch die Arbeitslosigkeit verursachte Schaden in Erwägung gezogen werden, sondern auch die psychologischen Auswirkungen des Verlustes der Arbeitsplatzsicherheit.

Darüber hinaus war die Firma im sozialistischen System, insbesondere in seinem Vorreformstadium, nicht nur ein Arbeitgeber. Sie stellte zahlreiche Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung: Wohnungen oder Wohnheimunterbringung, Kantinenessen, Urlaub, Gesundheitsversorgung, Kindergärten und Freizeitzentren. Im dem Maße, in dem sich die Firma in einen gewinnorientierten Arbeitgeber verwandelt, schiebt sie diese Aufgaben mehr und mehr beiseite. Daher wird die auf der Firmenebene gebotene soziale Sicherung zur gleichen Zeit wie die Arbeitsplatzsicherheit untergraben.

Die Gegenüberstellung der Nutzen und Kosten führt zu einer schwierigen Wahl zwischen widerstreitenden Zielen. In der Wirtschaftspolitik der Makrostabilisierung wird der Güterabwägung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit große Beachtung geschenkt. Das Drosseln der Inflation, die eine streng eingehaltene Diät restriktiver Geldpolitik erfordert, wird regelmäßig von einem Anstieg in der Arbeitslosigkeit begleitet, und umgekehrt erhöhen Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Gefahr einer beschleunigten Inflation. Diese Güterabwägung trifft auch in der postsozialistischen Wirtschaft zu und erlegt ihr eine schwere Bürde auf. Ungarns jährliche Inflationsrate ist etwas gefallen, aber 1992 und 1993 lag sie immer noch bei 22-23%, während die Arbeitslosenquote schon auf über 12% angestiegen ist. Aber diesem liegt noch eine andere Güterabwägung zugrunde, die noch ernsthafter ist, weil sie eine tiefere Auswirkung hat: die *zwischen Effizienz und Sicherheit*. Die kurzfristige, mittel- und langfristige Verbesserung der Effizienz geht Hand in Hand mit der Aufgabe der Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit und der Erosion der sozialen Sicherheit, die aus den Wohlfahrtsleistungen durch die Betriebe herrührt.

Der internationale Vergleich zeigt, daß Ungarn beim Konfrontieren dieses ernstesten Dilemmas am weitesten mit der Durchsetzung der Finanzdisziplin und der Härtung der Budgetbeschränkung und folglich mit der Förderung der Effizienzverbesserung gegangen ist. Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien haben Schritte in dieselbe Richtung unternommen, aber bis jetzt haben sie z.B. gezögert, ein modernes Bankrottgesetz einzuführen und konsequent durchzusetzen. Um das extreme Gegenbeispiel anzuführen, im zweiten Halbjahr 1992 gab die Russische Zentralbank fast unschätzbare Kreditsummen aus, um staatseigene Betriebe auf der Schwelle des Bankrotts aufrechtzuerhalten oder zumindest, um sicherzustellen, daß sie ihre Arbeiter behalten und ihre Löhne bezahlen konnten.

Glaubwürdigkeit und Verpflichtung

Kehren wir zu einer allgemeineren Ebene der Erörterung zurück. Nehmen wir an, es kommt ein Punkt, an dem die Regierung entscheidet, daß sie von nun an die finanzielle Disziplin resolut durchsetzen und die Budgetbeschränkung der Firmen erhärten will. Die Frage ist, wird sie beständig genug sein, diese Politik konsequent weiterzuführen? Und selbst wenn sie verspricht, dies zu tun, werden die Firmen diesem Versprechen Glauben schenken? Eine Bedingung für die Verwirklichung des neuen, zu Beginn der Arbeit erwähnten Vertrags ist, daß die Regierung *glaubwürdig* sein sollte, sowohl im allgemeinen als auch im spezifischen Zusammenhang unserer Erörterung, was ihre Verpflichtung des „Nicht-Auslösens“ angeht. Die Theorie der Konflikte und Verträge lenkt die Aufmerksamkeit nachdrücklich auf die Frage der Glaubwürdigkeit, insbesondere auf die zentrale Bedeutung der Glaubwürdigkeit von Drohungen. Hier ist das Bild, das Ungarn gibt, bei weitem nicht klar; statt dessen kann eine seltsame Zweideutigkeit gefunden werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle an die Geschichte von Odysseus und den Sirenen erinnern.⁵ Die verhexenden Stimmen der Sirenen würden Seemänner zu sich und in Schiffbruch und Zerstörung locken. Als Odysseus' Schiff der Insel der Sirenen nahekam, verstopfte er die Ohren seiner Mannen mit Wachs und befahl ihnen, ihn an den Mast zu binden, so daß er der

⁵J. Elsters Buch *Ulysses and the Sirens* (Odysseus und die Sirenen) (1979) macht in seiner philosophischen Analyse von Versuchung und Verpflichtung vielfältigen Gebrauch von dieser Metapher.

Versuchung nicht würde nachgeben können. Je eindringlicher er sie bitten würde, ihn loszulassen, desto fester sollten sie seine Fesseln anziehen.

Um von der Metapher der Versuchung und Verpflichtung auf Ungarns reale Situation zurückzukommen, untersuchen wir zunächst die *Versuchungen*. Es gibt eine große Zahl von Einflüssen auf die Regierung, die sie versuchen, die finanzielle Disziplin zu lockern und die Budgetbeschränkung zu erweichen. Die hinter der Regierung stehenden politischen Kräfte können finanzielle Auslösungen nutzen, um sich Klienten zu gewinnen, indem sie die Rolle eines Schutzherrn spielen. Sie können auf politischen Druck und die Forderungen industrieller und regionaler Lobbies hin Zugeständnisse machen. Sicherlich werden sie die nächsten Termine für Wahlen zum Parlament und zu den örtlichen Regierungen im Kopf haben, so daß Auslösungen ihnen dienen können, billige Popularität zu gewinnen.

Dies stellt eine sehr reale politische Versuchung dar, deren Effekte tatsächlich beobachtet werden können. Seit die Periode der härteren finanziellen Disziplin angebrochen ist, sind in mehreren Fällen außergewöhnliche Prozeduren gewählt worden, durch die vielfach die Verhandlungen zu Übereinkommen führten. Die Überbleibsel der weichen Budgetbeschränkung sind klar sichtbar. Es besteht die Gefahr, daß die Vielzahl der Ausnahmen die Glaubwürdigkeit der Versprechen der Regierung hinsichtlich harter finanzieller Disziplin untergraben wird.

Die Funktion der Fesseln des Odysseus wird hauptsächlich durch *Beschränkungen und Vorausverpflichtungen* ausgeübt, die der Regierung die Hände binden. Eine absolute, doktrinäre Anwendung des Prinzips des „Nicht-Auslösens“ kann nicht erwartet werden, aufgrund der makroökonomischen Erfordernisse und der Anstrengungen, politische Spannungen zu mildern, aber die Regierung muß sicherstellen, daß die finanziellen Auslösungen selten sind. Die Kriterien und Prozeduren für das Auslösen von Betrieben muß durch das Gesetz niedergelegt werden und nicht *ad hoc* administrativen Verhandlungsprozessen überlassen werden. Nur zeitweiliger finanzieller Beistand kann erlaubt werden, und welche Form auch immer die Hilfe annimmt (Aufschub von Steuerrückständen, Umschuldung, Haushaltssubvention usw.), muß sie einem klaren Zeitplan folgen, der den Beistand bis zu einem streng vorgeschriebenen und nicht zu weit entfernten Termin hin ausdehnt. Anstatt daß vertrauliche Übereinkünfte hinter geschlossenen Türen erreicht werden, sollte jede Auslösung volle Publizität genießen, so daß sie unter der öffentlichen Kontrolle eines Parlamentsausschusses und der Medien stattfindet.

Leider benehmen sich Politiker gewöhnlich anders als der Homersche Odysseus. Es kann nicht die Rede davon sein, daß sie ihren Matrosen befehlen, sie an Händen und Füßen zu fesseln. Im Gegenteil, sie tun alles, um die Hände frei zu haben, weil sie das Gefühl haben, manövrieren und improvisieren zu müssen. „Unvorhersagbarkeit ist Macht“, wie Albert Hirschman es ausdrückte.⁶ Undeutlichkeit paßt Politikern viel besser als Klarheit.

Das Resultat hängt sehr davon ab, ob die Öffentlichkeit, insbesondere die Wirtschaftswissenschaftler, der Regierung verbindliche Verpflichtungen abringen und sicherstellen können, daß sie sie hält. Was auch immer geschieht, der Test für die Glaubwürdigkeit der Versprechen der Regierung, was die finanzielle Disziplin angeht, wird ihr praktisches Tun in den kommenden Jahren sein.

Der Mechanismus für die Durchsetzung der Disziplin

Nehmen wir nun an, daß der politische Wille besteht, finanzielle Disziplin ständig und konsequent anzuwenden. Das läßt immer noch die Frage offen, ob die *Mittel* vorhanden sind, die Aufgabe zu erfüllen.

Im sozialistischen Wirtschaftssystem wurde die Disziplin durch die Bürokratie selbst, oft mit willkürlichen und brutalen Mitteln durchgesetzt. Die postsozialistische Gesellschaft muß ein *Verfassungsstaat* werden, und das trifft auch im Zusammenhang mit der finanziellen Disziplin zu.

Beginnen wir mit den *Gesetzen*. Ungarn hat bedeutende Fortschritte erzielt: Moderne Buchhaltungs-, Bank- und Bankrottgesetze, die den Erfordernissen einer Marktwirtschaft entsprechen, sind schon vorhanden. Der legislative Prozeß selbst ist ein lehrreiches Experiment. Ein bestimmtes Gesetz mag voller Fehler stecken und früher oder später geändert werden müssen, was es schwerer macht, seine Effekte in das Bewußtsein der Wirtschaftsteilnehmer einzuarbeiten.⁷

⁶ Vgl. A.O. Hirschman (1977, S. 50).

⁷ Unter den Regelungen der Bankrotte und Liquidationen sollte besonders die „Harkiri-Klausel“ erwähnt werden. Der verantwortliche Manager einer Firma war verpflichtet, den Bankrott zu beantragen, sobald es klar war, daß die Firma unfähig sein würde, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Wenn der Manager versäumte, dies zu tun, und gezeigt werden konnte, daß dies einen Verlust verursachen würde, konnte er persönlich am Zivilgerichtshof für den Schaden verklagt werden. Dies lieferte einen sehr starken Anreiz, die Firma Bankrott zu erklären, wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten kam.

Doch obwohl die notwendigen legislativen Schritte ergriffen worden sind, gibt es ein Problem mit der *Durchsetzung* des Gesetzes. Die Arbeitsbelastung der mit wirtschaftlichen Fällen befaßten Gerichte ist sprunghaft angestiegen. Die Zahl der kompetenten Fachleute ist zu gering. Es mangelt nicht nur an Richtern, sondern auch an Konkursverwaltern, beeidigten Buchhaltern, Anwälten, Wirtschaftsanalytikern und Geschäftsverwaltern mit der Qualifikation und Erfahrung, Bankrottverfahren, Liquidationen, Auktionen, Fusionen, Aufspaltungen und Reorganisationen durchzuführen.⁸

Tabelle 6

Zahlungsvollzugsanweisungsfälle am Gerichtshof von Budapest 1988-92

	Zahl der Fälle	Gesamtwert der Ansprüche (Mrd. UF)
1988	11.000	6
1989	31.000	19
1990	64.000	45
1991	61.645	43
1992	31.470	38

Quelle: Informationen von S. Piskolti, den früheren Leiter der Wirtschaftskammer des Budapester Gerichts.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, in dem eine Firma die erste Regel der finanziellen Disziplin gebrochen hat: Sie hat für das von ihr Eingekaufte nicht bezahlt. Der Verkäufer bittet das Gericht, eine Zahlungsvollzugsanweisung auszustellen. Diese Warnung wird, wenn die Zahlung immer noch

Die „Harakiri-Klausel“ verschlimmerte die Bankrottelle in einem solchen Maße, daß sie kürzlich zurückgenommen wurde, wobei gleichzeitig andere, weniger wichtige Änderungen vorgenommen wurden. Die Erfahrung wird zeigen, ob diese Änderung das Bankrottgesetz wesentlich geschwächt hat oder nicht.

⁸In einer Arbeit zur Durchsetzung der Gesetze zeigen G.S. Becker und G.J. Stigler (1974), daß der Mechanismus zu diesem Zweck nicht unveränderlich ist. Wenn den Interessen der Mitglieder einer Gesellschaft damit gedient ist (wie es offensichtlich in diesem Fall ist), können Größenordnung, Methoden und Organisationsformen des Apparats an die größere Nachfrage angepaßt werden; die Qualität seiner Aktivität kann z.B. durch angemessene Anreize verbessert werden.

nicht erfolgt ist, von einer offiziellen Auktion gefolgt. Die *Tabelle 6* zeigt, daß der Gesamtwert dieser Fälle in vier Jahren um das Sechsfache zugenommen hat. Es kann drei bis vier Monate dauern, bevor das Gericht den Zahlungsbefehl ausstellt und der offizielle Gerichtsvollzieher damit beginnt, die größeren Vermögenswerte des Schuldners zu versteigern.

Es ist kaum überraschend, daß einige Unternehmer das Gefühl haben, sie müßten das Gesetz in ihre eigenen Hände nehmen. Es hat in der Presse Berichte über das Bestehen von ein oder zwei obskuren Firmen gegeben, die sich in Schuldeneintreibung auf seltsame Weise spezialisieren: einige junge starke Männer mit Boxerphysiognomie werden zum Haus eines Schuldners gesandt, um ihn, zumindest mit drohenden Worten, an seine Zahlungsverpflichtung zu erinnern.⁹ Es hat auch Fälle gegeben, in denen diese Worte durch das Zusammenschlagen des Schuldners oder die Warnung unterstrichen wurden, daß sein Eigentum geschädigt oder seine Angehörigen angegriffen werden würden. Dies ist also die Mafiamethode der Durchsetzung der finanziellen Disziplin.

Sie ist alarmierend und unerträglich. Aber leider ist zu erwarten, daß auch solche Methoden aufkommen, da es einige Zeit dauern wird, bis sich die legale Infrastruktur zur Durchsetzung der finanziellen Disziplin entwickelt hat.

Obwohl die legale Durchsetzung der finanziellen Disziplin wesentlich ist, reicht sie für sich genommen bei weitem nicht aus. Sie muß durch eine Veränderung der moralischen Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Finanzgeschäften verbessert werden.¹⁰ Dies bringt uns zum zweiten Teil der Arbeit, der das Verhalten der Firmen behandelt.

⁹ Vgl. z.B. die Nachricht in der Tageszeitung *Népszabadság* vom 19. Oktober 1992.

¹⁰ Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß private Verträge, die auf der Ehrlichkeit und dem gegenseitigen Respekt ihrer Parteien beruhen, häufig geschlossen wurden, bevor sie legislativ geregelt und legal durchgesetzt wurden. Als dann die ersten kommerziellen Gesetze verabschiedet wurden, behandelten sie die, die ihre Schulden nicht zahlten, recht unhöflich. Englands *Lex Mercatoria* (Law Merchant), die im dreizehnten Jahrhundert verabschiedet wurde, sah vor, daß wenn ein Schuldner seine Schulden nicht bezahlte, der Gläubiger zunächst sein bewegliches Eigentum beschlagnahmen sollte: „Und wenn der Schuldner kein bewegliches Eigentum haben sollte, von dem seine Schulden erhoben werden können, dann soll sein Körper dorthin genommen werden, wo er gefunden werden kann und im Gefängnis behalten, bis er sich ausgelöst hat oder seine Freunde für ihn.“ Das Zitat ist aus W.D. Mitchell (1969). Zu mehr über die Geschichte des Handelsrechts vgl. L.E. Trakmans Buch (1983).

Also gab es seit dem Mittelalter strenge Gesetze, um Respekt für private Verträge und finanzielle Disziplin bei den Subjekten der Geschäftswelt zu schaffen. Erst Jahrhunderte

III. Das Verhalten der Firmen

Ein Beispiel: Erzwungener Kredit zwischen Firmen

Der neue Vertrag zwischen Staat und Firmen, der im Geist einer Marktwirtschaft festgesetzt ist, erfordert eine Veränderung nicht nur im Verhalten der Regierung, sondern auch in dem der Firmen. Um zu zeigen, daß diese zweite Veränderung im ungarischen Geschäftsleben unzureichend oft aufgetreten ist, betrachten wir das Phänomen des erzwungenen Kredits zwischen den Firmen. Firma B hat Waren für die Produktion an Firma A geliefert. Der Käufer hat sie erhalten, aber dann die Rechnung nicht bezahlt. Man könnte es so sagen: Firma A zwingt Firma B, ihr ohne vorherige Übereinkunft Kredit zu geben und bezahlt dann ihre Schulden nicht. Indem sie dies tut, begeht A einen schweren Verstoß gegen die Regeln 1 und 2 der finanziellen Disziplin. Gleichermaßen wird Firma C von Firma B für ihre Waren nicht bezahlt, weil letztere unter anderem die Schwierigkeit hat, von A nicht bezahlt worden zu sein. Die Vernachlässigung der Zahlungsverpflichtungen schwappt auf andere Firmen über und bildet lange, ineinanderverschachtelte Ketten erzwungenen Kredits.¹¹ Sie wuchsen kontinuierlich bis April 1992, wie in der *Tabelle 7* gezeigt wird.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1992 sank das Volumen der erzwungenen Kredite beträchtlich. Dies scheint zu bedeuten, daß die Welle der Bankrotte schon eine günstige Auswirkung auf die Stärkung der finanziellen Disziplin gehabt hat. Darüber hinaus werden verschiedene Versuche gemacht, das Problem durch die Mitarbeit des Banksektors zu lösen. Es wäre z.B. möglich, einige der gegenseitigen Schulden, sogar in einigen verschiedenen Ketten, durch ein Verrechnungssystem zu begleichen. Ein Teil des Intrafirm-Handelskredits könnte in Bankkredit umgewandelt werden. Obwohl die Höhe der erzwungenen Kredite beträchtlich gesunken ist, kann ein Wiederauftreten erzwungener Kredite nicht ausgeschlossen werden, solange keine grundsätzlichen und anhaltenden Veränderungen in der Beachtung der finanziellen Disziplin stattfinden. Um sicherzustellen, daß erzwun-

später, als die Notwendigkeit für Disziplin sich in ihren Köpfen durch den Lauf der Geschichte festgesetzt hatte, wurden die rechtlichen Sanktionen „zahmer“.

¹¹ Dies bedeutet, daß die Gläubiger bei der Schuldnerfirma anstehen, damit diese ihre Schulden begleicht. Daher hat sich der Begriff *Schlangestehen* in Ungarn für dieses Phänomen weit verbreitet.

gener Kredit höchstensfalls sporadisch, anstatt allgegenwärtig ist, müssen die Firmen die folgenden zwei Verbote akzeptieren.

„*Käufer*: Lasse niemals Güter unbezahlt, ohne dafür das vorherige Einverständnis des Verkäufers eingeholt zu haben. Sollte eine Schuld stehenbleiben, könntest Du Dich durchaus in rechtlichen Schwierigkeiten wiederfinden: Der Verkäufer kann Dich vor Gericht bringen und Dein Vermögen beschlagnahmen lassen. Abgesehen von den juristischen Komplikationen werden Dein geschäftliches Ansehen und der gute Ruf Deiner Firma beschmutzt sein, und Deine Kreditwürdigkeit wird sinken.“

„*Verkäufer*: Halte Dich davon zurück, Deine Waren zu liefern, solange Du nicht sicher bist, daß der Käufer für sie zahlen wird und wirklich kreditwürdig ist.“

Die zweite Warnung ist besonders betonenswert. Die Gläubiger erzwungenen Kredits werden oft als „unschuldige Opfer“ dargestellt, die Gerechtigkeit verlangen. Sie denken, daß sie ein Anrecht darauf haben, daß der Staat ihnen zu Hilfe eilt, als wären sie die Opfer einer Naturkatastrophe. Ich denke, dieses Argument ist falsch. Es muß akzeptiert werden, daß der Markt nicht „gerecht“ ist. Entrepreneurs nehmen, wie ihr Name andeutet, ein Risiko auf sich. Wenn das Geschäft gut geht, können sie viel Geld verdienen, aber wenn es sich zum Schlechten wendet, erleiden sie einen Verlust. Wenn der Käufer zufällig nicht zahlt, müssen sie versuchen, ihre Schulden durch Rechtsmittel einzutreiben. Wenn ihnen dies nicht gelingt, ist dies ausschließlich ihr Problem. Wenn sie den Mut nicht verloren haben, werden sie beim nächsten Mal vorsichtiger bei der Auswahl derer sein, denen sie ihre Waren liefern.

Auch in dieser Hinsicht müssen wir uns an die Veränderung gewöhnen. In einer sozialistischen Wirtschaft war die Hauptsache, wieviel es einer Firma zu produzieren gelang. Sobald die Produktion einmal stattgefunden hatte, konnte sie dem Statistischen Amt berichtet werden, und die Quantität der Produktion wurde als Pluspunkt bei der Planerfüllung gewertet. Was mit den Gütern tatsächlich geschah, war vom Gesichtspunkt der Firma aus ziemlich unwichtig. In einer Marktwirtschaft zählt jedoch allein die Tatsache, was es der Firma zu *verkaufen* gelingt, wieviel Geld sie für ihre Produkte erhalten kann.

Nachdem wir dieses lehrreiche Beispiel betrachtet haben, ist es an der Zeit, das Verhalten der Firmen auf einer allgemeineren Grundlage zu analysieren. Hier lohnt es sich, die zwei Sektoren der Wirtschaft getrennt zu untersuchen: die neuen Privatfirmen und die alten staateigenen Firmen.

Tabelle 7

Erzwungener Kredit, 1979-93

	Zahl der unfreiwilligen Kreditgeberfirmen	Erzwungener Kredit insg. (UF, Mrd.)
1979	52	7,9
1980	25	3,8
1981	27	4,7
1982	85	15,2
1983	167	33,8
1984	159	38,4
1985	127	28,3
1986	82	14,0
1987	82	14,0
1988	208	45,5
1989	314	72,8
1990	432	90,5
1991	1.017	159,8
April 1992	1.143	197,0
Dez. 1992	642	104,0
Dez. 1993	638	99,0

Quelle: Für die Periode 1979-91: É. Várhegyi und L. Sándor (1992, S. 25); 1992 und 1994: Information durch É. Várhegyi. Die Zahlen beruhen auf den Daten der Ungarischen Nationalbank.

Anmerkung: Die Tabelle ist ergänzt. Die Zahlen für 1991 sind Daten für den 30. November 1991. Alle anderen Zahlen zeigen das Volumen des unfreiwilligen Kredits am 31. Dezember des jeweiligen Jahres. Die Zahlen für das Volumen des unfreiwilligen Kredits decken nur die ab, die höher sind als 25 Mio. UF. Das Gesamtvolumen, einschließlich kleinerer unfreiwilliger Kredite, ist wahrscheinlich viel höher. Zum Vergleich betrachten wir das Volumen des gesamten ausstehenden Bankkredits an alle Firmen, in Milliarden ungarischer Forint: 144,3 im Jahre 1990 und 121,4 1991.

Das Verhältnis des erzwungenen zum Bankkredit betrug 63% im Jahre 1990 und 132% 1991.

Der neue Privatsektor: „Prägung“

Um das Verhalten der neuen Privatfirmen zu erläutern, die während der reformsozialistischen Periode und der postsocialistischen Periode aufkommen, würde ich gerne einen Begriff aus der evolutionären Biologie borgen: den Ausdruck der „Prägung“.¹² (Die Definition im Wörterbuch ist „aufdrücken“ oder „stempeln“, und die übertragene Bedeutung, etwas im Gedächtnis unauslöschbar festzuhalten.) Beobachtung von Tieren liefert Belege dafür, daß in den *frühen, besonders empfindlichen Stadien* des Lebens angenommene Gewohnheiten einen besonders starken Eindruck hinterlassen. Sie prägen sich dem Gedächtnis tief und fast unumkehrbar ein und veranlassen das betreffende Tier, die Erfahrung zu wiederholen.¹³

Es ist sehr wichtig, daß die neuen Privatfirmen lernen, die Regeln der finanziellen Disziplin von Anfang an streng zu beachten. Gegen dieses Erfordernis kommen Widerstände auf. Wenn immer noch staatliche Auslösungen für staatseigene Firmen organisiert werden, können Privatunternehmer fragen, warum dasselbe nicht für sie getan wird. Ich denke, daß es ein großer Fehler wäre, diesem Druck nachzugeben. Wenn man von einigen seltenen, wirklich gerechtfertigten Ausnahmen absieht, dürfen Privatunternehmer nicht finanziell mit der Hilfe des Staates gerettet werden. Sollen sie um ihr Überleben kämpfen! Es besteht kein Grund zur Aufregung, wenn bis zu 10-15% der neuen Unternehmen, insbesondere kleine und mittelgroße Firmen, jedes Jahr zu handeln aufhören. Der gesunde, natürliche Prozeß der Evolution und Auslese erfordert eine große Zahl von Ein- und Austritten.

Der alte Staatssektor: Erziehung durch Trauma

Dasselbe Argument macht die Leute skeptisch dahingehend, was von Staatsfirmen erwartet werden kann, die in staatlichen Händen verblieben. Das Wissen, daß lasche finanzielle Disziplin geduldet wurde und die Budgetbeschränkung weich war, hat sich tief in die Gedanken der Manager der

¹² Vgl. E.H. Hess (1973) und W. Sluckin (1973).

¹³ Gänschen folgen der Muttergans auf ihren Spaziergängen in einer Einzelreihe. Einer der Entdecker der „Prägung“, Konrad Lorenz, beobachtete, daß, wenn Gänschen, die in einem Brutapparat zur Welt gekommen waren, ihn, einen Menschen, in den ersten Stunden ihres Lebens kennenlernten, sie ihm in einer Einzelreihe folgten, wenn er auf einen Spaziergang ging, anstelle ihrer wirklichen Mutter, obwohl die Gans nahe war. Trotz der Anwesenheit ihrer Mutter behielten sie diese Angewohnheit bei.

Staatsfirmen und vieler ihrer Arbeitnehmer „eingepägt“. Ist es überhaupt möglich, diese Prägung zu ändern?

Es mag möglich sein, sie zu ändern (oder zumindest zu mildern), wenn (und nur dann) der andere Vertragspartner, der Staat als „Versicherungsgesellschaft“, streng und beharrlich an dem neuen marktwirtschaftlichen Vertrag festhält.

Staatseigene Firmen sind von der paternalistischen helfenden Hand des Staats und der ständigen Verfügbarkeit einer Finanzhilfe abhängig geworden, so wie viele willensschwächere Individuen nach der Erleichterung durch Rauchen, Alkohol oder Drogen süchtig werden. Wie schaffen es die, denen es tatsächlich gelingt, aufzuhören zu rauchen, zu trinken oder Drogen zu nehmen, ihre Sucht aufzugeben? Der wichtigste Schritt ist es zu erkennen, daß sie *schädlich und gefährlich* ist. In den meisten Fällen kommt diese Erkenntnis durch den Einfluß aufklärender Schriften oder Vorträge, und in vielen Fällen kommt der letzte Anstoß durch ein erschütterndes Erlebnis, z.B. wenn die vergiftende Gewohnheit eine Tragödie in der unmittelbaren Umgebung des zögernden Subjekts oder eine ernsthafte Krankheit in dem Abhängigen selbst verursacht.

Die *Tabellen 1 und 2* zeigen, daß chronisches Schuldenmachen und gravierende Zahlungsunfähigkeit tödliche Gefahren für das Überleben der ungarischen Firmen geworden sind. Wenn dieser Druck anhält, werden die Manager früher oder später einsehen, daß die Beachtung der Finanzdisziplin eine Sache von Leben und Tod ist.

Dies *könnte* geschehen, aber es ist nicht sicher, daß sich die Situation tatsächlich in diese Richtung hin entwickelt. Beobachtung von Suchtzuständen zeigt nämlich, wie leicht eine Versuchung eine alte Abhängigkeit wiederbelebt. Jedes Wiederauftreten des früheren staatlichen Verhaltens – Duldung von Verstößen gegen die Finanzdisziplin, Erweichung der Budgetbeschränkung – kann von den Managern der staatseigenen Firmen als Zeichen aufgefaßt werden, daß sie die Angelegenheit so ernst nun doch nicht nehmen müssen. Dann werden auch sie zum alten Verhalten zurückschwenken.

Also besteht die Chance, daß eine neue Erwartungshaltung, zusammen mit neuem gewohntem Verhalten, sich in staatseigenen Firmen entwickelt, aber man kann sich darauf nicht gänzlich verlassen. Dies kann, zusammen mit den anderen wohlbekanntem, ein zusätzliches Argument für die Privatisierung des Staatseigentums sein, da die neue Verhaltensweise wirklich nur

von Unternehmen erwartet werden kann, die auf Privateigentum beruhen und von Anfang an finanzielle Disziplin gewohnt sind.

IV. Allgemeine Schlußfolgerungen

Eine Reihe von allgemeinen Schlußfolgerungen folgen aus der Analyse der ungarischen Situation.

Eine lange Vorbereitungsphase war nötig, bevor die Regierung und die Gerichte tatsächlich damit begannen, finanzielle Disziplin mit fester Hand durchzusetzen. Mehrere Vorbedingungen waren erforderlich, bevor dies geschah. Es war notwendig, daß der Privatsektor eine kritische Masse erreichte, so daß er, sowohl als Lieferant als auch als Arbeitgeber, zumindest teilweise fähig war, die staatseigenen Unternehmen zu ersetzen, wenn sie in großer Zahl verschwanden. Es bestand auch eine Notwendigkeit dafür, daß die Marktinstitutionen und die legale Infrastruktur eine kritische Masse erreichten und ein Apparat zur Behandlung der Arbeitslosigkeit vorhanden war, insbesondere Ämter zur Verteilung von Arbeitslosenunterstützung und zur Vermittlung von Stellen.

Später, wenn die finanzielle Disziplin kraftvoller angewendet wird, muß eine weitere ziemlich lange Periode vergehen, bevor die Wirtschaftsteilnehmer zu glauben anfangen, daß das Verhalten des Staats in dieser Hinsicht sich wirklich und für immer geändert hat. Die Erwartungen der Manager werden vor allem durch ihre eigenen Erfahrungen geprägt, nicht nur durch die Versprechen der Regierung. Sobald sie *im nachhinein*, über eine Reihe von Jahren hin, sehen können, daß ein neues, hartes und konsequentes Regime der finanziellen Disziplin tatsächlich entstanden ist, wird sich auch das Verhalten der neuen Firmen konsolidieren.

Die zwei bis jetzt gezogenen Lehren deuten auf eine gemeinsame Schlußfolgerung hin: Die Konsolidierung der finanziellen Disziplin ist ein langwieriger Prozeß einer Evolution, die sich über mehrere Jahre hinzieht.

Es ist ein qualvoller Prozeß, der nicht glatt oder ohne schwere soziale Kosten stattfinden kann. Dies ist besonders deshalb der Fall, weil er schmerzhaft Nebenwirkungen wie fallende Produktion und Entlassungen hat, aber auch weil die Umwälzung und das Trauma selbst Teile des Erziehungsprozesses sind.

Die Durchsetzung stärkerer finanzieller Disziplin wird unvermeidlicherweise zu einer *politischen Frage*. Sie kann nur stattfinden, wenn sie ausreichend große Unterstützung in der Bevölkerung findet. Sie setzt das Bestehen eines Konsenses einer gewissen Größenordnung, zumindest in einem impliziten und passiven Sinne voraus. Die Voraussetzung für ihre Entwicklung ist, mit anderen Worten, daß keine bedeutende Kraft in der politischen Arena die Politik der Stärkung der Disziplin hinterrücks angreift.

Die letzte Lehre ist, daß kraftvolle Schritte in Richtung finanzieller Disziplin ein *Risiko* beinhalten. Die negativen Nebenwirkungen, die fallende Produktion, die Arbeitslosigkeit und die Schwächung der sozialen Sicherheit verursachen Spannung. Ein merklicher Anstieg in dieser Spannung kann einen destabilisierenden Effekt haben und die noch zerbrechlichen demokratischen Institutionen untergraben. Mehr als einmal ist in Osteuropa schon eindringlich vor der Gefahr einer „Weimarisierung“ gewarnt worden, im Zuge derer populistische Demagogie, extremer Nationalismus und Rassenhaß wegen der durch die wirtschaftlichen Leiden verursachten Unzufriedenheit Anklang finden.

Ich würde an dieser Stelle, am Ende der Arbeit, gerne meinen eigenen Standpunkt zu dieser Frage erklären. Der Konflikt zwischen verschiedenen wirtschaftlichen und Wohlfahrtszielen besteht weiterhin. Was mich angeht, würde ich sehr große Betonung auf die Erhöhung der Effizienz und zu diesem Zwecke die Durchsetzung finanzieller Disziplin legen. Aber wenn eine nüchterne, objektive politische Analyse zeigen würde, daß die Demokratie durch die ergriffenen Maßnahmen bedroht wäre, würde ich ein vorsichtigeres Vorgehen bei der Stärkung der finanziellen Disziplin akzeptieren, um diese Gefahr abzuwenden. Wenn es zu einem Konflikt zwischen Effizienz und dem Ziel der Demokratie kommt, bin ich sicher, daß die Verteidigung der demokratischen Institutionen die wichtigste Aufgabe ist.

4.

Transformationsrezession

Untersuchung eines allgemeinen Phänomens am Beispiel der ungarischen Entwicklung¹

Ich würde gerne meinen ehrlichen Dank dafür aussprechen, eingeladen worden zu sein, den diesjährigen François Perroux-Vortrag zu halten. Perroux hatte einen langwährenden Einfluß auf das Denken der Wirtschaftswissenschaftler. Ich bin überzeugt, daß er, wenn er leben würde, die große Umgestaltung der ehemals zentral geplanten Wirtschaften zu Marktwirtschaften aus ganzem Herzen befürworten würde. Hier ist ein Zitat aus seiner Arbeit: „Um es mit ein paar Worten zu sagen, die ausgedehnte Kommentare erfordern würden, der Markt, selbst der unvollkommenste, ist mehr wert als das perfektteste System der Planung. Ein System von Kompromissen, in dem alle Teilnehmer nur auf eine beschränkte Ausdrucks- und Aktionsfreiheit Anrecht haben, ist besser als ein Regime, in dem der Staat per definitionem unbeschränkte Macht über seine Bürger hat.“ (F. Perroux, *Le Capitalisme*. Paris: Presses Universitaires de France, 1962, S. 91).

Nicht nur dieses Zitat, sondern sein ganzes Lebenswerk zeigt, daß er kein unkritischer Beobachter des Kapitalismus, sondern der Schwächen und Unzulänglichkeit desselben wohl bewußt war. Erlauben Sie mir nur noch ein Zitat, das gut das Motto meiner heutigen Arbeit sein könnte: „Wenn die

¹ Ein Vortrag wird in regelmäßigen Abständen zu Ehren von François Perroux, des hervorragenden französischen Nachkriegswirtschaftswissenschaftlers, durch die Stiftung, die seinen Namen trägt, organisiert. Der Autor hielt diesen Vortrag am Collège de France in Paris am 9. Juni 1993. Die erste Veröffentlichung war „Transformational Recession: A General Phenomenon Examined through the Example of Hungary's Development“, *Economie Appliquée*, Herbst 1993, 46 (2), S. 161-227.

Ich bin für ihren umfassenden Beistand bei der Forschungsarbeit Mária Kovács, ihren wertvollen Kommentaren Álmos Kovács und György Surányi, ihre ausgezeichnete Übersetzung des ungarischen Textes Brian McLean und Julianna Parti und für ihre finanzielle Unterstützung des Projekts der Ungarischen Nationalen Stiftung für wissenschaftliche Forschung (OTKA), der EBRD und der AustriaLotto außerordentlich dankbar.

Schwankungen zu ausgeprägt sind und insbesondere, wenn Depressionen anhalten und von massiver Arbeitslosigkeit gefolgt werden, wäre keine Macht der Welt fähig, das Vertrauen in die Tugenden der Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums zu gewährleisten. Schwankungen um einen steigenden Trend sind akzeptabel, aber Schwankungen zwischen Mangel und Elend erscheinen uns allen als nutzlos.“ (F. Perroux, 1962, S. 86).

Im Sinne dieser Ideen, wenden wir uns dem Thema dieser Arbeit zu.

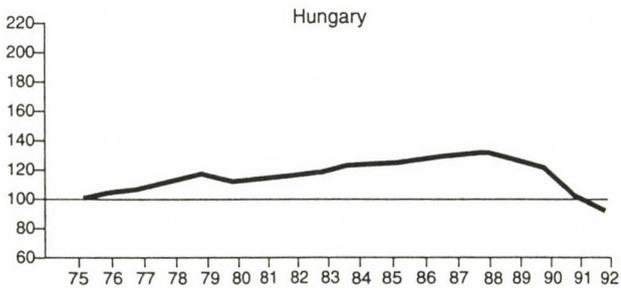
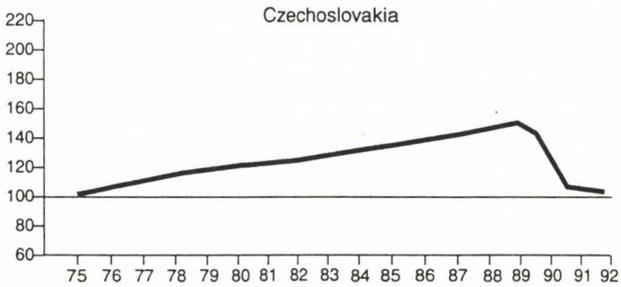
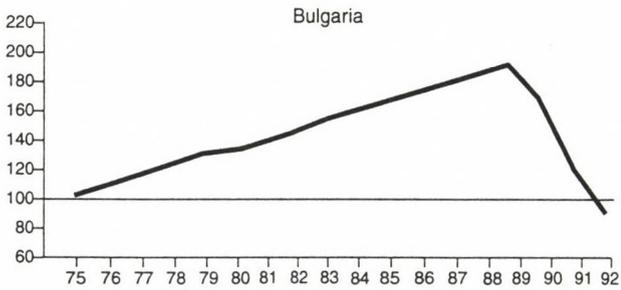
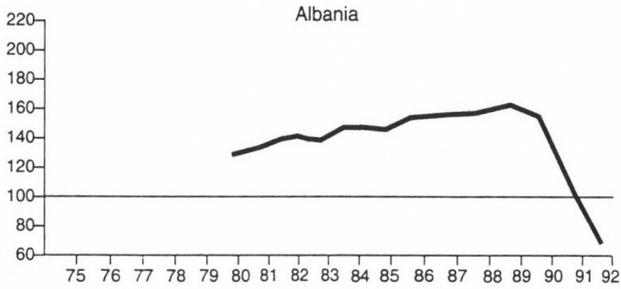
Alle postsozialistischen Länder ohne Ausnahme leiden an einer schweren wirtschaftlichen Rezession. Dies wird aus dem *Schaubild 1* deutlich. Der Verlauf der Rezession ist in jedem Fall auffällig ähnlich, obwohl dies Länder sind, deren Ausgangspunkte und spezifische Umstände sich bedeutend voneinander unterscheiden. Die Geschichte des Produktionsrückgangs in Polen, des Hauptbeispiels für die „Schocktherapie“, ähnelt der in Ungarn, wo der Übergang graduell stattfand. Die Produktion ist in Ländern stark gesunken, die mit hohen internationalen Schulden begannen, aber auch in Rumänien und der Tschechoslowakei (oder der Tschechischen Republik und der Slowakei), die zu Beginn des Übergangs von diesem Problem nicht geplagt waren. Die Produktion ist gefallen, wo es vor dem politischen Wendepunkt keine Reform gegeben hatte, und auch dort, wo für lange Jahre ein Reformprozeß stattgefunden hatte. Diese starke Ähnlichkeit hat mich dazu veranlaßt, mich in dieser Arbeit auf die Faktoren zu konzentrieren, die den Geschichten dieser Gruppe von Ländern gemeinsam sind. Obwohl die Erörterung im ganzen Verlauf der Arbeit Ungarn betrifft, hoffe ich, daß die in ihr enthaltenen analytischen Ansätze sich auch für die Untersuchung anderer postsozialistischer Länder als nützlich erweisen werden.

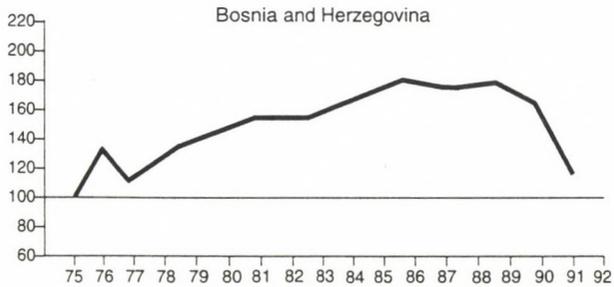
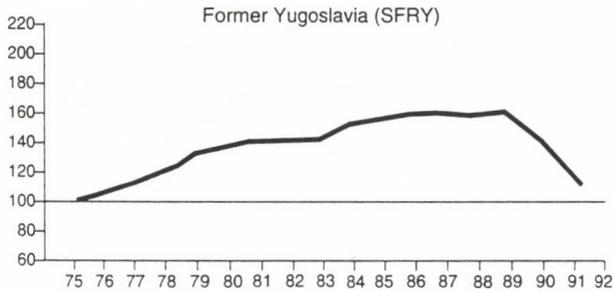
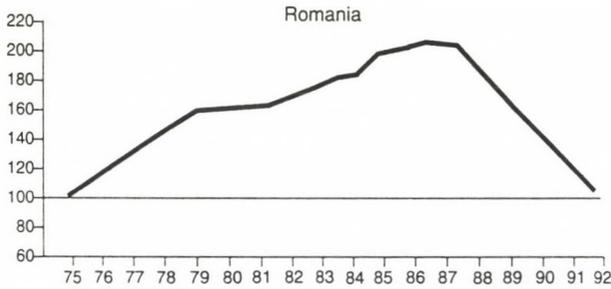
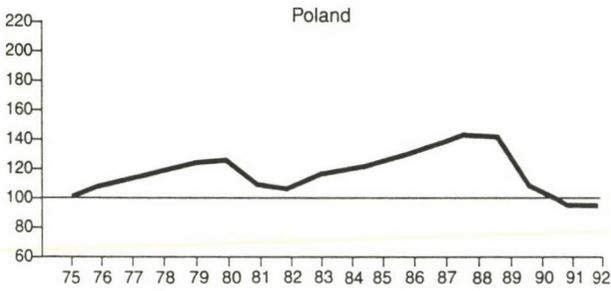
Da das Phänomen sich sehr von den bis jetzt in den Theorien der wirtschaftlichen Fluktuation erörterten Fällen unterscheidet, ist es gerechtfertigt, ihm einen gesonderten Namen zu geben. Um es von diesen anderen Schwankungen zu unterscheiden, habe ich es *Transformations- (oder Umgestaltung)rezession* genannt.

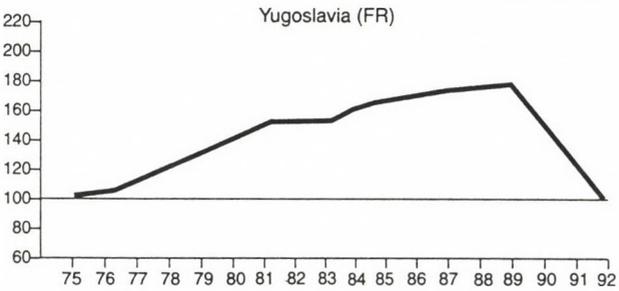
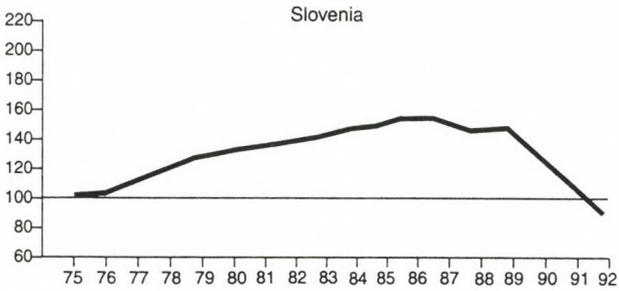
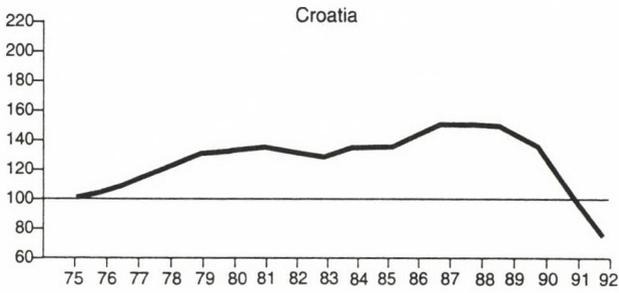
Die Zahlen für Ungarn werden in den *Tabellen 1* und *2* gezeigt (vgl. auch *Tabelle 5* im 3. Beitrag). Diese zeigen, daß der Rückgang der Produktion, der einer langen Periode der Stagnation folgte, tiefer ist als der während der Großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Die Gesamtproduktion ist um 19% anstelle von damals 7% gefallen und die industrielle Produktion um 39% anstelle von 12%. Jedoch ist die Rezession in

Schaubild 1

Produktionsrückgang in postsozialistischen Ländern, 1989-92







Industrielle Bruttoproduktion (Indizes, 1975 = 100).

Quelle: *Economic Bulletin for Europe*, 1992 Band 44, S. 29, auf der Grundlage nationaler Statistiken und der Gemeinsamen Datenbank des ECE-Sekretariats.

Anmerkung: Veränderung des industriellen Outputs für 1992 durch das ECE-Sekretariat geschätzt.

Ungarn bis jetzt relativ milder gewesen als in den meisten anderen Ländern der Region.²

Tabelle 1

Indizes für das BIP und die Industrieproduktion in Ungarn, 1980-1992

	BIP	Industrielle Produktion (1989 = 100)
1980	86,3	89,8
1981	88,0	94,3
1982	91,3	98,7
1983	91,9	100,5
1984	94,4	103,2
1985	94,1	100,9
1986	95,5	100,4
1987	99,4	103,6
1988	99,3	102,1
1989	100,0	100,0
1990	96,5	92,3
1991	85,0	75,7
1992	81,2	71,1

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal, (1993b, S. 71).

Es wurde allgemein angenommen, daß der Übergang von einer Reihe von Schwierigkeiten begleitet werden würde, aber meines Wissens haben sehr wenige Wirtschaftswissenschaftler einen so tiefen Sturz in der Produktion vorhergesehen.³ Eine wachsende Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern

²Es kann angenommen werden, daß der Anteil des informellen Sektors (der „Schattenwirtschaft“) in der Gesamtproduktion in derselben Periode gewachsen ist. Wenn dem wirklich so ist, war der Fall im gesamten BIP, einschließlich sowohl des formellen als auch des informellen Sektors, kleiner als die offiziellen Statistiken zeigen.

³Die Bevölkerung der postsozialistischen Region war auf diese Möglichkeit von den neuen Parteien, führenden Politikern und den neuen demokratischen Regierungen nicht vorbereitet. Es kann auch keine Vorhersage der ersten Rezession in den frühen theoretischen Arbeiten, die das Programm des Übergangs entwerfen, gefunden werden. So fehlt sie z.B. in meinem eigenen Buch *The Road to a Free Economy* [1989] (1990) und in der häufig zitierten Arbeit von O. Blanchard und anderen berühmten westlichen Makroöko-

haben sich seither mit der Frage beschäftigt, aber dem Berufsstand ist es bis jetzt nicht gelungen, zu einem Konsens zu gelangen, wie das Phänomen erklärt werden sollte. Manche führen es auf eine einzige Ursache zurück (oder zumindest einen einzigen Hauptgrund) wie den Zusammenbruch des RGW-Handels, einschließlich des sowjetischen Marktes. Solch einfache Theorien scheinen mir nicht überzeugend. Meiner Meinung nach handelt es sich um einen komplexen, aus mehreren Gründen zusammengesetztes Phänomen, das eine *multikausale Erklärung* erfordert,⁴ und meine Forschung zielt darauf ab, zu einer Synthese verschiedener Erklärungen beizutragen.

Tabelle 2

Produktions-, Investitions- und Beschäftigungsindizes in Ungarn
während der Großen Weltwirtschaftskrise

	Nettonational- produkt	Industrielle Produktion	Kapital- schöpfung	Industrielle Beschäftigung
1929	100,0	100,0	100,0	100,0
1930	103,3	94,6	75,6	91,3
1931	101,0	87,4	59,1	82,9
1932	96,2	81,9	54,5	73,0
1933	93,6	88,2	43,5	73,6
1934	102,0	99,2	34,9	79,9
1935	102,7	106,8	34,5	85,9
1936	107,8	118,4	41,8	94,7
1937	115,1	129,5	54,3	104,0
1938	112,5	125,3	60,7	112,3

Quelle: Nettonationalprodukt (NNP) und Kapitalschöpfung: B.R. Mitchell (1976, S. 786); Industrieproduktion und Beschäftigung: Völkerbund, League of Nations (1939, S. 67, 181).

nomen (1991). Eine der sehr seltenen frühen Warnungen war die Arbeit von K. Laski (1990).

⁴Eine solche wird in den Artikeln von T. Erdős (1992), S. Commander und F. Corricelli (1992), S. Gomulka (1991a), (1991b) und G.W. Kolodko (1992) versucht. Ich habe in dieser Arbeit mehrere wichtige Ideen aus diesen übernommen.

Der erste Teil der Arbeit deutet auf einige *allgemeine* Faktoren hin, die die Rezession verursachen. Der zweite Teil untersucht die *speziellen* Faktoren, die das Schrumpfen der Hauptelemente der Makronachfrage (Investitionen, Verbrauch, Regierungsausgaben und Exporte) verursachen. Beide Teile erörtern Kausalfaktoren, die auf einen gemeinsamen letztendlichen Grund zurückgeführt werden können: den postsozialistischen Übergang selbst. Ich behaupte nicht, daß Faktoren, die nichts mit dem Umgestaltungsprozeß zu tun haben, keinerlei Rolle gespielt haben. Ein Beitrag zum Niedergang in der postsozialistischen Region ist sicherlich z.B. auch von der Tatsache geleistet worden, daß die äußere Welt, einschließlich der kapitalistischen Länder, ebenfalls durch eine Rezession geht. Abgesehen von den daraus entstehenden direkten wirtschaftlichen Nachteilen (schwierigeren Exportbedingungen, geringerem Kapitalzufluß) hat dies einen ungünstigen sozial-psychologischen Effekt. Es ist ungünstig, daß die frühere sozialistische Welt sich gerade zu einem Zeitpunkt in Richtung Kapitalismus zu bewegen begann, zu dem dieses System nicht in seiner besten Form war. Diese Tatsache wird jedoch in meiner Arbeit nicht behandelt, die sich ausschließlich mit den *internen*, in der Umgestaltung selbst wurzelnden Auswirkungen befaßt.

Der dritte und letzte Teil zieht Schlußfolgerungen aus der in den vorigen zwei Kapiteln beschriebenen kausalen Untersuchung. Die Betonung in allen drei Teilen beruht auf positiver Beschreibung und Analyse, aber normative Vorschläge erscheinen ebenfalls, in den meisten Fällen als veranschaulichende Beispiele.

Es lohnt sich zu sagen, was die Arbeit sich *nicht* zu tun bemüht. Sie bietet keine numerischen Voraussagen an, und sie stellt kein detailliertes Aktionsprogramm für die Regierung vor. Anstatt zur Debatte über die augenblickliche ungarische Situation beizutragen, würde ich gerne einige wichtige Tendenzen des letzten und der nächsten paar Jahre analysieren und einige der strategischen Probleme, die aufgekommen sind, kommentieren.

I. Die allgemeinen, die Rezession verursachenden Faktoren

Nicht einmal während der Rezessionen einer reifen kapitalistischen Wirtschaft sinkt die Produktion jeder einzelnen Firma und jedes einzelnen Produkts. Selbst nahe dem Tiefpunkt tauchen erfolgreiche, expandierende Firmen zumindest sporadisch auf. In einer Transformationsrezession ist dies

durchaus nichts Außergewöhnliches; diese Dualität ist eine ihrer charakteristischen Merkmale. Schrumpfung und Aufschwung, Versagen und Erfolg, massenweiser Austritt und Eintritt können Seite an Seite beobachtet werden. Um den dieser Tage so häufig zitierten Schumpeterschen Ausdruck zu gebrauchen, „kreative Zerstörung“ findet mit Sturmgeschwindigkeit statt. Aber es ist immer noch gerechtfertigt, von einer makroökonomischen Rezession zu sprechen, da die Bilanz der beiden Prozesse negativ ist; bis jetzt ist das Tempo des Schrumpfungsprozesses schneller als das des parallelen Prozesses der Expansion.

Diese Erkenntnis legt nahe, daß die Untersuchung sich nicht ausschließlich auf die Faktoren beschränken sollte, die den *absoluten* Rückgang erklären. Die letztendliche Bilanz aus Aufschwung und Schrumpfungprozessen mit ihren entgegengesetzten Zeichen wird von allem berührt, das entweder Wachstum oder Niedergang fördert oder hindert.

Jeder Wirtschaftszyklus im Kapitalismus hat spezifische Merkmale. Dennoch werde ich ein gewisses Maß an Abstraktion anstreben, indem ich die individuellen Merkmale der Transformationsrezession mit einem „Idealtyp“ vergleiche, der typischen Rezession einer reifen kapitalistischen Wirtschaft.

Vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt

Im Normalzustand einer hier als Vergleichsmaßstab zugrundeliegenden kapitalistischen Wirtschaft besteht als langfristiger Trend monetäres Gleichgewicht auf der makroökonomischen Ebene: Makroangebot und Makronachfrage sind auf dem geltenden Preisniveau ausgeglichen. Die gewöhnlich damit einhergehenden Phänomene sind eine Arbeitslosigkeit auf dem Niveau der natürlichen Quote, Überschußkapazitäten, die mit dem in weiten Teilen des Marktes herrschenden unvollkommenen Wettbewerb zusammenhängen, sowie ein konstanter Prozeß von Ein- und Austritten. Die Waagschalen der Macht zwischen dem Produzenten-Verkäufer und dem Käufer in dieser Art Wirtschaft neigen sich zugunsten des Käufers. Es besteht ein Käufermarkt, in dem die Verkäufer um das Geld der Käufer wetteifern, und genau dies ist einer der größten Vorteile des Kapitalismus, da er

zu Anpassung an die Nachfrage, Respekt für die Konsumentensouveränität, Qualitätsverbesserung und Einführung neuer Produkte ermutigt.⁵

Man vergleiche dies mit dem Normalzustand des klassischen Sozialismus, einer chronischen Mangelwirtschaft, in der Makroangebot und -nachfrage auf dem herrschenden Preisniveau nicht ausgeglichen sind. Begleiterscheinungen sind ein Arbeitskräftemangel, unbefriedigte Nachfrage nach vielen Produkten und Dienstleistungen, weitverbreitetes Schlangestehen und erzwungene Substitution. Expandierende Produktion trifft regelmäßig auf Engpässe und Beschränkungen der physischen Ressourcen.⁶ Die Machtwaagschale zwischen dem Produzenten-Verkäufer und dem Käufer neigt sich in dieser Art Wirtschaft zugunsten des Verkäufers. Dies ist ein Verkäufermarkt, in dem die Käufer um die verkäuflichen Produkte wetteifern.

Noch nicht einmal am Gipfelpunkt des Wirtschaftszyklus im reifen Kapitalismus schlägt der Marktzustand zu einer allgemeinen, intensiven und chronischen Mangelwirtschaft um. Der Ball bleibt auf derselben Seite des Spielfelds, d.h. grundsätzlich herrscht weiterhin ein Käufermarkt, und bestenfalls ergibt sich ein kleiner Machtvorteil für den Verkäufer. Am Tiefpunkt steigen Arbeitslosigkeit und Unterauslastung von Ressourcen an, was den Wettbewerb nur noch weiter steigert.

Im Gegensatz dazu ist die Transformationsrezession mit einer tiefen und *einmaligen* Veränderung verbunden. Das Spiel bewegt sich zur anderen Seite des Spielfelds, so daß die Wirtschaft sich von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt entwickelt – von einer angebotsbeschränkten zu einer nachfragebeschränkten Wirtschaft. Dieser Prozeß wird zu einem gewissen Grad durch die Wirtschaftspolitik (Geld- und Fiskalpolitik, sowie auch die Preispolitik) bewußt kontrolliert, mit dem Bestreben die Mangelwirtschaft zu Ende zu bringen. Aber sein Verlauf wird auch durch mehrere unkontrollierte, spontane Umstände beeinträchtigt. Es besteht eine komplexe gegenseitige Beeinflussung von Rezession und dem Wechsel des „Marktregimes“ (der Veränderung von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt), so daß nicht gesagt werden kann, daß einer der beiden Prozesse den anderen *verursacht* hat.

In den Ländern, die sich von der klassischen Form des Sozialismus vor der politischen Wende entfernten – mit Ungarn an erster Stelle – begann

⁵Zu den Vorteilen eines Käufermarkts, vgl. die Artikel von T. Scitovsky [1951] (1971), (1985) und E. Domar (1989). Käufer- und Verkäufermärkte werden in den Kapiteln 11 und 12 meines Buchs [1992a] (1995) eingehend im Vergleich erörtert.

⁶In einer offenen sozialistischen Wirtschaft läuft der Wunsch nach Produktionssteigerung oft gegen beschränkte Verfügbarkeit harter Auslandswährungen an.

der Übergang zu einem Käufermarkt früher. Die *Tabelle 3* ist in dieser Hinsicht lehrreich, da sie zeigt, wie die Angebotsbeschränkungen (z.B. Mangel an Arbeitskräften, Rohstoffen, Halbfertigprodukten und Einzelteilen) sich über eine Periode von sieben Jahren hinweg stetig lockerten. Schon jetzt ist es selten, daß Beschränkungen der physischen Ressourcen ein direktes Hindernis für das Produktionswachstum bilden. Die niedrige Häufigkeit, mit der die Produktion in Ungarn auf Inputbeschränkungen trifft, ist auch in reifen Marktwirtschaften zu finden. Es kann aufgrund dieser Tabelle (und zahlreicher anderer Tatsachen) festgestellt werden, daß die Mangelwirtschaft in Ungarn aufgehört hat; es besteht kein allgemeiner, intensiver und chronischer Mangel mehr. Parallel zu dieser sehr bedeutenden Veränderung wächst die Rolle der Nachfragebeschränkung. Die Tabelle zeigt deutlich, daß dies nun das Hindernis ist, auf das der Wunsch, die Produktion zu erhöhen, am häufigsten trifft. (Eine sehr wichtige Rolle wird außerdem von den finanziellen Beschränkungen gespielt, die später erörtert werden.)

Um etwas zu vereinfachen: Man kann diese lange Übergangsperiode in Ungarn in zwei Stadien aufteilen (*Tabelle 4*). In der ersten verwandelte sich die unterdrückte Inflation, die ein Merkmal der Mangelwirtschaft darstellte, in eine gemäßigte offene Inflation. Die schrittweise, sich immer weiter ausbreitende Freigabe der Preise wirkte in diese Richtung; ein Preisniveau entwickelte sich, auf dem Makroangebot und Makronachfrage ein Gleichgewicht erreichen konnten. Dazu verhalfen auch Faktoren auf der Angebotsseite: die Entwicklung des Privatsektors, die Lockerung der Bedingungen für Eintritt in die Produktion und die teilweise Liberalisierung der Importe. Die Inflationsrate beschleunigte sich und erreichte ihren Gipfelpunkt im Juni 1991 zu Preisen, die 38,6% höher waren als im Jahr zuvor. Diese Prozesse saugten wahrscheinlich die unausgegebene Kaufkraft oder den „Geldüberhang“ auf. Mit anderen Worten, die makroökonomische Situation, die manche Wirtschaftswissenschaftler als allgemeine Überschußnachfrage charakterisieren, ging zu Ende.

Die *antiinflationären* Anstrengungen der Finanzpolitik begannen im Jahr 1991 und wurden 1992 fühlbarer. Die Inflationsrate erreichte ihr bis dahin niedrigstes Niveau im Juli 1992 bei einem Preisniveau, das 20,2% höher lag als zwölf Monate zuvor. In gewissem Maße war die Nachfrage tatsächlich schon früher durch die Geldpolitik in Schach gehalten worden. Obgleich kein orthodoxer monetaristischer Wirtschaftswissenschaftler die Finanzpolitik der späten achtziger und frühen neunziger Jahre „restriktiv“ nennen würde, da dauernd Raum für ziemlich großes inflationäres Wachstum der Geldmenge blieb, „lief“ die Nachfrage offensichtlich nicht „da-

Tabelle 3

Produktionshemmnisse: Ungarische Umfragedaten i.v.H., 1987-93

Jahr	Quartal	Unzureichende Nachfrage	Mangel an Arbeitskräften
1987	I	26,0	22,2
	II	27,4	23,7
	III	21,3	24,1
	IV	24,1	15,8
1988	I	28,0	15,7
	II	28,3	24,7
	III	27,3	23,0
	IV	30,7	19,3
1989	I	38,0	21,5
	II	40,1	22,0
	III	40,4	21,9
	IV	51,2	13,4
1990	I	51,3	12,1
	II	56,1	13,9
	III	51,0	10,3
	IV	54,5	4,3
1991	I	60,6	4,3
	II	70,1	4,0
	III	66,8	3,3
	IV	65,9	3,0
1992	I	65,1	3,3
	II	62,2	7,4
	III	56,1	4,4
	IV	54,5	4,8
1993	I	57,7	2,2
	II	68,8	3,0
	III	67,9	3,7
	IV	62,5	4,3

Fortsetzung nächste Seite

Unzureichende Versorgung mit Rohstoffen und Einzelteilen

		Finanzierungsprobleme			Insgesamt
		Inländischer Ursprung	Aus dem Rubel- Gebiet	Aus dem Dollar- Gebiet	
1987	I	41,2	42,6	31,2	
	II	42,3	46,7	24,3	
	III	46,6	50,4	22,1	
	IV	39,4	41,8	20,4	
1988	I	50,0	16,6	32,8	32,7
	II	44,1	17,2	35,3	36,4
	III	45,3	18,2	64,0	35,0
	IV	38,5	14,9	22,4	40,1
1989	I	37,6	14,4	17,9	49,6
	II	28,7	11,0	11,8	46,1
	III	27,5	10,3	8,9	46,8
	IV	21,4	8,0	6,3	49,4
1990	I	13,8	5,8	3,9	57,8
	II	13,0	3,4	2,2	45,2
	III	15,3	4,6	2,6	51,9
	IV	11,3	3,2	3,7	48,7
1991	I	9,4	2,3	2,6	53,2
	II	7,1	1,5	2,4	54,1
	III	6,2	1,2	2,0	52,7
	IV	7,2	0,5	1,0	47,3
1992	I	5,8	0,3	1,0	51,0
	II	5,9	0,7	1,5	45,9
	III	10,9	1,7	3,1	47,8
	IV	8,7	0,7	2,3	42,9
1993	I	6,1	1,3		45,5
	II	6,0	3,2		47,3
	III	7,5	3,1		48,6
	IV	9,4	2,4		47,3

Quelle: KOPINT-DATORG (1994).

Anmerkung: Die Umfrage verwendet die durch das deutsche Forschungsinstitut Ifo ausgearbeitete und auch in mehreren anderen Ländern genutzte Methodologie. Die Befragten werden gebeten, „Produktionshemmnisse“ zu erwähnen. Jeder Befragte kann so viele Hindernisse nennen, wie er will. Die Zahlen zeigen relative Häufigkeiten in Prozent. Es gibt andere Produktionshemmnisse, die von den Befragten erwähnt werden, aber in diese Tabelle nicht aufgenommen wurden. „Rubelgebiet“ bezieht sich auf die früheren Mitgliedsländer des RGW. Die Umfrage trennte für die Jahre 1987 und 1993 „Rubel- und Dollargebiet“ nicht; die Zahlen für diese Jahre zeigen Mangel an importierten Rohstoffen und Einzelteilen.

von⁷.⁷ Tatsächlich fiel sie dem Volumen nach beträchtlich, und der Abstand zwischen der Nachfrage und dem früheren Maximalangebot, d.h. dem potentiellen BIP, wuchs ständig. Letztendlich schlug die Wirtschaft von einem Zustand der Überschußnachfrage zu unzureichender Nachfrage um.

Tabelle 4

Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1980-1994

	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate (in Prozent)
1980	9,1
1981	4,6
1982	6,9
1983	7,3
1984	8,3
1985	7,0
1986	5,3
1987	8,6
1988	15,5
1989	17,0
1990	28,9
1991	35,0
1992	23,0
1993	22,5

Quelle: Für die Periode 1980-1991: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1992*b*, S. 213); 1992-1993: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1994*b*, S. 103).

Das „Marktregime“ kann graphisch durch die Verwendung eines synthetischen Indexes demonstriert werden, der die Zusammensetzung der Lagerbestände zeigt. In einer Mangelwirtschaft sammeln Firmen hauptsächlich

⁷ Eine Rolle bei der Zügelung der Nachfrage wurde auch von den institutionellen Reformen und den Veränderungen, die im Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer stattfanden, gespielt. Zu einem gewissen Grade wurde die Budgetbeschränkung härter, und dies wurde von einer Verringerung des Investitionshungers begleitet; die Firmen und sogar der Staat wurden in ihren Ausgaben weniger verschwenderisch.

Inputlagerbestände an, während Outputs bald von den Käufern abgenommen werden. Wenn die Mangelwirtschaft endet, ändern sich die Proportionen; es besteht keine Notwendigkeit mehr, Inputs zu horten; jedoch sammeln sich aufgrund von Verkaufsschwierigkeiten Outputlagerbestände an. Diese Veränderung wird in *Tabelle 5* gezeigt. Der Index stand in Ungarn früher bei um die 6 – die Inputlagerbestände waren sechsmal so hoch wie die Outputlagerbestände. Dem steht eine Zahl von um die 1 in den reifen und entwickelten Marktwirtschaften gegenüber. Der augenblickliche Wert des Indexes zeigt einen dramatischen Fall bis unter 3, aber er hat immer noch nicht die für eine reife Marktwirtschaft typische Höhe erreicht.

Tabelle 5

Verhältnis zwischen Input- und Outputbeständen

Länder, Perioden	Inputbestände/Outputbestände
<i>Kapitalistische Länder, 1981-1985</i>	
Finnland	1,92
Japan	1,09
Kanada	0,92
Österreich	1,06
Portugal	1,66
Vereinigte Staaten	1,02
Westdeutschland	0,71
<i>Ungarn</i>	
1981-1985	6,10
1988	5,16
1989	4,65
1990	3,50
1991	2,67

Quelle: Die Tabelle wurde von A. Chikán zusammengestellt.

Aus alledem kann eine Reihe von Schlußfolgerungen für unser Thema, die Rezession, gezogen werden. Die Rezession kann nicht ausschließlich durch unzureichende Nachfrage erklärt werden. Selbst jetzt betrachtet nur die

Hälfte der Firmen unzureichende Nachfrage als Produktionshemmnis.⁸ Wir sind augenblicklich mit einer „halbkeynesianischen“ Situation konfrontiert, für deren Behandlung eine doktrinäre keynesianische Therapie *für sich genommen* nicht angebracht ist. Aber die andere Hälfte des Kommentars muß sofort hinzugefügt werden: Gerade deshalb, weil die Situation schon halbkeynesianisch ist, spielt die Nachfrage eine sehr prägende Rolle bei der Bestimmung der Produktion. Also analysiert der zweite Teil der Arbeit dies im Detail. In einer postsozialistischen Transformationsrezession, ist die „Bremse“ der zentralen Kontrolle nicht beim Angebot eingelegt worden, wie dies bei der Drosselung von Investition und Produktion in der sozialistischen Wirtschaft der Fall war. Obwohl wir es nicht mit einer *ausschließlich* auf der Nachfrageseite erzeugten Rezession zu tun haben, hat die Nachfrageseite die Hauptrolle angenommen.

Als ich mich selbst vor fünfzig Jahren fragte, wie ein angebotsbeschränkter Verkäufermarkt sich in einen nachfragebeschränkten Käufermarkt verwandeln würde, hoffte ich, daß dies ohne einen Produktionsrückgang geschehen könnte.⁹ Ich dachte, daß das Angebot weiter wachsen würde, während sich das Wachstum der Nachfrage verringern würde (jedoch immer noch positiv bleiben würde), bis hin zu einem Punkt, der letztlich die Situation von der Überschussnachfrage zum Überschussangebot umkippen würde. Die Idee, oder eher die Hoffnung, die ich damals hatte, wird im *Schaubild 2a* veranschaulicht, das aus meinem Buch aus dem Jahr 1971 übernommen ist.

Leider hat der Übergang in der Praxis aus einer Reihe von Gründen auf verschiedene Weise stattgefunden. Lange vor dem Systemwechsel in Ungarn hatte das Wachstum der Produktion abgenommen, worauf eine lange Periode der Stagnation folgte. Um unter diesen Umständen von Überschussnachfrage zu Überschussangebot überzugehen, zieht die Zügelung des Wachstums der Nachfrage und (was das Volumen angeht) ihre absolute Verminderung unvermeidbarerweise das Angebot ebenfalls nach unten, und diese miteinander interagieren in einem Teufelskreis, was die Rezession weiter vertieft. Wenn die postsozialistische Wirtschaft von einem langfristigen Marktregime, dem Verkäufermarkt, zum anderen langfristigen Markt-

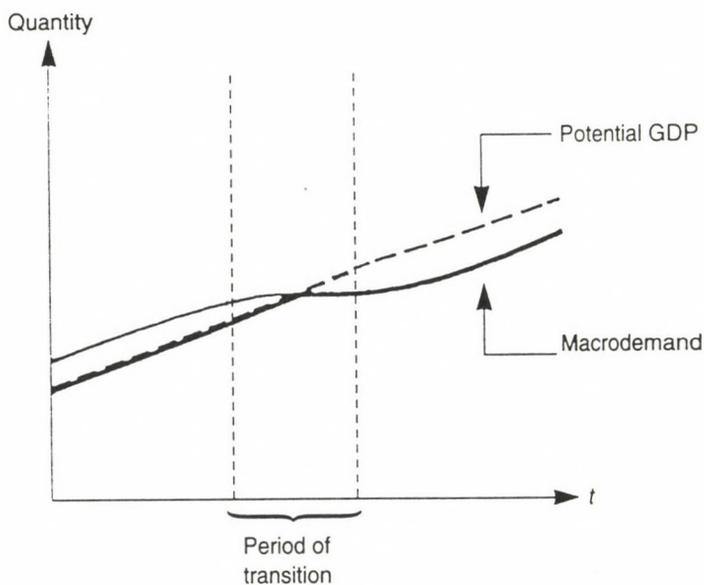
⁸ Auch ist unzureichende Nachfrage nicht das einzige Produktionshemmnis in einer reifen, entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, selbst während der Abschwungphase des Wirtschaftszyklus. Die Häufigkeit der Nennung liegt dort höchstens bei 70-80%. Vgl. J.-J. Laffont (1985, S. 354).

⁹ Vgl. *Anti-Äquilibrium* ([1971], S. 325) (1975). Zu der Zeit benützte ich eine andere Terminologie („Sog“ und „Pression“), aber in späteren Arbeiten und auch in dieser habe ich die verbreiteteren Ausdrücke übernommen.

regime, einem Käufermarkt, umschlägt, *kippt sie zu weit über*, anstatt bei einem idealen Gleichgewichtszustand anzukommen. Der tatsächliche Trend von Angebot und Nachfrage erscheint in einer stylisierten Form im *Schaubild 2b*.

Schaubild 2a

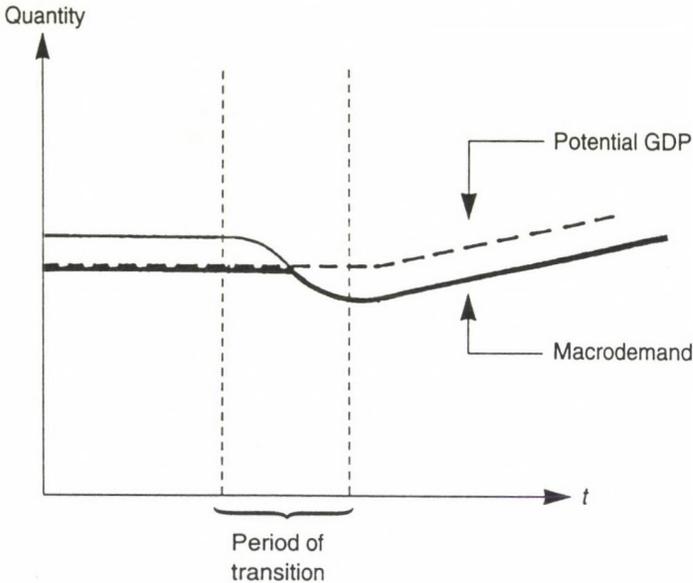
Die Idee, wie im Jahre 1971 vorgetragen



Das tatsächliche Volumen der Produktion fällt im Vergleich zu ihrem vorherigen Gipfelpunkt steil nach unten; der Zustand der Wirtschaft ähnelt in dieser Hinsicht dem Tiefpunkt der üblichen Fluktuation im kapitalistischen Wirtschaftszyklus.¹⁰

¹⁰ Der Jahresbericht 1992 der United Nations Economic Commission for Europe (1992b) betrachtet es als einen Fehler, die Veränderung der makroökonomischen Bedingungen in Osteuropa nicht zu erkennen. „Aufkommende Arbeitslosigkeit, die Beseitigung der Mangelerscheinungen und die Wiederherstellung des grundlegenden monetären Gleichgewichts sind alles Symptome der Umgestaltung der Kornartigen, angebotsbeschränkten zu Keynesartigen, nachfragebeschränkten Wirtschaften.“ (S. 51)

Schaubild 2b
Die Realität der neunziger Jahre



Anmerkung: Die fettgedruckte Linie zeigt das tatsächliche BIP. Das tatsächliche BIP ist die kleinere Zahl aus potentielltem BIP und der Makronachfrage. Die Kurven im Schaubild 2a stimmen mit denen des Schaubilds 22.2 in *Anti-Äquilibrium* [1971] (1975) überein; ich habe nur die Bezeichnungen der Variablen geändert, um mich damit der allgemein benützten Terminologie anzuschließen.

Tatsächlich habe ich ein schlechtes Gewissen gehabt, die Begriffe *allgemeine* Überschufnachfrage und Überschufangebot zu benutzen, da sie die Beschreibung der Situation vereinfachen. Ich habe lange Zeit gegen die unbesonnene Verwendung zusammenfassender Makrokategorien in diesem Themenbereich gestritten. Auch unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft gab es unverkaufte Güter. Auftreten von Überschufnachfrage und -angebot können auf der Mikroebene miteinander koexistieren. Manche Produzenten treffen auf Angebotsbeschränkungen, während andere mit Nachfragebeschränkungen konfrontiert sind. Dieser Vorbehalt ist jetzt viel angebracht.

ter als je zuvor, aber er führt zum nächsten Faktor, der Umgestaltung der realen Struktur der Wirtschaft.

Die Umgestaltung der realen Struktur der Wirtschaft

Als wir eben die Wiederherstellung des monetären Gleichgewichts auf der makrowirtschaftlichen Ebene betrachteten, wurde eine Frage offengelassen: Warum hat der Wechsel im Marktregime, die Entwicklung vom Verkäufer- zum Käufermarkt rezessionäre Auswirkungen?

Die Preise werden schrittweise (oder in manchen Ländern plötzlich) freigegeben, was zu einem neuen System der relativen Preise führt. Je mehr dies von der Liberalisierung des Außenhandels begleitet ist (die in Ungarn in bedeutendem Ausmaß parallel stattfand), desto stärker und unmittelbarer werden die Auswirkungen der relativen Preise im Ausland empfunden. Es wird plötzlich klar, daß unzureichende Nachfrage nach einer Reihe von Produkten und Dienstleistungen zu den früheren hohen Preisen oder zu geringfügig niedrigeren Preisen besteht; aber wenn die Preise abstürzen, erleiden die Firmen, die diese produzieren, Verluste. Wenn den Firmen gleichzeitig (entweder langsam oder plötzlich) ihre finanziellen Subventionen entzogen werden, sind sie gezwungen, ihre Produktion zu kürzen oder gänzlich zu beenden. Gleichzeitig steigen die Preise anderer Produkte aufgrund des Auftretens bis dahin unterdrückter Nachfrage, daher wird es gewinnbringend, sie zu produzieren oder zu importieren. Darum erzeugen die neuen relativen Preise und die gleichzeitige neue Produktzusammensetzung der Nachfrage eine Anpassung im Angebot, d.h. eine Umgestaltung der realen Struktur der Produktion. Aber die Anpassung der Quantitäten an die neuen Preise nimmt immer Zeit in Anspruch, und aus mehreren Gründen ist sie während der Periode des postsozialistischen Übergangs besonders träge. (Auf einige dieser Gründe werde ich später zurückkommen.)

Die Strategie des forcierten Wachstums im Sozialismus führte zu einer Produktionsstruktur, die an die Anforderungen der Nachfrage, einschließlich des inländischen Verbrauchs, unangepaßt war, aber die Verwendung dieser Produkte wurde den Käufern durch zentrale Allokation und Mangel aufgezwungen. In der Reformperiode fand eine schrittweise Veränderung in der Produktzusammensetzung des Outputs statt. Diese Umgestaltung hat sich in den letzten paar Jahren beschleunigt. Auf Branchenniveau beinhaltet diese hauptsächlich einen Rückgang im Anteil und im absoluten Volumen

der industriellen Produktion und einen Anstieg im Anteil und dem absoluten Volumen der Dienstleistungen (*Tabelle 6*).

Tabelle 6

Zusammensetzung des ungarischen BIP, 1986-91

Quellen des BIP nach Wirtschaftsbranchen i.v.H.

Branchen	1986	1988	1990	1991
Industrie	36,7	34,1	31,8	30,7
Bausektor	6,6	7,7	6,6	6,3
Land- und Forstwirtschaft	20,7	16,6	16,2	14,8
Transport, Post und Telekommunikation	8,9	8,0	8,2	8,8
Handel	9,4	10,1	11,5	11,1
Wasserwirtschaft	1,4	1,4	1,3	1,3
Andere materielle Aktivitäten	1,2	1,1	1,3	1,4
<i>Materielle Aktivitäten</i>	<i>84,9</i>	<i>79,0</i>	<i>76,9</i>	<i>74,4</i>
Persönliche und wirtschaftliche Dienstleistungen	4,6	5,0	5,6	-
Dienstleistungen finanzieller Organisationen	-	1,5	2,0	-
Gesundheit, soziale und kulturelle Dienstleistungen	6,2	8,7	9,4	-
Dienstleistungen der Gemeinden, öffentlichen Verwaltungen u.ä.	4,3	5,8	6,1	-
<i>Nichtmaterielle Aktivitäten</i>	<i>15,1</i>	<i>21,0</i>	<i>23,1</i>	<i>25,6</i>

Quellen: 1986: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1989*b*, S. 57); 1988 und 1990: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1992*a*, S. 95); 1991: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1992*b*, S. 61).

Im Laufe dieses Prozesses finden auf der Mikroebene Tausende von Veränderungen, kleine und große, in der spezifischen Produktzusammensetzung des Outputs statt.

In dieser Hinsicht hat die Umgestaltungsrezession Charakteristika, die viel eher Schumpeterisch als Keynesianisch sind. Nicht nur die Aggregatnachfrage ist unzureichend. Die Nachfrage nach dem Output mancher Sek-

toren der Wirtschaft fiel dramatisch, während die Nachfrage nach dem anderen Sektoren überhaupt nicht fiel, sondern tatsächlich zugenommen haben mag. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele geben. Die lang aufgeschobene Nachfrage führte zu einer fast explosiven Entwicklung von Geschäften, die mit Personal Computern, Elektronik, modernen Informationssystemen und Telekommunikation zu tun hatten, so daß für lange Zeit dieser weitgefächerte Sektor einen tatsächlichen Boom inmitten der Rezession erfuhr. Die neuen relativen Preise und die neue Nachfragestruktur verursachten ein Aufblühen des Gaststättengewerbes und der mit dem Tourismus zusammenhängenden Dienstleistungen.

Die Veränderung in der Produktzusammensetzung und der Branchenstruktur ist mit zwei anderen Veränderungsprozessen verbunden.

Die Eigentumsbeziehungen ändern sich. Der Anteil des in reinem Staatseigentum befindlichen Sektors fällt und der Anteil der in reinem Privateigentum und in gemischtem Eigentum befindlichen Sektoren, die verschiedene Kombinationen von staatlichem und privatem Eigentum umfassen, steigt an. Dies findet so statt, daß die Produktion des rein staatseigenen Sektors in absoluten Größen fällt, während die der Privat- und Mischeigentumsektoren wächst.

Eine Veränderung findet auch in der Größenverteilung der Firmen statt. Die kleinen und mittelgroßen Firmen waren im klassischen sozialistischen System fast gänzlich beseitigt worden. Kleine und mittelgroße Firmen begannen während der Periode des Reformsozialismus zwischen 1968 und 1989 zurückzukehren, aber sie haben sich erst seit dem Wechsel des politischen Systems schnell zu vermehren begonnen. Der Anteil und das absolute Produktionsvolumen des Segments der großen Firmen sinkt, während die des Segments der kleinen und mittelgroßen Firmen steigt.

Diese drei Arten der Umstrukturierung überschneiden sich nicht vollständig, aber sie stimmen zu einem bedeutenden Grad überein. Es ist nicht sehr falsch zu sagen, daß die beiden charakteristischsten Akteure in der postsozialistischen Wirtschaft die große, schrumpfende, staatseigene Industriefirma und die kleine, expandierende, im Privateigentum befindliche Dienstleistungsfirma sind. Eine allgemeinere und zutreffendere Weise, dies zu sagen, ist schrumpfende und expandierende Segmente der Wirtschaft zu nennen, ohne ihre Eigentums-, Größen- und Produktklassifizierung anzugeben. Der wünschenswerte Zustand wäre, daß der Aufschwung schneller stattfände als das Schrumpfen, so daß ihre Bilanz einen positiven Zuwachs ergäbe. Das Gegenteil ist leider der Fall: Das Schrumpfen des ersten Segments findet schneller statt als die Expansion des zweiten, nicht weil

jemand beschlossen hat, daß dies so sein sollte, sondern weil eine Reihe von Faktoren die Expansion des wachsenden Sektors zurückhalten. Über diese verzögernden Faktoren später mehr.

Ein schmerzhafter Prozeß der „natürlichen Auslese“ findet statt, aber das Trauma hat einen gesunden, reinigenden Effekt. Tatsächlich tritt ein ähnlicher Prozeß während des normalen kapitalistischen Wirtschaftszyklus auf; die Idee spielt in den Zyklustheorien von A. Spiethoff und J. Schumpeter eine große Rolle.¹¹ Während der Transformationsrezession ist dieser Prozeß viel intensiver und umfassender. Am Ende eines kapitalistischen Wirtschaftszyklus hat sich die reale Struktur der Wirtschaft seit dem Anfang des Zyklus relativ wenig geändert, wohingegen man annehmen (oder, besser gesagt, hoffen) kann, daß die Situation nach der Umgestaltungsrezession sich drastisch gewandelt haben wird.

Unterbrechungen in der Koordinierung

Viele Leute hatten die naive Idee, daß die Beseitigung der zentralen Planung und der bürokratischen Koordinierung sofort und automatisch vom Erscheinen und dem Funktionieren der Marktkoordinierung gefolgt sein würde. Tatsächlich entsteht ein seltsames „Niemandland“, in dem die bürokratische Koordinierung *nicht mehr* zutrifft und die wirtschaftliche Aktivität von Disintegration, Mangel an Koordinierung und Anarchie gehindert wird.¹²

Der Mangel an Koordinierung nimmt verschiedene Formen an, von denen ich ein paar herausgreifen will:

- Die alten Verhaltensnormen der Wirtschaftsteilnehmer haben zu bestehen aufgehört, aber sie haben noch nicht das neue, der neuen Situation angepaßte Verhalten gelernt.
- Gewisse frühere Institutionen der bürokratischen Koordinierung (Organisationen und rechtliche Regelungen) endeten, aber die Errichtung der

¹¹ Vgl. die Arbeiten von A. Spiethoff (1902) und J.A. Schumpeter [1912] (1964). Eine ausgezeichnete Darstellung dieser zwei Zyklustheorien kann in A. Hansens wohlbekannter zusammenfassender Arbeit gefunden werden (1964).

¹² G.A. Calvo und F. Coricelli weisen in ihrer Studie (1992) auf eine „Handelsimplosion“ hin. Die Handelsbeziehungen werden durch die Abwesenheit von Marktinstitutionen zerstört.

Die von ihnen beschriebenen Phänomene sind ein wichtiger Bestandteil der umfassenderen Gruppe von Phänomenen, die oben als die gähnende Kluft und Abwesenheit von Koordinierung zwischen den beiden Koordinierungsmechanismen bezeichnet wurden.

neuen Marktinstitutionen hat entweder noch nicht begonnen oder macht nur sehr langsam Fortschritte. Das Netzwerk der Marktbeziehungen ist immer noch sehr lose, und es wird Zeit beansprucht, bis ein dichtes Netzwerk gewoben worden ist.

- Die Informationsstruktur der bürokratischen Koordinierung ist fort, aber das neue Signalsystem hat sich noch nicht entwickelt, oder die Wirtschaftssubjekte sind noch nicht ausreichend in der Lage, die neue Art Information zu beurteilen und zu verarbeiten.
- Insbesondere in ihren konsolidierteren Perioden vor dem endgültigen Zusammenbruch lieferte die bürokratische Koordinierung eine Art Ordnung und Voraussagbarkeit. Seiner Natur nach verwickelt der Markt seine Teilnehmer in eine Menge Unsicherheit und Risiko. Diese vervielfacht sich jedoch in der gegenwärtigen ungefestigten Situation. Die meisten Wirtschaftssubjekte sind verwirrt, ängstlich und zögerlich mit ihren Entscheidungen.

Das Phänomen nimmt seine extremste Form in vielen der Republiken an, die die frühere Sowjetunion ersetzt haben, aber es spielt auch in anderen Ländern wie Albanien und Bulgarien eine wichtige Rolle. Dies ist meiner Meinung nach einer der wichtigsten Gründe (vielleicht *der* Hauptgrund) für die Rezession in diesen Ländern.

In Ungarn begann die Verdrängung der bürokratischen Koordinierung viel früher, im Jahre 1968, und seither wurde, bei einer Reihe von Rückschritten, gradueller Fortschritt erreicht. Also erscheint das eben beschriebene Phänomen in weniger dramatischer Form als in Ländern, die fast direkt vom klassischen zum Postsozialismus sprangen. Aber es lohnt sich, daran zu erinnern, daß es sogar durch die Periode der im sozialistischen System verwirklichten Teilreformen hindurch Bereiche eines „Niemandlands“ gab, eines Zustands, den Tamás Bauer damals als „weder Plan noch Markt“ beschrieb.¹³

Der Prozeß der Umgestaltung ist auch in Ungarn nicht ganz abgeschlossen worden. Die Verwirrungen der Koordinierung und das Phänomen des „Niemandlands“ erscheinen immer noch von Zeit zu Zeit, zumindest in gewissen Branchen, und sie tragen sehr zur Rezession bei. Betrachten wir zwei Beispiele hierfür.

Eines ist die Landwirtschaft, in der die Produktion einen wirklichen Absturz erlitten hat. Die genossenschaftliche Produktion auf der Grundlage

¹³ Vgl. T. Bauer (1983).

des Kollektiveigentums kombiniert mit privater Bauernarbeit auf Zwerghöfen der Haushalte war in vieler Hinsicht nicht effizient, aber nichtsdestoweniger funktionierte sie und erzielte einige Erfolge. Alle Elemente der Koordinierung waren zu dieser Zeit an diese Eigentumsformen angepaßt: die zentrale Verwaltung, die Allokation der Investitionen, das Kredit- und das Steuersystem, das Festlegen der Preise, die geschäftlichen Beziehungen zwischen Produzenten und Verbrauchern etc. Die alten Eigentumsformen sind erschüttert worden, aber reife neue Eigentumsformen sind nicht an ihre Stelle getreten. Alles ist in einem flüssigen Zustand. Die alten Institutionen und Organisationen der Koordinierung hören unter diesen Umständen zu funktionieren auf. Aber das erforderliche neue System der Koordinierungsinstitutionen – ein auf dem neuesten Stand befindliches Groß- und Einzelhandelsnetzwerk, um die Kleineigentümer mit den Konsumenten zu verbinden, ein neues Kreditsystem für Kleineigentümer und ein die Stabilität erhöhendes Preis- und Subventionssystem im Einklang mit der europäischen Praxis – haben sich noch nicht entwickelt. Alle diese Faktoren behindern die Produktion sehr stark. Sie werden von einer Reihe grober Fehler der Regierung verschlimmert, insbesondere der Entschädigung der früher enteigneten Landeigentümer und die Reorganisation der Genossenschaften.

Das andere Beispiel ist das Baugewerbe und in Verbindung damit Wohnungsbau und Städteplanung. Obwohl dieser Bereich im sozialistischen System zurückgestuft und vernachlässigt wurde, hat er immer noch eine etablierte Organisation und institutionelles Gefüge. Es gab Perioden, in denen die Leistung relativ gut war, zumindest was die Zahl der fertiggestellten Wohnungen anging; deren Qualität war allerdings schlecht. Nun ist dieser Bereich ebenfalls in einem Zustand des Kollapses, obwohl eine große Nachfrage nach Wohnungen besteht. Die Marktinstitutionen haben sich noch nicht entwickelt, ein den spezifischen Merkmalen des Wohnungsmarktes dienendes Kreditsystem funktioniert immer noch kaum, das Netzwerk der Wohnungsmakler steckt in den Kinderschuhen; Entwickler, die fähig wären, ganze Siedlungen aufzubauen, sind noch nicht aufgetaucht, und es besteht Verwirrung, was das System der Mieten und Sozialsubventionen angeht. Zweifellos besteht die Notwendigkeit staatlicher Aufsicht über die Marktprozesse auf diesem Gebiet und in gewisser Hinsicht auch staatlicher Regelung (z.B. im Anwenden von Städteplanungs- und sozialpolitischen Kriterien). Anstelle einer harmonischen Kombination von bürokratischer und Markt koordinierung trifft man auf wiederholte konfuse Konflikte zwischen ihnen. Infolgedessen ist der Wohnungsbau ernsthaft zu

rückgefallen, obwohl er einer der führenden Sektoren im postsozialistischen Übergang hätte sein können.

Die Entwicklung der Marktkoordinierung nimmt Zeit in Anspruch, und dies ist einer der Gründe, warum sich die Rezession auf vielen Gebieten in die Länge zieht. Aber die Entwicklungsperiode kann durch angemessene rechtliche Regelungen und staatliche Initiativen verkürzt werden. Die Regierung hat in dieser Hinsicht viele Unterlassungssünden begangen: Sie vertrödelte Zeit beim Entwurf und der Verwirklichung der Gesetze zur Unterstützung der Marktkoordinierung, bei der Organisation mit der Marktwirtschaft konformer Aufsichtsbehörden und bei der Bereitstellung eines Systems staatlicher Garantien in gewissen Bereichen, in denen dies erforderlich war.

Finanzielle Disziplin und Durchsetzung der Effizienz

Man kann in der ungarischen Wirtschaft eine Erhärtung der Budgetbeschränkung der Firmen beobachten.¹⁴ Deren fühlbarste Äußerung ist die kraftvolle Anwendung der Bankrottgesetzgebung, selbst wenn seither eine gewisse Linderung dieses ursprünglich sehr strengen Gesetzeswerks auf die Tagesordnung gekommen ist. Eine große Zahl zahlungsunfähiger Firmen werden im Zuge von Bankrottverfahren reorganisiert, und viele von ihnen werden aufgelöst.

Eine Privatfirma hat von Anfang an eine harte Budgetbeschränkung. Obwohl es Versuche gibt, auch sie zu erweichen, zieht das Wachstum des Privatsektors die Ausbreitung einer harten Budgetbeschränkung nach sich.

Welche Auswirkung haben diese Veränderungen auf die Rezession, das in dieser Arbeit behandelte Phänomen? Manche Firmen machen Bankrott und treten aus dem Markt aus, was Entlassungen und ein Ende der Nachfrage der Firma nach Inputs bedeutet. Die Überlebenden, die von nun an wahrlich gewinnmaximierende Firmen sind, die Marktinstrumente benutzen, um für ihr Überleben zu kämpfen, sparen bei ihren Ausgaben mehr als ihre Vorgänger, was bedeutet, daß ihre Nachfrage nach Inputs abnimmt. Sie versuchen, ihre in der Vergangenheit angesammelten Lagerbestände aufzubrechen. Auch dies hat einen die Nachfrage reduzierenden Effekt. Sie entlassen überflüssig gewordene Arbeiter. Die Arbeitslosen erzeugen normalerweise weniger Konsumnachfrage als die Beschäftigten.

¹⁴ Dieser Prozeß wird eingehend in der dritten Arbeit analysiert.

Selbst wenn die Manager staatseigener Firmen sich dazu durchringen, Arbeiter zu entlassen, bleiben sie einer radikalen Kürzung ihrer überschüssigen Arbeit etwas abgeneigt. Die *Tabelle 7* zeigt, daß die Beschäftigung in der Industrie langsamer fällt als die Produktion, so daß die Arbeitsproduktivität abnimmt. Wahrscheinlich besteht immer noch ein hohes Maß an „Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz“. Sobald das Staatseigentum privatisiert ist, ändert sich die Situation. Die Erfahrung in vielen Fällen zeigt, was die Theorie erwarten läßt: Die erste Tat der neuen Eigentümer ist, die Arbeitnehmer zu entlassen, die sie als überflüssig betrachten.

Tabelle 7

Bruttoproduktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in der ungarischen Industrie, 1980-92 (1989 = 100)

	Output	Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten	Bruttoproduktion pro Beschäftigtem
1980	89,0	116,1	76,6
1981	91,2	113,7	80,2
1982	93,2	111,4	83,8
1983	93,9	109,2	86,0
1984	96,3	108,6	88,7
1985	97,2	107,9	90,2
1986	98,9	107,1	92,4
1987	102,7	104,4	98,4
1988	102,1	101,7	100,5
1989	100,0	100,0	100,0
1990	89,9	94,5	95,0
1991	74,9	84,1	89,1
1992	67,5	73,1	92,5

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993b, S. 95).

Anmerkungen: Die Produktionsdaten beruhen auf der Bruttoproduktion der wirtschaftlichen Organisationen, die zur Kategorie der Industrie gehören. Die Tabelle enthält nicht den Bausektor.

Die Privatisierung wird weithin als das Hauptmittel zur Überwindung der Rezession und Veranlassung von Wachstum betrachtet, aber dies ist eine zu einfache, fehlerhafte Einschätzung der wirklichen Beziehung. *Langfristig* wird die Effizienz tatsächlich durch die Ausbreitung des Privateigentums, die Privatisierung von Vermögen, das zuvor Staatseigentum war, und die Durchsetzung finanzieller Disziplin und einer harten Budgetbeschränkung in allen Sektoren der Wirtschaft erhöht werden, und dadurch wird der Wachstumstrend steiler werden. *Kurzfristig* hat die Privatisierung jedoch eine andere Auswirkung, da sie, wie bereits beschrieben, die Arbeitslosigkeit vergrößert, die Nachfrage senkt und so zur Rezession beiträgt. Die Wahl zwischen einem kurzfristigen, antirezessionären Ziel und einem langfristigen Wachstumsziel ist eines der schwerwiegendsten Dilemmata, das während des postsozialistischen Übergangs bewältigt werden muß.

Die Rückständigkeit des Finanzsektors

Das nun zu erörternde Problem ist tatsächlich Teil der vorigen zwei, aber es verdient wegen seiner besonderen Bedeutung getrennte Behandlung. Erst jetzt, da die Rückständigkeit des Finanzsektors eines der Hindernisse des Wachstums geworden ist, kann die volle Bedeutung des Unterschieds zwischen einer völlig monetisierten kapitalistischen Wirtschaft und einer halbmonetisierten sozialistischen Wirtschaft genau eingeschätzt werden.

Lassen Sie mich auf die Spalte der *Tabelle 3* zurückkommen, die den Anteil der Firmen zeigt, die unzureichende Finanzen als eines der Hindernisse für das Wachstum betrachten. Es lohnt sich anzumerken, daß 20-30% der Befragten diesen Faktor im Jahre 1987 erwähnten, während die Häufigkeit heute bei 45-50% liegt.

Das Bankwesen im klassischen Sozialismus funktionierte nicht wie eine wirkliche Bank. Seine tatsächliche Funktion war, einen landesweiten Buchhaltungs- und Kassierdienst zu bieten, in Verbindung mit einigen Aspekten der Überwachung der Produzentenfirmen. Seine Hauptfunktion war, Geld zu liefern, wenn der Plan oder die staatliche Bürokratie wirkliches Handeln erforderten. Wo ein Anfang gemacht wurde, die Wirtschaft vor dem Wechsel des politischen Systems zu reformieren, wie in Ungarn, begann auch die Umgestaltung des Bankwesens, so daß es seinem Gegenstück in einer wirklichen Marktwirtschaft zu ähneln anfang, wenn auch die Entwicklung sicherlich nicht als abgeschlossen angesehen werden kann.

Diese Arbeit beabsichtigt keine vollständige Analyse des Finanzsektors, und also werden nur einige wenige Probleme, die direkt mit dem Thema der Rezession und des Wachstums zu tun haben, hier behandelt werden.

Ein Problem ist die hastige und unverantwortliche Weise, in der Kreditrisiken angenommen werden, wenn sie durch nichtkommerzielle Beweggründe motiviert sind. Dieses Problem, das mit der im vorigen Abschnitt erörterten Frage, d.h. der finanziellen Disziplin, zusammenhängt, tritt sehr ausgeprägt in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf. Dort werden Tausende von Verluste schreibenden Firmen mit Bankkrediten am Leben gehalten, was die Inflation anheizt und die Durchsetzung der finanziellen Disziplin hindert. Dieses Phänomen findet in Ungarn nicht massenhaft statt, da wir über dieses Stadium hinaus sind. Aber noch nicht einmal in Ungarn hat die spezielle Beziehung zwischen den staatseigenen Geschäftsbanken und den großen staatseigenen Firmen ganz aufgehört. Der Eigentümer beider ist der Staat, und in gewisser Weise besteht eine „Personalunion“. Die Banken sind, wenn es um die Durchsetzung ihrer Forderungen geht, zeitweise nachsichtiger mit ihren alten als mit ihren neuen Kunden, den Privatunternehmern. Manchmal kann eine ähnliche Vorliebe auch bei der Vergabe von neuen Krediten entdeckt werden.¹⁵ Die Erlassen der nicht wiedereintreibbaren Kredite war lange im Kommen. Das „weiche“ Verhalten der Banken gegenüber dem Sektor der staatseigenen Firmen behinderte den zuvor beschriebenen Prozeß der natürlichen Auslese. Die Situation wird weiterhin durch die Tatsache verschlimmert, daß sich von Zeit zu Zeit eine hochgestellte Persönlichkeit aus Regierung und Politik in die Aktivität der Geschäftsbanken einmischt, normalerweise auf informale Weise, und Druck auf ihre Kreditvergabeentscheidungen ausübt.

In manchen Kreditbeziehungen werden Risiken ignoriert, und in anderen herrscht übermäßige Vorsicht und wirkliche Feigheit bei der Vergabe von Krediten, insbesondere wenn der Antragsteller eine kleine oder mittelgroße Privatfirma oder ein Haushalt ist. Man muß zugeben, daß es hier ein wirkliches Dilemma gibt. Die Banken gewöhnen sich erst gerade an die Idee, daß sie *kommerzielle* Aktivität betreiben müssen, die als Ganzes gesehen einen Gewinn abwerfen wird. Sie sollten lernen, daß die Bank keine Institution für die Verteilung von Geld auf Befehl von oben oder freundliche Empfehlung von Politikern ist. Dem mag so sein, aber nun wenden sie die Lektion, die sie gelernt haben, mit großem Fleiß an, und sind Risiken

¹⁵ Dieser Vorzug wird nicht ausschließlich staatseigenen Firmen gegeben. Die Banken haben auch große Kredite an nicht wenige große Privatfirmen vergeben und finden es schwierig, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um die Rückzahlung zu erzwingen.

außerordentlich abgeneigt. Sie haben immer noch den zweiten Teil der Lektion zu lernen: Eine Bank, als kommerzielles Unternehmen, muß durch die Vergabe von Kredit leben und gedeihen. Kein marktwirtschaftliches Unternehmen kann bleibende Gewinne erzielen, indem es „Waren zurückhält“.

Also hat sich eine paradoxe Situation entwickelt. Ein riesiger Liquiditätsbestand hat sich im Bankwesen angesammelt, aber er ist darin steckengeblieben. Einerseits sind die Geschäftsbanken zu risikoscheu, ihn in großem Maßstab auszuleihen, aber andererseits scheuen die Unternehmer davor zurück, Kredit aufzunehmen, da sie es ebenfalls als zu risikoreich empfinden.

Für lange Zeit war der nominale Zinssatz sehr hoch, und er begann erst vor ganz kurzem zu sinken. Der reale Zinsfuß war wegen der hohen Inflationsrate weniger alarmierend, aber immer noch hoch genug, viele Unternehmer vom Aufnehmen von Krediten abzuschrecken. Es findet eine Debatte über die Rolle der Inflationsrate bei Entscheidungen über die Kreditaufnahme unter augenblicklichen ungarischen Bedingungen statt. Da ich kein Argument habe, das stark genug wäre, eine entschiedene Meinung hierzu zu belegen, kann ich nur meinen Eindruck aussprechen. Es scheint mir, daß zu dem zum Zeitpunkt dieses Schreibens gültigen realen Zinssatz sogar ein mäßig erfolgreicher Unternehmer einen Kredit bedienen könnte. Ich neige dazu, mit denen übereinzustimmen, die sagen, daß der *Hauptgrund*, nicht zu borgen, die Unsicherheit ist.¹⁶ Es gibt zu viele unvorhersehbare Aspekte der zukünftigen gesetzlichen Lage, Eigentumsverhältnisse, Besteuerung und anderer öffentlicher Abgaben, des zukünftigen Trends der relativen Preise und der Inflation und nicht zuletzt der Voraussagen über den allgemeinen Zustand der Wirtschaft. Auf der Gläubigerseite ist der Zinssatz wahrscheinlich so weit gesunken, daß die Banken noch weniger zum Verleihen neigen, gerade wegen der Unsicherheit über die künftigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Um die im vorigen Abschnitt begonnene Argumentationslinie fortzusetzen, kann ich auf die andauernde Abwesenheit einer ganzen Reihe von Institutionen und Organisationen hinweisen, die im allgemeinen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft sehr notwendig und besonders wichtig für die Anregung der ungarischen Übergangswirtschaft sind. Lassen Sie mich nur einige Beispiele geben. Es ist noch kein System von Hypotheken und Garantien entstanden, das nicht nur die Regeln und Konventionen der reifen Marktwirtschaften kopiert, sondern für die typische Unreife der

¹⁶ Vgl. z.B. die Arbeit von Á. Valentyni (1992).

ungarischen Wirtschaft und die anfänglichen Probleme der Entrepreneur-schicht Vorsorge trifft. Eines der grundlegenden Werkzeuge aller modernen Finanzsysteme, ein System (laufender) Scheckkonten, hat sich noch nicht vollständig entwickelt. Banküberweisungen und andere Zahlungsformen des Bankwesens sind immer noch sehr langsam und teuer, Kreditkarten sind nicht weit verbreitet. Das Netzwerk verschiedener Arten von Investitionsfonds, Unternehmerkapital („venture capital“-)Gesellschaften, Rentenversicherungen und anderer finanzieller Vermittlerorganisationen ist noch nicht konsolidiert. Die Entwicklung des Kapitalmarkts ist in ihren Anfangsstadien.¹⁷

Die zwei zuvor erwähnten Branchen, Landwirtschaft und Wohnungsbau, müssen aufs neue erwähnt werden. In der ganzen Welt benutzen diese besondere Kredit- und Investitionsschemata. In Ungarn entwickeln sich diese sehr träge, was sehr zur schweren Rezession in diesen beiden Branchen beigetragen hat.

Die Entwicklung des Finanzsektors nimmt unvermeidlicherweise eine sehr lange Zeit in Anspruch, aber sehr viele Unterlassungen der Regierung können dafür verantwortlich gemacht werden, daß der Fortschritt nicht schneller stattgefunden hat. Dies trifft auf alle Phänomene zu, an denen die Rückständigkeit gezeigt werden kann. Noch ein weiteres typisches Beispiel für Vernachlässigung durch die Regierung war die Verspätung und die Zögerlichkeit, bevor die Bedingungen der den Unternehmen zur Verfügung stehenden sogenannten „E-Kredite“ erleichtert wurden, was den Zugang zu diesen erweiterte. (Dies ist ein spezifisches Kreditschema, das Privatunternehmen Investitionskredite zu günstigen Bedingungen mit Beihilfe durch die Regierung anbietet.) Unschlüssigkeit und Mangel an Phantasie wurden in einem Bereich gezeigt, in dem eine konstruktive Initiative der Regierung wirklich notwendig gewesen wäre.

Calvo und Coricelli sehen in der zuvor erwähnten Arbeit¹⁸ die Unruhen im Kreditwesen und den Kreditmangel als Hauptursachen der Rezes-

¹⁷ Es lohnt sich, besonders zu bemerken, daß das Land nicht nur Probleme mit der Unreife des Banksektors im engeren Sinne hat, sondern auch mit der des umfassenderen Finanzsektor insgesamt hat. Es wäre ein Fehler, wenn Kredit eine übermäßige Rolle bei der Finanzierung der Firmen spielte, deren eigenes Kapital so in den Hintergrund gedrängt würde. Es entstehen Schwierigkeiten bei der Ansammlung des Anfangskapitals und der Beschaffung von für Kapitalspritzen notwendigen Investitionen. Ein sehr hoher Grad der Unsicherheit, was die Chancen für werterhaltende, gewinnbringende Investitionen sowie die Unterentwicklung der Investitionsmanagementorganisationen angeht, schreckt viele Geldbesitzer davon ab, ihre Ersparnisse auf den Kapitalmarkt zu tragen.

¹⁸ G.A. Calvo und F. Coricelli (1992).

sion an. Diese Feststellung scheint korrekt, aber zumindest im ungarischen Fall bedarf sie der Verfeinerung. Ich denke nicht, daß das Hauptproblem die Knappheit des gesamten durch die zentrale Geldpolitik erlaubten Kreditangebots ist. Es besteht hier sogar ein gewisser Überfluß. Meiner Ansicht nach liegt das Problem in der übermäßigen Reibung und niedrigen Effizienz, mit der das Finanzsystem als Vermittler zwischen den Geldbesitzern – den Anlegern-Sparern – und denen, die Kredit aufnehmen, funktioniert.

Um den ersten Teil dieser Studie zusammenzufassen, kann festgestellt werden, daß die postsozialistische Umgestaltung notwendigerweise Prozesse auslöst, die eine Reduzierung der Aggregatproduktion verursachen. Diese schmerzhafteste Konsequenz der Umgestaltung ist in fünf „Dimensionen“ untersucht worden. Diese fünf Prozesse, die miteinander verbunden sind und einander gegenseitig bestärken, hindern das Wachstum und bremsen die Produktion. Ihre negativen Auswirkungen werden durch Fehler der Regierung verschlimmert.

II. Über die vier Komponenten der Makronachfrage

Im ersten Abschnitt des vorigen Teils wurde die Aufmerksamkeit auf die auffällige und ständig wachsende Rolle gelenkt, die die Nachfrage im Laufe der Periode des postsozialistischen Übergangs bei der Bestimmung der Produktion annimmt. Betrachten wir also die Hauptkomponenten der Nachfrage eine nach der anderen und benutzen wir dabei die üblicherweise in der Makroökonomik verwendeten Kategorien. (Eine Zusammenfassung der Veränderung in diesen Komponenten wird in der *Tabelle 8* gegeben.)¹⁹ Aber ich würde gerne schon im voraus betonen, daß ich mich nicht ausschließlich auf die Untersuchung der Nachfrage- (Verwendungs-)seite beschränke; auch einige Aspekte der Angebots- (Produktions-)seite werden behandelt. Obwohl ich einen Makroansatz zum Ausgangspunkt für die Untersuchung des Phänomens wähle, werde ich auch mehrmals auf die mikroökonomischen und institutionellen Aspekte hinweisen.

¹⁹ Diese Arbeit verwendet die üblichen Kategorien der Makroökonomik: Investition, privater Konsum, Staatskonsum und Exportüberschuß oder Nettoexporte. Die Klassifizierung der offiziellen Statistiken über die Verwendung des BIP unterscheidet sich hiervon etwas, was z.B. in der *Tabelle 8* gesehen werden kann. Die makroökonomischen Kategorien können jede mehr oder weniger mit einer statistischen Kategorie in Übereinstimmung gebracht werden. Da ich an dieser Stelle keine quantitative Analyse vornehme, kann man hoffen, daß die Abweichungen zwischen den beiden Klassifizierungen zu keiner Verwirrung führt.

Tabelle 8a

Bruttoinlandsprodukt oder -Ausgaben

BIP zu vergleichbaren (1988) Preisen, Mio. HUF

Komponenten	1988	1989	1990	1991
Privater Konsum	873.814	893.586	861.112	811.591
Kollektiver Verbrauch	175.000	164.000	168.300	163.755
<i>Endverbrauch</i>	<i>1.048.814</i>	<i>1.057.586</i>	<i>1.029.412</i>	<i>975.346</i>
Bruttoinvestitionen in fixes Kapital	310.801	332.529	308.800	272.925
Veränderungen der Lagerbestände	49.941	32.685	40.947	-1.136
<i>Bruttokapitalinvestitionen</i>	<i>360.742</i>	<i>365.214</i>	<i>349.747</i>	<i>271.789</i>
<i>Inlandsverbrauch, insg.</i>	<i>1.409.556</i>	<i>1.422.800</i>	<i>1.379.159</i>	<i>1.247.135</i>
Exporte	530.395	536.815	508.132	430.345
Importe	491.738	500.737	479.425	437.038
Nettoexporte	38.657	36.078	28.707	-6.693
<i>BIP insg.</i>	<i>1.448.213</i>	<i>1.458.878</i>	<i>1.407.866</i>	<i>1.240.442</i>

Quelle: siehe Tab. 8.b.

Investitionen

Beginnen wir mit der wichtigsten Kategorie aus der Warte des mittelfristigen und langfristigen Wachstums: den Investitionen. Das Investitionsvolumen hat ernstlich abgenommen (*Tabelle 9*), tatsächlich liegt es 27% unter seinem Gipfelpunkt. Der Anteil der Investitionen an der Verwendung des stetig abnehmenden BIP ist gefallen (*Tabelle 10*).

Im klassischen sozialistischen System gab es einen konstanten unstillbaren Investitionshunger. Der Investitionsstimulus der Keyneschen „animalischen Instinkte“ erlahmte nie. Die Entscheidungsträger auf jeder Ebene von den Arbeitsmanagern zum Premierminister wurden vom Expansionstrieb angestachelt. Die Tatsache, daß die Rechnung für die Investition letztendlich immer aus öffentlichen Geldern bezahlt wurde, so daß ein finanziel-

ler Fehlschlag der Investition überwunden werden konnte, garantierte Optimismus, was das Wachstum anging.

Tabelle 8b
Volumenindizes i.v.H.

Komponenten	1989/88	1990/89	1991/90	1992/91	1992/89
Privater Konsum	102,3	96,4	94,2	97,8	88,8
Kollektiver Verbrauch	93,7	102,6	97,3	98,9	98,7
<i>Endverbrauch</i>	<i>100,8</i>	<i>97,3</i>	<i>94,7</i>	<i>98,0</i>	<i>90,3</i>
Bruttoinvestitionen in fixes Kapital	107,0	92,9	88,4	93,6	76,9
Veränderungen der Lagerbestände	-	-	-	-	-
<i>Bruttokapitalinvestitionen</i>	<i>101,2</i>	<i>95,8</i>	<i>77,7</i>	<i>78,6</i>	<i>58,5</i>
<i>Inlandsverbrauch, insg.</i>	<i>100,9</i>	<i>96,9</i>	<i>90,4</i>	<i>93,8</i>	<i>82,2</i>
Exporte	101,2	94,7	84,7	-	-
Importe	101,8	95,7	91,2	-	-
Nettoexporte	-	-	-	-	-
<i>BIP insg.</i>	<i>100,7</i>	<i>96,5</i>	<i>88,1</i>	<i>95,5</i>	<i>81,2</i>

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993c, Tabelle 1.3.2), Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993a, S. 105) und Ungarische Nationalbank (Magyar Nemzeti Bank) (1992, S. 129).

Diese Haltung, die schon durch die Quasireformen gedämpft worden war, wurde durch die politische Wende und die ihr folgenden institutionellen Veränderungen gänzlich abgeschafft. Der Investitionshunger ging zu Ende und wurde bei vielen Menschen durch Vorsicht und sogar feige Furcht ersetzt.²⁰ Lassen Sie uns die verschiedenen Bereiche der Investitionsentscheidungen nacheinander betrachten.

²⁰ Um die Beweggründe des Verhaltens zu betrachten: Dieses Phänomen hängt mit dem zusammen, was zuvor in Verbindung mit dem Kredit beschrieben wurde. Eine starke Abneigung gegen Risiko ist in beiden Bereichen offensichtlich. Die beiden Sphären sind nicht identisch, obwohl sie sich überschneiden. Einige Investitionen werden nicht aus Krediten finanziert, und manche Kredite werden nicht für Investitionszwecke gegeben.

Tabelle 9

Schöpfung von Grundkapital in Ungarn, 1980-92

Investitionen (auf der Grundlage vergleichbarer Preise)

1981	95,6
1982	94,2
1983	90,9
1984	87,7
1985	85,1
1986	90,6
1987	99,4
1988	90,3
1989	95,0
1990	86,8
1991	76,8
1992	72,8

Quelle: Die Daten kommen aus dem Zentralen Statistischen Amt Ungarns.

1. Im Regierungssektor, in den ich hier nicht die staatseigenen Firmen mit einschließe, hat die Investitionsaktivität abgenommen. Dies hängt natürlich mit der schwierigen fiskalischen Situation zusammen. Ähnliche Spannung im sozialistischen System würde die oberste Führung nicht davon abschrecken haben, große Investitionsausgaben zu unternehmen, da der Entschluß hinter verschlossenen Türen gefaßt werden konnte. Wie hoch auch immer die Investitionsausgabe war, sie konnte indirekt durch von der Bevölkerung erhobenen Steuern gedeckt werden. Davon kann nun keine Rede sein, da das Parlament im vollen Scheinwerferlicht der Publizität entscheidet, wie das Geld der Steuerzahler ausgegeben werden soll.

Um die Rezession zu überwinden, wäre es wünschenswert, daß der Investitionsanteil der Staatsausgaben anstiege. Der Staat muß eine größere Rolle spielen, insbesondere in den Infrastrukturinvestitionen.

2. Die staatseigenen Firmen in der Kategorie, die wahrscheinlich langfristig oder permanent im Staatseigentum verbleiben werden, brauchen Inve-

stitutionen, um ihr Überleben und ihre Modernisierung zu sichern. Der Ärger besteht darin, daß auch viele dieser Firmen in ernsten finanziellen Schwierigkeiten stecken und nicht ausreichend kreditwürdig sind. Wenn ein Investitionsprojekt einen Verlust zeigt, können sie nicht mit automatischem Beistand rechnen. Also haben sie ihr altes Selbstvertrauen verloren; ihre Manager zögern und wagen nicht zu investieren. Dies muß sich ändern. Die Entscheidungsträger sind natürlich für diese Investitionsentscheidungen verantwortlich, die sie schließlich aus öffentlichen Geldern decken. Aber dies sollte sie nicht davon abhalten, solche Entschlüsse überhaupt zu fassen; die öffentliche Meinung der Geschäftswelt sollte den Staatssektor ermutigen, ebenfalls zu investieren.

Tabelle 10

Investitionen in Grundkapital in Ungarn, 1980-91

Investitionen in fixes Kapital als Anteil des BIP

(zu laufenden Preisen)

1980	28,8
1981	26,5
1982	25,2
1983	24,5
1984	23,0
1985	22,5
1986	24,0
1987	24,7
1988	20,6
1989	20,3
1990	17,8
1991	19,1

Quelle: Periode 1980-87: Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank), (1990, S. 97); Periode 1988-90: Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1991b, S. 129); 1991: J. Vigh (1993, S. 22).

3. Die Situation ist noch schlimmer im Fall von Firmen, die sich noch im Staatseigentum befinden, von denen aber bekannt ist, daß ihre Privatisie-

rung bevorsteht. Hier ist fast jede Investitionsaktivität gelähmt; niemand wagt, etwas zu beginnen, da die neuen Eigentümer erwartet werden. Tatsächlich findet stille Disinvestition statt – das zuvor investierte Vermögen wird heruntergewirtschaftet. Mehrere praktische Schlußfolgerungen können aus diesen Bemerkungen gezogen werden:

- Eine Beschleunigung des Eigentümerwechsels ist auch vom Investitionsstandpunkt her dringend. Die sofortigen Erlöse des Verkaufs sollten nicht das Hauptkriterium sein. Zusammen mit den allgemeinen Zielen der sozialen Umgestaltung sollten die wahrscheinlichen Resultate des von den neuen Eigentümern versprochenen Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramms in Erwägung gezogen werden.
- Bevor die Privatisierung stattfindet, muß zumindest sichergestellt werden, daß die Vermögenswerte die neuen Privateigentümer im bestmöglichen Zustand erreichen werden. Ein wesentlicher Aspekt hier ist die Bewahrung und sorgfältige Instandhaltung der Vermögenswerte. Viele Firmen müssen umorganisiert werden, was gewöhnlich größere oder kleinere Mengen von Investitionen nach sich zieht.
- Die Firmenmanager müssen einen viel größeren Anreiz erhalten, die eben beschriebenen Aufgaben durchzuführen, damit die privatisierten Vermögenswerte so wertvoll wie möglich sind, nicht in einem heruntergewirtschafteten Zustand.

4. In den Privatfirmen sind die „animalischen Instinkte“, auf die Keynes hinwies, am Leben, wie die große Zahl der Markteintritte und Firmengründungen zeigt. Sie sind lebendig oder, besser gesagt, wären es, wenn die Investitionsneigung nicht durch mehrere ungünstige Umstände gedämpft würde. Zwei wurden schon erwähnt, als der Finanzsektor erörtert wurde: die Unsicherheit, die tatsächlich viel höher ist, als in einer Marktwirtschaft üblich, und die Rückständigkeit des Finanzsektors und seine Zurückhaltung, an Privatfirmen zu leihen. Damit verbunden sind die Schwäche des Kapitalmarkts und die Tatsache, daß das Steuersystem den Investitionen nicht freundlich genug gesinnt ist. Viele würden zu den die Investitionsneigung zügelnden Faktoren auch den hohen Zinssatz rechnen. (Dieser Punkt ist schon genannt worden.)

Die Überwindung dieser ungünstigen Umstände ist der Schlüsselfaktor für die Erholung von der Rezession.

5. Eine wichtige Rolle im Investitionsbereich spielt der private Haushalt, der den Bau einer durch den Eigentümer bewohnten Wohnung oder eines Hauses mit seinen eigenen Ersparnissen und mit Krediten finanzieren

kann. Der Vollständigkeit halber lassen Sie mich wiederholen, daß der Wohnungsbau im allgemeinen, einschließlich des durch die Haushalte finanzierten Wohnungsbaus, ernstlich abgenommen hat. Das Stimulieren dieser Aktivität durch leichter zugängliche Kredite und Steuerkonzessionen könnte z.B. eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Rezession spielen.

Der Konsum

Wie *Tabelle 8* zeigt, ist das Volumen des privaten, persönlichen Konsums gefallen, aber in geringerem Maße als das BIP und das gesamte reale Einkommen.

Unter dem Mechanismus der zentralen Planung wurde der überwiegende Teil der Haushaltseinkommen durch den Staat geregelt. Die Sparquote war relativ stabil, so daß die zentrale Verwaltung der Wirtschaft die Konsumnachfrage der Bevölkerung richtig voraussagen konnte. Davon kann jetzt nicht die Rede sein. Betrachten wir die Bestimmungsfaktoren der Nachfrage einen nach dem anderen:

1. Ein kleinerer Anteil der Einkommen wird aus dem Staatshaushalt gespeist, während der größere Teil von Übereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abhängt. Obwohl diese durch Tarifverhandlungen und Interessenschlichtung auf höchster Ebene beeinflusst werden, bei großer, wenn auch nicht ausschließlicher Einwirkungsmöglichkeit durch die Regierung, sind die tatsächlichen Lohnabschlüsse dezentralisiert. Das zentrale Übereinkommen wird höchstensfalls als Anregung in Erwägung gezogen.

2. Sobald die Haushalte ein Bargeldeinkommen und einen gewissen Bestand zuvor angesamelter Ersparnisse besitzen, ist die Entscheidung, wieviel sie ausgeben und wieviel sie sparen sollen, in ihren eigenen Händen. Diese mag durch Regierungsaktionen (z.B. eine Geld- und Fiskalpolitik, die versucht, den Zinssatz zu bewegen) beeinflusst werden, aber die Stärke des Einflusses ist zweifelhaft.

Obwohl die zukünftigen Ausgabeabsichten, d.h. die Aggregatnachfrage der Haushalte eine große Auswirkung auf die Rezession haben werden, sind sie schwer vorherzusagen. Die Haushalte selbst fangen gerade an, sich mit der neuen Situation vertraut zu machen und zu lernen, Sparentscheidungen neuer Art zu treffen. Kein Wissenschaftler kann schon das Ergebnis dieses Lernprozesses kennen oder absehen, welches seine Regelmäßigkeit ist und

was eine einmalige Abweichung von einer zukünftigen Regelmäßigkeit darstellt.²¹ Lassen Sie mich ein paar Hypothesen herausgreifen, die nicht nur auf die gegenwärtige ungarische Situation zutreffen, sondern allgemeinere Gültigkeit zu haben scheinen:²²

- Bürger, die sich immer weniger auf die Hilfe des Staates verlassen können, legen eine Sicherheitsreserve für den Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit und für ihr Alter an.
- Auch als „Haushaltersparnisse“ erscheint die Ansammlung von Geschäftskapital für das Betreiben neuer Privatunternehmen (einschließlich unregistrierter, grauer oder schwarzer Betriebe).
- Die Ersparnis-Einkommens-Quote der besserverdienenden Schicht ist im allgemeinen höher als die der Schichten mit niedrigerem Einkommen. Also kann angenommen werden, daß die Einkommensdifferenzierung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, dazu neigte, die durchschnittliche Sparquote zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß alle diese Tendenzen andauern.

Was folgt hieraus für eine auf die Überwindung der Rezession abzielende Wirtschaftspolitik? Es wäre ein Fehler, ein Wachstum der Konsumnachfrage durch ungezügelter Lohnerhöhungen anzustreben. Obwohl sie vielleicht anfangs populär wäre, ist diese Politik eine gefährliche Waffe, die leicht über das Ziel hinausschießen kann. Es könnte auch eine unerwartete Veränderung im Ausgaben-Sparverhältnis stattfinden, so daß ein noch größeres Volumen beabsichtigter Ausgaben durch den übermäßigen Einkommensüberschuß auf den Markt strömt. Dies würde nicht nur die Produktion, sondern auch Preiserhöhungen ankurbeln und zu einem großen, inflationä-

²¹ Die Haushaltersparnisse können durch eine Vielzahl von Lager- und Stromindizes beschrieben werden. Betrachten wir hier nur einen, in den ungarischen Finanzstatistiken genutzten Lagerindex: die „finanzielle Nettoposition“ der allgemeinen Öffentlichkeit, d.h. des Haushaltssektors. Der Index wird berechnet, in dem die Gesamtschulden von den angesammelten Bruttoersparnissen abgezogen werden (deren Hauptbestandteile Bargeld, Sparanlagen und Wertpapiere sind). Dieser Index wuchs 1991 und in der ersten Hälfte des Jahres 1992 plötzlich; ein Beitrag wurde sicherlich von dem starken Anreiz geleistet, der für sofortige Rückzahlung von Bauspardarlehen gegeben wurde. Selbst nach der Abschwächung des starken Anstiegs, erhöhte sich die Nettoposition des Großteils der Bevölkerung über die letzten drei Jahre hinweg bedeutend: Sie lag Ende 1992 71% höher als Ende 1989. (Quelle: Information durch die Ungarische Nationalbank, Magyar Nemzeti Bank, 1993, S. 122.)

²² Einige überzeugend scheinende Hypothesen in dieser Hinsicht werden in einem Artikel von J. Király (1992) vorgebracht, und ich benutze sie auch in dem nun folgenden Teil.

ren Druck führen. Es besteht zukünftig immer noch eine große Notwendigkeit für Mäßigung und Nüchternheit auf seiten der Arbeitnehmer und der sie vertretenden Organisationen. Aber wenn übermäßiger Lohndruck trotz allem aufkommen sollte, hoffen wir, daß die Arbeitgeber (einschließlich des größten, des Staates) Widerstand leisten werden.

Unbesonnene Behandlung der Löhne würde auch die Beschäftigung ungünstig beeinträchtigen. Es besteht hier eine allgemein bekannte makroökonomische Verbindung. Sehr viele Firmen wären gezwungen, Arbeiter zu entlassen, wenn sie in der augenblicklichen Kosten- und Arbeitsproduktivitätssituation mit einer zu hohen Lohnrechnung belastet wären.

Obwohl immer noch eine Notwendigkeit zur Vorsicht und zur Lohndisziplin besteht, gibt es einige wohlgezielte Maßnahmen, die auch den Haushalten helfen könnten, durch ihre wirtschaftlichen Entscheidungen zur Überwindung der Rezession beizutragen. Der Regierungs- und der Finanzsektor, der immer noch weitgehend in staatlicher Hand ist, haben in dieser Hinsicht auch nicht genug Initiative gezeigt. Lassen Sie mich nur einige Beispiele geben:

- Es sollte mehr getan werden, um sicherzustellen, daß das Banksystem nicht die ausschließliche Weise ist, durch die private Ersparnisse sich in Investitionen verwandeln können. Die Haushalte sollen in größerem Maße am Kapitalmarkt teilnehmen, hauptsächlich durch Vermittlung der Investitionsfonds, Versicherungsgesellschaften und dezentralisierten Rentenversicherungen. Dies würde einen großen Anteil der Ersparnisse binden und dadurch stabilisieren.
- Hier lassen Sie mich etwas zuvor Erwähntes wiederholen: Es ist wünschenswert, daß ein bedeutender Anteil der Ersparnisse der Haushalte zur Finanzierung des Wohnungsbaus genutzt wird.
- Als Erbe der sozialistischen Wirtschaft wird in allen postsozialistischen Ländern, einschließlich Ungarn, dem Verbraucherkredit zu wenig Raum gegeben; dieser ist weit eingeschränkter als in den reifen Marktwirtschaften. Die Verbreitung des Verbraucherkredits kann einen leicht zu kontrollierenden Anstieg der Nachfrage bringen und günstige Auswirkungen auf die Produktion haben.

*Staatskonsum*²³

Der staatliche Haushalt ist zu einem ständigen Thema in der Tagespolitik geworden. Diese Arbeit ist kein Beitrag zu diesen Debatten. Ich bleibe innerhalb der Grenzen des Gegenstands dieser Arbeit, indem ich ausschließlich das Verhältnis zwischen Staatshaushalt und Rezession behandle. Ich gehe über die augenblickliche Situation hinaus und untersuche einige allgemeinere, mit diesem Verhältnis zusammenhängende Probleme.

Ungarn ist in einem Teufelskreis. Zu sinkender Produktion gesellen sich notwendigerweise fallende staatliche Einnahmen, während der größte Teil der Staatsausgaben nicht direkt mit der Quantität der Produktion zusammenhängt. Also kann eine Rezession ein Haushaltsdefizit in jeder Wirtschaft auslösen. Aber sobald das Defizit einmal da ist, fällt es einer Regierung schwer, der Wirtschaft einen fiskalischen Stimulus einzuspritzen, der die naheliegendste Methode ist, die Rezession schnell zu überwinden.

Seit Keynes' Tagen ist es eine Binsenweisheit gewesen anzuregen, in Zeiten der Rezession fiskalpolitische Maßnahmen zu ergreifen, selbst auf Kosten eines Haushaltsdefizits, um die Makronachfrage zu erhöhen. Die Politik von Regierungen, die während der Abschwungphase eines Wirtschaftszyklus die Steuern erhöhten und die Ausgaben kürzten, wurde später in wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten Keynescher Ausrichtung als schwerer Fehler beschrieben, da solche Maßnahmen die Gesamtnachfrage reduzierten.

Dieser Gedankengang legt die folgende Feststellung nahe. Wenn der Haushalt in vergangenen Perioden geringer gewesen wäre (wenn die Ausgaben niedriger und die Einnahmen höher gelegen hätten) und alle anderen Umstände dieselben gewesen wären, wäre die Produktion tiefer gefallen als sie es tatsächlich getan hat. Das Haushaltsdefizit hat als antizyklischer Stabilisator gewirkt.

²³ Die Kategorie des „Staatskonsum“ (d.h. die gesamten Staatsausgaben minus die staatlichen Investitionsausgaben) stimmt nicht ganz mit der Kategorie „kollektiver Verbrauch“ (vgl. *Tabelle 8*) überein, obwohl sie sich weitgehend überschneiden. Es gibt eine dritte Kategorie, „gesamte Haushaltsausgaben“, die von beiden unter anderem dadurch abweicht, daß sie auch die aus dem Haushalt finanzierten Investitionen umfaßt. Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, diese Kategorien im Detail zu vergleichen oder die numerischen Abweichungen zwischen ihnen herauszuarbeiten. Was ich zu sagen habe, beschränkt sich auf die Darstellung qualitativer Tendenzen. Diese erscheinen insbesondere in dem allen drei Ausgabeaggregaten *gemeinsamen* Teil, d.h. dem aus dem Haushalt finanzierten kollektiven Verbrauch.

Derselbe Gedankengang gibt kurzfristig zur folgenden Schlußfolgerung Anlaß: Es wäre jetzt gefährlich, das Defizit schnell und in großem Maße zu reduzieren (einmal angenommen, die Regierung wäre dazu überhaupt in der Lage). Ein schneller und drastischer Schnitt (z.B. durch eine jähe Steuererhöhung) würde die Makronachfrage plötzlich verringern und die schon sehr tiefe Rezession noch vertiefen. Ich will, indem ich dies sage, nicht alle wohlfundierten Argumente über die ernsthaft schädliche Natur des Haushaltsdefizits ignorieren. Es beinhaltet ein inflationäres Risiko; darüber hinaus verdrängt seine Finanzierung die für die Erholung und das Wachstum so notwendigen Investitionen. Ich will nur betont die Aufmerksamkeit auf das Bestehen einer direkten Beziehung zwischen diesen schweren Erkrankungen der ungarischen Wirtschaft lenken: der Rezession und dem Haushaltsdefizit. Die Behandlung eines dieser Probleme ohne die genügende Umsicht wird schädliche Nebenwirkungen haben und die Erholung von der anderen Krankheit behindern.

Es liegt mir fern, zu einem höheren Defizit ermutigen zu wollen. Im Gegenteil, das Ziel muß es sein, konzertierte Maßnahmen zu ergreifen, um die wichtigsten Gesamtposten im Haushalt zu kappen, d.h. die Ausgaben, Einnahmen und das Defizit gleichzeitig zu reduzieren. Aber folgendes muß im Auge behalten werden: Die Kürzung muß so erfolgen, daß die durch Staatskonsum verlorene Nachfrage wenn möglich ganz durch Investitionsnachfrage wettgemacht wird. Es ist zu hoffen, daß diese wünschenswerte Reallokation von Ressourcen durch eine zukünftige Reduzierung der Nachfrage nach Kredit zur Finanzierung des Haushalts, mit anderen Worten der Schwächung des Verdrängungs- oder „crowding out“-Effekts, gedeckt werden kann. Dies muß zu jedem Zeitpunkt mit einem Anstieg im Anteil der Investitionen innerhalb der gesamten Haushaltsausgaben kombiniert sein. In diesem Fall wird eine vorteilhafte Umverteilung der Zusammensetzung der Aggregatnachfrage stattfinden. Die gesamte Investitionsnachfrage aller Sektoren (Staat, Unternehmen und Haushalte) wird günstigere Multiplikatoreffekte haben als die Nachfrage durch den Staatskonsum.

Exporte und Importe

Die Logik der Erörterung hat den Außenhandel bis zum Schluß aufgehoben, obwohl kein Zweifel besteht, daß von allen die Rezession verursachenden Ereignissen der ernste Rückgang im Handel mit den früheren

RGW-Ländern, einschließlich des Zusammenbruchs des früheren sowjetischen Markts, die größte Erschütterung verursacht hat.²⁴

Einige der diese Frage erörternden Autoren haben diese Erscheinung als „externen Schock“ beschrieben. Meiner Meinung nach ist dies nicht das passende Wort. Es ist sicherlich richtig, daß der Außenhandelschock für jedes betroffene Land im geographischen Sinne extern ist, aber alle Charakteristika des RGW-Handels können auf die grundsätzlichen Merkmale der sozialistischen Wirtschaftsordnung zurückgeführt werden; sein Effekt ist tief in die Regelmäßigkeiten des Systems eingebettet. Der Verkäufermarkt konnte funktionieren, weil es selbst für die zu Hause am wenigsten nachgefragten Waren einen RGW-Käufer gab; wenn alles andere fehlschlug, konnte der Verkauf durch ein Kopplungsgeschäft erzwungen werden. Der Ausdruck „externer Schock“ wird normalerweise für ein Ereignis verwendet, das plötzlich auftritt und dann wieder verschwindet, so daß die Wirtschaft mit etwas Anpassung darüber hinwegkommt und da fortfährt, wo sie vor dem Schock stehengeblieben war. Der Zusammenbruch des RGW-Handels hat jedoch bleibende, endgültige Auswirkungen. Die Struktur dieser Wirtschaften muß durchgehend geändert werden, bevor sie ohne ihn gedeihen können.

Die *Tabelle 8* zeigt, daß in der Periode 1989-1991 die Exporte dramatisch zurückfielen. Die ungarische Wirtschaft ergriff erfolgreich die ersten Anpassungsmaßnahmen und zeigte sich in der Lage, einen sehr hohen Anteil ihres Exportpotentials zu den OECD-Märkten umzulenken (vgl. *Tabelle 4* im vorigen Kapitel). Dies stellte sicher, daß die ungarische Wirtschaft auf ihren Beinen blieb, daß der Produktionsrückgang keine katastrophalen Proportionen annahm und die internationale Zahlungsposition des Landes sich konsolidierte.

Leider kann dieser Kavallerieangriff nicht durchgehalten werden; die Wachstumsrate der Exporte hat sich schon verlangsamt, und die ersten Warnsignale für einen Rückgang sind zu erkennen. Wir haben Pech, weil eine Rezession (die weit milder ist als die unsere) in der westlichen Welt gerade zu dem Zeitpunkt entstanden ist, als wir es am nötigsten hatten, uns auf ihre Märkte auszudehnen.

Ein anderes Problem ist, daß der erste große Vorstoß in Übereinstimmung mit der alten Formel „Export um jeden Preis!“ stattfand. Viele Firmen, insbesondere im Staatssektor, luden sich große Verluste in Forint auf,

²⁴ Ein Versuch, diesen Effekt quantitativ zu schätzen, wurde in einer Arbeit von D. Rodrik (1992) unternommen.

um exportieren zu können und die Produktion nicht schließen zu müssen. Aber dies kann zukünftig nicht so weitergehen, da die Budgetbeschränkung härter wird. Statt dessen sollte nun für alle möglichen zusätzlichen Exporte gekämpft werden, die ohne staatliche Subvention wirklich gewinnbringend sind. Andererseits hat sich die Restriktion der inländischen Nachfrage etwas gelockert, so daß Firmen zu einem geringeren Grad spüren, daß sie exportieren oder umkommen müssen.

Darüber hinaus gibt es ernsthafte Probleme mit den landwirtschaftlichen Exporten, die durch mehrere Faktoren verursacht worden sind, nicht nur das schlechte Wetter, sondern den wachsenden Protektionismus der Importländer und die zuvor in dieser Arbeit erörterte Krise der landwirtschaftlichen Produktion.

Ich stimme mit denen überein, die sagen, daß die Exporte für kleine offene Länder langfristig einer der wachstumsverursachenden Zweige sind. Aber es ist eine andere Frage zu entscheiden, in welchem Maße Exporte unter den augenblicklichen Umständen zu der dringenden kurzfristigen Aufgabe beitragen können, die Rezession so schnell wie möglich zu überwinden. Manche der zuvor in Verbindung mit der Stimulierung der Investitionen erwähnten Mittel können selbstverständlich auch auf die Exporte angewendet werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte den privaten Investitionen geschenkt werden, die auch auf Exportproduktion abzielen.

Eingehende Analysen unterstützen nicht die These, daß Importe immer die inländischen Produzenten vom Markt verdrängen. Es gibt hierfür Beispiele, aber sie sind weit davon entfernt, die Regel zu sein. Eine ganze Reihe von Firmen ohne einen Importrivalen sind in eine tiefe Krise versunken, und andererseits ist es vielen Firmen gelungen, trotz Wettbewerb durch Importe erfolgreich zu produzieren und zu verkaufen. Nichts hiervon ist ein Argument gegen zeitweiligen Schutz eines gewissen inländischen Produkts oder einer Gruppe von Produkten auf durchdachter Grundlage ökonomischer Rationalität, jedoch nicht auf Druck von Lobbies. Dies kann dazu beitragen, die Rezession zu mildern. Aber der Schutz darf nur zeitweilig sein, bis die notwendige Anpassung vorgenommen worden ist, und muß in Übereinstimmung mit dem GATT, dem internationalen Zollübereinkommen erfolgen, so daß es nicht zu protektionistischen Vergeltungsmaßnahmen der ausländischen Handelspartner führt.

Die Sorgen, sowohl was die Importe als auch die Exporte angeht, machen es notwendig, die Wechselkurspolitik erneut zu überdenken. Wenn die gegenwärtige Politik der realen Aufwertung der ungarischen Währung fortgesetzt wird, könnten die Chancen für Exporte und inländische, der

Konkurrenz durch Importe ausgesetzte Produktion sich weiter verschlechtern, was dazu tendieren wird, die Rezession zu vertiefen. Die Kampagne gegen die Rezession muß eine Revision der Wechselkurspolitik beinhalten.²⁵

Man weiß, daß eine Abwertung die Inflation ankurbelt.²⁶ Welchen Weg Ungarn auch immer geht, entweder wird das eine Problem (die Rezession) oder das andere (die Inflation) sich verschlimmern. Dieses Dilemma kommt in Verbindung mit den meisten zu erwägenden Maßnahmen auf, und daher muß es auch in seiner allgemeineren Form erörtert werden, was der letzte Teil der Arbeit tun wird.

Um den zweiten Teil zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das Schrumpfen, das in allen vier Komponenten der Makronachfrage beobachtet werden kann, weitgehend das Resultat des Übergangsprozesses selbst ist. Aber eine Rolle in der Entwicklung der Makronachfrage wird auch durch die Wirtschaftspolitik des Staates gespielt; die Härte der Rezession ist teilweise den Fehlern und Irrtümern der Regierung zuzuschreiben.

III. Abschließende Bemerkungen

Prioritäten

Meiner Ansicht nach besteht nun Anlaß, die Prioritäten neu zu ordnen. Vor zwei oder drei Jahren gab es sehr starke politische und wirtschaftliche Argumente zugunsten der folgenden Prioritäten:

1. Der Anstieg in der Verschuldung mußte angehalten; die internationale Liquiditätsposition des Landes verbessert werden.
2. Die Inflation mußte so sehr wie möglich verlangsamt werden.
3. Die Wohlfahrtspolitik mußte sich mit der Arbeitslosigkeit „befassen“.

Weder in den politischen Erklärungen und Regierungsprogrammen noch in den Arbeiten von Wirtschaftswissenschaftlern war die Notwendigkeit, Rezession zu vermeiden und später eine einmal begonnene Rezession aufzuhalten oder zu bekämpfen, unter den dringendsten Prioritäten.

²⁵ Diese Idee wird im Detail in einer Arbeit von G. Oblath (1994) vertreten; ich stimme mit den Schlußfolgerungen dieser Arbeit überein.

²⁶ Der inflationäre Effekt ist besonders schlimm, wenn den Nominallöhnen erlaubt wird anzusteigen, um die Abwertung zu kompensieren. Also ist eine Bedingung für den Erfolg der Wechselkurspolitik, daß sie auf sozialem Konsens beruhen sollte.

Ich schlage nun die folgenden neuen Prioritäten vor:

1. Wir müssen jeder weiteren Rezession vorbeugen. Die Erholung von der Rezession muß gefördert werden. Die Wirtschaft muß auf einen Wachstumspfad gelenkt werden. Als ein wahrscheinliches Nebenprodukt wird, vielleicht nach einer gewissen Verzögerung, die Arbeitslosigkeit zu steigen aufhören und dann die Beschäftigung zu wachsen beginnen.
2. Wir müssen eine erneute Beschleunigung der Inflation verhindern. Die Inflationsrate muß nach und nach in den 12-18%-Bereich, der als „gemäßigte Inflation“ bekannt ist, heruntergebracht werden.²⁷ Das Erreichen einer einstelligen Inflationsrate muß vorläufig von der Tagesordnung genommen werden. Die Vorbereitung hierfür wird möglich werden, sobald die Wirtschaft sich wieder auf einem Wachstumspfad befindet.
3. Wir müssen nicht auf eine weitere starke Reduzierung im Gesamtbestand der Auslandsschulden oder einen Anstieg in den Auslandswährungsreserven hinarbeiten.²⁸ Ein geringfügiges Defizit kann zeitweilig toleriert werden, obwohl jede deutliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz verhindert werden muß und wir uns auf keine neue Spirale der Schuldenakkumulation einlassen dürfen.

Ich habe versucht, diese neuen Prioritäten so akkurat wie möglich zu formulieren. Auf der Grundlage schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit würde ich schon im voraus gegen die Möglichkeit protestieren, daß einer meiner Gegner in der Debatte die eine oder andere ein wenig verdreht, eine Einschränkung ausläßt und dann meine Vorschläge in einer verzerrten Darstellung angreift.²⁹ Es gibt keine Rechtfertigung, der Inflation und der

²⁷ Die Erfahrung vieler Länder zeigt, daß eine Wirtschaft für mehrere Jahre in diesem Bereich verbleiben kann, ohne einstellige Inflationsraten zu erreichen, aber dennoch die Gefahr einer erneuten Beschleunigung der Inflation vermeiden kann. Vgl. hierzu die Arbeit von R. Dornbusch und S. Fischer (1993).

²⁸ Dieser letzte Vorschlag sollte wie folgt verstanden werden: Die Meßlatte ist nicht die absolute Größe der Währungsreserven, sondern das Verhältnis zwischen ihnen und dem Importvolumen. Punkt 3 unterstützt die Idee, daß es sich nicht lohnt, dieses Verhältnis weiter zu erhöhen.

²⁹ Inkorrekte Interpretationen sind nicht nur von meinen Opponenten in die Debatte gekommen. Als ich diesen Gedankengang in Budapest öffentlich vorstellte, interpretierte eine Tageszeitung in einem kurzen Bericht die von mir vorgebrachten Prioritäten als eine *zeitliche Sequenz*. Dem Bericht zufolge schlug ich vor, daß zunächst das Wachstum erreicht werden sollte, dann, nachdem dies geschafft wäre, sollten wir uns gegen die Inflation verteidigen, und wenn dies geschehen sei, sollten wir uns der Zahlungsbilanz annehmen. In Wirklichkeit sind dies gleichzeitig anzugehende Aufgaben.

Zahlungsbilanz weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Tatsächlich werden die Gefahren der Inflation und der Schuldenansammlung größer als je zuvor sein, gerade weil Maßnahmen gegen die Rezession ergriffen werden. Länder, die nur mit einem dieser schmerzlichen Probleme – z.B. nur mit Inflation oder nur mit Rezession und der sie begleitenden Arbeitslosigkeit – fertigwerden müssen, sind in einer beneidenswerten Situation. Die ungarische Wirtschaft leidet an mehreren schweren Problemen gleichzeitig, was es extrem schwierig macht zu entscheiden, was zu tun ist. Welchen Weg wir auch einschlagen, der erwünschte heilsame Effekt geht immer mit unerwünschten Nebenwirkungen einher. Es ist unmöglich, eine Lösung zu finden, die in jeder Hinsicht zufriedenstellend wäre. Die einzig vor uns stehende Entscheidung ist, welchem Übel wir in der näheren Zukunft die meiste Aufmerksamkeit schenken wollen, welche Krankheit wir als die akuteste empfinden.

Ich würde gerne noch etwas über das Problem der Inflation anmerken, da hier einige beunruhigende Phänomene auftreten. Die Gefahr inflationären Drucks folgt aus dem schnellen Anstieg in der Geldmenge (insbesondere des hochleistungsstarken Geldes, d.h. der „monetären Basis“) und dem damit einhergehenden „Geldüberschuß“, der sich im Bankwesen aufbaut. Die Inflationsrate sinkt langsamer als erwartet und als durch die Regierung versprochen. Also ruht die Betonung durch diese ganze Arbeit hindurch auf „wachstumsfreundlichen“ Maßnahmen, die der Produktion einen Anstoß geben könnten, ohne einen allgemeinen Anstieg der Aggregatnachfrage zu verursachen, d.h. Maßnahmen, die weniger geneigt sind, Nebenwirkungen zu haben, die die Inflation anheizen.

Mein Vorschlag bedeutet nur eine *halbe Drehung* in Richtung Wachstum, keine vollständige Kehrtwende, durch die wir den vorherigen prioritären Aufgaben, mit der Inflation und dem Wachstum der Verschuldung fertigzuwerden, den Rücken zukehren. Dies kann sich nicht darauf beschränken, die „halbe Drehung“ als Slogan anzunehmen. Sie durchzuführen, wird ein überzeugendes, eingehendes, praktisches Programm erfordern, dessen Verwirklichung sofort beginnen muß.

Welche Rechtfertigung besteht für die Umstellung der Prioritäten? Es wäre eine Schande, den großen Fehler starren Denkens zu begehen. Diese wirtschaftspolitischen Aufgaben, ganz gleich, ob sie in der früheren oder der augenblicklichen Konstellation von Prioritäten ausgedrückt werden, gehören nicht zu den *letztendlichen* Zielen und Grundwerten der wirtschaftlichen Aktivität, an denen zu jedem Zeitpunkt festgehalten werden muß. Sie sind *Zwischenziele* und instrumentale Werte, die im Einklang mit einer

spezifischen Situation ausgewählt werden und umgeordnet werden müssen, wenn diese sich ändert. Eine universelle, für immer gültige Prioritätenordnung zwischen Produktionswachstum, Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Zügelung der Inflation und Verbesserung der internationalen Zahlungsbilanzposition kann nicht aufgestellt werden. Also könnte die Frage zu Beginn des Absatzes spezifischer so formuliert werden: Welche Veränderungen der *Situation* rechtfertigen eine Neubewertung der Prioritäten? Lassen Sie mich einige Umstände herausgreifen.

Zunächst hat sich die Rezession, wie ich in den einführenden Absätzen sagte, als viel tiefer erwiesen, als man vor zwei oder drei Jahren hätte erwarten können, und ihre Fortsetzung kann nicht ausgeschlossen werden. Dies verursacht sehr schweren Schaden. Das Land leidet an einer Vielzahl von Problemen: technische Rückständigkeit, weitverbreitete Armut, mit der Gefahr der weiteren Verschlechterung der finanziellen Lage der Armen, Vernachlässigung der Gesundheitsversorgung, der Ausbildung, der Infrastruktur usw. Keines dieser Probleme kann zufriedenstellend durch Umverteilung gelöst werden, durch die Übertragung von Ressourcen von anderswoher, um Aufgaben zu erledigen, die aufgeschoben oder vernachlässigt worden waren. Nur eine wachsende Wirtschaft kann langsam, aber sicher diese und andere hier nicht behandelte Probleme lösen.

Zweitens, obwohl der Privatsektor die Kraft zur Überwindung der Rezession ist, auf den wir uns am meisten verlassen können, bremst unzureichende Nachfrage auch die Entwicklung des Privatsektors. Es wird für viele private Firmen, die mit den Problemen der Gründung ringen, immer schwieriger, ihre Köpfe über Wasser zu halten.³⁰ Wenn das Gesamtvolumen der Produktion des Privatsektors zu sinken anfangen sollte, würden die Aussichten auf Erholung fast hoffnungslos werden.

Der dritte (und möglicherweise gewichtigste) Faktor ist, daß die Reduzierung im Realeinkommen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung und das bis dahin unbekanntes Phänomen der Massenarbeitslosigkeit breitgesäte wirtschaftliche Unzufriedenheit produziert haben. Wenn die Stärke und das Ausmaß dieser Unzufriedenheit eine kritische Schwelle erreichen, werden sie für die junge ungarische Demokratie ernste Gefahren darstellen. Politiker haben mehrmals gewarnt, daß eine „Weimarisierung“ der postsozialisti-

³⁰ Diese Sorge wurde von den Häuptern der größten Privatfirmen Ungarns ausgesprochen, die auf „das Schrumpfen der Privatsphäre aufgrund der Rezession“ hinwiesen und die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkten, daß der wirtschaftliche Abschwung es unmöglich mache, den zur Finanzierung des Schuldenbestands der großen, schnell gewachsenen Firmen notwendigen Umsatz zu erreichen. (Vgl. Sz. Hámor, 1993.)

schen Region, einschließlich Ungarns, stattfinden könnte.³¹ Man sollte sich daran erinnern, daß es in der Weimar-Deutschland Massenarbeitslosigkeit und Inflationswellen gab, die zur Desillusionierung der Massen und zur Zurückweisung der Institutionen der Demokratie und des parlamentarischen Systems führten. Diese wirtschaftlich gegründete Desillusionierung bietet einen fruchtbaren Nährboden für Demagogie, billige Versprechen und Verlangen nach eisenharter Führung.

Wir müssen vor der Weimarisierung in der politischen und ideologischen Sphäre auf der Hut sein. Nicht als Ersatz für politisches Handeln, aber in einer parallelen Anstrengung müssen Schlußfolgerungen für die Wirtschaftspolitik gezogen werden. Dies ist es, was die in dieser Arbeit vorgeschlagene halbe Drehung beabsichtigt.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Es gibt politische und sozialpsychologische Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung. Dies ist keine Annahme, die nur von Politikern oder Experten außerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Fachwelt, wie Psychologen oder Soziologen, angeregt wird. Die Wahrheit dieser Feststellung ist auch in die modernen Wirtschaftswissenschaften vollends eingedrungen.

Das Studium der Erwartungen ist in der modernen Makroökonomik in den Vordergrund getreten. In der ersten Welle der die Phillips-Kurve betreffenden Arbeiten wurde gedacht, daß jeder Rückgang der Inflation natürlicherweise von einem bestimmten Anstieg in der Arbeitslosigkeit begleitet wäre. Seither ist jedoch eine Modifikation der Theorie ausgearbeitet worden. Es besteht allgemeines Einvernehmen darüber, daß die Phillips-Kurve sich in Abhängigkeit von den inflationären Erwartungen verschieben kann.³² Je mehr die Wirtschaftsteilnehmer mit weiter fortdauernder Inflation rechnen, desto größer ist das Opfer an Arbeitslosigkeit, das gebracht werden muß, um diese Erwartung zu überwinden. Je mehr sie damit rechnen, daß die Inflation sich verlangsamen wird, desto kleiner ist das erforderliche Opfer. Wenn man diesen Gedankengang auf unseren Fall anwendet, kann folgendes festgestellt werden: Paralleler Fortschritt, sowohl was

³¹ In meiner Lektüre bin ich auf diesen Ausdruck zuerst in einem Artikel von G.M. Tamás (1990) gestoßen.

³² Diese Theorie wurde zuerst in Artikeln von M. Friedman (1968) und E. Phelps (1968) vorgebracht. Die Untersuchung der Verbindung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit hat seither hauptsächlich durch die Theorie der rationalen Erwartungen einen neuen Impuls erhalten.

das Wachstum als auch was das Makrogleichgewicht angeht, kann nur erreicht werden, wenn das darauf abzielende Regierungsprogramm in den Augen der Wirtschaftsteilnehmer Glaubwürdigkeit genießt.³³ Aber wenn die Leute erwarten, daß die Rezession und die Inflation andauern werden, was auch immer die Regierung versprechen mag, wird sich diese Erwartung von selbst erfüllen.

Keynes und andere Wirtschaftswissenschaftler unterstrichen, daß Optimismus – das Vertrauen, daß die Wirtschaft sich erholen wird – notwendig ist, um die Investitionsneigung zu stärken. In diesem Zusammenhang kann gesagt werden, daß sowohl Optimismus als auch Pessimismus sich selbst in Erfüllung gehen lassen.

Ein Gefühl der Stabilität, ein Wissen, daß die bestehenden Gesetze und Institutionen anhaltend stabil sind, nicht unbeständig oder willkürlich veränderlich, wird gebraucht, um die Investitionsneigung zu stärken und darüber hinaus für jede andere wirtschaftliche Aktivität auf der Grundlage des Privateigentums.

Leider gibt es große Schwierigkeiten mit diesen soziopsychologischen Phänomenen. Der Anschauung halber erwähne ich nur eine Arbeit. Aus der *Tabelle 11*, die einige Resultate einer internationalen Meinungsumfrage durch westliche Wissenschaftler zeigt, gehen die Ungarn als die pessimistischste Gruppe unter den Befragten hervor.

Kann diese Haltung der Öffentlichkeit umgekehrt werden? Könnte ein überzeugendes, durch einen breiten politischen Konsens gestütztes Regierungsprogramm zustandekommen? Diese Arbeit wurde im Juni 1993 geschrieben, neun Monate vor den nächsten Parlamentswahlen. Es wäre eine Selbsttäuschung, mit diesem Konsens in den kommenden Monaten zu rechnen, wenn politische Trennlinien und Rivalitäten wahrscheinlich noch schärfer sein werden als zuvor. Es wäre viel vernünftiger zu erwarten (und selbst dies ist bei weitem nicht sicher), daß die Situation sich zumindest nicht weiter verschlimmern wird und daß die politische Konstellation nach den Wahlen günstigere Bedingungen für die Verwirklichung eines glaubwürdigen, vertrauensschaffenden Programms bieten wird.

³³ Die Behauptung, daß die Glaubwürdigkeit eines Stabilisierungsprogramms eine entscheidende Rolle für seinen Erfolg spielt, ist nicht nur theoretisch, sondern auch historisch belegt worden. Dies geschah mit einer alle Gegenargumente beiseitefegenden Überzeugungskraft in einer berühmten Arbeit von T. Sargent (1982) mit dem Titel „Das Ende vier großer Inflationen“.

Tabelle 11

Gefühl des persönlichen Optimismus/Pessimismus in west- und osteuropäischen Ländern im Jahr 1991^a

	Fort- schritt ^b	Weder/ Noch	Rück- schritt	Optimis- mus ^c	Weder/ Noch	Pessimis- mus
Frankreich	36	34	30	42	39	19
Italien	41	34	25	51	32	17
Spanien	34	43	23	39	48	13
Großbritannien	43	28	29	51	37	12
alte BRD	45	38	17	42	46	12
Bulgarien	16	24	60	56	20	24
Europäisches Rußland	21	22	57	40	36	24
alte DDR	34	33	33	62	29	9
Polen	27	21	52	36	40	24
Tschecho- slowakei	29	22	49	41	33	26
Ungarn	18	25	57	26	40	34

Quellen: M. Kaase (1992, S. 23) auf der Grundlage des Times-Mirror (1991, S. 21-23, Tabellenanhang). Fehlende Daten für Vergangenheit und Gegenwart ergaben durchschnittlich 1-2%. Die Zukunft wurde von durchschnittlich 20% nicht beurteilt. Fälle mit fehlenden Daten wurden von dieser Berechnung ausgeschlossen.

Anmerkungen: ^a Zeilenprozensätze, Cantriltyp, Stufenleiter 0-10. ^b Fortschritt/Rückschritt beruht auf einem Vergleich fünf Jahre zuvor/heute. ^c Optimismus/Pessimismus beruht auf einem Vergleich heute/fünf Jahre zuvor.

Die Rolle des Staates³⁴

In der Theorie gibt es zwei Wege aus der Rezession: vorwärts oder zurück. *Zurück* bedeutet, die alte Struktur der Wirtschaft durch Subventionen und ineffiziente Exporte zu unterstützen, staatseigenen Firmen in finanziellen

³⁴ Hier und anderswo in der Arbeit verstehe ich unter dem „Staat“ die Gesamtheit aller Zweige der staatlichen Macht (der Legislative, der Regierung und der Judikative). Ich betone dies, da viele Leser in ihnen verwurzelten Gewohnheiten folgen und den „Staat“ sofort mit der augenblicklichen Regierung identifizieren werden und die Rolle des Parlaments, des Staatshofes und der Gerichte, einschließlich des Verfassungsgerichtshofes, als Gegengewichte gegen die Regierung nicht berücksichtigen werden. Sie haben große Macht und teilen die Verantwortung für die Entwicklung des Landes mit der Regierung.

Schwierigkeiten und mit ihnen viele Arbeitsplätze künstlich aufrechtzuerhalten, alle inländischen Produzenten mit protektionistischen Mitteln gegen die Importkonkurrenz zu beschützen und Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz in den überlebenden Firmen und die niedrige, damit einhergehende Produktivität zu erhalten. Das heißt, Überwindung der Rezession durch Aufgabe weiterer Umgestaltung und teilweise Wiederherstellung des alten Wirtschaftssystems. Wenn wir nun von den politischen Bedingungen absehen, ist dies sicherlich ein Programm, das in einem wirtschaftlichen Sinne als Kombination einer „hyperkeynesianischen“, die Nachfrage aufblähenden Geld- und Fiskalpolitik mit bürokratischem Interventionismus verwirklicht werden kann. Ideen dieser Art erscheinen mehrerenorts in den verschiedenen Farben des ungarischen politischen Spektrums gefärbt.

Der Weg nach *vorne* aus der Rezession heraus ist zu versuchen, über die schwerwiegendsten Schwierigkeiten hinauszukommen, mit anderen Worten, die unproduktiven Arbeitsplätze abzuschaffen und unsere Energien darauf zu konzentrieren, sicherzustellen, daß der Privatsektor expandiert, neue und effiziente Arbeitsplätze geschaffen werden, die notwendige strukturelle Anpassung stattfindet und gewinnträchtige Exporte sich entwickeln.

Aber selbst unter denen, die mit der fortschrittlichen, eine konsequente Umgestaltung fordernden Linie übereinstimmen, gibt es zwei Ansichten, was die nun zu befolgende Strategie angeht. Der einen nach ist das Vertrauen in die spontane Kraft des Marktes und die Privatinitiative sehr stark. Man muß nur warten, bis die internen Kräfte der Wirtschaft diese aus der Talsohle herausheben. Diese Kräfte sind so stark, daß sie sich sogar gegen eine inkompetente Regierung, die wiederholt Fehler macht, durchsetzen können. Ich muß zugeben, daß ich selber dieser Ansicht für eine geraume Zeit zuneigte, um so mehr, da ich die Haltung derer teile, deren Erfahrung in der Vergangenheit ihnen wenig Vertrauen in die Weisheit der Regierung gelassen hat.

Aber ich bin nun gezwungen, diese vielleicht zu doktrinäre Haltung etwas zu modifizieren. Ich bin dazu durch das Bewußtsein der politischen Gefahr der „Weimarisierung“ veranlaßt. Ein anderer Grund, diese Sicht zu modifizieren, ist die Erkenntnis, daß das einfache Warten auf ein spontanes, sich selbst antreibendes Wachstum in der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation die Gefahr in sich birgt, was in den Wirtschaftswissenschaften als „Niedriggleichgewichtsfalle“ bekannt ist. Dieser Zustand würde im ungarischen Fall die folgenden Charakteristika zeigen:

Die Investitionsneigung wäre langfristig niedrig. Die Massenarbeitslosigkeit würde sich auf einem hohen Niveau stabilisieren, und auch die Aus-

vatektors würde aus Mangel an Unternehmergeist auf seinem gegenwärtigen Niveau steckenbleiben. Das ausländische Kapital würde sein Interesse an Investitionen in Ungarn verlieren. Die Fiskalkrise würde weiter andauern; es würde unzureichendes Geld für infrastrukturelle Entwicklung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung stehen. Das Haushaltsdefizit könnte nicht ohne Produktionswachstum überwunden werden, aber die Produktion wäre wegen der hohen Steuern und des Verdrängungseffekts des Haushaltsdefizits nicht in der Lage zu wachsen. Es würde wiederholte Inflationswellen geben, gefolgt von wiederholten schmerzhaften Maßnahmen, sie zu verlangsamen. Obwohl der Niedergang der Wirtschaft aufgehalten würde, wäre sie unfähig, aus der Talsohle zu klettern.

Das ist kein bloßer Alptraum. Es gibt Länder in der Dritten Welt, wo diese langsame Stagnation für lange Zeit typisch gewesen ist. Was auch immer geschieht, wir müssen aus der Talsohle klettern, und wirtschaftliche Aktivität des Staates ist erforderlich, um dies zu tun.

Ich bin kein Anhänger übermäßiger staatlicher Intervention und bürokratischer Mikroregulierung. Dies würde gerade zu dem Versuch führen, von dem ich mich eben streng distanziert habe: die Bekämpfung der Rezession durch die partielle Wiederherstellung des alten Systems.

Es lohnt sich meiner Ansicht nach, zwischen gerechtfertigter und wünschenswerter staatlicher Einmischung zu unterscheiden. Die erste ist in der Tat nichts mehr, als was der Staat in einer modernen Marktwirtschaft selbst einem ultraliberalen Konzept zufolge tun sollte: Gesetze einführen und sicherstellen, daß sie durchgesetzt werden, eine Fiskal- und Geldpolitik befolgen und Aufsicht ausüben, wo dies erforderlich ist (z.B. über den Finanzsektor oder die natürlichen Monopole). Er muß dies alles so tun, daß es den Prioritäten des heutigen Tages dient.

Der zweite Grad erfordert vom Staat während des postsozialistischen Übergangs noch mehr. Er muß die Entwicklung der neuen für eine Marktwirtschaft erforderlichen Institutionen, die Einrichtung gewisser neuer Organisationen und die Abschaffung anderer sowie die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse *beginnen und aktiv fördern*. Die Arbeit hat auch hierfür viele Beispiele genannt.

Also unterstütze ich nicht die die Vorschläge dahingehend, daß der Staat nichts tun sollte. Dies würde sowohl die Legislative als auch den exekutiven Arm der Staatsgewalt ihrer Verantwortung entheben. Innerhalb eines wohldefinierten Rahmens sollte der Staat sicherlich seine Arbeit tun. Wenn die mit der Umgestaltung einhergehende Rezession sich als zu langwierig erweist

und zu große Verluste mit sich bringt, ist auch die Regierung dafür verantwortlich.

Die Verantwortung der Wirtschaftswissenschaftler

In einer Zeit sich verschärfender politischer Kämpfe besteht die Gefahr, daß Politiker in der Regierung sich für Maßnahmen entscheiden, die langfristig schädlich, aber kurzfristig populär sind. Es besteht gleichfalls eine Gefahr, daß Oppositionspolitiker versuchen könnten, die öffentliche Meinung gegen die Regierung einzunehmen, indem sie extravagante Versprechungen machen. Zu solchen Zeiten fällt den wirtschaftswissenschaftlichen Forschern eine noch größere Verantwortung zu, da sie eine berufliche Pflicht haben, gegen beide Gefahren zu sprechen.

Während der öffentlichen Debatten zum Thema der Rezession und der wirtschaftlichen Lage des Landes im allgemeinen haben sich viele Politiker und politische Journalisten, und auch einige Wissenschaftler, in „ideologische Gräben verschanzt“, wie Tibor Erdős es ausdrucksvoll gesagt hat.³⁵ Es herrscht eine Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens. Wer über „Stimulierung“ redet, wird verdächtigt, die Regierung zu unterstützen, während die, die über „Restriktion“ reden, als liberale Oppositionelle eingestuft werden. Erdős betont, daß Wissenschaftler in keinerlei ideologische Gräben steigen sollten, sondern sich ihre Objektivität erhalten und Ansichten vertreten sollten, die mit ihren Überzeugungen übereinstimmen. Eine ähnliche Meinung wird auch von Rudolf Andorka ausgesprochen, der darauf hinweist, daß es „kein einziges erlösendes wirtschaftspolitisches Rezept gibt. Pragmatismus ist vonnöten; Ideologien und Dogmen dürfen nicht erlaubt werden, die Wirtschaftspolitik zu bestimmen.“³⁶

Ich stimme mit diesem Standpunkt völlig überein. Vielen von uns steht die „Etikettierung“, die in wirtschaftspolitischen Debatten so gängig worden ist, bis zum Hals. Die dogmatische Anwendung halbverdauter ökonomischer Theorien und darüber hinaus die Gewohnheit, verschiedene theoretische Schulen an der augenblicklichen ungarischen Parteienstruktur auszurichten (diese Partei ist Keynesianisch, die andere Friedmanistisch), hat einen vergiftenden Effekt auf die objektive Forschung.

³⁵ Vgl. T. Erdős (1992, S. 1000).

³⁶ Vgl. R. Andorka (1993, S. 17).

Die zu lösenden Probleme sind extrem schwierig und noch nie da gewesen. Wir alle können Fehler machen. Um so notwendiger sind Gemütsruhe und rationales Argumentieren.

5.

Die Beseitigung der Mangelwirtschaft

Eine allgemeine Analyse und Untersuchung der Entwicklungen in Ungarn¹

I. Einleitung

Eines der typischsten Merkmale des klassischen sozialistischen Systems ist die Mangelwirtschaft. „Ein Wirtschaftssystem ist eine Mangelwirtschaft, wenn folgende Bedingungen zusammentreffen: Die Mangelerscheinungen sind (1) allgemein, d.h. sie können in allen Sphären der Wirtschaft gefunden werden (im Handel mit Gütern und Dienstleistungen für Verbraucher, mit Produktionsmitteln, Investitionsgütern, Arbeitskräften, mit exportierten und importierten Produkten und in internationalen Zahlungsgeschäften); (2) häufig und nicht nur außergewöhnlich und sporadisch; (3) intensiv, indem sie sehr starken Einfluß auf das Verhalten und die Umgebung der Teilnehmer am Wirtschaftsgeschehen und die Merkmale und Resultate der wirtschaftlichen Prozesse ausüben und (4) chronisch, indem sie dauernd und nicht nur zeitweise auftreten.“² Der Übergang zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft wird von der Beseitigung dieser Mangelwirtschaft begleitet.

¹Diese Arbeit wurde zunächst als „Eliminating the Shortage Economy: General Analysis and Examination of the Developments in Hungary“, in *Economics of Transition*, der Zeitschrift der EBRD, veröffentlicht. Vor allem würde ich gerne meiner ständigen Kollegin, Mária Kovács, für ihren ergebnen Beistand danken. Ich bin allen sehr dankbar, die die erste Fassung dieser Arbeit kommentiert haben und insbesondere für den wertvollen Rat von Francis Bator, Zsuzsa Dániel, István R. Gábor, János Gács, János Köllő, Mária Lackó, John Litwack, Gérard Roland, András Simonovits, David Stark, Katalin Szabó und Éva Várhegyi. Ich würde gerne Brian McLean und Julianna Parti meinen Dank für die ausgezeichnete Übersetzung ins Englische aussprechen. Meine Forschungen wurden durch die Ungarische Nationale Stiftung für Wissenschaftliche Forschung (OTKA), die European Bank for Reconstruction and Development und das Collegium Budapest, Institute for Advanced Study unterstützt, denen ich hier ebenfalls gerne danken möchte.

²J. Kornai [1995a, S. 263].

Diese Arbeit betrachtet das Problem auf zwei Ebenen. Eine ist die der allgemeinen Analyse, in der von der spezifischen historischen Situation, die von Land zu Land verschieden ist, abgesehen wird. Die andere Ebene ist eine Untersuchung der Entwicklungen in Ungarn als Veranschaulichung des Gesagten. Obwohl gelegentlich auf die Lage in anderen Ländern hingewiesen wird, versuche ich nicht, eine umfassende vergleichende Analyse mehrerer Länder zu geben. Die Arbeit wechselt zwischen der allgemeinen und der ungarischen Ebene ab.

Die Forschung ist eine integrierte Fortsetzung meiner früheren Arbeit zum Thema des Mangels, die mit *Overcentralization in Economic Administration* ([1957], 1959, Kapitel IV) begann und die ich, nachdem ich sie anfangs in *Economics of Shortage* (1980) zusammengefaßt hatte, in *The Socialist System* [1992b] (1995) umfassend präzisiert habe. Ich habe diese Arbeit in der Annahme geschrieben, daß ihre Leser mit der Literatur zur Mangelwirtschaft und mit den in ihr benützten Begriffen vertraut sind.³

Eine umfassende Debatte über die Manglerscheinungen, die im sozialistischen System erscheinen, ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten ausgebrochen, und es gab Streitigkeiten, was den begrifflichen Apparat, die Messung des Mangels und vor allem die Ursachen des Mangels anging. Diese Arbeit liefert keine intellektuelle Geschichte dieser Debatte und klärt auch nicht, in welchem Maße verschiedene Ansichten von späteren geschichtlichen Entwicklungen bestätigt oder widerlegt worden sind. Meine eigenen Ideen haben sich, seit ich mich mit diesem Thema zu beschäftigen begann, viele Male geändert. Ich habe versucht, was ich von anderen gelernt habe, zu benutzen, um meine eigenen Ideen zu revidieren und weiterzuentwickeln und gleichzeitig eine Synthese anzubieten.⁴ Es war im Einklang

³Um früheres Wissen aufzufrischen und zur Rekapitulierung der Debatten über den Mangel, empfehle ich der Aufmerksamkeit der Leser J. Kornai ([1992b], 1995, Kapitel 11, 12 und 15), P. Hare (1989) und J. van Brabant (1990).

⁴Ich habe mich schon, als ich *Economics of Shortage* schrieb, eingehend mit früheren Schriften beschäftigt. Hinweise dazu können in den folgenden meiner Arbeiten gefunden werden: *Economics of Shortage* (1980, S. 29-30 und 133) und *Das Sozialistische System* [1992b, S. 228-29] (1995, S. 257-58).

Hier würde ich mich gerne ausschließlich darauf beschränken (der Einfachheit halber in alphabetischer Ordnung), die Namen all der Wirtschaftswissenschaftler in Erinnerung zu rufen, die seit 1980 an der analytischen Klärung dieses Gebiets teilgenommen haben und aus deren Arbeiten ich viel gelernt habe: von den ungarischen Forschern T. Bauer, A. Chikán, Zs. Dániel, J. Gács, Zs. Kapitány, M. Lackó, B. Martos, A. Simon, A. Simonovits, A.K. Soós und J. Szabó und den ausländischen Forschern J.-P. Benassy, R.J. Barro, J.P. Burkett, W.W. Charemza, C. Davis, S.M. Goldfeld, S. Gomulka, I. Grosfeld, H.I. Grossman, P. Hare, D.M. Nuti, R. Portes, R.E. Quandt, J.W. Weibull und D. Winter. Die Aufgezählten haben mehrere Arbeiten veröffentlicht, aber der Kürze halber enthal-

mit diesem Ziel der Synthese, daß ich mit Hinblick auf die sozialistische Wirtschaft die Kapitel formulierte, die sich in meinem Buch *Das Sozialistische System* mit dem Mangel beschäftigen, und diese Arbeit, die sich mit der Gegenwart und Zukunft der postsozialistischen Wirtschaft befaßt, ist in demselben Sinne ausgearbeitet.

Zahlreiche Autoren studieren die Beseitigung der Mangelwirtschaft. Für die meisten von ihnen ist es nicht das Hauptthema ihrer Untersuchung, aber die Frage wird mit anderen zusammen erörtert. Ich möchte besonders die Arbeiten von Rosati (1993), Berg und Sachs (1992), Laski *et al.* (1993) und Zukowski (1993) erwähnen, die einen inspirierenden Einfluß auf meine eigene hatten.

Teil II der Arbeit beschreibt die Phänomene der Beseitigung der Mangelwirtschaft. Das Thema des Teils III ist die kausale Analyse. Teil IV behandelt die Beziehungen zwischen der Beseitigung des Mangels und dem Zustand des Arbeitsmarktes. Teil V schließlich beurteilt die Veränderungen.

II. Die Phänomene der Veränderungen

Dieser Teil hat eine doppelte Absicht. Mein erstes Ziel ist es, die Art und Weise zu veranschaulichen, in denen der Prozeß der Beseitigung der Mangelwirtschaft beobachtet und gemessen werden kann.⁵ Dies ist um so wichtiger, als die Arbeit damit fortfährt nahezulegen, daß der Prozeß eng mit dem Systemwechsel verbunden ist. Daher bringt uns die Feststellung, wo ein bestimmtes Land bei der Beseitigung seiner Mangelwirtschaft steht, auch manche wichtige Information zu seinem Fortschritt beim Systemwechsel.

Der andere Zweck dieses Teils ist, die spezifischen Veränderungen in Ungarn darzustellen, da sie von den Käufern von Produkten und Dienstleistungen gespürt werden.

ten die Literaturhinweise nur eine einzige, repräsentative Veröffentlichung für jeden nicht anderswo in dieser Arbeit zitierten Autor.

⁵Der Ausdruck „veranschaulicht“ bedeutet hier, daß ich keine vollständige und umfassende Methodologie verspreche, sondern nur einige Veranschaulichungen praktikabler und wirksamer Methoden der Beobachtung und Messung anbiete.

„Produzentengüter“

Eines der Charakteristika der chronischen Mangelwirtschaft ist, daß Störungen, Verspätungen und oft schwerwiegende Schäden in der Produktion häufig durch Mangel an verschiedenen Inputs (Materialien, Halbfertigprodukten, Einzelteilen, Maschinen oder Arbeitskraft) verursacht werden. Produzenten nehmen oft eine erzwungene Substitution vor; die Produktion kann für kürzere oder längere Zeit unterbrochen sein, weil es zufällig an einem notwendigen Input mangelt. Mangelerscheinungen bilden die üblichste Beschränkung des Produktionswachstums in den Prozessen der sofortigen und kurzfristigen Anpassung, nicht irgendwelche Schwierigkeiten mit dem Verkauf.

In einer reifen Marktwirtschaft ist die Situation umgekehrt. Es mag auch dort sporadische Probleme mit der Beschaffung von Inputs geben, aber viel häufigere und anhaltendere Beschränkungen werden der Produktion durch Mangel an Aufträgen und Schwierigkeiten beim Verkauf auferlegt. Mit diesem Phänomen im Kopf habe ich ersteres ein System mit *Ressourcenbegrenzung* und letzteres eines mit *Nachfragebegrenzung* genannt.⁶ In manchen Fällen ist es nicht die gegenständliche Ressource selbst, die die wirksame Begrenzung darstellt, sondern die dem Konsumenten als Angebot zur Verfügung gestellte Menge. Also kann das Begriffspaar von *einem angebots- im Gegensatz zu einem nachfragebeschränkten System* mehr oder weniger synonym verwendet werden. Ein reiner Fall des einen oder anderen erscheint in wirklichen Wirtschaften nie; sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite können als Beschränkung auf der Mikroebene auftreten. Wenn die Systeme verglichen werden, ist es genug klarzustellen, welche Seite die *dominierende* Rolle bei der Einschränkung der Produktion spielt.⁷

Im Reformsozialismus und dann während des postsozialistischen Übergangs bewegt sich die Wirtschaft weg vom ressourcenbegrenzten (angebotsbeschränkten) Regime und wechselt dann zu einem nachfragebeschränkten Regime über. Grundsätzlich hat dieser Prozeß in Ungarn schon stattgefunden, wie die *Tabelle 3* im vierten Beitrag zeigt. Die Rolle der Inputbeschrän-

⁶Ich habe dieses Begriffspaar zuerst in meiner (1979) Arbeit verwendet. Zu Vorläufern in der Literatur vgl. J. Kornai [1992a, S. 292] (1995).

⁷Der in dieser Dichotomie betrachtete Gegenstand ist die wirksame Beschränkung des *sofortigen* Wachstums der Produktion. Es ist eine andere Sache zu sagen, welche Faktoren die Zuteilung der Ressourcen und das Volumen und die Struktur der Produktion *langfristig* bestimmen und welche Rolle hierbei von der Nachfrage- und Angebotsseite gespielt wird. Diese Arbeit beschäftigt sich nicht mit letzterem Thema.

kungen ist zur Bedeutungslosigkeit reduziert worden, während die der Nachfragebeschränkungen stark angewachsen ist. Also findet die Produktion nicht mehr unter den für lange Jahrzehnte herrschenden Bedingungen der Mangelwirtschaft statt.

Wie *Tabelle 3* im vierten Beitrag zeigt, war diese Veränderung keine plötzliche, sondern geschah allmählich, Schritt für Schritt.

Um die Art und Weise zu veranschaulichen, in der viele Experten sozialistischer und postsozialistischer Wirtschaft die Veränderung in einem ähnlichen begrifflichen Rahmen beurteilen, möchte ich hier einige Beispiele zitieren. In der Tschechoslowakei, wo der Wechsel sehr schnell stattfand, schreibt Vintrová (1993, S. 84), „Mit unerwarteter Geschwindigkeit hat sich die überwiegend „angebotsbegrenzte“ (defizitäre) tschechoslowakische Wirtschaft in eine gänzlich ‘nachfragebegrenzte’ verwandelt, obwohl eine Reihe struktureller Defizite aufgrund von Rigidität immer noch überleben, und neue auftreten. Aber fast über Nacht ist das Hauptproblem der Mangel an Verkäufen geworden.“ Rosati (1993, S. 251) stellt über die sich verändernden makroökonomischen Bedingungen in Polen fest, daß sie „... alle Symptome der Umgestaltung der angebotsbeschränkten Wirtschaft Kornaischen Typs in eine nachfragebeschränkte, keynesianische sind.“ Zukowski stellt, in einem anderen Artikel über Polen, nach der Beschreibung der Verschiebungen in Angebot und Nachfrage fest: „Auf diese Weise verwandelt sich ein ressourcen- in ein nachfragegezügelter System.“

In einem ressourcenbegrenzten (angebotsbeschränkten) System ist sich der Produzent unsicher, was die Beschaffung der Inputs angeht, und daher entwickelt sich eine Tendenz zum Horten. Lagerbestände sammeln sich hauptsächlich auf der Beschaffungsseite der Firma an, während Verkäufe aufgrund des chronischen Mangels leicht sind, so daß Lagerbestände auf der Verkaufsseite relativ klein sind. Die Situation in einem nachfragebeschränkten System ist umgekehrt, da Beschaffung leicht ist, aber der Verkauf schwer fällt. In Übereinstimmung mit diesem Gedankengang spiegelt das Verhältnis zwischen den Input- und den Outputbeständen gut wider, welche Seite bei der Produktionsbeschränkung überwiegt. Die *Tabelle 1* zeigt die Veränderung internationaler und ungarischer Zahlen im Vergleich. Eine wesentliche Veränderung hat in dem Verhältnis der beiden Arten von Lagerbeständen stattgefunden, obwohl dieses immer noch die für eine reife Marktwirtschaft typische Quote erreichen muß.⁸ Jedoch zeigt dieser aus-

⁸ Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, möchte ich betonen, daß ich hier nicht das Verhältnis der Gesamtbestände zur Gesamtproduktion untersuche. Dies ist ebenfalls ein

sagefähige Index wiederum, daß Ungarn den größten Teil des Weges zur Beseitigung der in der Produktion sichtbaren Mangelwirtschaft zurückgelegt hat.

Hier ist die Veränderung wiederum eine allmähliche; es lohnt sich, die Beschleunigung der Verschiebung der Proportionen in den letzten Jahren anzumerken.

Tabelle 1

Verhältnis der Input- und Outputbestände in der Verarbeitung

	Inputbestände/Outputbestände						
	1981-85	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Finnland	1,92	1,60	1,72	1,76	1,75	1,45	-
Japan	1,09	0,71	0,71	0,72	0,74	-	-
Kanada	0,92	1,04	-	1,12	1,05	-	-
Österreich	1,06	1,13	1,15	1,27	1,32	-	-
Portugal	1,66	1,31	1,53	-	-	-	-
Ungarn	6,10	-	-	5,16	4,65	3,50	2,67
USA	1,02	1,02	1,04	1,05	1,03	0,99	-

Quelle: Die Tabelle wurde von A. Chikán auf der Grundlage von: United Nations (1992) und A. Chikán (1994) zusammengestellt.

Konsumgüter

Wenn diese Arbeit von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder Polen oder Rumänien handelte, wäre es notwendig, an die Situation vor einigen Jahren zu erinnern und sie numerisch zu beschreiben, als immer noch ein ernsthafter Mangel an Grundnahrungsmitteln, Treibstoff und anderen unentbehrlichen Konsumgütern bestand. Der Zustand des chronischen Man-

sehr wichtiger Index, der die Effizienz der Produktion und des Umsatzes und die Trägheit oder Glätte der Koordinierung widerspiegelt. Hier zeigen die postsocialistischen osteuropäischen Wirtschaften immer noch ein ziemlich schlechtes Bild, aber das ist eine andere Angelegenheit. Das Thema dieser Arbeit ist die Beseitigung der Mangelwirtschaft, bei deren Analyse die Aufmerksamkeit der *internen Zusammensetzung* der Lagerbestände, d.h. dem Verhältnis der Input- zu den Outputbeständen, nicht dem Verhältnis der Lagerbestände zur Produktion gilt.

gels damals müßte dann mit der augenblicklichen Lage verglichen werden. In Ungarn hörten diese qualvollsten Mangelerscheinungen viel früher, in den siebziger Jahren, auf. Gleichmäßiger Fortschritt wurde bei der Beseitigung der Mangelwirtschaft für Konsumgüter und Dienstleistungen, wie auch für Produzentengüter gemacht. Die verschiedenen Mangelphänomene trafen für eine stetig abnehmende Zahl von Produkte, Produktgruppen oder ganze Sektoren und immer weniger intensiv zu. Bei Gütern, für die es lange Schlangen gegeben hatte, wurden diese kürzer und hörten dann ganz auf. Erzwungene Substitution trat seltener auf; es wurde üblicher, daß der Käufer das ursprünglich gesuchte Gut oder die Dienstleistung ohne jede Schwierigkeit fand.

Tabelle 2 zeigt einen internationalen Vergleich, der auf Interviewdaten beruht. Sie zeigt, daß Polen und Ungarn die einzigen der untersuchten postsozialistischen Länder sind, von denen gesagt werden kann, daß das Leben der meisten Verbraucher nicht mehr von häufigem und langwierigem Schlangestehen verbittert ist

Tabelle 2

Schlangestehen in den postsozialistischen Ländern

Prozent der Befragten, die für mehr als eine
Stunde pro Tag anstehen mußten

	1991	1992
Bulgarien	42	23
Polen	22	9
Rumänien	45	29
Slowakei	34	36
Tschechische Republik	39	33
Ungarn	10	9

Quelle: R. Rose und C. Haerper (1993, S. 19).

Anmerkung: Während regelmäßiger internationaler Meinungsumfragen, die als Teil des *New Democracies Barometer*-Forschungsprojekts durchgeführt wurden, wurde die folgende Frage gestellt: „Verbringen Sie oder ein Mitglied Ihres Haushalts mehr als eine Stunde pro Tag mit Anstehen nach Dingen in Läden?“ Die Zahlen in der Tabelle zeigen die relative Häufigkeit der bejahenden Antworten.

Lassen Sie mich als Beispiel drei Produktgruppen erwähnen, in denen die Mangelwirtschaft im reformsozialistischen Ungarn in Nachzüglerpositionen überlebt hatte. *Tabelle 3* gibt die wichtigsten Zahlen für das Anstehen nach Autos. Die Tabelle endet 1992, da es seither kein Schlangestehen aufgrund von Mangel mehr gegeben hat.⁹ Im Gegenteil, Autohändler hatten beträchtliche unverkaufte Bestände.

Tabelle 3

Anstehen nach neuen Autos in Ungarn, 1982-92

	Ohne Anstehen verkaufte Autos (%)	Nach Anstehen verkaufte Autos (%)	Warteperiode in Jahren
1982	21,5	78,5	2,6
1983	25,3	74,7	2,4
1984	23,6	76,4	2,1
1985	24,4	75,6	1,9
1986	22,5	77,5	2,0
1987	24,5	75,5	1,9
1988	23,2	76,8	2,3
1989	42,7	57,3	2,9
1990	52,3	47,7	2,3
1991	93,8	6,2	1,2
1992	100,0	0,0	–
1993	100,0	0,0	–

Quelle: Die Tabelle wurde von Zs. Kapitány auf der Grundlage der folgenden Quellen zusammengestellt; 1982-1988: Zs. Kapitány (1989, S. 593, 595), 1989-1992: Zs. Kapitány (1993, S. 45, 46).

⁹ Selbst in einer reifen Marktwirtschaft mag es notwendig sein, mehrere Monate auf die Lieferung eines Autos zu warten, wenn der Kunde nicht aus Beständen kauft, sondern speziell um eine bestimmte Kombination verschiedener Qualitätskriterien (Farbe, Ausrüstung etc.) bittet. Aber die Länge dieser Wartezeit hängt ausschließlich von organisatorischen und technischen Faktoren ab und kann nicht als Mangelphänomen angesehen werden. Es gibt natürlich auch in Ungarn eine „technisch-organisatorische Warteperiode“ dieser Art.

Die zweite Gruppe besteht aus den Produktarten, die mit Elektronik, Informationstechnologie und Telekommunikation zusammenhängen. In den achtziger Jahren war das Sortiment dieser Produkte, die durch die staatlichen Außenhandelsfirmen importiert oder von den staatseigenen Firmen produziert wurden, extrem eingeschränkt. Der Mangel war ernst und nur durch halblegale oder ganz illegale Importe gemildert. Diese Importe schwollen zu einem späteren Zeitpunkt durch den sogenannten Einkaufstourismus an, der sich unter anderem auf diese Produktgruppe konzentrierte. Heute ist die Auswahl in Ungarn reichlich, und die Verkäufer treffen auf Verkaufsschwierigkeiten.

Das dritte Beispiel ist der Wohnungsbau, den es sich nicht nur wegen seines außerordentlichen Einflusses auf den Lebensstandard zu erwähnen lohnt, sondern auch weil mehrere wichtige Begriffe und Beziehungen mit diesem Beispiel erklärt werden können.

Es gibt vier logisch zu unterscheidende Phänomene, die häufig verwechselt werden. Das erste ist *Wohnungsnot*. Es ist richtig, es Mangel zu nennen, wenn der potentielle Mieter einer Mietwohnung oder der potentielle Käufer einer Eigentumswohnung bereit ist, den üblichen Preis zu zahlen, das Geschäft jedoch zu diesem üblichen Preis nicht stattfinden kann, weil das Angebot knapp ist. Das entgegengesetzte Phänomen ist, daß der Vermieter das Mietrecht einem potentiellen Mieter anbietet oder der Eigentümer eine Wohnung einem potentiellen Käufer, aber der letztere nicht genug Geld hat, die gewünschte Miete oder den Kaufpreis zu zahlen. Das Problem, mit dem der Mieter kämpft, ist nicht Mangel, sondern *Erschwinglichkeit*. Mit seinem augenblicklichen und zukünftigen Einkommen kann er es sich nicht leisten, soviel für das Wohnen auszugeben. Diese Situation würde umgangssprachlich als das Nicht-Erlangen einer Wohnung aus *Geldnot* beschrieben werden. In diesem Fall herrscht ein Überschußangebot an Wohnungen.

Um auf die Frage des Wohnungsmangels zurückzukommen, muß seine Natur eingehender beschrieben werden, um den Zustand des Wohnungssektors zu charakterisieren. Umgangssprachlich wird von Wohnungsnot ohne Adjektiv (oder möglicherweise von einer allgemeinen Wohnungsnot) gesprochen, wenn die Mangelphänomene im Wohnungssektor häufig, intensiv und chronisch sind. Aber es kann partieller Mangel in einem bestimmten geographischen Gebiet oder an einer bestimmten Art Wohnung herrschen, selbst wenn ein allgemeiner, intensiver und chronischer Wohnungsmangel für den Wohnungssektor nicht charakteristisch ist.

Dies führt weiter zu einer Erörterung des nächsten Phänomens: den Problemen der Palette der Möglichkeiten zur *Wahl von Wohnungen*. Selbst

in Wirtschaften, wo ein Überschußangebot sowohl an gemieteten als auch von den Eigentümern bewohnten Wohnungen besteht, kann die Auswahl dürftig sein. Wohnungen zählen zu den Gütern, deren Qualität aus einer großen Zahl von Merkmalen zusammengesetzt ist. Die Wahlmöglichkeit wird in Funktion zur Entwicklung der Wirtschaft (und darin des Wohnungssektors) und zur Feinabstimmung und Anpassungsfähigkeit des Koordinierungsmechanismus wachsen. Obwohl es eine Situation der Überschußnachfrage für eine Gruppe von Gütern gibt, hängt die Zufriedenstellung der Käufer davon ab, wie „dicht“ oder „dünn“ und wie effizient der Markt ist, auf dem die Übertragungen stattfinden.

Schließlich muß ein Unterschied zwischen dem bislang Erörterten und der tatsächlichen *Wohnungssituation*, dem Konsum an Wohnungen, gemacht werden. Unabhängig davon, ob die kürzere Seite die wirksame Beschränkung, das Angebot oder das Portemonnaie des Mieters oder Käufers ist, finden die wirklichen Miet- oder Verkaufstransaktionen letztendlich statt. Der Wohnungssektor enthält einen endlichen Bestand an Wohnungen zu einer gewissen Zeit, der auf die eine oder andere Weise verteilt werden wird. Ein großer Anteil der Wohnungen in ärmeren, rückständigeren Ländern ist eng und von schlechter Qualität. Viele Menschen leben in schmutzigen Wohnungen. Dieses niederdrückende Phänomen kann sowohl dann auftreten, wenn auf dem Markt Überschußnachfrage herrscht, mit anderen Worten, ein Wohnungsmangel, als auch wenn es ein Überschußangebot gibt und die Haushalte nicht genug Geld haben, sich selbst die Wohnbedingungen zu schaffen, die sie sich wünschen.

Ein ernster, chronischer Wohnungsmangel entwickelte sich im klassischen sozialistischen System überall. Dies war auch in Ungarn der Fall, aber später, in den Jahrzehnten nach der Reform von 1986, lockerte sich der Wohnungsmangel stetig.¹⁰ Selbst heutzutage bestehen zwei Arten von Phänomenen nebeneinander. Es gibt immer noch eine Überschußnachfrage nach staats eigenen Wohnungen, die zu bürokratisch vorgeschriebenen und festgesetzten, viel niedrigeren als den auf dem Markt vorherrschenden Mieten gemietet werden können. Aber das Segment stellt einen immer kleineren Anteil am nationalen Wohnungsbestand dar – ungefähr ein Fünftel zum gegenwärtigen Zeitpunkt (wenn auch mehr in den Städten, insbesondere Budapest). Selbst in diesem Segment wird der Mangel durch einen „grauen Markt“ gelindert: Ein augenblicklicher Mieter kann das Mietrecht

¹⁰ Vgl. die Arbeiten von Zs. Dániel (1989) und R. Buckley, Zs. Dániel und M. Thalwitz (1993).

gegen eine zwischen ihnen vereinbarte Summe an einen neuen weitergeben. Inzwischen ist die Mehrzahl der Wohnungen schon in privaten Händen. Eine der wichtigsten Veränderungen in den letzten Jahren war, daß gewisse drückende, bürokratische Beschränkungen des Wohnungsmarktes abgeschafft worden sind. Zum Beispiel ist die bürokratische Beschränkung, die durch das Prinzip „eine Familie, eine Wohnung“ gekennzeichnet war, aufgehoben worden, und die Mieten im privaten Eigentum befindlicher Wohnungen und Untervermietungen sind freigegeben worden.

Ungarn hat nun ein von bürokratischen Beschränkungen freies, verfügbares Angebot aller Arten von Wohnungen, aber die Auswahl ist gering, d.h. der Wohnungsmarkt ist ziemlich „dünn“. In diesem Sinne hat der Wohnungssektor im ganzen keinen mangelwirtschaftlichen Charakter mehr. Jeder, der das Geld dazu hat, kann eine Wohnung mieten oder kaufen. Im Einklang mit den zuvor gegebenen Definitionen ist diese Feststellung mit der Behauptung zu vereinbaren, daß die Wohnbedingungen weiter Teile der Bevölkerung unbefriedigend sind und manche Gruppen im Dreck leben.

Zusammenfassung

Die ungarische Wirtschaft kann nicht länger eine Mangelwirtschaft genannt werden. Obwohl es sporadische Mangelercheinungen in fast jeder Sphäre gibt, kann dasselbe auch von reifen Marktwirtschaften gesagt werden. Es gibt gewisse wohldefinierte Sektoren, die auf einer nichtmarktwirtschaftlichen, nichtkommerziellen Grundlage funktionieren (so die Gesundheitsversorgung), in der intensive und chronische Mangelercheinungen aufkommen, aber diese Situation gerade in diesen Sektoren ähnelt ebenfalls der in vielen reifen Marktwirtschaften. Wenn man die Wirtschaft im ganzen betrachtet, kann man jedoch sagen, daß Ungarn *in dieser Hinsicht* den für reife Marktwirtschaften typischen Zustand erreicht hat.

Das spezielle Merkmal der Entwicklung in Ungarn war, daß diese Schmälerung und letztendliche Beseitigung der Mangelwirtschaft allmählich, über eine sehr lange Periode hinweg stattgefunden hat.¹¹ Der Prozeß beschleunigte sich dann in den späten achtziger Jahren, insbesondere nach dem Wechsel des politischen Systems.

¹¹ In dieser Hinsicht ähnelt der Verlauf der chinesischen Umgestaltung der Ungarns.

III. Kausale Analyse

Viele Menschen schreiben die Beseitigung der Mangelwirtschaft einer einzigen Ursache zu, z.B. der Freigebung der Preise oder der gewählten restriktiven Geldpolitik. Es werden häufig Versuche gemacht, die Phänomene der Mangelwirtschaft von den wohlbekannteren Beziehungen zwischen Nachfrage, Angebot und Preisen abzuleiten. In dieser Arbeit wird eine komplexere Erklärung vorgebracht. Große Bedeutung wird den Auswirkungen politischer und institutioneller Veränderungen beigemessen, sowie auch wirtschaftlichen Faktoren im engeren Sinne. Anstatt daß versucht wird, das Ende der Mangelwirtschaft ausschließlich durch makroökonomische oder mikroökonomische Faktoren zu erklären, werden beide Ansätze verwendet.

Privatisierung, Dezentralisierung und Deregulierung

Eine große Vielzahl institutioneller Veränderungen wird hier besprochen werden.¹²

1. *Größere Freiheit des Markteintritts; das Erscheinen neuer privater Firmen.* Es gibt im klassischen Sozialismus kein freies Unternehmertum. Es gibt fast nur große, durch den Parteistaat eingerichtete Produktionseinheiten – staatseigene Firmen und quasi-staatseigene landwirtschaftliche Genossenschaften. Die Schaffung jeder neuen Firma ist das Resultat eines trägen und langwierigen Prozesses bürokratischer Entscheidungsfindung. Der Umstand, daß ein Mangel an einem Produkt oder einer Dienstleistung besteht, wird nicht zur Geburt einer neuen Firma veranlassen.

Die kapitalistische Marktwirtschaft ihrerseits ist grundsätzlich durch freien Eintritt gekennzeichnet.¹³ Der Mangel schafft einen starken Anreiz für ein neues Unternehmen, einzutreten und ihn zu beheben, da dies

¹² Die Reform der sozialistischen Wirtschaft und der darauffolgende postsozialistische Übergang brachten zahlreiche andere institutionelle Veränderungen, die gleichermaßen zur Beseitigung der Mangelwirtschaft beitrugen; auf diese wird weiter unten eingegangen.

¹³ Hier sehe ich an dieser Stelle vom Bestehen administrativer Beschränkungen in bestimmten Segmenten und von der Tatsache ab, daß die Anwesenheit starker Firmen, die schon in einem Markt funktionieren, den Eintritt eines neuen Unternehmers be- oder verhindert.

außergewöhnliche Gewinnmöglichkeiten bietet. Selbst wenn die schon auf dem Markt befindlichen Firmen die Mangelsignale ignorieren, werden die neuen Firmen früher oder später fähig sein, die Lücke aus eigenen Kräften zu schließen.

Der Raum für Markteintritt hat sich in der ungarischen Wirtschaft ständig erweitert; es werden immer mehr Firmen gegründet. Die Zahl der wirtschaftlichen Organisationen stieg von 40.468 im Jahr 1988 auf 186.572 im Januar 1994,¹⁴ und die große Mehrzahl von ihnen sind Privatfirmen. Es ist zu erkennen, daß ein großer Anteil der neuen Eintritte auf Gebieten stattgefunden hat, in denen ein Mangel bestanden hat.

2. *Importliberalisierung.* Im klassischen Sozialismus sind die Importe von strengen administrativen Begrenzungen eingepfercht. Wenn ein Mangel an einem gewissen Produkt auftritt, sind die Entscheidungsträger in der Bürokratie nicht automatisch überzeugt, daß es importiert werden muß. Es kann Importe geben, um den Mangel zu kompensieren, wenn sie dies für richtig halten, aber sie können sich genauso gut zurückhalten und den Käufer zwingen, eine erzwungene Substitution vorzunehmen, oder wenn dies nicht geschieht, nehmen sie einfach das Fortdauern des Mangels in Kauf.

Eine entwickelte Marktwirtschaft hat normalerweise keine Importbeschränkungen dieser Art, die Mangelerscheinungen im inländischen Angebot verursachen könnte.¹⁵ Überschußnachfrage verursacht Importe, da Aussicht auf überdurchschnittliche Gewinne besteht. Liberalisierte Importe sind an sich schon weitgehend fähig, viele Mangelerscheinungen in tauschbaren Gütern und Dienstleistungen zu beseitigen, selbst wenn inländische Produzenten unfähig oder unwillens sind, die Überschußnachfrage zu befriedigen.

Ungarn ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren durch eine allmähliche Liberalisierung der Importe gegangen, so daß sie nun fast gänzlich frei von administrativen Beschränkungen sind (vgl. *Tabelle 4*).¹⁶

¹⁴ Die Zahlen schließen Wirtschaftsorganisationen, die juristische Personen sind, und Wirtschaftsvereinigungen und -organisationen ohne diesen Status ein. Vgl. Zentrales Statistische Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1992b, S. 57) und (1994a, S. 94).

¹⁵ Importquoten werden aus handelspolitischen Gründen in vielen entwickelten Marktwirtschaften verhängt. Einschränkungen werden normalerweise aus protektionistischen Gründen im Fall von Produkten festgesetzt, für die inländische Produzenten den Markt ganz sättigen können. Also verursachen unter diesen Umständen die Importbeschränkungen keinen Mangel.

¹⁶ Zur Geschichte der Importliberalisierung und ihrer Vollendung im Laufe des post-sozialistischen Übergangs vgl. die Arbeiten von J. Gács (1991b) und J. Gács (1994).

Tabelle 4

Der Anteil der Produkte mit liberalisiertem Import in Ungarn 1988-93
(i.v.H. des Umsatzes 1988)

Wirtschaftszweige	1989	1990	1991	1992	1993
Bergbau	0	4	51,6	98,8	98,8
Energie	–	–	100,0	100,0	100,0
Metallverarbeitung	0	67	92,7	99,6	99,6
Maschinenbau	86	89	98,0	99,7	99,7
Baumaterialien	31	28	100,0	100,0	100,0
Chemische Industrie	2	73	85,9	89,2	89,2
Leichtindustrie	6	45	54,4	69,2	69,3
Andere Industrie	0	43	–	–	–
Nahrungsmittel	60	60	10,9	10,9	10,9
<i>Industrie</i>	43	71	71,6	77,4	77,5
Landwirtschaft	24	36	–	–	–
Forstwirtschaft	0	100	–	–	–
<i>Gesamte Importe</i>	42	69	–	–	–

Quelle: 1989 und 1990: J. Gács (1991a). 1991-93: Von Zs. Macskási auf der Grundlage von Daten des Ministeriums für Internationale Wirtschaftsbeziehungen zusammengestellt.

Anmerkung: Die Daten für 1990 beziehen sich auf den 1.-10. Monat des Jahres. Die Daten für die Periode 1989-1990 und für die Periode 1991-1993 können nicht direkt miteinander verglichen werden.

Die Rolle der Importe beim Ausgleichen von Mangelerscheinungen wird durch die unter Punkt I erwähnte größere Freiheit des Eintritts erleichtert. Große Mengen neuer, privater Außenhandelsfirmen erscheinen. Es gab zuvor einige Dutzend große staatseigene Außenhandelsfirmen, die jede weitgehend die Importe einer bestimmten Gruppe von Produkten monopolisierten, aber sie werden nun durch Konkurrenten in Form unzähliger neuer, großer und kleiner Außenhandelsunternehmen, die versuchen, schnell in jeden durch die inländische Produktion unbefriedigten Markt einzudringen, ersetzt oder ergänzt.

3. *Beseitigung des Systems der Planaufgaben.* Im klassischen Sozialismus werden den staatseigenen und quasi-staatseigenen Firmen eingehende, obligatorische Produktionsplanziele und Materialquoten vorgeschrieben. Die

Verworrenheit und Steifheit dieses Systems der Befehle und die Unempfindlichkeit der die Auflagen entwerfenden Planer, was die Bedürfnisse der Nutzer und Verbraucher angeht, tragen zu den weitverbreiteten Reibungen in den Anpassungsprozessen bei, zur Schwäche der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und damit zum Aufkommen von Mangelercheinungen.

Das System der Planaufgaben ging in Ungarn nach der Reform von 1968 zu Ende, und die Autonomie der staatseigenen Firmen wuchs. Obwohl ihre Unabhängigkeit durch verschiedene Arten bürokratischer Einmischung gezügelt war, wurde ihre Aktivität flexibler als zuvor. Auch dies spielte eine Rolle in der Tatsache, daß Fälle von Mangel in der reformsozialistischen Wirtschaft weniger häufig und intensiv waren, als sie es vor der Reform gewesen waren.

4. *Härtung der Budgetbeschränkung der Firmen.* Die Budgetbeschränkung für staatseigene und quasi-staatseigene Firmen im klassischen Sozialismus ist weich. Der Staat garantiert ihr Überleben, selbst wenn sie ständig Verluste schreiben. Folglich haben sie eine schwache Empfindlichkeit gegenüber Preisen und Kosten: Sie reagieren nicht stark auf die Signale der relativen Preise, und sie unternehmen keine starken Anstrengungen, ihre Kosten zu reduzieren. Diese gedämpfte Preis- und Kostenempfindlichkeit tritt sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite auf und stumpft die Anpassungsfähigkeit der Firma ab.

Die Budgetbeschränkung für Firmen in einer reifen kapitalistischen Marktwirtschaft ist hart. Firmen maximieren ihren Gewinn. Anhaltende Verluste oder ernste Zahlungsunfähigkeit führt zu Bankrott und letztendlich zu Liquidation. Geschäftliches Verhalten kann nicht auf der Annahme beruhen, daß der Staat eine Firma auslösen wird, da dies nur ausnahmsweise geschieht. Also sind die Firmen sehr preis- und kostenempfindlich. Sie versuchen, auf Veränderungen in den relativen Preisen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zu reagieren, und machen große Anstrengungen, die Kosten zu reduzieren. Dies trifft unter den Bedingungen einer reifen Marktwirtschaft sowohl auf Privatfirmen als auch auf staatsigene Firmen zu, so lange wie der Staatssektor ziemlich klein bleibt und der Staat sich nicht daran gewöhnt hat, seine Firmen in paternalistischer Weise zu beschützen.

Wenn man die Wirtschaft als Ganze betrachtet, hat in Ungarn eine allmähliche Härtung der Budgetbeschränkung stattgefunden.¹⁷ Mehrere Faktoren waren an diesem Prozeß beteiligt:

¹⁷ Vgl. die achte Arbeit in diesem Buch.

Die relative Größe des Privatsektors ist stetig gewachsen und wächst weiter, teilweise durch die Privatisierung staatseigener Firmen und teilweise durch das Auftreten neuer privater Firmen. Privatfirmen haben gewöhnlich eine harte Budgetbeschränkung von ihrer Geburt an; die große Mehrzahl von ihnen kann nicht mit staatlicher Hilfe rechnen.

Firmen, die früher staatseigen waren und dies immer noch sind, erkennen allmählich, daß ihr Überleben nicht garantiert ist. Von Zeit zu Zeit beschleunigte sich dieser Lernprozeß. Der politische Wechsel 1990 diente als Warnung, daß der privilegierte Status des Staatssektor enden würde. Die neue postsozialistische politische Obrigkeit stellte klar, daß die Zukunft dem Privatsektor gehören würde; schon die Aussicht auf Privatisierung ließ an der in der Vergangenheit automatisch angebotenen Überlebensgarantie zweifeln. Dazu kam die Erfahrung anfänglich gelegentlicher und sich dann ausbreitender Bankrotte und Liquidationen. Es wurde schließlich durch das neue Bankrottgesetz und die darauffolgende Welle von Bankrotten offenkundig, daß das Zeitalter der weichen Budgetbeschränkung vorüber war. Obwohl der Prozeß bei weitem nicht abgeschlossen ist, da Symptome einer weichen Budgetbeschränkung wieder aufkommen, ist das Vertrauen in automatisch garantiertes Überleben zerstört worden. Die Preis- und Kostenempfindlichkeit der Firmen in zeitweiligem oder dauerndem Staatseigentum ist entsprechend gewachsen.

5. *Freigabe der Preise; Abschaffung der Preissubventionen.* Mit wenigen Ausnahmen werden die Preise im klassischen Sozialismus zentral festgesetzt und bleiben für lange Zeit unverändert. Die Hauptrolle in der Allokation von Produzentengütern wird von Planbefehlen gespielt; die Wirkung der Preise ist schwach, aufgrund der gerade eben erwähnten Umgebung der weichen Budgetbeschränkung. Jedoch haben die Preise natürlich die übliche Auswirkung auf die Nachfrage der Haushalte, für die die Budgetbeschränkung hart ist. Da ein hoher Anteil der Konsumgüter und Dienstleistungen unrealistisch niedrige Preise haben, die durch den aus dem Staatshaushalt gezahlten Preissubventionen ermöglicht werden, entwickelt sich Überschußnachfrage nach ihnen.

Ein Prozeß der allmählichen und teilweisen Freigabe der Preise begann in Ungarn schon im Zuge der Reform 1968. Dieser beschleunigte sich in den späten achtziger und besonders in den neunziger Jahren nach dem politischen Wechsel (vgl. *Tabellen 5 und 6*).

Tabelle 5

Produkte mit Marktpreisen in der Produktionssphäre i.v.H., 1968-93

Wirtschaftszweige	1968	1975	1980	1985	1988	1990	1991	1992	1993
Bergbau	21	25	30	20	25	25	50	75	75
Energieproduktion	5	7	7	10	10	10	10	10	10
Metallverarbeitung	2	31	96	96	96	96	100	100	100
Maschinenbau	61	86	100	100	100	100	100	100	100
Baumaterialien	57	75	80	84	100	100	100	100	100
Chemische Industrie	43	49	60	55	56	60	90	100	100
Leichtindustrie	88	91	94	98	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel- industrie	78	87	93	92	97	97	100	100	100
<i>Gesamte Industrie</i>	<i>58</i>	<i>71</i>	<i>81</i>	-	-	-	-	-	-
Bausektor	45	13	13	35	100	100	100	100	100
Landwirtschaft (Beschaffung)	16	37	37	40	50	82	85	100	100
Transport, Telekommunikation	0	10	10	25	35	60	60	60	60
Wasserwerke	0	10	10	15	25	25	25	25	25
Handel (Aufschlag)	0	65	100	97	97	95	98	98	98
<i>Alle materiellen Branchen</i>	-	<i>57</i>	<i>67</i>	<i>68</i>	<i>78</i>	<i>83</i>	<i>80</i>	<i>90</i>	<i>90</i>

Quelle: 1968-90: Von M. Lukács auf der Grundlage von Berechnungen von J. Pappné Ritter und A. Bodócsi zusammengestellt. 1991-93: Von E. Szabó Bakos auf der Grundlage von Schätzungen der Wirtschaftskontrollabteilung des Finanzministeriums zusammengestellt.

Der Prozeß ist immer aber immer noch nicht beendet. Denn staatliche Preisregulierung besteht nicht nur dort, wo sie sogar in Wirtschaften üblich ist, die die staatliche Einmischung in engste Schranken weisen (so wie Fälle eines natürlichen Monopols), sondern auch in anderen Sphären.¹⁸

¹⁸ Von Zeit zu Zeit ergreift die Regierung, mutmaßlich zur Förderung ihrer politischen Popularität, Schritte, die dem allgemeinen Trend zur Preisliberalisierung genau entgegengesetzt sind. Ein Beispiel war das Einfrieren der Mieten für staatseigene Wohnungen 1993, das die Mangelercheinungen und ernste Finanzierungsprobleme in diesem wichtigen Sektor beibehielt.

Tabelle 6

Produkte mit Marktpreisen im Bereich der Konsumgüter, 1968-93
(inländischer Handel)

Konsumgüter	1968	1978	1985	1988	1990	1991	1992	1993
Nahrungsmittel	13	22	36	73	91	94	100	100
Andere Verzehrsmittel	0	0	29	100	100	100	100	100
Kleidung, Textilien	25	89	97	100	100	100	100	100
Eisengeschmiedetes, technische Waren	13	85	86	100	100	100	100	100
Möbel	0	0	97	100	100	100	100	100
Wagen	0	0	22	24	100	100	100	100
Haushaltschemikalien	0	0	69	91	100	100	100	100
Kulturelle Artikel	0	0	86	91	99	100	100	100
Petroleumprodukte	0	0	0	0	4	100	100	100
Baumaterialien, Holzwaren	9	0	70	100	100	100	100	100
Brennstoffe	0	0	2	5	2	34	100	100
Medizinprodukte	0	0	5	9	100	100	100	100
Andere Industrieerz.	0	0	91	100	100	100	100	100
<i>Gesamte Ausgaben im Einzelhandel</i>	<i>17</i>	<i>50</i>	<i>-</i>	<i>80</i>	<i>84</i>	<i>90</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
Strom, Bezirksheizung, and. Haushaltenergie	0	0	0	0	0	11	40	40
Wasserversorgung	0	0	0	0	0	0	0	0
Mieten, Wohninvestitionen ^a	0	0	80	82	82	82	-	-
Umsatz auf dem freien Markt	0	100	100	100	100	100	100	100
Andere Dienstleistungen	0	0	-	-	-	79	75	75
<i>Gesamte persönliche Ausgaben</i>	<i>21</i>	<i>45</i>	<i>57</i>	<i>80</i>	<i>85</i>	<i>91</i>	<i>93</i>	<i>93</i>

Quelle: Die Tabelle wurde von M. Lukács und E. Szabó Bakos auf der Grundlage von Berechnungen von J. Pappné Ritter und der Wirtschaftskontrollabteilung des Finanzministeriums und Daten des Ungarischen Zentralen Statistischen Amtes zusammengestellt.

Anmerkung: 1993 wurden die Wohnungspreise freigegeben, und es bestand eine Obergrenze für Mieten.

Nichtsdestoweniger kann gesagt werden, daß der Grad der Preisliberalisierung in Ungarn ziemlich nahe dem ist, der in vielen reifen europäischen Marktwirtschaften vorherrscht.

Gleichzeitig mit der Deregulierung und Liberalisierung der Preisfestsetzung werden die Preissubventionen schrittweise beseitigt.¹⁹

Die Folge davon war, daß Ungarn nun ein relatives Preissystem entwickelt hat, das sich einem System von Marktpreisen sehr genähert hat.²⁰

Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Produktion

Die aufgezählten Veränderungen werden zusammengenommen dazu führen, daß sich die Produktion geschmeidiger und schneller und mit weniger Reibungen an die herrschende Marktsituation sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite anpaßt. Um beim direkten Thema der Arbeit zu bleiben, will ich nur die Überschußnachfrage erörtern. (Der Effekt des Überschußangebots geht in die entgegengesetzte Richtung.) Das Bestehen von Überschußnachfrage wird Reaktionen hervorrufen, die zur Überwindung der Überschußnachfrage führen werden:

(i) Preisanpassungen, genauer gesagt ein relativer Preisanstieg und/oder

(ii) quantitative Anpassung, d.h. eine Vergrößerung des Angebots und ein Sinken der Nachfrage. Eine quantitative Anpassung kann entweder durch direkte Wahrnehmung der Überschußnachfrage oder durch eine Preisveränderung verursacht werden. Eine Preisveränderung kann nun eine größere Wirkung ausüben, weil sowohl Firmen als auch Haushalte jetzt kosten- und preisempfindlich sind. Ein Teil der quantitativen Anpassung ist kurzfristig und kann mit der bestehenden Produktionskapazität bewältigt werden und ein Teil ist langfristig, was die Schaffung neuer Kapazitäten erfordert. Selbst wenn der Wunsch zu investieren besteht, nimmt dies Zeit in Anspruch. In der Zwischenzeit werden Preisanpassungen und kurzfristige quantitative Anpassung durchgeführt, um den Mangel zu überwinden.

Die Leser werden fähig sein, Punkt um Punkt nachzuvollziehen, wie die hier beschriebenen Anpassungsprozesse, die aus der Markttheorie wohlbekannt sind, vorherrschend werden, sobald und in einer so weiten Sphäre

¹⁹ Die Staatsausgaben für Subventionierung der Verbraucherpreise beliefen sich auf 5,5% des BIP 1986 und 0,7% 1993. L. Muraközy (1993, S. 39).

²⁰ Es wurde im zweiten Abschnitt des Teils II schon erwähnt, daß die Mangelerscheinungen in gewissen Sektoren (z.B. der Gesundheitsversorgung) noch nicht aufgehört haben. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß die oben unter Punkten 1-5 beschriebenen Veränderungen in diesen Sektoren noch nicht stattgefunden haben.

wie die ersten fünf im vorigen Abschnitt beschriebenen institutionellen Veränderungen stattgefunden haben. Die Verursacher von Preis- und Quantitätsanpassungen sind freier Markteintritt und Importe, die Befreiung der Produzenten von den Inflexibilitäten der Planbefehle, die Imperative des Gewinnstrebens und die freie Bewegung der Preise.

Infolge der institutionellen Veränderungen entwickelt sich die seit den Tagen Adam Smith als *Verkäuferwettbewerb* bekannte Marktsituation;²¹ diese ersetzt das vorangehende Regime, das durch *Käuferwettbewerb* gekennzeichnet war. Der Begriff der Konkurrenz war in den Augen der Wirtschaftswissenschaftler durch die reine Walrasianische Theorie des vollkommenen Wettbewerbs verdunkelt und ihres Sinns entleert worden. Diese Bezeichnung meinte nun eine extreme, reine Marktsituation, in der atomisierte Käufer und Verkäufer Transaktionen durchführen, Preise durch anonyme Prozesse gesetzt werden, Produkte vollkommen standardisiert sind usw. Vielleicht können Menschen, die sich vom Sozialismus zum Kapitalismus bewegen, klarer spüren, daß sowohl in der vorigen als auch in der neuen Situation echte Rivalität in den meisten Gebiete der Wirtschaft stattfindet, so daß nicht jeder zufrieden ist: es gibt Gewinner und Verlierer. Entweder genießt der Verkäufer einen Vorteil über den Käufer, oder anders herum, der Käufer hat einen Vorteil über den Verkäufer. Letztere Situation entwickelt sich, wenn eine der Versionen des *unvollkommenen Wettbewerbs* auf dem Markt zutrifft.²² Dies ist die verbreitetste Form des Wettbewerbs in allen modernen Marktwirtschaften, und es ist schon heute die Situation in Ungarn. Lassen Sie mich kurz die Hauptmerkmale des unvollkommenen Wettbewerbs zusammenfassen.

Der Verkäufer²³ bietet dem Käufer ein differenziertes, kein standardisiertes Produkt an. Obwohl es enge Substitute für das Produkt gibt (sonst handelte es sich um ein Monopol), unterscheidet sich das Angebot von anderen der Qualität, Verpackung, geographischen Nähe zum Käufer, Liefergeschwindigkeit, Zahlungsbedingungen usw. nach.

Bei vollkommenem Wettbewerb ist der Verkäufer ein Preisnehmer, der den Preis durch die anonymen Prozesse des Markts erhält. Bei unvollkom-

²¹ A. Smith [1776] (1898, S. 43).

²² Die Pioniere der Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs waren E. Chamberlin [1933] (1962) und J. Robinson [1933] (1965). Aus der gegenwärtigen Literatur würde ich besonders die Arbeiten von A. Dixit und J. Stiglitz (1977), O. Hart (1984), P. Krugman (1979) und R. Kuenne (1967) erwähnen.

²³ Hier und anderswo in dieser Arbeit wird unter Verkäufer nicht nur ein Händler, sondern auch ein Produzent, der seine eigenen Produkte verkauft, verstanden.

menen Wettbewerb hingegen ist der Verkäufer ein Preismacher. Jedoch muß bei der Festsetzung des Preises dem Effekt Aufmerksamkeit geschenkt werden, den der Preis des eigenen Produkts auf die Nachfrage haben wird. Der Verkäufer ist mit einer sinkenden Nachfragefunktion konfrontiert, in der die Nachfrage nach dem Produkt um so niedriger ist, je höher der Preis geht.

Es kann sowohl in der Theorie als auch durch die Praxis gezeigt werden, daß ein Produzent, der danach strebt, die Gewinne unter den Bedingungen des unvollkommenen Wettbewerbs zu maximieren, einen Preis festsetzen wird, der höher liegt als die Marginalkosten; das Produktionsvolumen wird jedoch niedriger sein als die Quantität, zu der die Kosten pro Einheit ihr Minimum erreichen. Beim Produzenten wird sich Überschußkapazität bilden. Also ist der Verkäufer gewillt, zum geforderten Preis mehr zu produzieren, angenommen daß der Käufer willens ist, mehr zu diesem Preis zu kaufen.²⁴ Also wird der Verkäufer, obwohl er den Preis nicht senkt, versuchen, den Käufer seinen Konkurrenten nicht durch den Preis, sondern durch andere Mittel abzugewinnen.

Dies bringt uns zu einer für mein Thema wesentlichen Feststellung: Im unvollkommenen Wettbewerb konkurriert der Produzent um den Käufer, versucht soviel wie möglich über seine Wünsche zu erfahren²⁵ und sich an sie anzupassen, macht Reklame, um Aufmerksamkeit auf seine Waren zu lenken, und versucht auf diese Weise einen Vorteil über seine Rivalen zu erlangen. Im unvollkommenen Wettbewerb wetteifert der Verkäufer um die Gunst des Käufers und kehrt damit die Situation einer Mangelwirtschaft um, in der der Käufer versucht, das Wohlwollen des Verkäufers durch Schmeichelei oder Bestechung zu gewinnen.

Häufig und gerechtfertigterweise wird in der Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs auf die zu Verlusten führenden Aspekte dieser Form des Wettbewerbs aufmerksam gemacht: Unterauslastung von Kapazität, verschwenderische Werbeausgaben und schnelle Veränderung von Modellen und Mustern. Käufer, die gerade aus dem Sozialismus kommen, spüren jedoch auch ihre Vorteile: Es besteht für den Verkäufer ein starker Anreiz,

²⁴ Um die Terminologie der Ungleichgewichtstheorie zu benutzen, kann dies ausgedrückt werden, indem gesagt wird, daß gedachtes Überschußangebot auftritt. Der Produzent wäre gewillt, mehr zum geforderten Preis zu verkaufen, als er tatsächlich zu verkaufen in der Lage ist.

²⁵ Lassen Sie mich hier Hayeks wohlbekanntes Argument erwähnen: Der große Vorteil des Markts über die bürokratische Kontrolle ist der viel größere Anreiz, den er bietet, die verstreuten Informationen zu sammeln und zu nutzen.

Anstrengungen zu unternehmen, um den Käufer seinen Rivalen abzugewinnen.²⁶

Die erwähnten Anreize können nicht nur durch wirkliche Rivalen, sondern bereits durch das Gefühl einer Bedrohung durch einen möglichen Rivalen, durch den Eintritt eines neuen Konkurrenten, hervorgebracht werden. Diese Idee wird in der Theorie der umstrittenen Märkte erforscht.²⁷

Ein anderer Aspekt echter Rivalität erscheint in Schumpeters Theorie des Wettbewerbs.²⁸ Seiner Interpretation zufolge ist der wichtigste Akteur in diesem Prozeß der Unternehmer, der versucht, einen Kosten- und Qualitätsvorteil über seine Konkurrenten zu erreichen, indem er Innovationen vornimmt.

Die erwähnten Theorien, die sich mit dem reifen Kapitalismus beschäftigen, gehen als selbstverständlich von einem Verhalten aus, das darauf abzielt, Käufer zu gewinnen. Während des postsozialistischen Übergangs befindet sich jedoch diese Art Verhalten noch in der Entwicklung. Dies ist auch in Ungarn klar zu erkennen, wo „Verkäuferwettbewerb“ und Konkurrenzverhalten sich ausbreitet. Jedoch fahren viele Produzenten-Verkäufer, die die Implikationen der neuen Situation nicht begriffen haben, mit ihrer üblichen, der Mangelwirtschaft angepaßten Routine fort. Früher oder später wird der Verkäufer jedoch durch die neue Marktsituation gezwungen werden, ein neues Verhalten anzunehmen. Das sich Aneignen eines anpassungsfähigen Verhaltens ist ein Lernprozeß, der lange Zeit erfordert.

Es gibt ein zu erwähnendes Phänomen, das der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit entgegenwirkt. Unter den im ersten Abschnitt dieses Teils erörterten institutionellen Veränderungen ist die Erhärtung der Budgetbeschränkung. Diese trainiert Firmen langfristig dazu, sich anzupassen, aber kurzfristig führt sie zu Reibungen: Eine Firma, deren Produkt nicht sofort ersetzt werden kann, mag Bankrott machen, so daß ein Mangel aufkommt. In je geringerem Maße die Beschränkungen des freien Markteintritts und der Importe entfernt werden, desto häufiger wird dieses Problem aufkommen.

²⁶ Die Merkmale des unvollkommenen Wettbewerbs, die zu diesen Anstrengungen veranlassen, werden von T. Scitovsky (1985) und E. Domar (1989) hervorgehoben. Vgl. auch die Arbeit von M. Weitzman (1989), der versucht, das Phänomen zu modellieren.

²⁷ Vgl. W. Baumol, J. Panzar und R. Willig (1982).

²⁸ Vgl. J. Schumpeter [1942] (1975).

Verhinderung der „davonlaufenden“ Nachfrage

Ein anderer Hauptgrund für die Selbsterneuerung der Mangelwirtschaft, abgesehen von schwacher Anpassungsfähigkeit der Produktion, ist eine Situation, in der die *Makro*-Nachfrage im Vergleich mit dem *Makro*-Angebot davonläuft. Diese Art ständig wiederaufkommender Disproportion muß ebenfalls überwunden werden, bevor die Mangelwirtschaft vollständig beseitigt werden kann. Jede einzelne der in den Abschnitten 2 und 3 des Teils III erörterten Veränderungen stellt eine *notwendige Bedingung* für die Beseitigung der Mangelwirtschaft dar.

Was ich das Davonlaufen der Nachfrage nenne, ist ein Phänomen, in dem bestimmte Nutzer des Angebots sich nicht durch ihre eigene finanzielle Situation (Vermögen, Einkommen oder Fähigkeit zur Kreditaufnahme) eingeschränkt fühlen und bereit sind, soviel sie können oder wieviel ihnen durch administrative Mittel erlaubt wird, von dem Rohstoff, dem Produkt oder der Dienstleistung, die sie wünschen, zu erlangen. Der tatsächliche Austausch wird vom physischen Angebot, der Verkaufsabsicht des Produzenten oder der administrativen Quota begrenzt, mit anderen Worten, eine von diesen ist die wirksame Beschränkung, aber die Nachfrage ist nicht auf eine effektive Weise beschränkt.

Natürlich gibt es auch Obergrenzen für die davonlaufende Nachfrage; niemand, der ganz bei Verstand ist, will eine „unendliche“ Menge kaufen. Aber solche Obergrenzen haben keine Bedeutung, da sie sich fast niemals in wirksame Beschränkungen verwandeln; der wesentliche Punkt ist, daß die davonlaufende Nachfrage fast immer größer ist als das Angebot.

Es gibt vier Komponenten der Makronachfrage, die im klassischen Sozialismus zum Davonlaufen neigen, weil die inhärenten Eigenschaften des Systems sie dazu veranlassen. Diese immanenten Merkmale, die das Davonlaufen verursachen, werden durch die Reform und dann den postsozialistischen Übergang überwunden.

1. *Die Beendigung des Investitionshungers.* Im klassischen Sozialismus besteht ein Expansionstrieb, der die Entscheidungsträger auf allen Ebenen der bürokratischen Hierarchie beeinträchtigt und so einen unersättlichen Investitionshunger zuwege bringt. Es gibt immer Ministerien, Branchendirektoren oder Managers, die willens sind zu investieren. Die chronische Mangelwirtschaft stellt sicher, daß sie immer einen Absatzmarkt haben werden, und die weiche Budgetbeschränkung befreit sie von Sorgen, was

die Gewinne angeht, die mit der durch die Investition geschaffenen Produktion erzielt werden können.

Der Investitionshunger hörte in der Periode des Reformsozialismus nicht auf.²⁹ Die Nachfrage nach Investitionen wurde von Zeit zu Zeit von den Führern der Wirtschaft administrativ gezügelt. Wirklich zu Ende ging der Investitionshunger erst, als die im ersten Abschnitt dieses Teils rekapitulierten institutionellen Veränderungen stattgefunden hatten.

Der unersättliche Investitionshunger der Manager der staatseigenen Firmen verschwand spurlos, als ihre Budgetbeschränkung sich erhärtete und die zukünftigen Verkaufsaussichten für die Produkte unsicher wurden. Die Erwartungen, was die Privatisierung anging, wirkten in dieselbe Richtung.

Private Firmen werden schon aufgrund ihrer Natur vom unersättlichen Investitionshunger niemals gepeinigt. Sie sind verpflichtet, die wahrscheinlichen Risiken der Investition zu erwägen: ob augenblickliche Kosten aus späteren Einkommen zu decken sein werden und darüber hinaus ein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Inmitten der Unsicherheit des Übergangs, in dem positive und in manchen Perioden sehr hohe Zinssätze gelten, ist die Investitionsnachfrage des Privatsektors eher gering.

Wenn man also die Wirtschaft als Ganze betrachtet, hat der durch die Grundeigenschaften des sozialistischen Systems verursachte Investitionshunger aufgehört; die Investitionskomponente der Makronachfrage neigt nicht mehr zum Davonlaufen. Das kann in der ungarischen Wirtschaft deutlich beobachtet werden, in der die Investitionsquote des BIP und sogar dessen Gesamtvolumen steil abgefallen sind.³⁰

2. *Die Verschärfung der Exportbedingungen.* Im klassischen sozialistischen System neigt die Nachfrage nach Exportprodukten aus mehreren Gründen ebenfalls zum Davonlaufen.

Die Partnerländer in „Weichwährungs“-Beziehungen sind selber Mangelwirtschaften, in denen Überschußnachfrage nach vielen Produkten besteht. Das bedeutet, daß sie, was Qualität und andere Kriterien angeht, nicht anspruchsvoll sind und darauf aus, soviel wie möglich von der ihnen mangelnden Ware zu importieren. Was das inländische Exportverhalten angeht, ist der anspruchslose östliche Markt sowohl für die Außenhandels- als auch für die produzierende Firma bequem, und sie drängen ebenfalls auf

²⁹ Die chronische Überschußnachfrage nach Investitionen wird in M. Lackós Arbeit (1989) bestätigt.

³⁰ Vgl. die neunte Arbeit in diesem Buch (S. 346-52).

Exporte. Daraus folgt, daß die effektive Beschränkung für viele Produkte nicht die Nachfrage des Partners ist, sondern das Angebot im exportierenden Land.

In den „Hartwährungs“-Beziehungen besteht natürlich eine wirksame Nachfragebeschränkung im Partnerland. Aber die Nachfrage kann immer noch mit durch Subventionen ermöglichte Preiskonzessionen erhöht werden. Da ein großer Hunger nach mit harter Währung zu erstehenden Importen besteht und die Wirtschaftsführung des Landes auch unter großem Druck stehen mag, die Auslandsschulden des Landes zu bedienen, folgen sie dem Prinzip des „Exportierens um jeden Preis und ohne Ansehen der Kosten“ und versuchen, soviel inländische Produktion wie möglich in den Export umzuleiten.

Also verursachen die Grundeigenschaften des klassischen sozialistischen Systems letztendlich die Entwicklung eines Verhaltens, das die Nachfrage nach exportierbaren Produkten ebenfalls zum Davonlaufen geneigt macht.

Ungarns Umorientierung in Richtung Hartwährungsmärkte begann geraume Zeit vor dem Wechsel des politischen Systems 1990 und dem Zusammenbruch des RGW-Handelsbocks 1991. Jedoch war es damals noch möglich, Hartwährungsexporte durch ungezügelter Verteilung von Subventionen zu erhöhen, und nebenbei bestand zumindest als letzte Zuflucht der RGW-Markt.³¹ Also war in dieser Hinsicht die Nachfragebeschränkung nicht konsequent wirksam, und die Tendenz zum Davonschnellen des Exportangebots ist nicht mit vollständiger Konsistenz beseitigt worden.

Die Veränderung in dieser Hinsicht wurde Ende der achtziger Jahre abgeschlossen, insbesondere nach der politischen Wende 1990 und dem Zusammenbruch des RGW. Danach beschleunigte sich die Erhärtung der Budgetbeschränkung, das relative Gewicht der Exporte von unter Profitzwang stehenden Firmen wuchs, und die Subventionierung der Exporte sank. Es wurde stetig immer unmöglicher, das „Exporte-um-jeden-Preis-und-ohne-Ansehen-der-Kosten“-Prinzip anzuwenden, und es wurde offensichtlich, daß die Kaufabsicht auf dem Exportmarkt eine tatsächlich wirksame Beschränkung darstellte. Weder die inhärenten Eigenschaften des ungarischen inländischen Systems noch die merkwürdigen RGW-Verhält-

³¹ Von Zeit zu Zeit belegten die Spitzen der Wirtschaftsführung Exporte in die Sowjetunion und andere sozialistische Länder mit administrativen Obergrenzen, da nicht sicher war, daß Ungarn angemessene Gegenleistungen erhalten würde. Das widersprach den Bestrebungen der Wirtschaftskader auf niedrigerer Ebene, die froh gewesen wären, diese bequemen Exporte fortsetzen zu können.

nisse zwischen Mangelwirtschaften erzeugten noch eine Neigung zum Davonlaufen des Angebots an Exportprodukten.³²

3. *Die Begrenzung der staatlichen Ausgaben.* Die staatlichen Ausgaben, die dritte große Komponente der Makronachfrage, tendieren im klassischen sozialistischen System ebenfalls zum Davonlaufen. Alle staatlichen Bürokratien neigen zu übermäßigen Ausgaben; dies ist also nicht systemspezifisch, aber das klassische System unterscheidet sich von einer parlamentarischen Demokratie darin, daß ihm ein eingebauter Mechanismus zur Bremsung dieses Wunsches nach Überausgaben fehlt. Die Regierung ist nicht öffentlich rechenschaftspflichtig; es gibt keine parlamentarische Opposition, die die Ausgabenpläne der Regierung zunächst überprüfen und dann die Verwirklichung des Haushalts kontrollieren würde. Der staatliche Haushalt wird von der Regierung im Verborgenen, und zwar so wie sie für richtig hält, zusammengestellt. Da die Zentralbank derselben Führung unterstellt ist, kann ein Haushaltsdefizit eines jeden Umfangs durch Borgen von der Zentralbank finanziert werden – mit anderen Worten durch das inflationäre Mittel des Druckens von Banknoten. In dieser Hinsicht ist die Budgetbeschränkung auch für den Staat weich. Die dem Parlament vorgelegten Dokumente verstecken normalerweise das tatsächliche Haushaltsdefizit, und in jedem Fall gibt das Parlament allen Plänen der Führung des Parteistaats automatisch sein Siegel des legislativen Einverständnisses.

Diese Situation änderte sich erst nach dem Wechsel des politischen Systems.³³ Die Neigung der Bürokratie zu zu hohen Ausgaben blieb natürlich bestehen, und aus diesem und anderen Gründen besteht immer die Gefahr, daß der Staatshaushalt defizitär sein wird, wie er es, wie allgemein bekannt ist, tatsächlich gewesen ist. Aber das geschieht vor den Augen des Parlaments, des obersten Rechnungshofes, der Presse und nicht zuletzt der Bevölkerung und der internationalen Finanzorganisationen (des IMF und

³² Meiner Ansicht nach kann diese Veränderung nicht als ein „externer Schock“ im üblichen Sinne angesehen werden. Der Zusammenbruch des Sozialismus führte in jedem postsozialistischen Land getrennt von den anderen zu tiefen institutionellen Veränderungen. Im internationalem Maßstab war es *derselbe* Kollaps, der zu Aufregungen in den Handelsbeziehungen zwischen diesen Ländern und radikaler Veränderung im Charakter ihrer zukünftigen Beziehungen führte.

³³ 1989, im Jahr vor den ersten Mehrparteienwahlen, gab die Regierung von Miklós Németh die Tatsache bekannt, daß die früheren Haushalte (und Erklärungen, was den Bestand an Auslandsschulden anging) gefälscht gewesen waren. Das Haushaltsdefizit und die Schulden waren größer als die zuvor veröffentlichten Zahlen. Dieses Ereignis kündigte die bedeutendere Veränderung von 1990 an. Danach war klar, daß die staatlichen Finanzgeschäfte nicht weiterhin so leicht vor den Steuerzahlern geheim gehalten werden konnten.

der Weltbank). Diese Kontrolle zügelt die Neigung zum Ausgeben. In dieser Hinsicht kann nicht länger gesagt werden, daß es keinen eingebauten Mechanismus zur Kontrolle der Regierungsnachfrage gibt.

4. *Beendigung der Tendenz zum Horten.* Im klassischen Sozialismus kann eine Tendenz der Produzenten zum Horten beobachtet werden. Die Inputlieferungen sind unsicher, und also versuchen alle Firmen, den laufenden Betrieb der Fabrik sicherzustellen, indem sie so viele ihrer Materialien, Halbfertigprodukte und Komponenten horten wie möglich. Sie können dies ungestraft tun, da sie aufgrund der weichen Budgetbeschränkung kostenunempfindlich sind.³⁴ Das alles führt dazu, daß die vermittelnde Nachfrage nach Produzentengütern – eine andere wichtige Komponente der Nachfrage – zum Davonlaufen neigt.

Die Komponenten 1, 2, 3 und 4 der davonlaufenden Nachfrage in der sozialistischen Wirtschaft bilden zusammengenommen eine merkwürdige Form eines potentiellen „Geldüberhangs“. Obwohl den Investoren, exportierenden Firmen, Amtsträgern mit Kontrolle über die Regierungsausgaben oder Importbestände ansammelnden Firmen keine flüssigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um ihre Überschußnachfrage sofort zu realisieren, können sie immer noch, bei gegebenem Angebot oder bürokratischer Erlaubnis zur Durchführung der Übertragung erwarten, daß das Geld ebenfalls irgendwie gefunden werden kann. Ihre potentielle Fähigkeit zu zahlen, übt Überschußnachfragedruck aus, der ähnliche Auswirkungen hat wie die unterdrückte Inflation. Dieser potentielle „Geldüberhang“ wird als Resultat der zuvor beschriebenen institutionellen Veränderungen entfernt.

Um zusammenzufassen: Die institutionellen Veränderungen beseitigen schrittweise die Mechanismen, die aufgrund der inhärenten Grundmerkmale des politischen und wirtschaftlichen Systems die Tendenz zum Weglaufen gewisser Hauptkomponenten der Makronachfrage erzeugen.³⁵

Zu diesem Zeitpunkt enthalten die institutionellen Veränderungen nicht nur die im ersten Abschnitt des Teils III erörterte Privatisierung, Dezentralisierung und Deregulierung, sondern auch die anderen, in diesem

³⁴ Die Verbindung zwischen Weichheit der Budgetbeschränkung, Mangel und der Tendenz zum Horten wird mit Hilfe eines mathematischen Modells von S. Goldfeld und R. Quandt (1990a) und S. Goldfeld und R. Quandt (1990b) gezeigt.

³⁵ Diese stetige Veränderung findet nicht in monotoner, in eine Richtung gehende Weise statt. Wenn die Reformen innerhalb des sozialistischen Systems durchgeführt werden, d.h. vor der politischen Veränderung, beschleunigten sich manche Tendenzen zum Davonlaufen der Nachfrage noch mehr, anstatt sich zu verlangsamen. Eine wirksame Begrenzung der Makronachfrage kann viel konsequenter erfolgen, nachdem die politische Wende stattgefunden hat.

Abschnitt erwähnten Veränderungen: das Ende der speziellen Außenhandelsbeziehungen mit den RGW-Ländern und die öffentliche, insbesondere parlamentarische Kontrolle des Staatshaushalt und der Staatsausgaben. Wenn also im weiteren Verlauf dieser Arbeit institutionelle Veränderungen erwähnt werden, ist diese umfassende Menge der Veränderungen gemeint.

Die Rolle der persönlichen Einkommen und des Verbrauchs

Die von der größten Komponente der Makronachfrage, dem persönlichen Verbrauch, bei der Wiedererzeugung der Bedingungen der Mangelwirtschaft gespielte Rolle unterscheidet sich wesentlich von der der anderen vier schon erörterten Komponenten. Der klassische Sozialismus hat keinen inhärenten Mechanismus, der *notwendigerweise* ein Davonlaufen der Einkommen der Haushalte und daher der Nachfrage der Haushalte nach Konsumgütern erzeugt. Sie ist die einzige der Hauptkomponenten der Makronachfrage, die von der Bürokratie sehr streng und wirkungsvoll eingeschränkt wird. Auf jeder Ebene der Hierarchie gibt es wirksame Anreize, um die Aufrechterhaltung dieser Begrenzungen durchzusetzen.³⁶

Der klassische Sozialismus ist nicht *notwendigerweise* durch unterdrückte Inflation auf dem Verbrauchermarkt gekennzeichnet. Es mag ein dauerhafter Zustand herrschen, in dem keine stetige Akkumulation unausgegebenen Haushaltseinkommen (unausgegeben, weil sie nicht ausgegeben werden können) stattfindet und sich kein persönlicher „Geldüberhang“ bildet.³⁷ Die Planer streben danach, die Kaufkraft in den Händen der Bevölkerung und das Konsumgüterangebot und das festgesetzte Verbraucherpreisniveau in Übereinstimmung zu behalten, zusammen mit der üblichen Häufigkeit und Intensität der Mangelphänomene.

Das Wort „notwendigerweise“ ist hervorgehoben. Denn es ist nicht unmöglich, daß die Führung eines klassischen sozialistischen Landes sich die Zügel entgleiten läßt, so daß es eine tatsächliche allgemeine Überschufnachfrage für längere Zeit auch auf dem Gebiet des privaten Konsums gibt.

³⁶ Wenn von den fünf Hauptkomponenten der Makronachfrage die vier im vorigen Abschnitt erwähnten zum Davonlaufen neigen, wird ihre Summe, die Aggregatnachfrage, ebenfalls davonlaufen. Das trifft sogar zu, wenn die fünfte und größte Komponente, die Nachfrage der Verbraucher, eine wohldefinierte, streng von der Bürokratie kontrollierte Größe hat.

³⁷ Das durch die Überschufnachfrage nach den Produkten des staatseigenen Sektors verursachte Zwangssparen kann teilweise oder gänzlich durch die Zweite Wirtschaft und den Schwarzmarkt aufgesogen werden. Vgl. D.M. Nuti (1986).

Zwangssparen aufgrund von Mangel – ein Geldüberhang – kann sich einstellen. Da das Verbraucherpreisniveau mehr oder weniger festgezurr ist, wird in diesem Fall unterdrückte Inflation auftreten.

Die Situation ändert sich in den sozialistischen Ländern, die eine Reform beginnen. Diese Länder erleiden verschiedene Formen unterdrückter und offener Inflation, durch die kombinierte Wirkung der folgenden Faktoren.

Das Niveau der Nominallöhne steigt, vielleicht viel schneller als die Produktivität. Druck in diese Richtung wird durch die politische Liberalisierung, den Einfluß der Arbeiterbewegungen und den Arbeitskräftemangel ausgeübt, der für diese Periode immer noch charakteristisch ist. Der schwächer werdende Parteistaat ist weniger fähig und willens, diesem Lohndruck Widerstand zu leisten, als das vorige repressive Regime. Je stärker die Kräfte sind, die die Löhne nach oben drücken, desto größer die überschüssige Verbrauchernachfrage, die entstehen kann.

Entweder es gelingt der Regierung, dem inflationären Druck auf die Preise zu widerstehen, und dann sind die Phänomene der unterdrückten Inflation hervorstechender, oder sie kann (oder will sogar) dem inflationären Druck nicht widerstehen, zum Beispiel weil sie die erklärte Absicht hat, die Preise freizugeben. In diesem Fall wird eine nach oben gerichtete Bewegung der Preise sowohl durch die Überschußnachfrage (auf der Nachfrage-seite) als auch durch die Abschaffung der Subventionen (auf der Kostenseite) verursacht werden.³⁸ Die frühere Preisstabilität oder unterdrückte Inflation wird in offene Inflation übergehen.

Bis hin zur Wende im Jahr 1990 herrschte eine merkwürdige Mischung aus Mangel und unterdrückter und offener Inflation in Polen, wobei die Inflation allerdings zunehmend eine offene wurde. Dieses gleichzeitige Auftreten versteckter und offener Inflation wurde durch die drastischen Stabilisierungsmaßnahmen, die am 1. Januar 1990 eingeführt wurden, beendet.

Die Prozesse in Ungarn waren weit weniger extrem und fanden über einen weit größeren Zeitraum in einer viel stetigeren Gangart statt (vgl. *Tabelle 4* im 4. Aufsatz). Es bestand schon in den achtziger Jahren nennenswerte Inflation, obwohl sie bis 1987 einstellig blieb. Danach beschleunigte sich die Inflation und fuhr nach der politischen Wende 1990 noch für eine Weile damit fort. Sie erreichte ihren höchsten Stand 1991, bei einer jähr-

³⁸ Selbst wenn es teilweise ein Überschußangebot einiger Waren gibt, fallen ihre Preise immer noch nicht, da diese, wie allgemein bekannt, nach unten hin unbeweglich sind. Dieses asymmetrische Verhalten der Preise drückt das allgemeine Preisniveau sogar noch mehr nach oben.

lichen Inflationsrate von 35%. Seitdem ist erfolgreich versucht worden, sie zu verlangsamen, bis zu einer jährlichen Rate von 22-23% in den Jahren 1992 und 1993.

Hier sollte die Aufmerksamkeit auf die logische Verbindung zwischen den Feststellungen im vorigen Abschnitt gelenkt werden. Es wird nicht die Behauptung aufgestellt, daß der Beginn der Inflation und sodann ihre Beschleunigung die Ursache waren und die Beseitigung der Mangelwirtschaft die Konsequenz. Die Mangelwirtschaft kann nicht einfach dadurch beseitigt werden, daß die Wirtschaft auf einen inflationären Pfad gebracht wird, während die anderen Charakteristika der Wirtschaft unverändert bleiben. Der Gedankengang dieser Arbeit führt zu einer weit komplexeren Erklärung. Sowohl die Beseitigung der Mangelwirtschaft als auch die Inflation sind *Konsequenzen* und tatsächlich sogar *Konsequenzen*, die durch teilweise *identische, gemeinsame Ursachen* erzeugt werden. Aber sobald die Inflation angefangen und sich beschleunigt hat, mag sie eine Auswirkung auf die Mangelsituation haben. Je schneller die Inflation steigt, desto größer ist die Verringerung der Kaufkraft des Geldes in den Händen der Käufer (der Realbilanzeneffekt), so daß der Geldüberhang, wenn es einen gab, aufgesogen wird.

Das bringt uns zurück zum Thema des vorigen Abschnitts, der davonlaufenden Makronachfrage. Es ist eine *notwendige Bedingung* für die Beseitigung des Mangels, daß die persönlichen Einkommen nicht davonlaufen, weder die Löhne noch die Einkünfte aus anderen Quellen. Wenn die Nominallöhne und andere Einkommen unkontrolliert wachsen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, zu dem die Freigabe der Preise noch nicht weit fortgeschritten ist, kann der Mangel extrem intensiv werden. (Das war die Situation in Polen und in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten vor der großen Finanzreform.³⁹) Das geschah in Ungarn nicht, weil die Preis-, Lohn- und Finanzpolitik in dieser Hinsicht von Anfang an vorsichtiger war.

Welche Faktoren können die Löhne am Davonlaufen hindern? Wenn die Budgetbeschränkung sich genug erhärtet hat, sowohl für den staatseigenen als auch für den Privatsektor, wird der Lohndruck durch das Interesse der Firmen am Überleben und an der Maximierung ihrer Gewinne gehindert werden. In diese Richtung arbeitet auch die wachsende Arbeitslosigkeit: ein Überschußangebot an Arbeit. Aber bürokratische Beschränkung der Nominallöhne zur Verhinderung davonlaufender Nachfrage scheint

³⁹ Vgl. D. Lipton und J. Sachs (1990a).

wesentlich zu sein, bis die institutionelle Umgestaltung und der neue Zustand des Arbeitsmarkts erreicht sind. Das fand zum Beispiel in Ungarn und Polen statt, wo Firmen, die als übermäßig empfundene Löhne zahlten, Strafsteuern auferlegt wurden. Diese bürokratische Einschränkung ist nicht an sich eine notwendige Bedingung zur Beseitigung der Mangelwirtschaft, die auch ohne sie stattfinden kann. Es ist eine Art Maßnahme, die früher oder später mit der Autonomie der Firmen und der Effizienz der Allokation unvereinbar sein wird. Es ist eine typische *Übergangsmaßnahme*, die das „Umkippen der Waage“ von einem Verkäufer- zu einem Käufermarkt beschleunigen kann.

Die Rolle der Geldpolitik

Ist es notwendig, eine restriktive Geldpolitik zu befolgen, damit die Mangelwirtschaft beseitigt wird? Bevor ich diese Frage beantworte, klären wir die aus ihr folgenden Begriffe. In einer Geldpolitik, die auf die Kontrolle der Geldmenge abzielt, besteht eine Wahl zwischen den folgenden Alternativen:

A. Das Ziel ist, das Geldangebot im Vergleich zur Nachfrage nach Geld *einzuschränken*. Die Wachstumsrate im Geldangebot muß kleiner sein als die der Nachfrage nach Geld, die durch das erwartete nominale, auf der Grundlage der erwarteten Inflation und der realen Zinssätze berechnete BIP erzeugt wird. Wenn dies die Absicht der Geldpolitik ist, muß auch eine Entscheidung über den *Grad* getroffen werden, zu dem die Einschränkung gelten soll.

B. Das Ziel ist, *das Geldangebot im Vergleich zur Nachfrage nach Geld weder einzuschränken noch zu erweitern*. Diese Politik ist konzipiert, um sicherzustellen, daß die Wachstumsrate des Geldangebots genau dieselbe sein wird wie die der Nachfrage nach Geld, die durch das erwartete nominale, auf der Grundlage der erwarteten Inflation und der realen Zinssätze berechnete BIP erzeugt wird. Mit anderen Worten, wenn man eine unveränderte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes annimmt, wird der Wachstumsindex des Geldangebots gleich dem Produkt der erwarteten Inflationsrate und dem erwarteten realen Wachstumsindex sein.

C. Das Ziel ist, das Geldangebot im Vergleich zur Geldnachfrage zu vergrößern. Die Wachstumsrate des Geldangebots muß größer sein als die der Nachfrage nach Geld, die durch das erwartete nominale BIP, das auf Grundlage der erwarteten Inflation und der realen Zinssätze berechnet ist,

erzeugt wird. Wenn das die Absicht der Geldpolitik ist, muß ebenfalls eine Entscheidung getroffen werden, was den *Grad* angeht, zu dem die Expansion anzuwenden ist.

Das Attribut „restriktiv“ wird im ungarischen finanziellen Sprachgebrauch nicht nur auf eine Typ-A-Politik angewendet, die im Westen als gespannte, stark desinflationäre Geldpolitik bekannt ist, sondern auf Typ B, die im Grunde eine „geplante“ Inflationsrate zuläßt. Tatsächlich ist diese nur insofern restriktiv, als sie sicherstellt, daß die Inflation unter Kontrolle bleibt. Sie wird, insbesondere auf der Seite der Kosten, nicht schneller wachsen als durch die Wirtschaftspolitik geplant ist.⁴⁰

Alternativen A, B und C sind drei mögliche *Absichten* der Geldpolitik. Selbst wenn die geldpolitischen Entscheidungsträger eine klare Entscheidung über ihre Absichten treffen, bleibt eine Reihe weiterer Fragen offen. Welche Mittel sind sie in der Lage und willens zu benutzen, um ihre Vorsätze zu erreichen? Und vor allem, sind sie fähig, was sie beabsichtigen, kohärent und folgerichtig zu erreichen?

Die ungarischen wirtschaftswissenschaftlichen Forscher haben noch nicht angefangen, die Geldpolitik der letzten sechs bis acht Jahre mit diesen Begriffen zu kategorisieren. Die verfügbaren Zahlen spiegeln eine Inkonsistenz zwischen den verschiedenen, vielleicht einander widersprüchlichen Absichten und den miteinander kollidierenden Mitteln wider. Das Endergebnis im Laufe des größten Teils der Periode hat am ehesten dem mittleren Fall, einer B-Typ sich anpassenden Geldpolitik entsprochen. Eine einschränkende Geldpolitik des Typs A galt auf mehr oder weniger stimmige Weise höchstens in verschiedenen kürzeren Zeitabschnitten. Es hat in den letzten zwei Jahren mehrere Anzeichen eines Zurückkehrens zu einer expansionistischen, Typ-C-Geldpolitik gegeben, obwohl die Zeichen nicht ganz klar sind und die Geldmengenerweiterung nicht groß gewesen ist.⁴¹

Um auf das Hauptthema der Arbeit zurückzukommen, die *wichtigste Bedingung* für die Beseitigung der Mangelwirtschaft ist die Durchsetzung der in den Abschnitten 1 und 3 dieses Teils beschriebenen institutionellen Veränderungen, die in Ungarn erfolgreich abgeschlossen sind. Aber dies muß *in zweiter Linie* von einer geeigneten Geldpolitik begleitet werden. Wenn die Geldpolitik eine restriktive von Typ A ist, kann sie als Katalysa-

⁴⁰ Typ B wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur gewöhnlich als *sich anpassende* Wirtschaftspolitik bezeichnet, da sie sich ständig an die durch das nominale BIP erzeugte Geldnachfrage anpaßt. Das ist ein viel zutreffenderer Begriff als restriktiv.

⁴¹ Bei der Zusammenstellung dieser Thesen habe ich die Arbeiten von Á. Balassa (1993) und É. Várhegyi (1993) benutzt.

tor dienen und die Beseitigung der Mangelwirtschaft beschleunigen. Sie errichtet ein weiteres Hindernis vor den Komponenten der Makronachfrage, die zum Davonlaufen geneigt sind. Sie hilft, den Hunger nach Investitionskrediten, die streng eingeschränkt sein sollten, zu überwinden. Sie hilft, die Tendenz zum Horten der Lagerbestände zu überwinden, indem sie Kredite zur Finanzierung von Lagerbeständen begrenzt. Wenn die Überbleibsel der bürokratischen Preisfestsetzung überleben und die Möglichkeit offenhalten, daß die Inflation durch die Bürokratie unterdrückt wird, mildert eine Politik der Zügelung und Einschränkung des Wachstums der Makronachfrage die Mangelercheinungen, die mit der unterdrückten Inflation einhergehen. Die restriktive Geldpolitik wird die Befolgung einer Einkommenspolitik verhindern, die dem Lohndruck nachgibt, einschließlich einer nachsichtigen Lohnpolitik.

All dies kann auch in gewissem Maße von einer Typ-B-Geldpolitik gesagt werden, die sich an die geplante Inflation anpaßt. Das wird zumindest die Beseitigung der Mangelwirtschaft nicht verhindern, obwohl sie sie vielleicht nicht fördern mag, so lange wie die Hauptbedingung – Beendigung der aufgezählten institutionellen Veränderungen – erfüllt ist.

Auf der Grundlage dieses Gedankengangs kann gesagt werden, daß es eine für die Beseitigung der Mangelwirtschaft *notwendige Bedingung* ist, daß zumindest eine Typ-B, wenn nicht eine strengere Geldpolitik, angewendet wird.

Eine Typ-C-Politik wird ausdrücklich gegen die Beseitigung der Mangelwirtschaft arbeiten, wenn sie angewendet wird, so lange wie die minimalen für die Beseitigung notwendigen institutionellen Veränderungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Beseitigung der Mangelwirtschaft ist in einigen postsozialistischen Ländern ins Stolpern geraten oder langsamer vorangekommen, gerade weil eine Typ-C-Geldpolitik angewendet worden ist. Aber wenn die Beseitigung der Mangelwirtschaft grundsätzlich geschafft ist, wird eine expansionistische Geldpolitik sie nicht aufs neue hervorrufen, solange keine Restauration des früheren institutionellen Systems stattfindet. Andererseits trägt sie dazu bei, die Inflation zu beschleunigen und die möglichen früheren Erfolge bei der Stabilisierung zu untergraben. Dies ist jedoch kein „mangelwirtschaftliches“ Phänomen mehr, sondern das Verhältnis zwischen Geldpolitik und Inflation, das normalerweise in Marktwirtschaften besteht.

Ein Überblick zu einigen Makrobeziehungen

Eine Veranschaulichung des Gesagten wird in den Schaubildern 10.1 und 10.2 gegeben, die die grundsätzlichen Makrobeziehungen in einer extrem vereinfachten Form zeigen und die in der Makroökonomik üblichen Darstellungsmethoden benutzen.

Schaubild 1 zeigt den Normalzustand im klassischen Sozialismus. Die tatsächliche Makroproduktion ist gleich dem Makroangebot S . Das System ist angebotsbeschränkt. Sowohl die Angebotskurve S und die Nachfragekurve D sind vertikal; sie reagieren nicht auf das Preisniveau. Die vertikale Linie für die Makronachfrage befindet sich rechts von der vertikalen Linie für das Makroangebot; mit anderen Worten, es besteht eine Makroüberschußnachfrage. Die nach rechts zeigenden Pfeile bedeuten, daß die Kurve für die Makronachfrage zum Davonlaufen neigt. Der genaue Betrag, um den D größer ist als S , ist nicht wichtig. Wesentlich ist nur, daß D immer größer ist, aufgrund der Tendenz einiger ihrer Komponenten zum Davonlaufen. Die Makronachfrage besteht nicht nur aus der durch das schon in den Taschen der Käufer befindliche Geld gedeckten Nachfrage. Ihr kann auch die Kaufabsicht hinzugefügt werden, deren Deckung sich noch nicht in ihren Taschen befindet, wo aber den Firmen und staatlichen Institutionen bewußt ist: Wenn sie aufkommt, wird der Staat die Ausgaben decken.⁴²

Schaubild 2 zeigt den Zustand, nachdem die Mangelwirtschaft beseitigt worden ist. Die wichtigste Veränderung im Vergleich mit *Schaubild 1* ist, daß die Kurve für die Makronachfrage sich verkehrt hat. Diese Kurve hat (im vergleichenden, statischen Bereich des Schaubilds, von dem angenommen wird, daß dort alle anderen Umstände unverändert sind) eine negative Steigung. Selbst wenn kein anderer Faktor es tut, wird der sogenannte Realbilanzeneffekt dazu führen, daß die Geldeigentümer ihre Nachfrage reduzieren, wenn die Kaufkraft ihres Geldbestands in Übereinstimmung mit dem Anstieg des Preisniveaus fällt. Die Annahme hinsichtlich des Makroangebots ist, daß die Kurve vertikal ist, mit anderen Worten, unabhängig vom Preisniveau.

Die Drehung der Makronachfragekurve *macht es möglich*, daß die beiden Kurven sich schneiden, mit anderen Worten, daß Makroangebot und

⁴² Auf diesen besonderen Geldüberhang wurde in Abschnitt 3 des dritten Teils aufmerksam gemacht.

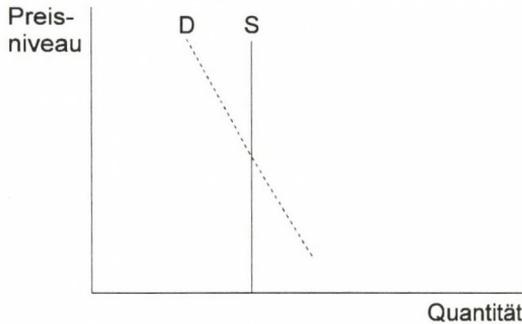
Schaubild 1

Der Makrozustand der Mangelwirtschaft



Schaubild 2

Der Makrozustand nach Beseitigung der Mangelwirtschaft



Makronachfrage übereinstimmen.⁴³ Die institutionellen Veränderungen initiieren dann den Marktmechanismus, der diese Übereinstimmung auf der Makroebene tatsächlich *zustande bringen* wird.

⁴³ *Schaubild 2* zeigt den sogenannten „klassischen“ Fall, in dem die Makroangebotskurve vertikal ist. Ebenfalls bekannt ist der „keynesianische“ Zustand, in dem das Makroangebot eine steigende Funktion des Preisniveaus ist. Obwohl der Unterschied zwischen den beiden Fällen sowohl theoretisch als auch in der Wirtschaftspolitik extrem wichtig ist, hat es an diesem Punkt der augenblicklichen Analyse wenig Bedeutung, welcher Fall gezeigt wird. Die wesentliche Tatsache hier ist, daß die beiden Kurven sich aufgrund der Drehung der Nachfragekurve überschneiden.

Manche Wirtschaftswissenschaftler würden die in *Schaubild 2* veranschaulichte Situation so interpretieren: Das grundsätzliche Marktgleichgewicht der Wirtschaft auf dem Gütermarkt ist wiederhergestellt worden. Meinerseits würde ich diese Darstellung nicht zurückweisen, da sie *in gewisser Hinsicht* Hand und Fuß hat. Aber man sollte nicht vergessen, daß der Schnittpunkt auf einer zweidimensionalen, statischen Abbildung dargestellt wird, die Angebot und Nachfrage als Funktion einer einzigen Variablen, des Preisniveaus zeigt. Es mag sein, daß zu einem gewissen Zeitpunkt, auf einem augenblicklichen Preisniveau, die Makronachfrage der Wirtschaft gleich dem Makroangebot ist, aber wenn man sich gleichzeitig den Trend anschaut, steigt das Preisniveau ständig, mit anderen Worten, es herrscht Inflation, während das Angebot fällt, Angebot und Nachfrage auf der Mikroebene stimmen nicht überein usw. Also wäre es ohne weitere sorgfältige Prüfung nicht korrekt zu sagen, daß die in *Schaubild 2* gezeigte Wirtschaft sich im „Marktgleichgewicht“ befindet.

Die Selbsterzeugung des Mangels

Wie schon gezeigt wurde, gibt es gleichzeitig mehrere Gründe für die Mangelwirtschaft. Von dem Augenblick an, zu dem dieser Zustand zu wirken begann, gewöhnten sich die Menschen an die um sie herum herrschenden Mangelerscheinungen, und dies ist in ihre Erwartungen und ihr Verhalten eingebaut, was wiederum den Mangel vergrößert. Mangel gebiert den Mangel.

Lassen Sie mich zwei Beispiele anführen, die beide schon erwähnt wurden. Das eine ist die Tendenz zum Horten: Die Tatsache, daß Mangel an Inputs erwartet werden kann, veranlaßt die Firmen, Lagerbestände anzusammeln, was wiederum die Unstimmigkeit zwischen Angebot und Nachfrage erhöht. Das andere Beispiel ist der Investitionshunger, der mit unter die Gründe für den Mangel aufgenommen wurde. Einer der Gründe, warum Investoren auf waghalsige Weise investieren, ist, daß sie keine Angst haben müssen, auf den Produkten sitzen zu bleiben. In einer chronischen Mangelwirtschaft gibt es immer einen Käufer.

Erklärungen des Unterschieds zwischen den beiden Fälle können in allgemeinen Arbeiten zur Makroökonomik gefunden werden, z.B. J. Sachs und F. Larrain (1993, S. 55-76). Der Unterschied wird auch in den Werken der „Ungleichgewichtsschule“ gemacht, z.B. E. Malinvaud (1977, S. 27-32). Hier würde ich nur gerne erwähnen, daß der Unterschied zwischen den beiden Fällen letztendlich von den unterschiedlichen Erklärungen des Verhaltens der Löhne und des Arbeitsmarkts abhängt.

Erwartungen von Mangel gehören zur Kategorie der *sich selbst erfüllenden* Vorhersagen in der Wirtschaftspsychologie. Das ist einer der Gründe, warum es schwer ist, den Mangel zu beseitigen. Nur wenn die Wirtschaftssubjekte fühlbar über einen längeren Zeitpunkt hinweg spüren, daß der Mangel wirklich geendet hat, werden sie anfangen, ihre Erwartungen umzugestalten und die neuen Verhaltensroutinen zu erlernen.

Die Auswirkung der politischen Wende

Die in den ersten beiden Abschnitten des dritten Teils beschriebenen Veränderungen begannen schon in der Reformperiode im politischen Rahmen des sozialistischen Systems. Gerade das Beispiel Ungarns zeigt, daß die ersten wichtigen Schritte zur Beseitigung der Mangelwirtschaft schon während eines langwierigen Reformprozesses unternommen werden können. Aber die Anerkennung dieser Tatsache ist mit der Beobachtung zu vereinbaren, daß diese Veränderungen letztendlich durch den politischen Systemwechsel beschleunigt und konsolidiert werden. Vor diesem Umschwung war die Situation vieldeutig; niemand konnte sicher sein, daß die Veränderungen endgültig waren. Es gab historische Gründe für diese Furcht, insbesondere die Unterdrückung des Prager Frühlings 1968 oder den teilweisen Rückzug der ungarischen Wirtschaftsreform 1972-73. Solange die Kommunistische Partei das politische Monopol aufrechterhielt, konnte der Privatsektor nicht vorherrschend werden, und es gab keine rechtlichen Garantien für die Sicherheit des Privateigentums. Die staatseigenen Firmen hatten immer noch das Gefühl, daß sie zwar ihre Privilegien verloren hatten, aber daß sie im wesentlichen überlebt hatten.

In Ungarn kam die politische Wende 1989-90. Die Kommunistische Partei verlor ihr politisches Monopol. Es fanden Parlamentswahlen statt, infolge derer nicht nur die regierungsbildenden Parteien, sondern auch die Opposition in glaubwürdiger Weise ihre Anhänglichkeit an das Ziel einer auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft erklären konnten. Von da an wurde, anstatt daß verschleierte Andeutungen in Richtung Kapitalismus gemacht wurden, die Umgestaltung der Wirtschaft von einem sozialistischen zu einem kapitalistischen System zur offiziellen Regierungspolitik. Diese schnelle, radikale Veränderung in der Machtstruktur und der offiziell erklärten Ideologie gab den in den Abschnitten 1 bis 3 dieses Teils skizzierten Prozessen der institutionellen Veränderung, die letztendlich zur Beseitigung des Mangels führten, Auftrieb.

Zusammenfassung der Kausalanalyse

Schaubild 3 faßt die Beziehungen zwischen den die Beseitigung des Mangels beeinflussenden Faktoren zusammen. Der Klarheit halber wird nur die *Hauptrichtung* der Ursächlichkeit gezeigt. Zusätzlich dazu beeinflussen alle diese Faktoren einander gegenseitig, und natürlich finden auch Reaktionen statt. Wenn man sich also von links nach rechts, in die wichtigste Richtung der Kausalkette bewegt, wirken die Faktoren, die näher an der rechten Seite sind, auf die weiter links liegenden Faktoren zurück.

Die grundlegende Kausalverbindung mag vielen offensichtlich erscheinen: Sobald das sozialistische System zu Ende geht, endet die Mangelwirtschaft mit ihm.⁴⁴ Aber es gibt viele vermittelnde Faktoren zwischen dem ursprünglichen Grund (dem Systemwechsel) und der letztendlichen Auswirkung (Beseitigung der Mangelwirtschaft). Eine besondere Art der Hierarchie in der Kette der Ursachen-Wirkungsbeziehungen ist bis jetzt in der Arbeit dargestellt worden und erscheint in schematischer Form im *Schaubild 3*. Im Einklang damit hat die politische Struktur einen entscheidenden Einfluß auf die Institutionen. Diese formen das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, und deren Verhalten erzeugt letztendlich den für das System typischen Gleichgewichtszustand.

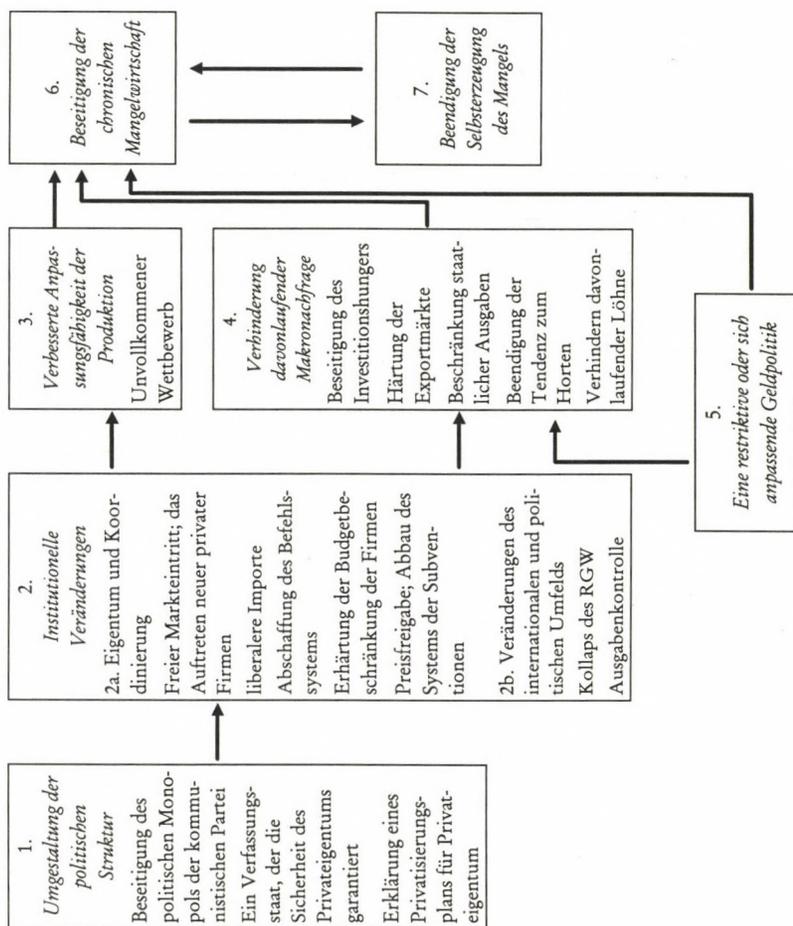
Beseitigung der Mangelwirtschaft erfordert sowohl die richtige Regierungspolitik auf der Makroebene, vor allem zweckdienliche Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik, und eine Umgestaltung auf der Mikroebene, die Wirtschaftssubjekte ins Leben ruft, die sich marktkonform verhalten.

Die Grundidee in dieser Arbeit ist dieselbe, die auch durch meine früheren Arbeiten nahegelegt wird: Die chronische Mangelwirtschaft ist ein system-spezifisches Gebilde, das für das klassische sozialistische System charakteristisch ist. Die ersten Schritte zu ihrer Beseitigung konnten vor der politischen Wende ergriffen werden, aber diese sind vieldeutige Veränderungen, die noch nicht tief verwurzelt oder robust sind. Die Beseitigung der Mangelwirtschaft wird endgültig, wenn die Umgestaltung des politischen

⁴⁴ Das folgende Rätsel war in der Periode der Mangelwirtschaft weit verbreitet: Was würde geschehen, wenn die Kommunistische Partei in der Sahara an die Macht käme? Antwort: Der Sand würde knapp werden.

Schaubild 3

Die Kausalkette der Beseitigung des Mangels



und wirtschaftlichen Systems selbst im erforderlichen Maße fortgeschritten ist.⁴⁵

⁴⁵ Eine Frage, die aufkommt, ist, ob China die Mangelwirtschaft beseitigen kann, bevor das Monopol der Kommunistischen Partei endet. China hat sicherlich einen langen Weg in den in den vorigen Abschnitten beschriebenen Prozessen der Umgestaltung zu-

Es ist keine notwendige Bedingung für die Beseitigung der chronischen Mangelwirtschaft, daß der allgemeine Systemwechsel, einschließlich der in dieser Arbeit betonten spezifischen institutionellen Veränderungen, mit vollständiger Konsequenz stattfinden muß. Für die Beseitigung der Mangelwirtschaft ist es hinreichend, daß diese eine gewissen Schwelle erreicht haben. Lassen Sie mich einige Beispiele geben, um diese Idee zu erläutern

- Es ist nicht notwendig (oder möglich), vollkommen freien Markteintritt zu gewährleisten. Aber es muß genug Freiheit bestehen, so daß ein Mangel einen relativ schnellen Eintritt veranlassen kann.
- Die Privatisierung des staatlichen Eigentums muß nicht vollendet sein. Aber es besteht die Notwendigkeit eines Privatsektors, der groß genug ist, die vom Staatssektor hinterlassenen Mängel relativ schnell zu beseitigen. Das ist ein Kriterium, das ich besonders betonen möchte. Es ist nicht nötig zu warten, bis der Privatsektor überwiegt, um die zur Beseitigung des Mangels notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Aber erst wenn der Privatsektor einen minimalen Anteil erreicht hat, wird selbst die radikalste finanzielle Stabilisierung bleibende Resultate bei der Beseitigung des Mangels erbringen.
- Es ist zu diesem Zweck nicht notwendig, daß die Importe gänzlich freigegeben werden. Aber es muß genug Freiheit zu importieren geben, um sicherzustellen, daß die von der inländischen Produktion nicht gedeckten Mängel schnell mit Importen aufgefüllt werden können.
- Selbst wenn die Budgetbeschränkung sich nicht gänzlich und in großem Maße gehärtet hat, muß sie den Grad der Härte erreichen, bei dem staatseigene Firmen nicht mehr das Gefühl haben können, daß ihr Überleben garantiert ist. Sie müssen die Notwendigkeit spüren, auf dem Markt einen Kampf um Leben und Tod zu führen.⁴⁶

rückgelegt. Es muß hinzugefügt werden, daß die Chinesische Kommunistische Partei selbst in gewissem Maße eine Veränderung durchmacht und sich in vieler Hinsicht in ihren Prinzipien und ihrer Praxis von dem für Kommunistische Parteien üblichen Verhalten entfernt hat.

Wie weit muß die Umgestaltung der politischen Struktur gehen, um die Mangelwirtschaft ganz zu beseitigen? Chinas Erfahrung wird für den Prozeß der vollen, wissenschaftlich überzeugenden Beantwortung dieser Frage sehr wichtig sein, aber die Antwort wird warten müssen, bis die Entwicklung der chinesischen politischen und wirtschaftlichen Reform über einen langen Zeitraum hinweg genau beobachtet worden ist.

⁴⁶ Das wurde von ungarischen staatseigenen Firmen nach dem Zusammenbruch der RGW-Märkte erfahren, was sie veranlaßte, eine schnelle Umorientierung ihrer Exporte und Importe vorzunehmen. Das fand vor der Verabschiedung des Bankrottgesetzes und der Bankrottelle, d.h. vor einer drastischeren Erhärtung der Budgetbeschränkung statt.

- Um die vorige Idee weiterzuführen – die Veränderung in der wirtschaftlichen Umgebung muß ausreichend sein, um den Investitionshunger zu ersticken.
- Selbst wenn einige Preise fest bleiben, muß der Anteil der freien Preise hoch genug sein, um eine bedeutende Bewegung im Preisniveau zu verursachen, so daß Angebot und Nachfrage zumindest auf der Makroebene gleich werden können.

Seit 1968 näherte sich Ungarn diesen Schwellen stetig. Die ersten paar Jahre nach der politischen Wende waren ausreichend, um die notwendigen Grenzwerte in allen wesentlichen Punkten zu erreichen. Von ungefähr 1992 an konnte die ungarische Wirtschaft nicht mehr als chronische Mangelwirtschaft gelten.

Die Beseitigung des Zustands der Mangelwirtschaft fand in Polen über einen viel kürzeren Zeitraum hinweg statt, in kondensierter Form, als plötzlicher Schock. Dies wurde möglich, weil in den letzten Jahren des sozialistischen Systems ein bescheidener, aber realer Reformprozeß begonnen hatte; es bestand schon ein ansehnlicher Privatsektor. Es war auch möglich, weil das Stabilisierungspaket nach dem politischen Systemwechsel 1988-89 eingeführt wurde. Dieser bot das Gefühl der „Unwiderruflichkeit“ in solch grundsätzlichen Fragen wie Beseitigung des privilegierten Status des Staatseigentums, freiem Markteintritt, Schutz und Förderung des Privateigentums usw.

Andererseits führten mehrere Nachfolgestaaten der Sowjetunion radikale Stabilisierungsmaßnahmen ein, bevor die eben skizzierten „Minimal-schwellen“ erklommen worden waren. Zum Beispiel war der Privatsektor immer noch so rudimentär und der Staatssektor so geschützt, daß freier Eintritt, Wettbewerb und Anpassung an die Nachfrage sich nicht ausreichend entwickeln konnten. Verständlicherweise kam es in diesen Ländern zu einer Koexistenz von Mangel und Inflation.⁴⁷

Es folgt aus dem Gesagten, daß die Beseitigung der Mangelwirtschaft entweder allmählich, über einen langen Zeitraum hinweg, oder durch ein plötzliches, in einer kurzen Periode konzentriertes Umkippen der Relation zwischen Angebot und Nachfrage stattfinden kann. Aber die letztere Entwicklungslinie wird nur dann zur bleibenden Abschaffung des Mangels füh-

Die polnische Erfahrung nach der Einführung der Maßnahmen vom Januar 1990 ähnelte der ungarischen.

⁴⁷ Dieses Phänomen wurde auf der Grundlage der polnischen Erfahrung vor 1990 von G. Kolodko und W. McMahon (1987) passenderweise „Mangelflation“ (in Analogie zur Stagflation) genannt.

ren, wenn die Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems zuvor zumindest eine kritische Minimalstufe erreicht hat.

Die Beseitigung der chronischen Mangelwirtschaft ist ein Ergebnis des Systemwechsels. Diese Feststellung kann umgekehrt werden: Die Beobachtung, welche Distanz ein Land bei der Beseitigung der Mangelwirtschaft zurückgelegt hat und in welchem Maße sich die Beseitigung als dauerhaft erwiesen hat, ist gleichzeitig auch ein Indiz dafür, wie weit es in seinem Systemwechsel gegangen ist.

Das ist nicht die einzige Reihe von Meilensteinen zur Messung des Fortschritts beim Systemwechsel, aber sie ist eines der wichtigsten Maße. Der Ausdruck „Übergang zur Marktwirtschaft“ wird im politischen und öffentlichen Sprachgebrauch oft mit einem gewissen Grad an Vernachlässigung der Umgestaltung in der politischen Sphäre benutzt. Auf der Grundlage dieser Analyse kann nun eine Wirtschaft eine Marktwirtschaft genannt werden, wenn sie *nicht* durch chronischen, allgemeinen und alles durchdringenden Mangel gekennzeichnet ist. Also wird die Klärung, wo ein gewisses Land bei der Beseitigung der Mangelwirtschaft steht, einfache, fühlbare, leicht quantifizierbare Indizes ergeben, um zu entscheiden, wo es mit der Errichtung der Marktwirtschaft steht.

An diesem Maß gemessen ist Ungarn schon sehr weit gegangen. Auf der Grundlage des vorigen, die politische Umgestaltung miteinbeziehenden Gedankengangs kann gesagt werden, daß die ungarische Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft geworden ist. Der Marktmechanismus funktioniert zwar immer noch mit einem großen Maß an Reibung – er ist noch nicht „reif“ –, aber er ist schon zum charakteristischen Koordinierungsmechanismus geworden.

IV. Die Mangelwirtschaft und der Arbeitsmarkt

Das Hauptthema dieser Arbeit ist der Markt für Produkte (und Dienstleistungen). Lassen Sie mich jetzt einen kurzen Abstecher machen, um eine Untersuchung des Arbeitsmarkts ebenfalls in die Analyse mit aufzunehmen.

Im klassischen sozialistischen System besteht der chronische Mangel auf dem Gütermarkt für lange Zeit zusammen mit der Anwesenheit von Überschußangebot auf dem Arbeitsmarkt. Offene Arbeitslosigkeit oder latente Unterbeschäftigung sind hauptsächlich charakteristisch für die rückständige

Landwirtschaft. Aber dieser Arbeitskräfteüberschuß und andere Elemente der Arbeitskräftereserve werden früher oder später durch das für den Sozialismus typische Charakteristikum des forcierten Wachstum absorbiert, angenommen, daß die Geschichte genug Zeit läßt, damit der Prozeß seinen vollen Verlauf nimmt.

Das Aufsaugen der Arbeitskräfteüberschüsse hat in der Sowjetunion und den osteuropäischen sozialistischen Ländern stattgefunden. Die Beschreibung im wirtschaftlichen Sprachgebrauch dieser Zeit war, daß das extensive Stadium des Wachstums (das auf der progressiven Aufnahme neuer Ressourcen beruhte) vorbei war und es nun Zeit für die intensive Phase war, in der Wachstum durch die effizientere Verwendung der Ressourcen und steigende Faktorproduktivität erreicht werden müsse.

Von dem Zeitpunkt an, zu dem sich die sozialistische Wirtschaft in die intensive Phase begibt, verlangsamt sich das Wachstum, und tatsächlich beginnt die Wirtschaft in mehreren sozialistischen Ländern zu stagnieren. Die Wirtschaft ist nicht fähig, die Effizienz der Nutzung der in die Produktion gezogenen Ressourcen zu erhöhen, und zeigt eine schwache Leistung bei der Erhöhung der Faktorproduktivität. Jede Entwicklung und Wachstumsroutine ist letztendlich auf das extensive Wachstum zugeschnitten gewesen. Daraus folgt, daß jeder Entscheidungsträger in der Produktion unter dem Einfluß des Expansionstriebs nicht nur gerne Zugang zu mehr Investitionen hätte (Investitionshunger verspürt), sondern auch zu Arbeitskräften. Der Mangel an Arbeit wird in sozialistischen Wirtschaften, die über das extensive Stadium hinaus sind, chronisch; ein Verkäufermarkt entwickelt sich auch für die Arbeitskräfte.

Es ist allgemein bekannt, daß die Nutzung der Arbeitskräfte innerhalb der Firma niedrig ist: es besteht „Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz“. Mit einer weichen Budgetbeschränkung gibt es nicht genug Anreiz, die Kosten zu senken, oder an der Arbeitskraft zu sparen. Dies wird durch das Horten von Arbeitskräften, der dem Horten von Inputbeständen analogen Tendenz, noch verstärkt. Da der Arbeitskräftemangel anhaltend geworden ist, lohnt es sich, Arbeitskräfte in Reserve zu haben, damit es keinen Stillstand der Produktion gibt, weil der eine oder andere Arbeiter fehlt oder weil Stellen zukünftig nicht besetzt werden können. Also werden überschüssige Arbeitskräfte nicht entlassen.

Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Erwägungen, gibt es politische und ethische Kriterien, Arbeit und auch Arbeitsplatzsicherheit zu garantieren.

Als das sowjetische und osteuropäische sozialistische System zusammenbrach, zeigte fast jedes Land einen chronischen Arbeitskräftemangel.⁴⁸ Dieser bildete einen festen Bestandteil des Mangelwirtschaftssyndroms.

Während des postsozialistischen Übergangs läuft die Beseitigung des chronischen Mangels an Produkten und Dienstleistungen parallel zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels, und tatsächlich verwandelt sich die Überschufnachfrage in ein Überschufangebot. Arbeitslosigkeit erscheint und nimmt zu. Die Zahl der offenen Stellen überstieg die Zahl der Arbeitssuchenden in Ungarn bis Mai 1990. Danach wuchs die Zahl der Arbeitslosen ständig und erreichte einen Gipfelpunkt bei 13,6% im Februar 1993. Seither ist sie leicht gesunken; im April 1994 lag sie bei 11,8%. Eine ähnliche Veränderung hat in allen anderen postsozialistischen Wirtschaften ohne Ausnahme stattgefunden.⁴⁹

Die eben getroffene Aussage war, daß die beiden Ereignisse *parallel* zueinander stattfanden. Aber das bedeutet nicht, daß sie unabhängig voneinander stattfinden. Grundsätzlich *dieselben Ursachen*, die den Gütermangel enden, führen auch zur Beseitigung der Überschufnachfrage nach Arbeitskräften und dann, in dem Maße, indem der Prozeß fortfährt, zu einem Überschufangebot an Arbeitskraft und einem bemerkenswerten Anstieg dieses Überschufangebots.⁵⁰ Lassen Sie mich einige Faktoren erwähnen, ohne Vollständigkeit anzustreben:

Die Bremsung der davonlaufenden Nachfrage, die Stagnation und Rezession der Makronachfrage und die Beseitigung des Investitionshungers beenden auch den Hunger nach Arbeitskraft. Viel weniger *neue* Arbeitsplätze werden geschaffen als am Gipfelpunkt des forcierten Wachstums.

In der Zwischenzeit enden mehr *alte* Jobs. Die Erhärtung der Budgetbeschränkung für staatseigene Firmen macht die Produktion kostenempfindlich. Während die staatseigenen Firmen vor dem Systemwechsel die Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz ignorierten, sind sie nun viel weniger in der

⁴⁸ Zur Messung und zum Trend des Arbeitskräftemangels in Ungarn vgl. die Arbeit von K. Fazekas und J. Köllö (1985).

⁴⁹ In manchen postsozialistischen Ländern, wie Rußland, steigt die Arbeitslosigkeit sehr langsam. Es gibt mehrere Anzeichen dafür, daß das genau deshalb so ist, weil die Umgestaltung *nicht* auf konsistente Weise stattfindet. Die Budgetbeschränkung bleibt weich; viele Firmen, die zum Scheitern verurteilt sind, bleiben am Leben und fähig, Arbeitsplätze zu erhalten, die in Wirklichkeit überflüssig geworden sind.

⁵⁰ Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, möchte ich betonen, daß ich nicht behaupte, daß das Ende des Warenmangels der *Grund* für das Ende des Arbeitskräftemangels und dann die Entwicklung von Arbeitslosigkeit ist. Meiner Ansicht nach können das Ende des Warenmangels und das Ende des Arbeitskräftemangels weitgehend *gemeinsamen* Ursachen zugeschrieben werden.

Lage, sie sich zu leisten. Gleichzeitig befähigt die Veränderung des politischen Klimas und die offizielle Aufgabe des Versprechens, Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit zu garantieren, die staatseigenen Firmen dazu, Entlassungen vorzunehmen. Man kann hinzufügen, daß die neuen privaten Firmen in jedem Fall nicht mehr Arbeitnehmer als unbedingt notwendig werden einstellen wollen.

Dieses Umkippen von Arbeitskräftemangel zur Arbeitslosigkeit wird durch die mit der Umgestaltung einhergehende Rezession beschleunigt. Eine merkwürdige dreifache Verbindung entsteht zwischen (i) den Veränderungen, die die Beseitigung des Mangels fördern, (ii) dem Sinken der Produktion⁵¹ und (iii) dem Aufkommen und dann dem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Zügelung der Makronachfrage (u.a. der Einkommens- und Geldpolitik zu diesem Zwecke) drosselt, als Folge des wohlbekanntem Multiplikatoreffekts, auch das Makroangebot. Die Nachfrage nach Arbeit fällt als Folge der Rezession ebenfalls. Die Konsumnachfrage fällt aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit noch tiefer, was die Makronachfrage weiter verringert. Infolge der Rezession tritt nicht nur ein Arbeitskräfteüberschuß, sondern auch Überschußangebot auf dem Gütermarkt auf. Oder selbst wenn es kein fühlbar offenkundiges Überschußangebot in Form steigender Outputlagerbestände gibt, wird die Menge der ungenutzten Produktionskapazität steigen und zusammen mit ihr das gedachte Überschußangebot.⁵² Die tatsächliche Produktion ist bedeutend kleiner als der potentielle Output. Also hat sich die frühere Wirtschaft der Überschußnachfrage sichtlich in ihr Gegenteil verkehrt: eine Wirtschaft mit Überschußangebot.

Die obigen Bemerkungen haben sich nur kurz mit dem Mechanismus und den Beweggründen des Übergangs, dem „Umkippen“ von Mangel zu Überschuß beschäftigt. Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, die Frage zu klären, warum die Arbeitslosigkeit *bestehen bleibt*. Es gibt einige bekannte Teilerklärungen. Ohne umfassend sein zu wollen, lassen Sie mich ein oder zwei von diesen herausgreifen.

- Die Zusammensetzung der Arbeitskräftenachfrage und des Arbeitskräfteangebots sind, aufgrund der ständigen Umstrukturierung der Produktion, nicht in Harmonie miteinander. Je bedeutender die Intensität und Geschwindigkeit der Umgestaltung (und sie werden für lange Zeit in

⁵¹ Es gibt mehrere Gründe für die sinkende Produktion; der in dieser Arbeit skizzierte Prozeß ist nur ein Element in dieser komplexen Beziehung von Ursache und Wirkung. Vgl. die achte Arbeit.

⁵² Zum Begriff des gedachten Überschußangebots vgl. Fußnote 24 im Teil III.

- der postsozialistischen Wirtschaft sehr groß bleiben), desto höher die friktionale Arbeitslosigkeit.
- Es mag im Interesse des Arbeitgebers sein, einen niedrigeren Personalbestand mit höheren Löhnen zu kombinieren, da die Furcht vor Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer dann zu besseren Leistungen veranlassen wird (die „Effizienzlohn“-Theorie).
 - Die tatsächlich Beschäftigten werden versuchen, auf höhere Löhne für sich selbst hinzuarbeiten, selbst wenn das höhere Lohnniveau die Beschäftigung vermindert (die „Insider-Outsider“-Theorie).
 - Wenn die Erwerbstätigkeit zu hoch steigt und der *Vollbeschäftigung* zu nahe kommt, wird dies Lohnerhöhungen und inflationären Druck auslösen, so daß die Wirtschaft von dieser hohen Erwerbsquote wieder abgeschreckt wird (die Hypothese von der „natürlichen Rate“ der Arbeitslosigkeit).
 - Es besteht eine Verbindung zwischen unvollkommenem Wettbewerb einerseits und keynesianischer Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft andererseits.⁵³

Ich habe hier nur die Namen der am besten bekannten Theorien aufgezählt. Eine Synthese aus diesen (und einigen anderen nicht erwähnten) ist im Begriff, sich zu bilden.⁵⁴ Die Frage ist, ob diese Theorien zusammengenommen die Idee nahelegen, daß chronische Arbeitslosigkeit ein inhärentes Merkmal des Kapitalismus ist.

Zahlreiche schwierige theoretische Fragen erscheinen an dieser Stelle. Im Fall des *Sozialismus* wage ich mit Bestimmtheit zu sagen, nachdem ich durch eine Menge theoretischer Untersuchung, praktischer Erfahrung und Debatten gegangen bin, daß die chronische Mangelwirtschaft ein *systemspezifisches* Merkmal ist. Eine Begleiterscheinung des chronischen Produktmangels (auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung) ist auch ein chronischer Arbeitskräftemangel.

Meine Mutmaßung ist, daß ein ähnliches systemspezifisches Merkmal des *Kapitalismus* häufiges Auftreten von realem und gedachten Überschuß-

⁵³ Diese Beziehung ist für ein spezielles Modell des unvollkommenen Wettbewerbs durch O. Hart (1982) bewiesen worden.

⁵⁴ Der bedeutendste Fortschritt auf dem Gebiet dieser Synthese ist E. Phelps Buch *Structural Slumps* (Strukturelle Tiefpunkte) (1994). Wenn man von einigen wesentlichen Unterschieden in Ausdruck und Terminologie absieht, sind die Gedankengänge dieses Buches und dieser Arbeit miteinander zu vereinbaren. Phelps Argument scheint den Vergleich der Arbeitsmärkte der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaften, der hier vorgetragen wird, zu unterstützen.

angebot, von den unvollkommenen Wettbewerb begleitender Überschußkapazität und chronischer Arbeitslosigkeit ist. Wenn eine Mangelwirtschaft für das sozialistische System typisch ist, kann das kapitalistische System als eine „Überschußwirtschaft“ beschrieben werden.

Die Mikromärkte der Marktwirtschaften sind normalerweise einem Zustand des Walrasianischen Gleichgewichts (in dem das Angebot gleich der Nachfrage ist) viel näher als die der sozialistischen Wirtschaften. Aber Abweichungen vom Walrasianischen Gleichgewicht können natürlich auch in Marktwirtschaften beobachtet werden, wobei die relativen Häufigkeiten der positiven und negativen Abweichungen das Gegenteil derer in den sozialistischen Wirtschaften sind. Im sozialistischen System waren Fälle von Überschußnachfrage (realer und nominaler) weit häufiger, bedeutender und anhaltender als die von Überschußangebot, während im kapitalistischen System Fälle von Überschußangebot (realem und nominalen) sehr viel häufiger, bedeutender und dauerhafter sind als die der Überschußnachfrage.

Ich benutze das Wort „Überschuß“ und wage es nicht, eine entschiedener Behauptung als diese aufzustellen. Es ist schwer auszumachen, wieviel von diesen Phänomenen zyklischer Natur ist, wieviel unvermeidlichen Reibungen der Anpassung zugeschrieben werden kann und was aus dem System selbst entspringt.

Während der Wirtschaftszyklus und die Arbeitslosigkeit Gegenstände einer umfassenden, von geteilten Meinungen und scharfen Auseinandersetzungen geprägten Literatur sind, hat es wenig Diskussion darüber gegeben, was das systemspezifische in den Problemen der modernen kapitalistischen Welt ist. Für die meisten westlichen Wirtschaftswissenschaftler ist das System der kapitalistischen Marktwirtschaft einfach da, und die bloße Frage scheint merkwürdig.⁵⁵ Eine Untersuchung der systemspezifischen Natur erfordert einerseits eine geschichtliche Perspektive und andererseits einen Vergleich des Kapitalismus mit anderen Systemen. Die postsozialistische Umgestaltung bietet eine einzigartige Gelegenheit für gerade eine solche historisch vergleichende Sichtweise.

⁵⁵ Fragen dieser Art zu stellen, ist weitgehend die Domäne der Gegner des kapitalistischen Systems, Marxisten und der extremen Linken. Jedoch ist die Frage auch für die, die an das System glauben, klar verständlich. Ich werde auf diesen Punkt im letzten Teil der Arbeit zurückkommen.

V. Beurteilung

Wenden wir uns einer *Beurteilung* der Veränderungen zu. Inwiefern kann die Beseitigung der Mangelwirtschaft als eine günstige oder eine ungünstige Entwicklung eingeschätzt werden? Anstatt daß ich auf ein einziges Endergebnis abziele, werde ich versuchen, die Auswirkungen in ihre Elemente aufzugliedern.

Wohlfahrt der Konsumenten

In einer chronischen Mangelwirtschaft ist die Wohlfahrt eines Verbrauchers nicht nur durch seinen tatsächlichen Konsum, sondern durch die Ereignisse vor und nach dem Kauf bestimmt.

Auf einem Käufermarkt ist der Käufer derjenige, der die mit dem Geschäft einhergehenden Mühen auf sich nehmen, der die mit Information und Suche verbundenen Anstrengungen tragen muß. Auf einem Verkäufermarkt ist die Situation andersherum. Jede Familie muß viele Stunden ihrer Freizeit in der Schlage stehen.⁵⁶

Wenn ein Kauf letztendlich stattfindet, ist erzwungene Substitution üblich. In der Sprache der Nutzentheorie bedeutet dies, daß der Käufer mit einem kleineren Nutzen zufrieden sein muß. Dasselbe geschieht in einem zeitlichen Kontext, wenn der Käufer einen Einkauf aufgrund eines Mangels aufschieben muß. Ein noch größerer Verlust an Konsumentenwohlfahrt ergibt sich, wenn der Käufer eine Einkaufsabsicht ganz aufgibt.

Käufer werden dazu gebracht, sich ob ihrer Wehrlosigkeit schlecht zu fühlen. Sie erfahren Grobheit von seiten der Verkäufer; sie müssen ihnen gegenüber unterwürfig sein, ihnen schmeicheln oder sie sogar zu bestechen versuchen.

Alle diese Arten von Verlusten der Verbraucher hören mit der Beseitigung der Mangelwirtschaft auf.

Solche Veränderungen können nicht mit Hilfe synthetischer Indexzahlen dargestellt werden. Die gängigen Statistiken zeigen nur die Quantität

⁵⁶ Wettbewerb zwischen den Verkäufern befreit die Käufer natürlich nicht vollständig von der Anstrengung des Suchens und der Informationsbeschaffung. Insbesondere unter Bedingungen des unvollkommenen Wettbewerbs kann die Auswahl zwischen Substituten unter Erwägung einer großen Zahl qualitativer Parameter und relativer Preise eine komplexe Aufgabe sein. Je entwickelter die Wirtschaft und je weitgefächerter das Sortiment ist, desto schwieriger wird die Auswahl.

und den Inhalt des Konsums, ohne das Gefühl des Verlusts wiederzugeben, daß durch die mit dem Konsum verbundenen Anstrengungen und Enttäuschungen eingegangen wird.

Die irreführendste Praxis ist, inmitten dramatischer Veränderungen der Marktsituation, die Indizes für Reallöhne zu benutzen. Was bedeutet ein Preisanstieg im Fall eines Gutes, das der offiziellen staatlichen Preisliste nach billig war, aber niemals erstanden werden konnte, nun aber teuer ist, jedoch auf dem freien Markt verfügbar ist?⁵⁷ Diese Veränderung reduziert, wenn alle anderen Faktoren konstant bleiben, den Index der Reallöhne, obwohl die Wohlfahrt des Individuums, der vom Käufer genossene Nutzen offensichtlich erhöht wird, vorausgesetzt daß die durch den Mangel verursachten Verlustgefühle unter die wirtschaftspsychologischen Faktoren gezählt werden, die die Wohlfahrt bestimmen.

Obwohl es statistisch schwierig oder sogar unmöglich ist, diese günstige Auswirkung der Beseitigung des Mangels zu erkennen, ist fraglich, welchen Wert ihr die betroffenen, die Veränderung durchstehenden Individuen geben. Sie weisen wahrscheinlich nachträglich der Beseitigung des Mangels einen viel geringeren Wert zu, als sie vor der Veränderung den durch den Mangel verursachten Verlusten gaben. Die ungarischen Käufer haben sich heutzutage an die Beseitigung des Mangels gewöhnt, nehmen sie als gegeben hin und sind von ihr nicht übermäßig beglückt. In der Sprache der Nutzentheorie würde ich sagen, daß der Nutzen der Abschaffung eines ungünstigen Zustands (der Bedingungen der Mangelwirtschaft, wie sie von den Käufern erfahren werden) nicht der gleiche ist wie (und hier weniger groß ist als) der „negative Nutzen“ des Bestehens *desselben* Zustands.⁵⁸ Ein Politiker, der die Veränderung steuert, mag hierüber verärgert sein und die Leute als undankbar schelten, aber das wird die menschliche Natur nicht ändern.

⁵⁷ Dieses Problem wird in einem Artikel von A. Berg und J. Sachs (1992) überzeugend dargestellt.

⁵⁸ Diese Asymmetrie kommt in den üblichen Nutzenfunktionen, die das Konsumverhalten beschreiben, nicht zum Ausdruck. Die Modellierung der Asymmetrie würde große technische Schwierigkeiten mit sich bringen und eine tiefgehende theoretische Revision erfordern.

Wie die klassische Physik baut die Wirtschaftswissenschaft in ihren Theorien auf eine implizite Annahme der Umkehrbarkeit. Bedeutende Fortschritte wurden in gewissen Bereichen der Physik gemacht, als die Unumkehrbarkeit der Zeit in Rechnung gestellt wurde. Eine Revision der Wirtschaftstheorie in diese Richtung hat gerade erst begonnen. Außerhalb des „Hauptstroms“ der Wirtschaftswissenschaften sind einige bemerkenswerte Arbeiten erschienen, die die Idee der Unumkehrbarkeit schon in die Theorie eingebaut haben. Vgl. die Arbeiten der Vertreter der evolutionistischen Schule: W.B. Arthur (1994), A. Marshall [1890] (1961) und R. Nelson und S. Winter (1982).

Die Hausfrau, die verbittert in der Schlange vor dem Metzgerladen stand und hochofren war, wenn ihr das eine oder andere Stück Fleisch ohne jede Wahlmöglichkeit hingeworfen wurde, besieht sich nun die große Auswahl nicht nur mit Gleichgültigkeit, sondern mit Irritation und Bestürzung über den hohen Fleischpreis. Sie wird besonders „undankbar“ sein, was das Ende der Fleischknappheit angeht, wenn ihre Mittel kärglich sind und sie es sich nicht leisten kann, das von ihr gewünschte Fleisch zu kaufen.

Dieses Beispiel veranschaulicht nicht nur die Vergeßlichkeit der Menschen beim Systemvergleich, sondern die Tatsache, daß der Wechsel des Marktregimes Konsequenzen auf die Verteilung hat. Lassen Sie uns der Einfachheit halber sagen, daß den Käufern unter jedem Regime genau dieselbe Quantität und Auswahl an Waren gegeben wird, aber daß diese Produktmenge nicht alle Bedürfnisse des potentiellen Käufers erfüllt. Beide Regime werden spezifische Auswahlkriterien benutzen, um zu entscheiden, wer die Güter bekommen wird und wer ausgelassen wird. In einer Mangelwirtschaft sind verschiedene unterschiedliche Prinzipien im Auswahlprozeß gemischt: Verdienst, Loyalität gegenüber der Obrigkeit und Position in der Hierarchie, Bedarf, Verbindungen und Bestechung, Zeitpunkt des Anstellens an die Schlange und simples Glück. Die genaue Mischung dieser Kriterien schwankt je nach Land, Periode und Markt. Mehrere Arten von Kriterien treffen auch in einer Marktwirtschaft zu, aber es besteht eine offensichtlich enge positive Verbindung zwischen der Einkommenssituation (die wiederum von verschiedenen Faktoren bestimmt wird) und der Befriedigung der Kaufabsichten. Hier „spricht Geld“ zuallererst.

Das Gefühl der Sicherheit

Dieselben Merkmale des sozialistischen Systems, die die Mangelwirtschaft produzieren, erzeugen zur gleichen Zeit eine besondere Stabilität der Preis-, Lohn-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtsbedingungen. Nachdem sie schon früher in dieser Arbeit erörtert wurden, werden diese Merkmale hier ausschließlich vom Standpunkt der Auswirkung her betrachtet, die sie auf das Sicherheitsgefühl der Menschen haben. Die Beseitigung der Mangelwirtschaft ist mit der Verletzung dieses Gefühls der Sicherheit der Menschen verbunden.

Die Rigidität der Preise und Löhne, die streng zentral geregelt und für lange Zeit festgelegt werden, macht es für die Wirtschaft schwerer sich anzupassen und fügt ihrer Effizienz schweren Schaden zu. Gleichzeitig steigert sie das Gefühl der Sicherheit der Haushalte bei der Voraussage ihrer

zukünftigen finanziellen Situation. Die Schwankungen der Preise, Löhne, Wechselkurse und Zinssätze auf dem Markt sind weit weniger voraussehbar.

Das sozialistische System bietet durch staatliche Umverteilung Wohlfahrtsdienstleistungen aufgrund ziemlich klarer Regeln, jedoch auf einem niedrigen Standard an. Da sie gratis oder beinahe kostenlos sind, entwickelt sich ein chronischer Mangel an fast allen von ihnen. In dem Maße, in dem diese Dienstleistungen in die Marktsphäre übertragen werden, enden die Mangelphänomene, aber als Funktion hiervon werden die staatlich garantierten Leistungen auf einen engeren Bereich beschränkt.

Wie im Detail im Teil IV erörtert wurde, ist es sowohl die Zuteilung der Arbeitskräfte als auch die der Waren, die von einem Verkäufer in einen Käufermarkt umkippt. Alles, was im letzten Abschnitt als Gewinn der *Verbraucher* auf dem Markt für Güter erörtert wurde (weniger Suche nach dem Angebot, größere Auswahl, keine Notwendigkeit zur Unterwürfigkeit dem Verkäufer gegenüber), stellt einen Verlust für die *Arbeitnehmer* auf dem Arbeitsmarkt dar. Sie müssen nun nach Arbeit suchen; sie können nicht zwischen Arbeitsplätzen auswählen; sie können sich in erniedrigenden Situationen wiederfinden. Es mag sein, daß dasselbe Individuum gleichzeitig ein Gewinner als Verbraucher und ein Verlierer als Arbeitnehmer ist. Beschäftigungsgarantie und Arbeitsplatzsicherheit gehen mit der Mangelwirtschaft zu Ende.

*Die Abhängigkeit der Bürger:
die Beziehungen zwischen der Bürokratie und der Wirtschaft*

Niemand hatte im voraus „geplant“, daß das sozialistische System als Mangelwirtschaft funktionieren würde. Aber sobald sie sich einmal entwickelt hatte, leistete die Mangelwirtschaft der Autokratie des Parteistaats und der Macht der bürokratischen Hierarchie gute Dienste.⁵⁹ Der Mangel schränkte die persönliche Freiheit der Wahl stark ein. Er war eine der Hauptgarantien, daß die Individuen in einem Zustand der Abhängigkeit vom Parteistaat leben würden.⁶⁰ Dies wurde in ihren täglichen Erfahrungen von den Konsumenten und auch den Firmenmanagern gespürt. Die Bevölkerung war gegen die politischen Entscheidungen der Spitzenführung wehrlos, die

⁵⁹ Unter den Gründen für das Aufkommen von Mangel wird dieser in der Arbeit von A. Shleifer und R. Vishny (1992) betont.

⁶⁰ Wie das Buch von F. Fehér, Á. Heller und G. Márkus (1979) es lebhaft darstellte, bestand eine „Diktatur über die Bedürfnisse“.

ein souveränes Recht hatte, über Fragen des Angebots, der Nachfrage, der Preise, Löhne und das Maß und die Verteilung des Mangels zu entscheiden.

Die Beseitigung der Mangelwirtschaft beendet die Wehrlosigkeit dieser Art. Ich will den Käufermarkt nicht idealisieren; ich betrachte ihn nicht als die Verkörperung unbegrenzter Konsumentensouveränität. Die Geschmäcker der Konsumenten werden in großem Maße von den Produzenten, nicht selten auf manipulierende Weise bestimmt. Aber sie können solche Dinge nur innerhalb bestimmter Grenzen tun. Der Markt ist ein Mechanismus, der die Produktion an die Verbraucherpräferenzen in sehr hohem Maße anpaßt, selbst wenn es Reibungen gibt. Oder die Verbraucher müssen zumindest durch ihre Kaufentscheidungen ihre Einwilligung geben, wenn Produzenten etwas Neues ausprobieren; sie können die Käufer nicht über eine gewisse Zeit hinweg zu etwas zwingen.

Das augenblickliche Parlament und die Regierung können, selbst wenn sie in einer demokratischen Staatsform agieren, die Wünsche der Verbraucher in gewissem Maß beeinflussen und einschränken. Aber es muß hinzugefügt werden, daß je demokratischer das System ist, desto weniger kann es den Verbrauchern diktieren.

Also vergrößert letztendlich die Beseitigung der Mangelwirtschaft auch die Rechte und Freiheiten.⁶¹

Es gibt noch ein anderes Phänomen, das es zu erwähnen lohnt, wenn die Beziehung zwischen der Bürokratie und den Akteuren der Wirtschaft erörtert wird: Korruption. Korruption bestand schon in der Mangelwirtschaft; *Käufer* versuchten, Zugang zu dem Gut oder der Dienstleistung, die sie sich wünschten, zu erhalten, indem sie den Verkäufer oder den verteilenden Bürokraten bestachen. Durch die Beseitigung der Mangelwirtschaft und der schnellen Verbreitung privaten Unternehmertums findet ein Richtungswechsel statt, durch den nun der *Verkäufer* knappe staatliche Aufträge durch Korruption zu ergattern sucht. Zusätzlich tritt Korruption auf, wo immer der Erfolg privater Unternehmer teilweise von spezifischen Aktionen staatlicher Amtsträger abhängt, die damit beauftragt sind zu entscheiden, wer und unter welchen Bedingungen staatliches, zur Privatisierung anstehendes Vermögen, das Miet- oder Pachtrecht für ein staatseigenes Mietshaus oder Grundstück oder die Erlaubnis zur Betreibung einer staatlich

⁶¹ Genauer gesagt, es kräftigt, was in der Ethik als die „negativen“ Freiheiten bekannt sind, durch die wir frei *von* etwas sind (z.B. staatlicher Unterdrückung oder Einmischung in unsere Leben). Die Verbreitung positiver Freiheiten (durch die wir frei sind, etwas *zu tun*) hängt in diesem Zusammenhang von den Ressourcen und Gütern ab, die uns zur Verfügung stehen, d.h. vom allgemeinen Wohlbefinden und der Verteilung der Einkommen.

regulierten Tätigkeit erhält usw. Viel mehr reiche Geschäftsleute können es sich nun leisten, große Summen für Bestechung auszugeben. Mit der Beseitigung des sozialistischen Systems lockert sich auch die Unterdrückung. Der große Erfolg bei der Verbreitung von Rechten und Freiheiten hat die unglückliche Nebenwirkung, die Kontrollen zu lockern. Korruption wird dem Maßstab nach umfassender und auffälliger, insbesondere in der immer noch unzureichend konsolidierten Übergangsperiode.

Wachstum, qualitative Entwicklung und technischer Fortschritt

Alles, was bis jetzt über die Vorteile und Nachteile gesagt wurde, folgt aus einem statischen Vergleich der beiden Zustände. Hinzugefügt werden müssen die Auswirkungen, die einen Einfluß auf die Dynamik des Funktionierens des Systems ausüben.

Die Veränderung scheint anfänglich einen negativen Effekt auf das quantitative Wachstum der Wirtschaft zu haben, was z.B. durch die Indizes für den Aggregatoutput gemessen werden kann. Die wichtigste treibende Kraft für das anfänglich schnelle Wachstum im sozialistischen System war der Investitionshunger, der neben anderen Faktoren aus der Erwartung sproß, daß der Mangel bestehen bleiben würde, so daß fast jeder Output würde verkauft werden können – das Wachstum war niemals durch eine beschränkte Größe der Nachfrage behindert. Diese alte treibende Kraft endet im postsozialistischen Übergang, in dem die neuen aus dem Gewinnstreben erwachsenden Kräfte anfänglich immer noch schwach sind. Auch tragen hierzu weitere rezessionäre Effekte bei, die das „Umkippen“ begleiten.

Inzwischen erzwingt der Wechsel des Marktsystems nützliche Veränderungen der Produktionseffizienz. Ein Teil dieses Effekts erscheint schnell und macht sich in der täglichen Aktivität der Firma bemerkbar. Die vorherige Unsicherheit, was die Beschaffung von Inputs angeht, sinkt; es gibt weniger Probleme bei der Erlangung von Materialien, Halbfertigprodukten und Einzelteilen. Der Arbeitskräftemangel endet und damit die Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz. Alle diese Veränderungen tragen zu einer effizienteren Nutzung der Produktionsfaktoren bei, die früher oder später zu schnellerem Wachstum der Wirtschaft beiträgt.

Noch wichtiger ist der langfristige Effekt. Die schwerwiegendste und zerstörerischste Auswirkung der Mangelwirtschaft ist, daß sie im Zusammenwirken mit anderen Faktoren den technischen Fortschritt verzögert. Sie beraubt die wirtschaftliche Aktivität der treibenden Kraft, die durch

Anreize Rivalität erzeugt. Der Sozialismus verlor im Wettbewerb zwischen den beiden Systemen vor allem, weil er langfristig beim Anheben der Arbeitsproduktivität zurückblieb.

Aus dem Vergleich politischer und wirtschaftlicher Systeme habe ich die Schlußfolgerung gezogen, daß dies durch das Umschalten vom Verkäufer- zum Käufermarkt anders werden wird. Ich glaube, daß früher oder später die Verbreitung der anderswo erreichten Innovationen sich auch in der postsozialistischen Region beschleunigen wird und wahrhaft originelle, bahnbrechende Erneuerungen ebenfalls aufkommen werden. Hier kann ich nur meinem eigenen Vertrauen Ausdruck geben. Wir müssen immer noch auf die Tatsachen warten, die diese Voraussage bestätigen oder widerlegen werden.

Zusammenfassende Bewertung

Die Umgestaltung und innerhalb dieser die Beseitigung der Mangelwirtschaft ist eine Mischung aus günstigen und schädlichen, willkommenen und schmerzhaften Veränderungen. Ich habe versucht, sowohl die günstigen als auch die ungünstigen Effekte auf objektive Weise darzustellen. Die Wirtschaft stellt sich von einem Normalpfad auf den anderen um. Das Attribut normal vermittelt auch, daß diese keine idealisierten, reinen theoretischen Modelle mit extremen Charakteristika, sondern tatsächliche historische Gebilde sind, die eine Mischung aus „gut“ und „böse“ enthalten. Beide Pfade sind mit einer Mischung von Merkmalen gepflastert, deren Beurteilung von dem Wertsystem abhängt, das die Person oder die Gruppe, die das Urteil abgibt, unterschreiben möchte.

Ich habe nicht den Wunsch, mit meinem eigenen Urteil zurückzuhalten: Meiner Meinung nach wiegen die Vorteile die Nachteile auf. Ich betrachte die Beseitigung der Mangelwirtschaft als einen Erfolg des postsozialistischen Übergangs, obwohl ich mir bewußt bin, daß hierfür auch bittere Preise gezahlt werden müssen.

Es kann angenommen werden, daß eine große Zahl von Menschen auf der Grundlage anderer Wertsysteme ein weniger günstiges Werturteil fällen werden.⁶² Es gibt eine ganze Reihe Faktoren, die dies erklären. Im Falle mancher Leute ist es die zuvor erwähnte historische Vergeßlichkeit, die die

⁶² In einer Umfrage aus dem Jahre 1991 meinten 59% der Befragten, daß die Preise niedriggehalten werden sollten, selbst wenn dies bedeutete, daß Mangel an gewissen Produkten herrschen würde. Vgl. G. Lázár (1993, S. 43).

Erinnerung an die durch den Mangel verursachten Leiden und Verluste wegwäscht. Bei anderen ist es die Tatsache, daß sie sich auf der Verlierer-, nicht der Gewinnerseite der aus dem Wechsel zum Käufermarkt folgenden Umverteilung befinden. Schließlich gibt es noch einen weiteren Umstand, der die öffentliche Haltung erklärt. Das entscheidende Kriterium für einen theoretischen Forscher, der Systeme vergleicht, ist die langfristige Wirkung, vor allem die Art und Weise, in der die Beseitigung der Mangelwirtschaft den langfristigen Produktivitätstrend beeinflussen wird. Aber die Mehrheit der Menschen schenkt dem verständlicherweise wenig Aufmerksamkeit und wartet ungeduldig auf eine direkt wahrzunehmende Wendung zum Besseren.

Alles dies erklärt, warum eine große Zahl von Menschen der Beseitigung der Mangelwirtschaft keine besonders große Aufmerksamkeit beimißt, obwohl diese eine der wichtigsten, fühlbarsten und langfristig bedeutendsten Entwicklungen des postsozialistischen Übergangs ist.

6.

Andauerndes Wachstum als höchste Priorität

Makroökonomische Spannungen und Regierungspolitik in Ungarn¹

Diese Arbeit betrachtet die Probleme, die durch fünf makroökonomische Spannungen entstehen: Inflation, Arbeitslosigkeit, das Haushaltsdefizit, das Zahlungsbilanzdefizit und den Produktionsrückgang. Obwohl sie ziemlich lang ist, gibt sie dennoch kein Gesamtbild, da sie eine Reihe wichtiger Fragen nicht anspricht (unter anderen die Frage der Geldpolitik).

Die Analyse dieser fünf makroökonomischen Spannungen bietet mir die Möglichkeit, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu kommentieren. Wohin auch immer ein Wirtschaftswissenschaftler dieser Tage geht, ob zu einer privaten Gesellschaft oder einer beruflichen Diskussion, kommt die Frage auf: Stimmen sie dem „wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaket“ der Regierung zu? Ich kann auf diese Frage nicht mit einem kategorischen Ja oder Nein antworten. Die Leser werden im Lauf der detaillierten Analyse

¹ Diese Arbeit ist in der ungarischen Tageszeitung *Népszabadság*, aus Platzgründen etwas gekürzt, in den Ausgaben vom 29. August bis zum 2. September 1994 erschienen. *Népszabadság*, die ungarische Zeitung mit der größten Auflage, bezeichnet sich selbst als „sozialistische Zeitung“, veröffentlicht aber regelmäßig Artikel von nichtsozialistischen Autoren und auch Gegnern der sozialistischen Partei. Meine Arbeit ist eine Bewertung des Wirtschaftsprogramms der neuen, von der sozialistischen Partei geführten ungarischen Regierung. Die Einleitung der Redaktion zu der Artikelserie hatte den folgenden Titel: „Kornais Kritik der Regierung“. Sie ist als „Discussion Paper Nr. 1697“, Harvard Institute of Economic Research, Harvard University, Cambridge, MA, Oktober 1994 wiederveröffentlicht worden.

Da die Arbeit für eine Tageszeitung geschrieben wurde, enthält sie keine Danksagungen, Literaturhinweise, genaue Beschreibung der Quellen und detaillierteren statistischen Belege der Bemerkungen. Ich beabsichtige, die Ergebnisse meiner fortlaufenden Forschung zur ungarischen Umgestaltung in Fachzeitschriften zu veröffentlichen, die natürlich die genauen Literatur- und Quellenangaben enthalten werden. Ich danke András Malatinszky und Brian McLean für die Übersetzung und Mária Kovács für ihre Hilfe bei der Redaktion des Textes.

erkennen können, in welchen Punkten ich die erklärte Regierungspolitik für korrekt halte und wo ich Vorbehalte, Sorgen oder Einwände habe.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Löhne

Es besteht eine wohlbekannte, enge Beziehung zwischen der Inflationsrate und dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Wenn angenommen wird, daß andere Faktoren (einschließlich der inflationären Erwartungen) konstant sind, kann die Inflation auf Kosten des Anstiegs der Arbeitslosigkeit verringert werden, und andererseits gibt es Mittel, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die eine Beschleunigung der Inflation als Nebenwirkung mit sich bringen. Leider stecken in unserer Wirtschaft beide Indizes gleichermaßen in einer mißlichen Lage. Die Inflation hat sich seit ihrem Höhepunkt bei einer jährlichen Rate von 38,6% im Juni 1991 verlangsamt, ist jedoch in dem 17-25%-Gürtel gemäßiger Inflation steckengeblieben (vgl. *Tabelle 4* im Beitrag 4 dieses Bandes und *Tabelle 1* in dieser Arbeit). Die Arbeitslosenquote ist von 1990 bis Februar 1993 stetig gestiegen. Obwohl sie seither wieder leicht gesunken ist, lag sie im Juni 1994 immer noch bei 11% (vgl. *Tabelle 5* im 3. Aufsatz dieses Bandes).

Die Betonung hier gilt nicht nur den bedauerlich hohen Werten der zwei Indizes zum aktuellen Zeitpunkt, sondern der Tatsache, daß sie auf diesen hohen Niveaus *steckengeblieben* sind. Es besteht die Gefahr, daß diese hohen Werte zur Gewohnheit werden und das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer formen.

Betrachten wir zunächst die Inflation. Wir wurden von diesem unglücklichen Prozeß aus einer Vielzahl von Gründen erfaßt, die ich hier nicht zu analysieren versuchen werde. Auch werde ich nicht umfassend alle Bedingungen für die Eindämmung und Verlangsamung der Inflation untersuchen, sondern mich statt dessen auf ein einziges, wenn auch sehr wichtiges Problem konzentrieren.

Die Art Inflation, mit der wir es in Ungarn zu tun haben, kann schon als „beharrlich“ bezeichnet werden, da sie von der Beharrlichkeit des Trends der Löhne und Preise vorwärtsgetrieben wird. Praktisch gesagt werden die Löhne indiziert: Die Inflation der Vergangenheit wird in die Zukunft projiziert, und vollständige oder fast vollständige Kompensation wird für sie im voraus gegeben. Tatsächlich hat es einen Fall von Überentschädigung gegeben, in der ersten Hälfte des Jahres 1994, als der Anstieg in den Verbraucherpreisen von Beginn des Jahres bis Mai 1994 18% betrug, wäh-

rend die durchschnittlichen Nominallöhne in derselben Periode um fast 21% und die durchschnittlichen Nominaleinkünfte nach den Steuern sogar noch stärker gestiegen waren. Der Anstieg in den Löhnen übt einen nach oben gerichteten Druck auf die Preise aus, bringt die Lohn-Preis-Spirale dazu sich zu drehen und führt dazu, daß inflationäre Erwartungen sich selbst erfüllen.

Tabelle 1

Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1994

Veränderungsrate gegenüber dem gleichen Monat
des Vorjahres i.v.H.

Januar	17,0
Februar	16,6
März	16,8
April	17,3
Mai	18,3
Juni	19,2
Juli	20,0

Quelle: Központi Statisztikai Hivatal (Zentrales Statistisches Amt), (1994b, S. 103).

Mit der Lohn-Preis-Spirale hängen die Abwertungen der Währung zusammen. Wenn sie nicht radikal genug sind, wird der ungarische Forint real an Wert gewinnen (was schädliche Auswirkungen hat, die später in der Arbeit behandelt werden). Wenn es andererseits eine reale Abwertung gibt, und diese auf die Lohnerhöhungen überschwappt, um so Preiserhöhungen auszugleichen, wird sie wiederum ein Impuls für Inflation. Die Spirale der wechselseitig erzeugten Inflation und wiederholter Abwertungen dreht sich immer weiter.

Es muß kategorisch gesagt werden, daß der Schlüssel zu dieser Situation im Trend der Löhne zu finden ist, wobei zwei getrennte Fragen – die der nominalen und der realen Löhne – unterschieden werden müssen. (Leider sind diese sowohl in offiziellen Erklärungen als auch in den daraus folgenden Debatten verwechselt worden.)

Um zunächst die Nominallöhne zu erörtern, stellen wir uns einen Idealfall vor, in dem alle Betroffenen übereinkommen, daß es von einem be-

stimmten Zeitpunkt an, sagen wir dem 1. Januar, für sechs Monate nicht die geringste Lohn- und Preiserhöhung geben wird. Nehmen wir in diesem gedanklichen Experiment an, daß es keine verspätete Auswirkung vorausgegangener Preis- und Lohnmaßnahmen gibt und daß die anderen wirtschaftlichen Faktoren dieselben bleiben. In diesem Fall würde, wenn alle Parteien einander trauen und sich darauf verlassen würden, daß alle anderen Akteure in der Wirtschaft ihre Seite des Übereinkommens einhalten und ihre Auflagen erfüllen, die Inflation sicherlich zum Stillstand kommen, ohne daß es einen Fall in den Reallöhnen oder im realen Verbrauch gäbe. Aber man muß vorsichtshalber sagen, daß der kritischste Punkt in diesem Gedankenexperiment nicht ist, daß keine Veränderung stattfindet, sondern daß die Teilnehmer an der Übereinkunft *glaubwürdig* sind. Wenn die eine oder andere Gruppe den guten Glauben der restlichen Teilnehmer mißbraucht, wird das Übereinkommen zusammenbrechen, und alles wird von vorne beginnen.

Ich glaube nicht, daß eine derart weitreichende Übereinkunft in der gegenwärtigen Situation erreicht werden könnte. Aber je näher wir einer solchen Übereinkunft kommen, desto mehr werden wir die Inflation zu verlangsamen imstande sein.

Leider hängt unter den ungarischen Bedingungen das Problem der *Nominallöhne* mit einem anderen Phänomen zusammen: der Tatsache, daß die *Reallöhne* und letztendlich der reale Verbrauch höher sind, als es von einem wirtschaftlichen Standpunkt gerechtfertigt ist. Ich bin mir bewußt, daß diese Bemerkung Widerstand und sogar Wut in vielen Leuten provozieren mag: Wie kann es jemand wagen, in einem von Armut heimgesuchten Ungarn Reallöhne und Realkonsum als „zu hoch“ zu bezeichnen? Nichtsdestoweniger muß ich mir den Aufschrei gefallen lassen und zu meiner Feststellung stehen.

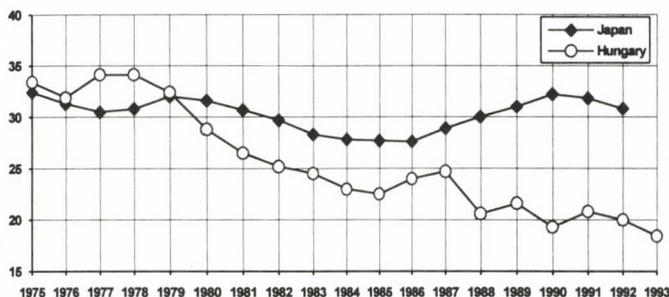
Man betrachte die folgende einfache, grundsätzlich wichtige wirtschaftliche Beziehung. Das BIP kann für zwei Hauptzwecke genutzt werden: Verbrauch oder Investition. (Exporte und Importe dienen letztendlich auch dazu, Verbrauch und Investitionen zu erhöhen.) In Ungarn ist der Anteil der Investitionen und der Ansammlung von fixem Kapital als Teil derselben gesunken. Er ist viel kleiner als in Ländern, die schnelles und beständiges Wachstum genossen haben. (Die Feststellung wird mit dem in *Schaubild 1* gezeigten internationalen Vergleich unterstrichen.)

Während der Anteil der Investitionen in den sich schnell entwickelnden asiatischen Ländern beständig hoch ist, fällt er in Ungarn stetig. Wenn wir uns nicht ausschließlich auf ausländische Mittel verlassen wollen (ich werde

auf die damit verbundenen Probleme später zurückkommen), muß das Verhältnis zwischen Investitionen und Verbrauch zugunsten der Investitionen und zu Lasten des Verbrauchs geändert werden.

Schaubild 1

Der Anteil der Investitionen in Japan und Ungarn



Quelle: *International Financial Statistics*, IMF, New York; Ausgaben des *Magyar statisztikai évkönyv* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch) und *Magyar statisztikai zsebkönyv* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch), *Magyarország nemzeti számlái* (Ungarns Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) des Zentralen Statistischen Amtes, Budapest; und Jahresberichte der Ungarischen Nationalbank.

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger der Regierung sind sich sicherlich dieser Tatsachen gewärtig. Ich respektiere den Mut, mit dem sie sich der Frage der Löhne angenommen und einen bedeutenden Teil des Problems der Öffentlichkeit nahegebracht haben. Aber mir scheint es, daß sie unvermeidlicherweise weitergehen müssen. Dies ist nicht nur eine Frage eines kurzfristigen Davonlaufens der Einkommen, das kurzfristige, einmalige Korrekturmaßnahmen erfordert. Es muß deutlich gesagt werden, daß das Wirtschaftswachstum durch die über lange Zeit gültigen und tief in das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und die sie koordinierenden Mechanismen eingepprägten Proportionen zwischen Investitionen und Verbrauch in Frage gestellt wird. Diese Proportionen müssen konsequent und dauerhaft geändert und der nach unten gerichtete Trend des Investitionsanteils muß umgekehrt werden.

In den Debatten wird oft der Verdrängungs- oder „crowding out“-Effekt angeführt, durch den öffentliche Ausgaben den produktiven Investitionen Mittel entziehen. Ohne dieses Problem verniedlichen zu wollen, würde ich gerne betonen, daß seine Bedeutung nur zweitrangig ist. Sogar begrifflich sollte der Unterschied zwischen den folgenden drei Punkten nicht verwischt werden: 1) Investitionen durch den Staat (Bildung von fixem Kapital und Ansammlung von Inventaren), 2) „Transferzahlungen“ durch den Haushalt; weiterhin aus dem Haushalt gezahlte Löhne und Gehälter und 3) die materiellen Kosten der öffentlichen Verwaltung und des Militärs. In diesem Zusammenhang muß Punkt 1) den anderen Investitionstypen zugerechnet werden und Punkt 2) zum Rest des Haushaltskonsums, während der Punkt 3), obwohl er bedeutend ist, im Vergleich mit dem lebenswichtigen Problem des Verhältnisses zwischen Investition und Verbrauch nicht sehr wesentlich ist. Die Investitionen werden hauptsächlich vom Verbrauch verdrängt und erst in zweiter Linie durch den materiellen Verbrauch der staatlichen Verwaltung und des Militärs.

Tatsächlich ist es nicht leicht einzusehen, wie es zur gegenwärtigen Situation, sowohl was die Nominal- als auch was die Reallöhne angeht, gekommen ist. Jedes wirtschaftswissenschaftliche Lehrbuch und die gesamte Erfahrung der Marktwirtschaften legen nahe, daß eine Rezession, die so ernst ist wie die in Ungarn stattfindende und die mit Massenarbeitslosigkeit einhergeht, die Löhne verringern sollte; bei gleichzeitiger Inflation sollte sie den Anstieg in den Nominallöhnen drosseln und die Reallöhne herunterdrücken. Also warum hat diese triviale Beziehung in einigen Jahren nur einen dämpfenden, in anderen Jahren überhaupt keinen Effekt gehabt und in noch anderen sogar zu einer Lohnbewegung in die entgegengesetzte Richtung nach oben geführt? Geschieht dies, weil die Regierung, die noch immer der größte Arbeitgeber ist, von der Taxifahrerblockade des Jahres 1990 erschreckt war und es aus Angst vor Popularitätsverlust nicht wagte, dem Lohndruck zu widerstehen? Oder weil die Gewerkschaften nach ihrem Erfolg in den Wahlen zu den Sozialversicherungsausschüssen außerordentliche Macht erlangten und auf immer höhere Nominallöhne anstelle des vom wirtschaftlichen Standpunkt her erforderlichen Kompromisses drängten? Oder weil viele private Unternehmer und Manager von Staatsfirmen aus der alten sozialistischen Elite kommen und noch lernen müssen, „kapitalistisch“ zu denken, oder weil sie dachten, daß sie doch ruhig die Löhne erhöhen könnten, da dies ja durch Preiserhöhungen ausgeglichen werden könnte? Oder weil die Budgetbeschränkung immer noch zu weich ist, um die Manager dazu zu bringen, strenge Lohndisziplin durchzusetzen?

Ich bin der Auffassung, daß bejahende Antworten zu allen diesen Fragen einen Teil der Wahrheit enthalten würden (obwohl andere Faktoren auch eine Rolle gespielt haben mögen). Um dieses ungewöhnliche wirtschaftsgeschichtliche Phänomen zu erklären, wäre eine eingehende wirtschaftliche und soziologische Analyse notwendig; eine unvoreingenommene Untersuchung dieses wichtigen Problems ist ein von den Wissenschaftlern noch geschuldeter Beitrag.

Wie könnte diese Situation verändert werden? Die Erfahrungen der Vergangenheit öffnen drei Hauptmöglichkeiten:

Die *erste Möglichkeit* ist eine noch tiefere Rezession. Die Arbeitslosigkeit wächst weiterhin in wildwüchsiger Weise und erreicht Quoten von 20 und sogar 30%. Diese unhaltbare Situation auf dem Arbeitsmarkt blockiert schließlich den Anstieg in den Löhnen, bricht den Lohndruck und stellt die für eine Erholung der Produktion erforderlichen Proportionen wieder her. Dies ist die brutalste Version, die besser vermieden würde, aber der Markt mag sie uns aufzwingen, wenn die Wirtschaftssubjekte sich nicht weiser verhalten.

Die *zweite Möglichkeit* ist eine Drosselung des Lohnanstiegs durch administrative Mittel. Diese wurde im sozialistischen System stets praktiziert und nach der politischen Veränderung im Jahr 1990 noch eine Weile fortgesetzt, wenn auch lascher, in Form von Strafsteuern auf übermäßige Lohnerhöhungen. Später wurden die staatlichen Kontrollen über die Löhne gänzlich abgeschafft, und in dieser Hinsicht ging Ungarn weiter als eine ganze Reihe kapitalistischer Länder, in denen von Zeit zu Zeit ebenfalls administrative Lohnkontrollen verhängt werden, um die Inflation zu bändigen, z.B. während der Stabilisierung im Jahre 1985 in Israel. Obwohl es also nicht undenkbar ist, in der heutigen ungarischen Wirtschaft administrative Mittel zu benutzen, sprechen mehrere Erwägungen dagegen.² Wir leben in einer Wirtschaft, die gerade erst anfängt, sich von den lähmenden Auswirkungen der bürokratischen Kontrolle zu erholen; Unternehmer und Politiker würden sich wahrscheinlich gegen administrative Beschränkungen als einem Zeichen der „Regression“ sträuben.

² Als jedoch im März 1995 endlich ein Programm radikaler Anpassung und Stabilisierung eingeführt wurde, hatte die Regierung keine andere Wahl, als die Steigerung der Nominallöhne ebenfalls mit Hilfe administrativer Methoden zu bremsen. Genauer, sie benutzte administrative Methoden in der direkt von ihr kontrollierten Sphäre, d.h. für aus dem Staatshaushalt und in Firmen mit überwiegendem Staatseigentum bezahlte Löhne und Gehälter. Ganz ohne staatliche Einmischung folgten die Löhne im Privatsektor mehr oder weniger denen im Staatssektor. [eingefügte Fußnote]

Aber wenn weder der erste noch der zweite Weg attraktiv scheint, bleibt nur die *dritte Möglichkeit* übrig: freiwillige Zurückhaltung. Es hat hierfür in der Wirtschaftsgeschichte viele Beispiele gegeben: die selbstbeschränkende Lohnpolitik der Gewerkschaften im Westdeutschland der Nachkriegszeit, das oft zitierte Beispiel des Post-Franco-Spaniens und der Fall Mexikos.

Es ist in dieser Arbeit nicht meine Absicht zu analysieren, inwieweit Ungarns gegenwärtige sozialistische Parlamentsmehrheit und Regierung aus der Perspektive der postsozialistischen Umgestaltung ein Vorzug und inwieweit sie ein Nachteil sind. Es scheint jedenfalls, als hätten sie Vorteile im Hinblick auf eine Lohn- und Einkommenspolitik. Eine Regierung, die in großem Maße von Arbeitern und Angestellten und mit Hilfe der Gewerkschaften gewählt worden ist, kann auf mehr politische Unterstützung rechnen und mehr moralisches Kapital aufbringen, um solch restriktive Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Ein großer Teil des Konflikts zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern muß „im Hause“, innerhalb der Spitze der sozialistischen Partei und zwischen sozialistischen Abgeordneten, gelöst werden.

Die Lohnfrage wird in der Zukunft ein Reifetest für die ungarische Regierung sein. Wird die Regierung das Durchhaltevermögen haben, an ihrer erklärten Politik festzuhalten? Welche Rolle werden die Gewerkschaften spielen? Werden sie Verständnis und volles Bewußtsein ihrer Regierungsaufgaben zeigen und die Imperative der wirtschaftlichen Umstände erkennen, oder werden sie mit unverantwortlichen Forderungen aufwarten?

Die Oppositionsparteien werden ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden. Die wirtschaftlichen Ratgeber des Bündnisses der Jungen Demokraten (Fidesz) vertraten vor den Wahlen eine dem obigen Argument ähnliche Linie. Wird die Partei diesen Prinzipien in der neuen politischen Konstellation treu bleiben? Und was die früheren Regierungsparteien angeht, da sie die Chance verpaßt haben, der Flut standzuhalten, als sie an der Macht waren, werden sie stark genug sein, wenigstens jetzt nicht nach billiger Popularität zu haschen, wo sie nicht die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen tragen?

Langfristig wird der Lohntrend hauptsächlich vom Produktionswachstum und der Produktivität abhängen. Andauerndes Wachstum ist eine wesentliche Bedingung für den gesunden Ablauf *eines jeden* wirtschaftlichen Prozesses. Man kann die Terminologie der Musik verwenden und sagen, daß diese Idee als das Leitmotiv im ganzen Verlauf dieser Arbeit im Zusammenhang mit jedem der betrachteten makroökonomischen Probleme wie

der auftauchen wird. Dies ist der Augenblick, dieses Leitmotiv zum ersten Mal erklingen zu lassen: Die straffe Selbstdisziplin, die eine Verbesserung im Lebensstandard zurückhält, kann nur enden, wenn Produktion und Arbeitsproduktivität stetig wachsen, so daß die Expansion der Reallöhne und des realen Verbrauchs hieraus mit gutem Gewissen gedeckt werden kann. (Lassen Sie mich, um jegliches Mißverständnis zu vermeiden, hinzufügen, daß eine Beschränkung des Wachstums der Reallöhne zur Verlangsamung der Inflation und auch der Lohn-Preis-Spirale selbst unter Wachstumsbedingungen notwendig sein mag.) Eine Veränderung der Investitions-Verbrauchs-Quote ist viel leichter erträglich, wenn der Verbrauch ebenfalls, wenn auch langsamer als die Investitionen, ansteigt.

Betrachten wir nun die Arbeitslosigkeit. Es gibt mehrere Gründe hierfür, aber die Makroökonomik lehrt schlüssig, daß einer der wichtigsten Faktoren das Lohnniveau ist. Löhne (und wie später erklärt wird, mit den Löhnen verbundene Steuern) beeinflussen in hohem Maße das Kosteniveau und so die Gewinne der Firmen. Es besteht eine kritische Schwelle der Profitabilität, und wenn diese beim gerade vorherrschenden Kostenstand nicht erreicht werden kann, ist es der Mühe einer Firma nicht mehr wert zu produzieren, ganz egal wer ihr Eigentümer ist, und sie wird statt dessen ihre Arbeitnehmer entlassen. Die Löhne und mit den Löhnen verbundenen Steuern haben einen beträchtlichen Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produktion auf inländischen und internationalen Märkten. Sie beeinträchtigen auch die Exporte und dadurch auch die Expansion der Wirtschaft. In gewissem Maße entsteht ein Interessenkonflikt zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen. Je höher die für die Arbeitnehmer herausgeschlagenen Löhne, desto mehr Leute riskieren den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Hier muß das Leitmotiv aufs neue gespielt werden: Die Hauptfrage ist das Wachstum. Solange die Wirtschaft weiterhin, was ihre aggregierten Produktionszahlen angeht, stagniert, wird sich der Insider-Outsider-Konflikt, der arbeitsplatzzerstörende Effekt relativ überhöhter Löhne, intensivieren. Die beruhigende Lösung ist die Schaffung von immer mehr Arbeitsplätzen mit einer hohen und stetigen Rate, in größerer Zahl, als die bestehenden Arbeitsplätze durch Veränderungen der Wirtschaftsstruktur eliminiert werden.

Das Haushaltsdefizit

Obgleich ich aus ganzem Herzen mit den Plänen der Finanzverwaltung, was die Lohnpolitik angeht, übereinstimme, betrachte ich die angekündigte Fiskalpolitik als nur teilweise korrekt. Sie hat Aspekte, die ich als annehmbar und willkommen ansehe, aber ich meine, daß sie sicherlich auch zweifelhafte, zu diskutierende Punkte enthält.

Ich befürworte voll und ganz die Anstrengungen der Regierung, die Ausgaben zu senken. Ich erkenne die moralische Wichtigkeit dieses Vorgehens, da es zeigt, daß der Staat seine Sparkampagne am eigenen Leib beginnt. Aber hier geht es schließlich nicht um moralische Lehren, sondern um die Lösung akuter wirtschaftlicher Probleme, und in dieser Hinsicht werden Ausgabenkürzungen, so lobenswert sie auch sein mögen, für sich genommen die wichtigen Spannungen im Haushalt nicht lindern können.

Durch die makroökonomische Theorie und den gesunden Menschenverstand ist offensichtlich, daß eine starke, fast arithmetische Beziehung zwischen der Haushaltsbilanz und dem BIP besteht. Ein großer Teil der Ausgaben hängt nicht vom BIP ab, ein anderer ja; jedoch handelt es sich um eine Beziehung mit einem Minuszeichen davor. Je mehr das BIP schrumpft, desto mehr muß aus dem Haushalt oder finanziell mit ihm verbundenen Fonds für Arbeitslosenunterstützung und andere Sozialleistungen veranschlagt werden. Andererseits ist der Großteil der *Einnahmen* direkt und positiv mit dem BIP verbunden. Je mehr das BIP wächst, desto höher sind die Einnahmen (sogar bei unveränderten Steuersätzen) aus der personengebundenen Einkommensteuer, der allgemeinen Mehrwertsteuer, Akzisen, Körperschaftsteuer, Sozialversicherungsbeiträgen, Zöllen etc. Im entgegengesetzten Fall, wenn das BIP abnimmt, werden diese Einnahmen zwangsläufig sinken. Also kann man sagen, daß kurzfristig die Haushaltsbilanz eine Funktion des Anstiegs oder Sinkens des BIP ist und andere Faktoren nur einen sekundären Effekt haben.

So lange wie das BIP schrumpft, wird das Haushaltsdefizit unweigerlich reproduziert werden. Es lohnt sich, an die selten erwähnte Tatsache zu erinnern, daß der reale Wert der Haushaltsausgaben in Ungarn seit 1989 ständig gesunken ist, so daß er 1993 ungefähr 20% niedriger war als vier Jahre zuvor und daß dennoch das Defizit ständig gewachsen ist. Lassen Sie mich hier das Leitmotiv in meinem Gedankengang wiederholen: Das Haushaltsdefizit kann auf Dauer nur in einer expandierenden Wirtschaft beseitigt werden. Wachstum ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedin-

gung zur Überwindung dieser Spannung. Leider hat die Regierung diese wichtige Beziehung aus den Augen verloren.

Dieselbe Argumentation kann auf das Verständnis der Staatsschulden angewendet werden. Es ist unmöglich zu entscheiden, ob die Schuldenlast auf dem Haushalt, was seine absolute Größe angeht, per se und im Verhältnis zu einem statischen Moment in der Zeit groß oder klein ist. Wie jede Schuld stellt sie ein charakteristischerweise dynamisches Problem dar. Wenn das BIP ansteigt und die wichtigsten Haushaltsposten mit ihm wachsen, wird derselbe absolute Betrag von Schuldendienst einen geringeren Anteil der Haushaltseinnahmen absorbieren. Wenn aber das BIP sinkt und die Haushaltseinnahmen mit ihm schrumpfen, wird derselbe absolute Betrag an Schuldendienst einen immer höheren Anteil der Haushaltseinnahmen erfordern. Also ist die Hauptfrage nicht, ob die Schulden hoch oder niedrig sind, sondern wofür sie genutzt werden. Wenn sie das BIP-Wachstum effizient fördern, schaffen sie ihre eigenen Mittel zur Rückzahlung und können sogar darüber hinaus zu zusätzlichem Wachstum beitragen. Aber wenn sie nicht weise genutzt werden, bilden sie einen immer schwereren Ballast, den die Steuerzahler tragen müssen.

Die Schuldenlast wird sich selbst befruchten, so lange der reale Zinssatz für staatliche Wertpapiere höher bleibt als die Wachstumsrate der Wirtschaft. In diesem Fall wird allein die steigende Schuldenfinanzierung fortlaufend ein Haushaltsdefizit erzeugen, dessen Finanzierung wiederum die Nachfrage nach Kredit erhöht und dadurch die Zinssätze in die Höhe treibt, was wiederum die Investitionen und damit auch das Wachstum drosselt. Dieser Gedankengang erklärt die starken gegenseitigen Beziehungen zwischen Haushaltsdefizit, Staatsschulden, Zinssätzen und Wachstum sowie den fiskalischen Strudel, der die Wirtschaft tiefer und tiefer nach unten ziehen kann. Natürlich müssen Anstrengungen unternommen werden, um das Wachstum der Staatsschulden einzudämmen und die Zinslast zu senken, aber letztendlich kann nur eine Beschleunigung des Wachstums die Richtung der Bewegung umkehren, so daß die Regierung aus dem Strudel entkommt, anstatt tiefer in ihn zu versinken.

Ein bestimmtes Verhältnis zwischen BIP und staatlichen Einnahmen stellt sich fast automatisch ein. Aber es wird durch eine bei weitem nicht automatische Beziehung ergänzt: die Konsequenz und der Strenge, mit der die Steuern eingetrieben werden. Das Regierungsprogramm spricht diese Frage auf korrekte Weise an und verspricht, strenger zu sein. Die öffentliche Meinung, sagen wir es offen, ist gespalten.

Es gibt viele Wege, Steuern zu hinterziehen. Ein üblicher Fall ist es, wenn Firmen, darunter wichtige Unternehmen, ernsthafte Rückstände bei der Zahlung ihrer Steuern, Zölle und Sozialleistungszahlungen ansammeln. Es ist gerechtfertigt, strengere Durchsetzung der Verpflichtungen zu fordern, aber man muß sich gewärtig sein, daß diese unerwünschte Nebenwirkungen haben wird. Es ermutigt zu Preiserhöhungen, weil die Firma das Geld, das sie schuldet, verdienen will, oder wenn dies nicht möglich ist, kann es dazu führen, daß die Firma bankrott macht oder liquidiert werden muß. Dies verursacht wiederum Arbeitsplatz- und Produktionsverluste. Diese Konsequenzen sind denen, die rasches Eintreiben der Steuern und anderer fiskalischer Verpflichtungen fordern, nicht genehm.

Der andere übliche Fall ist, wenn kleine oder mittlere Betriebe ihr Einkommen durch verschiedene Finten, so wie Nichtausstellen von Quittungen oder Nichtanmelden von Arbeitskräften, vergrößern. Der Gewinn kann dann zwischen Unternehmer und Kunden oder unregistriertem Arbeitnehmer geteilt werden. Daher erzielt strenge und konsequente Steuereintreibung Extraeinkommen, nicht nur von ihre Steuern hinterziehenden Unternehmern, sondern auch von Hunderttausenden von anderen, die dadurch, daß sie Kunden in der grauen Wirtschaft sind und keine Quittung verlangen oder illegal arbeiten und nicht darauf bestehen, ihre Anstellung zu registrieren, zu Komplizen werden. Die Mehrzahl der Betroffenen sind nicht unter den Ärmsten, am unteren Ende der Einkommensskala, sondern viel häufiger auf den mittleren Ebenen oder sogar noch höher. Die vorige Regierung hat keine strengen Maßnahmen gegen diese breiten Schichten der Gesellschaft unternommen. Wird die jetzige Regierung die Stärke und Entschlossenheit haben, dies zu tun?

Im Zusammenhang mit dem Thema des Haushalts möchte ich noch zwei weitere Fragen ansprechen. Die erste ist die hochkontroverse des Einkommens der ungefähr einer Million Menschen, die vom Staat beschäftigt werden (etwa ein Viertel der Gesamtbeschäftigung). Es müssen hier mehrere Faktoren behandelt werden, nicht zuletzt die Vorschriften des Gesetzes und die soziale Lage der Betroffenen. Wenn man die „Arbeitgeberseite“ betrachtet, ist das Problem verständlicherweise mit dem des Haushaltsdefizits verknüpft, da es einen der größten Posten der öffentlichen Ausgaben darstellt. Aber es lohnt sich auch zu erwägen, daß sich das Problem vom makroökonomischen Standpunkt aus auf zwei Fragen reduzieren läßt. Die erste ist die Grundsatzentscheidung, wie das BIP zwischen Verbrauch und Investitionen verteilt werden sollte, da schließlich die aus dem Zentralhaushalt bezahlten Löhne der Arbeitnehmer auch Quellen von Konsumaus-

gaben sind. Wenn das beabsichtigte Verhältnis dieser Größen erreicht worden ist, kommt die zweite Frage, die der *Umverteilung* auf. Welcher Anteil des Gesamtverbrauchs sollte an Arbeitnehmer gehen, die aus dem Zentralhaushalt bezahlt werden, und wieviel sollte der Rest erhalten? Eine Gruppe der Gesellschaft kann nur dann mehr aus einem gegebenen Konsumtopf erhalten, wenn andere weniger bekommen. Also streiten die Befürworter höherer Löhne für Staatsangestellte tatsächlich nicht mit dem Finanzminister über den Haushalt, sondern mit dem Rest der Bevölkerung über die Verteilung des Gesamtverbrauchs.

Die andere Hauptgruppe der mit dem Haushalt zusammenhängenden Probleme wird im ungarischen Fachjargon gewöhnlich als die „Reform der wichtigsten Verteilungssysteme“ bezeichnet. Jeder erfahrene politische Experte kann leicht verstehen, warum alle Politiker über diese Frage in allgemeinen oder verschleierten Begriffen sprechen, als wenn ihr Stil von den Zensoren verkrampft würde. Denn dies ist eine der schmerzhaften Stellen in der ungarischen Gesellschaft, über die es kaum einen wirklichen Konsens gibt. Was mich angeht, so habe ich nicht den Ehrgeiz, dem Parlament anzugehören oder Minister zu werden: Ich bin nicht auf Stimmenfang, und also kann ich frei sprechen.

Niemand, noch nicht einmal ein Wirtschaftswissenschaftler mit ziemlich ausgeprägten *laissez-faire*-Prinzipien, würde so weit gehen vorzuschlagen, daß der Staat all seine sozialen Funktionen aufgeben sollte. Tatsächlich gibt es zwei „reine“ Modelle, die es sich zu vergleichen lohnt.

In dem einen Modell versucht der Staat nur den in Not Befindlichen mit Steuergeldern zu helfen. Obwohl diese Bedingung nicht völlig konsequent angewandt werden kann, könnte das Bedarfsprinzip ein leitendes Kriterium bei der Schaffung von Wohlfahrtsinstitutionen, der Formulierung von Gesetzen und Verordnungen und der Vergabe von öffentlichen Geldern sein. Das Prinzip ist ein Versuch, die Solidarität der Gesellschaft mit den Armen, Schwachen und Bedürftigen in der Praxis zu verwirklichen. Der Nachteil ist, daß auf irgendeine Weise die vorhandenen Mittel festgestellt werden müssen, was in vielen Fällen erniedrigend ist. Natürlich hilft der Staat anderen Teilen der Gesellschaft, sich selbst zu helfen. Er nimmt aktiven Anteil daran, ein weitgespanntes Netzwerk dezentralisierter Versicherungsgesellschaften, Gesundheitsverbänden und Rentenversicherungsfonds (die größtenteils als nicht-gewinnorientierte Institutionen oder als marktkonforme Firmen funktionieren) aufzubauen und mit Startkapital auszustatten. Der Staat behält die Verantwortung, den rechtlichen Rahmen für das Funktionieren dieser Institutionen zu schaffen und Aufsichts-

mechanismen zu organisieren. Die Verteilung der Kosten der Wohlfahrt und der Sozialversicherungsausgaben zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern harrt noch einer gesetzlichen Lösung.

Das andere reine Modell geht noch weiter und nutzt, im Einklang mit verschiedenen anderen Berechtigungskriterien, Steuergelder für Sozialleistungen an Bürger, die nicht auf diese angewiesen sind. Solche Berechtigungskriterien können unter anderem Mutterschaft, mehrfache Elternschaft, Anstreben eines Universitätsstudiums, Krankheit oder einfach der Status ungarischer Staatsangehörigkeit sein.

Die augenblickliche ungarische Praxis ist sehr nahe am zweiten Modell, in dem der Staat eine extrem paternalistische Rolle spielt und das Geld des Steuerzahlers nach viel weitgespannteren und umfassenderen Kriterien verteilt wird als in den meisten anderen Ländern der Welt. Ich habe in einer meiner früheren Arbeiten einen Begriff benutzt, den ich hier gerne wiederholen würde. Ungarn wurde unter dem Kádárregime (1956-1989) zu einem „frühgeborenen Wohlfahrtsstaat“. Obwohl dieses Land viel weniger entwickelt war als die skandinavischen Länder, waren die Wohlfahrtsverpflichtungen, die sich der Staat vor dem Systemwechsel auflud, den dortigen gleich und in gewisser Hinsicht höher (vgl. *Schaubild 2*).

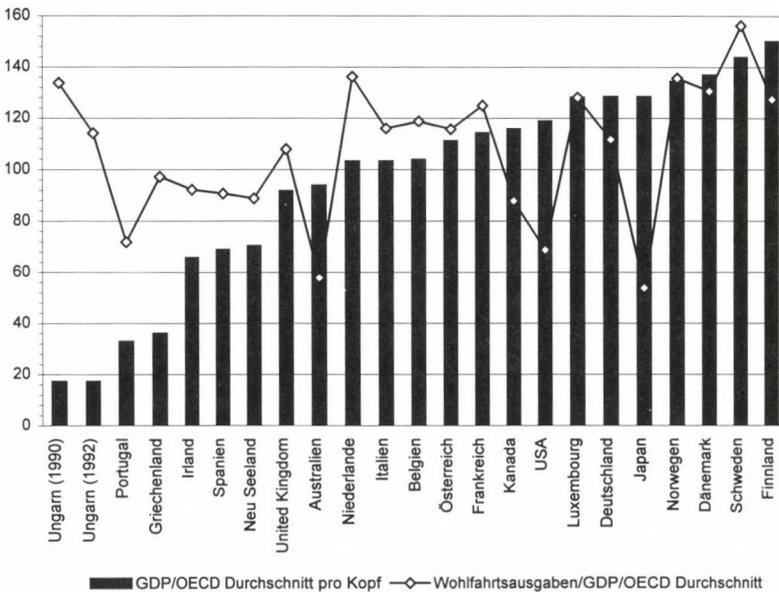
Die erste frei gewählte Antal-Boross-Regierung änderte diesen Trend nicht; tatsächlich verpflichtete sie sich zu zusätzlichen Sozialleistungen. Daher hat sich Ungarn, anstatt sich dem ersten Modell zu nähern, in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Ein bis dahin unerreichter Grad der Zentralisierung fand in den Renten- und Gesundheitssystemen statt, wo fast keine Bewegung in Richtung Dezentralisierung und Privatisierung stattfand. „Extra-budgetäre“, aber zentralisierte Fonds wurden geschaffen, deren Selbstverwaltungskörperschaft von den Gewerkschaften kontrolliert wird; jedoch müssen ihre eventuellen Defizite vom Staat mit dem Geld der Steuerzahler gedeckt werden. Das daraus folgende System ist in der Welt einzigartig: Nirgendwo sonst gibt es eine derart institutionalisierte und großangelegte „weiche Budgetbeschränkung“.

Die jetzige Situation beleidigt die moralischen Auffassungen vieler Menschen: Warum sollten Steuerzahler Menschen unterstützen, die nicht darauf angewiesen sind? Aber wirklich ernsthaft betrifft dieses Problem die wirtschaftliche Entwicklung, nicht die Ethik: Die Unterstützung von Menschen, die nicht darauf angewiesen sind, ist der Hauptgrund, warum die Steuern hoch sind, insbesondere die Steuer- und Abgabensätze, die auf die Löhne erhoben werden und die vielleicht die höchsten in der Welt sind! Dieses große Hindernis für Produktionswachstum, Investitionen und

Schaffung von Arbeitsplätzen gibt Unternehmern ein starkes Motiv, Arbeitsplätze, selbst auf das Risiko einer Entdeckung hin, geheim zu halten.

Schaubild 2

Pro-Kopf-BIP und die für Wohlfahrt ausgegebene Proportion des BIP in den OECD-Ländern und Ungarn als Anteil des OECD-Durchschnitts 1990



Quelle: István György Tóth (1994, S. 322). Die Daten des Autors fußen auf Zahlen der OECD und des Ungarischen Zentralen Statistischen Amtes.

Anmerkung: Die Berechnungen beruhen auf Zahlen für 1990, mit Ausnahme der ersten Spalte, in der nur für Ungarn Zahlen für 1992 gegeben werden. Die steigende Höhe der Balken spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung wider, wobei Ungarn das am wenigsten entwickelte Land im Schaubild ist. In der relativen Höhe seiner Wohlfahrtsausgaben jedoch wird es nur von Schweden merklich übertroffen, während Norwegen und die Niederlande sich auf ungefähr demselben Niveau befinden. Der Vergleich zwischen der ersten und der zweiten Spalte zeigt, wie sich der Abstand zwischen 1990 und 1992 vergrößerte.

Im Regierungsprogramm lese ich Hinweise auf den Wunsch, das Bedarfsprinzip konsequenter anzuwenden. Einverstanden, aber dies sind immer noch nur schwache Andeutungen und keine klaren Aktionspläne. In welchem Maße wünscht sie, die Veränderung vorzunehmen? Wie weit will die

Regierung vom zweiten Modell abrücken, und wie nahe will sie sich an das erste annähern?

Natürlich glauben die Anhänger des ersten Modells, zu denen ich gehöre, nicht, daß es auf einen Schlag eingeführt werden könnte. Es wird eine lange Zeit dauern, es zu organisieren, und die Anpassungsfähigkeit verschiedener Gruppen in der Gesellschaft muß ebenfalls in Erwägung gezogen werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Von einer jungen Person am Anfang einer Karriere, die tatsächlich zwischen verschiedenen Pensionsschemata wählen kann, kann eine andere Empfindlichkeit für die Renten erwartet werden als von einer älteren, die keine andere Wahl hat, als sich auf die vom Staat gezahlte Rente zu verlassen. Die Reformen sollten sicherlich mit Geduld, Humanität und Takt durchgeführt werden. Es liegt mir fern, auf übermäßige Hast zu drängen, aber ich muß die neue Regierung dennoch fragen: In welcher Gangart gedenkt sie, die Veränderungen durchzuführen?

Was ich schon früher in dieser Arbeit im Zusammenhang mit der Lohnpolitik erklärt habe, trifft auch auf dieses Problemgebiet zu. Die augenblickliche Konstellation bietet wirklich eine einmalige Chance, innerhalb der Regierung die Interessenkonflikte über die Beendigung des „frühgeborenen Wohlfahrtsstaats“ und die Exzesse des zweiten Modells zu lösen und die damit zusammenhängenden Probleme „im Hause“ auszutragen.

Es wäre jedoch ein Fehler, diesen Konflikt ausschließlich als einen Machtkampf zwischen verschiedenen Trends zu betrachten. Eine Annäherung an das erste Modell, mit konsequenterer Anwendung des Bedarfsprinzips, kollidiert tatsächlich mit den augenblicklichen Interessen breiter Schichten in der Gesellschaft. Die Bedürftigen würden die Veränderung willkommen heißen. Die wirklich Reichen, denke ich, würden nicht dagegen protestieren, weil der Verlust im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu vernachlässigen wäre. Das Problem würde insbesondere in den Familien mit mittleren Einkommen aufkommen, die nicht bedürftig genannt werden können, aber die bedeutenden Schaden durch den Verlust einiger hundert oder mehrerer tausend Forint erleiden würden. Wird die neue Regierung tapfer genug sein, die Veränderung trotzdem vorzunehmen? Wird sie beginnen, wenn auch nicht schnell, dann schrittweise und mit Takt, sich entschlossen und konsequent in diese Richtung zu bewegen? Und was werden die früheren Regierungsparteien sagen können? Werden sie sozialistischer werden als die Sozialisten?

Hier muß wiederum auf das Leitmotiv hingewiesen werden, die Rolle des Wachstums. Es besteht die engstmögliche Verbindung zwischen der Verringerung der staatlichen Wohlfahrtsausgaben und dem Wachstum der

Wirtschaft. In einer Richtung funktionieren übermäßige Wohlfahrtsauflagen und -beiträge als eine Beschränkung des Unternehmertums. Wie davonlaufende Löhne machen übermäßige Wohlfahrtsabgaben es schwer, die kritische Gewinnschwelle für die Lebensfähigkeit und um so mehr für Expansion und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen. Also verschieben und drosseln sie letztendlich das Wachstum. Je mehr die durch Steuern finanzierten Wohlfahrtsausgaben reduziert werden können, desto tiefer fallen die mit der Nutzung von Arbeitskraft zusammenhängenden Produktionskosten und infolgedessen ist der Anreiz zur Schaffung von Arbeitsplätzen, der Expansion der Produktion und letztendlich der Beschleunigung des Wachstums um so höher. Aber die in die entgegengesetzte Richtung wirkende Kraft ist nicht weniger wichtig: Nur Wachstum erlaubt eine mit weniger heftiger Opposition einhergehende Veränderung. In dem Maße, in dem der Lebensstandard ansteigt, wird es einfacher, gewisse Leistungen des Staates aufzugeben und zumindest teilweise auf freiwillige Versicherung umzusteigen. Solange der Lebensstandard der Mittelklasse infolge von Stagnation oder Rezession sinkt, werden sie verständlicherweise an den von ihnen erworbenen Rechten bis zum bitteren Ende festhalten.

Hier muß noch eine weitere makroökonomische Beziehung erwähnt werden. Vieles wurde schon darüber gesagt, daß die Ersparnisse in Ungarn die Investitionen nicht decken und intensiver gefördert werden müssen. Die meisten sachkundigen Beobachter betonen in diesem Zusammenhang die Rolle höherer Zinssätze. Ich würde gerne einen zusätzlichen Faktor erwähnen: den sehr starken Sparanreiz, der aus partieller Dezentralisierung, „Marktschöpfung“ und Privatisierung der Gesundheitsfürsorge, der Renten und anderer Sozialleistungen herrühren würde. Die Leute würden verstehen, daß in großem Maße sie selbst es sind, die Reserven für Krankheit, Renten und andere Sozialleistungen beiseite legen müssen. Ein gewisses Maß an Bildung von Reserven dieser Art findet durch die Akkumulation von Geld auf Bankkonten oder in Form liquider Wertpapiere statt. Der Rest geschieht durch Mittlerorganisationen. Die Bürger kaufen Versicherungen und treten dezentralisierten Pensionsfonds und medizinischen Versicherungsplänen bei, damit diese Institutionen die Spar- und Investitionsfunktionen in ihrem Auftrag wahrnehmen. In einer reifen Marktwirtschaft ist die Nachfrage nach ihnen und die Notwendigkeit, Sicherheitsreserven zu schaffen, einer der Hauptanreize zum Sparen. Leider wurde diese Art Sparen durch die paternalistischen Praktiken der Vergangenheit gedrosselt.

Um auf den Haushalt zurückzukommen, die wirklich große Möglichkeit für Streichungen auf der Ausgabenseite ist der Wechsel vom *paternali-*

stischen Modell zu konsistenter Anwendung des *Bedarfsprinzips*. Jedoch wird es wahrscheinlich das Haushaltsdefizit nicht mindern. Dies kann es kurzfristig nicht tun, wie ich bemerkt habe, da die Veränderung sicherlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird, und es kann es auf lange Sicht nicht tun, weil eines seiner Ziele es genau ist, niedrigere Steuersätze zu erlauben, indem die Wohlfahrtsausgaben, die durch Steuern finanziert werden, gesenkt werden. Denen, die auf die „Reform der wichtigsten Verteilungssysteme“ als Allheilmittel zur Beseitigung des Defizits hinweisen, vernebeln nur die Fragen einer verantwortungsbewußten Beurteilung der Fiskalprobleme.

Das Zahlungsbilanzdefizit

Es gab besorgniserregende Zeichen in der Handels- und Zahlungsbilanz im Jahr 1993 und in der ersten Hälfte des Jahres 1994. Der inländische Konsum wuchs schneller als die Produktion. Das Wachstum der Exporte hielt inne, während die Importe buchstäblich emporschnellten. Das Resultat war ein merklicher Anstieg des Leistungsbilanzdefizits und eine darauffolgende Vergrößerung der Nettoschulden Ungarns, nachdem der Trend vorher mehrere Jahre lang fallend gewesen war.

Eine verantwortungsbewußte Regierung kann nicht so tun, als sei nichts geschehen. Sie muß reagieren, und das hat die vorige Regierung leider zu tun versäumt. Um zu wiederholen, was ich im Zusammenhang mit den Löhnen gesagt habe, der Mut, mit dem die neue Regierung sich der Situation gestellt hat, ist lobenswert. Die Kraft und Geschwindigkeit ihrer Reaktion sind beeindruckend. Dennoch bin ich nicht sicher, daß sie in jeder Hinsicht den richtigen Kurs einschlägt.

Man wird merken, daß ich mich hier vorsichtig ausdrücke, nicht aus irgendwelchen taktischen Gründen, sondern weil ich mir meiner Beurteilung der Situation und der sofortigen Aufgaben, die sie stellt, nicht sicher bin. (Wenn es um die langfristigeren Aufgaben geht, werde ich eine entschiedenere Meinung wagen.) Das Problem, das ich sehe, besteht genau darin, daß es keine eingehende Analyse der Gründe für und keine umfassende Untersuchung und Debatte über die alternativen Wege zur Bekämpfung der beunruhigenden Phänomene gegeben hat. Statt dessen hat sich die alte Reflexreaktion manifestiert: Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz bedeuten, daß es Zeit für ein gewisses Maß an strenge Restriktion ist. Hier lassen Sie mich hinzufügen, daß „Restriktion“ der Begriff ist, der in Ungarn üblich geworden ist, aber daß es dabei nicht nur um Einschränkung, sondern um

eine entscheidende Reduzierung in mehreren wirtschaftlichen Prozessen geht, z.B. in der Makronachfrage, der Produktion und den Investitionen und um ein *Schrumpfen* der wirtschaftlichen Aktivität. (Der Betonung halber ziehe ich letzteren Begriff in dieser Arbeit vor.) Als eine Notmaßnahme wird die Schrumpfung wahrscheinlich funktionieren, da die drastische Repression des inländischen Verbrauchs die Importe reduzieren und die inländischen Produzenten wahrscheinlich zum Export zwingen wird. Aber dafür muß ein hoher Preis bezahlt werden, und es ist nicht sicher, daß solche drastischen Maßnahmen allein zum Ziel führen werden.

Bevor ich versuche, die angewendete Radikalkur zu beurteilen, kommen wir zu einer Diagnose der Probleme zurück. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, betrachten wir die Gründe für die Verschlechterung der Zahlungsbilanz, nicht der Wichtigkeit nach, sondern in einer Weise geordnet, die es am leichtesten macht, die Probleme zu erkennen.

1) Eine gewisse Rolle wurde von Faktoren außerhalb Ungarns Kontrolle gespielt, von denen ich nur zwei erwähne. Einer war der Rückgang in der Importnachfrage aus Westeuropa, insbesondere aus Deutschland, und der andere der Verlust an landwirtschaftlichem Exportangebot aufgrund des Wetters. Die Erwähnung dieser Faktoren dient zur Erinnerung: Es lohnt sich nicht, die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen für den Teil der Exportverluste verantwortlich zu machen, der durch externe, materielle Faktoren verursacht wird.

2) Viele Exportaktivitäten wurden früher durch staatliche Subventionen aufrechterhalten. Deren Abschaffung, im Zusammenspiel mit strengerer Durchsetzung von Profitabilität und Bankrott- und Liquidationsverfahren, hat mehrere Firmen eliminiert oder ihre Produktion stark reduziert. Obwohl dies langfristig einen gesunden Effekt natürlicher Auslese hat, trug es kurzfristig zum Absinken der Exporte bei.

3) Wachsender Schaden wurde durch den inkorrekten Wechselkurs verursacht. Eine große Rolle bei der Verschlechterung der ungarischen Handelsleistung im Jahr 1993 und zu Anfang des Jahres 1994 spielte die Tatsache, daß die Wechselkurspolitik vorher fehlerhaft gewesen war, weil die Effekte sich immer nach einer beträchtlichen Verspätung zeigen. Es dauerte eine gewisse Zeit, bis die Exporte, Importe und die Produktion sich an den Wechselkurs anpaßten, und zwar in diesem Fall in einer schädlichen Weise an einen falschen Wechselkurs.

Also bin ich vollkommen einverstanden mit der Abwertung des Forints, und zusammen mit einigen anderen Wirtschaftswissenschaftlern gehöre ich zu denen, die diese Maßnahme schon seit längerer Zeit gefordert

haben. Es war fahrlässig von der vorigen Regierung, sich nicht zu einer Abwertung durchgerungen zu haben. Es war höchste Zeit, daß sie geschah. Sie wird die Exporte stimulieren, die Importe drosseln, die ungarischen Produkte zu Hause und im Ausland wettbewerbsfähiger machen, und damit voraussichtlich die Handels- und die Zahlungsbilanz aufbessern. Natürlich werden die Vorteile nicht sofort eintreten, denn wie ich eben erwähnte, zeigt die internationale Erfahrung, daß es mehrere Monate dauern wird, bis die Effekte gefiltert werden. Meiner Zustimmung zur Maßnahme der Regierung möchte ich einige ergänzende Bemerkungen hinzufügen:³

- Die Abwertung wird mit Sicherheit das Preisniveau erhöhen. Wenn diese Erhöhung automatisch im Lohnniveau kompensiert wird, werden die Vorteile der Maßnahme ausgehöhlt werden. Dies bringt uns zurück zu denselben Fragen, die im Zusammenhang mit der Inflation erörtert wurden. Also ist die Frage, die durch den Kopf jedes Wirtschaftswissenschaftlers geht, was die Reaktion der Löhne auf die Abwertung sein wird. Wenn vollständige Indexierung stattfindet, werden wir in denselben Abwertungsstrudel geraten wie eine Reihe von Entwicklungsländern mit einem zerstörerischen Teufelskreis sukzessiver Abwertungen, Wellen von Preiserhöhungen, Lohnindexierung und Austerität.
- Abwertung ist ein wichtiges Mittel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, aber nicht das einzige. Ich denke, wir sollten das System der Zölle und Subventionen durch vorsichtige, objektive Auswahl besser als bislang nutzen, um die Exporte zu fördern und die inländische Produktion zu beschützen. Dies ist nicht das, was ich vor fünf Jahren gesagt habe, als großer Bedarf an einer kraftvollen Handelsliberalisierungskampagne bestand. Sie half der ungarischen Wirtschaft, ein System relativer Preise aufzubauen, das mit den Weltpreisen übereinstimmt, und leistete einen bedeutenden Beitrag zur Beendigung der Mangelwirtschaft. Sie zwang die ungarische Wirtschaft, mit ihren ausländischen Rivalen zu konkurrieren und mit ihrer am wenigsten lebensfähigen Produktion Schluß zu machen. Heute müssen wir jedoch in dieser Hinsicht nicht eine derart extreme Freihandelspolitik befolgen. Es besteht nicht die

³Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Arbeit war ich überzeugt, daß zusätzlich zu diesem ersten Abwertungsschritt eine weitere bedeutende Abwertung notwendig sein würde. Ich teilte diese Meinung des Finanzbehörden mit. Ich wollte diese Auffassung nicht veröffentlichen, da dies zu den sich ständig steigernden Abwertungserwartungen, die damals schon herrschten und einen schädlichen und gefährlichen spekulativen Einfluß hatten, beigetragen hätte. [eingefügte Fußnote]

Notwendigkeit, übertrieben diensteifrig danach zu streben, die reifen Marktwirtschaften in der Beseitigung aller Arten von Zöllen und Subventionen auszustechen. Es muß natürlich aufgepaßt werden, daß neue Subventionen und Zölle nicht die GATT-Regeln, den Assoziationsvertrag mit der EU oder andere Übereinkommen brechen. Die Frage ist, ob die Regierung in dieser Hinsicht ein Konzept hat, und wenn ja, wie sie ein Szenario verhindern will, in dem *Ad hoc*-Zölle und -Subventionen durch den Kampf zwischen Lobbies und politischen Klienten anstatt wirtschaftlicher Rationalität bestimmt werden.

Noch einmal, die Verschlechterung der Handelsleistung aufgrund des falschen Wechselkurses und eines gewissen Über-das-Ziel-Hinausschießens bei der Liberalisierung kann nicht dem Aufschwung der Produktion oder des Verbrauchs angelastet werden.

4) Die Zahlungsbilanz hat wahrscheinlich darunter gelitten, daß viele Firmen riesige Lagerbestände aufgebaut haben. Leider sind die Statistiken hierüber nicht verläßlich genug, und die Zahlen könnten übertrieben sein. Aber selbst wenn dies mit eingerechnet wird, scheint es, als wenn eine große Ansammlung von Lagerbeständen stattgefunden hat.

Was hat die Firmen dazu bewegt, dies zu tun? Schließlich ist die Mangelwirtschaft mit den damit verbundenen Ängsten, was Rohstoff- und Halbfertigproduktlieferungen angeht, im großen und ganzen beseitigt worden. Der Hauptgrund, meiner Ansicht nach, sind Abwertungserwartungen gewesen. Wenn die Produzenten sicher sind, daß der Forint früher oder später abgewertet wird, haben sie offensichtlich ein Interesse daran, Importe zu einem niedrigeren Forintpreis zu kaufen, wenn sie dazu in der Lage sind. Dies griff die Stabilität der Zahlungsbilanz an ihrem sensibelsten Punkt an und stimulierte die Importe, ohne die Produktion zu erhöhen.

Letztendlich geschah dies, weil die Firmen weiser waren als die Regierung und merkten, daß der Forint schließlich stark würde abgewertet werden müssen. Die hieraus zu ziehende Lehre, wie unter Punkten 1) und 2) ist, daß dieser negative Zufall nicht das Resultat des Produktionswachstums war. Um ein solches Geschehnis in Zukunft zu verhindern, muß aufgepaßt werden, die Wirtschaft nicht Abwertungserwartungen zu überlassen, sondern der Wechselkurs muß *fortlaufend*, wenn nötig sogar täglich angepaßt werden.

5) Pharmazeutische Importe sind stark angestiegen, nicht weil das Einkommen der Arzneiverbraucher angestiegen wäre, sondern aus Gründen, die außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs liegen und die hier zu analysieren nicht am Platz wäre.

6) Es ist fraglich, ob die Export- und Importzahlen wirklich korrekt sind. Liegt der wachsenden Lücke zwischen Exporten und Importen das Phänomen zugrunde, das recht allgemein als Kapitalflucht bezeichnet wird, oder zumindest eine moderatere Version derselben, durch einen teilweisen Rückzug des in Ungarn arbeitenden Kapitals und seine Übertragung ins Ausland?

Dieses Phänomen kann nicht durch gewöhnliche statistische Mittel aufgedeckt werden. Nichts wäre für eine ungarische Firma mit Beziehungen ins Ausland oder mit einem ausländischen Partner (einem Individuum oder einer Gesellschaft) leichter, als den Behörden untertriebene Rechnungen auf der Export- und/oder überhöhte Rechnungen auf der Importseite vorzulegen, so daß ein Teil des Kapitals der in Ungarn arbeitenden Firma sofort ins Ausland verlegt wird, ohne daß die Kapitalbewegung offiziell durch das Banksystem geht oder den Währungsbehörden zu Gesicht kommt. Sie braucht ihre Arbeit in Ungarn nicht ganz zu beenden. Sie mag sie nur reduzieren und dafür im Ausland etwas an liquidem Kapital gewinnen. Diese Art der Kapitalverlegung kann durch jede wirtschaftliche Einheit von einem selbständigen Unternehmer oder einer kleinen Privatfirma bis hin zu einem riesigen multinationalen Konzern durchgeführt werden. Ich vermute, daß dies einen wichtigen Einfluß auf die Verschlechterung der Handelsbilanz gehabt hat. Es gibt indirekte Belege auch dafür, daß diese Verschlechterung anscheinend mit einer Verlangsamung des spektakulären Wachstums der ausländischen Direktinvestitionen einhergegangen ist. Der wirtschaftliche Beweggrund ist anscheinend derselbe. Unternehmer, Investoren oder Eigentümer – Ungarn, Ausländer oder die von ihnen ernannten Manager – fragen sich, wo sie ihr Kapital besser anlegen sollen: in Ungarn oder in einem anderen Land? Lassen Sie mich betonen, daß trotz aller administrativen Kontrollen ungarische und auch ausländische Unternehmen einen Weg finden werden, ihr Kapital im Ausland zu investieren, wenn ihre Interessen dies erfordern.

Viele Wirtschaftswissenschaftler, einschließlich einiger Experten, die im Regierungsapparat oder im Banksystem arbeiten, teilen die Besorgnis, daß dieser Kapitalentzug (oder in einem schlimmeren Fall, Kapitalflucht) einen merklichen Effekt auf die Trends im Außenhandel, der internationalen Zahlungen und Kredite hat. Wenn dem so ist, kann dem nicht schlicht durch Restriktion abgeholfen werden, die das Problem statt dessen sogar noch verschlimmern kann. Auch scheint ein Versuch, die Kapitaltransfers administrativ zu beschränken, nicht erfolgversprechend. Die einzige Aussicht auf Abhilfe ist die Wiedergewinnung des *Vertrauens* durch das Kapital, so daß Unternehmer dazu neigen, ihr Geld und ihr Kapital hier zu halten

und auch noch mehr ins Land zu bringen. Ich werde auf die Frage, worauf dieses Vertrauen und die Investitionspropensität beruhen, zurückkommen.

7) Schließlich wurde die Zahlungsbilanz, abgesehen von den vorigen sechs Faktoren, durch folgendes negativ beeinträchtigt:

a) den Anstieg von Investitionen und Produktion in gewissen Branchen der Wirtschaft, der zusätzliche Importnachfrage geschaffen hat, und b) die Konsumwelle (die in dieser Arbeit bereits erörtert wurde), die ebenfalls die Importe stimulierte und die Exporte verdrängte. Ich würde sicherlich diese Faktoren nicht aus meiner Analyse ausklammern wollen. Ein Problem ist, daß niemand genau weiß, wie groß der Anteil der Schwierigkeiten ist, der durch Faktoren 1)-6), die nicht mit dem Aufschwung zusammenhängen, und wie groß der, der durch Faktor 7), der sicherlich mit ihm verbunden ist, erklärt wird. Auch ist nicht genau bekannt, wieviel von Faktor 7) durch das Phänomen a), d.h. die Auswirkung von Produktions- und Investitions-wachstum, und wieviel durch b), d.h. den Effekt des Konsumanstiegs, erklärt wird. Dies genau muß jedoch bekannt sein, um über die angemessenen Proportionen der Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz entscheiden zu können.

Ich bin nur imstande, eine längere Liste der Hauptgründe für die Verschlechterung der Zahlungsbilanz zu liefern und damit gegen die irreführende Vereinfachung zu argumentieren, das Problem sei ausschließlich auf einen einzigen Grund, nämlich „künstliches Wachstum“, zurückzuführen. Von einem einzelnen wirtschaftswissenschaftlichen Forscher kann keine vollständige quantitative Diagnose des genauen Gewichts jedes Faktors bei der Erklärung des Zahlungsbilanzdefizits (oder möglicherweise eine Analyse des Beitrags anderer, hier nicht genannter Faktoren) erwartet werden. Eine überzeugende Diagnose würde einen Apparat, die Beteiligung vieler Experten und gründliche fachliche Diskussionen erfordern.

Ich habe schon gesagt, daß ich die Maßnahmen der Regierung zur Bremsung des davonlaufenden Verbrauchs und zur Reduzierung der bürokratischen Ausgaben der Regierung verstehe und billige. Aber ich kann keiner Politik beipflichten, die absichtlich oder unabsichtlich nicht nur zu Einschränkung, sondern zu einem absoluten Fall der Produktion und insbesondere der Investitionen führt und dadurch nochmalige Schrumpfung und Kontraktion der Wirtschaft verursacht.

Die schwerwiegendsten theoretischen und praktischen Probleme kommen auf, wenn wir versuchen, das Verhältnis zwischen dem Wachstum der Wirtschaft einerseits und dem Zahlungsbilanzdefizit und den Auslandsschulden andererseits zu erklären. (Hier muß ich die Leser bitten zu ent-

schuldigen, das ich dasselbe Problem zweimal berühre: einmal jetzt im Zusammenhang mit der Zahlungsbilanz und später nochmals im Zusammenhang mit dem Wachstum.)

Manche Leute denken, daß Borgen, das Eingehen einer Schuld, eine sündhafte, abstoßende Angelegenheit ist. Sie applaudieren dem Rat des Polonius an Laertes in Hamlet:

“Kein Borger sei und auch Verleiher nicht;
sich und den Freund verliert das Darlehn oft,
und Borgen stumpft der Wirtschaft Spitze ab.“⁴

Solche Ansichten sind recht üblich nicht nur in dem, was die Leute über persönliche Schulden, sondern auch in dem, was sie über Schulden von Firmen oder Staaten denken. Sie finden es erschreckend, daß Ungarn, nachdem es schon in der Vergangenheit hohe Schulden angesammelt hat, diese nun noch weiter vergrößern sollte. Dieser Prozeß, sagen sie, muß um jeden Preis gestoppt werden.

Meiner Meinung nach ist diese Anschauung vom wirtschaftlichen Standpunkt her gänzlich ungerechtfertigt. Beginnen wir, ihn zurückzuweisen, indem wir eine wohlbekannte makroökonomische Beziehung untersuchen: Die Gesamtinvestitionen in die Wirtschaft (Investitionen in fixes Kapital plus Veränderung in den Lagerbeständen) minus der gesamten neuen Ersparnisse in der Volkswirtschaft sind gleich dem Zufluß ausländischer Ressourcen, wenn die Investitionen größer sind als die Ersparnisse. (Im entgegengesetzten Fall, wenn die Investitionen geringer sind als die Ersparnisse, ist der Unterschied gleich der Summe der inländischen Ressourcen, die ins Ausland fließen. Von diesem Fall werden wir hier absehen.) Ich benutze hier den allgemeinen Begriff „ausländische Ressourcen“, um sowohl im Ausland aufgenommene Kredite und direkte Investitionen von Ausländern in diesem Land als auch nicht rückzahlungspflichtige Hilfe zu bezeichnen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um eine Beziehung handelt, die in der Fachsprache als Identität bekannt ist. Es ist nicht eine Frage von Entscheidungen oder wirtschaftlichem Verhalten, ob diese Gleichgewichtsbeziehung zutrifft, denn sie ist immer gültig.

Wenn, wie in diesem Fall, eine Situation besteht, in der die Investitionen die Ersparnisse übersteigen, können die wirtschaftlichen Entscheidungsträger die wirtschaftlichen Prozesse auf dreierlei Weise zu beeinflussen suchen, indem sie 1. eine Verringerung der Investitionen, 2. eine Erhö-

⁴ Deutsch zitiert in der Tempel-Studienausgabe, *Shakespeare Werke, Englisch-Deutsch*, Band 7, S. 91.

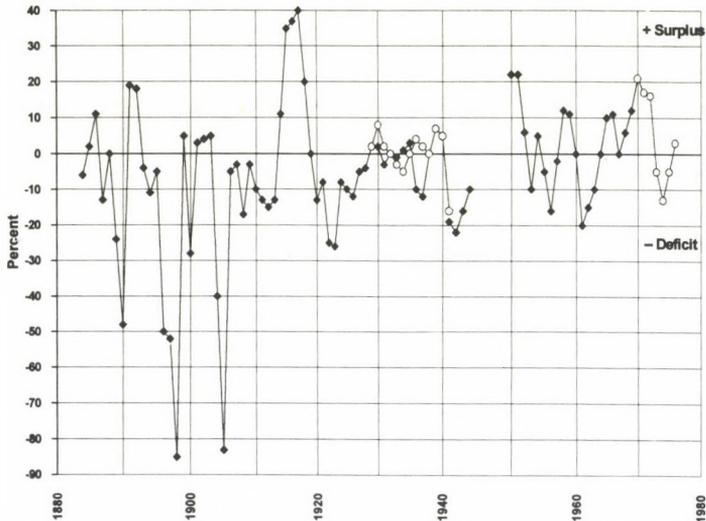
hung der Ersparnisse oder 3. einen Zustrom ausländischer Ressourcen zu fördern suchen. Die drei Möglichkeiten schließen einander natürlich nicht gegenseitig aus. Innerhalb der ersten Option lohnt es sich – wie ich schon sagte – sicherlich, zu einem Wachstum des fixen Kapitals anstelle der Lagerbestände zu ermuntern. Ich werde die zweite Option, eine Erhöhung der Ersparnisse, später behandeln. Also betrachten wir das Verhältnis zwischen den Optionen 1 und 3: das Verhältnis zwischen Investitionen und dem Zustrom ausländischer Mittel.

Die wichtigste Frage ist der Vergleich zwischen *mittel- und langfristigen* Vorteilen und Kosten. Dies führt wiederum das Leitmotiv dieser Arbeit ein: das Problem des anhaltenden Wachstums. Einerseits muß klargestellt werden, welche zusätzliche Produktion in zukünftigen Jahren und Jahrzehnten mit Hilfe der jetzt einfließenden ausländischen Ressourcen möglich sein wird, und andererseits, welche Prozesse des Ressourcenausflusses durch die Rückzahlungspflichten in derselben Periode entstehen werden. Wenn die erste Zahl höher ist, spricht dies für einen solchen Zustrom; im gegenteiligen Fall spricht es dagegen. Es gibt Tausende von Beispielen für beide Fälle in der Wirtschaftsgeschichte. Die schnellwachsenden Wirtschaften Südasiens, die Staaten des Nachkriegseuropas und die Erfahrungen vieler Entwicklungsländer zeigen, daß ein Erfolg durchaus möglich, wenn auch nicht sicher ist. Aber es besteht sicherlich keine Rechtfertigung dafür, von vornherein zu sagen, daß keine Hoffnung besteht, ausländische Mittel gut zu nutzen! (Um dies zu untermalen, gebe ich in *Schaubild 3* nur ein Beispiel, die Geschichte der japanischen Leistungsbilanz.)

Kommen wir hier auf die Situation 1993-94 zurück. Die Investitionen scheinen in den letzten zehn bis zwölf Monaten einen Schub erhalten zu haben. Der Abteilung für Wirtschaftsanalyse und Modellierung des Finanzministeriums zufolge stieg der Wert der Investitionen zu laufenden Preisen im ersten Quartal 1994 um 59% im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahrs, so daß das Investitionsvolumen also beträchtlich gewachsen ist, selbst wenn die Preiserhöhungen berücksichtigt werden. Diese Beschleunigung der Investitionen wird auch indirekt durch einen 34%-igen realen Anstieg im Bauvolumen zwischen denselben beiden Perioden angezeigt. Es ist erwähnenswert, daß den Berichten der Ungarischen Nationalbank zufolge, der Anteil der Maschinen und Ausrüstungsgegenstände in den Importen 1993 sehr merklich stieg, von 20,7% auf 26,6%, was ebenfalls zeigt, daß die Investitionsaktivität sich belebte und daß die Importe zusehends für Investitionen genutzt werden.

Schaubild 3

Der Trend im Überschuß oder Defizit der japanischen Leistungsbilanz als Prozentsatz der Exporte, 1885-1976



Quelle: Éva Ehrlich (1979, S. 201).

Ich habe noch keine Arbeit gesehen, die die Investitionsprojekte einzeln und eingehender analysiert. Ich kann nicht behaupten, daß alle Investitionen notwendigerweise effizient sind. Aber ich habe keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen, mit anderen Worten, daß sie alle oder in der Mehrzahl ineffizient sind. Denn nur dann würde die seltsame Situation entstehen, in der die Rolle der zu Investitionszwecken in die Wirtschaft gezogenen ausländischen Ressourcen von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Da keine sorgfältige Analyse der Investitionsprojekte durchgeführt worden ist, bleiben meine Zweifel bestehen: Vielleicht wird die Schrumpfung, die die Wirtschaft bald ereilen wird, Investitionsprojekte zurückwerfen, die versprochen, nützlich zu sein.

Ein anderer zum Nachdenken anregender Ansatz ist die genauere Analyse der Produktionszahlen. Was mich angeht, begrüße ich es, daß, dem eben zitierten Bericht des Finanzministeriums zufolge, der nun schon für

einige Zeit zu beobachtende Produktionsanstieg hauptsächlich in Firmen mit weniger als fünfzig Arbeitnehmern stattfindet. Es ist zu befürchten, daß gerade dies der Sektor sein wird, der nun, da er sich nach dem Wechsel des politischen Systems erholt hat, aufgrund der anstehenden Schrumpfung wieder abnehmen wird.

Eine weitere wichtige Frage, die eng mit der langfristigen, eben erwähnten Kosten-Nutzen-Rechnung zusammenhängt, ist die, in welcher Form und unter welchen Bedingungen die ausländischen Ressourcen in die Wirtschaft hineingesogen werden. Dies wird sicherlich Auswirkungen auf die zusätzlichen Verpflichtungen haben, die der zusätzlichen, durch die Investitionen verursachten Produktion gegenüberstehen. Hier muß wiederum sorgfältig jede übermäßig vereinfachte Formel vermieden werden. Der Öffentlichkeit hat sich die Idee eingeprägt, daß weitere Kredite „schlecht“ sind, aber daß ausländische Direktinvestitionen „gut“ sind. Tatsächlich bedeuten beide einen Zustrom ausländischer Ressourcen, der früher oder später durch ein Abfließen inländischer Ressourcen ins Ausland ausgeglichen werden muß. Weder der eine noch das andere sind in sich gut oder schlecht; die Vorteile und Nachteile hängen von den besonderen Zahlungsbedingungen, ihrer Verteilung über die Zeit und im Fall ausländischer Direktinvestitionen von Steuer- und anderen Konzessionen, Beschränkungen der Heimführung von Gewinnen und sonstigen Bedingungen ab.

Auch aus diesem Gesichtspunkt ist es wünschenswert, daß, wenn ausländische Ressourcen in die Wirtschaft aufgenommen werden, soviel wie möglich davon durch (ungarische und ausländische) Banken und Firmen auf eigene Verantwortung und auf eigenes Risiko durchgeführt wird, ohne Garantien durch die Regierung oder die Ungarische Nationalbank. Wenn das Geschäft sich langfristig als gewinnbringend erweist, wird es dann hauptsächlich die Firma sein, die den Kredit eingegangen ist, der Kreditgeber oder ausländische Investor, der auf den Gewinn schaut, während die Wirtschaft als Ganze daraus profitiert. Wenn es fehlschlägt, sind sie es, die bezahlen. Dieser starke Anreiz ermuntert die Teilnehmer, ihre Entscheidungen sehr sorgfältig abzuwägen. Seit dem Wechsel des politischen Systems hat eine vorteilhafte Veränderung innerhalb des Gesamtzuflusses an ausländischen Ressourcen in Richtung direkter Anleihen durch ungarische Banken und Firmen und ausländische Direktinvestitionen stattgefunden, d.h. ein Anwachsen im Anteil der Schulden, für die die Verantwortung von der Geschäftswelt und nicht von der Regierung oder die Zentralbank getragen wird. Es wäre für die Wirtschaft sehr schädlich, wenn durch ein

allgemeines Schrumpfen die Prozesse des wirklich *dezentralisierten* Borgens und Kapitalzuflusses ebenfalls Schaden erlitten.

Ich gebe den mittel- und langfristigen Erwägungen den Vorrang, aber natürlich kann man auch die *kurzfristigen* Auswirkungen nicht ignorieren. Offensichtlich müssen die Zahlungsfähigkeit der Ungarischen Zentralbank und des kommerziellen Banksystems ernsthaft in Betracht gezogen werden. Ich bin überzeugt, daß keine Gefahr unüberwindbarer kurzfristiger Finanzierungsschwierigkeiten besteht, und diese Überzeugung hat sich in mir nach Studium der Daten über den Schuldendienst und die Währungsreserven und nach Konsultationen mit Experten gefestigt. Mit einer entschiedenen Regierungspolitik kann Ungarn seine Kreditwürdigkeit und seinen Ruf der Verlässlichkeit aufrechterhalten und sogar verbessern.

Um es zusammenzufassen, eine wohlüberlegte Strategie und ihre durchgreifende Verwirklichung sind erforderlich, um das Wachstum der Exporte zu fördern, den Anstieg der Importe zu drosseln und die Handels- und Zahlungsbilanz zu verbessern. Dies ist eines der wirtschaftspolitischen Schlüsselerfordernisse. Wir müssen sicherstellen, daß diese Proportionen anhaltend verbessert werden, sonst werden sich die heutigen verschärften Spannungen reproduzieren. Ausnahmemaßnahmen und die drastischste unter ihnen – Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Verringerung der Produktion – werden keines von Ungarns langfristigen Problemen lösen, sondern könnten sie sogar noch verschlimmern.

Hier würde ich gerne auf ein Problem zurückkommen, daß ich zuvor ausgelassen habe: die *inländischen Ersparnisse*. Es ist aus der vorhin präsentierten Identität klar, daß je größer die inländischen Ersparnisse bei einem gegebenen Investitionsniveau sind, desto kleiner ist der Zustrom von ausländischen Ressourcen. Einer der schlimmen Fehler in der neueren Wirtschaftspolitik war die drastische Kürzung der Zinssätze, als die inländischen Ersparnisse zu wachsen begannen. Dies trug wahrscheinlich sehr zum spektakulären Rückgang des Sparens durch die Haushalte bei. Die Zahlen zeigen, daß z.B. im Jahr 1993 nicht die Einkommen der Haushalte davonzuliefen, sondern der Anteil des Einkommens, der für den Konsum ausgegeben wurde, hochsprang und die Sparquote fiel.

Eine Korrektur des Fehlers hat begonnen. Die Zahlen für die letzten Monaten zeigen, daß es wiederum einen Anstieg in der Sparneigung der Haushalte geben mag. Ich würde dem gerne einige Kommentare hinzufügen.

Es ist an der Zeit, daß wir von einer Situation wegkommen, in der die Zinssätze krampfartig fluktuieren. Eine vernünftige Geldpolitik nutzt ihren

Tabelle 2

Nominale und reale Zinssätze i.v.H., 1991-93

		Nom. Zinssätze	Inflation	Reale Zinssätze
1991	Januar	23,3	34,1	-8,7
	Februar	23,3	33,2	-8,0
	März	24,5	34,3	-7,9
	April	25,7	35,4	-7,7
	Mai	23,6	36,9	-10,9
	Juni	23,2	38,6	-12,5
	Juli	23,2	38,2	-12,2
	August	23,5	34,2	-8,7
	September	26,2	34,0	-6,2
	Oktober	25,7	33,9	-6,5
	November	26,0	32,8	-5,3
	Dezember	25,9	32,2	-5,0
1992	Januar	24,8	28,2	-2,7
	Februar	26,1	25,8	0,2
	März	22,5	24,7	-1,8
	April	23,8	23,3	0,4
	Mai	21,1	22,6	-1,2
	Juni	20,7	20,6	0,1
	Juli	17,8	20,1	2,0
	August	14,3	20,7	-5,5
	September	13,4	21,7	-7,3
	Oktober	13,1	23,4	-9,1
	November	13,7	22,7	-7,9
	Dezember	11,5	21,6	-9,1
1993	Januar	12,4	25,9	-12,0
	Februar	12,6	24,7	-10,7
	März	11,4	23,4	-10,8
	April	10,3	22,8	-11,3
	Mai	12,1	21,3	-8,2
	Juni	12,4	20,9	-7,6
	Juli	12,1	21,3	-8,2
	August	12,8	22,3	-8,4
	September	13,3	23,0	-8,6
	Oktober	14,1	22,0	-7,0
	November	16,0	21,0	-4,3
	Dezember	16,0	21,1	-4,3
1994	Januar	17,1	17,0	0,1
	Februar	15,3	16,6	-1,1
	März	17,0	16,8	0,2

Quelle: *Havi Jelentések* (Monatsbericht), Ungarische Nationalbank.

Anmerkung: Die zweite Spalte zeigt die mit dem nominalen Zinssatz einhergehenden Preisindizes. Dies spiegelt die Annahme wider, daß der Sparer das Fortdauern der von ihm früher erfahrenen Inflationsrate erwartet, wenn er eine Sparentscheidung trifft.

Einfluß über die Zinssätze sehr vorsichtig; dies verursacht von Zeit zu Zeit Schwankungen von einem halben Prozent. In der ungarischen Wirtschaft springen die Zinsfüße jedoch wild hin und her (vgl. *Tabelle 2*), was die Sparer verunsichert.

Die Sparneigung wird nicht nur durch die unvorhersagbare Zinssatzpolitik, sondern auch durch die anderen in der Wirtschaft herrschenden Unsicherheiten geschwächt. Je größer das Vertrauen der Haushalte in die Zukunft der ungarischen Wirtschaft ist, desto mehr werden sie bereit sein, dort ihr Geld zu halten. (Dies wurde schon im Zusammenhang mit dem Kapitalabfluß erwähnt, und am Ende der Arbeit, wenn die makroökonomische Rolle des Vertrauens erörtert wird, werde ich darauf zurückkommen.)

Es kann im allgemeinen gesagt werden, daß die Zinssätze, obwohl sie einen tiefgehenden Einfluß auf den Trend der Ersparnisse haben, nicht der einzige Faktor sind. Ein anderer schon erwähnter wichtiger Faktor ist die Stärke des Wunsches, eine Reserve aufzubauen. Lassen Sie mich hier einen anderen hinzufügen: die Durchsichtigkeit des Markts für finanzielle Investitionen und Wertpapiere, insbesondere staatliche. Leider ist der Markt für staatliche Wertpapiere immer noch in einem sehr rudimentären Zustand. Einem großen Teil der Bevölkerung ist er überhaupt nicht zugänglich, insbesondere nicht der wirklich lukrative Teil, der den finanziellen Mittlerinstitutionen vorbehalten bleibt. Ich bin überzeugt, daß ein hoher Anteil der Haushalte gerne in Regierungsobligationen investieren können würde, die sie gegen die Inflation verteidigen würden, selbst wenn der reale positive Zinssatz winzig wäre, solange die Obligation leicht zugänglich wären, ohne das Gedränge und Getöse des Schlangestehens. Wenn sie sie kauften, würden die Probleme der öffentlichen Finanzen stark gemindert werden und dadurch indirekt auch der Druck auf die Zahlungsbilanz.

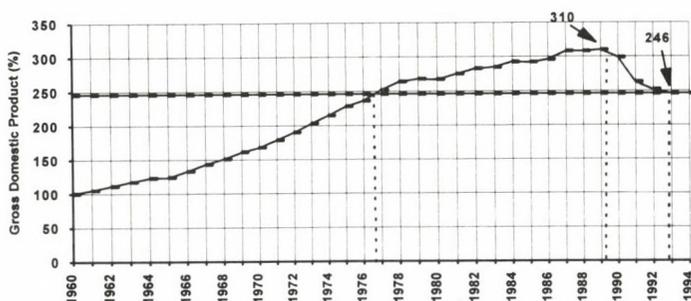
Stagnation und Sinken der Produktion

Ich bin überzeugt (wie der Haupttitel dieser Arbeit andeutet), daß die wichtigste Aufgabe in der Wirtschaftspolitik die Förderung des anhaltenden Wachstums der Wirtschaft ist. Dies ist keine selbstverständliche Forderung. Die Situation wäre anders, wenn die Wirtschaft überhitzt wäre und eine Dämpfung des Wachstums erwogen werden müßte. Es gab tatsächlich eine Zeit, in der dies eines der Grundprobleme der sozialistischen Wirtschaft war.

Leider hat das Wachstum in Ungarn seit 1977 buchstäblich aufgehört. Für die zehn Jahre zwischen 1977 und 1986 belief sich die durchschnittliche Wachstumsrate auf bloße 1,6%. Seit 1987-88 ist die Situation noch schlimmer geworden: Stagnation, Abschwung und wiederum Stagnation auf einem noch niedrigeren Niveau! Dem letzten Bericht des Zentralen Statistischen Amtes zufolge, der frühere Schätzungen revidierte, hat sich der nach unten gerichtete Trend fortgesetzt. Einem Rückgang um 4,3% im BIP 1992 folgte im letzten Jahr eine nochmalige Verringerung um 2,3% (vgl. *Schaubild 4*).

Schaubild 4

Index des BIP-Volumens in Ungarn (1960 = 100)



Quelle: *Magyarország nemzeti számlái* (Ungarns volkswirtschaftliche Gesamtrechnung), Zentrales Statistisches Amt, Budapest, 1994.

Es ist ein besonders bitteres Gefühl, Ungarns Stagnation und Kontraktion der Produktion mit der Leistung so vieler anderer Länder zu vergleichen. Ungarns BIP 1993 war auf seinen Stand der Jahre 1976-77 zurückgekehrt, oder um genauer zu sein, es lag etwas über dem Niveau von 1976 und etwas unter dem Niveau von 1977. Also hat sich das jährliche Wachstum für eine Periode von 17 Jahren auf durchschnittlich Null belaufen, während viele asiatische Länder jährliche durchschnittliche Wachstumsraten von 4-9% hatten, so daß sich ihre Produktion um das zwei- bis dreieinhalbfache vergrößert hat. Es hat in einem geringeren Maße auch Wachstum in einigen kleinen europäischen Ländern gegeben, die weniger entwickelt sind als die

an der Spitze, und daher mit Ungarn verglichen werden können (vgl. *Tabelle 3*).

Keines der wichtigen Sozialprobleme des Landes kann erfolgreich gelöst werden, wenn die Wirtschaft stagniert oder absinkt. Das weitverbreitete Elend in der Wirtschaft, die Armut gewisser Regionen oder die ernsthafte Rückständigkeit mancher vernachlässigter Sektoren kann nicht durch das Hin- und Herschieben von Ressourcen von einem Bereich zum anderen gelöst werden.

Tabelle 3

Wachstum des BIP, 1977-1992: Internationaler Vergleich

	BIP 1992 als Anteil des BIP 1977 (%)	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)
<i>Asiatische Länder</i>		
Südkorea	354,3	8,8
Thailand	283,5	8,3
Malaysia	283,9	7,2
Japan	190,4	4,7
<i>Europäische Länder</i>		
Türkei	178,8	4,6
Portugal	163,8	3,3
Griechenland	139,6	2,2

Quelle: World Tables, Weltbank und *International Financial Statistics*, IWF.

Anmerkung: Daten für Thailand und die Türkei waren nur bis 1990 erhältlich.

Das Feilschen über die Umverteilung, unvermeidlich fruchtlos unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Stagnation, hat für anderthalb Jahrzehnte angedauert. Meiner Ansicht nach weichen die, die soziale Sensibilität predigen und dabei das Hauptproblem – das Wachstum – vernachlässigen, dem Problem aus.

Offensichtlich sind die Parteien und führenden Wirtschaftspolitiker der Regierung sich der Wichtigkeit des Wachstums ebenfalls bewusst. Jedoch spüre ich, was verschiedene Punkte angeht, einen wesentlichen Unterschied

zwischen offiziellen Stellungnahmen und der Auffassung, die ich früher vertreten habe und auch heute noch vertrete.

Der erste Unterschied erscheint in der Reihenfolge der Prioritäten, die den Aufgaben der Wirtschaftspolitik zugemessen wird. Offizielle Erklärungen vermitteln den Eindruck, als wenn es *zwei* gleichermaßen wichtige Gruppen von Aufgaben gibt, von der die eine die Stabilisierung der Wirtschaft und die andere die Schaffung der Bedingungen für das Wachstum ist. Ich glaube nicht, daß diese beiden Gruppen von Aufgaben gleiche Priorität genießen: Unter ungarischen Bedingungen gibt es nur *eine* Hauptaufgabe – bleibendes Wachstum zu schaffen –, der die Erfordernisse der wirtschaftlichen Stabilität untergeordnet werden müssen. Wirtschaftswissenschaftler, die mit der Sprache der mathematischen Modelle vertraut sind, werden verstehen, wenn ich sage, daß die Maximierung der langfristigen Wachstumsrate die objektive Funktion ist, während die Beschränkungen, die die Zahlungsbilanz, den Haushalt, die Preis- und Lohnniveaus und andere wirtschaftliche Variablen angehen, berücksichtigt werden müssen. Natürlich gibt es verschiedene Stabilitätsanforderungen, die auch aus Furcht, dem Wachstum zu schaden, nicht gefährdet werden dürfen. Aber in Gedanken und in der Logik der Entscheidungsfindung muß ein Unterschied zwischen dem wahren Ziel und den Beschränkungen gezogen werden, die für die Erreichung des Zieles und im allgemeinen, im Zuge des normalen Funktionierens der Wirtschaft, beachtet werden müssen. (Vom ethischen Standpunkt her ist Produktionswachstum selbstverständlich auch kein Ziel an sich. Das letztendliche Ziel der Wirtschaftspolitik ist, das Leben der Bürger zu verbessern; hierzu kann die Wirtschaft ihren wichtigsten Beitrag durch ein Ansteigen und eine Verbesserung in ihren Produkten und Dienstleistungen leisten.)

Der andere Unterschied betrifft die *Zeitsequenz* der Aufgaben. Das Regierungsprogramm benutzt die folgende Formulierung: *Zuerst* sollen Stabilität und dadurch die Bedingungen für das Wachstum geschaffen werden, *und dann* kann die Wirtschaft zu wachsen beginnen. Was letzteres angeht, werden in einigen Erklärungen sogar genaue Kalenderdaten erwähnt: Wachstum wird es in 1996 oder 1997 geben (oder, negativ ausgedrückt, wird es für zwei, oder manchen Stellungnahmen nach drei, Jahre nicht geben).

Meiner Ansicht nach ist diese Formulierung der Zeitfolge falsch. Um sie zu kritisieren, muß zunächst definiert werden, was Wachstum eigentlich bedeutet.

Eine Vielzahl von Indizes werden benutzt, um das Wachstum zu messen, unter denen der üblichste das BIP ist. Dieses ist ein Sammelindex für die Pro-

duktion von Millionen und Abermillionen Produzenten in der Wirtschaft, von denen, zu jedem gegebenen Zeitpunkt, einige ihre Produktion stetig fortsetzen, andere sie erhöhen und einige sie reduzieren oder mit ihr aufhören. Das Wachstum des BIP ist die Resultierende dieser vielen positiven und negativen Veränderungen verschiedener Größe.

Ein Ausdruck, der sich durch die Debatten der letzten Jahren in Ungarn verbreitet hat, ist das „Starten“ des Wachstums. „Es ist Zeit“, oder im Gegenteil, „es ist noch nicht an der Zeit, das Wachstum zu starten.“ Das Regierungsprogramm übernimmt dieselbe Formulierung: Das Wachstum sollte erst später „gestartet“ werden, nicht jetzt, da die Bedingungen dafür noch nicht reif sind.

Aber die Regierung ist gar nicht in der Lage, das Wachstum zu starten. Die Summe der Produzenten bildet keine disziplinierte Armee, die ihren Marschbefehl erwartet. Dies war noch nicht einmal im klassischen System und noch weniger im Reformsozialismus der Fall. Was die heutige Zeit angeht, nachdem eine radikale Dezentralisierung in der Koordinierung der Wirtschaft stattgefunden hat, kommt ein „Starten“ des Wachstums nicht in Frage. Die wirtschaftlichen Einheiten werden eigenständig entscheiden, ob sie ihre Produktion erhöhen oder reduzieren sollen. Die Regierung kann einen gewissen Einfluß auf diese Entscheidungen nehmen, indem sie zu Wachstum entweder ermutigt und es fördert, durch die Schaffung der makroökonomischen, institutionellen und legalen Bedingungen, die das Outputwachstum begünstigen, oder andersherum, indem sie ihnen von Vergrößerung abrät und Barrieren errichtet, die sie darin hindern. Also „startet“ die Regierung das Wachstum nicht; sie beeinflusst nur, ob das Wachstum aus eigenem Antrieb beginnt oder nicht. Diese Feststellung ist bei weitem keine bloße Haarspalterei, sondern ein wesentlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Konzepten der Rolle der Regierung.

Die Förderung des Wachstums kommt nicht plötzlich auf die Tagesordnung, wenn die Bedingungen der wirtschaftlichen Stabilität günstiger werden, als sie es jetzt sind. Sie sollte sofort auf den Plan treten, und sie hätte tatsächlich schon weit eher auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Ich würde hier gerne an eine Anekdote über Jean Monnet, den früheren französischen Finanzminister und einen der wichtigsten Vordenker im europäischen Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg erinnern. Er sprach eines Nachmittags mit seinem Gärtner und fragte ihn, wie lange es dauern würde, bis eine gewisse Art Baum, die er sehr liebte, heranwachsen würde. Ungefähr hundert Jahre, war die Antwort, und Monnet reagierte: „Dann war es ein Fehler, ihn nicht schon heute früh gepflanzt zu haben.“

Also ist die Sequenz von zuerst Stabilität, dann Wachstum nicht korrekt. Dies sind zwei parallele Aufgaben. In jedem Augenblick muß eine Anstrengung unternommen werden, um sicherzustellen, daß jede wirtschaftliche Einheit, die zu wachsen willens und fähig ist, dies so weit wie möglich tun kann. Und jeden Augenblick muß achtgegeben werden, die Erfordernisse der Stabilität zu respektieren. Ein weiterer Grund, nicht zwei Jahre für die Schaffung der Stabilität zu veranschlagen ist, daß diese Aufgabe nicht derart ist, daß man sie ein für allemal lösen könnte. Man kann vernünftigerweise annehmen, daß sobald eine makroökonomische Spannung überwunden worden ist, dieselbe oder eine andere Spannung wiederauftreten wird. Dies ist kein Krieg, der für immer gewonnen werden kann. Bestenfalls können kleinere Schlachten gewonnen werden, bevor der Kampf erneut, vielleicht an einer anderen Front, beginnt. Probleme mit der Inflation, der Arbeitslosigkeit, dem Haushalt und dem Leistungsbilanzdefizit treten immer wieder von neuem auf. Wenn wir das Wachstum vertagen wollen, bis sie alle gelöst sind, werden wir für immer warten.

Tatsächlich leistet sogar im Augenblick die Regierung zwei Gruppen von Aufgaben *gleichzeitig*. Die eine Gruppe richtet sich direkt auf das Wachstum und die andere auf Gleichgewichtsadjustierungen. Betrachten wir im Lichte der früheren Erörterung in dieser Arbeit genauer die Aspekte des Programms und der bis jetzt ergriffenen Maßnahmen, die meines Erachtens Probleme verursachen, und sehen wir uns die beiden Maßnahmengruppen getrennt an.

1) *Förderung des Wachstums*. Mehrere kluge Ideen können in dem Regierungsprogramm und den ersten Eventualplänen, die kurz vor der Veröffentlichung stehen, gefunden werden. Hier würde ich die wichtige stimulierende Rolle herausstellen, die Steuerkonzessionen für Investitionen spielen können.

Aber es gibt Bemühungen, die in die entgegengesetzte Richtung arbeiten und deren Verwirklichung nicht erlaubt werden sollte, wenn das Wachstum auch Hauptziel der offiziellen Wirtschaftspolitik sein soll. Eine Veranschaulichung dafür ist die Tatsache, daß die beabsichtigte starke Kürzung in den Plänen für die öffentlichen Ausgaben auch die Drosselung der Investitionen in die Infrastruktur vorsieht. Die wünschenswerte Politik wäre, andere Ausgaben, die nicht zu Investitionszwecken dienen, zu streichen, die staatlichen Entwicklungsprojekte jedoch zumindest mit der geplanten Rate, wenn nicht noch schneller, fortzusetzen.

Bis jetzt ist das Programm nicht reich genug an Maßnahmen, die helfen könnten, das Wachstum zu beschleunigen. Mehrere Dinge gehören hierher:

Veränderungen in den Exportanreizen, Veränderungen der Steuervorschriften, Weiterentwicklung des Banksystems (z.B. Schaffung der fast gänzlich fehlenden Institutionen für langfristige Kredite), ein rechtlicher, institutioneller, Kredit- und Steuerrahmen, der den Wohnungsbau fördert, usw. Es wäre wünschenswert, daß Wachstumserwägungen in den zukünftigen Plänen für die Privatisierung größere Aufmerksamkeit erhalten. Eine viel größere Betonung sollte den Auflagen beigemessen werden, die der zukünftige Eigentümer auf sich nimmt, was die Schaffung von Arbeitsplätzen, Expansion und Modernisierung angeht. Ich denke nicht, daß es in dieser Arbeit meine Aufgabe ist, einen genauen Aktionsplan zu entwerfen. Konstruktive Vorschläge werden bei zahllosen fachlichen Diskussionen gemacht. Vielleicht könnte die Regierung oder das Parlament ein Expertengremium berufen, um sie alle zu sammeln, auszuarbeiten und zu organisieren und in einem umfassenden Bericht zu veröffentlichen.

Ein zusätzlicher Grund, Maßnahmen für die Förderung des Wachstums in einem einzigen, wirksamen Dokument zu sammeln, ist der, daß die Vorschläge in verschiedenen Berichten und Erklärungen verstreut sind. In dieser Hinsicht ist die Regierungspolitik kein „Konzept“, bietet keine „Vision“ eines wachsenden, sich modernisierenden, gedeihenden Ungarns, das aus seinen alten Gleisen ausgesichert ist. Aber eine solche Vision würde Vertrauen und Hoffnung einflößen und einen neuen Anreiz für Investitionen und Kapitalimporte geben.

2) *Verbesserung der Stabilität.* Nachdem wir die verschiedenen Ungleichgewichte in vorigen Teilen der Arbeit individuell erörtert haben, würde ich jetzt gerne einige, meine Ansichten zusammenfassende Kommentare machen.

Ich unterstütze voll und ganz die Anstrengungen, das Haushaltsdefizit und das Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu reduzieren und der Beschleunigung der Inflation Widerstand zu leisten. Ich bin einverstanden, daß eine bedeutende Verschiebung im Verhältnis zwischen Investitionen und Verbrauch nötig ist, und zwar zu den ersteren hin. Ich bin auch einverstanden, daß eine bedeutende Verschiebung im Verhältnis zwischen Exporten und inländischem Verbrauch notwendig ist, und zwar zu den ersteren hin. Aber ich muß dieser Billigung ganz betont hinzufügen, daß es wünschenswert ist, all dies auf dem gegebenen Niveau der Makronachfrage oder in der Zukunft mit einem stetig wachsenden Niveau der Makronachfrage, nicht auf Kosten eines Sinkens der Makronachfrage zu erreichen. Eine Zügelung des realen Verbrauchs ist unvermeidbar, aber sie sollte nur im Umfang der Erhöhung der Investitionen und Exporte angewendet wer-

den. Mit anderen Worten, die Gesamtnachfrage nach Produktion und also die Gesamtproduktion sollte im Zuge der Anpassung nicht sinken.

Ich empfehle keine unverantwortliche, dilettantische „Dynamisierung“ der Wirtschaft. Aber es ist eine Sache, davon Abstand zu nehmen, und eine andere, eine noch tiefere Rezession auszulösen.

Ich empfehle nicht, in der gegenwärtigen Situation der Wirtschaft einen sogenannten „Fiskalstimulus“ zu benutzen, d.h. die Makronachfrage auf Kosten der Erhöhung des Haushaltsdefizits zu erhöhen. Gleichzeitig würde ich die Wirtschaftspolitiker davor warnen, einen Fehler in die entgegengesetzte Richtung hin zu machen: Sie sollten der Kürzung des Haushaltsdefizits zuliebe keine Verringerung der Produktion riskieren. Dies war der große Fehler, den die Finanzbehörden in mehreren Ländern während der Großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahren machten, als sie die Makronachfrage unbedacht weiter kürzten, obwohl sich die Wirtschaft schon in einer tiefen Depression befand.

Ich habe keine Illusionen, was die Feinabstimmung der wünschenswerten Proportionen angeht. Die Resultate der „Feinabstimmung“ sind fragwürdig und könnten sich von den Absichten der Regierung unterscheiden. Es ist fast sicher, daß die erwähnten Veränderungen in den Proportionen nicht ohne Friktion vorgenommen werden können. Man kann die Nachfrage nicht um genau so viel kürzen, wie Exporte und Investitionen erhöht werden. Mein Einwand betrifft die tatsächliche Absicht. Die Regierung beginnt damit, eine Senkung des BIP zu planen, weil sie die reale Makronachfrage verringern will. Obwohl der von ihr gewollte Rückgang der Produktion ziemlich klein ist, kann die tatsächliche Produktion viel tiefer stürzen als erwartet. Nicht nur der reale Verbrauch kann fallen, sondern auch die Investitionen, obwohl sie gerade erst zu wachsen begonnen haben. Für acht bis zehn Monate schien es, als wenn die Wirtschaft, insbesondere was die Investitionen und die industrielle Produktion angeht, aus ihrer Baisse zu krabbeln begonnen hätte. Das Risiko ist, daß eine Reduzierung der Makronachfrage sie wieder zurückstoßen wird, nicht nur in die Stagnation, sondern in einen noch weiteren Abschwung nach dem Outputrückgang von 1993.

Leider handelt es sich nicht um den Fall einer einmaligen Verringerung im BIP von 1-2%, nach der, sobald sie vorbei ist, die Produktion wieder wachsen kann. Die Makroökonomik zeigt klar, daß sowohl die Erhöhungen als auch die Verringerungen in der Makronachfrage sogenannte Multiplikatoreffekte haben. Produktionsrückgang verursacht Entlassungen. Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, und die Eigentümer und

Arbeitnehmer von Firmen, deren Produktion abnimmt, geben weniger aus, was die Makronachfrage nochmals reduziert, und dies schwappt immer wieder über wie eine Folge von Wellen. Man bedenke für einen Augenblick: Die Spirale der Restriktionen und Rezessionen hat in Ungarn in den letzten 15-18 Jahren immer wieder von neuem begonnen. Es besteht die Gefahr, daß sich die Spirale weiterdreht und die Wirtschaft immer tiefer sinkt.

Mein Eindruck ist, daß die führenden Wirtschaftspolitiker und ihre sachkundigen Berater eine Art panische Furcht vor Wachstum haben. Der Teufel, mit dem sie sich und andere schrecken, ist die vergebliche „Dynamisierung“ Mitte der achtziger Jahre, der es nicht gelang, das Land aus der Stagnation zu führen, und die statt dessen eine noch tiefere Verschuldung verursachte. Man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß die heutige ungarische Wirtschaft nicht dieselbe ist wie die von vor zehn Jahren. Die Eigentumsverhältnisse haben sich verändert: Damals dominierte das Staatseigentum, während jetzt mehr als die Hälfte der Produktion aus dem Privatsektor kommt. Die übermäßige, verzerrte Konzentration der Wirtschaft hat aufgehört; Zehntausende kleiner und mittlerer Firmen sind neben den großen erschienen, so auch mehrere Hunderttausende von Selbständigen. Die Budgetbeschränkung für Firmen ist härter geworden. Es gelten realistische Marktpreise und der Marktmechanismus funktioniert, auch wenn er ein wenig quietscht. Es hat eine merkliche Veränderung in der Wirtschaftsstruktur stattgefunden, so daß der Anteil des Dienstleistungssektors z.B. bedeutend gewachsen ist. Ungarische Exporte werden heute weitgehend auf dem Hartwährungsmarkt abgesetzt. Was nach dem „Dynamisierungsprogramm“ von 1984 geschah, ist für die Auswirkungen, die Wachstum dieser Tage haben würde, überhaupt nicht relevant.

Es ist äußerst bedauerlich, daß ernste Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz im Jahr 1993 und im ersten Halbjahr 1994 aufgetreten sind. Wie ich jedoch früher in dieser Arbeit schon erklärt habe, beruht ein bedeutender Anteil der geplanten Maßnahmen, insbesondere die, die auf eine Reparatur der Zahlungsbilanz durch ein Schrumpfen der Wirtschaft abzielen, auf einer in vieler Hinsicht inkorrekten Analyse des Ungleichgewichts. Die Wirtschaftspolitiker haben nicht klar genug gesehen, welches die wirklichen Ursachen der Schwierigkeiten sind, und daher wird die Korrektur des Kurses der Wirtschaft ihre wahren Gründe nicht beseitigen. Wie ich schon betont habe, wäre es ein Fehler, für die Verschlechterung der Zahlungsbilanz einfach das Wachstum verantwortlich zu machen, das ohnehin kaum begonnen hat, und es als ein weiteres Argument für Kontraktion zu benutzen. Obwohl der Anstieg in der Investitionsneigung die Zahlungsbilanz

belastet hat, ist dies eine Bürde, von der ich meine, daß es sich sie zu tragen lohnt. Die Schwierigkeit war, daß die persönlichen Einkommen zur gleichen Zeit davonliefen und daß es eine große Zahl von anderen ungünstigen Umständen und Fehlern gab, die zur Verschlechterung der Export-Import-Quote führten.

Ich würde die, die vor einer Förderung des Wachstums zurückschrecken, gerne eindrücklich fragen, was sie glauben, was das Verhältnis zwischen Wachstum und Leistungsbilanz eigentlich ist. Ruht auf unserem Land ein Fluch, so daß, wenn immer in der Zukunft wir Wachstum anstreben werden, sich große Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz derart ergeben werden, daß wir nie und nimmer aus der Spirale von Rezession und Restriktion, die uns immer tiefer in den Sumpf der Stagnation zieht, entkommen können?

Lassen Sie mich klarstellen, daß ich ein Schrumpfen der Wirtschaft und eine Reduzierung in der wirtschaftlichen Aktivität nicht wegen der Bürden ablehne, die sie der heutigen Generation auferlegt. Wie ich im Abschnitt über die Löhne erklärt habe, ist diese Bürde leider anscheinend unausweichlich. Wovon ich warnen würde, ist ein Ruf nach Opfern, die dann keinen Effekt zeitigen, weil es der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik nicht gelingt, das Enger-Schnallen der Gürtel heute in das Wachstum von morgen umzuwandeln. Mit anderen Worten, ich protestiere nicht, weil einige der Regierungsmaßnahmen uns zwingen werden, unsere Gürtel enger zu schnallen. Ich habe Einwände, weil das „Paket“ als Ganzes die Rezession noch weiter vertiefen und die Aussichten auf Erholung noch weiter verschieben und unsicherer machen könnte.

Unter keinen Umständen kann ich einen defensiven, defätistischen Standpunkt annehmen. Irrationale Ängste vor Schäden an der Zahlungsbilanz können nur am Handeln hindern. Statt dessen gibt es zwei Probleme, die wir in einer unparteiischen, unvoreingenommenen Weise nochmals erwägen sollten.

Die erste Erwägung ist, wie zu der Art struktureller Veränderungen ermuntert werden sollte, die zukünftiges BIP-Wachstum ohne jede – oder mit der geringstmöglichen – Beeinträchtigung der Zahlungsbilanz erlaubt. Die Erfahrung anderer offener, sehr auf den Handel orientierter Länder legt nahe, daß das Wachstum der Zahlungsbilanz immer eine Bürde auferlegt. Die steigende Nachfrage nach Importen kommt gewöhnlich früher als der Erfolg im Export. Aber dies ist keine automatische, arithmetisch festgelegte Regel. Eine weise Regierungspolitik kann die Lage (was Preise, Wechselkurse, Exportförderung, Zölle usw. angeht) verbessern. Eine solche Politik

kann den Exporttrieb des Landes fördern und seine Nachfrage nach Importen zügeln, ohne das Wachstum selbst drastisch zu drosseln oder zu verlangsamen.

Die zweite Erwägung ist, wie ausländische Ressourcen auf die praktischste Weise mit der geringstmöglichen Belastung für das Land nach Ungarn gezogen werden können. Wir sollten vor der Idee, daß wir den Zufluß ausländischer Ressourcen brauchen, nicht zurückzucken. Die meisten weniger entwickelten Länder benutzten in der Periode der Bewegung weg von Rezession und Stagnation in Richtung Wachstum ausländische Ressourcen. Ich könnte dies auch stärker formulieren: Ich kenne keinen Fall eines Landes, das diese Bewegung nur mit Hilfe seiner eigenen Ressourcen erreicht hätte.

Was verhindert werden muß, ist eine Entwicklung der Ereignisse, in der die Tatsache, daß ein Einfluß ausländischer Ressourcen stattgefunden hat, *nachträglich* als eine unangenehme Überraschung bekannt wird. Es ist viel besser, schon vorher zu überlegen, was zu tun ist. Diese Arbeit setzt sich nicht zum Ziel, eingehende Vorschläge hierzu zu machen. Es gibt viele Formen des Kapitalzuflusses, die sich nicht gegenseitig ausschließen, so daß sie in verschiedenen Kombinationen genutzt werden können. Mein Eindruck ist, daß Ungarn bis jetzt nur einige aus dem Spektrum der möglichen Werkzeuge genutzt hat. Nachdem wir ungarische und ausländische Experten zu diesem Thema konsultiert haben, sollten wir die Aufgaben, die durch die Heranziehung und Benutzung ausländischer Ressourcen gestellt werden, nochmals erwägen.

Über den Optimismus und das Klima der Debatte

Erfolg mit dem Wachstum und der Makrostabilisierung haben eine gemeinsame Vorbedingung, und zwar eine *optimistische Grundhaltung*. Die von Kopint-Datorg im ersten Quartal 1994 durchgeführte Umfrage über die Wirtschaftsaktivität zeigte, daß die Mehrzahl der Firmen optimistischer war, als sie dies für viele Jahre gewesen war. Viele sagten zum Zeitpunkt der Umfrage, d.h. bevor sie von den neuen Maßnahmen erfuhren, daß sie eine Verbesserung sowohl der Export- als auch der Verkaufsaussichten im Inland erwarteten. Ich fürchte, daß diese hoffnungsvolle Stimmung nun wie von einer kalten Dusche gelähmt werden wird.

Meiner Meinung nach ist es inkorrekt, Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft oder zur Erzwingung der Lohndisziplin damit zu verteidigen.

gen, daß man auf den disaströsen Zustand der Wirtschaft hinweist. Es ist inkorrekt, vor allem weil diese Einschätzung nicht richtig ist. Die ungarische Wirtschaft ist robust; Hunderttausende von Firmen sind tatsächlich an der Arbeit. Glücklicherweise ist die ungarische Wirtschaft schon ein hoch dezentralisiertes System, das gesunde Selbstantriebskräfte hat, selbst wenn eine Regierung oder ein Minister einen Fehler machen sollte. Regierungen und Minister kommen und gehen, aber Marktkoordinierung und die durch die Interessen der Privateigentümer angefeuerte Produktion werden fortgesetzt und halten die Wirtschaft am Leben.

Das „Krisenmanagement“ sollte meiner Meinung nach ein Ende haben. Alle sind dessen überdrüssig. Schon zur Zeit der Verhandlungen 1989 über die Veränderung des politischen Systems wurde über die Aufgaben des „Krisenmanagements“ debattiert, und die Diskussion ist seither weitergegangen. Dies verwässert nur die Bedeutung des Wortes „Krise“. Nicht daß ich es aus dem Wirtschaftslexikon entfernen will. Wenn die Ungarische Nationalbank auf den internationalen Finanzmärkten morgen zahlungsunfähig würde, gäbe es eine wirkliche Krise. Wenn die augenblicklich moderate Inflationsrate sich plötzlich zu vielstelliger Hyperinflation beschleunigte, würden wir tatsächlich eine Krise haben. Wenn das Leben im Land durch Massenstreiks gelähmt würde, würde das Wort Krise zutreffen. Wirkliche Krisen müssen sicherlich vermieden werden, aber es ist unmöglich, nach so vielen Jahren immer noch in einem Zustand permanenten Krisenmanagements leben zu müssen.

Als Roosevelt die Vereinigten Staaten und die Weltwirtschaft aus der Großen Wirtschaftskrise herausholen wollte, sagte er, „Wir haben nichts mehr zu fürchten als die Angst davor.“ Eine Disasterstimmung heraufzubeschwören, ist nicht nur ungerechtfertigt, sondern schädlich, weil es eine sich selbst erfüllende Erwartung ist. Je mehr die Regierung darüber spricht, desto mehr werden Unternehmer, Investoren und ungarische und ausländische Kapital- und Firmenbesitzer daran glauben. Und dann wird es wirklich zur Krise kommen.

Für anhaltendes Wachstum ist Optimismus ein absolut notwendiges Erfordernis der wirtschaftlichen Psychologie. Kapital wird im Lande bleiben und freiwillig und zufrieden hier einfließen, solange der Eindruck einer gesunden, stetig wachsenden Wirtschaft mit einem sich erweiternden Markt besteht. Wie der Pessimismus, kann auch der Optimismus eine sich selbst erfüllende Erwartung sein. Ich hoffe sehr, daß der Optimismus unter den Wirtschaftspolitikern und den Wirtschaftsteilnehmern die Oberhand gewinnen wird.

Während ich bei dem Thema dieser „Stimmungsbedingungen“ für das Wachstum bin, würde ich gerne ein paar Bemerkungen darüber machen, wie ich hoffe, daß meine Arbeit aufgenommen wird, um einmal anzunehmen, daß ihr in der beruflichen und politischen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Manche meiner Vorschläge betreffen wesentliche Entscheidungen zwischen Grundwerten, und in Verbindung damit politische Kursbestimmungen. Lassen Sie mich drei Beispiele dafür nennen. Eines davon ist die Lohn- und Einkommenspolitik. Ganz egal, was ein Regierungs- oder Oppositionspolitiker darüber denkt, muß er letztendlich entscheiden, welche Art der Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums und der Lasten zwischen den verschiedenen Gruppen der Haushalte und den aufeinander folgenden Generationen stattfinden sollte. Das zweite Thema ist die Steuereintreibung: Hier besteht ein Interessenkonflikt zwischen der ethischen Forderung nach fairer Verteilung der Lasten und den augenblicklichen materiellen Interessen der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen. Schließlich ist das letzte Thema der Konflikt zwischen dem „Bedarfsprinzip“ und der paternalistischen Rolle des Staates: Sicherlich stehen grundlegende Wertkonflikte hinter allen diesen Fragen.

Als Forscher, der politische Entscheidungen und die Auswahl zwischen Werten klar von den strikten Rationalitätskriterien der Effizienz teilen möchte, wünschte ich mir, daß Parteien und Politiker in diesen Fragen klar und ohne jede leere Rhetorik Partei ergreifen würden und endlich über allgemeine Feststellungen, die sie auf nichts festlegen, hinausgehen würden. Ich bin nicht sicher, daß dieser Wunsch bald in Erfüllung gehen wird.

Offensichtlich gibt es eine politische Dimension der Frage, ob die Situation tatsächlich „disaströs“ ist. Es gibt auch politische Untertöne der Frage, ob die Reaktion der Wirtschaft auf ihre „Ankurbelung“ dieselbe sein wird wie vor zehn Jahren, da seither „nichts geschehen“ ist. Oder, wenn etwas geschehen ist, gereiche es zum Schlechteren.

Mehrere Feststellungen in dieser Arbeit haben nahegelegt, daß ich mit der einseitig negativen Sicht der letzten Jahre nicht übereinstimme. Als politischer Ökonom bin ich natürlich nicht überrascht festzustellen, daß eine politische Gruppe, die es auf die Macht abgesehen hat, aus wahltaktischen Gründen die Politik ihrer schon an der Macht befindlichen Rivalen kritisiert. Es ist auch klar, daß sie, sobald sie an die Macht kommt, gute Gründe hat, ihre Ausgangsbedingungen in ein so schlechtes Licht wie möglich zu stellen, weil dadurch sogar bescheidene Ergebnisse in der Zukunft

großartiger erscheinen werden. Wenn das Land in einer ernststen Krise steckt, nimmt bloßes Überleben die Konturen eines großen Erfolges an.

Es ist wichtig, den Ausgangspunkt der neuen Regierung objektiv zu beurteilen, ohne politische Parteilichkeit. Wie ich schon sagte, hat die gegenwärtige Situation einige sehr alarmierende Merkmale (wie z.B. das Haushalts- und das Leistungsbilanzdefizit). Darüber hinaus gibt es viele langfristige Trends, die auf die Zeit des Machtmonopols der Kommunistischen Partei zurückdatieren, und die sich unter der Antall-Boross-Regierung fortsetzten oder verschlimmerten (z.B. die übermäßigen Verpflichtungen des „frühgeborenen Wohlfahrtsstaats“, Nachsichtigkeit angesichts von Lohndruck und allmähliches Ansammeln zusätzlicher Auslandsschulden). Aber in einem gewissen Umfang hat auch eine gehaltvolle und gesunde Entwicklung stattgefunden, teilweise als spontanes Resultat der demokratischen Umgestaltung und teilweise als Resultat korrekter Maßnahmen, die die Regierung und das Parlament ergriffen haben (z.B. die Schaffung und Verbreitung der Marktwirtschaft und die Errichtung eines Verfassungsstaats usw.). Dies gerade sind die Erfolge, auf die wir bauen können, wenn es nicht um die Fortsetzung der Politik der achtziger Jahre oder der Németh-Regierung, sondern um die Erarbeitung einer Wirtschaftspolitik im Einklang mit dem heutigen Ausgangspunkt geht.

Ein Teil dessen, was ich vermitteln möchte – die wesentliche Idee des Wachstums –, ist jedoch nicht wirklich eine politische Frage oder eine Auswahl zwischen Werten. Die Entscheidungen in diesem Zusammenhang müssen auf der Klärung einer Menge von Problemen beruhen, in denen die letzten Worte auf der Grundlage von Daten, logischen Schlüssen und professionellen Analysen gesprochen werden müssen. Lassen Sie mich ein paar Beispiele geben, die alle schon früher eingehend besprochen wurden. Warum hat sich die Zahlungsbilanz im Jahr 1993 und im ersten Teil des Jahres 1994 verschlechtert? In welchen Formen und welcher Größenordnung kann die Verwendung externer Ressourcen akzeptiert werden, ohne die Zahlungsunfähigkeit zu riskieren? Welche Faktoren haben den Rückgang der inländischen Ersparnisse verursacht, und was wird sie kurz- und langfristig zum Wachsen bringen? Diese Fragen sollten keine politischen Leidenchaften entfachen.

Einige der Streitigkeiten bestehen tatsächlich nicht zwischen den Politikern, sondern zwischen ihren wirtschaftlichen Ratgebern. Obwohl diese Arbeit für einen größeren Leserkreis geschrieben ist, lassen Sie mich hier einige Worte über den theoretischen Hintergrund der Debatten sagen.

Die, die eine „Einschränkung“ (oder Schrumpfung, um meinen entschiedeneren Ausdruck zu benutzen) befürworten, tun dies auf Grund der sogenannten monetaristischen Theorie oder unter dem indirekten Einfluß dieser Theorie. Oder, um präziser zu sein, ihr Denken ist von einer ziemlich vereinfachten und extremen Version der monetaristischen Theorie beeinflusst⁵, die insbesondere in ihrer dogmatischen, doktrinären Version weit davon entfernt ist, in der internationalen Gemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftler ein Monopol zu genießen. Sie hat viele Kritiker, und ihr Ansehen hat besonders in den letzten fünf bis zehn Jahren gelitten. Die große Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler versucht, die früheren, extremen Theorien zu integrieren und aus ihnen herauszupressen, was an ihnen allen gültig ist. Und jede Theorie ist, ihren wohlausgebildeten und umsichtigen Praktikern zufolge, nur *unter gewissen Umständen* gültig! Was in den ersten zwei Jahren der Regierungszeit Margaret Thatchers wahr gewesen sein mag, trifft zehn Jahre später auf Großbritannien nicht mehr notwendigerweise zu. Es lohnt sich zu erwähnen, daß viele Keynes'sche Ideen rehabilitiert werden, ohne daß sie ihre frühere dominierende Stellung wiedergewinnen. Verschiedene Trends des Neukeynesianismus gewinnen an Boden. Hier kann wiederum gesagt werden, daß Keynes' Ideen in der Praxis nur *unter gewissen Umständen* gültig sind. Was in Amerika 1932 ein gutes Rezept gewesen sein mag, ist möglicherweise 1994 dort überhaupt nicht nützlich, und schon gar nicht in der Ukraine oder Albanien. Jedoch sollte uns dies nicht die Keynes'schen Ideen vergessen lassen, die gültig bleiben.

Ich betrachte mich weder als einen Keynesianer noch als einen Monetaristen, noch als einen einseitigen Anwalt irgendeiner anderen Schule. Diese Arbeit begünstigt nicht die Lehren einer bestimmten Strömung. Statt dessen versucht sie, aus mehreren Quellen gleichzeitig zu schöpfen.

Was wirklich gebraucht wird, ist eine synthetisierende, integrierende Anwendung der wohlbekanntesten Theorien und, darüber hinaus, theoretische Innovation. Im heutigen Osteuropa, und besonders im heutigen Ungarn, ist die Situation ganz neu, und daher paßt kein vorgekochtes Rezept. Die israelische Stabilisierung von 1985, die ich schon erwähnte, war eine wunderbare Leistung, da ihre Autoren den Mut hatten, das „Standardschema“ mit einer

⁵ Unpassenderweise übernahm ich hier einen falschen Ausdruck aus dem ungarischen Wirtschaftsjargon, der einer restriktiv-einschränkenden Wirtschaftspolitik das Etikett „monetaristisch“ anheftet. Tatsächlich beinhalten die Lehrsätze der monetaristischen Theorie und die aus ihnen folgenden wirtschaftspolitischen Implikationen *nicht* notwendigerweise das Verschreiben einer geld- und fiskalpolitischen Schrumpfung. Also besteht aus der Perspektive der wirtschaftswissenschaftlichen Ideengeschichte keine Rechtfertigung, die oben beschriebene Politik monetaristisch zu nennen. [eingefügte Fußnote]

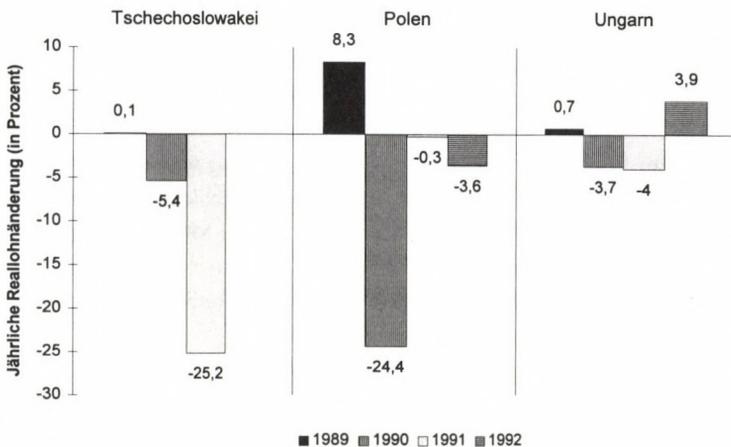
drastischen nichtmarktkoordinierten Intervention in Löhne und Preise zu kombinieren. Mein Vorschlag ist nicht, diese zu kopieren, sondern ihr Mißtrauen gegen fertige Schemata und ihren theoretischen Mut, die Probleme zu überdenken.

Auch ist es keine Lösung, erfolgreiche ausländische Erfahrungen anzuführen und vorzuschlagen, dem polnischen oder tschechischen Beispiel zu folgen. Am Anfang des postsozialistischen Übergangs fanden in Polen und der Tschechoslowakei drastische Verringerungen der Reallöhne statt, während dies in Ungarn nicht geschah (vgl. *Schaubild 5*).

Dies war sicherlich ein Grund für die Tatsache, daß die Produktion nach der großen Rezession zunächst in Polen und dann in der tschechischen Republik zu wachsen begann, die in dieser Hinsicht der ungarischen Wirtschaft voraus waren.

Schaubild 5

Die Entwicklung der Reallöhne in drei postsozialistischen Ländern



Quelle: A.H. Amsden, J. Kochanowicz und L. Taylor (1994).

Ich selbst habe 1989 für Ungarn eine der polnischen und tschechischen sehr ähnliche Strategie vorgeschlagen. Wenige Menschen haben sie unterstützt. Nicht nur hat die Regierung, die damals an die Macht kam, sie nicht befolgt, sondern auch die damalige Opposition und mehrere wichtige Wirtschaftswissenschaftler waren dagegen. Lassen Sie mich folgendes sagen: Ich

würde dem Land nicht empfehlen, das *heute* zu tun, was es 1990 versäumte, nicht weil ich meine Meinung über die damalige Situation geändert habe, sondern weil die Situation sich seit damals geändert hat. Damals standen wir vor einer Rezession, während wir heute eine bedeutende Rezession hinter uns haben (und möglicherweise eine weitere vor uns haben). Damals hatten wir keine Arbeitslosigkeit, während sie heute auf einem hohen Niveau steckengeblieben ist. Damals begann die Inflation zu steigen, und es wäre vielleicht noch möglich gewesen, auf einem hohen Niveau verharrende Inflation zu vermeiden, während diese jetzt schon entstanden ist. Also brauchen wir jetzt eine Wirtschaftspolitik, die mit der gegenwärtigen Situation übereinstimmt.

Lassen Sie mich wiederholen, daß mein Standpunkt, was das Wachstum angeht, auf fachlichen Erwägungen beruht. Ich bin mir der Tatsache bewußt, das ein bedeutender Anteil der ungarischen Wirtschaftswissenschaftler meine Ansichten nicht teilt, und soweit ich dies sagen kann, sind sie die mit dem größten Einfluß auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Entscheidungsträger. Aber ich stehe mit meiner Ansicht nicht allein. Auf der Grundlage eines ähnlichen, oder geringfügig anderen Gedankengangs, haben mehrere meiner Kollegen eng mit dem meinen verwandte Ansichten über das Wachstum ausgesprochen. Regierungen treffen politische Entscheidungen aufgrund von Abstimmungen, aber über wirtschaftliche Theorien wird gewöhnlich nicht abgestimmt. Es ist nicht die Zahl der Exponenten einer Schrumpfungspolitik oder die Zahl ihrer Gegner, die eine mehr wachstumsorientierte Politik vorschlagen, die ausschlaggebend ist. Die Frage, wer recht hatte, wird durch Forschung, Daten, Modelle, Berechnungen, wissenschaftliche Argumente und letztendlich durch die Erfahrung in Ungarn und der ganzen Welt über viele kommende Jahre hinweg entschieden werden.

Jedoch bin ich kein akademischer Don Quixote, und ich will meine Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß im Parlament tatsächlich in diesem Jahr eine Abstimmung über einen Zusatzhaushalt für dieses Jahr und den Jahreshaushalt für das nächste und über andere in dieser Arbeit erörterten Fragen der Wirtschaftspolitik stattfinden wird. Parteien und Politiker werden über wirtschaftspolitische Fragen streiten. Was ist zu erwarten?

Wenn immer ich mit amerikanischen oder britischen Kollegen über diese Fragen spreche, gerate ich stets in Verwirrung. Sie haben sich in früheren Jahren an die Tatsache gewöhnt, daß konservative Politiker mehr auf monetaristische Ratgeber und Labour oder demokratische Politiker keynesianischen Ratschlägen folgen. Etwas vereinfacht kann man sagen, daß

Reagan Friedman nahestand, während Clinton dem Rat Tobins, Solows oder ihrer Schüler folgt, um amerikanische Namen zu nennen. Diese Formel trifft in Ungarn nicht zu.

Die Ideen, die ich in den letzten Jahren ausgesprochen habe, wurden in der politischen Arena am deutlichsten durch die liberalen Jungen Demokraten (Fidesz) vertreten. Ziemlich ähnliche Ideen wurden durch einige Wirtschaftspolitiker des konservativeren Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) und der Christlichen Demokratischen Nationalen Partei (KDNP) vertreten, wahrscheinlich unter dem Einfluß ihrer eigenen Berater und nicht meines Rats. Andererseits haben monetaristische Doktrinen einen großen Einfluß auf die wirtschaftlichen Ratgeber sowohl der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) und der liberalen Freien Demokraten (SZDSZ) gehabt, die nun miteinander koalieren. Wenn ich dies im Ausland erzähle, sagen die Leute, das sei ein Rätsel.

Und in gewissem Maße ist es ein Rätsel. Es mögen viele korrekte und inkorrekte Ideen in dem sein, was ich in dieser Arbeit über das Wachstum gesagt habe, aber es ist in keiner Weise unvereinbar, sagen wir, mit moderner Sozialdemokratie oder mit politischem Liberalismus. Andererseits ist nichts davon mit den „volkstümlich-nationalen“ Ideen des MDF oder der christlich-demokratischen Tradition der KDNP verwandt. Warum hat sich dieses seltsame Verhältnis zwischen den „Farben“ des ungarischen politischen Spektrums und den alternativen strategischen Ideen im Zusammenhang mit dem Wachstum entwickelt?

Es gibt eine einfache, vielleicht zu einfache Erklärung: Die Dialektik der politischen Polemik dominiert. Um diesen Gedankengang zu karikieren, könnte man sagen: „Wenn mein Gegner, mein politischer Rivale das sagt, muß ich das genau Entgegengesetzte sagen.“ Man kann beobachten, daß dies in mehreren Fällen zutrifft.

Vielleicht ist die Herausbildung der Ansichten heutzutage auch von den Traditionen der gegenwärtigen ungarischen Wirtschaftswissenschaften beeinflusst. Viele der Ratgeber des MSZP und SZDSZ, z.B. die Experten der augenblicklichen Regierungskoalition, kommen aus den Rängen der früheren Reformwirtschaftswissenschaftler. Sie waren damals zu Recht verärgert über die vergeblichen Versuche des Kádár-Regimes, die Wirtschaft „aufzumöbeln“. Damals war der Monetarismus für sie eine wichtige ideologische Neuentdeckung, dessen makroökonomische Theorie eng mit einer radikalen Reduzierung der Rolle des Staats und einer Betonung der Vorteile des Markts, d.h. mit einer ganzen Reihe von Ideen zusammenhing, die den Reformern, die mit dem bürokratischen Sozialismus kämpften, wie eine Er-

leuchtung kam. Anscheinend sind viele dieser Wirtschaftswissenschaftler nicht fähig gewesen, diese Ideen, die sie in ihren frühen Berufsjahren, wo sie besonders beeinflussbar waren, aufgenommen haben, abzuschütteln, so daß sie zu Vorurteilen geworden sind und nun einen verzerrenden Effekt auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen haben.

Andere Faktoren mögen in dieser sonderbaren Entwicklung der politischen und beruflichen Meinungen eine Rolle gespielt haben, aber was immer auch der Grund sein mag, dies ist die Realität.

Wenn ich diese Arbeit schreibe und veröffentliche, muß ich erwarten, daß meine Argumente von manchen Leuten benutzt werden, mit denen ich, was wichtige politische Fragen angeht, nicht einverstanden bin. Meine Ideen können genutzt werden, Elemente der erklärten Regierungspolitik zu diskreditieren, die ich korrekt finde. Es ist auch möglich, daß Leute, die mit meinen Ideen über das Wachstum übereinstimmen, sie mit fremdenfeindlichen, nationalistischen Ideen, die sich gegen den Einfluß ausländischen Kapitals stemmen, in Verbindung bringen werden, obwohl diese Ideen von meinen eigenen sehr weit entfernt liegen.

Ich muß auch erwarten, daß sobald meine Ansichten in die politische Arena driften, sie das Schicksal der dort stattfindenden intensiven Debatten teilen werden. Ich habe versucht, meine Sätze präzise zu formulieren, aber ich muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die, die mit mir nicht übereinstimmen, meine Worte aus dem Zusammenhang reißen werden, wie sie dies in früheren Debatten getan haben. Meine Worte der Kritik oder des Rats können auf eine Art und Weise genutzt werden, die ihrer ursprünglichen Bedeutung zuwiderlaufen, so daß sie leichter zurückgewiesen werden können.

Nachdem ich diese Gefahren in Betracht gezogen habe, habe ich mich, nachdem ich gegen einige Zweifel und Sorgen angekämpft habe, entschieden, die Arbeit zu veröffentlichen. Letztendlich glaube ich, daß ein Wissenschaftler seine Ideen nicht aus Rücksichtnahme auf die alltäglichen politischen Kämpfe unterdrücken darf. Wer auch immer für oder gegen mich spricht, ich als Wissenschaftler muß am Kriterium meiner Überzeugung, was die Wahrheitsgetreue meiner Feststellungen und die Nützlichkeit meiner Vorschläge angeht, festhalten. Da ich von ihnen überzeugt bin, veröffentliche ich sie.

Nachwort:

Ein Rückblick zwanzig Monate später

Am 12. März 1995, acht Monate nach dem Erscheinen dieses Artikels, verkündeten die ungarische Regierung und die ungarische Nationalbank ein Anpassungs- und Stabilisierungsprogramm. Zum Zeitpunkt, da ich dies im April 1996 schreibe, ist die Verwirklichung des Programms mehr als elf Monate in Gang gewesen. Ich denke, daß ich zumindest eine kurze Notiz anfügen muß, um den Lesern zu erklären, wie ich die Gültigkeit der Arbeit *heute* beurteile.

Zunächst einmal kann festgestellt werden, daß die Gedanken der Arbeit im Programm erscheinen. Die Frage, inwieweit meine Schriften die Urheber des Programms beeinflusst haben, kann offengelassen werden. Im folgenden fasse ich in aller Kürze die Punkte zusammen, hinsichtlich derer die Ideen sich überschneiden. Ich erwähne vier Probleme, die vor dem 12. März 1995 diskutiert wurden, und die das Programm letztendlich im Sinne der von mir (in den meisten Fällen nicht allein, sondern zusammen mit anderen) unterstützten Positionen entschied. Ich stelle auch dar, inwieweit die Ereignisse seither die damaligen Vorschläge bestätigt haben.

1) Der wichtigste Gedanke meiner Arbeit war, daß die Aufgabe der Wachstumsstimulierung nicht der Aufgabe der kurzfristigen Stabilisierung untergeordnet werden darf.⁶ Es ist nicht zulässig, weder in der Zeitfolge noch in der Betonung, eine der beiden vorwegzunehmen oder zurückzustufen. Mit dieser Sicht widersprach ich denen, die eine einseitige Politik der Restriktion und der Schrumpfung vorschlugen. Lajos Bokros unterstützte, vom ersten Augenblick der Verkündung des Programms an, die Idee von „Wachstum und Gleichgewicht“, und diese blieb auch nach seinem Rücktritt die Leitlinie der Wirtschaftspolitik.

Meine Arbeit warnte vor einem Schrumpfen der Produktion und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Gefahren einer neuen Welle der Rezession. Sie

⁶ Die siebte Arbeit dieses Buches, die nach der Verkündung des Stabilisierungsprogramms geschrieben ist, kommt auf die Frage meines Standpunktes zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten, als ich diese Arbeit schrieb, und den Grad, zu dem er sich später änderte, zurück.

regte eine Verschiebung in der Verwendung des BIP zu Lasten des Konsums und zugunsten der Exporte und der Investitionen und, auf der Angebotseite, auf Kosten der Importe und zugunsten der inländischen Produktion an. Alles dies sollte so getan werden, daß die Produktion nicht fiel, während der Anreiz zu Investitionen wenn möglich andauern sollte.

Diese Empfehlung spiegelte sich nicht nur im Programm, sondern auch in der Praxis der ersten zwölf Monate der Stabilisierung wider. Die ungarische Aktion zeichnet sich in der vielfältigen Geschichte der Stabilisierungsprogramme dadurch aus, daß die drastische Korrektur bis zum heutigen Tage ohne ein Sinken der Produktion stattgefunden hat. Die makrowirtschaftlichen Proportionen haben sich genau in die von der Arbeit empfohlenen Richtung hin verschoben.

2) Es gab eine Debatte über die Methoden der Stabilisierung. Meine Arbeit trat schon ganz am Anfang ihrer Argumentationslinie für die unpopuläre Idee ein, daß die Lohnpolitik als Schlüssel zur Anpassung und zum Zusammenzwängen des Verbrauchs unvermeidlich ist. Sie lenkte die Aufmerksamkeit besonders darauf, daß eine Abwertung nur dann einen wirtschaftlichen Gewinn bringt, wenn die durch die Abwertung verursachten Preiserhöhungen nicht ganz durch Erhöhungen der Nominallöhne kompensiert werden.

Dies ist geschehen. Die Arbeitsproduktivität ist gestiegen, während die Reallöhne gefallen sind. „Die Frage der Löhne wird in der vor uns liegenden Periode zur Reifepfung für die ungarische Gesellschaft werden“, schrieb ich damals. Das drastische Sinken der Reallöhne forderte den ungarischen Arbeitnehmern ein schweres Opfer ab - und dieses schmerzhaftes Opfer war zweifellos eine der Hauptquellen für den bis jetzt mit der Stabilisierung erzielten Erfolg.

3) Eine Debatte fand statt, was die Methode der Kürzung des Haushaltsdefizits anging. Wiederum ergriff meine Arbeit hier offen die Partei einer unpopulären Idee: daß die Reform des Wohlfahrtssektors, einschließlich der Kürzung einiger genereller Ansprüche, unvermeidbar ist. Eine der leitenden Ideen der Reform war das Bedarfsprinzip.

Diese Gedanken wurden zu einem der Hauptpunkte des Stabilisierungsprogramms. Es ist zu früh, in dieser Hinsicht von radikalen Veränderungen zu sprechen. Jedoch ist das Tabu der Ansprüche auf Wohlfahrtsleistungen gebrochen worden, und es ist nun möglich, jeden Posten gesondert zu besprechen.

4) Was die Zahlungsbilanz anging, lenkte ich die Aufmerksamkeit auf die Komplexität der Situation, von den Mängeln der Wechselkurspolitik über die speziellen Probleme der Importe hin zur Frage der Kapitalflucht. Das Pro-

gramm zeigte in dieser Hinsicht Erfindungsreichtum und umsichtige Sorgfalt insofern, als es eine weite Spanne von Maßnahmen nutzte, um eine geschwinde Korrektur in den Handels- und Zahlungsbilanzen hervorzubringen. Eine bedeutende Verbesserung hat in den ersten zwölf Monaten stattgefunden, und man kann hoffen, daß sie sich fortsetzt.

Es gibt einen wichtigen Gedanken meiner Arbeit, den ich mit heutigen Augen als problematisch ansehe. Ich sprach mich gegen die Stimmung einer unmittelbar drohenden Katastrophe, die die Öffentlichkeit für einige Monate verschreckte, aus. Ich sagte, die Probleme seien zwar schwerwiegend, aber das Land befände sich nicht am Rande des Abgrunds. Deshalb stellte ich nicht die Maßnahmen in den Vordergrund, deren Ziel es war, einen plötzlichen Kreditwürdigkeitsverlust und eine akute Schuldenkrise zu vermeiden.

Schon damals kommentierten meine Kritiker, schriftlich und in persönlichen Gesprächen, daß ich in einem Artikel in einer vielgelesenen Zeitung meine Unterstützung denen hätte geben sollen, die versuchten, eine zögernde politische Führung zu Taten zur Verbesserung des Gleichgewichts anzuspornen.

Die Geschichte kann nicht anders abgespielt werden, als sie tatsächlich stattgefunden hat. Es kann weder bestätigt noch widerlegt werden, daß, wenn ich dies getan hätte, es dazu hätte beitragen können, die lange Periode des Zögerns abzukürzen. Mangels Belegen kann ich diese Kritik nicht zurückweisen, aber ich kann sie auch nicht wirklich unterschreiben.

Ich bin immer noch der Auffassung, daß es damals, im Sommer 1994, nicht gerechtfertigt gewesen wäre, panische Angst und eine Stimmung der unmittelbar drohenden Katastrophe heraufzubeschwören. Zum einen kann solches Bangemachen wie eine sich selbst erfüllende Erwartung wirken. Je öfter wir sagen, daß wir auf der Schwelle einer Krise sind, desto mehr verlieren wir das Vertrauen der Investoren, der inländischen wie der ausländischen, und desto stärker beginnt und beschleunigt sich die Kapitalflucht. Es wäre ein zweifelhaftes Unternehmen zu versuchen, auf denselben öffentlichen Seiten führende Politiker zu überzeugen, eine Krise abzuwenden, auf denen beruhigt werden muß.

Ich habe meine Arbeit im Sommer 1994 veröffentlicht. Wenn ich nach zwei Jahren auf sie zurückblicke, sehe ich, daß dies noch immer mehrere Monate vor der mexikanischen Krise war. Es gab noch immer viel Zeit für ausgewogenes, energisches, unüberstürztes Handeln. Zu jenem Zeitpunkt mangelte es weniger an dramatischen öffentlichen Warnungen als an politischem Mut und dem Willen, unpopuläre Schritte zu unternehmen.

Leider befanden wir uns inmitten einer Periode, in der die verlorenen Monate, Wochen und letztendlich Tage zu zählen anfangen, und der Aufschub der schmerzhaften Maßnahmen des „Gürtel-Enger-Schnallens“ die Gefahren stetig vergrößerte. Das Vertrauen auf die Kreditwürdigkeit des Landes schwächte sich in der zweiten Hälfte 1994 und zu Beginn des Jahres 1995 mit einer beschleunigten Rate ab. Als die mexikanische Krise Anfang 1995 ausbrach, begann eine direkte Gefahr einer Schuldenkrise zu herrschen. Sogar dann dauerte das Zögern noch einige Monate an, bis die Regierung schließlich von den immer häufigeren und alarmierenden Zeichen gezwungen wurde, das drastische Stabilisierungsprogramm vom März als präventive Maßnahme zur Abwendung einer Krise einzuführen.

Etwas, das Wirtschaftshistoriker und politische Wissenschaftler, die Krisen und Stabilisierungsprogramme untersuchen, bei ähnlichen Gelegenheiten angemerkt haben, erwies sich wiederum als wahr: Politiker können sich gewöhnlich nur dann dazu zwingen, unangenehme, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie sich einer Katastrophe gegenübersehen. Bei dieser Gelegenheit erging es Ungarn besser als manchen anderen, weil die Schritte zur Verhütung des Desasters noch in der *allerletzten* Minute getan wurden, *bevor* es eintreten konnte.

7.

Die Dilemmata der ungarischen Wirtschaftspolitik

Einleitung¹

Ich würde in dieser Arbeit die augenblicklichen Probleme der ungarischen Wirtschaftspolitik gerne in eine umfassendere wirtschaftliche Perspektive einordnen. Der Ausgangspunkt ist das am 12. März 1995 verkündete Stabilisierungsmaßnahmenpaket, das aus drei Elementen besteht.

1. Es fand eine sofortige, radikale Abwertung des ungarischen Forint statt, und ein weiterer Kurs stetiger Abwertung wurde im voraus bis fast zum Ende des Jahres angekündigt. Außerdem wurde ein bedeutender Importzuschlag (zusätzlicher Zolltarif) eingeführt.

2. Es wurde eine bedeutende Kürzung der Haushaltsausgaben verschrieben. Diese wirkte sich auf verschiedene Haushaltsansätze aus, einschließlich einiger Posten der Wohlfahrtsausgaben. Die Änderungen werden das Haushaltsdefizit 1995 deutlich und 1996 noch mehr verringern.

3. Die Regierung will den Anstieg in den Nominallöhnen und Einkommen zügeln. Daher wurden strenge Grenzen für die vom Öffentlichen Haushalt finanzierten Gehälter und für Lohnerhöhungen in mehrheitlich

¹ Diese Arbeit wurde als Teil eines Forschungsprogramms der Nationalen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung (OTKA) mit dem Titel „Die Wechselbeziehung von Politik und Wirtschaft in der Periode der Postsozialistischen Umgestaltung“ und der Unterstützung des Collegium Budapest vorbereitet. Ich bin Mária Kovács für ihre Hilfe beim Sammeln der Daten und bei der Klärung der in dieser Arbeit erörterten Probleme sehr dankbar. Ich danke Brian McLean für seine Übersetzung des ungarischen Texts ins Englische. Ich habe eine frühere Version als Vortrag an der Budapester Wirtschaftsuniversität und auf einer Veranstaltung der Friedrich Ebert-Stiftung gehalten, wo ich für mich lehrreiche Kommentare erhielt. Während der Forschungsarbeit habe ich unter anderem mit László Akar, Zsolt Ámon, Rudolf Andorka, Francis Bator, Michael Bruno, Richard Cooper, Zsuzsa Dániel, Tibor Erdős, Endre Gács, Stanley Fischer, Eszter Hamza, György Kopits, Álmos Kovács, Judit Nemény, Robert Solow, György Surányi, Márton Tardos und László Urban konsultiert, denen ich allen für ihre wertvollen Ratschläge danke. Natürlich bin ich allein für die zum Ausdruck gebrachten Ideen verantwortlich. Die erste Veröffentlichung war „The Dilemmas of Hungarian Economic Policy“, Discussion Papers Nr. 18, Collegium Budapest, November 1995 und *Acta Oeconomica*, Winter 1995c.

staatseigenen Betrieben festgelegt. Das Programm geht davon aus, daß dieses Verhalten des Staatssektors auch den Lohnanstieg im Privatsektor dämpfen wird.

Da ich dieses schreibe, sind drei Monate seit der Verkündung vergangen, und die Absichten der Regierung sind klar geworden, zunächst in einer Folge von Regierungsmaßnahmen und dann im durch die Mehrheit des Parlaments verabschiedeten Stabilisierungsgesetz. Insofern ist das Stabilisierungsprogramm des 12. März zu einer Tatsache des ungarischen Wirtschaftsgeschehens geworden und hat einen großen Einfluß auf den weiteren Ablauf der Dinge.² Aber dies bedeutet nicht, daß das Programm von nun an den Weg der Wirtschaft bestimmen wird. Eine zu erörternde Frage betrifft das Maß und die Konsequenz, in dem die Schritte der Regierung und die Stabilisierungsgesetzgebung verwirklicht werden. Die andere ist, welche anderen Faktoren über die Stabilisierungsentscheidungen hinaus einen Einfluß auf die Wirtschaft haben werden. Die Geschehnisse in der ungarischen Wirtschaft hängen nicht allein von Regierung und Parlament ab. Sie sind auch vom Staatsapparat, den verschiedenen Interessengruppen vertretenden Organisationen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und nicht zuletzt von der Außenwelt, den Regierungen, internationalen Organisationen, ausländischen Banken und Firmen abhängig, die alle in irgendeiner Form auf die Maßnahmen vom 12. März reagieren werden. Der zukünftige Weg der Wirtschaft ist voller Kreuzungen, an denen die Wirtschaftssubjekte zwischen Alternativen wählen müssen. Mit jeder dieser Entscheidungen sind Dilemmata verbunden, und ich würde gerne einige von diesen näher betrachten.

Diese Arbeit behandelt hauptsächlich die makroökonomischen Probleme. Sicherlich gibt es viele Probleme auf der Mikroebene und auch zahlreiche andere Probleme, die mit der Umgestaltung der Institutionen und Eigentumsverhältnisse zu tun haben. Diese gehen über den Rahmen dieser Darstellung hinaus.

²Eine Bewertung des Stabilisierungsprogramms des 12. März aus verfassungsrechtlicher Sicht findet ebenfalls statt. Der Verfassungsgerichtshof hat schon eine Reihe von Punkten verworfen und beabsichtigt, die Überprüfung im Herbst fortzusetzen. Zum Zeitpunkt dieses Schreibens wird in der Presse berichtet, daß die Regierung sich anschickt, die durch die gerichtliche Überprüfung geopfert Einkünfte und Ersparnisse auf andere Weise wiederzugewinnen. Die Arbeit beruht auf der *Annahme*, daß die parlamentarische Mehrheit und die Regierung sich verpflichten, die im Stabilisierungsbündel geplante makroökonomische Politik durchzuführen. Der weitere Verlauf der Ereignisse wird zeigen, ob diese Voraussetzung gerechtfertigt ist.

Unter den Bedingungen des postsozialistischen Übergangs in Ungarn wurden drei schwerwiegende und lästige Aufgaben verschleppt:

- 1) die Sicherung oder zumindest Verbesserung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts;
- 2) die Gewährleistung oder zumindest Besserung des binnenwirtschaftlichen finanziellen Gleichgewichts und
- 3) die Entscheidung, wie man das Sinken der Realproduktion verhindern und was man tun kann, um eine Gesundung der Wirtschaft und anhaltendes Wirtschaftswachstum zu fördern.

Eines der grundsätzlichen Dilemmata ist die Festlegung der relativen Wichtigkeit dieser drei Aufgaben im Verhältnis zueinander; außerdem wirkt jede von ihnen getrennt eine Folge von Entscheidungsdilemmata auf. Die Arbeit nimmt diese drei großen Probleme nacheinander auf. Schließlich beschäftigt sie sich mit Dilemmata eines anderen Typs – Beziehungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaftspolitik.

Das Außenwirtschaftsgleichgewicht

Ich bin der Auffassung, daß im Augenblick und für die unmittelbare Zukunft die Probleme des externen Gleichgewichts – der Handels- und Zahlungsbilanz und der Auslandsschulden – das größte relative Gewicht in kurzfristigen wirtschaftlichen Überlegungen erhalten sollten.

Man erlaube mir hier eine kurze subjektive Abschweifung, um die Frage anzusprechen, ob die gerade vorgebrachte Stellungnahme nicht inkohärent ist und eine Aufgabe der von mir früher veröffentlichten wirtschaftlichen Prinzipien bedeutet. Meiner Ansicht nach nicht. Man muß zwischen den letztlichen Bestimmungen wirtschaftlicher Anstrengungen, den ihnen *zugrundeliegenden* ständigen Vorgaben und allgemeinen Werten, die als Basis des eingenommenen Standpunkts dienen, und den *Zwischen- und operativen Zielen* unterscheiden. Was die ersteren angeht, ist meine Haltung unverändert; ich könnte sagen, meine „Wirtschaftsphilosophie“ ist unverändert. Ich bin überzeugt, daß das Hauptziel der Wirtschaftspolitik die Erhaltung andauernden wirtschaftlichen Wachstums ist. Nur dies kann einen stetigen, systemimmanenten Anstieg der materiellen Wohlfahrt eines jeden gewährleisten. Anhaltendes Wachstum ist eine Bedingung für die Moderni-

sierung der Wirtschaft und der Lebensumstände und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Produktion des Landes. Es bietet weit günstigere Bedingungen für die strukturellen Veränderungen, die die Reproduktion schwerer Ungleichgewichte verhindern und den Schuldendienst leichter erträglich machen können. Etwas anderes ist es zu entscheiden, was zum heutigen Zeitpunkt getan werden muß, um dieses unverändert andauernde Ziel zu fördern und wie die verschiedenen Zwischenziele relativ gewichtet werden sollten. Meiner Auffassung nach muß das auf die Umstände zugeschnitten sein. Was vor zweieinhalb oder drei Jahren hätte getan werden können (und meiner Meinung nach hätte geschehen sollen), kann jetzt nicht länger auf ganz dieselbe Art und Weise erreicht werden, die ich damals empfahl. Dies ist teilweise der Fall, weil die vorige Regierung manche Aufgaben mehrere Jahre lang und die neue 1994 gewählte Regierung einige in den letzten neun Monaten vernachlässigt hat. Ein Autofahrer kann ein Ziel bestimmen, zu dem er gelangen möchte, aber er kann nicht ein für allemal entscheiden, daß er das Gaspedal der Bremse oder Links- dem Rechtsabbiegen vorziehen will. Die Frage, ob beschleunigt oder gebremst werden oder links oder rechts abgebogen werden muß, hängt von den Verkehrssituationen, Ampeln usw. ab.

Um auf das Außenwirtschaftsgleichgewicht zurückzukommen, warum dachte ich, sogar im August letzten Jahres, daß dies ein den anderen höchstens gleichrangiges Problem war, und warum denke ich, daß es jetzt das Hauptproblem ist? Als nur die Zahlen für ein einziges Kalenderjahr verfügbar waren, um auf die ungünstige Situation in dieser Hinsicht hinzuweisen, blieb es möglich, die Aufgaben auf andere Weise zu gewichten. Aber sobald ähnlich schlechte Resultate für ein zweites ganzes Kalenderjahr berichtet wurden, war es unmöglich zu vermeiden, sich hauptsächlich dieser Aufgabe anzunehmen und zwar auf radikale Weise.

Die wichtigsten Zahlen erscheinen in *Tabelle 1*, die zeigt, daß die Exporte 1994, nach einem Rückschlag 1993, wieder schnell wuchsen. Jedoch verminderte sich das Wachstum der Importe leider kaum, so daß die Handelsbilanz sowohl 1993 als auch 1994 stark negativ war.

Dies war der Hauptgrund, warum das Zahlungsbilanzdefizit in zwei aufeinanderfolgenden Jahren 9% des BIP erreichte und dann übertraf (vgl. *Tabelle 2*).

Diese Zahl ist in einem fast beispiellosen Maße ungünstig und bedeutet, daß das Land in eine Gefahrenzone geraten ist. Es war hauptsächlich dieses Signal, sowie die Vertagung der Abwertung und anderen Korrekturmaßnahmen, das hinter der Verschlechterung der ungarischen Kreditwürdigkeit

in den Augen der internationalen Finanzwelt stand. Obwohl Ungarn bis jetzt allen seinen Zahlungsverpflichtungen gänzlich nachgekommen ist, sehen potentielle Gläubiger dies als Zeichen des guten Willens und nicht tatsächlicher Zahlungsfähigkeit. Wenn ein Land in einem solchen Maße über längere Zeit hinweg zuviel ausgibt, beginnen mögliche Kreditgeber sich zu sorgen, daß der Schuldner, trotz guter Absichten, *einfach unfähig wird zu zahlen*.

Das bringt uns zum ersten Dilemma. Jede Stellungnahme zu Ungarns Zahlungsposition ist vorläufig und bedingt. Glücklicherweise hat es bis jetzt keine Katastrophe gegeben, die schlüssig gezeigt hätte, daß das äußere Gleichgewicht heute tatsächlich das Hauptproblem ist. Die davon weniger

Tabelle 1

Der ungarische Außenhandel, 1990-94

Indizes	1990	1991	1992	1993	1994 ^a
1. Exporte					
1a Mrd. US-\$	9,6	10,2	10,7	8,9	10,7
<i>Veränderung gegenüber dem letzten Jahr:</i>					
1b Volumenindex (%)	-4,1	-4,9	1,0	-13,1	16,6
1c Wertindex (%)	5,7	24,3	10,4	-2,8	20,1
2. Importe					
2a Mrd. US-\$	8,7	11,4	11,1	12,5	14,6
<i>Veränderung gegenüber dem letzten Jahr:</i>					
2b Volumenindex (%)	-5,2	5,5	-7,6	20,9	14,5
2c Wertindex (%)	4,1	53,9	1,6	32,3	21,5
3. Außenhandelsbilanz					
3a Mrd. US-\$	0,9	-1,2	-0,4	-3,6	-3,9
3b % des BIP	2,7	-3,8	-1,1	-9,4	-9,5

Quellen: Außenhandel 1990-93: *Ungarische Nationalbank* (Magyar Nemzeti Bank) [1994, S. 207-208]; BIP 1990-93: *Magyar Nemzeti Bank* [1993, S. 60]; *Zentrales Statistisches Amt* (Központi Statisztikai Hivatal) [1991, S. 60], [1994a, S. 103] und [1994b, S. 107]; Außenhandel und BIP 1994: vorläufige Schätzungen des Ungarischen Finanzministeriums auf der Grundlage von Zollstatistiken.

Anmerkungen: Die Zahlen schließen den Außenhandel sowohl in konvertiblen als auch in nicht konvertiblen Währungen ein. In den Zahlen für 1993 sind auch die als Rückzahlung früherer Schulden gelieferten Waffenimporte aus Rußland inbegriffen.

^a Vorläufige Daten.

Tabelle 2

Ungarns Zahlungsbilanz in konvertibler Währung

	in (Mio. US-\$)	i.v.H. des BIP
1991	267	0,9
1992	324	0,9
1993	-3.455	-9,0
1994	-3.911	-9,5

Quellen: Zahlungsbilanz 1991-1993: Magyar Nemzeti Bank [1994, S. 265]; BIP 1991-1993: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) [1994a, S. 103], [1995a, S. 107], 1994: BIP und Zahlungsbilanz basieren auf vorläufigen Daten des Ungarischen Finanzministeriums.

Betroffenen können argumentieren, daß die ungarische Exportleistung sich verbessert und Ungarn bedeutende Währungsreserven hat. Also tragen sie sich immer noch mit Zweifeln, ob es nicht günstiger wäre, die Schuldenlast auf ihrem gegenwärtigen Stand zu belassen und sogar eine noch weitergehende Verschlechterung zu akzeptieren und die Produktion durch das Heranziehen von externen Ressourcen in größerem Maße zu stimulieren.

Dieses Argument kann nicht direkt durch ungarische Erfahrungstatsachen zurückgewiesen werden. Niemand kann genau sagen, wie weit wir mit der bisherigen Praxis des Zahlungsbilanzmanagements gehen könnten. Es wird, wenn über das Dilemma entschieden wird, in Rechnung gestellt werden müssen, daß die internationale Finanzwelt immer unerwarteten, unvorhersehbaren Schwankungen unterworfen gewesen ist. Zum Beispiel kann es ein plötzliches, hysterisches Sich-Abwenden von dem einen oder anderen Land, einen blitzartigen Vertrauensverlust, eine panische Kapitalflucht oder einen spekulativen Ansturm auf die Landeswährung geben. Die zerstörerische Wirkung einer solchen Kette von Ereignissen ist aus den Schuldenkrisen in Lateinamerika ersichtlich.³ Plötzlich sind die Kreditkanäle blockiert und die ausländischen Direktinvestitionen brechen ab, so daß die Reserven schnell austrocknen und das Land unfähig wird, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Das verschafft ihm einen noch schlechteren Ruf und stürzt es tiefer in die Zahlungskrise. Es findet ein

³ Zu den lateinamerikanischen Schuldenkrisen vgl. Larrain und Selowsky, Hrsg. (1991), Sachs, Hrsg. (1989), Sunkel, Hrsg. (1993) und Williamson, Hrsg. (1993).

starkes Sinken der Exporte statt, das auch Produktion und Importe mit sich herunterzieht. Die Rezession mag sogar 10-15% erreichen und ein oder zwei Jahre dauern, was die Arbeitslosigkeit schnell nach oben treibt.

Die Hauptaufgabe des Stabilisierungspakets ist es, eine schwere Erschütterung dieser Art zu vermeiden. Obwohl es eine gewisse Zeit dauern wird, bevor etwas Bestimmtes berichtet werden kann, ist es schon jetzt möglich zu sagen, daß die Wahrscheinlichkeit, eine Schuldenkrise zu vermeiden, sich merklich erhöht hat. Fassen wir die Maßnahmen zusammen, die dazu geeignet sind, eine bedeutende Verbesserung in Ungarns Außenbilanzen zu bewirken.

1. Die radikale Abwertung und Vorankündigung des zukünftigen Kurses der nominalen Abwertung wird die ungarischen Exporteure beflügeln und die Importe drosseln.

2. Die in- und ausländischen Experten debattieren heftig die Vor- und Nachteile verschiedener „Wechselkursregime“. Das nun von den ungarischen Finanzbehörden gewählte Regime – der „vorangesagte kriechende Anker“ (*preannounced crawling peg*) – hat gewisse Vorteile, vor allem, daß es die Absichten der politischen Entscheidungsträger offen und klar macht. Es beinhaltet eine Vorausverpflichtung, den tatsächlichen Wechselkurs innerhalb einer gekennzeichneten Bandbreite zu halten. Dies kappt die Spekulation und beugt den durch Abwertungserwartungen hervorgerufenen zusätzlichen Importen vor. Zu diesem Umfang wird es, wenn erfolgreich angewendet, dazu beitragen, die Handels- und Zahlungsbilanz zu verbessern. Aber ein solches Wechselkursregime birgt auch Gefahren und Risiken. Es bindet der monetären Obrigkeit die Hände und reduziert ihren Manövrierraum. Glück oder Schiffbruch hängen davon ab, ob von den Finanzbehörden weitgehend unbeeinflussbare Ereignisse, insbesondere die Geschwindigkeit der Inflation, weiterhin mit dem im voraus angesagten Wechselkurstrend übereinstimmen. (Ich werde darauf später zurückkommen.)

3. Ein Sinken der Importe wird nicht nur durch die Wechselkursänderung, sondern auch durch den Zollzuschlag auf Importe und einige weitere Maßnahmen verursacht. Dies verbessert die Wettbewerbsposition der ungarischen Produktion im Vergleich zu Importen. Lassen Sie mich hier anmerken, daß die Frage, welche Faktoren den bemerkenswerten Anstieg der Importintensität in jedem Bereich der inländischen Absorption begründen, noch nicht ausreichend analysiert worden ist. Die Währungskursanpassung und der Zollnachschlag werden wahrscheinlich alleine nicht hinreichen, diesen Trend anzuhalten und teilweise umzukehren.

4. Indem es die Inlandsnachfrage einschränkt, bringt das Stabilisierungspaket die Produzenten stetig dazu, exportorientiertes Verhalten zu zeigen; tatsächlich zwingt es sie beinahe dazu.

5. Die den Lohnsteigerungen angelegten Zügel (und die dazu proportionalen Abgaben) werden die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produkte auf dem Binnenmarkt gegenüber Importen und auf Auslandsmärkten gegenüber konkurrierenden Ländern stärken.

6. Die Möglichkeiten zum Währungsaustausch in der Geschäftssphäre sind gewachsen. Diese Veränderung ermutigt Unternehmen mehr als zuvor, ihr Geld in Ungarn zu behalten und sich nicht die ganze Zeit dazu veranlaßt zu fühlen, ihre Forint loszuwerden, da diese ja jederzeit in ausländische Währungen konvertiert werden können. Also sind die Geldbesitzer weniger versucht, ihre Forint in andere Währungen umzutauschen und sie, wenn möglich, im Ausland anzulegen.

7. Es ist nun leichter für Banken und Firmen, unabhängig und direkt Auslandskredite aufzunehmen. Diese Dezentralisierung wird die Zusammensetzung der ungarischen Schulden verbessern und die Probleme der Regierung und der Zentralbank mindern.

8. Exporte erhalten in zahlreichen Formen Stimuli und Beistand. Zum Beispiel sind auf Außenhandelskredite spezialisierte Finanzinstitutionen gebildet worden.

Die internationale Erfahrung zeigt, daß Abwertungen und andere den Außenhandel beeinflussende Maßnahmen ihre Auswirkungen normalerweise erst nach einer Verzögerung von einigen Monaten zeigen. Man mag hoffen, daß das Bündel vom 12. März in der zweiten Jahreshälfte anfangen wird, dem äußeren Gleichgewicht zu nützen. Wenn es sich herausstellen sollte, daß die Veränderung nicht stark genug ist, sollte meiner Ansicht nach nicht damit gezögert werden, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Letztendlich wird es ein oder zwei Jahre dauern, bevor eine so tiefe strukturelle Veränderung in der ungarischen Produktion, dem Verbrauch und dem Außenhandel vollendet ist, daß die Handels- und Zahlungsbilanzposition anhaltend verbessert werden kann. Was mich angeht, würde ich keine numerischen makroökonomischen Schwellenwerte setzen, über die hinaus die Situation des externen Gleichgewichts für das Land beruhigend genannt werden könnte. Statt dessen sollten qualitative Kriterien bestimmt werden:

Die Schuldenkrise sollte mit größter Aufmerksamkeit behandelt und ihr nicht nur knapp ausgewichen werden. Volles Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Landes muß wiederhergestellt werden. Der Kreditrang des Landes, sowie die Beurteilung der Geschäftsaussichten in Ungarn und des

mit Anleihen an dieses Land verbundenen Risikos muß zu einem in dieser Hinsicht den besten Jahren des letzten Jahrzehnts entsprechenden Niveau zurückgesteuert werden.

Binnenwirtschaftliches finanzielles Gleichgewicht

Der für die Verbesserung des externen Gleichgewichts zu zahlende Preis wird eine Verschlechterung in anderen extrem wichtigen Makrovariablen sein. Die Abwertung und der Importzuschlag werden das Preisniveau hochtreiben. Es ist zu früh, die Effekte zu messen, aber es muß sicherlich erwartet werden, daß teurere Importe die Kosten erhöhen und daher auf die Preise überschwappen. Das erste hier aufkommende Dilemma ist, die relative Wichtigkeit der Aufgaben zu beurteilen. Ist eine wahrscheinliche Verbesserung im äußeren Gleichgewicht die Bürde wert, die ein wahrscheinlicher Anstieg im Preisniveau der Wirtschaft auferlegen wird? Die Antwort muß meiner Ansicht nach bejahend ausfallen, da erstere dazu dient, eine schwere Katastrophe abzuwenden, während die Inflation, selbst wenn sie etwas ansteigt, immer noch weit unter einer katastrophalen Hyperinflation bleiben wird. Sie ist immer noch positiv zu beurteilen, obwohl es klar ist, daß eine gewisse Beschleunigung der Inflation vielen Bürgern Verluste verursachen wird und am schwersten auf denen lasten wird, die am wenigsten in der Lage sind, sich zu verteidigen. Also hängt die Beurteilung auch davon ab, wie groß der inflationäre Druck sein wird und noch mehr davon, ob die *Beschleunigung*, d.h. der Anstieg in der Geschwindigkeit der Inflation, sich fortsetzt oder nicht. Das würde ein großes Problem darstellen. Eine Übersicht über den Verlauf der Inflation bis jetzt wird in *Tabelle 3* gegeben. Es wäre wünschenswert, wenn die Inflation sich, nach dem anfänglichen durch die Abwertung gegebenen Schub, verlangsamen würde.

Unter den in Ungarn herrschenden Bedingungen ist das erlaubte Maß der Inflation durch die Verpflichtungen der Regierung und der Zentralbank hinsichtlich des Wechselkurses beschränkt. Die Finanzbehörden kündigten im voraus die Bandbreite für den Wechselkurs des Forint bis zum 31. Dezember genau an. Diese Wechselkurspolitik wird ihr Ziel nur erreichen, wenn die Käufer und Verkäufer auf dem ungarischen Währungsmarkt, der ziemlich offen und frei ist, darin nicht nur verbal, sondern durch die in ihren Geschäften erscheinenden Wechselkursbedingungen einwilligen. Ohne auf die technischen Details einzugehen, würde ich gerne die Folgen für die Inflation betonen. Der geplante Trend im Wechselkurs gründet sich

in einer Voraussage über die Erweiterung des Abstands zwischen der ungarischen und der Inflationsrate der für den ungarischen Außenhandel wichtigsten ausländischen Währungen. Den Berechnungen des Finanzministeriums und der Ungarischen Nationalbank nach, läßt der angekündigte Wechselkurs Raum für die folgende vorgeschriebene Obergrenze der durch den Verbraucherpreisindex gemessenen Inflation: Das Verbraucherpreisniveau am Ende des Jahres darf das Preisniveau zu einem vergleichbaren Zeitpunkt des Vorjahres maximal um 28-29% überschreiten. Diese Kumulation ist eine normative Forderung, keine Voraussage. Sie ist eine Obergrenze, die nicht überschritten werden darf, wenn der angekündigte Wechselkurs aufrechterhalten werden soll.

Tabelle 3

Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1980-1995

Durchschn. jährliche Veränderungsrate i.v.H.

1988	15,5
1989	17,0
1990	28,9
1991	35,0
1992	23,0
1993	22,5
1994	18,8
1995 Jan.-März ^a	24,5
1995 April ^a	29,2
1995 Mai ^a	30,8
1995 Juni ^a	31,0

Quellen: 1988-1994: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1995a, S. 40); 1995: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal), (1995d, S. 31 und 37) und Information des Ungarischen Zentralen Statistischen Amtes.

^a Verglichen mit derselben Periode des vorigen Jahres.

Wenn es sich herausstellen sollte, daß die ungarische Inflation schneller wächst als diese implizite Inflation, würde eine reale Aufwertung des ungarischen Forint stattfinden: Die ungarische Nationalbank würde mehr Dollar oder Mark für Forint hergeben müssen, als diese wert sind. Wenn der Währungsmarkt die reale Aufwertung spürte, würde er früher oder später

beginnen, eine größere als die zuvor angekündigte Abwertung zu erwarten. Also würden Abwertungserwartungen wiederbelebt, was genau das ist, was die Vorankündigung der Wechselkursentwicklung verhindern sollte. Eines der Hauptprobleme der ungarischen Wirtschaftspolitik ist es, die Inflation daran zu hindern, die erlaubte Grenze zu überschreiten. (Wenn die Inflation *weniger* hoch sein sollte als das durch den Wechselkurs gesetzte obere Limit, würde das natürlich eine günstige Auswirkung haben.) Ob die Inflation innerhalb des Bandes gehalten werden kann, hängt hauptsächlich von zwei Faktoren ab: den Löhnen und dem Haushaltsdefizit.

Löhne. In Ungarn hat es für viele Jahre eine inflationäre Beharrung gegeben. Durch erwartete Preiserhöhungen wurden Lohnerhöhungen angeheizt und der Anstieg in Lohn- und anderen Kostenfaktoren (oder die Erwartung eines solchen Anwachsens) erzeugte Preiserhöhungen. Die Frage ist, ob der Anstieg in den Importpreisen gänzlich oder zu einem großem Teil auf die Löhne durchsickert. Eine Abwertung gelingt gewöhnlich, wo dies, zumindest eine Zeitlang, erfolgreich vermieden werden kann.⁴ Dazu ist es normalerweise notwendig, daß eine förmliche Übereinkunft zwischen der Regierung auf der einen und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite besteht. In Ungarn ist kein solches Abkommen erzielt worden. Kann diese Bedingung ohne ein formales Übereinkommen erfüllt werden? Kann es durch eine Verringerung der Inlandsnachfrage, Angst vor hoher Arbeitslosigkeit und Einsicht in die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Situation erzwungen werden? Es scheint, die Antwort unterscheidet sich je nach Sektor. Der Lohndruck ist viel geringer, wo sich die Firma nahe am Markt, d.h. im Wettbewerbsbereich, der konkurrenzfähige Güter produziert, befindet. Der Lohndruck ist jedoch in den Branchen stärker, in denen es keine konkurrierenden Rivalen gibt und die Lohnerhöhung nicht vom Markt finanziert werden muß, sondern einfach von der Regierung angefordert werden kann. Zu den Fällen, die hier aufgezählt werden können, gehören die monopolistischen oder fast als Monopol funktionierenden, jetzt im Staatseigentum befindlichen Sektoren, wie die Eisenbahnen oder die Elektrizitätserzeugung.

Wenn die Löhne sich hochschaukeln, wird die Abwertung nahezu unwirksam werden, und dieses Land wird, wie viele andere, in einer sinnlosen, zerstörerischen Spirale, einem Teufelskreis aus Abwertung, inflationärem Schub und weiterer Abwertung enden.

⁴Dies war einer der Gründe für den Erfolg der israelischen Stabilisierung 1984. Zur Stabilisierung in Israel vgl. Bruno (1993), Fischer (1987) und Razin und Sadka (1993).

Alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsführer müssen auf die mit der Lohnpolitik verbundenen Entscheidungsdilemmata gewissenhaft eingehen. Einer der für verantwortliches Verhalten notwendigen Faktoren ist die Verfügbarkeit klarer Informationen über die makroökonomische Politik, einschließlich der Beziehung zwischen Währungs- und Lohnpolitik. Die Betroffenen dürfen gerechtfertigterweise nicht nur Unterrichtung über die allgemeinen Makroverhältnisse erwarten, sondern auch, daß die Beziehungen zwischen diesen beiden ihnen in einschichtiger, numerischer Form vermittelt werden.

Der Haushalt. Ein Haushaltsdefizit heizt normalerweise die Inflation an. Es bestehen Ausnahmen hierzu – Kombinationen innerer und äußerer Umstände, die es erlauben, daß ein dauerhaftes Haushaltsdefizit zusammen mit einer sehr niedrigen Inflation besteht.⁵ Ungarn ist keine Ausnahme: Es besteht eine enge Beziehung zwischen dem Haushaltsdefizit und der Inflation.

Eine mögliche Beziehung tritt auf, wenn das Haushaltsdefizit direkt von der Nationalbank in Form von Krediten gedeckt wird. Das wird normalerweise Defizitfinanzierung durch „Gelddrucken“ genannt. Die ungarische Gesetzgebung setzt dieser Form der Finanzierung eine Obergrenze, obwohl diese in gewissem Maße flexibel gehandhabt werden kann, da die Grenze durch die Verabschiedung von Ad-hoc-Gesetzen zeitweilig erhöht werden kann. Was auch immer der Fall sein mag, der inflationsschürende Effekt kann bis zur gesetzten Grenze hin ausgeübt werden.

Das Defizit kann auch finanziert werden, indem der Staat Kredit nicht von der Zentralbank aufnimmt, sondern indem er Staatsobligationen ausgibt und diese an Investoren zu Hause und im Ausland verkauft.⁶ Dies ist in den letzten Jahren immer mehr zur Hauptquelle der Finanzierung des Defizits geworden. (Vgl. *Tabelle 4*, die das Ausmaß des Haushaltsdefizits und die Quellen seiner Finanzierung zeigt.⁷)

⁵Diese Situation trifft z.B. in den Vereinigten Staaten zu, vor allem da inländische und ausländische Geldhalter bis jetzt gewillt waren, ihre Ersparnisse in amerikanischen Staatsobligationen anzulegen. Tatsächlich sind die in großem Umfang angeschwollenen Staatsschulden selbst dort ein Problem, und die Frage, wie man das Haushaltsdefizit kürzen soll, ist in den politischen Vordergrund getreten.

⁶Vom makroökonomischen Standpunkt aus ist es eine genau äquivalente Prozedur, wenn eine Anleihe direkt von der Nationalbank bei einem ausländischen Kreditgeber aufgenommen und als Kredit an den Haushalt weiterverliehen wird.

⁷Bahnbrechende Arbeit in der rückblickenden Verarbeitung, Klassifizierung und Analyse der ungarischen öffentlichen Schuldendaten ist von Borbély und Neményi (1994), (1995) geleistet worden.

Tabelle 4
Indizes der öffentlichen Schulden

Indizes	1991	1992	1993	1994
1. Anstieg in den öffentlichen Bruttoschulden ^a (geltende Preise, Mrd. Forint)	415,3	244,1	1.040,0	641,3
1.1 an inländische Gläubiger	63,4	217,7	467,3	202,2
1.2 an ausländische Gläubiger	351,9	26,4	572,7	439,1
2. Anstieg in der monetären Basis (geltende Preise, Mrd. Forint)	179,9	188,3	172,1	178,6
3. Anteil des durch die Erhöhung der öffentlichen Schulden finanzierten Defizits im Verhältnis zur Finanzierung des gesamten Defizits (%)	69,8	56,5	85,8	78,2
4. Anteil des durch die Erweiterung der monetären Basis finanzierten Defizits im Verhältnis zur Finanzierung des gesamten Defizits (%)	30,2	43,5	14,2	21,8
5. Gesamte Inlandsschulden der konsolidierten öffentlichen Finanzen ^b als Anteil am BIP (%)	71,1	74,9	84,5	83,2

Quellen: Borbély und Neményi (1995, S. 139 und 145) und weitere Berechnungen durch Neményi.

^aDurch Addieren der Bruttoschulden des Haushalts und der ungarischen Nationalbank berechnete Staatsschulden. ^bEinschließlich Abwertungsschulden. Zu einer Erklärung der Abwertungsschulden vgl. Borbély und Neményi (1995, S. 142-143).

Es unterscheidet sich vom „Gelddrucken“ darin, daß es nicht direkt das Geldangebot (oder genauer die monetäre Basis, die die Hauptkraft hinter Expansion und Schrumpfen des Geldangebots ist) erhöht, aber es hat mehrere andere Auswirkungen, die indirekt dazu beitragen können, die Inflation aufrechtzuerhalten oder sogar anzukurbeln. Sehen wir hier von den zuvor erwähnten Auslandsanleihen ab. Die inländischen öffentlichen Schulden sind in den letzten Jahren ebenfalls in bedrohlichem Ausmaß gewachsen, was an sich besondere Aufmerksamkeit verdient (*Tabelle 4*). Wenn der Staat eine sehr große Nachfrage auf dem inländischen Kreditmarkt stellt,

wird der Preis des Kredits, der Zinssatz, nach oben gedrückt. Der hohe nominale Zinssatz wird dann in die inflationären Erwartungen eingebaut, was die Inflation hochhält (oder, im Falle eines steigenden Defizits, sogar beschleunigt).

Ein anderer gefährlicher *Circulus vitiosus* ist entstanden. Der hohe Zinssatz erhöht die Zinslast für die öffentlichen Schulden und macht einen steigenden Anteil des Haushaltsdefizits aus. Seinerseits fördert das wachsende Defizit das Aufnehmen neuer Anleihen und noch höhere Zinsversprechen, damit die wachsende Nachfrage befriedigt werden kann. Dies wiederum erhöht den Zinssatz, was eine Rückwirkung auf das Haushaltsdefizit hat usw.

An sich ist es nicht alarmierend, wenn ein Land beträchtliche öffentliche Schulden hat. Dies ist nicht nur auf niedrigeren oder mittleren Entwicklungsniveaus, sondern in vielen reifen Marktwirtschaften normal. Was verhindert werden muß, ist ein steigende Wachstumsrate der Staatsschulden – eine Schuldenspirale. Sie wird dann eintreten, wenn der Anstieg in der Quote der öffentlichen Schulden zum BIP sich beschleunigt. In diesem Fall ist es offensichtlich, daß die Steuereinnahmen früher oder später nicht ausreichend sein werden, um die Kosten für Gerichtswesen, Polizei, Verteidigung und Wohlfahrtsausgaben zu decken, da sie alle zur Finanzierung von Schuldentrückzahlung und Zinsen verwendet werden müssen und über einen gewissen Punkt noch nicht einmal für diese ausreichen werden. Ungarn hat dieses Stadium nicht erreicht, aber mehrere Simulationsberechnungen haben gezeigt, daß, wenn der Trend vor dem 12. März 1995 angehalten hätte, das Land in vorhersehbarer Zukunft in einen Schuldenstrudel geraten und weiter in den finanziellen Ruin gerast wäre.⁸

Wir können uns nicht mit einem Teufelskreis aus Haushaltsdefizit, hohen Zinssätzen und steigenden Staatsschulden abfinden. Aber seine Verlangsamung und letztendlicher Stopp wird eine ganze Reihe von Maßnahmen erfordern. Die Kreditnachfrage des Staatshaushalts ist natürlich nicht der einzige, den Zinssatz beeinflussende Faktor. Eine Menge hängt von der Zinspolitik der Zentral- und der Geschäftsbanken, der Effizienz des Banksektors, institutionellen Reformen zur Förderung persönlicher Ersparnisse, der Entwicklung eines Systems freiwilliger Renten- und Gesundheitsfürsorgeversicherungen und einigen anderen Umständen ab. Ich werde auf

⁸Lange vor dem jetzigen Stabilisierungsprogramm wurden die theoretischen Beziehungen und numerischen Simulationen dieser Prozesse von Oblath und Valentinyi (1993) behandelt. Neuere Berechnungen können im Weltbank-Dokument (1995) gefunden werden.

diese jetzt nicht eingehen. Was auf jeden Fall gesagt werden kann ist, daß die Verringerung des großen Haushaltsdefizits eine notwendige Bedingung für die Linderung des Nachfragedrucks auf den Kreditmarkt ist. Dies wird viele Veränderungen auf beiden Seiten des Haushalts nach sich ziehen.

Auf der Ausgabenseite kann das Paket vom 12. März als ein kraftvoller *erster Schritt* betrachtet werden. Angesichts so vieler Arten von Opposition war es ein mutig von der Regierung und der Mehrheit im Parlament, diesen ersten Schritt zu tun. Es bestand eine Notwendigkeit für den Radikalismus und den Schwung der ersten Schritte, um zu zeigen, daß die Regierung und die parlamentarische Mehrheit mit ihrem Zögern und Vorsichherschieben schwieriger Aufgaben aufgehört und sich zum Handeln verpflichtet hatten. Sie hatten auch den Mut, „Tabus“ wie die staatlichen Wohlfahrtsausgaben anzugreifen. Dies bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der ungarischen Wirtschaftspolitik.

Leider wurde, als über die Maßnahmen des ersten Bündels entschieden wurde, das folgende Auswahlkriterium nicht angewandt: wie man die notwendigen Einsparungen mit minimalen Opfern und daher dem geringsten öffentlichen Widerstand erreichen könnte. Das Stabilisierungsprogramm wurde in einer Weise veröffentlicht, in der es nicht ausreichend klar und überzeugend gelang zu erklären, was seine Motive und wahrscheinlichen Ergebnisse seien. Als das Programm veröffentlicht wurde, hatte die Regierung kein weit vorausschauendes Reformprogramm zur wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung, und bis zu diesem Tage sind nur die anfänglichen Schritte ergriffen worden, eines auszuarbeiten und eine umfassende Debatte anzuregen. Also konzentrierten sich die Maßnahmen nur darauf, die starken augenblicklichen Besorgnisse zu überwinden. Sie waren nicht in einen vollständigeren langfristigen Reformplan integriert.

Hoffen wir, daß der sich mit dem Staatshaushalt beschäftigende Teil des Stabilisierungsprogramms nur der Anfang der Reform des ganzen Systems der öffentlichen Finanzen ist. Obwohl ich in diesem Stadium der Diskussion die Frage der Regierungsausgaben nur im Verhältnis zur Inflation und zum Haushaltsdefizit aufgeworfen habe, geht es in Wirklichkeit um ein schwierigeres Dilemma: Wie groß sollte die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft sein? Vor dem Paket des 12. März gab Ungarn von allen Ländern der postsozialistischen Region den höchsten Anteil seines BIP für die Staatsausgaben aus (vgl. *Tabelle 5*). Sollen die Leute selbständig entscheiden, ob sie mit der Beibehaltung dieser „Führungsrolle“ einverstanden sind. Obwohl ich denen nicht beipflichten würde, die einen extrem libertären Standpunkt einnehmen und die Rolle des Staates auf ein Minimum

reduzieren wollen, sehe ich die heute (und noch mehr gestern) vom Staat gespielte Rolle als unangemessen an. Eine weniger zentralisierte und effizientere Administration ist vonnöten.

Tabelle 5

Allgemeine Staatsausgaben i.v.H. des BIP

	1991	1992	1993
Bulgarien ^a	50,7	43,9	41,7
Polen ^a	48,0	50,7	48,4
Rumänien	40,4	42,2	31,0
Tschechische Republik	54,2	52,8	48,5
Ungarn	58,3	63,4	60,5

Quelle: EBRD (1995, S. 138-142).

Anmerkungen: Die Zahlen für die allgemeinen Staatsausgaben schließen Ausgaben der zentralen und lokalen Regierungen und Ausgaben nichthaushaltsfinanzierter Fonds ein. Die Zahlen spiegeln den konsolidierten Haushalt wider; die Ausgaben schließen Zinszahlungen, aber nicht Schuldentrückzahlungen ein.

^aDie Ausgaben enthalten nicht die geschuldeten, aber noch nicht gezahlten Zinszahlungen.

Diese Notwendigkeit für einen kleineren, billigeren, aber effizienteren Staat, der mit weniger Steuern unterstützt werden kann, sollte meiner Ansicht nach die Leitlinie der Reform der öffentlichen Finanzen sein. Ein Bestandteil der Reform ist eine Überholung des Wohlfahrtssystems. Ich würde keinen vollständigen „Rückzug“ des Staates empfehlen. Wie ich auch in früheren Arbeiten unterstrichen habe, befürworte ich sicherlich keine Idee zur „Zerschlagung“ des Wohlfahrtsstaats. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates ist eine der großen Leistungen der modernen Zivilisation, die aufrechterhalten werden muß; aber es wäre die Sache wert, seinen Bereich zu reduzieren und andere Versorgungsmechanismen hinzuzufügen.⁹ Ich bin der Ansicht, daß die Rolle der zentralisierten staatlichen Beteiligung am

⁹Dies wird auch von den schwedischen Wirtschaftswissenschaftlern betont, die den übertriebenen Dimensionen des Wohlfahrtsstaats in ihrem, den Wohlfahrtsstaat verkörpernden Land gegenüber kritisch eingestellt sind. Sie schlagen vor, das System zu reformieren, eine wohlerrungene Verringerung der staatlichen Wohlfahrtsausgaben gleichzeitig mit anderen dies kompensierenden Maßnahmen vorzunehmen, aber nicht, es gnadenlos zu beseitigen. Vgl. Lindbeck et al. (1994).

Wohlfahrtsbereich, die aus zwangsweiser Besteuerung finanziert wird, auf bescheidenere Proportionen reduziert, aber nicht gänzlich gewendet werden soll. Wohlfahrtsumverteilung durch den Staat muß zu einem viel höheren Grade durch nichtgewinnorientierte, auf freiwilligen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen beruhende Versicherungs- und Wohlfahrtsdienstleistungsinstitutionen ergänzt werden. Für die, die bereit sind, dafür zu zahlen, sollten umfassendere und besser beaufsichtigte Dienstleistungen auf kommerzieller Grundlage verfügbar sein. Es ist hier kein Platz, die Reform des Wohlfahrtsstaats im Detail zu besprechen. Ich wollte nur auf ihren makroökonomischen Aspekt hinweisen, da dieses große und schwierige makroökonomische Problem einen starken Einfluß auf die Frage der Überwindung des Haushaltsdefizits hat.

Die Teile des Stabilisierungspakets, die mit den öffentlichen Finanzen, einschließlich der Wohlfahrtsausgaben, zu tun haben, scheinen besonders offen für die oben hinsichtlich des Bündels als Ganzem gemachte Kritik, daß die Regelungen nicht zu einem umfassenden Reformplan vereinigt worden sind. Es würde sich lohnen, die weiteren Maßnahmen viel gründlicher vorzubereiten, indem den Experten und Interessenvertretungen auf spezifischen Gebieten genau zugehört wird und die zu reduzierenden Ausgabenposten viel sorgfältiger ausgewählt werden. Jede Kürzung wirft eine ganze Folge konkreter Dilemmata auf; es wird vieler harter Entscheidungen bedürfen, um die Sphären der direkten Verlierer und Gewinner zu umreißen. Wenn die Regelungen entworfen und ein Zeitplan für ihre Einführung beschlossen wird, reicht es nicht, nur auf die Kürzung des Haushalts abzielen. Die Hauptüberlegung muß sein, wie die Veränderungen am besten in die Gesamtreform des Wohlfahrtsstaates einzugliedern sind. Die Reduzierung der staatlichen Verpflichtungen, das Sinken der Steuern und der zwangsweisen Beiträge zu ihrer Finanzierung und die Einrichtung neuer, auf freiwilligen Zahlungen beruhender Organisationen sollten alle gleichzeitig stattfinden und einander auf koordinierte Art und Weise ergänzen. Die größte Sorgfalt muß aufgewendet werden, um die mit dem Prozeß verbundenen Opfer zu minimieren und sicherzustellen, daß er so taktvoll und menschlich wie möglich stattfindet. Die Bürger müssen merken, daß die Steuerlasten geringer werden, so daß trotz der schmaleren Spannweite der staatlich garantierten Leistungen die Souveränität des Individuums und der Familie wachsen und ein größerer Anteil des Einkommens ihnen selbst anstatt dem Staat zur Verfügung steht. Es muß sehr geduldig, einführend und verständnisvoll erklärt werden, daß die Reform des Wohlfahrtssystems den langfristigen Interessen der ganzen ungarischen Gesellschaft einen gro-

ßen Dienst erweisen wird. Bedauerlicherweise wurden diese Anforderungen nicht erfüllt, als die erste Gruppe von Maßnahmen zur Veränderung des Wohlfahrtssystems ausgearbeitet und verkündet wurde. Diese Unterlassung trug zu dem Aufschrei und der weitverbreiteten Opposition bei, auf die sie stießen.

Auf der anderen Seite der Haushaltsbilanz müssen die Steuereinnahmen steigen. Die Entwicklung des Fiskalsystems war einer der schwächsten Punkte in Ungarns postsozialistischer Umgestaltung. Im Kampf zwischen Steuerhinterziehern und Steuerbeamten haben sich erstere als die viel Schlaueren und Findigeren erwiesen. Für jede Änderung durch die Steuerbehörden haben sich neue Schlupflöcher geöffnet und die auf Steuerhinterziehung erpichten Bürger haben neue Tricks entwickelt. Die mit den Steuern befaßten Abschnitte des Stabilisierungsprogramms enthielten zu viele Improvisationen und Säbelrasseln und zu viele leere Versprechungen. Streuung von Steuerlasten erzeugt „Verlierer“ genau wie das Entziehen von Wohlfahrtsdiensten und -leistungen. Niemand bestreitet in der Theorie das Prinzip der fairen Verteilung der Steuerlasten. Der Streit fängt an, wenn es zur konkreten Entscheidung darüber kommt, wer mehr Steuern oder wer Steuern für einen bis dahin nicht besteuerten Posten des Einkommens oder Vermögens zahlen muß. Ich würde zunächst und vor allem empfehlen, die Steuergrundlage zu erweitern. Der Bereich der Steuerfreibeträge und -ab-schreibungen muß verringert und die Hinterziehung von Steuern muß stärker bekämpft werden.¹⁰ Dies wird es einerseits ermöglichen, das Defizit zu kürzen und andererseits, die Steuersätze zu senken. Hier kann endlich eine „heilsamer“ Zyklus entstehen. Wenn die Steuermoral sich bessert und die Steuerbasis sich ausdehnt, können die Steuersätze gesenkt werden. Denn es sind vor allem die fast unerträglich hohen Steuersätze, die die Leute dazu gebracht haben, Steuern zu hinterziehen und sich in der „grauen“ Wirt-

¹⁰ Es wird weithin angenommen, daß Steuer- und Zwangsbeitragszahlungen hauptsächlich durch die „Schattenwirtschaft“ abgelehnt werden. Ich würde es vorziehen, den Begriff Schattenwirtschaft denen vorzubehalten, die im rechtlichen und moralischen Sinne tatsächlich als Verbrecher bezeichnet werden können und die selbstverständlich nirgendwo auf der Welt Steuern zahlen. Das große Problem während des Übergangs entsteht hinsichtlich des „grauen“ und „grauweißen“ Bereichs grundsätzlich ehrlicher Bürger, die tatsächlich gerne vorschriftsmäßig leben würden, aber einen Teil ihres Einkommens der Steuer entziehen oder es zumindest dulden, wenn andere dies tun. Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen zu untersuchen, wie man diese Gruppe (die, nehme ich an, die Mehrheit der Gesellschaft ausmacht) in verlässliche, gesetzestreue Steuerzahler verwandeln kann. Ich würde jedoch gerne anmerken, daß es nicht nur durch Polizeimethoden geschehen kann.

schaft zu verstecken. Also werden Verringerungen der Steuersätze die Steuergrundlage erweitern.

Es wird oft die Frage gestellt, welche Arbeitsteilung zwischen Fiskal- und Geldpolitik bei der Behandlung der Inflation herrschen sollte. Manche sagen, die Geldpolitik sollte bei weitem restriktiver sein, um sicherzustellen, daß die Inflation trotz eines unverringerten Defizits niedrig gehalten wird. Meiner Ansicht nach ist diese Prozedur zu kostspielig und, man möge mir erlauben, diesen Ausdruck zu benützen, zu brutal. Eine drakonische Kürzung im gesamten Geldangebot und eine der Hauptmethoden, dies zu tun, eine radikale Erhöhung in den durch die Zentralbank gesetzten Diskontsätzen, würde eine schädliche Auswirkung auf Produktion und Investitionen haben. Sie würde nicht nur die mit Verlust produzierenden, ineffizienten, nicht lebensfähigen Unternehmen, sondern auch gewinnbringende, effiziente, lebensfähige stark belasten. Meiner Ansicht nach sollte der Kurs, das Kreditangebot nicht nur einfach zu kontrollieren, sondern dramatisch einzuschränken, als eine Notbremse für den Fall benutzt werden, daß sich die Inflation plötzlich außergewöhnlich beschleunigt oder ein Prozeß dieser Art außer Kontrolle zu geraten droht.

Das führt zum nächsten Thema, den Aussichten für die reale Produktion.

Rezession oder Wiederaufschwung und andauerndes Wachstum

Es hat in den letzten Jahren in Ungarn und international eine umfassende Debatte über die Gründe der Rezession, die sich während der post-sozialistischen Umgestaltung entwickelt hat, und über die zur kurzfristigen Erholung und für dauerhaftes Wachstum erforderlichen Bedingungen stattgefunden.¹¹ Hierzu habe ich eine persönliche Anmerkung. Vor zweieinhalb Jahren hoffte ich, daß die Zeit zur Erholung gekommen sei. Es war zu früh. Die Regierung jener Zeit beschränkte sich auf populäre Aktionen, die die Wirtschaft stimulieren würden, begann zum Beispiel das Kreditangebot und die aggregierte Inlandsnachfrage im allgemeinen zu erhöhen, versäumte es aber gleichzeitig, notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen.

¹¹ Zur Debatte in Ungarn vgl. Balassa (1994), Békesi (1995), Csaba (1995), Erdős (1994), Kopits (1994), Kornai (1993, Kapitel 9 in diesem Band), (1994, Kapitel 11 ibd.), Köves (1995). Unter den ausländischen Arbeiten würde ich die folgenden auswählen: Berg (1994), Calvo und Coricelli (1993), Holzmann, Gács und Winckler, Hrsg. (1995), Kolodko (1993) und Saunders, Hrsg. (1995).

Zum Beispiel führte sie nicht die Währungsabwertung durch, die viele Wirtschaftswissenschaftler (ich mit inbegriffen) empfahlen, sondern setzte eine Politik der realen Aufwertung des Wechselkurses fort. Diese war einer der Faktoren für das Erscheinen ambivalenter Phänomene in der Wirtschaft im Jahre 1994. Obwohl die zur Erholung tendierenden Faktoren sich verstärkten und die Wirtschaft tatsächlich zum ersten Mal in vielen Jahren wuchs, vergrößerten sich gleichzeitig auch die Spannungen im Gleichgewicht.

Die Debatte über die Frage von Schrumpfen oder Expansion der realen Produktion dauert an. Man kann zwei extreme Ansichten finden. Die eine ist, eine Notwendigkeit zur drastischen Verringerung der Produktion als dem einzigen Weg zur Zügelung des Importhungers und des Ausgleichs der Handels- und Zahlungsbilanz zu sehen. Ihre Anhänger betrachten das Sinken der Produktion nicht als negative, möglicherweise unausweichliche Begleiterscheinung einer kombinierten Therapie, sondern als die Therapie selbst. Die Ansicht am entgegengesetzten Ende des Spektrums lautet, daß der gegenwärtige (oder sogar noch höhere) Stand des Haushaltsdefizits zusammen mit einer weiteren Verschlechterung der Zahlungsbilanz akzeptiert werden muß, um das Wachstum der Produktion zu beschleunigen und nicht abzuwürgen.

Das Stabilisierungsprogramm vom 12. März, oder zumindest die veröffentlichten quantitativen Projektionen, vermeidet beide Extreme. Es enthält keine Sofortmaßnahmen, um direkt einen Aufschwung der Produktion zu fördern. Statt dessen ist das Programm zum augenblicklichen Zeitpunkt, aufgrund des Ernstes der Außenhandelsituation und der finanziellen Spannungen, mit viel bescheideneren Produktionszielen zufrieden, als ins Auge hätten gefaßt werden können, wenn die makroökonomische Politik der letzten zwei oder drei Jahre ausgeglichener gewesen wäre. Es zielt auf ein *Nichtabsinken* des BIPs und, wenn möglich, sogar eine Fortsetzung des Wachstums des letzten Jahres von 1-2% ab. Auf diesem Produktionsniveau sieht es eine *Umstrukturierung* in der Verwendung der Produktion vor, und zwar einen steigenden Export- und Investitionsanteil und ein Sinken des Verbrauchs, insbesondere des kollektiven, staatsfinanzierten. Was die Ursprünge der gesamten inländischen Verwendung angeht, sollte der Anteil der im Inland produzierten Produkte und Dienstleistungen wachsen und der der Importe sinken¹² (vgl. *Tabelle 6*).

¹² Das Erfordernis, innerhalb eines schon auf ein bescheidenes Niveau festgelegten Wachstumsziels schnell umzustrukturieren, war eine der Grundideen des von mir im Sommer 1994 veröffentlichten Artikels [Kornai (1994), Kapitel 11 in diesem Band]. Soweit

Tabelle 6

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts i.v.H. des BIP

Indizes	1991	1992	1993	1994 ^c	1995 ^d
1. Verbrauch der Haushalte	68,6	72,8	74,0	73,6	71,2
2. Kollektiver Verbrauch ^b	9,4	12,0	14,4	11,7	10,4
3. Endverbrauch insg. ^{a,b} (1+2)	80,6	84,8	88,4	85,3	81,6
<i>Davon:</i>					
Aus dem Haushalt finanzierter Verbrauch ^b	36,7	42,3	43,9	-	-
4. Gesamte Investitionen	20,4	15,5	19,9	21,5	22,1
5. Inländische Verwendung (3+4)	101,1	100,3	108,2	106,8	103,7
6. Außenhandelsbilanz	-1,1	-0,3	-8,2	-6,8	-3,7
Exporte	-	31,5	26,5	28,7	32,7
Importe	-	31,8	34,7	35,5	36,4

Quellen: 1991: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994b, S. 72 und 73); 1992-93: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1995a, S. 107 und 108); 1994-1995: auf der Grundlage von Daten und Schätzungen des ungarischen Finanzministeriums.

^aDie Summe des gesamten Endverbrauchs 1991 enthält nicht die zwischen Haushalten und dem Staatshaushalt verteilte Bankdividende, mangels einer Datenquelle (64,4 Mrd. Ungarische Forint oder 2,6% des BIP). ^bEinschließlich Waffenimporte aus Rußland als Zahlung für frühere Schulden. ^cVorläufige Daten. ^dVoraussage.

Die Geschwindigkeit und Tiefe der Umstrukturierung hängt von mehreren Faktoren, u.a. den in dieser Arbeit bereits beschriebenen Maßnahmen ab. Die Erfahrung wird zeigen, wie schnell die Umstrukturierung stattfinden kann. Ich will die Tatsache nicht verbergen, daß ich viele Befürchtungen und Unsicherheiten diesbezüglich habe. Werden die Maßnahmen nicht über das Ziel hinausschießen und ein plötzliches, übertriebenes Absinken der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verursachen? Wird dies nicht von

ich dies beurteilen kann, ist das Programm vom 12. März in dieser Hinsicht dem von mir damals gemachten Vorschlag sehr nahe. Eine andere Idee des Artikels spiegelt sich auch in der Begründung des Programms wider: die Notwendigkeit für *gleichzeitige* Schritte zur Verbesserung des Gleichgewichts und Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums. Mehr wird dazu später gesagt werden.

einem größeren Schrumpfen der Produktion als erwartet begleitet sein? Wenn dies geschieht, führt es dann nicht zu einer Verringerung der Steuereinnahmen, die das ursprüngliche Ziel der Reduzierung des Haushaltsdefizits untergräbt?

Ein anderer Grund zu ernsthafter Sorge, was das Sinken der Produktion angeht, ist der Konflikt zwischen kurz- und langfristigerem Denken. Ungarn muß heute unter extrem schwierigen Bedingungen gesteuert werden. Wie aus dieser Arbeit bereits hervorgegangen ist, muß das Land zwischen mehreren Scyllen und Charybdisen gleichzeitig hindurchgelotst werden. Die Gefahr ist, daß die für die Wirtschaftslenkung Verantwortlichen fast ausschließlich von den kurzfristigen Problemen in Beschlag genommen sein werden. Diese Praxis kann nicht akzeptiert werden, schon deshalb nicht, weil der ständige Aufschub der langfristigen Aufgaben zur jetzigen Aufhäufung von Schwierigkeiten beigetragen hat. Es gibt eine Reihe Aufgaben, die *jetzt* getan werden müssen, damit sie nach einer längeren Brutzeit zu andauerndem Wachstum beitragen können. Es ist sehr wichtig, jede heute dringende Aufgabe nicht nur vom „Feuerwehrstandpunkt“ der Verhinderung einer Katastrophe zu beurteilen, sondern vom Gesichtspunkt tieferer, systemischer, auf Umgestaltung orientierter Reformen und anhaltendem Wachstum, so daß Entscheidungen nach Abwägung der Dilemmata des „kurzfristig gegenüber langfristig“ gefällt werden. Hier sind einige Beispiele:

1. Die heutigen Staatseinnahmen sind ein wichtiger Faktor, wenn Entscheidungen über die Privatisierung getroffen werden, aber sie können nicht das einzige Kriterium sein. Nicht weniger wichtig sind die Verpflichtungen, die ein potentieller neuer Eigentümer eingehen wird, das Kapital zu erhöhen

2. Bei der Entwicklung des Finanzsektors lohnt es sich, im Kopf zu behalten, wie die Banken dazu beitragen können, die gegenwärtigen Probleme des externen und internen Gleichgewichts zu lösen. Aber es ist nicht weniger wichtig, die Institutionen für langfristige Kreditvergabe einzurichten und den für Produktion und Wohnungsinvestitionen zur Verfügung stehenden Kredit auszuweiten. Dies hängt mit der Schaffung der Bedingungen für das Sichverbreiten von langfristigen Anlagen, dem Aufbau eines Netzwerks freiwilliger Renten- und Gesundheitsfonds und der Entwicklung aktiverer Investitionsaktivitäten dieser Fonds und privater Versicherungsgesellschaften zusammen.

3. Obwohl der Reduzierung der Staatsausgaben Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, ist es vorteilhaft, innerhalb dieser Ausgaben die für Investitionen verwendeten Summen zu erhöhen.

4. Wie hart auch immer die zur Reduzierung des Haushaltsdefizit erforderlichen Maßnahmen sind, darf die Lehre gerade der neuesten Wachstumstheorien nicht vergessen werden: Zu den wichtigsten Faktoren des Wachstums gehören auf Unterstützung der Produktion gerichtete Forschung, Verbesserung der Fähigkeiten der Arbeitskräfte und Modernisierung des beruflichen Wissens. Die Entwicklung dieser Faktoren jedoch erfordert konstante Finanzierung; sie darf nicht einmal zeitweilig unterbrochen werden.

Außerdem kann die Betonung solcher langfristigen Überlegungen helfen, politische Akzeptanz für das Stabilisierungsprogramm zu gewinnen. Obwohl die Radikalität dieser Maßnahmen und die Geschwindigkeit ihrer Einführung hauptsächlich aus der Notwendigkeit heraus entstand, die kurzfristigen Schwierigkeiten und ein noch größeres, zukünftiges Trauma abzuwenden, bleibt das Argument unfähig, Millionen davon zu überzeugen, große, über längere Zeit hinweg Kummer und Leid verursachende Opfer auf sich zu nehmen. Wenn sie überhaupt gewillt sind, dies zu akzeptieren, dann nur deshalb, weil sie auf eine bessere Zukunft hoffen. Trotzdem fehlt den Argumenten für das Stabilisierungsprogramm die überzeugende Darstellung einer solchen Zukunft fast gänzlich.¹³ Aber dies führt zum letzten in dieser Arbeit behandelten Problemgebiet, der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik.

Wirtschaftliche und politische Stabilität

Die Abschnitte dieser Arbeit bis hierhin haben sich mit Dilemmata zwischen Konflikten über verschiedene wirtschaftliche Erfordernisse befaßt. Sie deckten solche Güterabwägungen ab, in denen, je mehr ein wirtschaftliches Kriterium befriedigt ist, eine desto größere Konzession an anderer Stelle eingeräumt werden muß. Es besteht jedoch ein noch schwerwiegenderes Dilemma: miteinander im Konflikt stehende Erfordernisse der wirtschaftlichen und politischen Stabilität.

Sobald das demokratische politische System in einem Land sich konsolidiert und die Wirtschaft einen Kurs andauernden Wachstums eingeschla-

¹³ Der Ministerpräsident verkündigte im Mai dieses Jahres öffentlich, daß der erste Entwurf des mittel- und langfristigen Reformprogramms vorbereitet sei. Jedoch ist dieser der engeren Fachwelt, von der breiteren Öffentlichkeit einmal ganz abgesehen, immer noch unbekannt. Es war eine schwerwiegende Unterlassung, diese Aufgabe so lange aufgeschoben zu haben. Es wäre sehr viel besser gewesen, wenn das Land die kurz-, mittel- und langfristigen Programme gleichzeitig kennengelernt hätte und es sich herausgestellt hätte, daß sie eng miteinander verzahnt gewesen wären.

gen hat, wird es möglich, diesen Konflikt zu überwinden, so daß sich wirtschaftliche und politische Stabilität gegenseitig verstärken. Der Konflikt zwischen diesen beiden Erfordernissen ist jedoch in der Welt der postsozialistischen Umgestaltung äußerst üblich. Wenn die Wirtschaft stagniert oder sogar schrumpft, während sich die Gesellschaft fast in Krämpfen windet, kann sich der Konflikt gefährlich zuspitzen.

Wie noch gezeigt wird (vgl. Kapitel 8 in diesem Band), verbrachte die politische Führung Jahrzehnte damit, den guten Willen oder zumindest die Duldung der Bevölkerung durch wirtschaftliche Konzessionen zu „erkauften“. Als Antwort auf Zeichen der Unzufriedenheit kamen Konzessionen: Lockerung der Lohndisziplin, eine weiche Budgetbeschränkung um Verluste schreibende Unternehmen zu retten und Transfers oder Leistungen auf Kosten des Staates. Diese Praxis war der Anreger und ständige Erzeuger des Prozesses der Inflation, der Verschuldung und des Haushaltsungleichgewichts.

Dies ist es, was das Kádár-Regime in seiner quasiliberalen Reformphase tat, und die Regierungen, die durch freie Wahlen an die Macht kamen, bis hin zum 12. März 1995, taten dasselbe. Ungarn wurde zunächst von den Experten über vergleichende Wirtschaftswissenschaften, dem Personal internationaler Organisationen und den ausländischen Diplomaten und Journalisten als ein Ausbund der politischen Stabilität betrachtet. Ein solcher war es auch, aber nun zahlen wir den Preis für diesen politischen Frieden von einst.

Das Programm vom 12. März 1995 kennzeichnete einen Bruch mit der Praxis des ständigen Eingehens auf Umverteilungsforderungen. Ich habe schon erwähnt, was für eine Schande es ist, daß der Inhalt des Pakets weder vom politischen noch vom wirtschaftlichen Standpunkt her ausreichend gut ausgewählt war. Das Programm wurde ungeschickt dargestellt, oft in einer fast mitleidslosen, beleidigenden Weise, und weder die Motive noch die wahrscheinlichen Auswirkungen des Programms wurden der Gesellschaft genügend erklärt. Aber selbst wenn das Programm auf klügere Weise zusammengestellt und in einer viel überzeugenderen Art präsentiert worden wäre, würde das an der Tatsache nichts geändert haben, daß es tatsächlich sehr vielen Menschen fühlbare Verluste verursacht, indem es ihren jetzigen Lebensstandard reduziert und ihr Gefühl der Sicherheit untergräbt. Also ist die große Opposition gegen es nicht überraschend. Hier meine ich nicht nur die Proteste der parlamentarischen Opposition, die normale Ereignisse in jeder parlamentarischen Demokratie sind, sondern die intensiven außerparlamentarischen Proteste verschiedener Art. Fast jede Schicht und jede gesellschaftliche Interessengruppe hat schon gegen das Programm pro-

testiert oder es zumindest scharf kritisiert. Die letzten paar Wochen haben uns eine Probe von fast jeder Form des Massenprotestes verschafft, von Verurteilungen im Fernsehen und der Presse zu Straßendemonstrationen und Abordnungen an das Parlament und von Streikdrohungen bis hin zu ersten wirklichen Streiks. Ein Artikel in der Presse der radikalen rechten außerparlamentarischen Opposition rief die Bevölkerung zu zivilem Ungehorsam und Steuerverweigerung auf. Und dies könnte nur der Anfang gewesen sein, denn die Verwirklichung des Programms wird erst in Zukunft zu merklichen Effekten führen. Also kommt die Frage auf, ob das Stabilisierungspaket überhaupt machbar ist – nicht wirtschaftlich, sondern politisch.

Kraftvolle, strikte Programme sind in der Vergangenheit erfolgreich von harten, strengen Militärdiktaturen oder anderen autoritären Regimen, wie Pinochets Chile oder dem vordemokratischen Südkorea durchgeführt worden. Einige demokratisch gewählte Regierungen haben es auch geschafft, restriktive Maßnahmen anzuwenden, so Mrs. Thatchers konservative Regierung, aber in dem Fall hatte die Regierung von einer der Verschlechterung der britischen Wirtschaftslage unter den vorangegangenen Labourregierungen überdrüssigen Wählerschaft gerade dazu ein Mandat erhalten. Thatcher begann ihr Programm mit einem scharfen Vorgehen gegen die Gewerkschaften. Ähnlicher Erfolg krönte die Verwirklichung eines drakonischen Programms der frühen neunziger Jahre durch die Solidarnosc-Regierung in Polen, aber um dies zu tun, hatte sie den historisch einmaligen Moment der ersten Euphorie anlässlich des Systemwechsels ergriffen und genoß zu diesem Zeitpunkt auch noch die Unterstützung der Massen.

Wird die Sozialistisch-Freidemokratische Koalitionsregierung des heutigen Ungarns sich fähig erweisen, ein striktes Programm durchzuführen, an dessen Anfang wir uns erst noch befinden? Und wird sie fähig sein, dies zu tun und trotzdem die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie intakt zu halten, wozu sich die an der Macht befindlichen Parteien ausdrücklich verpflichtet haben? Ein seltsamer Rollentausch hat jetzt in Ungarn stattgefunden. Um etwas zu vereinfachen, verwirklicht die Sozialistische Partei, die die Wahlen durch Betonung ihrer sozialen Empfindsamkeit gewonnen hat, nun ein „Thatcheristisches“ Programm. Gleichzeitig haben Politiker der Kräfte, die sich als rechts-der-Mitte stehende Konservative beschreiben, sozialdemokratische Argumente für den überdehnten Wohlfahrtsstaat und die Lohnforderungen der Arbeitnehmer vorgebracht. Wie lange werden beide Seiten diese Rollenverkehrung aufrechterhalten können?

Ich weiß es nicht, und ich will auch keine Vorhersage machen. Statt dessen zeige ich, im Einklang mit dem Titel dieser Arbeit, das Dilemma auf.

Die ungarische Gesellschaft liefert in der ersten Phase der Verwirklichung des Stabilisierungsprogramms ein fast klassisches Beispiel des aus der Spieltheorie als das „Häftlingsdilemma“ (*prisoner's dilemma*) bekannten Falles, für den es theoretisch zwei Lösungen gibt.

Eine ist die nichtkooperative Lösung. Im spieltheoretischen Modell will jeder Gefangene seine eigenen Interessen durchsetzen, und dies hat einen selbstzerstörerischen Effekt. Wenn in einer Gesellschaft jede Schicht und jede Interessengruppe Belastungen ausweichen und die finanzielle Position, die sie bis jetzt innegehabt haben, auf Kosten der anderen Schichten und sozialen Gruppen beibehalten will, dann geht es ihnen allen schlechter. Das Gleichgewicht kann nicht wiederhergestellt werden und die Produktion nicht wachsen. Das Ansehen des Landes wird weiter sinken. Weder Gläubiger noch Investoren (seien sie Ausländer oder Ungarn) werden glauben, daß dieses von Massenprotesten und Streiks heimgesuchte Land ein guter Anlegeplatz für ihr Geld ist. Die politische Instabilität führt zu weiterer Destabilisierung der Wirtschaft. Je energischer jede Gruppe für ihre eigenen Interessen auf Kosten der anderen eifert, desto zerstörerischer werden die kombinierten Konsequenzen des Kampfes sein.

Die Spieltheorie (und die alltägliche, sich über Gruppeninteressen erhebbende Vernunft) weisen deutlich auf eine alternative, kooperative Lösung hin. Im Häftlingsdilemma müssen die Gefangenen miteinander übereinkommen. Jeder muß ein Zugeständnis machen. Keiner bekommt, was von seinem eigenen Gesichtspunkt aus das Beste wäre, aber allen zusammen geht es besser, als es ihnen bei nichtkooperativem Verhalten gehen würde. Alle ungarischen Bürger sind Geiseln der augenblicklichen Situation. Ist jede betroffene Gruppe, jeder Berufszweig, jede Branche und Region fähig, etwas aufzugeben, ein Opfer zu bringen, sich mit dem Verlust oder der Reduzierung gewisser Privilegien und Leistungen abzufinden und dies nicht nur von anderen zu erwarten, sondern es selbst zu tun? Sind wir reif genug, die kooperative Lösung zu wählen? Dies ist ein Dilemma, auf das alle Parteien, Bewegungen, Organisationen und Individuen der Gesellschaft Antwort geben müssen, so wie ihre eigenen Gewissen es ihnen diktieren.

8.

Die Rechnung für den Gulaschkommunismus

Die ungarische Entwicklung und Makrostabilisierung
aus einer politökonomischen Perspektive

I. Einleitung: Vier Charakteristika¹

Der Weg der ungarischen Wirtschaft von einer zentralisierten Plan- zu einer Marktwirtschaft zeigt eine Reihe von Merkmalen, die sie trotz grundsätzlicher Ähnlichkeiten von denen anderer postsozialistischer Länder unterscheiden. Ohne auf ein vollständiges Bild abzielen, können vier Hauptcharakteristika betont werden. Das eine oder andere kann allein auch in anderen Ländern der Region auftreten oder, präziser gesagt, in einigen Ländern in gewissen Perioden. Das spezifische Merkmal der ungarischen Entwicklung ist die anhaltende Koexistenz dieser vier Charakteristika.

1) In seinen wirtschaftspolitischen Prioritäten legte Ungarn große Betonung auf die Erhöhung der augenblicklichen materiellen Wohlfahrt und in der darauf folgenden Periode steigender wirtschaftlicher Probleme und stagnierender oder fallender Produktion auf die Bremsung des Sinkens im Lebensstandard. Diese wirtschaftspolitische Orientierung wurden früher einmal „Gulaschkommunismus“ getauft. Für mehrere Jahre nach dem Wechsel des politischen Systems setzte die Politik die vorausgegangene in dieser Hinsicht fort und kann zutreffenderweise „Gulaschpostkommunismus“ genannt werden.

¹Meine Forschung wurde von der Ungarischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung (OTKA), dem Collegium Budapest, Institute for Advanced Study und der Weltbank unterstützt. Ich bin meiner Kollegin Mária Kovács für ihre Hilfe beim Sammeln der Daten und für die Klärung der in der Arbeit erörterten Probleme äußerst dankbar. Ich danke Brian McLean für seine Übersetzung des ungarischen Textes ins Englische. Ich bin auch für die Forschungsassistenz von Mónika Lukács dankbar. Während der Forschung habe ich unter anderem László Akar, Zsolt Ámon, Rudolf Andorka, Francis Bator, Tamás Bauer, Lajos Bokros, Katalin Bossányi, Michael Bruno, Richard Cooper, Zsuzsa Dániel, Tibor Erdős, Endre Gács, Alan Gelb, Béla Greskovits, Stanley Fischer, Eszter Hamza, György Kopits, Álmos Kovács, Judit Neményi, András Simonovits, Robert Solow, György Surányi, Katalin Szabó, Márton Tardos und László Urban konsultiert, denen allen ich für ihre wertvollen Ratschläge danke. Natürlich bin ich allein für die zum Ausdruck gebrachten Ideen verantwortlich.

2) Ein paternalistischer Wohlfahrtsstaat, der die ganze Bevölkerung bediente, wurde über mehrere Jahrzehnte hinweg entwickelt. Ungarn kann sich mit den am weitesten entwickelten skandinavischen Ländern messen, was die Spanne der gesetzlich verbrieften Ansprüche auf Sozialleistungen und den für Sozialausgaben veranschlagten Anteil des BIP angeht, während seine Pro-Kopf-Produktion nur ein Achtel bis zu einem Sechstel der dortigen beträgt. Obwohl ähnliche Tendenzen zu dieser Zeit in allen osteuropäischen Ländern aufkamen, ging Ungarn auf diesem Weg deutlich am weitesten und steht in dieser Hinsicht in der Region allein.

3) Der Umgestaltungsprozeß hat sich in Ungarn über mehrere Jahrzehnte erstreckt; die ersten Schritte wurden schon in den sechziger Jahren getan. Obwohl einige Meilensteine genannt werden können, zeichnet sich der Prozeß als Ganzer durch seinen Gradualismus aus. Eine ähnliche schrittweise Entwicklung hat in dieser Hinsicht nur in Slowenien stattgefunden.² In den Augen derer, die die „Schocktherapie“ oder „Urknallstrategie“ von einer „graduellen“ Strategie unterscheiden, stellt Ungarn ein Extrem der letzteren und in vieler Hinsicht einen Spezialfall derselben dar: „Gradualismus ungarischen Stils“.

4) Ungarn ist über Jahrzehnte hinweg durch eine relative politische Ruhe gekennzeichnet gewesen. Während die Umgestaltung in manchen Ländern von Bürgerkrieg begleitet war, ist hier kein Schuß gefallen. Während der Wechsel des politischen Systems in manchen Ländern mit Blitzgeschwindigkeit unter spektakulären Umständen stattgefunden hat (Fall der Berliner Mauer, Massendemonstrationen auf den Straßen von Prag, Hinrichtung des rumänischen Diktators), fanden in Ungarn über einen langen Zeitraum hinweg gemäßigte Verhandlungen statt, im Laufe derer sich die regierenden Politiker der alten Ordnung und die bis dahin unterdrückte Opposition über freie Wahlen und eine neue Verfassung einigten. Jahrzehntlang gab es kaum Streiks oder Straßendemonstrationen. Obwohl die wirtschaftlichen Probleme sich verschlechterten, zogen aufeinanderfolgende Regierungen es vor sich durchzuwursteln, anstatt sich für Maßnahmen zu entschließen, die starke Opposition erregt und das Risiko politischer Destabilisierung nach sich gezogen hätten.

²Jugoslawien begann mit der Abschaffung der Befehlswirtschaft vor Ungarn, und in dieser Hinsicht hat der Reformprozeß dort eine längere Geschichte. Slowenien ist der einzige Nachfolgestaat des früheren Jugoslawien, in dem der Wechsel des politischen Systems in einem Zug stattgefunden hat. Aufgrund der Konflikte und Kriege zwischen Nachfolgestaaten oder ethnischen Gruppen traten in allen anderen Unterbrechungen auf.

Zusammengenommen bilden diese vier Merkmale den „charakteristischen Unterschied“ der ungarischen Umgestaltung. Diese Arbeit will zu einem Verständnis der Entstehung dieser vier Merkmale, ihres Einflusses aufeinander und der günstigen und schädlichen Wirkungen, die sie gehabt haben, beitragen.

Sie verwendet zur Untersuchung der wirtschaftlichen Phänomene den Ansatz der politischen Ökonomie. Das Denken der Politiker und das Bewußtsein der Menschen sind durch die Geschichte geprägt, in die Politik und Wirtschaft eingebettet sind. Dieser Zusammenhang und die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft werden in den aus technokratischen Ansätzen folgenden wirtschaftspolitischen Analysen und Ratschlägen oft ignoriert. In dieser Arbeit möchte ich dazu beitragen, diesem einseitigen Ansatz entgegenzuwirken.³

An manchen Stellen zieht die Arbeit Vergleiche zu anderen Ländern. Diese dienen jedoch ausschließlich dazu, die Merkmale der ungarischen Entwicklung klarer zu verdeutlichen. Ich halte mich auch zurück zu beurteilen, welches Land dem besseren Weg folgt und die Politiker welchen Landes weisere Entscheidungen getroffen haben.

II. Ein Überblick über die politische Geschichte

Die zeitliche Gliederung der letzten vier Jahrzehnte der ungarischen Geschichte, die auf mein Thema Bezug hat, zeigt *Tabelle 1*.

A. Die Revolution von 1956 und die Jahre der Unterdrückung

In der *Tabelle 1* wird von der sozialistischen Periode getrennt als ein Datum von großer Wichtigkeit der 23. Oktober 1956 aufgeführt, der Tag, an dem die ungarische Revolution ausbrach.⁴ Ungarn war das einzige Land in der

³Die Arbeit zielt nicht darauf ab, alle wesentlichen Themen der ungarischen Reform und Umgestaltung abzudecken. Mehrere sehr wichtige Fragen werden nur im Vorübergehen oder überhaupt nicht erwähnt (so die Inflation oder der Beitritt zur Europäischen Union).

⁴Aufbruch fand 1953 in Ost-Berlin und 1956 in Polen statt; der friedliche Prager Frühling wurde von den Panzern des Warschauer Paktes niedergeschlagen. Ungarn war jedoch das einzige Land, in dem es einen bewaffneten Aufstand gab, der zum Zusammenbruch der Einparteienorganisation und der Bildung einer Mehrparteienkoalition führte, wenn diese auch nur für einige Tage dauerte. [eingefügte Fußnote]

Tabelle 1

Perioden in den letzten vier Jahrzehnten der ungarischen Geschichte

Ereignisse	Perioden in der politischen Sphäre	Perioden in der wirtschaftlichen Sphäre	
		wirtschaftspolitische Prioritäten	Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen und Institutionen
23. Okt. 1956 Ausbruch der Revolution	Revolution		
4. Nov. 1956 Beginn der sowjetischen Intervention			
22. März 1963 Politische Amnestie	Repressionen		
1. Januar 1968 Anfang des „Neuen Wirtschaftsmechanismus“			
13. Juni 1989 Beginn der Verhandlungen zwischen der Kommunistischen Partei und der Opposition	Erweichen der Diktatur	Priorität für Wohlfahrt, Sicherheit und Ruhe zu diesem Zeitpunkt	Graduelle Umgestaltung
23. Mai 1990 Erste Sitzung des demokratisch gewählten Parlaments	Wechsel zum Mehrparteiensystem		
12. März 1995 Verkündigung des Stabilisierungsprogramms	Parlamentarische Demokratie	Maßnahmen zur Wiederherstellung des Makrogleichgewichts	
			Reformsocialistische Phase
			Postsozialistische Phase

Geschichte der sozialistischen Welt, in dem ein bewaffneter Aufstand gegen die vorherrschende politische Ordnung und die sowjetische Besatzung ausbrach. Die revolutionären Kräfte ergriffen, wenn auch nur für eine kurze Periode, die Macht. Diese wenigen Tage der Freiheit reichten dazu aus, daß sich Parteien organisierten. Ein Mehrparteiensystem, das die Koalition vor dem kommunistischen Machtantritt wiederbelebte, bildete sich unter der Leitung eines Reformkommunisten, Imre Nagy.

Es gab, wenn auch nur sporadisch, während der Revolution Fälle anti-kommunistischer Lynchjustiz. Es begann die Belästigung oder Ersetzung der Direktoren vieler Fabriken und Leiter öffentlicher Ämter. Die hierdurch ausgelöste Furcht hinterließ tiefe Spuren in den Köpfen der führenden Schicht des Parteistaates.

Kaum zwei Wochen später wurde die Revolution durch die sowjetische Armee niedergeschlagen. Das Einparteiensystem, in dem die Kommunistische Partei ein Machtmonopol innehatte, wurde unter der Führung von János Kádár wieder eingesetzt. Der bewaffnete Widerstand gegen die sowjetischen Panzer dauerte für eine kurze Zeit und ein Generalstreik einige Wochen an, bevor auch dieser aufgegeben wurde. Dann folgten die Vergeltungsmaßnahmen. Imre Nagy und seine Mitarbeiter und viele andere aktive Teilnehmer an der Revolution wurden hingerichtet; im ganzen wurden 229 Todesurteile vollstreckt.⁵ Tausende wurden ins Gefängnis gesteckt oder in Internierungslagern festgehalten; Zehntausende wurden entlassen. Die Einschüchterung weitete sich auf einen großen Teil der Bevölkerung aus. Hunderttausende hatten während der Tage der revolutionären Freiheit ihre ehrlichen Meinungen ausgesprochen und angefangen, sich in nichtkommunistischen und antikommunistischen Bewegungen und Parteien zu organisieren. Jetzt hatten alle zu fürchten, daß die Repressionen sie jeden Augenblick treffen würden.

Die Erinnerungen an 1956 und die darauf folgende Periode müssen wiedererweckt werden, da sie, wie wir später sehen werden, viele der Charakteristika des ungarischen Reformprozesses erklären.

⁵ Auf der Grundlage von Gerichtsurteilen wurden 123 Todesurteile in Repressionen nach der Revolution von 1848-49 und dem Unabhängigkeitskrieg, 65 nach der Niederlage des kommunistischen Regimes von 1919 und 189 für faschistische Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs vollstreckt. Vgl. Attila Szakolczai (1994, S. 239).

B. „Erweichung“ der Diktatur und der politische Wendepunkt

Lassen Sie uns einige Jahre überspringen, d.h. die Periode, während derer der dumpfe Terror allmählich nachließ und die Brutalität und Gnadenlosigkeit der Repression schwächer wurden. 1963, einige Jahre nach den Massenhinrichtungen, wurde eine Generalamnestie verkündet; die für ihre Rolle in der Revolution Eingesperrten wurden freigelassen. Eine „Erweichung“ der Diktatur begann. Der Name János Kádár, des Mannes, der die Vergeltungsmaßnahmen geleitet hatte, ist auch mit dieser Periode der stetigen Abschwächung der politischen Repression verknüpft.

Aber indem diese merkwürdige, inkohärente, zögernde „Liberalisierung“ andauerte, setzte sich auch die Erosion des auf Repression gegründeten kommunistischen Systems fort. Dieser Prozeß beschleunigte sich 1989, als sogar die Machthabenden das Gefühl hatten, daß das politische Monopol der Kommunistischen Partei nicht länger aufrechterhalten werden konnte. Es begannen Verhandlungen mit den Oppositionskräften, die sich nun offen organisierten. In einigen Monaten, wenn nicht wenigen Tagen, wurden enorme Schritte in der politischen Sphäre unternommen. Das Einparteiensystem wurde durch ein Mehrparteiensystem ersetzt; eine neue Verfassung trat in Kraft; freie Wahlen unter Beteiligung konkurrierender Parteien wurden zum ersten Mal in 43 Jahren abgehalten; eine durch das neue Parlament geformte Regierung wurde gebildet; sowohl die Regierungsparteien als auch die parlamentarische Opposition erklärten ihre Absicht, das Privateigentum, die Vertragsfreiheit und die Marktwirtschaft zu schützen und entwickeln zu wollen.

Der Beginn der parlamentarischen Demokratie wird in der *Tabelle 1* vom Tag der ersten Sitzung des demokratisch gewählten Parlaments an datiert. In der *politischen* Sphäre bedeutete dieser Zeitpunkt (oder, um genauer zu sein, der Zeitraum der Gespräche 1989-90, was den Wechsel des politischen Systems, den Entwurf der Verfassung und das Abhalten der ersten freien Wahlen anging) einen wirklichen Wendepunkt. Aber Beginn und Endpunkt der charakteristischen Perioden in der *wirtschaftlichen* Sphäre fielen auf andere Kalenderdaten als in der *politischen* Sphäre.

III. Die Priorität des Wohlstands, der Sicherheit und der Ruhe heute

Eine der wichtigsten Thesen dieser Arbeit ist (wie in der makroökonomischen Spalte von *Tabelle 1* zu sehen), daß eine merkwürdige Kontinuität in den die ungarische Wirtschaftspolitik bewegenden Prioritäten herrschte, die über den politischen Wendepunkt von 1989-90 hinweg anhielt. Also dauerte dieselbe Orientierung 25-30 Jahre lang an. Erst die Verkündung des Stabilisierungsprogramms am 12. März 1995 brach diese Kontinuität. Die Abschnitte A-C dieses Teils analysieren die Periode 1963-95, während Abschnitt D sich mit dem Stabilisierungsprogramm befaßt.

A. Vermeidung von Umbrüchen und Konflikten

Von Anfang an, sowohl vor als auch nach dem politischen Wendepunkt von 1989-90, waren die Führer und aktiven Akteure in Ungarns wirtschaftlicher Umgestaltung von der Entschlossenheit geleitet, Umbrüche und Konflikte zu vermeiden.

Die Wurzeln dieser Haltung gehen, meiner Ansicht nach, auf 1956 zurück. Die Tage der Revolution und die darauffolgenden Jahre der Repressionen verursachten ein schweres Trauma. Die regierende Elite dieser Zeit, die kommunistischen „Kader“, blickten mit Entsetzen auf die Revolution, die Massendemonstrationen vor dem 23. Oktober, die Straßenkämpfe und den Volkszorn, der sich gegen die Geheimpolizei und Parteifunktionäre wandte, zurück. Sie hatten das Gefühl, sich viel besser mit den Massen stellen zu müssen, damit diese nicht aufs neue rebellierten. Wenn auch nicht die Helden, die aktiv für die Revolution gearbeitet hatten und zu ihren Idealen standen, so war doch die Mehrzahl der Normalbürger ebenfalls durch den „Umbruch“, sowohl die Revolution als auch ihre dann folgende Unterdrückung, erschreckt worden. Sie war durch die Belästigung und Verfolgung von Verwandten, Freunden und Kollegen eingeschüchtert. Also bestand in der führenden Schicht und bei Millionen gewöhnlicher Menschen gleichermaßen ein intensiver Wunsch nach Frieden und Ruhe. Dieses Klima der öffentlichen Meinung erklärt die psychologische Motivation der ungarischen Wirtschaftspolitik. Euphemistisch könnte dies Mäßigung und Kompromißfähigkeit, das Anstreben eines Konsenses genannt werden. Eine voreingenommene Beschreibung wäre Beschwichtigung und Feigheit. Beide Urteile enthalten Teile der Wahrheit.

Derart war die Motivation zu Beginn des Prozesses, als die, die 1956 mitgemacht hatten, noch gegenwärtig und aktiv waren. Aber dieses Meinungsklima, diese Verhaltensroutine und dieses System der moralischen Normen, die durch das schwere nationale Trauma verursacht worden waren, prägten sich ein und hielten sogar an, als 1956 ein für die jungen Leute entfernt zurückliegendes geschichtliches Ereignis geworden war.

Also was ist der wichtigste Faktor hier? Ist es ein Bedürfnis der Massen, daß Aufruhr vermieden werden soll, auf das die Politiker reagieren? Oder ist es andersherum: Politiker, die mögliche Proteste der Massen und offene Konfrontationen mit ihren Gegnern scheuen, versuchen, ihnen vorzubeugen? Erziehen kriecherische, feilschende Politiker die Gesellschaft dazu, sich genauso zu benehmen? Wahrscheinlich gibt es Wirkungen in beide Richtungen.

Polen ging 1956 nicht so weit, daß es zu einem bewaffneten Aufstand und blutigen Straßenkämpfen gekommen wäre, aber 20 bis 25 Jahre später waren Millionen bereit zu streiken, und die „Solidarität“ wurde gegründet, die so militant war, daß noch nicht einmal eine Militärintervention ihr wirklich Einhalt gebieten konnte. Der Kampf begann mit den üblichen gewerkschaftlichen Forderungen nach Verteidigung der Reallöhne und der Arbeitsplätze. Die Konfrontation zwischen den Machthabern und den Massen verschärfte sich. Zur gleichen Zeit konzentrierte sich, 20 bis 25 Jahre nach einer niedergeschlagenen Revolution, in Ungarn die Aufmerksamkeit der führenden Schicht und der Millionen gewöhnlicher Menschen nicht auf Streiks und politische Kämpfe, sondern auf die Wirtschaft. Die Durchschnittsbürger waren auf der Jagd nach Extraeinkommen, bauten Häuser und zogen Gemüse.

Nach 1990 setzte sich dies fast logisch fort. Polen mochte unter einer von der „Solidarität“ geführten Regierung, die bereit war, ein radikales Maßnahmenpaket zur Stabilisierung und Liberalisierung, das große Opfer erforderte, durchzuführen, einen weiteren großen Umbruch erleben. Ungarns Regierungskoalition war dazu nicht bereit. Tatsächlich hatte der Gewinner der ersten freien Wahlen, das Ungarische Demokratische Forum, in seinem Wahlkampf erklärt, daß es die Politik einer „ruhigen Kraft“ verfolgen würde, was eine seiner Wahlkampfattraktionen gewesen war.

Im Oktober 1990, zu Beginn der Amtszeit der neuen Regierung, brach eine merkwürdige Massendemonstration aus. Taxifahrer, die gegen eine von der Regierung geplante Erhöhung des Benzinpreises protestierten, blockierten Budapests wichtigste Kreuzungen und brachten den Verkehr zum Erliegen. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Taxifahrer und der Regierung fanden vor den Fernsehkameras statt. Statt der legitimen Regie-

rung, die darauf aus war, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und einen unpopulären, aber notwendigen Preisanstieg durchzusetzen, unterstützte die damalige Opposition die Organisatoren der Blockade. Schließlich zog die Regierung zurück, und ein Kompromiß wurde erzielt.⁶ Die Episode wurde zum Präzedenzfall. Die Antall und Boross-Regierungen von 1990 bis 1994 versuchten nie wieder eine Maßnahme durchzuführen, die geballte Opposition hätte provozieren können, und für mehrere Monate benahm sich die Horn-Regierung, die 1994 an die Macht kam, genauso.

Wenn man auf eine Periode von drei Jahrzehnten seit den Mittsechzigern zurückblickt, kann man sehen, daß immer, wenn ein wirtschaftlicher Konflikt drohte, die Spannung praktisch jedes Mal durch Verhandlungen und Kompromiß entschärft wurde. Konfrontationen wurden vermieden, in der Tat mit größerem Erfolg als in vielen etablierten Marktwirtschaften.

Die aufeinanderfolgenden Regierungen waren von sehr verschiedenen Ideologien getragen. In den letzten Jahren vor 1990 war der Reformflügel der kommunistischen Partei an der Macht. 1990-94 bestand eine Koalition nationaler und christdemokratischer Kräfte. Seit 1994 regierte eine Koalition aus Sozialisten und Liberalen. Dennoch bestand bis März 1995 eine fast vollständige Kontinuität, was die Aufrechterhaltung der Tradition des Kompromisses und der Umgehung von Konflikten durch Konzessionen an die Unzufriedenen anging.

B. Das Problem der Entscheidung zwischen heute und morgen

Ungarns Politik war von den frühen Sechzigern am Verbrauch orientiert. Dies bedeutete einen scharfen Bruch mit den stalinistischen, klassisch-sozialistischen Prioritäten der Wirtschaftspolitik. Dort waren Investitionen, eine forcierte Wachstumsrate und die schnellstmögliche Beschaffung industrieller und militärischer Macht die Spitzenprioritäten, was in Ungarn z.B. zu einer Zurückstufung des Verbrauchs führte.

Es ist nicht mein Gebiet, die Psychologie einzelner Politiker zu analysieren. Was brachte sie dazu, sich in Richtung Konsum zu orientieren? Ernsthaftes Bemühen um den materiellen Wohlstand der Menschen oder politischer Machiavellismus? Es ist aus dem bisher Gesagten klar, daß die der materiellen Wohlfahrt gegebene Bedeutung wiederum mit dem Trauma

⁶Zur Geschichte der Taxifahrerblockade vgl. András Bozóki und Éva Kovács (1991), Sándor Kurtán, Péter Sándor und László Vass, Hrsg. (1991) und Zoltán Rockenbauer (1991).

von 1956 zusammenhing. Wenn die kommunistischen Machthaber ein gutes Verhältnis zu den von ihnen regierten Massen haben wollten, mußten sie viel mehr auf deren materiellen Lebensstandard aufpassen; sie mußten sie zufriedenstellen. Dies würde die Konfliktwogen glätten; dies war die beste Art und Weise, Proteste, Demonstrationen und Aufstände zu verhindern. Letztendlich ist der Grad, zu dem die beiden aufgezeigten Denkweisen Politiker charakterisieren, für die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht ausschlaggebend.

Diese neue wirtschaftspolitische Orientierung hatte eine „goldene Zeit“ in den Jahren zwischen 1966 und 1975, in denen der Verbrauch der Haushalte von Jahr zu Jahr ohne Rezession oder Stagnation um einen jährlichen Durchschnitt von 5,3% anstieg (vgl. *Tabelle 2*). Es war im Leben vieler Familien die Zeit, zu der sie ihren ersten Kühlschrank, ihren ersten Trabant kauften und später ihre erste Reise in den Westen unternahmen. Damals war es, daß die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung begann, Reform mit wachsender Wohlfahrt in Verbindung zu bringen. Damals war es, daß der Westen ein teilweise richtiges, teilweise verzerrtes Bild des Kádárregimes als „Gulaschkommunismus“ oder der „lustigsten Kaserne im Sozialismus“ zu entwickeln begann. Dies war die *offensive* Phase der konsumorientierten Wirtschaftspolitik.

Die Produktion wuchs zu dieser Zeit immer noch schnell – schneller als der Verbrauch. Jedoch wäre unter einer stalinistischen Wirtschaftspolitik der Abstand zwischen den Wachstumsraten der Produktion und dem Konsum viel größer gewesen. Die Führung hätte den Wachstumsaufschwung genutzt, um eine höhere Investitionsquote und somit eine viel höhere Wachstumsrate des BIP zu erzielen, und wäre mit einer viel bescheideneren Besserung des Verbrauchs zufrieden gewesen. Noch eine Bemerkung (und diese wird später in der Arbeit erörtert werden): Das Wachstum der Produktion und mit ihr des Verbrauchs wurde seit den Siebzigern teilweise auf Kosten der Anhäufung von Auslandsschulden ermöglicht. Die Anteile der inländischen Verwendung des BIP begannen sich in den späten Siebzigern umzukehren, wobei der Anteil des Verbrauchs wuchs und der der Investitionen fiel. Das Wachstum der Produktion verlangsamte sich stetig, stagnierte für lange Zeit fast und begann dann 1991 ernstlich zu sinken. Dies ist genau die Art Situation, in der man testen kann, welches Gewicht der Verbrauch in den wirtschaftspolitischen Prioritäten hat. Die konsumorientierte Wirtschaftspolitik setzte sich trotz einer stagnierenden und sogar schrumpfenden Wirtschaft hartnäckig weiter fort. Dies geschah vor, während und nach dem Wechsel des politischen Systems, zu dieser Zeit schon auf *defensi-*

ve Weise. „Wenn ein Fallen des Verbrauchs unvermeidbar ist, lassen wir ihn so langsam und so wenig wie möglich sinken“, war die Haltung (vgl. *Tabelle 3*). Dieses Ziel war in der Periode 1988-93 offensichtlich, als die Wachstumsrate des BIP um durchschnittlich 3,3% pro Jahr fiel, während der gesamte Verbrauch der Haushalte nur um durchschnittlich 1,7% pro Jahr sank (vgl. *Tabelle 2*). Die Investitionen, nicht der Verbrauch, agierten als die Restvariable in der verbrauchsorientierten Politik der späten Kádárperiode und den ersten fünf Jahren der parlamentarischen Demokratie. Das kann klar in *Tabelle 2* gesehen werden, in der die Akkumulation von Grundkapital sich zunächst schneller verlangsamte und dann schneller sinkt als die Wachstumsrate des BIP.

Tabelle 2

Verwendung des BIP in Ungarn, 1960-93

Periode	BIP	Endverbrauch		Bruttoinvestitionen	
		Insg.	Davon Haushalte	Insg.	Davon: Akkumulation von Grundkapital
(Jährliche durchschnittliche Wachstumsrate, %)					
1961-65	4,4	3,7	3,4	5,2	5,1
1966-75	6,3	5,3	5,3	8,5	9,1
1976-87	2,7	2,3	2,2	0,1	0,8
1988-91	-4,0	-2,5	-2,9	-7,3	-5,1
1988-93 ^a	-3,3	-0,7	-1,7	-4,1	-3,7

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (1995c, S. 2).

Anmerkung: ^a Die Zahl für 1993 für den gesamten Endverbrauch schließt Waffenimporte aus Rußland ein, die als Schuldentilgungen empfangen wurden.

Dies stellt einen Sonderfall des wohlbekanntes Zeitpräferenzproblems des „früher oder später“ dar. Das Hauptziel der ungarischen Wirtschaftspolitik für zumindest zwei Jahrzehnte könnte als der Versuch beschrieben werden, zu jedem Zeitpunkt den Verbrauch in der Gegenwart und gerade bevorstehenden Zukunft auf Kosten von Schulden, die in späteren Perioden anfallen

würden, zu maximieren. Zu Beginn sicherte dies ein schnelles Wachstum des Konsums, aber es begann schon nach einem Jahrzehnt in gewissem Maße ein Bumerangeffekt: Das Wachstum der Produktion und damit des Konsums begann sich zu verlangsamen. Später setzte ein Sinken der Produktion und des Konsums ein, teilweise aufgrund der Politik, die in vorausgegangenen Jahren zur Schuldenakkumulation geführt hatte. Die objektive Funktion, Maximierung des kurzfristigen Verbrauchs, blieb jedoch immer noch unverändert. Sie setzte sich, natürlich mit verändertem Vorzeichen, als Minimierung des Absinkens im Verbrauch fort, und der Preis dieses Ziels wurde immer noch akzeptiert: weitere Anhäufung von Schulden.

Tabelle 3

Trends in BIP, Verbrauch, Realeinkommen und Reallöhnen in Ungarn

	BIP	Pro-Kopf-Konsum	Realeinkommen pro Kopf	Reallöhne pro Verdiener ^a
	1987 = 100			
1988	100	100	99	95
1989	101	106	102	96
1990	97	100	101	92
1991	85	91	99	86
1992	83	91	95	85
1993	82	93	91	81
1994	85	- ^c	95	87

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (1995c, S. 2 und 11).

Anmerkungen: ^a Bis 1990 beziehen sich die Zahlen nur auf die Kategorie der Arbeiter und Angestellten, Arbeiter in landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgenommen; von 1991 an sind sie inbegriffen.

Hier benutze ich den Begriff Schulden im weitesten Sinne. Diese umfassendere Interpretation ist schon von mehreren Autoren verwendet worden.⁷ Betrachten wir ihre Hauptkomponenten.

⁷ Vgl. Kornai (1972) und Paul Krugman (1994). Letzterer benutzt den Ausdruck „verstecktes Defizit“ (*hidden deficit*) auf S. 161-9.

1) Schulden im buchstäblichen Sinne sind, was das Land dem Ausland schuldet. Bei dieser Art Schulden ist die Verbindung offensichtlich: Der Verbrauch heute wird aus dem Ausland finanziert, aber dies wird morgen auf Kosten des morgigen Konsums zurückgezahlt werden müssen.⁸ Diese Art Schulden sind in Ungarns Fall erdrückend hoch (vgl. *Tabelle 4*). Die defensive Politik, das Sinken des Verbrauchs zu zügeln, ist hauptsächlich auf Kosten der Auslandsschulden durchgeführt worden.

Tabelle 4

Indizes für Ungarns Schulden und Schuldendienst in konvertiblen Währungen

	Bruttoschulden (Mrd. US-\$)	Pro-Kopf-Brutto- schulden (US-\$)	Schuldendienst/ Warenexporte (%)
1975	3,9	369	25,3
1980	9,1	850	41,4
1985	14,0	1.326	85,6
1990	21,3	2.057	62,7
1993	24,6	2.393	44,5
1994	28,5	2.782	-

Quellen: Spalte 1, 1975-81: United Nations, Economic Commission for Europe (1993, S. 130), 1982-93: Ungarische Nationalbank (1994, S. 137); Spalte 2: Zentrales Statistisches Amt (1994b, S. 1) und (1995a, S. 9); Spalte 3: Magyar Nemzeti Bank (1994, S. 269), 1994: Magyar Nemzeti Bank (1995, S. 108).

Unter den anderen Faktoren, die zum Aufbauen von Auslandsschulden beitragen, ist die Tatsache, daß die Wechselkurspolitik dazu neigte, die Währung überzubewerten, was den Exportanreiz schwächte und die Entwicklung übermäßiger Importnachfrage förderte. Es war in mehreren Zeiträumen offensichtlich, zum letzten Mal von 1993 bis zum 12. März 1995, daß

⁸ Es ist aus der Literatur zu diesem Thema wohlbekannt, daß die Situation im Falle von staatlichen Schulden, die bei inländischen Kreditgebern aufgenommen werden, anders liegt. Zur Zeit der Rückzahlung werden die ungarischen Gläubiger, die auf Raten- und Zinszahlungen Anspruch haben, Geld zu Lasten ungarischer Bürger erhalten, die zu jener Zeit Steuern zahlen. Hier findet eine ständige Umverteilung innerhalb der ungarischen Bevölkerung statt, und sie zieht nicht notwendigerweise das Dilemma des „Konsumiere jetzt, zahle später“ für die Gesellschaft als Ganze nach sich.

die Finanzbehörden eine immer unvermeidlichere Abwertung verschoben.⁹ Dies paßte gut zu der Art Wirtschaftspolitik, die unpopuläre Maßnahmen stets bis auf die letzte Minute verschiebt. Eine Abwertung, insbesondere wenn sie mit einer strikteren Lohnpolitik verbunden ist, schneidet bekanntlich tief in die Lebensstandards ein.

2) Beginnen wir mit der Annahme, daß es möglich ist festzustellen, welcher Anteil des BIP investiert werden muß, um (i) die Aufrechterhaltung und eine bescheidene, aber akzeptable Erweiterung des Nationalvermögens und (ii) einen bescheidenen, aber akzeptablen Aufschwung der Produktion zu gewährleisten.¹⁰ Wenn der Anteil geringer ist, werden einige Aufgaben gestrichen und auf später verschoben. Die von den aufgeschobenen Investitionen gebildeten „Rückstände“ sind eine Form von Schulden, die eine spätere Generation anstelle der jetzigen zu zahlen haben wird. Also können sie als Teil der Schulden im weiteren Sinne betrachtet werden.

Da keine exakte Berechnung der Größe und des Trends der für anhaltendes Wachstum erforderlichen Investitionsanteile durchgeführt worden ist, kann ich keine Schätzungen der Höhe der „Investitionsversäumnisse“ geben. Ich kann nur versuchen, ihr Gewicht indirekt zu vermitteln.

- Die *Tabelle 5* vergleicht den Trend der gleichbleibend hohen Investitionsanteile in einigen mittelhoch entwickelten, schnellwachsenden Ländern mit dem fallenden Trend in Ungarns Investitionsanteil. Ich sage nicht, daß Ungarn notwendigerweise seinen hohen früheren Investitionsanteil hätte aufrechterhalten sollen,¹¹ aber das große Maß des

⁹ In Perioden, in denen in gewissen lateinamerikanischen Ländern eine populistische Regierung regierte, war eine Tendenz zur Aufwertung des Wechselkurses in jedem Falle offensichtlich.

¹⁰ Die gewünschte Proportion der Investitionen zu bestimmen, ist eine der zentralen Fragen der Wachstumstheorie. Ihr Anteil hängt unter anderen Faktoren von der Periode ab, in der der Verbrauch zu maximieren ist und davon, wie steil der Wachstumspfad der Wirtschaft sein soll.

Eine zufriedenstellende Schlußfolgerung muß noch gezogen werden; es besteht immer noch kein theoretischer Konsens zu diesem Problem. Statt mich an dieser Stelle auf eine theoretische Debatte einzulassen, habe ich eine Ausdrucksform gewählt, die weniger Anlaß zu Widerspruch gibt. Ich sage nur, daß ein „bescheidenes“ Wachstum absolut notwendig ist. Dies scheint für die Argumentationslinie dieser Arbeit zu genügen, da es erlaubt, einen Hinweis auf das Problem des „Investitionsaufschubs“ zu geben.

¹¹ Das Sinken im Investitionsanteil wäre vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gerechtfertigt gewesen, wenn es mit einem Anstieg in der Effizienz der Investitionen einhergegangen wäre. Leider war dies nicht der Fall. Im Gegenteil, es wurde eine große Zahl von sehr kostspieligen Investitionsprojekten mit niedriger Effizienz verwirklicht.

Absinkens belegt den oben vertretenen Gedankengang: eine Akkumulation von „Investitionsrückständen“ hat stattgefunden.

- Die Ausgaben für die Aufrechterhaltung und Renovierung von Wohnungen und Einrichtungen der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Brücken usw.) sind in Ungarn stark gefallen. Dies hat eine Verschlechterung im Zustand des Nationalvermögens verursacht. Lassen Sie mich den Wohnungsbau als Beispiel nehmen. Er ist während zwei Jahrzehnten sehr gesunken, und in den letzten Jahren ist die Zahl der gebauten Wohnungen ausgesprochen abgestürzt. Dies wird teilweise durch die Tatsache aufgewogen, daß weit weniger Wohnungen als zuvor aus dem Wohnungsbestand herausgenommen werden: Zum Abriß anstehende Gebäude werden stehen gelassen.¹²
- Besonders bedrohlich ist die Verringerung gewisser, geringe Erträge abwerfender Investitionen, die eine lange Laufzeit haben. Investitionen in die Infrastruktur und die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung können hier eingeordnet werden.¹³

Tabelle 5

Trends in den Bruttoinlandsinvestitionen in schnellwachsenden
Entwicklungsländern und in Ungarn, 1980-93

Bruttoinlandsinvestitionen i.v.H. des BIP

	Ungarn	Indonesien	Südkorea	China	Malaysia	Thailand
1980	30,7	24,3	32,0	30,1	30,4	29,1
1985	25,0	28,0	29,6	38,6	27,6	28,2
1990	25,4	30,1	36,9	33,2	31,5	41,1
1991	20,4	29,4	38,9	32,7	37,0	42,2
1992	15,2	28,7	36,6	34,4	33,8	39,6
1993	19,7	28,3	34,3	41,2	33,2	40,0

Quelle: Weltbank (1995c, S. 58-61).

¹² Die durchschnittliche jährliche Zahl der in der Periode 1991-93 abgerissenen Wohnungen fiel auf ein Viertel der Zahl in der Periode 1976-80.

¹³ Um ein einziges Beispiel zu geben: Die für Forschung und Entwicklung ausgegebene Summe 1993, in konstanten Preisen, betrug weniger als ein Drittel des Maximalwertes solcher Ausgaben, der 1987 erreicht wurde. Als Anteil des BIP fiel die Summe von 2,65% auf 1,01% (Zentrales Statistisches Amt, 1989a, S. 13 und 1994e, S. 13).

3) Eine andere Komponente der Schulden im weiteren Sinne besteht aus gesetzlichen Verpflichtungen zu zukünftigem Verbrauch. Diese schließen Versprechen von gesetzlich garantierten Renten, Familienförderung, garantiertes Mutterschaftsgeld, Krankheitsgeld und alle anderen Wohlfahrtszahlungen ein. Diese sind Wechsel der gegenwärtigen Generation, die die nächste wird einlösen müssen. Wenn dies endlich geschieht, werden auch sie um Mittel mit den für die wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Investitionen wetteifern müssen, und also ist es gerechtfertigt, sie als einen Bestandteil der Schulden zu betrachten.¹⁴

Im folgenden werde ich diese drei Arten von Schulden öffentliche Schulden nennen.¹⁵

Ich habe zu Beginn des Abschnitts von „verbrauchsorientierter“ Wirtschaftspolitik gesprochen. Diese Bemerkungen haben gezeigt, daß eine *kurzsichtige* Konsumorientierung und ein sehr hoher sozialer Diskontsatz herrschen. Indem wir einen Schneeball öffentlicher Schulden vor uns herschieben, verhindern wir einen höheren Konsumstandard später.

All dies klingt älteren Generationen von Ungarn vertraut. Lang ist es her, da argumentierte Mátyás Rákosi, die führende Person im ungarischen Stalinismus mit diesen Worten für den sehr hohen Investitionsanteil im Wirtschaftsplan: Laßt uns sicherstellen, daß wir nicht das Huhn töten, das die goldenen Eier legt. Das Kádárregime gewann Popularität, indem es diese „Rákosieske“-Doktrin beiseite legte und sich anschickte, die Henne zu verzehren. Ein großer Teil des Publikums begegnet immer noch jedem Aufruf zu Opfern mit Mißtrauen und Ablehnung.

Die *Tabelle 6* zitiert eine Meinungsumfrage, die sehr gut die traurige Haltung des „Bloß-Nicht-An-Morgen-Denkens“ und die steigende Tendenz zum Hedonismus widerspiegelt. Selbst wenn die bitteren Folgen der zuvor

¹⁴ Ich werde das große Ausmaß dieser aufgeschobenen Verpflichtungen mit einer einzigen Zahl veranschaulichen, die von der Weltbank angestellte Berechnung der ungarischen „Rentenschulden“. Dies ist der Name, der dem diskontierten Gegenwartswert aller zukünftig den augenblicklich gültigen Gesetzen und Regelungen nach zu zahlenden Renten gegeben wird. Es stellte sich heraus, daß die Rentenschulden gleich 263% des 1994-BIPs sind. Ähnliche Berechnungen wurden kürzlich für sieben OECD-Länder durchgeführt, von denen Italien die höchsten „Rentenschulden“ hatte. Die ungarische Zahl ist nahe bei der italienischen. Vgl. Weltbank (1995a, S. 36 und 1995b, S. 127). Die Idee, daß die „Rentenschulden“ des Staates Teil der versteckten Schulden sind, wurde zuerst von Martin Feldstein angeregt.

¹⁵ Die drei eben beschriebenen Arten von Schulden decken nicht die *ganzen* öffentlichen Schulden ab, die auch andere Komponenten haben. Hierzu zählen etwa aufgeschobene Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder unterlassene Reparatur von Umweltschäden ein.

angewendeten kurzfristigen und kurzsichtigen Präferenzen offensichtlich geworden sind, mit einem langsameren Wachstum und dann einem Sinken im Verbrauch, ändern sich die Haltungen nicht. Tatsächlich erfahren sie eine selbstzerstörerische Überhöhung: Die Menschen werden noch ungeduldiger und noch weniger gewillt, Opfer zu bringen.¹⁶

Tabelle 6

Meinungen zu entfernteren Zielen im Leben und zu Idealen und Werten

	Antworten			Insg.
	stimmen nicht zu	stimmen teilweise zu	stimmen ganz zu	
Alles verändert sich so schnell, daß die Menschen nicht wissen, woran sie glauben sollen				
1978	46	33	21	100
1990	17	35	48	100
1994	13	38	49	100
Die Menschen leben von einem Tag zum anderen; es hat keinen Sinn, Pläne im voraus zu machen				
1978	69	17	14	100
1990	17	35	48	100
1994	20	34	46	100

Quelle: Rudolf Andorka (1994, Tabelle 5.4).

¹⁶ Das wohlbekannte Argument für eine graduelle Umgestaltung über eine längere Periode hinweg ist, daß wenn die stetige Entwicklung bald genug Früchte trägt, sie der Reform Anhänger gewinnen wird, die dann auch spätere, weniger angenehme Reformmaßnahmen unterstützen werden (Gérard Roland 1994a). Dies traf tatsächlich zu Beginn zu; die „goldene Ära“ von 1966-75 lieferte das moralische Kapital für spätere Reformen. Aber in diesem Sinne wird Ungarns früher Start mit der Reform zu einem Nachteil. Die Erschöpfung dieses anfänglichen moralischen Kapitals begann früh, und es war weitgehend aufgebraucht, als der Wechsel des politischen Systems stattfand. Ein Großteil der ungarischen Bevölkerung heutzutage ist pessimistisch und lehnt weitere Opfer ab.

Wie trifft die in der Einleitung behandelte Beziehung zwischen den Hauptcharakteristika der ungarischen Entwicklung zu? Wie passen die allmähliche Natur der Umgestaltung, die ausgeprägte Präferenz für das „jetzt“ und der Wunsch nach politischem Frieden zusammen. Der Kompromiß und die zur Kontinuität erforderliche Vermeidung von Konflikten erfordern das Befolgen einer *attraktiven* Politik. Die Politiker sind nicht bereit, unpopuläre Programme zum „Enger-Schnallen des Gürtels“ zusammenzustellen. Das Ceausescu-Regime nutzte brutale Unterdrückung, was es ihm erlaubte, seine zuvor eingegangenen Schulden zurückzuzahlen, sogar um den Preis schwerwiegender Unterdrückung der Bevölkerung. Andererseits vermied die „weiche Diktatur“ des Kádárregimes für ihre letzten zwei Jahrzehnte brutale Mittel der Unterdrückung, was bedeutete, daß sie eine Politik des Bühnens um Popularität befolgen mußte.

Die neuen, demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen wurden mit dem gleichen makroökonomischen Dilemma konfrontiert. Die Politiker, die in Polen und der Tschechoslowakei an die Macht kamen, sahen diesen historischen Moment der Euphorie als eine Gelegenheit, zu der die Bevölkerung gewillt sein würde, große Opfer zu bringen. Die Gelegenheit zum Zurechtrücken der makroökonomischen Proportionen mußte ergriffen werden.¹⁷ Die ungarische Regierung war jedoch nicht bereit, das Gleiche zu tun. Warum nicht? Vielleicht leitete sie der politische Realismus, da sie herausfand, daß sich die ungarische Bevölkerung an die Abschwächung der Repression gewöhnt hatte und Erweiterungen ihre Rechte und Freiheiten für nur natürlich hielt, so daß sie keine ausgeprägte Begeisterung über den Systemwechsel zeigte, diesen nur mit ruhiger Zufriedenheit verzeichnete. Vielleicht war dem auch so, weil das Verhalten der neuen Regierung dem alten Reflex gehorchte – der auch erfahrenen Politikern in parlamentarischen Demokratien keineswegs fremd ist – nichts zu unternehmen, was unpopulär sein oder sogar Massenproteste hervorrufen könnte. Was immer der Fall war, die ungarische Regierung lehnte zugunsten andauernder Verbrauchsmaximierung (oder, genauer gesagt, Minimierung des Sinkens des Verbrauchs) alle Versionen der Schocktherapie ab, sowohl eine radikale Stabilisierungsoperation als auch Kürzungsprogramme. *Tabelle 7* zeigt den Trend in den Reallöhnen und den wesentlichen Grad, zu dem sich die Tschechoslowakei, später Tschechische Republik und Slowakei, zusammen mit Polen und Slowenien in dieser Hinsicht von Ungarn, wo Gradualismus herrschte, unterscheiden. Bis zum

¹⁷ Eines der grundlegenden Argumente der Befürworter des „Urknalls“ ist, daß wenn sich eine Gelegenheit bietet, sie beim Schopfe ergriffen werden muß. Vgl. den Bericht über die Debatte von Gérard Roland (1994a).

heutigen Tage denke ich, daß die erste demokratische ungarische Regierung 1990 eine historische, unwiederholbare Gelegenheit versäumte.¹⁸

Tabelle 7

Reallöhne: Internationaler Vergleich, 1990-93

Reallöhne (prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahr)

	1990	1991	1992	1993	1993 i.v.H. von 1989
Polen	-24,4	-0,3	-2,7	-1,8	72,0
Slowakei	-5,9	-25,6	8,9	-3,9	73,3
Slowenien	-26,5	-15,1	-2,8	16,0	70,4
Tschechische Republik	-5,4	-23,7	10,1	4,1	82,7
Ungarn ^a	-3,5	-6,8	-1,5	-4,0	85,0

Quelle: 1990-93: United Nations, Economic Commission for Europe (1994a, S. 79 und 1994b, S. 41); Ungarn: 1990-93: Zentrales Statistisches Amt (1994b, S. 11); Tschechische Republik und Slowakei: 1990-91: World Economy Research Institute, Warsaw School of Economics (1994, S. 37).

Anmerkung: ^a Die Zahl für 1990 bezieht sich nur auf die Kategorie der Arbeiter und Angestellten, ausgenommen Arbeiter in landwirtschaftlichen Genossenschaften; seit 1991 beziehen die Daten sie mit ein.

Seither hat es eine andere große historische Gelegenheit gegeben: den mitreißenden Wahlsieg von 1994, als die Sozialistische Partei, zusammen mit

¹⁸ In dem Pamphlet, das ich 1989, vor den freien Wahlen geschrieben habe (Kornai [1989] 1990), empfahl ich dem zukünftigen ungarischen Parlament und der Regierung eine radikale Operation zur Stabilisierung und Liberalisierung, die in mehrfacher Hinsicht der polnischen ähnelte. Diese würde unter anderem mehrere unpopuläre Maßnahmen enthalten, einschließlich die Erhöhung der Steuereinnahmen, die Abschaffung des Haushaltsdefizits und eine strenge Kontrolle der Löhne. Mit diesem Teil meiner Vorschläge blieb ich mehr oder weniger allein; die meisten tonangebenden Wirtschaftswissenschaftler in den demokratischen Parteien, die noch in der Opposition waren, lehnten sie ab. Das Streben nach Popularität und die Furcht vor Aufständen, die die vorangegangene Periode charakterisiert hatten, hatte sich den Wirtschaftswissenschaftlern tief eingeprägt.

Der erste Finanzminister der neuen Regierung, Ferenc Rabár, war bereit, ein radikales Bündel von Stabilisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen zusammenzustellen. Sein Radikalismus, im Zusammenspiel mit anderen Konflikten, führte dazu, daß er bald zurücktreten mußte.

ihrem liberalen Koalitionspartner, der radikale Maßnahmen zu unterstützen bereit war, eine 72%ige Mehrheit im Parlament errang. Das „Jetzt-oder-später“-Dilemma stellte sich in sogar noch schärferer Form als je zuvor, als die neue Regierung an die Macht kam. Es gibt eine wohlbekanntes Faustregel in parlamentarischen Demokratien, daß eine Regierung, die unpopuläre Maßnahmen ergreifen muß, diese zu Anfang des parlamentarischen Zyklus ergreifen sollte. Wenn die nächste Wahl kommt, werden die Wähler sie vergessen haben, und es mag bis dahin sogar möglich sein, den Nutzen der vor einigen Jahren ergriffenen strengen Maßnahmen zu erkennen. Natürlich war dies nicht eine derart dramatische historische Gelegenheit wie die 1990, als die Demokratie begann. Die jetzige war nur eine normale Gelegenheit, die durch den Anfang einer neuen Legislaturperiode geboten wurde. Dennoch ließ die neue Regierung die Gelegenheit verstreichen und zögerte statt dessen neun Monate lang. Alles was die führende Partei in der Koalition, die Sozialistische Partei, die aus dem Reformflügel der alten kommunistischen Partei erwachsen war, in diesem Fall tat war, den etablierten Reflexen ihrer Vorgänger zu gehorchen. Ein monatelanges Tauziehen fand zwischen den Gewerkschaften und parteiinternen Gegnern weiterer Opfer auf der einen und den radikaleren, eine strengere Wirtschaftspolitik befürwortenden Wirtschaftsreformern auf der anderen Seite statt. Letztendlich machten immer letztere die Konzessionen, und die Wirtschaftspolitik des „Durchwurstelns“ wurde wie bisher fortgeführt.

Analogien zum Populismus drängen sich ungewollt auf.¹⁹ Die beschriebene Wirtschaftspolitik – Unterordnung der langfristigen Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung unter die Erfordernisse der politischen Beliebtheit und die einseitige Konzentration auf den Lebensstandard – hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der als Populismus bekannten Politik. Jedoch denke ich nicht, daß es richtig wäre, sie schlicht als eine osteuropäische Version des Populismus zu sehen. Der lateinamerikanische Populismus (und frühere populistische Trends in Europa) nutzten aggressive Demagogie und befolgten eine Wirtschaftspolitik der ungezügelter Verantwortungslosigkeit. Die Wirtschaftspolitik, die ich als für die jahrzehntelange ungarische Wirtschaftsentwicklung typisch beschrieben habe, war weniger unbesonnen. Sie war vorsichtig statt auftrumpfend und versuchte mehrfach, einen Kompromiß zwischen den Lebensstandarterwartungen und den gerechtfertigten langfristigen makroökonomischen Erfordernissen zu erzie-

¹⁹ Vgl. András Bozóki (1994), András Bozóki und Miklós Sükösd (1992), Rudiger Dornbusch und Sebastian Edwards (1990), Béla Greskovits (1994), Jerzy Hausner (1992) und Robert Kaufman und Barbara Stallings (1991).

len. Jedoch kann gesagt werden, daß die Wirtschaftspolitik stets Charakteristika enthielt, die populistisch anmuteten,²⁰ und daß eine Neigung zum Populismus die politischen Entscheidungsträger ständig verfolgte und stark beeinflusste.

C. Umverteilung und Paternalismus

Im letzten Abschnitt wurden die wirtschaftspolitischen Prioritäten in zusammenfassenden Kategorien betrachtet, und die Frage des „Konsum im Gegensatz zu den gesellschaftliche Schulden“ stand im Mittelpunkt. Die erste zu untersuchende Frage ist, welche Umverteilungsprozesse den Verbrauch bestimmen.

Tabelle 8 zeigt die folgenden Veränderungen. Wenn man sich das Einkommen der Haushalte in Ungarn ansieht, fällt der Anteil des durch Arbeit verdienten Einkommens ständig, während der durch Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherung erhaltene ansteigt.

Tabelle 9 zeigt einen anderen Querschnitt. In einer Arbeit von Assar Lindbeck (1990) wurde die Aufmerksamkeit auf einen gefährlichen Trend in der schwedischen Wirtschaft gelenkt: der Anteil der Beschäftigten, deren Einkommen sich vom Markt ableiten, ist in schnellem Fall begriffen, während der Anteil derer, deren Einkommen aus dem Staatshaushalt bestritten wird, ansteigt. Zum Vergleich wurden ungarische Zahlen für das Jahr 1993 zusammengestellt, mit überraschenden Ergebnissen: Die ungarische Quote von 1:1,65 übersteigt die schwedische von 1:1,32, die Lindbeck alarmierend fand, bei weitem. Noch nicht einmal das Land, das von allen reifen Marktwirtschaften mit der Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherung am weitesten ging, erreicht die ungarische Quote zwischen den „aus dem Staatshaushalt“ und den „vom Markt“ Lebenden.

Der Abschnitt B behandelte die defensive Periode der Wirtschaftspolitik, in der es das Ziel war, das Absinken des Lebensstandards zu verlangsamen. Dieser Versuch richtete sich nicht auf die Reallöhne, die in ungefähr demselben Maße fielen wie die Produktion (vgl. *Tabelle 3*). Andererseits tendierte, während die wirtschaftliche Situation des Landes sich ständig verschlechterte, das System der Transferzahlungen dazu, sich zu erweitern.

²⁰ Dies unterscheidet die Situation von der Lateinamerikas, wo einige Länder auch einen derartigen Zyklus von Ereignissen durchmachen. Der Populismus regiert für eine Zeitlang und stürzt dann, aber er könnte gut zu einem späteren Zeitpunkt wieder an die Macht kommen.

Familienzuschüsse wurden immer verbreiteter; das Mutterschaftsgeld wurde großzügig, zumindest was den Zeitraum der Leistungen anging. Das System der Arbeitslosenunterstützung in Ungarn hat eine umfassendere Spanne von Leistungen erbracht als das vieler entwickelter Marktwirtschaften. Ungarns Verhältnis aus Wohlfahrtsausgaben und BIP übersteigt den OECD-Durchschnitt bei weitem.²¹

Tabelle 8

Einkommen der Haushalte i.v.H. nach Haupteinkommensquellen in Ungarn, 1960-92

	Einkommen aus Arbeit	Einkommen aus Sozialleistungen			aus anderen Quellen
		bar	Sach- leistungen	zusammen	
1960	80,4	7,0	11,4	18,4	1,2
1970	76,1	11,3	11,3	22,6	1,3
1975	71,5	15,5	11,7	27,2	1,3
1980	68,0	18,9	13,1	32,0	0,1
1985	65,6	19,9	14,1	34,0	0,4
1990	58,1	22,6	16,6	39,2	2,7
1992	52,8	25,0	16,4	41,4	5,8

Quellen: 1960: Zentrales Statistisches Amt (1971, S. 387); 1970 und 1975: Zentrales Statistisches Amt (1981, S. 356); 1980 und 85: Zentrales Statistisches Amt (1986, S. 240); 1990 und 1992: Zentrales Statistisches Amt (1994a, S. 30).

Anmerkung: „Einkommen aus Arbeit“ bedeutet, innerhalb des Nettoeinkommens der Haushalte, die Summe des Geldeinkommens und der Sachleistungen, die direkt mit der Arbeitsleistung in Verbindung stehen. Es deckt Einkommen aus Beschäftigung, Mitgliedschaft in einer Genossenschaft und Haushalts-, nebenberufliche und private Bauernwirtschaften ab und beinhaltet persönliches Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und den Wert der Arbeit, die Haushalte an ihren eigenen Heimen ausführen. „Sozialleistungen in bar“ sind der Anteil des Nettogeldeinkommens der Haushalte, die sie im Zuge von Sozialversicherungs- und anderen sozialpolitischen Maßnahmen erhalten und die aus den Haushalten der Sozialversicherung, der zentralen und örtlichen Behörden und in geringerem Maße von Wirtschaftsbetrieben kommen. Sachleistungen sind der Teil des Konsums der Haushalte, für den sie nicht zahlen, da er aus dem Staatshaushalt, den Sozialversicherungskassen oder von Wirtschaftsbetrieben finanziert wird.

²¹ Zu einem Vergleich und einer statistischen Analyse der Wohlfahrtsausgaben in Ungarn und in den OECD-Ländern vgl. István György Tóths Artikel (1994).

Tabelle 9

Zahl der Teilnehmer (in 1000) in den Markt- und Nichtmarktsektoren
in Schweden und Ungarn

Aktivität	Zahl der Teilnehmer		
	Schweden	Ungarn	
	1970	1989	1993
1. Öffentliche Verwaltung und Dienstleistungen	806	1.427	875
2. Rentner	1.135	1.899	2.647
3. Arbeitslose	59	62	694
4. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Tätige	69	144	54
5. Krankgemeldet	264	317	150
6. Auf Elternschaftsurlaub Befindliche	28	126	262
7. 1-6 insgesamt	2.361	3.975	4.682
8. Im Marktsektor Beschäftigte	3.106	3.020	2.842
Quote aus 7 und 8	0,76	1,32	1,65

Quellen: Schweden: Lindbeck (1990, S. 23). Ungarn: Zeilen 1 und 2, Zentrales Statistisches Amt (1994b, S. 14 und 54); Zeilen 3 und 4, Munkaügyi Kutatóintézet (1994, S. 45); Zeile 5, Zentrales Statistisches Amt (1994b, S. 54), (1994c, S. 22); Zeilen 6 und 8, Zentrales Statistisches Amt (1994b, S. 54).

Anmerkungen: Zeile 1: Für Ungarn bezieht sich die Zahl auf Angestellte bei Regierungsinstitutionen. Zeile 2: Die Zahlen schließen Alterspensionäre und Frührentner mit ein; im Fall Ungarns läßt die Zahl beschäftigte Pensionäre aus (223.000 im Jahre 1993), die auch in keine der Markt- oder Nichtmarktkategorien aufgenommen sind. Zeile 3: Für Ungarn, nur die gemeldeten Arbeitslosen. Zeile 4: Für Ungarn ist die Zahl die Summe aus in Umschulungskursen und in öffentlichen Vorhaben Beschäftigten. Zeile 5: Im Falle Ungarns wurde der Anteil der krankgemeldeten Arbeitnehmer und Mitglieder industrieller Genossenschaften auf die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Marktsphäre übertragen. Die krankgemeldeten Arbeitnehmer im haushaltsfinanzierten Sektor erscheinen nicht unter den Krankgemeldeten, um Doppelzählung zu vermeiden. Die Zahl für aktive Beschäftigte im Marktsektor enthält nicht die Krankgemeldeten. Zeile 8: Dies schließt Gesellschaften im öffentlichen Sektor (staatseigene Firmen) und öffentliche Dienstleistungsbetriebe mit ein.

Um einen Ausdruck zu benutzen, den ich in einer früheren Arbeit geprägt habe: Ungarn wurde ein frühgeborener Wohlfahrtsstaat.²² Die Länder mit sehr hohen Anteilen an Wohlfahrtsausgaben sind Ungarn in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um ein Vielfaches voraus.²³ Also warum hat es Ungarn auf sich genommen, staatliche Wohlfahrtsleistungen über seine Fähigkeiten hinaus einzugehen? Es war der Regierung zu jedem Zeitpunkt am wichtigsten, die Menschen zu beruhigen. Die paternalistische Umverteilung hat sicherlich eine tröstende Wirkung, die in großem Maße für die Verringerung der legal im Marktsektor verdienten Reallöhne und die Unsicherheit, was diese anging, kompensierte.

Ich würde gerne insbesondere das Problem der Unsicherheit betonen. Das charakteristische Merkmal Ungarns in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten war nicht nur, daß der wirtschaftspolitischen Priorität des Verbrauchs ein größeres Gewicht gegeben wurde. Ein ähnliches Gewicht wurde dem Erfordernis der sozioökonomischen *Sicherheit* beigemessen. Die Marktwirtschaft, die die Unsicherheit erhöht, und das paternalistische Umverteilungssystem, die sie vermindert, entwickelten sich parallel zueinander.²⁴ Wachsende Umverteilung paßte besser zur vorherrschenden Ideologie und zum Machtstreben der führenden Gruppe, als den Haushalten höhere Einkommen zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise blieb es den zentralen Behörden überlassen zu entscheiden, wer wann und in welchem Maße an den Umverteilungsleistungen teilhaben sollte.

Die eben beschriebene Verschiebung der Anteile leitete sich nicht von einem vorausschauenden, langfristigen Regierungsprogramm ab. Sie entstand durch Improvisation, durch rivalisierende Umverteilungsansprüche. Zunächst verlangte eine Gruppe, eine Schicht oder ein Berufszweig mehr oder wehrte sich zumindestens gegen die Einschränkung seiner bestehenden

²² Ich nenne den ungarischen Wohlfahrtsstaat frühgeboren, da, meiner Ansicht nach, angesichts des mittleren Entwicklungsstands, der ersten finanziellen Probleme und des extrem hohen Steuerniveaus des Landes, Ungarn es sich nicht erlauben kann, eine solche Bürde der staatlichen Umverteilung auf sich zu nehmen. Einige auf Wohlfahrtsfragen spezialisierte Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen vertreten genau den entgegengesetzten Standpunkt (z.B. Tadeusz Kowalik 1992 und Zsuzsa Ferge 1994). Sie argumentieren, daß die postsozialistischen Länder es sich nicht leisten können, keine großen sozialen Transfers vorzunehmen, weil die durch den Übergang verursachten Probleme so schwerwiegend sind.

²³ Die Behauptung trifft umgekehrt nicht zu. Nicht alle entwickelten Länder haben hohe Wohlfahrtsausgabenquoten. Sie sind z.B. in den Vereinigten Staaten und Japan bemerkenswert niedrig. Vgl. István György Tóth (1994).

²⁴ Die zwei Trends spiegeln sich in der Entwicklung des Wohnungssektors wider. Dort zog der stetige Anstieg des Anteils der Privatwohnungen eine verhältnismäßige Verringerung in der Rolle der bürokratisch-paternalistischen Umverteilung nach sich.

Rechte. Jedes Ministerium und Amt in der Bürokratie, jede Gewerkschaft und jeder anderer Interessenverband und jeder seinen Wahlkreis vertretende Abgeordnete und jedes Parteimitglied tat dies. Eine große Zahl unzufriedener Gruppen konnte zum Schweigen gebracht werden, wenn der Staat eine neue rechtliche Verpflichtung einging, die auf Dauer Bestand hatte, nicht nur im folgenden Jahr. In vielen Fällen konnten die Unzufriedenen durch eine wiederholte Erweichung der Budgetbeschränkung befriedet werden: Eine Firma, eine Bank oder eine örtliche Verwaltung konnten durch einen Staatszuschuß oder einen weichen Bankkredit gerettet werden.

Diese umverteilende Beschwichtigung der Unzufriedenheit ist einer der Haupterklärungsfaktoren für die finanziellen Ungleichgewichte und Spannungen in der Wirtschaft.²⁵ Das Haushaltsdefizit wird erhöht, indem die Wohlfahrtsausgaben auf ein Niveau hinaufgetrieben werden, das durch die Steuereinkünfte nicht mehr gedeckt werden kann und staatliche Subventionen gezahlt werden, um Firmen, Banken und örtliche Verwaltungen in Not auszulösen und so Arbeitsplätze zu retten. Die Schwächung der Lohnkontrollen und der Budgetbeschränkung durch weiche Kredite heizen die Inflation an und ebenso natürlich die Monetisierung des Haushaltsdefizits, v.a. seine Finanzierung durch die Zentralbank. Die wachsenden Ausgaben zum Bedienen der Auslandsschulden tragen zum Defizit der Zahlungsbilanz bei. Die Verbindung zwischen dieser und der einseitigen Konsumorientierung der Wirtschaftspolitik wurde im letzten Abschnitt erörtert.

Es besteht auch eine umgekehrte Beziehung. Sobald die finanziellen Ungleichgewichte einmal aufgetaucht sind, wird es für eine Regierung, deren Politik durch „Schutz des Konsums“, paternalistische staatliche Fürsorge und umverteilende Beschwichtigung gekennzeichnet ist, unmöglich, sich dazu zu zwingen, die erforderlichen drastischen Einschränkungsmaßnahmen zu ergreifen.²⁶ Hierin bestand wiederum eine Kontinuität über den Systemwechsel von 1990 hinaus,²⁷ bis hin zum 12. März 1995.

²⁵ Diese Beziehung ist aus der Literatur zu den Finanzkrisen und Stabilisierungsversuchen der Entwicklungsländer wohlbekannt: Die Forderungen nach Umverteilung treiben das Haushaltsdefizit nach oben und tragen so zu Inflation und anderen finanziellen Spannungen bei (vgl. Stephan Haggard und Robert R. Kaufman, 1992a, S. 273-5).

²⁶ Dies ist keine Besonderheit der postsozialistischen Übergangsperiode. Überall benötigen Regierungen Entschädigungen zur leichteren Verkraftung einschränkender Stabilisierungsmaßnahmen, um so Proteste zu entschärfen (vgl. Joan Nelson, 1988).

²⁷ Um Iván Szabó, den letzten Finanzminister der Koalitionsregierung von 1990-94 zu zitieren, die sich selbst als gemäßigt rechtsgerichtet konservativ beschrieb: „Es ist merkwürdig, aber wir führten damals ein sozialdemokratisches und kein konservatives Programm durch“ (Iván Szabó, 1995, S. 15). Bei einer anderen Gelegenheit bemerkte Szabó, daß „im Lande übermäßiger Verbrauch im Verhältnis zum erreichten BIP-Niveau“ stattfände. „Dies

Das stetige Umsichgreifen der Umverteilung, gefolgt von einem ständigen Fluß einander sich folgender Konzessionen, führte ebenfalls zum „Gradualismus ungarischen Stils“. Die Veränderungen wurden in winzigen bruchstückartigen, gleichzeitigen und aufeinanderfolgender Stadien, Schritt für Schritt, vorgenommen. Dies alles ersparte auch der politischen Sphäre traumatische Erschütterungen und trug zur relativ ruhigen politischen Atmosphäre bei.

D. Ein Neuanfang: Das Stabilisierungsprogramm vom Frühjahr 1995

Am 12. März verkündete die ungarische Regierung ein Stabilisierungsprogramm.

Ich versuche in dieser Arbeit nicht, dieses Programm vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu analysieren.²⁸ Ich untersuche die Frage ausschließlich mit einem auf der politischen Ökonomie beruhenden Ansatz, d.h. ich analysiere die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaftspolitik. Zur Erinnerung lassen Sie mich die wichtigsten Komponenten des Programms zusammenfassen.²⁹

(i) Es fand eine sofortige, beträchtliche Abwertung um 9% statt, auf die die Einführung eines Systems des „vorangesagten kriechenden Ankers“ (*pre-announced crawling peg*) folgte. Die Importe wurden mit einem wesentlichen Zuschlag (8%) belastet.

(ii) Einschränkungen der Haushaltsausgaben wurden festgesetzt, die Einschnitte in gewissen Positionen der Wohlfahrtsausgaben mit einschlossen.

(iii) Die Regierung versuchte, eine empfindliche Verringerung der Real-löhne zu erreichen. Sie erlegte daher den im öffentlichen Sektor und in staats-eigenen Firmen gezahlten Einkommen strenge Schranken auf. Es wurde angenommen, daß diese auch die Lohnerhöhungen im Privatsektor in Grenzen halten würden.

war das um der politischen Stabilität im Lande willen von der Regierung gebrachte Opfer“ (Iván Szabó, 1994, S. 16).

²⁸ Ich habe meine wirtschaftspolitische Position in anderen Arbeiten dargelegt. Das sechste Kapitel dieses Bandes wurde vor der Veröffentlichung des Programms geschrieben. Ich habe das Programm selbst im 7. Kapitel dieses Bandes analysiert. Vgl. auch das Nachwort zum 6. Kapitel und meine Arbeit (1996).

²⁹ Unter den Analysen der ungarischen makroökonomischen Situation würde ich László Antal (1994), László Békesi (1993, 1994, 1995), László Csaba (1995), Tibor Erdős (1994), András Köves (1995a, 1995b), Kamilla Lányi (1994-95), Gábor Oblath (1995) und Weltbank (1995b) betonen. Zu den Ansichten derer, die das Stabilisierungsprogramm verwirklichten, vgl. Lajos Bokros (1995a, 1995b, 1996) und György Surányi (1995a, 1995b, 1996). [eingefügte Fußnote]

Die Verwirklichung des Stabilisierungsprogramms dauert jetzt schon über ein Jahr an. Jedoch ist es immer noch zu früh, eine vollständige Analyse des Programms aus dem Gesichtspunkt der politischen Ökonomie zu geben.³⁰ Die anderen Teile der Arbeit analysieren die allgemeinen Merkmale einer Periode von 20-30 Jahren; es wäre übertrieben und voreilig, die Erfahrung eines so kurzen Zeitraums mit derselben Gründlichkeit zu untersuchen. Die bloße Verkündung des Programms ist eine bemerkenswerte Entwicklung, und die Regierung ist ihrer erklärten Politik ziemlich beständig gefolgt. Das Programm markiert einen klaren Bruch mit den vier Hauptcharakteristika, die für den ungarischen Weg der Reform und der Systemveränderung bis dahin typisch gewesen sind.

1) Der Verbrauch ist in seiner Stellung als Spitzenpriorität durch das Ziel der Wiederherstellung des ernsthaft zerrütteten makroökonomischen Gleichgewichts ersetzt worden, um so die Bedingungen für andauerndes Wachstum und, zu einem späteren Zeitpunkt, wachsenden Verbrauch zu schaffen. Die Defensivaktion, das Absinken des Verbrauchs abzuwehren, wurde aufgegeben. Eine plötzliche Veränderung wurde in den der Wirtschaftspolitik zugrundeliegenden Zeitpräferenzen gemacht. Bis jetzt wurde die Zukunft der Gegenwart geopfert. Nun werden in der Gegenwart der Zukunft zuliebe Opfer verlangt. Bis jetzt wurde die Akkumulation öffentlicher Schulden zugunsten des augenblicklichen Verbrauchs (Verlangsamung des Absinkens des Konsums oder möglicherweise Stagnation oder ein geringer Anstieg im Verbrauch) akzeptiert. Nun ist eine Verminderung im gegenwärtigen Verbrauch begonnen worden, um einen weiteren Aufbau gesellschaftlicher Schulden zu vermeiden.³¹

³⁰ Was die makrowirtschaftlichen Resultate des Programms angeht, sind sie zweifellos bemerkenswert. Die wichtigsten makroökonomischen Indizes werden in der *Tabelle 10* dargestellt. Im Vergleich zu 1994 fielen 1995 das Defizit der Zahlungsbilanz und das Haushaltsdefizit in Prozent des BIP um 4% bzw. 3,4%. In Ungarn hat offensichtlich eine exportgetriebene Anpassung stattgefunden: Das Sinken des Endverbrauchs ging mit einer bedeutenden Erweiterung der Exporte einher, was etwas Wachstum in der Aggregatnachfrage ermöglichte. So wurde eine Außenwirtschafts- und Schuldenkrise vermieden, ohne eine Rezession auszulösen; tatsächlich wuchs das BIP 1995 um 1,5%. Jedoch mußte das Land hierfür einen hohen Preis zahlen: Die Inflation beschleunigte sich um etwa 10%, und die Reallöhne fielen um 12,2%. Vgl. meine Arbeit (1996).

³¹ Was das Stabilisierungsprogramm des 12. März so dringend machte, waren die großen Gefahren, die Ungarn auf den internationalen Finanzmärkten drohten. Insofern als das Programm eine Kreditkrise und ihre katastrophalen Nebenwirkungen vermied, erntet die heutige Generation natürlich bereits seine Früchte. Dieses Konsumopfer verhindert die Gefahren eines viel tieferen Absturzes des Verbrauchs.

Tabelle 10
 Makroökonomische Indizes für Ungarn, 1993-95

Indizes	1993	1994	1995
BIP (jährliche Wachstumsrate i.v.H.)	-0,6	2,9	1,5 ^a
BIP pro Kopf ^b (US \$)	3.745	4.061	4.300
Konsum der Haushalte ^c (jährlicher Anstieg i.v.H.)	1,3	-0,4	-5,7 ^a
Bruttokapitalinvestitionen (jährliche Wachstumsrate i.v.H.)	2,0	12,5	1,2 ^a
Exporte ^d (jährliche Volumenindizes)	-13,1	16,6	8,1
Importe ^d (jährliche Volumenindizes)	20,9	14,5	-4,0
Handelsbilanz ^e (Mio. US \$)	-3.247	-3.635	-2.442
Zahlungsbilanz (Mio. US \$)	-3.455	-3.911	-2.480
Nettoschulden in konvertibler Währung ^f (Mio. US \$)	14.927	18.936	16.817
Reserven an konvertibler Währung ^f (i.v.H. der jährlichen Importe, die Teil der Zahlungsbilanz sind)	59,4	60,2	79,0
Arbeitslosenquote ^g (i.v.H.)	12,1	10,4	10,4
Beschäftigung ^h (Erwerbstätige i.v.H. der Bevölkerung)	42,2	40,2	39,5
Bilanz des allgemeinen Staatshaushalts ⁱ (i.v.H. des BIP)	-5,2	-7,4	-4,0
Inflation (jährliche Verbraucherpreisindizes)	22,5	18,8	28,2
Bruttodurchschnittseinkommen ^j (jährliche Wachstumsrate i.v.H.)	22,0	24,7	16,8
Nettodurchschnittseinkommen ^j (jährliche Wachstumsrate i.v.H.)	17,9	27,1	12,6
Reallohn pro Lohnverdiener (jährliche Wachstumsrate i.v.H.)	-3,8	7,0	-12,2

Quellen: Zeilen 1, 3 und 4: 1993-1994: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1996c), 1995: Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1996a), und direkte Information des Zentralen Statistischen Amtes; Zeile 2: Zentrales Statistisches Amt (1996a); Zeilen 5 und 6: 1993-1994: Zentrales Statistisches Amt (1995c, S. 253), 1995: Berechnung der Ungarischen Nationalbank auf der Grundlage von Daten des Zentralen Statistischen Amtes; Zeilen 7 und 8: 1993: Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1995a, S. 109), 1994-1995: Zentrales Statistisches Amt (1996b, S. 41); Zeile 9: 1993: Magyar Nemzeti Bank (1995a, S. 111), 1994-1995: Zentrales Statistisches Amt (1996b, S. 41); Zeile 10: Berechnung der Ungarischen Nationalbank; Zeile 11: Magyar Nemzeti Bank (1996a, S. 57); Zeile 12: Zentrales Statistisches Amt (1995d, S. 4-5); Zeile 13: Magyar Nemzeti Bank (1996c); Zeile 14: 1993-1994: Zentrales Statistisches Amt (1995c, S. 286); 1995: Zentrales Statistisches Amt (1996b, S. 37); Zeilen 15 und 16: 1993-1994: Zentrales Statistisches Amt (1995e), 1995: Zentrales Statistisches Amt (1996b, S. 38); Zeile 17: 1993-1994: Zentrales Statistisches Amt (1996d), 1995: Pénzügyminisztérium (Finanzministerium) (1996, Tabelle 14).

Anmerkungen: ^a Vorläufige Daten. ^b Aus Ungarischen Forint mit dem jährlichen Durchschnittssatz des offiziellen, kommerziellen Wechselkurses umgerechnet. ^c Tatsächlicher Endverbrauch des BIP durch die privaten Haushalte. ^d Die Export- und Importdaten beruhen auf Zollstatistiken. Die Importdaten für das Jahr 1993 enthalten Waffenimporte aus Rußland als Rückzahlung früherer Schulden. ^e Mit dem Handel zusammenhängende Zahlungen der Zahlungsbilanz. ^f 31. Dezember. ^g Gemeldete Arbeitslose am Jahresende i.v.H. der aktiven Bevölkerung (bestehend aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen) des letzten Jahres. ^h 1. Januar. ⁱ Für detailliertere Fiskaldaten und Erklärungen vgl. meine Arbeit (1996, Tabelle 4). ^j Bruttodurchschnittseinkommen von Vollzeitbeschäftigten. 1993-1994: Die Indizes wurden auf der Grundlage der Daten von Organisationen mit mehr als 20 Arbeitnehmern berechnet. 1995: Die Indizes wurden auf der Grundlage der Daten von Organisationen mit mehr als 10 Arbeitnehmern berechnet.

2) Die paternalistischen Wohlfahrtstransfers des Staates und die Wohlfahrtsansprüche der Bevölkerung waren bis zum 12. März 1995 tabu. Es gab keine politische Kraft, die bereit gewesen wäre, eine wohlspezifizierte Verringerung dieser Leistungen zu empfehlen. Nun hat eine Wende stattgefunden. Es ist gezeigt worden, daß es nicht nur möglich ist, Leistungen zu erweisen, sondern auch, sie rückgängig zu machen. Seit der Verkündung des Stabilisierungsprogramms ist die Frage der Reform des Wohlfahrtsstaates in den Vordergrund der politischen Debatten und intellektuellen Diskussionen getreten. Darüber hinaus sind die ersten Schritte zur Reduzierung von Sozialleistungsansprüchen ergriffen worden; so wurde z.B. für den Hochschulbesuch eine Studiengebühr eingeführt, das Bedarfsprinzip wurde bei der Verteilung gewisser Wohlfahrtsleistungen ausschlaggebend usw.

3) Im starken Gegensatz zum Gradualismus, dem Zögern und der für vergangene Jahrzehnte charakteristischen flickwerkartigen Politik, wurde ein Maßnahmenpaket mit traumatischen Auswirkungen auf dramatisch plötzliche Art und Weise eingeführt. Es stimmt, daß dies ein weit weniger umfassendes Programm ist, als die vorangegangene Schocktherapie in Polen, der Tschechischen Republik oder Rußland, aber dies ist teilweise durch die unterschiedliche Situation, die in Ungarn 1995 herrschte, gerechtfertigt. Jedoch bleibt ein Maß an Ähnlichkeit bestehen: der Bruch mit der Kontinuität, die plötzliche Wende und das Trauma.

4) Das Stabilisierungspaket hat die politische Ruhe zu einem sofortigen Ende gebracht. Niemand hätte glauben können, daß die Maßnahmen des 12. März einen Konsens hinter sich haben würden. Im Gegenteil sind sie bei der weitesten Vielfalt an Interessengruppen und politischen Kräften bestenfalls auf Zweifel und Kritik und schlimmstenfalls auf vehemente Proteste gestoßen.

Warum hat die Regierung, die im Juli 1994 ihr Amt antrat, neun Monate lang gezögert?³² Die Antwort macht es notwendig, sich an die Ergebnisse der letzten allgemeinen Wahlen in Ungarn im Mai 1994 zu besinnen und die folgende Frage zu stellen: Wer stimmte für die siegreiche Sozialistische Partei und aus welchen Gründen?³³ Warum erlitt die Koalition, die vier Jahre zuvor eine große parlamentarische Mehrheit errungen hatte, eine schwere Wahlniederlage? Lassen Sie mich einige der Faktoren aufzeigen. Eines der Motive hatte zweifellos einen negativen Charakter: ein Großteil der Wählerschaft wollte einfach *gegen* die regierende Koalition stimmen,

³² Vgl. Csaba Gombár (1995), László Kéri (1994) und László Lengyel (1995).

³³ Zum politischen und soziologischen Hintergrund der Wahl von 1994 vgl. Attila Ágh (1995), Ferenc Gázó und István Stumpf (1995) und Mihály Sükösd (1995).

und dies aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage. Dazu trug der arrogante Ton bei, den viele Regierungsmitglieder und führende Politiker anschlugen. Von den Sozialisten wurde erwartet, daß sie ein bescheideneres, ziemlich volksnahes Verhalten an den Tag legen würden. Viele der an der Macht befindlichen Politiker waren im Regieren Amateure. Von den Sozialisten wurde angesichts ihrer Erfahrung beim Verwalten des Staates und der Wirtschaft angenommen, daß sie es besser können würden.

Die Wählerschaft der Sozialistischen Partei war sehr vielfältig. Es gelang ihnen, die Unterstützung vieler Arbeitnehmer, hauptsächlich (wenn auch nicht ausschließlich) von Arbeitern zu gewinnen. Eine große Zahl von Rentnern stimmte für sie, ebenso viele Mitglieder der Intelligenzia, entweder aus sozialdemokratischer Überzeugung, oder weil sie von den nationalistischen, antisemitischen, pro-Horthy-Äußerungen unter der vorigen Regierung abgestoßen worden waren.³⁴ Ebenfalls unter den Anhängern der Sozialisten befanden sich viele Unternehmer und Manager, deren Übergehen aus der Parteinomenklatura in die Geschäftswelt der Marktwirtschaft vor nicht zu langer Zeit stattgefunden hatte, so daß sie ihre Verbindungen mit ihrem alten Umgang aufrechterhalten hatten. Diese bei weitem nicht vollständige Liste zeigt, daß die Wählerschaft der Partei nicht nur miteinander im Einklang befindliche Gruppen einschloß, sondern daß auch starke Interessenkonflikte zwischen ihnen bestanden.

Die Sozialistische Partei hatte einen zweideutigen Wahlkampf geführt. Ihre professionellen Technokraten hatten offen versucht, den Wählern darzulegen, daß das Land sich in einer schwierigen Lage befand und daß mit Wundern nicht gerechnet werden konnte. Aber manche der Stellungnahmen der Parteisprecher gaben Anlaß zu der Annahme, daß die Sozialistische Partei eine schnelle Besserung der Lebensverhältnisse versprechen konnte. Noch wichtiger ist, ganz abgesehen davon, ob eine solche Besserung den Wählern versprochen wurde oder nicht, daß viele Menschen die Sozialistische Partei in der Hoffnung wählten, daß sie für sozialistische Ideale stehen würde. Es wurde erwartet, daß die Partei „links“ sein würde. Sie würde auf der Seite der Armen, nicht der Reichen stehen. Sie würde schon bald damit beginnen, die Lebensbedingungen der Arbeiter, der Bedürftigen und der Rentner zu verbessern. Die Menschen hofften, daß die Partei das System der paternalistischen Fürsorge verteidigen würde und vielleicht sogar Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit wiederherstel-

³⁴ Miklós Horthy war der Staatschef im rechtsgerichteten, ultrakonservativen Regime der Periode 1919-44.

len würde. Ähnliche Erwartungen in einigen anderen postsozialistischen Ländern haben aus kommunistischen Parteien entstandenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Wahlerfolge verschafft. Es ist um so verständlicher, daß dies im Fall Ungarns erwartet wurde, da der ungarische Reformsozialismus im Dienste der materiellen Wohlfahrt und der sozialen Sicherheit am weitesten gegangen war.

Nach den Wahlen ging die Sozialistische Partei eine Koalition mit der Allianz der Freien Demokraten ein, deren Geschichte bis zur Dissidentenbewegung der Zeit vor dem Systemwechsel zurückgeht. Es ist eine geschichtliche Ironie, daß die Opposition und ihre Nachfolger jetzt zusammen mit denen, die sie verfolgt hatten, im selben Kabinett waren und derselben Politik ihre Stimmen gaben. Die Freien Demokraten hatten in den letzten zwei Jahren nach einer radikalen Wiederherstellung des makroökonomischen Gleichgewichts gerufen, und sie sagten dasselbe auch im Wahlkampf. Sie verbargen die Tatsache nicht, daß das Land schwerwiegende Schwierigkeiten hat und daß einschränkende, Opfer verlangende Maßnahmen erforderlich sein werden. Ihre Ideen kommen hauptsächlich aus dem europäischen liberalen Denken, aber manche der Parteianhänger stehen auch sozialdemokratischen Prinzipien nicht ablehnend gegenüber.³⁵

Die Koalition der beiden Parteien hat 72% der Sitze im Abgeordnetenhaus. Das ist genug, die Regierungsvorschläge selbst dann durchzubringen, wenn die Gesetzgebung eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit erfordert. Wenn man sich nur das Sitzverhältnis anschaut, könnte man denken, daß die Koalitionsparteien sofort alles, worauf sie ihre Gedanken richten, durchsetzen könnten. Aber gerade dies, die fehlende Entschlußfreudigkeit der Regierung, mangelnde Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien und insbesondere innerhalb der sozialistischen Partei, verursachten in den neun Monaten nach der Wahl Probleme. Dies bringt uns zurück zur Frage der Stabilisierung.

Es wird aus dem Gesagten klar, daß die Sozialistische Partei kein Mandat ihrer Wähler hatte, ein Stabilisierungsprogramm strenger Einschränkung und Austerität einzuführen. Die meisten sozialistischen Politiker versuchten, die Aufgabe durch das ihnen in der Vergangenheit eingeprägte Routineverhalten zu vermeiden. Sie wagten es nicht, ihren Wählern gegenüberzutreten. Nicht nur war die Spaltung anläßlich mehrerer Diskussionen innerhalb der Sozialistischen Partei und Verhandlungen mit den Gewerkschaften offensichtlich,

³⁵ Über die 1994 gebildete Koalition vgl. János Kis (1994) und András Körösnéyi (1995).

sondern die Gegner eines radikalen Stabilisierungsprogramms schienen auch stärker zu sein als seine Anhänger. Monatelang war die Regierung von Zögerern, Mehrdeutigkeit und fast vollständiger Unfähigkeit, was grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik anging, gepeinigt.

Die Regierung entschied sich schließlich, nicht länger warten zu können. Sie mußte beginnen, die Rechnung für den Überkonsum durch vorangegangene Generationen zu bezahlen. Man möchte fragen, warum dies erst im März 1995 und warum gerade im März 1995 geschah? Warum versuchte die gegenwärtige Regierung nicht, die Politik des „Durchwurstelns“ weiter fortzusetzen? Ich weiß nicht, was hinter den Kulissen des politischen Prozesses vor sich ging, und daher kann ich nur einige Hypothesen skizzieren. Vielleicht hatten die beunruhigenden Wirtschaftsstatistiken eine ernüchternde Wirkung. Um nur eine von diesen zu erwähnen, Ungarns Zahlungsbilanzdefizit 1993 entsprach 9% des BIP; trotz Hoffnungen auf Besserung wuchs es 1994 auf 9,5% an. Vielleicht wurde der Alarm durch die mexikanischen Ereignisse verursacht. Die ungarische Situation ist sicherlich in vieler Hinsicht günstiger; so bestehen die Schulden z.B. hauptsächlich aus Krediten mit langer Laufzeit. Dennoch mag es wohl sein, daß der Anblick des Zusammenbruches der Finanzen eines Landes, das sich anscheinend entwickelte, den ungarischen Politikern Furcht einflößte. Schließlich war da ein anderer Faktor: die Beurteilung Ungarns durch das Ausland wurde immer negativer. Solange die ungarischen Wirtschaftsführer sich nur mit dem IWF stritten, hätte man dies als die gewöhnliche Art von Streit zwischen dem auf Strenge bestehenden IWF und einem kleinen, in Schwierigkeiten befindlichen Land betrachten können. Jedoch fingen die Verurteilungen in der internationalen Finanzpresse, in Analysen prestigereicher, die Kreditwürdigkeit beurteilender Institute und großer ausländischer Geschäftsbanken und in Gesprächen mit führenden Politikern anderer Länder sich zu häufen an. Ungarn, der „Musterschüler“ Osteuropas, bekam immer öfter ein schlechtes Zeugnis. Alle diese und vielleicht auch einige andere Faktoren veranlaßten die ungarische Führung zu einer plötzlichen Kehrtwendung und zu dem Entschluß, ein strenges und sehr unpopuläres Programm zu verkünden. Nach Jahrzehnten der Vermeidung von Konflikten nahm sie es auf sich, dem unvermeidlichen Ärger der Massen ins Gesicht zu sehen.

Nachdem sie ihren Kurs einmal gewählt hatte, folgte ihm die Regierung beinahe schlagartig. Sie legte die Erklärung vom 12. März nicht zunächst größeren Gremien der Sozialistischen Partei vor. Sie verlangte nicht zunächst nach ihrer Bestätigung durch die sozialistische Parlamentsfraktion

oder die mit der Partei sympathisierenden Gewerkschaften. Sie konsultierte nicht mit den sozialpolitischen Experten in der staatlichen Bürokratie. Durch das Beispiel früherer fruchtloser Verhandlungen abgeschreckt, versuchte die Regierung ihre Anhänger mit einem *fait accompli* zu konfrontieren.

Also was für eine Art Rückzugsgefecht kann für das Programm erwartet werden? In gewissem Maße kann es sich auf Gruppen technokratischer Experten verlassen, weiterhin auf einige Teile der liberalen, in der Öffentlichkeit einflußreichen Intelligenzia. Die Unternehmer stimmen mehr oder weniger, wenn auch mit Vorbehalten und Kritik, dem Programm zu, und man kann erwarten, daß sie es unterstützen, solange es den Weg zum Wachstum öffnet, von dem sie sich höhere und sicherere Verdienste erhoffen. Das Programm kann mit der Toleranz, wenn auch nicht mit der Unterstützung der Arbeitnehmer in Wachstumsbranchen und in Firmen und an Arbeitsstätten rechnen, die sich überschüssiger Arbeitskraft bereits entledigt haben, anders ausgedrückt, der Arbeitnehmer, die nicht das Gefühl haben, daß es ihre unmittelbaren Interessen beeinträchtigt. Wird dieser Grad der Unterstützung oder passiven Ertragens ausreichen?

Ein unbefangener Beobachter kann auf diese entscheidende Frage keine andere Antwort geben, als zu sagen, daß es unsicher ist. Die ersten paar Monate brachten einige ermunternde Anfangserfolge in den wichtigsten makroökonomischen Indizes: Das monatliche Haushaltsdefizit sank, nach einem anfänglichen Aufflammen der Preiserhöhungen verlangsamte sich die Inflation, und das monatliche Defizit der Zahlungsbilanz verringerte sich beträchtlich. Dieses sind jedoch die Art Anzeichen, die nur Wirtschaftswissenschaftler respektieren. Die Bevölkerung spürt sie in ihrem täglichen Leben nicht, während sie andererseits das Sinken der Reallöhne bereits schmerzt und sie verbittert über die Verminderung einiger unverteilter Leistungen ist. Die *politische und soziale* Reaktion auf das Programm durch weite Teile der Gesellschaft ist ablehnend. Die verschiedenen Berufsgruppen und repräsentativen Körperschaften protestieren eine nach der anderen. Das Programm wird von der Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments stark angegriffen, während es gleichzeitig viel Zwist und Kritik innerhalb der Hauptregierungspartei selbst gibt. Der Verfassungsgerichtshof hat mehrere wesentliche Bestandteile des Stabilisierungsgesetzes annulliert.

Die Kritik und der Protest wurden auf sehr viele Weise vorgebracht. Es gab die, die nur den Details seiner Verwirklichung und ganz besonders der Art seiner Verkündigung widersprachen. Sie waren nicht überzeugt, daß

das „Paket“ mit der nötigen Sorgfalt geschnürt worden war. Manche Leute dachten, daß die Entscheidungen über die Güterabwägungen falsch getroffen worden seien: Die Verringerung des Haushaltsdefizit um eine gewisse Menge Forint entschädigte nicht für die durch den Einschnitt ausgelösten Massenproteste. Viele waren verärgert, weil die Regierung es versäumte, geduldig und überzeugend zu erklären, warum die Maßnahmen notwendig sind. Die Einschränkungen wurden auf unsensible Art, ohne Mitleid mit den Verlierern bekanntgegeben. Es herrschte Verärgerung in den führenden Rängen der Sozialistischen Partei und innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie, die mit ihr durch viele Fäden verknüpft ist, weil diese gewichtigen Maßnahmen fast in staatsstreichartiger Form ergriffen wurden, obgleich sie ein Recht auf vorherige Konsultation beanspruchen.

Die Frage bleibt bestehen: Wäre die Ablehnung so intensiv gewesen, wenn die Fehler im Detail und in der Kommunikation mit der Bevölkerung vermieden worden wären, jedoch das Wesentliche, die Restriktion und der Beginn der Zurückstutzung der paternalistischen Wohlfahrtsausgaben geblieben wäre? Die Antwort auf diese Frage ist um so entscheidend wichtiger, weil das Land sich immer noch am Anfang des Programms befindet. Das Lösen makroökonomischer Spannungen, die sich über zwanzig oder dreißig Jahre hinweg aufgebaut haben, ist keine Arbeit, die durch eine einzige energische Aktion einiger Monate getan werden kann. Die Korrektur der tieferen Mißverhältnisse, die der ständigen Reproduktion von Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefiziten zugrundeliegen, die Verringerung der Schulden, die andauernde und wesentliche Verlangsamung der Inflation und der Ansatz zu einer umfassenden Reform des Wohlfahrtssektors – dies sind Aufgaben, die Jahre in Anspruch nehmen werden und des öfteren Opfer von vielen Menschen verlangen werden.

Die Atmosphäre hat sich beruhigt und die Menschen sind dabei, sich an die neue Situation zu gewöhnen. Könnte ein großer Teil der Gesellschaft allmählich die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Maßnahmen einsehen oder sich zumindest ohne große Proteste in sie fügen? Oder wird der Protest der Massen stärker werden und zu umfassenden, lang andauernden Streikbewegungen und großen Straßendemonstrationen führen und so die wirtschaftlichen Ergebnisse der Stabilisierung untergraben? Diese Fragen beschließen meine anfänglichen Kommentare zum politischen Hintergrund des Stabilisierungsprogramms. Ich komme auf diese Fragen im letzten Kapitel der Arbeit zurück.

*IV. Graduelle Umgestaltung
der Eigentumsverhältnisse und Institutionen*

Die Reform der Eigentumsbeziehungen und Institutionen der ungarischen Wirtschaft begann in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, nach der Entspannung in den politischen und ideologischen Sphären. Betrachten wir nochmals die *Tabelle 1*. Die Vorbereitungen für die ersten Reformmaßnahmen nahmen mehrere Jahre in Anspruch. Am 1. Januar 1968 wurde ein Meilenstein erreicht, als die klassische Befehlswirtschaft plötzlich endete und eine merkwürdige Mischform des Wirtschaftens begann.³⁶

Dies war der einzige plötzliche „Sprung“ in der Geschichte der ungarischen Wirtschaftsreform. Seither hat die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und Institutionen stets auf allmähliche Weise, in einer Folge kleiner Schritte stattgefunden. Die langsame Wirtschaftsreform hatte zweiundzwanzig Jahre lang Fortschritte gemacht, als die stürmische politische Wende der Jahre 1989-90 stattfand. Dies beendete jedoch den Gradualismus der Umgestaltung auf dem Gebiet der Eigentumsbeziehungen und Institutionen nicht, obgleich sich die Veränderungen bedeutend beschleunigten.

Wenn man sich an diesen politischen Wendepunkt erinnert, kann der Verlauf der institutionellen Veränderung in der Wirtschaft in zwei Phasen geteilt werden: eine langsame und weniger radikale „reformsozialistische“ Phase (1968-89) und eine schnellere, radikalere „postsozialistische“ Phase, die immer noch andauert.³⁷ Die Grenzlinie zwischen den politischen Perioden brachte jedoch keine plötzliche, dramatische Veränderung der institutionellen Struktur der ungarischen Wirtschaft.

³⁶ Dies fand in allen anderen sozialistischen Ländern mit Ausnahme Jugoslawiens erst sehr viel später statt.

³⁷ Wie viele andere Autoren mache ich in früheren Arbeiten einen terminologischen Unterschied zwischen diesen beiden Abschnitten, insbesondere in meinem Buch (1992b, 1995). Den ersten nenne ich eine „Reform“ (da er darauf abzielte, das sozialistische System zu verändern) und den zweiten einen „postsozialistischen Übergang“. Ich muß jedoch zugeben, daß im alltäglichen politischen und beruflichen Sprachgebrauch die Veränderungen seit 1990 ebenfalls Reform genannt werden.

A. Historische Bedingungen und politischer Hintergrund

Zu Beginn des postsozialistischen Übergangs brach eine Debatte über die wünschenswerte Geschwindigkeit der Umgestaltung aus.³⁸ Zwei extreme Positionen kamen auf. Eine wurde zuerst und am folgerichtigsten durch Jeffrey Sachs vertreten,³⁹ der der Auffassung war, daß der größte Teil der Umgestaltung über einen sehr kurzen Zeitraum hinweg verwirklicht werden sollte. Er selbst borgte für das von ihm empfohlene Programm von der Psychiatrie den Ausdruck „Schocktherapie“, aber der aus der Kosmologie bekannte Begriff „Urknall“ breitete sich ebenfalls aus.⁴⁰ In den frühen Stadien der Debatte war der herausragendste Vertreter der entgegengesetzten Position Peter Murrell, der argumentierte, daß die Umgestaltung schrittweise, auf evolutionäre Weise stattfinden würde und dem auch so sein solle.⁴¹ Dieses Programm wird in der Literatur zu diesem Thema gewöhnlich „Gradualismus“ genannt.

Die Debatte zu jener Zeit betraf sowohl die Geschwindigkeit, mit der die geerbten makroökonomischen Ungleichgewichte als auch die Geschwindigkeit, mit der die Eigentumsrechte und Institutionen umzugestaltet seien. Da die erstere im vorigen Kapitel besprochen worden ist, wird sich die Debatte hier auf die zweite beschränken.

Einige Teilnehmer an der Debatte der damaligen Zeit erklärten sich zu Befürwortern des einen oder anderen der „reinen“ Programme. Andere nahmen dazwischenliegende Haltungen an. Unterschiedliche Geschwindigkeiten wurden für die verschiedenen Dimensionen der Umgestaltung vor-

³⁸ Die Diskussion beschränkte sich zu Beginn fast ausschließlich auf die normative Ebene: Vorschlag gegen Vorschlag. Später kamen die ersten theoretischen Modelle. Eine Übersicht über die Diskussion erscheint in Norbert Funke (1993). Unter den Teilnehmern an der Debatte Anfang der neunziger Jahre, deren Anschauungen er zusammenfaßt, sind R. Dornbusch, S. Fischer, A. Gelb, C. Gray, M. Hinds, D. Lipton, R. McKinnon, D. Nuti, G. Roland, J. Sachs und H. Siebert. Zu einer Übersicht der politökonomischen Argumente in der Diskussion vgl. Gérard Roland (1994a). Einige Beispiele theoretischer Modelle sind Philippe Aghion und Olivier Jean Blanchard (1993), Michel Dewatripont und Gérard Roland (1992) und Peter Murrell und Yijiang Wang (1993).

³⁹ Jeffrey Sachs (1990, 1993) und David Lipton und Jeffrey Sachs (1990a).

⁴⁰ Jozef M. van Brabants (1993) Arbeit erklärt überzeugend, wie wenig zutreffend diese allgemein üblichen Ausdrücke sind.

⁴¹ Vgl. Peter Murrell (1990a und b). Eine der intellektuellen Quellen des Arguments war die konservative Philosophie (v.a. Edmund Burke [1790] 1982) sowie die anderen evolutionären Theorien in den Wirtschaftswissenschaften (vgl. z.B. Richard R. Nelson und Sidney Winter 1982).

geschlagen,⁴² oder die Wahl des Zeitplans wurde von den verschiedenen spezifischen Umständen abhängig gemacht.⁴³

Vier bis fünf Jahre sind seit dem Beginn des postsozialistischen Übergangs vergangen. Die Erfahrung zeigt schon, daß die Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen und Institutionen in den verschiedenen Ländern der Region mit verschiedener Geschwindigkeit stattgefunden hat.⁴⁴ Der ungarische Weg der Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen und des Aufbaus marktwirtschaftlicher Institutionen kann auf verschiedene Weise beschrieben werden: organische Entwicklung, vorsichtiger, gemäßigter, bedächtiger Fortschritt oder ein durch häufiges Zögern und Protest unterbrochenes Humpeln auf die Marktwirtschaft zu. Es ist fraglich, welche Beschreibung am besten zutrifft (alle tun es in einem gewissen Maße), aber niemand könnte je behaupten, Ungarn habe einen *Sprung* in Richtung Marktwirtschaft unternommen.

Es besteht die Versuchung, die Unterschiede zwischen Ländern unterschiedlichen Philosophien der führenden Persönlichkeiten oder vielleicht führenden Gruppen aus einigen Menschen oder sogar den Schulen, zu denen die Ratgeber, deren Vorschläge angenommen wurden, gehörten, zuzuschreiben. Diese spielen sicherlich eine Rolle. Ich neige jedoch dem Gedanken zu, daß die wichtigsten Einflüsse die verschiedenen geschichtlichen Vorgaben und die politischen Machtstrukturen, die Gesellschaftsstruktur und die öffentliche Meinung, mit anderen Worten Faktoren waren, die die Auswahl der politischen Führer zwischen alternativen Vorgehensweisen einschränkten und beeinflussten. Bevor ich auf mehr praktische Details der ungarische Umgestaltung eingehe, lassen Sie mich etwas zu diesen geschichtlichen und politischen Faktoren sagen. Wiederum beabsichtige ich nicht, eine vollständige Analyse anzubieten, sondern einfach einige der vielen Faktoren herauszugreifen.

Die „Reform des Wirtschaftsmechanismus“, der in den sechziger Jahren begonnene graduelle Prozeß der Umgestaltung der ungarischen Eigentumsverhältnisse und wirtschaftlichen Institutionen, war Teil der Reaktion der führenden politischen Schicht und der ganzen Gesellschaft auf das Trauma von 1956. Vielleicht konnten nur die blindesten Parteikader glauben, daß

⁴² Ich würde dieser Kategorie meine erste Arbeit zum Thema des postsozialistischen Übergangs (János Kornai [1989] 1990) zuordnen, in der ich eine schnelle Umgestaltung für die Makrostabilisierung und Liberalisierung und eine graduelle Umgestaltung für die Privatisierung und die anderen Aspekte der sozialen Umgestaltung befürwortete.

⁴³ Vgl. z.B. Gérard Roland (1994b).

⁴⁴ Vgl. z.B. Jozef M. van Brabant (1993), Richard Portes (1994) und Dariusz Rosati (1994).

die Menschen 1956 nur durch die Aufstachelung der Konterrevolutionäre zum Aufstand getrieben worden waren. Viele zur regierenden Elite der damaligen Zeit Gehörenden waren, als sie sich anschickten, das sozialistische System wiederherzustellen, in diesem Glauben erschüttert. Dies war der intellektuelle Boden, in dem es der Idee einer marktsozialistischen Reform zu keimen gelang. Bis hin zum Zusammenbruch des Systems 1990 führte diese Art Denken zu der Suche nach irgendeinem annehmbaren Hybriden. Die Funktionäre wollten die Markt koordinierung (oder einen Teil derselben) und vielleicht etwas von den Eigentumsverhältnissen (solange dies in kleinem Ausmaße stattfand) vom Kapitalismus übernehmen, aber ohne ihre Macht aufzugeben. Letzteres zog die Aufrechterhaltung der politischen und militärischen Allianz mit der Sowjetunion, Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei, Vorherrschaft des Staates in der wirtschaftlichen Kontrolle und staatliches Eigentum der Unternehmen nach sich. Ein extremistischer Typ zäher Stalinisten verblieb in der führenden politischen und wirtschaftlichen Schicht, selbst wenn er nach 1956 seltener wurde und der Zahl nach ständig sank. Die überwiegende Mehrheit der Elite offenbarte Zweideutigkeit oder, man könnte sagen, politische Schizophrenie. Einerseits wollte sie das kommunistische System retten, mit dem die Kader durch Überzeugung und Eigeninteresse verknüpft waren. Andererseits merkten sie, daß das System verändert werden mußte. Also fand die Erosion des politischen Unterbaus des Systems zunächst einmal in den Köpfen dieser Menschen statt, indem immer mehr von ihnen die ursprüngliche, klassische kommunistische Anschauung zu immer weiteren Themen zugunsten der Reformideen aufgaben.

Ein Beitrag zur Formulierung dieser Idee wurde durch eine halb überlegte, halb ungewollte Veränderung der weltpolitischen Orientierung geleistet. Obwohl die Parteifunktionäre wußten, daß sie durch die Militärmacht der Sowjetunion zurück an die Macht gebracht worden waren, kamen in vielen von ihnen antisowjetische Gedanken auf. Sie blickten auf die primitive Natur des sowjetischen Systems herunter und fühlten sich durch seine Barbarei befremdet. Parallel zu den inneren Reformen öffnete sich das Land Schritt für Schritt westlichen Einflüssen. Sowohl die Bevölkerung als auch die *Nomenklatura* begannen zu reisen. Sie hätten gerne die Effizienz und den Reichtum, den sie im Westen sahen, mit dem östlichen System, auf dem ihre Macht beruhte, vermählt.

Diese seltsame Erosion des alten Glaubens ist der Hauptgrund dafür, daß die Veränderung früh begann und graduell, in vielen kleinen Schritten stattfand. Die nachdenklicheren Reformer stellten präzise Vorschläge vor.

Anfangs mußten diese gemäßigt sein. Später wurde die Opposition schwächer, und radikalere Vorschläge konnten ebenfalls verwirklicht werden. Viele Veränderungen traten spontan anstatt auf Anordnung der Regierung auf.

Es gibt eine weitere Dimension, in der die Reform mit der Reaktion auf 1956 zusammenhing. Die Revolution war in Form eines politischen, nicht als wirtschaftlicher Protest ausgebrochen. Die politische Führung nach 1956 begrüßte Entwicklungen, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, insbesondere der Intelligenzia, von der Politik ablenkten. Ein gutes Substitut für politische Aktivität war, daß sich Wirtschaftswissenschaftler, Rechtsanwälte, Ingenieure, Staatsbeamte und Manager den Kopf über die Reformen zerbrachen und enthusiastisch für ihre Einführung kämpften. Es war sogar noch besser, wenn die Intelligenzia und andere gesellschaftliche Gruppen sich mit der Frage beschäftigten, wie sie durch Mehrarbeit in der ersten Wirtschaft und verschiedene Arten der halblegalen, aber tolerierten Tätigkeit in der zweiten Wirtschaft mehr Geld verdienen könnten. Dies war wahrscheinlich der Hauptmechanismus zur Entschärfung von Spannungen, da es die Energien der aktivsten Teile der Gesellschaft fesselte.

Inmitten aller dieser Veränderungen änderten viele Leute auch ihren persönlichen Kurs. Innerhalb der alten sozialistischen Gesellschaft nahm eine andere eine kapitalistische Gestalt an. Viele Menschen begannen teilweise oder gänzlich zu einer mit der neuen Gesellschaft übereinstimmenden Position überzuwechseln. Dieser Impuls mag aus einer Veränderung im Denken des einzelnen oder aus den Reizen einer unternehmerischen Lebensweise entspringen sein. Es bestand eine weitgespannte Verteilung mit Hinblick darauf, wer und wann seine Karriere zu wechseln begann, und darin, wann die Veränderung abgeschlossen war, was bedeutete, daß für die Elite als Ganze ein ständiger, gradueller Übergang stattfand.

Als dann 1990 die politische Liberalisierung kam, war vieles für die Entwicklung einer Marktwirtschaft schon halb vorbereitet. *Tabelle 11* zeigt, daß in Ungarn vor 1990 Veränderungen stattgefunden hatten, die in den meisten Ländern der Region nach 1990 vorgenommen werden mußten. Und was vielleicht noch wichtiger ist, viel mehr Ungarn hatten, in den „marktsozialistischen“ staatseigenen Betrieben, im Privatsektor oder in der grauen Wirtschaft oder möglicherweise durch Studium oder Arbeit im Ausland, Erfahrungen gesammelt, wie ein Markt funktioniert.

Nach der politischen Erneuerung beschleunigte die Umgestaltung sich beträchtlich. Die ideologischen Barrieren fielen, und es bestand keine Not-

Tabelle 11
Chronologie der Reformmaßnahmen bis 1990

Reformmaßnahmen	Ungarn	Polen	Tschechoslowakei ^a
Abschaffung des Zwangsablieferungssystems in der Landwirtschaft	1956	1971	1960
Abschaffung der verbindlichen Planauflagen	1968	1982	1990
Abschaffung der zentral festgesetzten Materialquoten	1968	1991	1991
Erste Schritte in der Preisliberalisierung	1968 ^b	1957, 1975 ^c	1991
Einheitliche Wechselkurse	1981	1990	1991
Eintritt in IWF und Weltbank	1982	1986	1990
Beträchtliche Freiheit für Unternehmertum und Gründung privater Unternehmen	1982	keine Einschränkungen	1991
Bankrottgesetzgebung	1986 ^d	1983 ^e	1991, 1992
Zweistufiges Banksystem	1987	1988	1990
Personengebundenes Einkommensteuersystem	1988	1992	1993
Mehrwertsteuersystem	1988	1993	1991
Gesetzgebung über inkorporierte Gesellschaften	1989	1990	1991
Außenhandelsliberalisierung	1989	1990	1991
System der Arbeitslosenunterstützung	1989	1990	1991

Anmerkungen: ^a Reformmaßnahmen des „Prager Frühlings“, die während der Restauration unter Husák zurückgenommen wurden, werden in der Tabelle nicht gezeigt. ^b Zum Beispiel wurden 58% der industriellen Produzentenpreisen zu Marktpreisen, und Marktpreise wurden auf 21% der Ausgaben für Konsumgüter 1968 angewendet. ^c Schrittweise Liberalisierung nach 1957, mit einem Hochpunkt 1975, als 40-50% der Preise freigegeben wurden. ^d Das erste Bankrottgesetz wurde nicht angewendet; ein neues Gesetz wurde im Oktober 1991 verabschiedet. ^e Dieses Gesetz wurde nicht durchgesetzt; obwohl es 1988 verschärft wurde, machten sehr wenige Firmen Bankrott.

wendigkeit mehr, wenn Privateigentum oder Kapitalismus erörtert wurden, zu beschönigen, oder privates Eigentum an Produktivvermögen zu verbergen. Die Leute wurden geradezu dazu angehalten, Unternehmer und Eigentümer zu werden, und die Verabschiedung von marktwirtschaftskonformer Gesetzgebung wurde im neuen demokratischen Parlament enorm forciert. Jedoch erzeugte diese ungeheure Beschleunigung immer noch keinen „Sprung“, insbesondere deswegen, weil auf diesem Gebiet keine Sprünge gemacht werden können. Beschränkungen werden der „Kapazität“ der entwerfenden und Gesetze erlassenden Organisationen auferlegt. Es nimmt Zeit in Anspruch, alte Organisationen abzuschaffen und neue einzuführen. Selbst der viel gewaltsamere kommunistische Systemwechsel hatte dazu Jahre gebraucht. Darüber hinaus ruft die Abschaffung einer jeden Organisation und Machtposition die Opposition derer hervor, die durch Privilegien an sie gebunden sind, was wiederum den Prozeß verlangsamt.

In dieser Hinsicht stützt die ungarische Umgestaltung das gradualistische Prinzip, daß ein kohärentes System von Institutionen und Sitten nicht auf einen Schlag umgestaltet werden kann. Wenn die „halbfertige“ ungarische Marktwirtschaft Jahre gebraucht hat, um zu reifen und immer noch nicht vollständig entwickelt ist, muß das gleiche auch für die anderen Länder gelten, die ursprünglich nicht so weit gegangen waren wie Ungarn. Es gibt kein Land, dessen Erfahrung diese Hypothese widerlegen könnte.

Der „Gradualismus ungarischen Stils“ in der Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen und Institutionen war nicht ein Resultat eines umfassenden „Meisterplans“. Aber es wäre auch nicht korrekt, den Fortschritt der ungarischen Umgestaltung unkritisch als unvermeidlich und nur durch blinde Schicksalsmächte bestimmt zu sehen. Viele ihrer Aspekte hätten früher begonnen und früher vollendet werden sollen. Die Schuld für jedes Zögern und jeden Aufschub lastet auf denen, die den Prozeß verwalten und letztendlich auf der jeweiligen Regierung. Aber die Verzögerungsfaktoren, wie Schwanken der Führung, sachliche Inkompetenz, Mangel an Erfahrung, Nachgiebigkeit angesichts von Widerständen und natürlich die aus etablierten Interessengruppen verschiedener Art herrührende Opposition sind alle Teile der geschichtlichen Realität.

B. Privatisierung staatseigener Unternehmen⁴⁵

Durch die Abschaffung der verbindlichen Plandirektiven ging eines der grundlegenden Eigentumsrechte, das der Kontrolle, teilweise auf das Management des staatseigenen Unternehmens über. Die zentralen Behörden mischten sich nach 1968 immer noch auf viele indirekte Art und Weise in die Unternehmen ein. Und noch wichtiger war, daß Auswahl, Ernennung, Beförderung und Entlassung der Manager in der Hand des Parteistaats verblieben.⁴⁶ Aber die Manager wurden zu einer immer einflußreicheren Macht und fähig, ihre eigenen Eigentumsinteressen auch in der späteren, postsozialistischen Periode durchzusetzen.

Als die Privatisierung nach 1990 auf die Tagesordnung kam und neue Privatfirmen in großem Umfang entstanden, neigten mehr und mehr Stränge dazu, sich zu kombinieren und die soziologischen Gruppen der Manager staatseigener und privater Firmen und der Eigentümer unabhängiger Firmen und Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu verschmelzen. Eine Pforte von der Rolle des Managers zu der des Eigentümers öffnete sich. Letztendlich bilden diese Leute zusammengenommen die „Geschäfts-klasse“. Die frühere Armee der unterwürfigen Parteiveteranen, die Planvorgaben ausführten, ergibt allmählich Kandidaten für die heutige Geschäfts- und Managerschicht, der natürlich auch neue Leute beitreten. Diese Umgestaltung der führenden Schicht findet ohne größere Unterbrechungen über eine Periode von Jahrzehnten statt und beschleunigt sich in den neunziger Jahren. Eine gute Veranschaulichung des Prozesses geht aus der *Tabelle 12* hervor. Der Soziologe Iván Szélényi (1994) und seine Forscherkollegen haben das Ausmaß an Kontinuität in der Wirtschaftselite gezeigt, das trotz der stark antikommunistischen Rhetorik der Koalition, die 1990 die Macht ergriff, und trotz ihrer Versuche, ihre Parteianhänger in viele geschäftliche Stellungen einzuschleusen, herrschte.⁴⁷ Tatsächlich stammten die meisten ihrer eigenen Geschäftsleute ebenfalls aus der alten Wirtschaftselite.

⁴⁵ Platzmangel hindert mich daran, Entwicklungen der Eigentumsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu analysieren, obwohl sie im sozialistischen System eine wichtige Rolle spielen. Sie ähnelten denen in den staatseigenen Unternehmen sehr. Aus demselben Grund bespreche ich auch nicht die Privatisierung der Staatsgüter und der im Staats- oder örtlichen Eigentum befindlichen Wohnungen.

⁴⁶ Vgl. János Kornai (1986).

⁴⁷ Zur Elite in Ungarn vgl. auch Péter Kende (1994) und Erzsébet Szalai (1994). András Nagy (1994a) analysiert, wie die alte Parteielite sich in die neue hinein entwickelt hat.

Tabelle 12

Der Ursprung der neuen ungarischen Eliten
und der neuen Wirtschaftselite

Stellung im Jahre 1988	Alle neuen Eliten (1993)	Neue Wirtschaftselite (1993)
Nomenklatura	32,7	34,8
Andere hohe Beamte	47,5	54,7
Keine Position in der Elite	19,8	10,5

Quelle: Iván Szelényi (1994, S. 39).

Anmerkung: Auf der Grundlage von Interviews zur Lebensgeschichte mit Angehörigen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten im Jahre 1993. Stichproben: 783 (alle), 489 (wirtschaftliche).

Ungarn war im Jahre 1988 das erste sozialistische Land, das ein sogenanntes Gesellschaftsstatut verabschiedete, aufgrund dessen staatseigene Firmen zu kommerziellen werden und eine moderne Gesellschaftsform annehmen konnten. Die ersten Privatisierungen fanden vor 1990 statt, aber erst nach 1990 wurde die Privatisierung eines der hervorragenden Merkmale der Regierungspolitik. Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien stimmten darin überein, daß die Privatisierung grundsätzlich durch Verkauf auf dem Markt und nicht aufgrund kostenloser Verteilung stattfinden sollte,⁴⁸ und genau dies ist geschehen.⁴⁹

⁴⁸ Ich habe mich in meinem Buch ([1989] 1990) gegen die Idee einer Gratisverteilung ausgesprochen. Die meisten ungarischen Wirtschaftswissenschaftler stimmten mit mir überein, zumindest stillschweigend, und Vorschläge für freie Verteilung wurden nur sporadisch vorgebracht (vgl. z.B. István Siklaky, 1989). Obwohl sie für kurze Zeit, erst von einer Oppositionspartei und dann auch innerhalb der Regierung, angenommen wurde, wurde die Idee niemals glaubwürdig.

Andererseits empfahlen viele westliche Wirtschaftswissenschaftler, einschließlich so herausragender Autoren wie Milton Friedman und Harald Demsetz, schnelle, kostenlose Verteilung. Die Idee wurde von vielen Wirtschaftswissenschaftlern in mehreren postsozialistischen Ländern, insbesondere Polen, der Tschechoslowakei und Rußland, aufgegriffen.

⁴⁹ Zwei wichtige Ausnahmen müssen erwähnt werden. 1) Die unter vorangegangenen Regimen Enteigneten oder wegen ihrer politischen Überzeugungen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit oder ihres gesellschaftlichen Status Verfolgten sind in Form eines besonderen Gutscheins, der sie zu bescheidenen Anteilen am Staatseigentum gratis berechtigt, entschädigt worden. Die Einlösung dieser „Kompensationsgutscheine“ hat sich verzögert und ist noch lange nicht beendet. 2) Das Gesetz setzt fest, daß bestimmtes Staatseigentum kostenlos an das Sozialversicherungssystem überwiesen werden soll. Die teilweise Verwirk-

Also unterscheidet sich der ungarische Weg zur Privatisierung in seinen Vorankündigungen und Programmen und im tatsächlichen Verlauf der Ereignisse von dem anderer Länder, vor allem der Tschechischen Republik und Rußland, wo ein großer Teil des Staatseigentums den Bürgern oder den Managern und Arbeitnehmern der Firmen kostenlos überreicht wurde.⁵⁰

Lassen Sie mich einige Merkmale des ungarischen Privatisierungsprozesses herausgreifen.⁵¹

Viele Kommentatoren der Ereignisse in Osteuropa, Politiker, Journalisten und manchmal sogar Vertreter internationaler Finanzorganisationen haben sich auf eine einzige Zahl versteift: Welcher Prozentsatz des ursprünglichen Staatssektors ist „privatisiert“, d.h. zählt nicht mehr als staatseigen. Wenn man nur diesen Index betrachtet, war im Juli 1994 ungefähr die Hälfte des Sektors der Staatsunternehmen in Ungarn privatisiert worden (vgl. *Tabelle 13*).

Für ungefähr ein Jahr war unter der neuen Regierung kein weitergehender wesentlicher Fortschritt, der diesen zusammenfassenden Index hätte ändern können, gemacht worden.⁵² Ende 1995 beschleunigte sich dieser Prozeß jedoch auf spektakuläre Weise, als große Teile des Elektrizitäts-, Gas-, Ölsektors und der Telekommunikation privatisiert worden waren, hauptsächlich durch Verkauf an ausländische Investoren, und auch die Privatisierung des Banksektors am Ende 1995 an Antrieb gewonnen hatte. Die jetzige Regierung hat versprochen, die Privatisierung bis 1998 zu vollenden.

Diese Zahl an sich sagt jedoch wenig aus, da sie die wahren Eigentumsverhältnisse verzerren könnte und die Messung viele Probleme stellt. Ein privater Eigentümer mit nur 20-25% der Aktien kann in einer Aktiengesellschaft die dominierende Rolle spielen, wenn er im Vorstand den Ton angibt

lichung dieses Punktes hat kürzlich begonnen. Letztendlich haben diese Ausnahmen wenig Auswirkungen auf die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse gehabt.

⁵⁰ Zur tschechischen Privatisierung vgl. Vladimír Dlouhy und Jan Mládek (1994) und Föderales Finanzministerium (1992) und zu Rußland Maxim Boycko, Andrei Shleifer und Robert Vishny (1995), wobei diese Autoren Anhänger der freien Verteilung sind. Kritische Autoren, die nicht aktiv am In-die-Wege-Leiten oder an der Verwirklichung der Privatisierungskampagne teilhatten, waren Karla Brom und Mitchell Orenstein (1994), Pierre Hillion und S. David Young (1995) und David Stark und László Bruszt (1995) im tschechischen Fall und in der Analyse der russischen Situation Timothy N. Ash und Paul G. Hare (1994), Morris Bornstein (1994), Lynn D. Nelson und Irina Y. Kuzes (1994), Peter Rutland (1994) und Darrell Slider (1994).

⁵¹ Aus der Literatur zur Privatisierung in Ungarn würde ich Katalin Bossányi (1995), Iván Major und Péter Mihályi (1994), Péter Mihályi (1993,1994), Kálmán Mizsei (1992) und Éva Voszka (1992, 1993, 1994) hervorheben.

⁵² Vgl. Péter Mihályi (1995).

und der Verwalter des staatlichen Aktienpakets passiv bleibt. Andererseits kann sich überkreuzendes Eigentum bestehen; der Staat als solcher ist nicht

Tabelle 13

Ausmaß der Privatisierung in Ungarn, 30. Juni 1994

Methoden der Privatisierung oder Verringerung des staatlichen Vermögens	Buchwert i.v.H. des Staatsvermögens ^a
1. Gesamtvermögen der zu 100% verkauften Firmen	11,5
2. Gesamtwert des mehrheitlich von Privateigentümern gehaltenen Firmenvermögens	10,1
3. in privaten Händen befindliche Anteile an mehrheitlich staatseigenen Firmen	4,5
4. durch von der AVÜ ^b oder ÁV Rt. ^c verwaltete Unternehmen oder Gesellschaften und von diesen in neue Gesellschaften investierte Aktiva	4,4
5. Verkäufe kleineren Umfangs im Zuge der "Vorprivatisierung" ^d	0,9
6. Vermögen in Liquidation stehender Firmen ^e	15,8
1.-6. Grad der Privatisierung; das von der Privatisierung betroffene Vermögen der AVÜ und ÁV Rt	47,2

Quelle: Magyar Köztársaság Kormánya (Die Regierung der Republik Ungarn) (1994, S. 20).

Anmerkungen: ^aDer Buchwert des Staatsvermögens wurde 1990 auf der Grundlage mit der Weltbank abgestimmter Methoden festgestellt; sein Gesamtausmaß wurde damals auf 2.000 Mrd. Ungarische Forint festgesetzt. ^bAVÜ (Staatliche Eigentumsverwaltung). ^cÁV Rt. (Staatliche Vermögensverwaltung). ^dUnter dem Vorprivatisierungsgesetz von 1990 verkauftes Staatsvermögen (etwa 10.000 Einrichtungen, hauptsächlich gewerbliche Betriebe und Restaurants). ^eVermögen von in Liquidation befindlichen Firmen; dieses hat fast keine Privatisierungseinnahmen erbracht.

länger der Eigentümer der Firma, aber die staatliche Bank hat ein umfangreiches Aktienpaket und großen Einfluß.⁵³

⁵³ Aus offiziellen tschechischen Berichten geht hervor, daß der Anteil des Sektors früher staatseigener Unternehmen, die „privatisiert“ wurden, durch die Voucherprivatisierung auf ungefähr Zweidrittel gestiegen ist. Eine Mehrzahl der Anteile ist jedoch aus den Händen der ursprünglichen Couponbesitzer in die einiger weniger Investitionsfonds überge-

Die Hauptfrage ist nicht der Anteil des privatisierten Vermögens, sondern die Ergebnisse (die bleibenden, nicht die augenblicklichen), die eine Privatisierungsstrategie erbringt. Ich würde gerne in den Punkten 1) bis 6) dazu beitragen, dies durch die Beschreibung einiger ungarischer Erfahrungen zu erläutern.

1) *Rekombinantes Eigentum*; Vielfalt seiner Formen. Die Privatisierung in Ungarn wird oft mit Reorganisation und Restrukturierung in Verbindung gebracht. Viele Unternehmen spalten sich in kleinere auf. Manche davon gehen in privates und andere in gemischtes Eigentum über. Der Rest bleibt weiterhin staatlich, in manchen Fällen indirekt, indem die reorganisierte Firma das Eigentum anderer staatseigener Firmen oder Banken wird (sich überkreuzendes Eigentum). Die verschiedenartigsten Eigentumskonstellationen breiten sich im wahrsten Sinne aus; es findet, um David Starks zutreffenden Ausdruck zu benützen⁵⁴, eine Rekombination des Eigentums statt.

Die Privatisierung findet in verschiedenen rechtlichen und organisatorischen Formen, mit Hilfe einer Vielzahl von „Techniken“ statt. Die größten und wertvollsten Unternehmen werden durch die zentralen Behörden auf konkurrierende Angebote oder Auktionen hin verkauft. Für kleinere und mittelgroße Firmen bestehen mehrere vereinfachte Prozeduren zur Übertragung der Eigentumsrechte. Wo möglich werden Aktien gegen Bargeld verkauft, aber es existieren auch verschiedenartige Kreditschemata, von denen einige Marktzinssätze erfordern. Es gibt auch Kreditschemata mit Vorzugszinsen und Rückzahlungsbedingungen, die den Kauf durch inländische Unternehmen fördern sollen. Bei einigen Firmen werden alle oder wird die Mehrzahl der Aktien sofort verkauft, während sie bei anderen graduell, in kleinen Teilen angeboten werden. Es bestehen spezielle Prozeduren, um Auskäufe durch das Management oder die Arbeitnehmer zu erleichtern. Obwohl dies bis jetzt selten geschehen ist, gibt es Pläne, daß Investitionsfonds die Aktien mehrerer staatseigener Firmen übernehmen

gangen, und die großen staatseigenen Banken spielen unten den Eigentümern eine große Rolle (vgl. Richard Portes 1994, S. 1186-7 und die Arbeit von David Stark und László Bruszt 1995). Die meisten privatisierten Firmen sind bei den staatseigenen Banken hoch verschuldet. Also würde, wenn wirkliche Bankrottverfahren durchgesetzt würden, ein Großteil ihres Eigentums an den Staat zurückgehen. Die Frage ist, ob echtes Privateigentum herrscht, oder ob die erste Runde der Eigentumsverteilung einen nominellen Eigentumstitel an die privaten Bürger überträgt, die partiellen Eigentumsrechte des Staates jedoch auf indirekte Weise bestehen bleiben. Dies ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie oberflächlich es ist, den Stand der Privatisierung durch einen einzigen aggregierten Prozentsatz zu beschreiben.

⁵⁴ Vgl. David Stark (1994).

sollen, so daß Käufer in der Lage sein werden, gemischte Portefeuilles zu erstellen. Alle diese Formen sind durch Versuche und Fehlschläge, nicht aus einem vorweg angelegten, einheitlichen Plan oder durch zentrale Anleitung aufgekommen. Manchmal ist Rücksichtnahme auf die politische Popularität der Regierung der Grund für die Förderung oder Ablehnung des einen oder anderen gewesen.

Die ungarische Privatisierung (um Hayeks Begriff zu borgen) kann sicherlich nicht eines „konstruktivistischen“ Ansatzes angeklagt werden. Im Gegenteil, sie ist voller Improvisationen. Zuvor festgesetzte Bestimmungen können zurückgezogen werden, und eine Kampagne kann lanciert werden, um die Ereignisse zu beschleunigen, was nur zu erneuten Verzögerungen führt, und so weiter. Das Experimentieren schafft einerseits rechtliche Unsicherheiten und Verzug, verzögert den Privatisierungsprozeß und dämpft den Enthusiasmus der Käufer und Investoren. Andererseits erlaubt es, aus Fehlern zu lernen und neue Methoden auszuprobieren, und dies betrachten viele Menschen als einen der Hauptvorteile einer evolutionären Entwicklung.⁵⁵

Leider vergingen nach der Bildung der neuen Regierung 1994 viele Monate, bevor sie ihre Privatisierungsideen gesammelt und einen neuen Privatisierungsplan vorgelegt hatte, den das Parlament dann verabschiedete.

Der Privatisierungsprozeß ist eine merkwürdige Mischung aus zentralisierten und dezentralisierten, bürokratischen und Marktelementen. Riesige zentrale Bürokratien wurden geschaffen, und sie versuchen, durch wiederholte Kampagnen die Kontrolle über die Ereignisse an sich zu ziehen, oder zumindestens strenge Aufsicht über sie zu erhalten. Jedoch entgleitet sie ihnen immer wieder.

2) „Wegbröckeln“. In der Tat haben einige früher staatseigene Unternehmen in ihrer ursprünglichen Form einen negativen Marktwert, da sie nur mit Verlusten operieren können. Dieses „Staatseigentum“ negativen Wertes ist auf dem Wege der ungarischen Privatisierung „weggebröckelt“. Das Unternehmen wird durch ein Gerichtsverfahren abgewickelt, und nur sein materielles Vermögen wird verkauft. Oder ein Teil des tatsächlichen Handelswertes, insbesondere die immateriellen Teile desselben (wie guter Name, Erfahrung oder Produktionsroutine, Einkauf und Absatz) wird auf legale oder illegale Weise in private Firmen abgesogen. Beide Prozesse bilden wichtige Bestandteile der formellen und informellen Privatisierung des staatlichen Reichtums. Bei der Einschätzung des „Wegbröckelungsprozesses“

⁵⁵ Vgl. Peter Murrell (1992).

ses“ müssen zwei eng zusammenhängende Aspekte desselben unterschieden werden. Einer ist das Absinken des *realen* Vermögens. Etwas physisches Produktivkapital geht im Verlauf der Liquidation und des Eigentumswechsels unwiederbringlich verloren, und auch ein gewisser Anteil des intellektuellen Kapitals kann nicht mehr genutzt werden. Es gibt hierzu keine verlässlichen Schätzungen, aber sachverständige Beobachter sind sich einig, daß der Verlust an realem Vermögen sehr bedeutend ist. Er ist sehr viel allgemeiner und findet in viel größerem Maßstab statt als durch die Strukturveränderungen in der Wirtschaft unvermeidlich wären. Der andere, davon gänzlich trennbare Aspekt ist der *Vermögensverlust des Staats als Eigentümer*. Das Vermögen mag bestehen bleiben, aber der neue Privateigentümer hat dem Staat als dem alten Eigentümer keine hinreichende Entschädigung gegeben. Um es klar zu sagen, der Staat ist bestohlen worden, selbst wenn die neuen Eigentümer das Vermögen, das sie sich angeeignet haben, zu ihrem eigenen Gewinn gut nutzen. Ich werde auf diese Erscheinung zurückkommen und beschränke mich hier darauf anzumerken, daß der Prozeß des Wegbröckelns offensichtliche Möglichkeiten zur Verschwendung des Staatseigentums auf der Verkäufer- und für seinen legalen Diebstahl auf der Käuferseite bietet.⁵⁶

3) *Einkommen aus der Privatisierung*. Die Privatisierung hat bedeutende Haushaltseinnahmen erbracht, die sich Ende 1995 auf 7.427 Mio. US-\$ beliefen⁵⁷ (vgl. *Tabelle 14*). Dies ist ein bedeutender Vorteil der Verkaufsgegenüber der Gratisverteilungsstrategie, obwohl die Erlöse geringer als erhofft gewesen sind, da vieles durch die hohen Kosten der Privatisierung und der zentralen Behörden verloren ging. Nichtsdestoweniger stellt der Ertrag einen nicht unbedeutenden Zuschuß für einen Staat mit ernststen Haushaltsproblemen dar. Einige der wichtigsten Maßnahmen, einschließlich der Privatisierung der Elektrizitäts- und Gasproduktion und -verteilung und des Verkaufs von Petroleum- und Ölprodukten, erbrachten bedeutende Einnahmen.

Der wichtigste Vorteil sind jedoch nicht die „realen“ Haushaltseinnahmen, sondern die im nächsten Punkt beschriebenen günstigen Veränderungen.

4) *Wirkliche Eigentümer; Kapitalspritzen*. Da für das Vermögen des Staates Geld gezahlt werden muß, beinhaltet ein hoher Anteil der Fälle das sofortige Auftreten wirklicher Eigentümer (Personen oder Gesellschaften;

⁵⁶ Vgl. Katalin Bossányi (1995).

⁵⁷ Um einen Hinweis auf ihre Größe zu geben: sie übersteigen Ungarns gesamte Investitionen im Jahre 1994.

inländisch oder ausländisch), die tatsächliche Kontrolle über die Verwaltung ausüben. (In den vergleichsweise seltenen Fällen des Auskaufs durch das Management werden Leitung und Eigentümer dieselben.) Selbst wenn keine Aktienmehrheit erreicht wird, ist der Einfluß eines strategischen Investors viel größer als sein Anteil, in vielen Fällen sogar gegen einen Mehrheitsanteil des Staates. Die Gegenwart des neuen Eigentümers ist besonders dann spürbar, wenn volles Teileigentum auf eine ausländische Firma oder Person übergegangen ist.

Tabelle 14

Privatisierungseinnahmen, 1990-1995

Direkte Privatisierungseinnahmen durch Verkauf bestehenden Vermögens (Mio. US \$)

Quellen und Form der Einnahmen	1990-1993 (insg.)	1994	1995	1990-1995 (insg.)
Von ausländischen Kunden	1528	123	3.122	4.773
Von inländischen Kunden (bar)	609	228	195	1.031
Von inländischen Kunden (Kredite)	354	279	30	663
Kompensationsgutscheine	209	611	140	960
<i>Insgesamt</i>	<i>2.700</i>	<i>1.241</i>	<i>3.486</i>	<i>7.427</i>

Quelle: Staatliche Eigentumsverwaltung (ÁVÜ), Staatliche Vermögensverwaltung (ÁV Rt.) und Staatliche Privatisierungs- und Eigentumsverwaltung (ÁPV Rt.); Information durch Péter Milhályi.

Privatisierung durch Verkauf erzeugt günstige Bedingungen und starke Anreize zur Reorganisation und einen neuen effektiven Stil der Geschäftsleitung. Dies führt dazu, daß privatisierte ungarische Firmen die staatseigenen bald in ihrer Leistung übertreffen (vgl. *Tabelle 15*).

Viele staatseigene Firmen sind in einem heruntergekommenen Zustand und bedürfen sehr einer „Kapitalzuwendung“: der Investitionen, die sie zum Umstrukturieren brauchen. Eine Verpflichtung des Käufers, binnen Kürze neues Kapital zu investieren, erscheint oft in den Bestimmungen des

Investitionsversprechen oft eines der Auswahlkriterien neben dem gebotenen Preis. Selbst wenn dies im Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt wird, sind sich die Eigentümer normalerweise, wenn sie sie kaufen, darüber im klaren, daß die Firma entwickelt werden muß und gehen schnell an diese Aufgabe. Zahllose Beispiele hierfür haben sich in der ungarischen Praxis ereignet. Das ist einer der wichtigsten Vorzüge des Verkaufs gegenüber der freien Verteilung, die Eigentum an arme, investitionsunwillige Schlucker vergibt.

Tabelle 15

Bruttoprofitabilität privatisierter Gesellschaften 1992^a

Branche	Privatisierte Firmen	Durchschnitt in der Branche
Bergbau	1	-8
Metallurgie	-2	-12
Ingenieurwesen	2	-11
Nichtmetallische Erze	5	-1
Chemikalien	15	5
Textilien und Kleidungsstücke	9	-2
Holz, Papier und Druck	6	12
Nahrungs- und Genußmittel	7	-1
Andere Industrieerzeugnisse	-2	2
Bauwesen	8	3
Landwirtschaft	0	-4
Handel	8	1
Hotelgewerbe, Dienstleistungen	6	6
Transport, Lagerung	5	2

Quelle: Mária Vanicsek (1995).

Anmerkung: ^a Der angewendete Index der Bruttoprofitabilität ist: Bargeldstrom (Gewinn plus Abschreibungen) geteilt durch Gesamtvermögen.

5) *Die kürzere Seite; das Privatisierungsangebot.* Eines der oft gegen die Idee der Privatisierung durch Verkauf angeführten Argumente ist, daß die von der Bevölkerung angesammelten Ersparnisse zu gering seien, um den Reich-

tum des Staats zu erwerben. Es erschienen zu einer gewissen Zeit beunruhigende Berechnungen, die zeigten, wieviele Jahrzehnte es angesichts des niedrigen anfänglichen Ersparnissockels dauern würde, bis alle Vermögenswerte verkauft sein würden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies nicht der wirkliche Engpaß im Privatisierungsprozeß ist. Es gibt potentielle ausländische Käufer mit ausreichender Kaufkraft, und in der Zwischenzeit haben sich Ersparnisse in den Händen der ungarischen Unternehmer und der ungarischen Bevölkerung im allgemeinen angesammelt.

Das wirkliche Problem die ganze Zeit hindurch war, das Privatisierungsangebot attraktiver zu gestalten, und dies wird im Maße des Fortschritts der Privatisierung in Ungarn immer schwieriger. Die meisten der begehrten Angebotsposten sind vergeben, abgesehen von einigen absichtlich zurückbehaltenen großen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen. Viele der ausländischen Investoren haben sogar bis dato schon „green-field“-Investitionen in eine funkelneue Fabrik vorgezogen. Viele inländische Investoren ziehen es vor, für ihr Geld sichere, hochverzinsten ungarische Regierungsobligationen zu kaufen, es in einem Auslandswährungskonto bei einer ungarischen Bank anzulegen, illegal ins Ausland zu verschicken oder in eine neue gegründete ungarische Firma zu investieren, anstatt Aktien von zur Privatisierung anstehenden Firmen zu kaufen. Selbst wenn die günstigsten Kreditbedingungen und die besten Konzessionen, nahe an der Grenze zur Gratisverteilung, angeboten würden, wäre die Nachfrage nach den weniger attraktiven Unternehmen dünn. Dies weist darauf hin, daß die Lebensfähigkeit vieler staatseigener Unternehmen fragwürdig ist.

6) *Die Reinheit der Privatisierung.* Die Politik schmuggelt sich ständig in die Ereignisse ein. Jede politische Kraft, die Regierungsgewalt erreicht, ist auch eine Interessengemeinschaft, die darauf aus ist, ihrer Kundschaft gute Stellungen zu verschaffen. Darüber hinaus bestehen ähnliche Bestrebungen durch andere politische Strömungen und verschiedene Gruppen in der Bürokratie. In der ungarischen Gesellschaft, wie in jedem anderen lebenden Organismus, funktionieren Netzwerke verschiedener Art, deren Mitglieder sich bemühen, die Karrieren anderer zu fördern, weil sie sich davon Gegenleistungen erhoffen.⁵⁸

Die Eigentümer jeder neu privatisierten Firma und neue Privatfirmen sind froh, in ihren Vorständen sowohl Angehörige der alten *Nomenklatura*

⁵⁸ Vgl. David Stark (1990).

als auch der neuen führenden politischen Gruppierungen unterzubringen, da sie wissen, daß diese Personen wertvolle Beziehungen haben.

Es wird weithin angenommen, daß es im Laufe des Privatisierungsprozesses eine Menge Korruption gegeben hat. Das ist wahrscheinlich wahr, obwohl keine präzise Enthüllung eines einzigen Falles von Bestechung vorgenommen worden ist. Sicherlich hat der Verdacht der Korruption und Undurchsichtigkeit des Prozesses dazu beigetragen, die Privatisierung noch unpopulärer zu machen, und dies im Vergleich zu einem schon mittelmäßigen Ausgangspunkt.⁵⁹

Ich will, sogar rückblickend, nicht versuchen, eine einfache Ja- oder Nein-Anwort auf die Frage zu geben, ob Ungarns Privatisierungsstrategie im ganzen besser oder schlechter gewesen ist als andere Privatisierungsstrategien. Um zusammenzufassen, kann ich nur sagen, daß der in der ungarischen Privatisierung angewandte Gradualismus, im Sinne eines spontanen, sich wildwüchsig ausbreitenden, evolutionären Prozesses offensichtlich nützliche und ungünstige, attraktive und abstoßende Merkmale zeigt. Der Ausdruck „Gradualismus der Privatisierung ungarischen Stils“ enthält ein Quentchen Nationalstolz und mindestens genauso viel Selbstironie. Aber es scheint so, als würde die Strategie *funktionieren* und in absehbarer Zukunft auf die Privatisierung der Unternehmen hinauslaufen, die lebensfähig sind und die es sich nicht lohnt, im Staatseigentum zu belassen. Natürlich hätte der Prozeß schneller abgewickelt werden können, selbst wenn man annimmt, daß dieselbe allgemeine Strategie angewendet worden wäre, wenn die Verwaltung immer effektiv und fachmännisch gehandelt hätte und mehr auf dezentralisierte Mechanismen vertraut hätte. Selbst wenn diese Schwächen und die ihr entgegenstehenden Widerstände dazu führen, daß noch für einige Jahre der Privatisierungsprozeß weitergeht, hat die ungarische Privatisierung jedoch im Vergleich mit anderen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in der Weltgeschichte immer noch mit Blitzgeschwindigkeit stattgefunden.

⁵⁹ Einer Meinungsumfrage im Jahre 1994 zufolge dachten 50% der erwachsenen Bevölkerung, daß die Privatisierung beschleunigt werden oder mit derselben Geschwindigkeit weitergehen müsse, aber 50% meinten, sie sollte verlangsamt oder sogar eingestellt werden (György Lengyel 1994, S. 98).

C. Neue private Unternehmen

Wie viele andere Wirtschaftswissenschaftler war ich von Anfang an überzeugt, daß der Schlüssel zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse, zumindest in den kleineren Ländern Osteuropas, das Auftreten neuer Privatunternehmen war.⁶⁰ Diese Idee unterschied sich von denen jener, die ihre Aufmerksamkeit der Privatisierung der bis dahin staatseigenen Unternehmen widmen wollten. Ich argumentierte damals, daß selbst wenn die neuen Privatunternehmen für eine Zeitlang nur einen kleinen Anteil der Produktion stellen würden, ihre Vitalität sie zum wahren Motor der postsozialistischen Umgestaltung machen würde.

Eine bedeutende Entwicklung des ungarischen Privatsektors hatte vor dem Wechsel des politischen Systems begonnen (vgl. *Tabellen 16 und 17*). Ungarn war hierbei nicht allein, denn Ostdeutschland, Polen und Jugoslawien hatten auch große Privatsektoren, aber die ungarische Entwicklung war bis 1990 weiter gegangen als anderswo. Der Prozeß bewegte sich entlang zweier paralleler Wege.

Ein Weg ist die Entwicklung des legalen Privatsektors.⁶¹ Die rigiden antikapitalistischen Verbote des klassischen Stalinistischen Sozialismus wurden in der reformsozialistischen Periode langsam und wo möglich unmerklich abgeschwächt. Der Prozeß begann sich 1982 zu beschleunigen, als erlaubt wurde, verschiedene Formen privater Gesellschaften zu gründen und die Bedingungen für die Freiberuflichkeit ebenfalls günstiger wurden.

Nach 1990 fand ein großer Anstieg der Geschwindigkeit des Aufkommens privater Geschäfte statt (vgl. *Tabellen 16 und 17*).⁶² Dies brachte eine strukturelle Umgestaltung der Produktion mit sich. Die übermäßige Konzentration der Produktion verringerte sich; es entstanden Massen kleiner und mittelgroßer Firmen. Die relativen Anteile der Branchen änderten sich: Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung der Dienstleistungen nahm deren Gewicht zu.

Der andere Weg zur Entwicklung des Privatsektors geht über die Ausdehnung der legalen und illegalen Aktivität. Diese wurde vor dem politischen Wendepunkt von Befürwortern der Marktwirtschaft willkommen geheißen, da sie auf vielen Gebieten der einzig gangbare Pfad war, die durch

⁶⁰ János Kornai (1986, [1989] 1990, 1992a).

⁶¹ Vgl. István R. Gábor (1979, 1985), Teréz Laky (1984) und Anna Seleny (1993).

⁶² Der extrem schnelle Anstieg der Selbständigkeit hängt teilweise mit der leichteren Besteuerung dieses Sektors zusammen, die viel geringer ist als die der Löhne bezahlter Arbeitnehmer. [eingefügte Fußnote]

ideologische Vorurteile errichteten Schranken zu umgehen. Die „Schattenwirtschaft“ war eine Art Bewegung des zivilen Ungehorsams gegen die bürokratischen Beschränkungen. Das moralische und politische Ansehen der Grau- und Schwarzwirtschaft änderte sich nach 1990 zusehends. Sie konnte nicht weiterhin als eine akzeptable Protestbewegung, sondern mußte als Vermeiden bürgerlicher Pflichten, Steuer-, Zoll- und Sozialversicherungszahlungen interpretiert werden.

Tabelle 16

Zahl der aktiv selbständig oder in nichtinkorporierten Gesellschaften
tätigen Erwerbstätigen, 1981-94 (in 1.000)

(1. Jan.)	Selbständig	mit Hilfe von Fami- lienange- hörigen	Angestellte	Zusammen	I.v.H. der aktiv Be- schäftigten
1981	118,2	61,8	0,3	180,3	3,6
1989	218,4	81,0	48,0	347,4	7,2
1992	466,0	97,4	144,0	707,4	16,7
1994	-	-	-	805,1	21,7

Quelle: Teréz Laky (1995, S. 686).

Anmerkungen: Die meisten selbständig Tätigen sind Handwerker oder Geschäftsleute. Die wichtigsten Formen der nichtinkorporierten Gesellschaft waren die Geschäftspartnerschaft innerhalb der Firma, die wirtschaftliche Teilhaberschaft, die spezialisierte industrielle und Dienstleistungsgenossenschaftsgruppe, die zivilrechtliche Gesellschaft und die Subskriptionsgesellschaft.

Den letzten, mit besonderer Bemühung zusammengestellten Schätzungen zufolge, leitet sich 30% des „realen“ (registrierten plus ungemeldeten) BIP aus der grauen und schwarzen Wirtschaft ab.⁶³ Leider zeigt sich Kontinuität auch bei der Steuerzahlungsmoral. Über Jahrzehnte hinweg eingeflößte Moral- und Verhaltensnormen verändern sich im Schnecken tempo. Wenn die Steuerzahlungsmoral sich überhaupt wandelt, bewegt sie sich in vielen Fällen zum Schlechteren hin. Die Regelbrecher hatten vom diktatorischen

⁶³ Vgl. János Árvay und András Vértes (1994) und auch die Arbeit von Mária Lackó (1995).

Staat mehr zu fürchten. Darüber hinaus sind die auf dem Spiel stehenden Summen viel höher geworden; Steuerhinterziehung und das Ausnützen von Schlupflöchern im Gesetz kann ihren Nutznießern viel größere Summen einbringen. Nicht nur eine Handvoll von Steuerhinterziehern, die strenge Steuerbehörden leicht entdecken könnten, ist am Werk. Es handelt sich nicht nur um organisierte Kriminelle, die die Polizei fangen muß. Fast die ganze ungarische Bevölkerung nimmt, aktiv oder im stillen, daran teil. Die „Einsparungen“ durch Hinterziehen von Steuern und anderen Abgaben werden zwischen Verkäufer und Käufer, Arbeitgeber und Angestelltem und dem den Zoll umgehenden Berufsschmuggler oder „Einkaufstouristen“ und dem Konsumenten der geschmuggelten Waren geteilt. Die Frage der Ausdehnung der Steuern auf die graue Wirtschaft ist politischer, nicht nur wirtschaftlicher Natur. Es wäre populär, wenn die Polizei oder die Steuerbehörde einige wenige sehr reiche Leute beim illegalen Steuerschwindel ertappen könnte. Aber sobald angefangen wird, methodischere Kontrollen anzuwenden – um zu sehen, ob Händler oder Dienstleistungsanbieter Quittungen ausstellen, alle Arbeitnehmer gemeldet sind und die Einkommen kleiner und mittlerer Unternehmer mit ihren Lebensgewohnheiten im Einklang sind –, werden sie Widerspruch erwecken. Abgesehen von einem oder zwei zögerlichen Experimenten, hat keine Regierung versucht, dies zu tun.

Tabelle 17

Trend in der Zahl der Haupttypen der inkorporierten
Wirtschaftsgesellschaften, 1989-95

Gesellschaftstyp	1989	1992	1994	1995 ^a
Unternehmen ^a	2.400	1.733	821	776
Private Gesellschaften m.b.H.	4.484	57.262	87.957	102.697
Aktiengesellschaft	307	1.712	2.896	3.186
Genossenschaften ^b	7.076	7.694	8.252	8.321

Quelle: Zentrales Statistisches Amt (1994d, S. 115) und (1996e, S. 120).

Anmerkungen: Die Daten beziehen sich auf den Dezember des jeweiligen Jahres. ^aDer Begriff Unternehmen deckt die früheren staatseigenen Betriebe ab. Diese wurden im Verlauf des Übergangs allmählich in Firmen umgewandelt. ^bGenossenschaften beinhalten landwirtschaftliche Kooperativen, Wohnungs- und Kreditgenossenschaften, Konsumgenossenschaften und sonstige. Im April 1995 waren ungefähr ein Viertel der Genossenschaften in der Landwirtschaft, ein Viertel auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt und über ein Drittel in der Industrie oder im Bauwesen tätig.

Tabelle 18

Beiträge der Eigentumsphären i.v.H. zum gesamten BIP, 1980-92

Eigentumssektor	1980	1985	1989	1990	1991	1992
öffentliches Eigentum	83	79	74	70	63	50
Privateigentum,	17	21	26	30	37	50
<i>davon:</i>						
inländisch	17	21	26	29	34	42
ausländisch	0	0	0	1	3	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Árvay und Vértés (1994, S. 18).

Anmerkung: Das gesamte BIP ist die Summe der Beiträge der registrierten und der unregistrierten Wirtschaft.

Privatisierung und die Entstehung neuer Privatunternehmen haben zusammen dazu geführt, daß 1992 die Hälfte des gesamten BIP aus dem Privatsektor stammte, und der Anteil ist seither noch weiter gewachsen (vgl. *Tabelle 19*). 1994 belief sich der Anteil des Privatsektors im registrierten BIP auf 60%.⁶⁴ Die Quote des Privatsektors in der Beschäftigung ist noch größer. Besonders erwähnt werden muß die Art und Weise, in der das ausländische Kapital in die ungarische Wirtschaft eingetreten ist. Sein Anteil an der ungarischen Produktion ist nicht hoch (*Tabelle 18*), aber die Auswirkungen seines Erscheinens sind unverhältnismäßig weitreichender, da es einen großen Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaft leistet. Das Volumen der direkten Auslandsinvestitionen in Ungarn in den neunziger Jahren ist viel größer gewesen als in den anderen postsozialistischen Ländern Osteuropas⁶⁵ (vgl. *Tabelle 18*).⁶⁶ Stellungnahmen ausländischer Investoren legen nahe, daß

⁶⁴ Zentrales Statistisches Amt (1996f, S. 141). [eingefügte Fußnote]

⁶⁵ Das reformsozialistische China muß gesondert erwähnt werden. Die absolute Menge der nach China gehenden ausländischen Direktinvestitionen ist um das Mehrfache höher als die Ungarns. Wenn man jedoch relative Indizes verwendet (z.B. Investitionen/BIP oder Investitionen/BIP pro Kopf), sind die Investitionen in Ungarn immer noch viel größer als die Investitionen in China.

⁶⁶ Den Daten der Ungarischen Privatisierungsverwaltung zufolge war die kumulative Gesamtsumme 1994 7.956 Mio. US \$, d.h. bedeutend höher als die Zahl in der *Tabelle 19*, die von einer internationalen Organisation zusammengestellt wurde. Einer Information der Ungarischen Nationalbank zufolge wuchs die Gesamtsumme 1995 um den riesigen

der Anreiz hauptsächlich der gefestigte Charakter der ungarischen Marktwirtschaft gewesen ist.⁶⁷

Tabelle 19

Ausländische Direktinvestitionen in den Übergangsländern, 1990-94
(Bargeldgrundlage, kumulative Gesamtbeträge)

	Gesamtbeträge ^a (Mio. US-\$)			Ausl. Direktinvestitionen pro Kopf
	1990	1992	1994	(US-\$)
Albanien	-	20	116	36
Bulgarien	4	102	205	23
Kroatien	-	16	104	22
Makedonien	-	-	5	3
Polen	94	495	1.602	42
Rumänien	-	120	501	22
Slowakei	28	210	434	102
Slowenien	7	183	374	185
Tschechische Republik	436	1.951	3.319	319
Ungarn	526	3.456	6.941	670
Osteuropa	1.095	6.552	13.608	126
GUS ^b	-	1.761	4.622	22
Baltikum	-	111	811	102
Insgesamt	1.095	8.424	19.041	58

Quelle: United Nations, Economic Commission for Europe (1995, S. 151).

Anmerkung: ^aSummen der ins Land kommenden Auslandsinvestitionen nach 1988.

^bNur europäische GUS-Staaten.

Betrag von 4.570 Mio. US \$. Der kumulative Gesamtbetrag erreichte 12.526 Mio. US \$.
[eingefügte Fußnote]

⁶⁷ Ein anderer wichtiger Faktor ist, daß Ungarn immer ein völlig verlässlicher, pünktlicher Schuldner gewesen ist, der niemals einen Aufschub oder Neufestsetzung der Termine für den Schuldendienst verlangt hat. Dies ist für ausländische Investoren beruhigend.

D. Liberalisierung und Reform der rechtlichen Infrastruktur

Unter Liberalisierung verstehe ich alle Veränderungen, die frühere gesetzliche Beschränkungen, administrative Schranken und bürokratische Reglementierungen der Wirtschaftsaktivität aufheben. Ohne vollständig mit den Kategorien der Dezentralisierung und Deregulierung übereinzustimmen, überschneiden sich diese Begriffe weitgehend.

Die Liberalisierung vieler Bereiche der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung hat in Ungarn seit 1968 graduell, in vielen kleinen Schritten stattgefunden. Der Prozeß der Preis- und Exportliberalisierung beschleunigte sich seit 1990 sehr und wurde in relativ kurzer Zeit abgeschlossen.⁶⁸ Es kann nicht gesagt werden, daß die Regierung eine plötzliche, „schockartige“ Liberalisierung angewandt hätte, und sei es auch nur, weil eine teilweise Freigabe der Preise und Importe und der Großteil der Importliberalisierung in der Vierjahrperiode von 1989-92 schon stattgefunden hatte.⁶⁹

Die zentralen Lohnkontrollen wurden 1992, bald nach dem Wechsel des politischen Systems, abgeschafft. Auch die spezielle Steuer zur Zurückhaltung des Lohndrucks wurde nicht beibehalten. Andererseits gab es eine stetige Entwicklung einer zentralen „Interessenschlichtungsprozedur“ zwischen der Regierung und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, um die Lohntendenzen zu beeinflussen. Ich werde darauf später zurückkommen.

Investitionsprojekte vor der Reform von 1968 wurden auf Basis zentralisierter staatlicher Entscheidungen durchgeführt und aus dem zentralen Haushalt finanziert. Die Dezentralisierung dieser Entscheidungssphäre begann ebenfalls vor Jahrzehnten (vgl. *Tabelle 18*). Nach dem Systemwechsel wurde die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse weiter vorangetrieben, um die in einer Marktwirtschaft übliche Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zu institutionalisieren, derzufolge die zentralen staatlichen Behör-

⁶⁸ Zu einer numerischen Darstellung des Prozesses der Preis- und Importliberalisierung, vgl. Kapitel 11, S. 458-59 und 463-66 in diesem Buch.

⁶⁹ Einige ungarische Wirtschaftswissenschaftler kritisierten, daß die Importliberalisierung zu schnell war, insbesondere angesichts des gleichzeitigen Fehlschlags einer drastischen Abwertung und der Errichtung haltbarer Zolldämme. Die internationale Erfahrung der Importliberalisierung enthält kein Beispiel einer derart offenen, einem einzigen Ziel gewidmeten Politik der einseitigen, radikalen Liberalisierung ohne gleichzeitige Substitution der administrativen Schranken durch Zölle und/oder eine starke Abwertung. Vgl. János Gács (1994), András Köves, Kamilla Lányi und Gábor Oblath *et al.* (1993), András Nagy (1994b) und Gábor Oblath (1991).

den nur über die Projekte entscheiden, die sie selbst finanzieren und nur über die Projekte, die sie mit zu finanzieren helfen, etwas zu sagen haben.

Liberalisierung, der größte Teil nach 1990, hat auch in der Währungspolitik stattgefunden. Der ungarische Forint wurde 1992 teilweise konvertibel (für die laufenden Zahlungsgeschäfte von Banken und Unternehmen), aber internationale Kapitaltransaktionen bedurften weiterhin einer offiziellen Genehmigung. Unter dem neuen Währungsgesetz wurde die Konvertibilität des Forint 1996 erweitert, obwohl gewisse Einschränkungen der Umtauschtransaktionen der Individuen und der Kapitalgeschäfte bestehen blieben. Der offizielle Währungskurs ist bis jetzt zentral bestimmt worden, obwohl ein freier „schwarzer“ Währungshandel toleriert wurde. Periodische Abwertungen des Forint waren jahrelang durch die Inflation erforderlich, aber vor der Verkündung des Stabilisierungsprogramms im März 1995 bestand keine Regel irgendeiner Art zur Festsetzung des Zeitplans oder der Größenordnung der Abwertungen. Seither hat, wie zuvor erwähnt, eine stetige Abwertung nach einem im voraus bekanntgegebenen Plan stattgefunden.

Zu keinem Zeitpunkt hat das *laissez faire*-Prinzip in Ungarn in einer reinen und extremen Form gegolten. Die Ämter der bürokratischen Befehlswirtschaft verwandelten sich nach und nach in staatliche Aufsichtsbehörden und Behörden zur teilweisen Regulierung. In vielen Fällen wurde die frühere staatliche Obrigkeit abgeschafft, und mit der Zeit entstand eine andere, marktkonformere, den Aufsichts- und Verwaltungskörperschaften anderer Marktwirtschaften ähnlichere Behörde. Zum Beispiel entstanden die folgenden Ämter: das wirtschaftliche Wettbewerbsbüro (ein Kartellamt), die Bankinspektion, die Versicherungsaufsichtsbehörde, die Börsen- und Finanzmarktinspektion, das Ministerium für Umweltschutz und regionale Entwicklung und das Nationale Arbeitsamt. Ein Steuer- und Finanzamt wurde zur Erhebung der dem Steuersystem entwickelter Marktwirtschaften nachgebildeten personengebundenen Einkommen- und Mehrwertsteuer geschaffen.

Der Prozeß des Entwurfs marktwirtschaftskompatibler und der Annullierung ihr widersprechender Gesetzgebung begann schon gut einige Jahre vor dem Wendepunkt von 1990. Obwohl die Umgestaltung der „rechtlichen Infrastruktur“ graduell, in mehreren Schritten, stattgefunden hat, erlaubte der frühe Anfang und die intensive geleistete Arbeit, Ungarn in dieser Hinsicht mehrere Vorzüge gegenüber den anderen Ländern der Region beizubehalten. Die zum Funktionieren einer Marktwirtschaft wichtigste Gesetzgebung war 1992-93 in Kraft. Die Gerichte und andere recht-

sprechende und exekutive Organe, sowie die Firmen und Individuen vertretenden Anwälte, begannen mit der Umsetzung dieser Gesetze Erfahrung zu sammeln.

Tabelle 20

Der Anteil staatlich kontrollierter Investitionen, 1968-90

Proportion der Investitionen, über die der Staat entscheidet, als Anteil der gesamten Investitionsausgaben (%)

1968	51
1975	44
1980	46
1985	42
1989	33
1990	29

Quellen: 1968: Zentrales Statistisches Amt (1974, S. 95); 1975: Zentrales Statistisches Amt (S. 80); 1980: Zentrales Statistisches Amt (1981, S. 117); 1985, 1989 und 1990: Zentrales Statistisches Amt (1991, S. 69).

Anmerkung: Im Bereich der staatlich kontrollierten Investitionen wurde die Entscheidung auf zentraler staatlicher Ebene getroffen und aus dem Staatshaushalt finanziert. Über die restlichen Investitionen wurde auf der Ebene der Betriebe oder Genossenschaften entschieden, und sie wurden teilweise aus den Rücklagen der Unternehmen oder Genossenschaften und teilweise durch Kredite finanziert.

Ich würde nicht gerne den Eindruck erwecken, daß in Ungarn eine ideale Kombination von Markt- und bürokratischer Koordinierung aufgekommen ist. Es ist natürlich zweifelhaft, ob eine solche Kombination irgendwo existiert. Sicherlich funktionieren sowohl der Markt als auch die Bürokratie in Ungarn heute mit einem großen Quantum an Reibung. Es fehlt an ausreichender Aufsicht und gesetzlichen Regeln in Bereichen, wo diese offensichtlich gebraucht werden.⁷⁰ Andererseits findet immer noch zuviel bürokratische Einmischung auf Gebieten statt, wo sie überflüssig ist, und in

⁷⁰ Ausländische Touristen sind z.B. von dem von den Taxifahrern geübten „wildem Kapitalismus“ überrascht. Im Gegensatz zu den meisten westlichen Städten hat Ungarn kein geregeltes System der Taxipreise.

Bereichen, in denen Bürokratie erforderlich ist, funktioniert sie oft auf träge, unprofessionelle Weise.

E. Korporatistische Gebilde

Im sozialistischen System hatten die Gewerkschaften keinen großen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Landes. Sie waren darauf beschränkt, die Interessen der Arbeitnehmer in mit ihrer Anstellung zusammenhängenden und betrieblichen Angelegenheiten zu schützen. Gewerkschaftsführer wurden von der Kommunistischen Partei ernannt und beaufsichtigt.

Der politische Pluralismus gab der gewerkschaftlichen Autonomie eine Entwicklungschance. Die aufs Überleben erpichten legalen Nachfolger der „offiziellen“ Gewerkschaftsbewegung des alten Regimes bemühten sich, beliebter zu werden, indem sie die Interessen der Arbeitnehmer so effektiv wie möglich zu vertreten suchten. Neue Gewerkschaften entstanden neben den alten, und die verschiedenen alternativen Gewerkschaften begannen, um Mitglieder zu wetteifern. Obwohl ihr Einfluß, insbesondere in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Belastungen der Arbeitnehmer durch sinkende Reallöhne und wachsende Arbeitslosigkeit, bedeutend ist, schenkten die neuen Parteien im Parlament mit Ausnahme der Sozialisten der Gewerkschaftsbewegung relativ wenig Aufmerksamkeit. Die Nachfolgeorganisation der alten „offiziellen“ Gewerkschaft (MSZOSZ) wurde die stärkste der konkurrierenden Bewegungen.

Es wurden auch nationale Arbeitgeberverbände gegründet. Sie haben jedoch bis jetzt weniger zu sagen als die Arbeitnehmervereinigungen, vielleicht weil Politik und Wirtschaft immer noch nicht sehr eng miteinander verwoben sind. Die legalen und halblegalen Kanäle, durch die Geschäftsleute Wahlen und politische Machtausübung durch Geldspenden beeinflussen könnten, haben sich noch nicht gefestigt. Die Regierung hat jederzeit mehr Angst vor den Arbeitnehmer- als vor den Arbeitgeberorganisationen.

Ein zentraler Rahmen zur Koordinierung der Ansichten der Regierung und der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen begann 1988 zu wirken.⁷¹ Er ist als der Interessenschlichtungsrat bekannt. Hier hat die Gewerkschaftsbewegung immer vehementer verlangt, daß ihren Ansichten, nicht nur zur Lohnpolitik, sondern bei der Vorbereitung jeder anderen

⁷¹ Zur Entstehung und den Problemen der Interessenkoordinierung in Ungarn vgl. Béla Greskovits' (1995) lehrreiche Analyse.

wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidung, genaueste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Spielraum des zentralen Interessenausgleichs ist nicht vollständig institutionalisiert, aber er deutet in diese Richtung. Dies fügt dem ungarischen politischen und wirtschaftlichen System eine wichtige korporatistische Komponente hinzu. Die Verknüpfung von Staat und Gewerkschaften wurde durch das vor den allgemeinen Wahlen von 1994 gegründete Wahlbündnis zwischen der Sozialistischen Partei und dem MSZOSZ, aus dessen Reihen mehrere hohe Funktionäre ins Parlament gewählt wurden, wo sie sich der sozialistischen Fraktion beigesellten, gestärkt.

Mit diesem Trend hängen auch die Veränderungen der Organisation des ungarischen Sozialversicherungssystems eng zusammen. Das Renten- und Krankenversicherungssystem waren beides Zweige der zentralen staatlichen Bürokratie, und der sogenannte Sozialversicherungsbeitrag war offensichtlich eine staatliche Steuer. Die Ausgaben des Pensions- und Krankenversicherungssystems wurden praktisch aus der Staatskasse gedeckt.

Eine gewisse Trennung der Finanzen dieser beiden großen „Verteilungssysteme“ vom zentralen Staatshaushalt hatte vor dem politischen Wechsel begonnen. Vom politischen und soziologischen Standpunkt aus gesehen kam der grundlegende Wandel mit Gesetzen, die das Prinzip der Selbstverwaltung für die beiden Sozialversicherungssysteme (für Altersrenten und Krankenversicherungen) verbriefte. Das Gesetz legte fest, daß die beiden Organisationen zusammen durch Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer verwaltet werden sollten. Für die Arbeitgeber ordnen die Arbeitgeberverbände Vertreter ab, während die Repräsentanten der Arbeitnehmer von denen mit Anspruch auf Leistungen gewählt werden. Unter den vorgeschriebenen besonderen Wahlbedingungen werden die Kandidaten von den Gewerkschaften und nicht von den politischen Parteien aufgestellt. Die ersten dieser Wahlen brachten den Kandidaten des MSZOSZ einen umfassenden Wahlerfolg. Durch diese „Personalunion“ übt die dominierende Gewerkschaftsbewegung einen kontrollierenden Einfluß auf die beiden letzteren Apparate aus. Dies hat natürlich die Forderung der Bewegung nach größerer Beteiligung an den Angelegenheiten des Landes noch legitimer gemacht und die korporatistischen Fasern im Gewebe der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen gestärkt.

Soweit ich weiß, ist der Verlauf der Entwicklung in Ungarn in dieser Hinsicht einmalig. Es bestehen extrem starke formelle und informelle Stränge, die die Regierung, die Sozialistische Partei mit ihrer Parlamentsmehrheit, das Sozialversicherungssystem und den stärksten Gewerkschaftsverband mit-

einander verbinden. Vielleicht zeigt nur die soziale und wirtschaftliche Struktur Israels einige ähnliche Charakteristika.⁷²

Die Zunahme an korporatistischen Zügen hinterläßt ihre Spuren in der ungarischen Wirtschaftsentwicklung. Solange das Land auf dem ausgetretenen „ungarischen Weg“ weiterging, paßte die allerseits, auf seiten von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern bestehende Kompromißbereitschaft gut dazu, nicht zuletzt deswegen, weil sie keine Übereinkunft schlossen, die dazu geeignet gewesen wäre, weitverbreiteten öffentlichen Protest zu erregen.

Es war nicht überraschend, daß die Regierung mit der Verkündung ihres restriktiven Stabilisierungsprogramms die etablierten korporatistischen Konventionen brach. Vor der Bekanntgabe des Programms bestand kein vorheriges Einvernehmen mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern. In den vorangegangenen Monaten hatten Verhandlungen stattgefunden. Der Interessenschlichtungsrat hatte sich mehrfach getroffen, und die Aussicht auf den Abschluß eines „sozialen und wirtschaftlichen Vertrages“ wurde mehrmals aufgeworfen. Aber man konnte sich nicht einigen. Schließlich entschied sich die Regierung, sowohl Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern mit einem *fait accompli* entgegenzutreten. Seither hat es einige Anstrengungen auf seiten der Regierung gegeben, mit den Gewerkschaften und den anderen verschiedene Interessengruppen vertretenden Vereinigungen zu verhandeln. Diese haben zu einigen Teilübereinkünften geführt. Jedoch gibt es noch keinen allgemeinen „Sozialvertrag“. Die Frage ist, wie lange dieser Zustand von „weder Übereinkunft noch Konfrontation aufrechterhalten werden kann.

⁷² Vor mehreren Jahren spiegelte ein israelischer Wirtschaftswissenschaftler die Debatte zwischen Stalin und Trotzki im ironischen Titel eines Artikels „Kann der Sozialismus in einem halben Land gebaut werden?“ wider. Wenn auch nicht in voll entwickelter Form ist ein ähnliches Problem in Ungarn entstanden. Zu den negativen Auswirkungen der korporatistischen Merkmale der israelischen Wirtschaft vgl. Emma Murphy (1993).

*V. Abschließende Bemerkungen in einem politökonomischen
und politphilosophischen Zusammenhang*

A. Positive politische Ökonomie⁷³

Diese Arbeit nähert sich der Geschichte der ungarischen Wirtschaftsentwicklung und Umgestaltung aus dem Blickwinkel der positiven politischen Ökonomie.⁷⁴ Die Frage, die ich zu beantworten versucht habe, ist nicht, ob der ungarische Weg des postsozialistischen politischen und wirtschaftlichen Übergangs „gut“ ist, oder besser oder schlechter als die, auf die Regierungen mit anderen Programmen ihre Länder geführt haben. Ich wollte wissen, *warum* die ungarische Umgestaltung einen anderen Weg gegangen ist. Mein Antwort ist sicherlich nicht vollständig und mag Fehler enthalten, aber ich bin sicher, es war gerechtfertigt und wichtig, die Frage aufzuwerfen.

Ich habe manchmal Wirtschaftswissenschaftlern zugehört, die sich bereit erklärt hatten, als Ratgeber zu fungieren und dann, als sie herausfanden, daß ihre Vorschläge nicht befolgt wurden, etwa solche Stellungnahmen abgaben: „Meine Ratschläge waren richtig, aber diese selbstgerechten und dummen Politiker haben die wirtschaftliche Rationalität ihren eigenen Kriterien untergeordnet“, oder: „Der Vorschlag war wirtschaftlich korrekt, aber politisch nicht durchsetzbar.“

Obwohl diese Reaktion psychologisch verständlich ist, hat sie nichts mit einem wissenschaftlichen Ansatz gemein.⁷⁵ Die politische Sphäre ist kein exogener Umstand für die Wirtschaft, sondern einer ihrer wichtigsten endogenen Akteure. Für die positive politische Ökonomie ist dieser analytische Ausgangspunkt axiomatisch. Die Forschung dient der Frage, was einen Vorschlag politisch durchführbar macht. Welche Arten von Verhalten sind für die politische Sphäre des betroffenen Landes typisch, und was

⁷³ Eine Übersicht über die neuen westlichen Trends in positiver politischer Ökonomie wird von James E. Alt und Kenneth A. Shepsle, Hrsg. (1990) gegeben.

⁷⁴ Die in der westlichen Literatur der letzten Jahrzehnte als politische Ökonomie bekannte Tendenz, die die Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaftspolitik untersucht, hat in Ungarn und der postsozialistischen Region als Ganzer wenig Exponenten. (Der alte Ausdruck „Politökonomie“ bezeichnete einen anderen, der marxistisch-leninistischen Doktrin beipflichtenden Trend.)

Pionierarbeit in der Anwendung der politischen Ökonomie modernen westlichen Sinnes auf Ungarn wurde von Béla Greskovits (1993a, 1993b, 1994) geleistet. Ich würde auch gerne die Schriften von László Bruszt (1992, 1994a) erwähnen.

⁷⁵ „Wirtschaftspolitische Konzepte, die die Politik nur als einen exogenen Störfaktor betrachten, sind einfach schlechte Wirtschaftswissenschaft“, schreibt Adam Przeworski (1993, S. 134).

sind die typischen Lösungen für politische Dilemmata? Oder, um eine Schicht tiefer zu gehen, welche besonders typischen Einschränkungen und Verhaltensmuster entwickeln sich? Warum werden die Dilemmata auf die eine und nicht auf andere Art und Weise gelöst?

Durch die Wohlfahrtsökonomie geprägte Wirtschaftswissenschaftler neigen dazu, die „Wohlfahrtsfunktion“ als gegeben anzunehmen, zu erwarten, daß jede Regierung versucht, diese Funktion zu maximieren, und die zu kritisieren, die von diesem Optimum abweichen.

Diese Arbeit legt einen anderen, in gewissem Maße der Theorie der offenbaren Präferenzen analogen Ansatz nahe. Ein spezifischer geschichtlicher Prozeß hat stattgefunden, an dem die Regierungen aktiv teilnahmen. Kann über die Zeit hinweg ein gewisser Grad der Kohärenz der Regierungsmaßnahmen beobachtet werden? Wenn ja, dann können wir rückblickend die objektive Funktion konstruieren, die die politische Führung tatsächlich maximiert und die Präferenzen, die sie in ihren Handlungen offenbart hat.

Wenn wir diesem Gedankengang folgen, ist diese Arbeit zu zwei Schlußfolgerungen gelangt: (i) Es besteht in der Zeit von den sechziger Jahren bis zum Frühling 1995 eine zeitliche Kohärenz der Wirtschaftspolitik der aufeinander folgenden, in vieler Hinsicht unterschiedlichen Regierungen. (ii) Diese zeigten klar erkennbare Präferenzen. Sie wollten Konflikte vermeiden. Sie wollten, soweit wie es ging, das ununterbrochene Überleben der wirtschaftlichen Elite und ihre ständige Auffrischung durch die neuen politischen Kräfte garantieren. Zu radikalen, unpopulären Schritten waren sie nicht bereit. Sie zielten auf die kurzfristige Maximierung des Konsums ab und akzeptierten in der Güterabwägung die Anhäufung öffentlicher Schulden.

Diese offenbaren Präferenzen erklären einen großen Teil der entstandenen makroökonomischen Proportionen, die ständigen umverteilenden Konzessionen und den für die ungarische Entwicklung typischen Gradualismus.

Das Präferenzsystem der ungarischen Wirtschaftspolitiker war insoweit konsequent, als es, zumindest implizit, die zeitliche Präferenz, *d.h.* den Punkt in der „früher-oder-später“-Güterabwägung annahm, der ihnen attraktiv erschien.

Andererseits halte ich eine der von ausländischen Beobachtern, z.B. einigen Angestellten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, oft vertretene Auffassung für recht inkonsequent. Lange Zeit waren diese Wirtschaftswissenschaftler enthusiastisch in ihrem Lob für die ungari-

sche Reform, ihren Gradualismus und den damit einhergehenden politischen Konsens und die Ruhe, mit der diese Politik auch nach 1990 fortgesetzt wurde. Ungarn war die „gradualistische Erfolgsmeldung“. Heutzutage höre ich dieselben Wirtschaftswissenschaftler oft so etwas sagen: „Wir sind von Ungarn enttäuscht. Es war einmal das Musterland, aber nun sind seine Ergebnisse viel schlechter als die anderer erfolgreicherer postsozialistischer Länder.“

Die Ernüchterten vernachlässigen die wesentliche Kausalbeziehung. Ungarn zeigt jetzt eine ungünstige makroökonomische Leistung, gerade weil es zuvor am ungarischen Reformweg festhielt und „Gradualismus ungarischen Stils“ herrschte.

Die offenbarten Präferenzen der ungarischen Politik können nicht aus den durch die Politiker vorab verkündeten Programmen, sondern aus den tatsächlichen Ereignissen abgeleitet werden. Die Rhetorik kann das eine und Taten etwas anderes sagen. Es ist auch nicht sicher, daß die Politiker, Individuen und Gruppen, die einander in Machtpositionen ablösten tatsächlich sehen wollten, was herauskam. Es kann zum Beispiel sein, daß sie das „früher-oder-später“-Dilemma niemals ganz durchdachten. Sie mögen davon überzeugt gewesen sein, daß sie gewisse Aufgaben nur zeitweilig beiseite legten, bis sie ein drängendes Problem überwunden hatten. Es wird mit dem Ansatz dieser Arbeit nicht beabsichtigt, die Psychologie der Politiker oder das Maß ihrer Ehrlichkeit, Überlegtheit und Weitsicht, sondern die in ihrem Tun offenbarten tatsächlichen Routinen, konditionierten Reflexe und Entscheidungsfindungsregelmäßigkeiten zu interpretieren.

B. Weitere Bemerkungen zu den intergenerationellen Zeitpräferenzen

Obwohl es nicht die Hauptabsicht dieser Arbeit ist, die Entwicklung der Vergangenheit zu beurteilen, kann ich in diesen Schlußanmerkungen nicht umhin, die Frage anzusprechen, ob die Präferenzen der aufeinanderfolgenden ungarischen Regierungen der Zustimmung wert sind. Der erste zu klärende Aspekt ist, *wer* bepflichten sollte. Können Historiker oder die Periode *ex post* erforschende Wirtschaftswissenschaftler versuchen, ihren eigenen Wertemaßstab anzulegen? Sie mögen dies tun, aber in diesem Fall müssen sie es aussprechen, und das angewendete Wertesystem muß explizit gemacht werden. Ich habe in dieser Arbeit nicht versucht, die Vergangenheit an meinem Wertesystem zu messen. Was mich mehr beschäftigt hat ist, das *interne* Wertesystem der untersuchten Gesellschaft zu entdecken.

Nehmen wir wiederum als Beispiel das Problem des „früher oder später“ und vergleichen wir es im Lichte der Lebensgeschichte zweier ungarischer Bürger, A und B.

A wurde 1920 geboren und starb 1993.⁷⁶ Er begann seine Karriere, als der erste Wechsel des politischen Regimes begann. Bis er 70 wurde, hatte er unter sieben Regimen gelebt.⁷⁷ Die Herrschaft und Niedergang der meisten wurden von Krieg, Revolution, Unterdrückung, Blutvergießen, Einsperungen und Hinrichtungen begleitet. Soweit ich weiß, stellte Ungarn durch das Zusammenpressen von sieben Regimen, *d.h.* sechs Systemwechseln auf 47 Jahre moderner Geschichte, einen Weltrekord auf.⁷⁸ Nun war es ein Glück, daß in den letzten dreißig Jahren, für den Großteil des Erwachsenseins von A, relative Ruhe herrschte. Wenn sein materieller Wohlstand dem ungarischen Durchschnitt entsprach, besserte er sich zunächst sehr und verschlechterte sich dann relativ wenig. Er erlebte den Zeitpunkt, zu dem begonnen werden mußte, die Rechnung für die vorherige Politikpräferenz zu zahlen, nicht mehr.

Bs Leben unterscheidet sich gewaltig von As. Er wurde 1970 geboren und begann 1993 zu arbeiten. Zwei Jahre später, im Frühling 1995, begann er die Rechnung für die kurzsichtige Politik des vorigen Regimes zu begleichen, und es war wahrscheinlich, daß er damit lange Zeit fortfahren würde. Als arbeitender Erwachsener hatte er jedoch nie die relativen Vorteile dieser Politik genossen.

⁷⁶ Demographischen Daten zufolge hatten ungarische Männer, die 1970 fünfzig Jahre alt waren, eine Lebenserwartung von 23 weiteren Jahren (Zentrales Statistisches Amt 1994b, S. 37).

⁷⁷ 1) Bis 1944: Nationalkonservatives, autoritäres Horthysystem. 2) 1944: Besetzung durch Hitlers Armee; Terrorherrschaft der ungarischen Nazis. 3) Nach 1945: Hinauswurf der Hitlerarmee und der ungarischen Nazis durch die Sowjetarmee; Beginn der sowjetischen Besatzung; Bildung einer demokratischen Mehrparteienkoalition. 4) Nach 1948: Verdrängung der anderen Parteien durch die Kommunisten; Errichtung einer stalinistischen Diktatur. 5) 23. Oktober 1956: Revolution; Bildung einer revolutionären Koalitionsregierung mehrerer Parteien. 6) 4. November 1956 und danach: Niederschlagung der Revolution durch die sowjetische Armee; Machtergreifung durch das Kádárregime, das zunächst brutal unterdrückerisch ist, dann aber stetig „weicher“ wird und Reformen beginnt. 7) 1989-90: Zusammenbruch des kommunistischen Systems; Gründung von Parteien, freie Wahlen, Bildung des neuen Parlaments und neue Regierung.

⁷⁸ Amerikanische, britische und australische Zeitgenossen von A machten keinen Regimewechsel durch. Diese Regimewechsel sind keine Veränderungen der Art, wie sie in den Vereinigten Staaten, wenn die Demokraten die Republikaner ersetzen, oder in Großbritannien, wenn Labour die Tories ablöst, vorkommen. Ungarn machte sechsmal traumatische Umschwünge durch, die tiefe Erschütterungen in der Gesellschaft verursachten.

Also was bedeutete die ungarische Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte, mit ihrer merkwürdigen Zeitpräferenz, für die materielle Wohlfahrt, Sicherheit und Ruhe? Lassen Sie mich die Frage mit Blick auf das Beispiel anders formulieren: für wen?⁷⁹ Für den älteren *A* war sie günstiger, als wenn er in einem kommunistischen Land gelebt hätte, das sich weniger um den Lebensstandard der Bevölkerung gekümmert hätte und aus diesem Grunde stärkere Unterdrückung praktiziert hätte. Für den jüngeren *B* jedoch war sie ungünstig, da er eine größere soziale Schuld erbte als Gleichaltrige in Ländern, in denen die politischen Machthaber größere Restriktion ausübten.

Mehrere allgemeine Schlußfolgerungen können aus dem Gedankengang bis hierhin gezogen werden.

Eine stimmige Beurteilung einer jeden Periode der Vergangenheit muß in normativen Postulaten wurzeln. Alternative Vorgaben werden unterschiedliche intergenerationelle Verteilungsprinzipien erzeugen. Es werden sich, mit anderen Worten, unterschiedliche Prinzipien der fairen Verteilung der Vor- und Nachteile, Nutzen und Kosten zwischen den Generationen ergeben. Hier berühren wir die theoretisch extrem schwierigen Fragen des Vergleichs individueller Nutzen verschiedener Personen und die Möglichkeiten und Grenzen des Versuchs, eine soziale Wohlfahrtsfunktion zu erstellen.⁸⁰ Es besteht eine reiche, recht umfassende Literatur zur Ethik und den wirtschaftlichen Anwendungen der ethischen Theorie auf die Verteilung innerhalb ein und derselben Generation, aber meines Wissens nach ist eine dynamische Verallgemeinerung, *d.h.* eine normative Theorie der intergenerationellen Verteilung immer noch vergleichsweise unreif. Es gibt keine gut ausgearbeiteten wirtschaftsethischen Prinzipien, um sagen zu können, welchen „Vorschuß“ die jetzige Generation zu Lasten der nächsten, die ihn zurückzahlen müssen, beanspruchen kann. Mit anderen Worten, es existieren keine Regeln, um zu sagen, welches positive oder negative Erbe die heutige Generation der zukünftigen vererben muß oder darf.

Wirtschaftswissenschaftler, einschließlich des Autors, neigen bei der Betrachtung der langfristigen Wirtschaftsentwicklung dazu, den sozialen Dis-

⁷⁹ Ich stelle die Frage aus dem einzigen Blickpunkt der Entscheidung zwischen den Generationen, was voraussetzt, das der Lebensstandard beider Individuen den Landesdurchschnitt widerspiegelt. Die Frage nach der Wohlfahrtsverteilung innerhalb der betreffenden Periode habe ich offengelassen. Es wird sicherlich relative Gewinner und Verlierer auch innerhalb derselben Altersgruppe geben.

⁸⁰ Zu einem großartigen Überblick über die Debatte zu Werturteilen, gesellschaftlichen Präferenzen, sozialen Entscheidungen und „public choice“ vgl. Amartya Sen (1995).

kontsatz, der die Zeitpräferenz der Gesellschaft widerspiegeln sollte, als „gegeben“ zu betrachten. Allerdings wissen wir, welche entscheidende Rolle dieser Diskontsatz in jedem theoretischen und quantitativen Modell zur Feststellung der optimalen Spar- und Investitionsquote und des optimalen Wachstumspfades spielt.⁸¹

Das Problem ist, daß der soziale Diskontsatz ganz und gar nicht „gegeben“ ist. Die Theorie, daß er im auf dem Markt gültigen realen Zinssatz seinen Ausdruck findet, ist stark umstritten.⁸² Das zuvor ausgeführte Beispiel der Zeitpräferenzen der beiden ungarischen Bürger zeigt, daß hinter dem Dilemma ein tiefreichendes ethisches Problem liegt. Es ist durchaus nicht offensichtlich, wie man den „Durchschnitt“ der Zeitpräferenzen von Menschen mit unterschiedlichem Schicksal bilden soll.

Wenn solche Schwierigkeiten aufkommen, wer befugt uns, die zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nehmenden Wirtschaftswissenschaftler, über diese Dilemmata zu richten? Welches Recht haben wir zu entscheiden – selbst wenn es zur rückblickenden Beurteilung der Wirtschaftsgeschichte dient –, welches Gewicht wir in der intergenerationellen Wohlfahrtsfunktion den Nutzen und Kosten der verschiedenen Generationen beimessen sollen? Es ist besonders anstößig, daß die meisten von uns das ethische Problem, das ihren geschichtlichen Urteilen zugrunde liegt, noch nicht einmal wahrnehmen und frech erklären, daß die Politik von Land X richtig und die des Landes Y falsch war.

Die Frage der „Befugnis“ führt zur Frage der Legitimität einer Entscheidung. Wenn Legitimität untersucht wird, sollte die Analyse mit einem positiven wissenschaftlichen Ansatz beginnen. Es ist psychologisch verständlich, daß leidgeprüfte Generationen dem von ihnen der nächsten Generation hinterlassenen Erbe keine Beachtung schenken. Es ist verständlich, daß A und seine Altersgefährten, die so viel gelitten haben, sich selbst ein etwas besseres, friedlicheres Leben sichern wollten.

Natürlich haben die meisten Menschen in der Gesellschaft einen Abschnitt beider Perioden durchlebt und fangen in ihrem Leben an, die Rechnung zu bezahlen. Das relative Gewichten des gegenwärtigen und des Zukunftswertes findet im Denken dieser Individuen selbst statt, und sicherlich klaffen sie weit auseinander. Wenn sich die Zeitpräferenzen von Person zu Person unterscheiden, haben die Leute in einer demokratischen politischen

⁸¹ Zum Beispiel in älteren oder neueren, mehr auf dem letzten Stand befindlichen Versionen der verschiedenen Modelle der „goldenen Regel“. Vgl. zum Beispiel Olivier Jean Blanchard und Stanley Fischer (1989).

⁸² Vgl. Robert Barro (1974).

Struktur das Recht, ihre Vorlieben als politische Entscheidung auszudrücken. Viele Menschen versuchen, dies in Wahlen und durch andere politische Handlungen zu tun.

Dies wirft eine grundsätzliche Frage auf: In welchem Maße kann von einer Regierung erwartet werden, daß sie immer so handelt, wie die Bürger es fordern? Ich würde dieses Problem nun gerne nicht nur im Zusammenhang mit der „früher-oder-später“-Abwägung, sondern allgemeiner, im Hinblick auf die postsozialistische Umgestaltung als Ganze darstellen.

C. Mit dem oder gegen den Strom?

Die kommunistische Ideologie hat eine messianische Natur. Die ehrlich Glaubenden sind überzeugt, daß das System, das sie einführen wollen, das einzig erlösende Gesellschaftssystem ist. Es muß verwirklicht werden, selbst wenn die Menschen nicht erkennen, was ihre wahren Interessen ihnen vorschreiben. Der stalinistische Sozialismus entwöhnte die Mehrzahl der Osteuropäer messianischen Doktrinen für ihr Leben lang. Sie wollen mit Systemen, die ihnen Glück mit Gewalt aufzuzwingen versuchen, nichts mehr zu tun haben.

Das Kádár-Regime kennzeichnete eine Veränderung dahingehend, daß es eine derartige forcierte Verschenkung von Glück in engere Grenzen zu verweisen suchte. In bolschewistischer Terminologie war dies „Opportunismus“, eine Politik des „hinter den Massen Hertrotzens“. Das Kádár-Regime war bei weitem keine politische Demokratie, da ihr dazu die grundlegenden Institutionen fehlten. Aber Kádáristische Politiker ähnelten denen einer parlamentarischen Demokratie darin, daß sie in gewissen Teilen der Gesellschaft Gruppen von Anhängern zu bilden und deren Interessen zu vertreten suchten. Dieses politische Streben erreichte später, nach 1990, seine Erfüllung, da nun der Erfolg einer jeden Partei und politischen Bewegung, der Sitz jedes Parlamentsabgeordneten und das Erwerben von Regierungspositionen von den Wählern abhängt.

Ein messianischer Politiker fühlt sich dazu ermächtigt, sein Programm mit Gewalt durchzusetzen. Je demokratischer die Politik wird, desto mehr bedarf ein Politiker der Unterstützung der Massen, um ein Programm irgendeiner Art zu verwirklichen.

Der ungarische Weg des Übergangs zu einer Marktwirtschaft, die die in dieser Arbeit beschriebenen Charakteristika zeigt, erwies sich als eine Politik, die dazu geeignet war, die Gunst der Massen in größerem Ausmaß zu

erhalten (oder zumindest wahrscheinlich auf weniger Widerspruch zu stoßen) als Ideen, die auf eine radikale Korrektur der Makrospannungen abzielten. Diese Politik verlangte jedoch einen hohen Preis, da nachfolgende Generationen eine immer größere und gefährlichere Schuldenlast vor sich herschoben. Aber mußte das Glück ihnen gegen ihren Wunsch und Willen aufgezwungen werden?

Hier würde ich gerne auf das im März 1995 verkündete Stabilisierungsprogramm zurückkommen, durch das sich die Regierung von dem bislang befolgten Weg entfernte, und zwar mit Hinblick auf alle vier Merkmale. Das Programm endete Ungarns relativen politischen Frieden. Es erregte Leidenschaften. Die Regierungsparteien trafen selbst bei ihren Anhängern auf scharfen Widerstand. Ihre politische Popularität stürzte ab.

Das radikale Einschränkungsprogramm kann auf mehreren Ebenen gerechtfertigt werden. Das offensichtlichste Argument geht von der augenblicklichen Situation der ungarischen Wirtschaft aus. Die schwerwiegenden makroökonomischen Spannungen und die Notwendigkeit, die Wirtschaftskrise abzuwenden, sprechen für drastische Austerität, aus meiner Sicht zu Recht.

Eine andere Argumentationsebene zieht ihre Schlußfolgerungen aus dem Blickwinkel der mittel- und langfristigen Umgestaltung der ungarischen Wirtschaft und Gesellschaft. Das augenblickliche Maßnahmenbündel ist nur das erste in einer Folge von Schritten, um die dem langfristigen Wachstum entgegenstehenden, durch finanzielle Störungen verursachten Hindernisse zu beseitigen, die Struktur der Produktion und des Außenhandels zu verbessern und die Rolle des Staates neu zu ordnen, was eine Reform im Wohlfahrtsbereich miteinschließt. Ich bin überzeugt, daß dies auch richtige Argumente sind.

Allen diesen Argumenten gelingt es jedoch nicht, das tiefe politische und ethische Dilemma zu lösen: Ist es erlaubt, eine Reform trotz Opposition einer Mehrzahl der Bevölkerung durchzuboxen?

Anfangs scheint die Antwort auf diese Frage leicht. Die Regierung und die hinter ihr stehenden politischen Parteien und Bewegungen sollten lernen, wie man die Öffentlichkeit besser überzeugen kann, so daß die Verständigung zwischen Regierung und Bevölkerung sich verbessert. Die Vorbereitung der Maßnahmen sollte umsichtiger sein. Die wirtschaftlichen Nutzen und politischen „Kosten“ jeder Maßnahme, der destabilisierende Effekt der durch sie bewirkten Unzufriedenheit sollten stärker berücksichtigt werden. Dieses sind gerechtfertigte Forderungen, aber es kann bezweifelt werden, ob selbst die beste sachliche Vorbereitung und Überzeugungs-

taktik je ein soziale Ansprüche zurücknehmendes Restriktionsprogramm beliebt machen kann.⁸³ Das Dilemma kann nicht umgangen werden.

Meiner Ansicht nach ist es eine Angelegenheit, in gewisser Hinsicht unter dem Einfluß positiver politikökonomischer Analyse, aber dennoch mit sympathisierendem Herzen, *zu verstehen*, warum sich Widerstand regt, und eine andere, diesen *zu unterschreiben*. Genauer gesagt, es ist eine andere Sache, wenn sich ein verantwortlicher Politiker dem Druck der Massen beugt und mit dem Strom driftet, wenn dies offensichtlich selbst kurzfristige große Risiken birgt und auf lange Sicht die schon schwerwiegenden angesammelten Schulden vergrößert und noch schlimmeren Schaden anrichtet.

Wir sind an einem grundlegenden Dilemma im politischen Denken angelangt, das nicht nur in Ungarn, sondern in jedem Land aufkommt, wo eine Regierung, die sie unterstützenden Parteien und das Parlament unpopuläre Entscheidungen treffen müssen. Ich will daher die Frage in allgemeiner, nicht auf den ungarischen Kontext beschränkter, Form stellen und dann versuchen, sie im Einklang mit meinem Gewissen zu beantworten.

Wenn Politiker sich gegen den Widerstand der Mehrzahl der Bevölkerung stemmen und gegen den Strom schwimmen, bedeutet dies nicht eine Rückkehr zum messianischen Wesen ideologischer Diktatoren? Ist dies in einer Demokratie erlaubt? Kann eine Reform ohne Konsens oder, um ein enger gefaßtes Kriterium zu benutzen, ohne die Zustimmung der Mehrzahl des Publikums zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgesetzt werden?⁸⁴

Ich denke, daß es erlaubt ist, aber nur wenn mehrere Bedingungen strikt erfüllt sind.

Erste Bedingung. Die Regierung muß nach bestem Gewissen überzeugt sein, daß es keine Alternative gibt. Es besteht eine unvermeidliche Notwendigkeit für die von der Mehrzahl der Bevölkerung abgelehnten Maßnahmen.

Zweite Bedingung. Die Regierung hat die Verpflichtung, innerhalb des Rahmens des konstitutionellen, demokratischen Rechtssystems zu bleiben. Das ist nicht selbstverständlich, da die Situation, das Wissen, daß ein „Notstand“ besteht, eine der Reform verpflichtete Führung dazu bringen kann, auf verfassungswidrige, diktatorische Methoden zurückzugreifen.⁸⁵

⁸³ Béla Greskovits (1993b, 1994) beschreibt zutreffend, wie politische Führer und sachverständige Experten an der „Einsamkeit des Reformers“ leiden.

⁸⁴ In der Arbeit von Jeffrey Sachs (1994) wird dies „Reform ohne Konsens“ genannt. Ich stimme mit dem dort ausgesprochenen Standpunkt überein, daß diese Situation eine Zeitlang, unter gewissen Bedingungen, mangels eines besseren Kurses akzeptabel ist.

⁸⁵ Ich empfehle der Regierung dringend, kraftvoll, entschieden und konsequent vorzugehen, aber nichts liegt meinen Absichten ferner, als eine Mißachtung der demokratischen

Dies hängt mit einer *dritten Bedingung* zusammen: Die regierende Gruppe muß die aufrichtige Entscheidung treffen, sich bei den nächsten Wahlen bedingungslos dem Urteil der Bevölkerung zu unterwerfen. Darüber hinaus müssen politische Machtbeziehungen und institutionelle Garantien bestehen, die keinen Raum für Zweifel an der Freiheitlichkeit und Sauberkeit der nächsten Wahlen lassen. In jedem Fall kann die Bevölkerung durch die Wahlen retrospektiv ihre Billigung oder Ablehnung dessen ausdrücken, was die Regierung und die Parlamentsmehrheit ohne große Unterstützung getan haben.

Eine politische Führung, die bereit ist, gegen den Strom zu schwimmen, und sich zu unpopulären Maßnahmen verpflichtet, sich aber diesen Bedingungen unterordnet, wird im amerikanischen Politjargon als „Leadership“ anerkannt. Obwohl ich weiß, daß diese Art „Reform ohne Konsens“ vom üblichen „popularitätsmaximierenden“ Verhalten vieler Politiker in reifen parlamentarischen Demokratien abweicht, denke ich nicht, daß es in einem normativen Sinne „antidemokratisch“ genannt werden kann, so lange wie die genannten Bedingungen streng erfüllt werden. Tatsächlich gibt es schwierige Situationen, die diese Art entschiedenen politischen Verhaltens erfordern, und die augenblickliche ungarische Situation ist gerade solch eine Situation.

D. Drei Szenarien

Zur Zeit, da ich dies schreibe, kann man noch nicht vorhersagen, welchen Weg Ungarn gehen wird. Mehrere Möglichkeiten können ins Auge gefaßt werden. Ich werde mich hier darauf beschränken, drei klar definierte Szenarien zu skizzieren.

Erstes Szenario. Rückkehr zur Politik des „Durchwurstelns“. Nach einer gewissen Zeit begibt sich die Regierung oder eine umgruppierte Version derselben auf den ausgetretenen Pfad zurück. Dem Druck der Massen werden bedeutende Konzessionen gemacht, das Stabilisierungsprogramm wird abgemildert und die Gangart der Verwirklichung verlangsamt. Vom wirtschaftlichen Standpunkt her dringliche Aufgaben werden weiterhin vertagt. Die Reduzierung des staatlichen Paternalismus bleibt stecken. Die Regie-

Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung anzuregen. Jeder, der dies in diese oder irgendeine meiner früheren Arbeiten hineinliest, versteht meinen Standpunkt falsch. Leider ist ein solches Mißverständnis schon aufgekommen (vgl. z.B. den Artikel von John E. Elliott und Abu F. Dowlah, 1993).

rung fügt sich in eine langsame Wachstumsrate oder sogar Stagnation. Wenn man Glück hat, endet die Politik nicht mit einer Katastrophe. (Die Grenzen dieses Szenarios werden überschritten, wenn sie es tut.) Es ist nicht undenkbar, daß die Politik des „Durchwurstelns“ für geraume Zeit nach 1995 fortgesetzt werden könnte, selbst wenn es das Land seine Chance, schnelles und andauerndes Wachstum zu erzielen, kosten könnte.

Es gibt viele Kräfte, die daran arbeiten, die Machthaber zu überzeugen, den im Frühling 1995 eingeschlagenen Kurs aufzugeben und zum früheren Weg zurückzugehen. Abgesehen von den in Ungarn seit Jahrzehnten verwurzelten Gewohnheiten, verleitet die parlamentarische Demokratie die Politiker zu diesem Verhalten.

Es lohnt sich hier, an das Beispiel der Vereinigten Staaten zu erinnern. Die amerikanische Demokratie erwies sich als unfähig, mit bestimmten grundsätzlichen wirtschaftlichen Problemen wie dem föderalen Haushaltsdefizit oder der Gesundheitsreform fertig zu werden, da die Politiker nicht willens waren, unpopuläre Aufgaben zu erledigen, und insbesondere, geschwinde und radikale Lösungen zu finden. Wenn dies in der reifsten aller Demokratien der Fall ist, überrascht es kaum, dasselbe Verhalten in mehreren halbgereifen osteuropäischen Demokratien anzutreffen. Die Erfahrung mehrerer Länder zeigt, daß je mehr die politische Szene sich zersplittert und je weniger die langfristige Herrschaft einer politischen Gruppe sich institutionalisiert, desto weniger ist die amtierende Regierung geneigt, unpopuläre Maßnahmen mit einer langsam wirkenden politischen Dividende zu ergreifen. Die Aussicht auf eine politische Schlappe in der voraussehbaren Zukunft ist kein Anreiz, sich auf „altruistische“ Reformen mit langfristigen, jahrzehntelanges Vorausdenken erfordernden Auswirkungen einzulassen. Die Politiker neigen noch mehr als die Bevölkerung dazu, im Sinne der wohlbekanntenen Keyneschen Formel „In the long run we are all dead“, zu denken.

Zweites Szenario. Beharrlichkeit und politische Niederlage. Die jetzige Regierung hält an den strengen Prinzipien des Stabilisierungsprogramms fest und ist gewillt, es konsequent durchzuführen, aber ist nicht in der Lage, die politische Unterstützung hierfür zu erhalten. Der Widerstand wächst ständig und zeigt sich möglicherweise in einer das Land paralyisierenden Streikwelle oder Massenprotesten anderer Art. Dies schadet der wirtschaftlichen Situation noch mehr, was noch strengere Maßnahmen notwendig macht, so daß das Land sich in eine selbstzerstörerische Spirale von Restriktion und Widerstand begibt. Wenn dieser Prozeß einen kritischen Punkt er-

reicht, führt er zum politischen Zusammenbruch der jetzigen Regierungspolitik.

Es nützt nichts, in dieser Arbeit darüber zu spekulieren, wann und wie dies geschehen könnte. Könnte es 1998, bei den nächsten Wahlen geschehen? Oder könnte es früher passieren, wenn die Abgeordneten der Regierungsparteien diese bei einer wichtigen Abstimmung im Stich lassen? Ich fasse noch nicht einmal die Möglichkeit ins Auge, daß die Erschütterung sowohl die Regierung als auch die parlamentarische Demokratie zu Fall bringt, weil ich nicht denke, daß dies im heutigen Ungarn eine realistische Gefahr ist.⁸⁶

Wenn die Regierung im Verlauf ihres Festhaltens am Stabilisierungsprogramm politisch unterliegt, ist es sehr wahrscheinlich (wenn auch nicht sicher), daß ihre Nachfolger einer anderen Politik folgen werden. Sie können z.B. auf den ungarischen Weg des „Durchwurstelns“ zurückkommen oder sich auf einen noch gefährlicheren, populistischen Abenteuerkurs einlassen, aber dies deutet wiederum über das zweite Szenario hinaus.

Alle, die aktiven Anteil am Stabilisierungsprogramm nehmen, und alle, die es in Ungarn oder im Ausland unterstützen, müssen einsehen, daß eine politische Niederlage des Programms nicht ausgeschlossen werden kann.⁸⁷

Drittes Szenario. Erfolg erst nach Verspätung. Es lohnt sich, eine Reihe von Alternativen durchzudenken. Eine ist, daß grausame, unpopuläre Stabilisierungsreformen in einer Anzahl autokratischer Länder erfolgreich gewesen sind.⁸⁸ Protesten wurde mit Repression begegnet. Über kurz oder lang zeigten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse der Reform, und da es keine Proteste mehr gab, bestand keine Notwendigkeit mehr für Unterdrückung. Die Regierungen dieser Länder nahmen die Unannehmlichkeiten der Demokratie und der Rede- und Versammlungsfreiheit erst auf sich, als

⁸⁶ Jedoch kann ich diese Möglichkeit unter ähnlichen Umständen in einigen anderen postsozialistischen Ländern, in denen die parlamentarische Demokratie weniger gefestigt ist als die Ungarns, nicht ausschließen.

⁸⁷ Viele ausländische Beobachter ziehen dieses politische Risiko in ihren Kalkulationen zu wenig in Betracht. Ich halte diesen Standpunkt für besonders gefährlich und vielleicht schädlich, wenn er von Leuten vertreten wird, deren Positionen ihnen Einfluß auf ungarische Ereignisse verschaffen, z.B. Teilnehmern an Ungarn betreffenden Entscheidungen ausländischer Regierungen oder internationaler Organisationen. Es hängt auch von diesen ab, ob die im zweiten Szenario beschriebene, Ungarn drohende Gefahr abgewendet wird. Ein Zusammenbruch der politischen Stabilität würde der wirtschaftlichen Stabilisierung das Wasser abgraben, ganz zu schweigen von den direkten, durch radikale Formen des Massenprotests verursachten wirtschaftlichen Schäden.

⁸⁸ Vgl. David Collier, Hrsg. (1979), Peter Evans (1979), Stephan Haggard (1990), Stephan Haggard und Robert R. Kaufman (1989) und John Waterbury (1989).

die beruhigenden wirtschaftlichen Resultate erzielt worden waren. Oft zitierte Beispiele sind Südkorea, Taiwan und Chile.

Es wird unter den Experten auf dem Gebiet des postsozialistischen Übergangs oft debattiert, was die beste Reihenfolge ist, in der man zu Demokratie und Marktwirtschaft führende Reformen angehen könnte.⁸⁹ Es scheint sicher, daß, wenn die politische Reform früher vollendet ist oder schneller vonstatten geht als die Wirtschaftsreform, große, durch die unpopulären Elemente des wirtschaftlichen Übergangs ausgelöste Probleme entstehen müssen.⁹⁰ Daraus ziehen viele die Schlußfolgerung, daß es verhängnisvoll war, die Demokratisierung zu beschleunigen. Es wäre besser gewesen, der chinesischen Strategie zu folgen und zunächst einen Pfad schnellen Wachstums und steigender Lebensstandards einzuschlagen.

Ich kann nicht zustimmen. Meiner Meinung nach hat die Demokratie einen inhärenten Wert, der höher und grundsätzlicher ist als alle anderen. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Unbequemlichkeiten der Demokratie schätze ich Ungarns gefestigte parlamentarische Demokratie als große Errungenschaft ein. Sie bedeutet, daß der Weg zur Unterdrückung von Protest durch Gewaltanwendung glücklicherweise verschlossen ist. Also beschränken wir uns auf ein „drittes Szenario“, in dem die Ereignisse in einem demokratischen Rahmen stattfinden.

Es ist angesichts der ungarischen Bedingungen nicht unrealistisch, auf eine vergleichsweise günstige Entwicklung der Ereignisse zu hoffen. Der Regierung mag es gelingen, besser zu erklären, warum und wie das Stabilisierungsprogramm den Interessen des Volkes dient. Der anfängliche Proteststurm würde sich legen und Geduld zu herrschen anfangen. Die nicht zu weit entfernte Zukunft könnte günstige Trends im Lebensstandards großer Bevölkerungsteile bringen, so daß die Atmosphäre sich verbessert.

Das Wort „könnte“ verdeutlicht die Unsicherheit. Vieles hängt davon ab, wie die aktiven Akteure des Stabilisierungsprogramms, von der Regierung, über Parlament, politische Parteien und Interessengruppen hin zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich verhalten.

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, die Chancen der drei Szenarien und die verschiedenen Zwischen- und gemischten Fälle gegeneinander abzuwägen oder den Alternativen subjektive Wahrscheinlichkeiten zuzuweisen.

⁸⁹ Vgl. z.B. Stephan Haggard und Robert R. Kaufman (1992*b*, S. 332-42).

⁹⁰ Hier suche ich einige Arbeiten aus der reichen Vielzahl von Arbeiten aus, die Chancen und Konsequenzen von Autokratie und Demokratie im Laufe der postsozialistischen Umgestaltung behandeln: László Bruszt (1994*a*, 1994*b*), Béla Greskovits (1994), Valerie Bunce und Mária Csanádi (1992), Claus Offe (1991) und Adam Przeworski (1991).

Ich würde gerne hoffen, daß das dritte Szenario zustande kommt, aber ich bin bereit, das Stabilisierungsprogramm zu unterstützen, selbst wenn das zweite Szenario droht. Ich bin überzeugt, daß das Wohl gegenwärtiger und zukünftiger Generationen von Ungarn von uns verlangt, einen neuen, andauernde Entwicklung sichernden Weg zu finden.

Literatur

- Aberbach, Joel D., Robert D. Putnam und Bert A. Rockman (1981). *Bureaucrats and Politicians in Western Democracies*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Ágh, Attila (1995). „A magyar politika jövője“ (Die Zukunft der ungarischen Politik), *Mozgó Világ*, Februar, 21 (2), S. 17-28.
- Aghion, Philippe und Olivier Jean Blanchard (1993). „On the Speed of Transition in Central Europe“, *Working Paper*, Nr. 6, London: European Bank for Reconstruction and Development, Juli.
- Alt, James E. und Kenneth A. Shepsle, Hrsg. (1990). *Perspectives on positive political economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Amsden, Alice H., Jacek Kochanowicz und Lance Taylor (1994). *The Market Meets Its Match*. Cambridge: Harvard University Press.
- Andorka, Rudolf (1993). „Gazdaság és társadalom dogmák nélkül“ (Dogmafreie Wirtschaft und Gesellschaft), *Népszabadság*, 15. Mai, 51 (112), S. 17, 19.
- Andorka, Rudolf (1994). „Elégedetlenség, elidegenedés, anómia“ (Unzufriedenheit, Entfremdung und Anomie) in *Társadalmi átalakulás: 1992-94. Jelentés a Magyar Háztartás Panel III. hullámának eredményeiről* (Soziale Umgestaltung, 1992-94. Bericht über die Ergebnisse der dritten Phase der Befragung eines Panels ungarischer Haushalte). Hrsg. István György Tóth. Magyar Háztartás Panel, Műhelytanulmányok, Nr. 5, Budapest: BKE, KSH, TÁRKI, Dezember, S. 83-90.
- Antal, László (1994): „Az örökség. A gazdaság helyzete és a feladatok“ (*Die Erbschaft, die Situation der Wirtschaft und die Aufgaben*), *Társadalmi Szemle*, 49 (10), S. 12-21.
- Arthur, W. Brian (1984). „Competing Technologies and Economic Prediction“, *Options*, I.I.A.S.A., Laxenburg, Österreich, April, S. 10-13.
- Árvay, János und András Vértes (1994). *A magánszektor és a rejtett gazdaság súlya Magyarországon, 1980-92. Összefoglaló* (Der Anteil des Privatsektors und der versteckten Wirtschaft in Ungarn. Zusammenfassung). Budapest: Gazdaságkutató Rt, Januar.
- Ash, Timothy N. und Paul G. Hare (1994). „Privatisation in the Russian Federation: Changing Enterprise Behaviour in the Transition Period“, *Cambridge Journal of Economics* Dezember, 18 (4), S. 619-34.
- Balassa, Ákos (1993). „Makrogazdasági folyamatok, 1986-1992“ (Makroökonomische Prozesse, 1986-1992). Manuskript. Budapest. Magyar Nemzeti Bank.
- Balassa, Ákos (1994). „Van-e válság, és ha igen, miféle?“ (Haben wir eine Krise und wenn ja, welcher Art?), *Népszabadság*, 29. Oktober, Band 52, Nr. 254, S. 17 und 21.

- Barro, Robert J. (1974). „Are Government Bonds Net Wealth?“ *Journal of Political Economy*, 82 (6), S. 1095-1117.
- Barro, Robert J. und Herschel I. Grossman (1971). „A General Disequilibrium Model of Income and Employment“, *American Economic Review*, März, 61 (1), S. 82-93.
- Bator, Francis M. (1958). „The Anatomy of Market Failure“, *Quarterly Journal of Economics*, 72 (3), S. 351-379.
- Bauer, Tamás (1981). *Tervgazdaság, beruházás, ciklusok* (Planwirtschaft, Investitionen, Zyklen). Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
- Bauer, Tamás (1983). „The Hungarian Alternative to Soviet-Type Planning“, *Journal of Comparative Economics*, 7 (3), S. 304-316.
- Baumol, William J. (1965). *Welfare Economics and the Theory of the State*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Baumol, William J., John C. Panzar und Robert D. Willig (1982). *Contestable Markets and the Theory of Industry Structure*. New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Becker, Gary S. (1992). „Habits, Addictions, and Traditions“, *Kyklos*, 45 (3), S. 327-346.
- Becker, Gary S. und George J. Stigler (1974). „Law Enforcement, Malfeasance, and Compensation of Enforcers“, *The Journal of Legal Studies*, 3, S. 1-18.
- Békesi, László (1993). „A feladat öt szöglete. Farkas Zoltán interjúja Békesi Lászlóval“ (Die fünf Winkel der Aufgabe. Ein Interview mit László Békesi von Zoltán Farkas), *Társadalmi Szemle*, 48 (3), S. 3-13.
- Békesi, László (1995). „A társadalom még nincs tisztában a gazdasági helyzettel. Karsai Gábor interjúja Békesi Lászlóval“ (Die Gesellschaft ist sich der wirtschaftlichen Lage noch nicht bewußt. Ein Interview mit László Békesi von Gábor Karsai), *Figyelő*, 14. Juli, S. 1-15.
- Békesi, László (1995). „Mást választhatunk, de 'jobbat' aligha“ (Ein anderes Programm kann gewählt werden, aber kaum ein 'Besseres'), *Népszabadság*, 8. Juli, S. 17-18.
- Benassy, Jean-Pascal (1993). „Non-Clearing Markets: Microeconomic Concepts and Macroeconomic Applications“, *Journal of Economic Literature*, Juni, 31 (2), S. 732-761.
- Benton, Lauren A. (1990). *Invisible Factories: The Informal Economy and Industrial Development in Spain*. Albany: State University of New York Press.
- Berg, Andrew (1994). „Supply and Demand Factors in the Output Decline in East and Central Europe“, *Empirica*, Band 21, Nr. 1.
- Berg, Andrew und Jeffrey Sachs (1992). „Structural Adjustment and International Trade in Eastern Europe: The Case of Poland“, *Economic Policy*, April, 7 (14), S. 117-173.
- Binmore, Ken (1992). *Fun and Games. A Text on Game Theory*. Lexington, MA: D.C. Heath & Company.

- Blanchard, Olivier Jean und Stanley Fischer (1989). *Lectures on macroeconomics*. Cambridge: The MIT Press.
- Blanchard, Oliver, Rudiger Dornbusch, Paul Krugman, Richard Layard und Lawrence Summers (1991). *Reform in Eastern Europe*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Bokros, Lajos (1995a). „A leendő pénzügyminiszter huszonöt pontja. Bokros Lajos szakmai cselekvési programjának alapvonalai“ (Die fünfundzwanzig Punkte des zukünftigen Finanzministers. Die grundsätzlichen Ideen von Lajos Bokros' Aktionsprogramm), *Népszabadság*, 17. Februar, S. 15
- Bokros, Lajos (1995b). „Az államháztartásról, a stabilizációról. Dr. Bokros Lajos pénzügyminiszter tájékoztatója“ (Über den Staatshaushalt und die Stabilisierung. Ein Vortrag von Dr. Lajos Bokros, dem Finanzminister), *Pénzügyi Szemle*, 40 (4), S. 259-262
- Bokros, Lajos (1996). „Növekedés és/vagy egyensúly – avagy az 1995. március 12-én meghirdetett stabilizáció tanulságai“ (Wachstums und/oder Stabilisierung – Lehren aus dem am 12. März 1995 verkündeten Stabilisierungsprogramm), *Népszabadság*, 11. März, S. 8.
- Borbély, László András und Judit Neményi (1994). „Az államadósság növekedésének összetevői 1990-92-ben“ (Die Faktoren des Anstiegens der öffentlichen Schulden, 1990-92), *Közgazdasági Szemle*, Band 41, Nr. 2, S. 110-26.
- Borbély, László András und Judit Neményi (1994). „Eladósodás, a külső és belső államadósság alakulása az átmenet gazdaságában (1990-93)“ (Verschuldung, die Entwicklung der externen und internen öffentlichen Schulden in der Übergangswirtschaft), in: *Rendszerváltás és stabilizáció. A piacgazdasági átmenet első éve* (Systemwechsel und Stabilisierung. Die ersten Jahre des Übergangs zu einer Marktwirtschaft), Hrsg. Tamás Mellár, Budapest: Magyar Trendkutató Központ, S. 123-66.
- Bornstein, Morris (1994). „Russia's Mass Privatisation Programme“, *Communist Economies and Economic Transformation*, 6 (4), S. 419-57.
- Bossányi, Katalin (1995). „Aki kapja, marja“ (Wer immer es greifen kann, nimmt es), *Népszabadság*, 7. Oktober, S. 17 und 21.
- Boycko, Maxim, Andrei Shleifer und Robert Vishny (1995). „Privatising Russia“, Cambridge: The MIT Press.
- Bozóki, András (1994). „Vázlat három populizmusról: Egyesült Államok, Argentína és Magyarország“ (Ein Entwurf dreier Arten von Populismus: die Vereinigten Staaten, Argentinien und Ungarn), *Politikatudományi Szemle*, 3 (3), S. 33-68.
- Bozóki, András und Éva Kovács (1991). „A politikai pártok megnyilvánulásai a sajtóban a taxisblokád idején“ (Stellungnahmen der politischen Parteien in der Presse während der Taxifahrerblockade), *Szociológiai Szemle*, (1), S. 109-26.
- Bozóki, András und Sükösd, Miklós (1992). „Civil társadalom és populizmus a kelet-európai demokratikus átmenetekben“ (Die bürgerliche Gesellschaft

- und der Populismus im Prozeß der demokratischen Übergänge in Osteuropa), *Mozgó Világ*, 18 (8), S. 100-12.
- Brabant, Jozef M. van (1990). „Socialist Economics: The Disequilibrium School and the Shortage Economy“, *Journal of Economic Perspectives*, Frühling, 4 (2), S. 157-175.
- Brabant, Jozef M. van (1993). „Lessons from the Wholesale Transformation in the East“, *Comparative Economic Studies*, Winter 1993, 35 (4), S. 73-102.
- Brom, Karla und Mitchell Orenstein (1994). „The Privatised Sector in the Czech Republic: Government and Bank Control in a Transitional Economy“, *Europe-Asia Studies*, 46 (6), S. 893-928.
- Bruno, Michael (1993). *Crisis, Stabilization and Economic Reform: Therapy by Consensus*. Oxford: Oxford University Press.
- Bruszt, László (1992). „Transformative Politics: Social Costs and Social Peace in East Central Europe“, *East European Politics and Societies*, Winter, 6 (1), S. 55-72.
- Bruszt, László (1994a). „Reforming Alliances: Labour, Management, and State Bureaucracy in Hungary's Economic Transition“, *Acta Oeconomica*, 46 (3/4), S. 313-32.
- Bruszt, László (1994b). „Az Antall-kormány és a gazdasági érdekképviseletek“ (Die Regierung Antall und die wirtschaftlichen Interessenvertretungen), in *Kormány a mérlegen, 1990-94* (Beschwichtigung der Regierung, 1990-94). Hrsg. Csaba Gombár, Elemér Hankiss, László Lengyel und Györgyi Várnai. Budapest: Korridor Politikai Kutatások Központja, S. 208-30.
- Buchanan, James und Gordon Tullock (1962). *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Buckley, Robert, Zsuzsa Dániel und Margret Thalwitz (1993). „The Welfare Cost and Transparency of Housing Policies in Socialist Economies: The Hungarian Experience“. Manuskript. Washington, D.C.: Weltbank.
- Bunce, Valerie und Mária Csanádi (1992). „The Systematic Analysis of a Non-System. Post-Communism in Eastern Europe“, in *Flying blind: Emerging democracies in East-Central Europe*. Hrsg. György Szoboszlai. Budapest: Magyar Politikatudományi Társaság. Évkönyv, S. 177-203.
- Burke, Edmund [1790] (1982). *Reflections on the Revolution in France*. London: Penguin Classics.
- Burkett, John P. (1988). „Slack, Shortage and Discouraged Consumers in Eastern Europe: Estimates Based on Smoothing by Aggregation“, *Review of Economic Studies*, Juli, 55 (3), S. 493-505.
- Calvo, Guillermo A. und Fabrizio Coricelli (1992). „Output Collapse in Eastern Europe: the Role of Credit“. Auf der Konferenz von Weltbank und IMF „The Macroeconomic Situation in Eastern Europe“, 4.-5. Juni vorgetragenes Referat.

- Calvo, Guillermo und Fabrizio Coricelli (1993). „Output Collapse in Eastern Europe“, *IMF Staff Papers*, März, Band 40, Nr. 1, S. 32-52.
- Chamberlin, Edward H. [1933] (1962). *The Theory of Monopolistic Competition*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Chikán, Attila (1984). *A vállalati készletezési politika* (Lagerbestandspolitik der Firma). Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
- Chikán, Attila (1994). „Joint Micro and Macro Effects on Inventories in the Transition Economies“, *International Journal of Production Economics*.
- Collier, David, Hrsg. (1979). *The New Authoritarianism in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Commander, Simon und Fabrizio Coricelli (1992). „Output Decline in Hungary and Poland 1990/1991: Structural Change and Aggregate Shocks“. Auf der Konferenz von Weltbank und IMF „The Macroeconomic Situation in Eastern Europe“, 4.-5. Juni vorgetragenes Referat.
- Csaba, László (1993). „Mekkora valójában az államháztartás szerepe az újraelosztásban“ (Eine wie große Rolle spielt der Staatshaushalt tatsächlich in der Umverteilung?), *Közgazdasági Szemle*, 40 (1), S. 63-79.
- Csaba, László (1995). „Gazdaságstratégia helyett konjunktúra-politika“ (Wirtschaftszyklische Politik anstatt wirtschaftlicher Strategie), *Külgazdaság*, 39 (3), S. 36-46.
- Curry, Susan, Edward H. Wagner und Louis H. Grothaus (1990). „Intrinsic and Extrinsic Motivation for Smoking Cessation“, *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 58 (3), S. 310-316.
- Dániel, Zsuzsa (1989). „Housing Demand in a Shortage Economy: Results of a Hungarian Survey“, *Acta Oeconomica*, 41 (1-2), S. 157-180.
- Davis, Christopher und Wojciech Charemza, Hrsg. (1989). *Models of Disequilibrium and Shortage in Centrally Planned Economies*. London: Chapman & Hall.
- Dervis, Kemal und Timothy Condon (1994). „Hungary – Partial Successes and Remaining Challenges: the Emergence of a 'Gradualist' Success Story?“ in *The Transition in Eastern Europe*. Hrsg. O.J. Blanchard, K.A. Froot und J.D. Sachs. Chicago: University of Chicago Press, S. 123-152.
- Dewatripont, Michel und Gérard Roland (1992). „The Virtues of Gradualism and Legitimacy in the Transition to a Market Economy“, *The Economic Journal*, März, 102 (411), S. 291-300.
- Dixit, Ainish und Joseph E. Stiglitz (1977). „Monopolistic Competition and Optimum Product Diversity“, *American Economic Review*, Juni, 67 (3), S. 297-308.
- Dlouhy, Vladimír und Jan Mládek (1994). „Privatization and Corporate Control in the Czech Republic“, *Economic Policy*, Zusatzausgabe, Dezember, (19), S. 156-70.

- Domar, Evsey (1989). „The Blind Men and the Elephant: An Essay on Isms“, in *Capitalism, Socialism, and Serfdom*. Hrsg. E. Domar. Cambridge: Cambridge University Press, S. 29-46.
- Dornbusch, Rudiger und Sebastian Edwards (1990). „The Macroeconomics of Populism in Latin America“, *Journal of Development Economics*, 32 (2), S. 247-77.
- Dornbusch, Rudiger und Stanley Fischer (1993). „Moderate Inflation“, *The World Bank Economic Review*, 7 (1), S. 1- 44.
- EBRD (1995). *Economics of Transition*, Band 3, Nr. 1.
- Ehrlich, Éva (1979). „Japán, a felzárkózás anatómiája“ (Japan – die Anatomie des Aufholens). Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
- Ékes, Ildikó (1991). „A második gazdaság az átmenet időszakában és a piac fejlődése“ (Die zweite Wirtschaft in der Übergangsperiode und die Entwicklung des Marktes). Manuskript. Budapest: Központi Statisztikai Hivatal.
- Elliott, John E. und Abu F. Dowlah (1993). „Transition Crises in the Post-Soviet Era“, *Journal of Economic Issues*, Juni, 27 (2), S. 527-35.
- Elster, Jon (1979). *Ulysses and the Sirens. Studies in Rationality and Irrationality*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Erasmus, Desiderius (1516). *Institutio principis christiani*. Basileae: Froben, 1516. (deutsch: (1521) *Eine nützliche Unterweisung eines christlichen Fürsten*. Zürich: Froschauer; englisch: (1968) *The Education of the Christian Prince*. New York: W. W. Norton.).
- Erdős, Tibor (1992). „A gazdaság stabilizálásáról“ (Zur Frage der Stabilisierung der Wirtschaft), *Közgazdasági Szemle*, 39 (11), S. 985-1000.
- Erdős, Tibor (1994). „A tartós gazdasági növekedés realitásai és akadályai“ (Die Realitäten andauernden wirtschaftlichen Wachstums und seine Hindernisse), *Közgazdasági Szemle*, Juni, 41 (6), S. 463-77.
- Esti, Nóra (1991). „A magyarországi kisvállalkozások helyzetének és lehetőségeinek alakulása 1991-ben“ (Der Trend in der Situation und den Aussichten für die Kleinunternehmen in Ungarn 1991). Manuskript. Budapest: Gazdaságkutató Intézet.
- Evans, Peter (1979). *Dependent Development: The alliance of multinational, state, and local capital in Brazil*. Princeton: Princeton University Press.
- Fazekas, Károly und János Köllö (1985). „Fluctuations of Labour Shortage and State Intervention after 1968“, in *Labour Market and Second Economy in Hungary*. Hrsg. Péter Galasi und György Sziráczi. Frankfurt: Campus Verlag.
- Fehér, Ferenc, Ágnes Heller und György Márkus (1979). *Diktatur über die Bedürfnisse. Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen*. Hamburg: VSA-Verlag, 1979. (englisch: (1983) *Dictatorship over Needs*. Oxford: Basil Blackwell und New York: St. Martin's Press.)

- Ferge, Zsuzsa (1991a). „The Social Safety Net in Hungary: A Brief Survey“, in *Social Safety Nets in East/Central Europe*. Manuskript. Cambridge, MA: Harvard University, Kennedy School of Government.
- Ferge, Zsuzsa (1991b). „Marginalization, Poverty and Social Institutions“, *Labor and Society*, 16 (3), S. 417-438.
- Ferge, Zsuzsa (1994). „Szabadság és biztonság“ (Freiheit und Sicherheit), *Esély*, (5), S. 2-24.
- Fischer, Stanley (1987). „The Israeli Stabilization Program, 1985- 1986“, *The American Economic Review*, Band 77, Nr. 2, Mai, S. 275-78.
- Föderales Finanzministerium (Prag) (1992). „Coupon Privatization: An Information Handbook“, *Eastern European Economics*, Sommer, 30 (4), S. 5-38.
- FRATERNITÉ Rt. (1991). *Jelentés a társadalombiztosítás reformjáról* (Bericht über die Reform des Sozialversicherungssystems), Budapest.
- Friedman, Milton (1968). „The Role of Monetary Policy“, *American Economic Review*, 58 (1), S. 1-17.
- Fudenberg, Drew und Jean Tirole (1991). *Game Theory*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Funke, Norbert (1993). „Timing and Sequencing of Reforms: Competing Views and the Role of Credibility“, *Kyklos*, 46 (3), S. 337-62.
- Gábor, István R. (1979). „The Second (Secondary) Economy. Earning Activity and Regrouping of Income Outside the Socially Organized Production and Distribution“, *Acta Oeconomica*, 22 (3/4), S. 291-311.
- Gábor, István R. (1985). „The Major Domains of the Second Economy“, in *Labour Market and Second Economy in Hungary*, Hrsg. P. Galasi und György Szirácski. Frankfurt und New York: Campus.
- Gábor, István R. und T.D. Horváth (1978). „Bukás és visszavonulás a magánkiszármagban“ (Versagen und Rückzug in der privaten Kleinindustrie), *Közgazdasági Szemle*, 34, S. 404-19.
- Gács, János (1991a). „A liberó második éve“ (Das zweite Jahr der Liberalisierung), *Figyelo*, 3. Januar.
- Gács, János (1991b). „Liberalization of the Hungarian Foreign Trade, 1968-1990“, in *Foreign Economic Liberalization: Transformations in Socialist and Market Economies*. Hrsg. András Köves und Paul Marer. Boulder, San Francisco und Oxford: Westview Press.
- Gács, János (1994). „Trade Liberalization in the CSFR, Hungary and Poland: Rush and Reconsideration“, in *International Trade and Restructuring in Eastern Europe*. Hrsg. János Gács und Georg Winckler. Laxenburg: I.I.A.S.A. und Physica-Verlag, S. 123-51.
- Gazsó, Ferenc und István Stumpf (1995). „Pártok és szavazóbázisok két választás után“ (Parteien und ihre Anhängerschaften nach den Wahlen), *Társadalmi Szemle*, Juni, 50 (6), S. 3-17.

- Gém, Erzsébet (1991). „Hitelt – de honnan? A vállalkozásfinanszírozás rendszere Magyarországon“ (Kredit – aber woher? Das System der Unternehmerfinanzierung in Ungarn). Manuskript. Budapest: KOPINT-DATORG.
- Goldfeld, Stephen M. und Richard E. Quandt (1990a). „Rationing, Defective Inputs and Bayesian Updates under Central Planning“, *Economics of Planning*, 23 (3), S. 161-173.
- Goldfeld, Stephen M. und Richard E. Quandt (1990b). „Output Targets, Input Rationing and Inventories“, in *Optimal Decisions in Market and Planned Economies*. Hrsg. Richard E. Quandt und Dusan Triska. Boulder, Co.: Westview Press, S. 67- 81.
- Gombár, Csaba (1995). „Száz nap, vagy amit akartok“ (Hundert Tage oder was Sie wollen) in *Kérdőjelek: a magyar kormány 1994-95* (Befragung: Die ungarische Regierung 1994-95). Hrsg. Csaba Gombár, Elemér Hankiss, László Lengyel und György Várnai. Budapest: Korridor Politikai Kutatások Központja, S. 235- 59.
- Gomulka, Stanislaw (1985). „Kornai's Soft Budget Constraint and the Shortage Phenomenon: A Criticism and Restatement“, *Economics of Planning*, 19 (1), S. 1-11.
- Gomulka, Stanislaw (1991a). „The Puzzles of Fairly Fast Growth and Rapid Collapse under Socialism“, Socialist Economies Reform Unit, Country Economics Department, Weltbank *Research Paper Series*, Nr. 18.
- Gomulka, Stanislaw (1991b). „The Causes of Recession following Stabilization“, *Comparative Economic Studies*, 33 (2).
- Greskovits, Béla (1993a). „Dominant Economy, Subordinated Politics. The Absence of Economic Populism in the Transition of East Central Europe“, *Working Paper*, Nr. 1, The Central European University, Politwissenschaftliche Fakultät, Juli.
- Greskovits, Béla (1993b). „The Loneliness of the Economic-Policy Maker. An Approach Based on Reviewing the Literature on the Politics of Economic Transition in LDCs, and Eastern Europe“. Referat auf dem Radziejowice Workshop der Polnischen Akademie der Wissenschaften zum Thema „Institutionalizing Social Transformations“.
- Greskovits, Béla (1994). *A tiltakozás és türelem politikai gazdaságtanáról. Latin-Amerika és Közép-Kelet-Európa átalakulásának tapasztalatai alapján* (Zur politischen Ökonomie des Protests und der Geduld. Die osteuropäische und lateinamerikanische Erfahrung). Manuskript. Budapest: Közép- Európai Egyetem, Politikai Tudományok Tanszéke.
- Greskovits, Béla (1995). „Demokrácia – szegény országban“ (Demokratie – in einem armen Land), *Társadalmi Szemle*, Mai, 50 (5), S. 3-23.
- Grosfeld, Irena (1989). „Disequilibrium Models of Investment“, in *Models of Disequilibrium and Shortage in Centrally Planned Economies*. Hrsg. Christopher

- Davis und Wojciech W. Charemza. New York: Chapman & Hall, S. 361-374.
- Haggard, Stephan (1990). *Pathways from the periphery. The politics of growth in the newly industrializing countries*. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Haggard, Stephan und Robert R. Kaufman (1989). „Economic Adjustment in New Democracies“, in Joan M. Nelson und Beitragende. *Fragile coalitions. The politics of economic adjustment*. New Brunswick und Oxford: Transaction Books, S. 57-78.
- Haggard, Stephan und Robert R. Kaufman (1992a). „The Political Economy of Inflation and Stabilization in Middle-Income Countries“, in *The politics of economic adjustment*. Hrsg. Stephan Haggard und Robert R. Kaufman. Princeton: Princeton University Press, S. 271-315.
- Haggard, Stephan und Robert R. Kaufman (1992b). „Economic Adjustment and the Prospects for Democracy“, in *The politics of economic adjustment*. Hrsg. Stephan Haggard und Robert R. Kaufman. Princeton: Princeton University Press, S. 319-50.
- Hall, Peter A. (1986). *Governing the Economy: The Politics of State Intervention in Britain and France*. New York: Oxford University Press.
- Hámor, Szilvia (1993). „Töke nélkül ma már nincs előrelépés“ (Heute kann es keinen Fortschritt ohne Kapital geben), *Népszabadság* 19. Mai, 51 (115), S. 17.
- Hansen, Alvin H. (1964). *Business Cycles and National Income*. Erweiterte Ausgabe. New York: W.W. Norton & Co.
- Hare, Paul (1989). „The Economics of Shortage in the Centrally Planned Economies“, in *Models of Disequilibrium and Shortage in Centrally Planned Economies*. Hrsg. Christopher Davis und Wojciech W. Charemza. New York: Chapman & Hall, S. 49-81.
- Hart, Oliver D. (1982). „A Model of Imperfect Competition with Keynesian Features“, *Quarterly Journal of Economics*, Februar, 47 (1), S. 109-138.
- Hart, Oliver D. (1984). „Imperfect Competition in General Equilibrium: An Overview of Recent Work“, in *Frontiers of Economics*. Hrsg. Kenneth J. Arrow und Seppo Honkapohja. Oxford: Blackwell.
- Hausner, Jerzy (1992). „Populist Threat in Transformation of Socialist Society“, *Economic and Social Policy*, Nr. 29, Warschau: Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, Dezember.
- Hayek, Friedrich A., Hrsg. (1935). *Collectivist Economic Planning*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Helpman, Elhanan (1990). *Monopolistic Competition in Trade Theory*. Princeton: Princeton University Press.
- Hess, Eckhard H. (1973). *Imprinting. Early Experience and the Developmental Psychobiology of Attachment*. New York: D. Van Nostrand Company.

- Hillion, Pierre und S. David Young (1995). „The Czechoslovak Privatization Auction: An Empirical Investigation“. Manuscript. INSEAD, Mai.
- Hirschman, Albert O. (1977). *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before Its Triumph*. Princeton: Princeton University Press.
- Holzmann, Robert, János Gács und Georg Winckler, Hrsg. (1995). *Output Decline in Eastern Europe: Unavoidable, External Influence or Homemade?*. International Studies in Economics and Econometrics, Band 34, Dordrecht, Boston und London: Kluwer Academic Publishers.
- Illés, Iván, Kálmán Mizsei und Iván Szegvári (1991). „Válaszúton a Közép-európai gazdasági együttműködés“ (Die zentraleuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit am Scheideweg), *Európa Fórum*, 1 (2), S. 28-42.
- International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds) (1991). *Government Finance Statistical Yearbook*. Washington, D.C. 1991.
- International Monetary Fund, IBRD, OECD, EBRD (1990). „The Economy of the USSR: Summary and Recommendations“. Eine Arbeit auf Bitte des Houston-Gipfels der G-7, Washington, D.C.
- Jantscher, Milka Casanegra de, Carlos Silvani und Charles L. Vehorn (1991). *Modernizing Tax Administration in Eastern Europe*. Washington, D.C.: Internationaler Währungsfonds.
- Kaase, Max (1992). „Political Culture and Political Consolidation in Central and Eastern Europe“. Manuskript. Auf der Konferenz über „Demokratische Regierungen und den Übergang von Plan zu Markt“ vorgetragenes Referat, Twente University.
- Kapitány, Zsuzsa (1989). „Kereslet és kínálat a 80-as évek autópiacán“ (Angebot und Nachfrage auf dem Automarkt der achtziger Jahre), *Közgazdasági Szemle*, Juni, 36 (6), S. 592- 611.
- Kapitány, Zsuzsa (1993). „Elosztási mechanizmusok és vevői viselkedés Kelet-Európa autópiacán“ (Allokationsmechanismen und Verbraucherverhalten auf den osteuropäischen Automärkten). Manuskript. Budapest: MTA Közgazdaságtudományi Intézet.
- Kapitány, Zsuzsa, János Kornai und Judit Szabó (1982). „Reproduction of Shortage on the Hungarian Car Market“, *Soviet Studies*, April, 36 (2), S. 236-256.
- Kaufman, Robert R. und Barbara Stallings (1991). „The Political Economy of Latin American Populism“, in *The macroeconomics of populism in Latin America*. Hrsg. Rudiger Dornbusch und Sebastian Edwards. Chicago und London: The University of Chicago Press, S. 15-34.
- Kende, Péter (1994). „Politikai kultúra, civil társadalom és elit az 1988 utáni Magyarországon“ (Politische Kultur, bürgerliche Gesellschaft und Elite in Ungarn nach 1988), in Péter Kende. *Miért nincs rend Kelet-Közép Európában?* (Warum in Zentralosteuropa keine Ordnung herrscht). Budapest: Osiris und Századvég, S. 244-357.

- Kenen, Peter B. (1991). „Transitional Arrangements for Trade and Payments Among the CMEA Countries“, *IMF Staff Papers*, 38 (2), S. 235-267.
- Kéri, László (1994). „Mari néni, a száz nap, meg az egyszerű nép“ (Tante Maria, die hundert Tage und die Menschen), *Népszabadság*, 24. Oktober, S. 13.
- Kessides, Christine, Kenneth Davey, Robert Holzman, John Micklewright, Andrew Smith und Carlos Hinayon (1991). *Hungary: Reform of the Social Policy and Distribution System*. Washington, D.C.: Weltbank.
- Király, Júlia (1992). „Tartós tendencia vagy pillanatnyi robbanás?“ (Ist es eine anhaltende Tendenz oder eine zeitweilige Explosion?) *Napi Gazdaság*, 17. Oktober, 2 (240), S. 4.
- Kis, János (1994). „Veszélyből esély – Kis János a koalícióról“ (Eine aus der Gefahr entspringende Chance – János Kis über die Koalition), *168 óra*, 14. Juni, S. 7.
- Köllö, János (1990). „Munkaerőpiac: Mitől legyünk pesszimisták“ (Der Arbeitsmarkt: Warum man pessimistisch sein sollte), in *Társadalmi riport 1990*. Hrsg. Rudolf Andorka, Tamás Kolosi und György Vukovich. Budapest: TÁRKI.
- Köllö, János (1991). „A foglalkoztatáspolitikai igazi dilemmája“ (Das wahre Dilemma der Beschäftigungspolitik), *Figyelo*, 35, 22. August, S. 3.
- Kolodko, Grzegorz W. (1993). *From Output Collapse to Sustainable Growth in Transition Economies. The Fiscal Implications*. Institut für Finanzen Working Papers Nr. 35, Warschau.
- Kolodko, Grzegorz W. (1992). „Stabilization, Recession and Growth in Post-socialist Economy“. *Working Papers*. Warschau: Institut für Finanzen, Nr. 29.
- Kolodko, Grzegorz und Walter W. McMahon (1987). „Stagflation and Shortage-flation: A Comparative Approach“, *Kyklos*, 40 (2), S. 176-197.
- KOPINT-DATORG (1993). *Ipari konjunkturúrateszt eredmények* (Testresultate zur industriellen Aktivität). Viertes Quartal.
- Kopits, George (1991). *Fiscal Reform in European Economies in Transition*. Washington, D.C.: Internationaler Währungsfonds.
- Kopits, György (1994). „Félúton az átmenetben“ (Auf halbem Weg im Übergang), *Közgazdasági Szemle*, Band 41, Nr. 6, S. 478- 97.
- Kopits, George, R. Holzman, G. Schieber und E. Sidgwick (1990). *Social Security Reform in Hungary*. Washington, D.C.: Internationaler Währungsfonds.
- Kornai, János [1957] (1959). *Overcentralization in Economic Administration*. Oxford: Oxford University Press.
- Kornai, János (1971). *Anti-Equilibrium*. Amsterdam: North-Holland. (deutsch: (1975) *Anti-Äquilibrium*. Berlin, Heidelberg: Springer.)
- Kornai, János (1972). *Rush versus harmonic growth*. Amsterdam: North-Holland.
- Kornai, János (1979). „Resource-Constrained Versus Demand-Constrained Systems“, *Econometrica*, Juli, 47 (4), S. 801- 819.
- Kornai, János (1980). *Economics of Shortage*. Amsterdam: North-Holland.

- Kornai, János (1983). „Comments on the Present State and Prospects of the Hungarian Economic Reform“, *Journal of Comparative Economics*, 7 (3), S. 225-252.
- Kornai, János (1986a). „The Soft Budget Constraint“, *Kyklos*, 39 (1), S. 3-30.
- Kornai, János (1986b). „The Hungarian Reform Process: Visions, Hopes and Reality“, *Journal of Economic Literature*, Dez., 24 (4), S. 1687-1737.
- Kornai, János (1988). „Individual Freedom and Reform of the Socialist Economy“, *European Economic Review*, 32 (2-3), S. 233-267.
- Kornai, János [1989] (1990). *The Road to a Free Economy. Shifting from a Socialist System: The Example of Hungary*. Budapest: HVG Kiadó und New York: Norton.
- Kornai, János (1992a). „The Principles of Privatization in Eastern Europe“, *De Economist*, 140 (2), S. 153-176.
- Kornai, János (1992b). *The Socialist System. The Political Economy of Communism*. Princeton: Princeton University Press und Oxford: Oxford University Press. (deutsch: (1995) *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*. Baden-Baden: Nomos, 1995.)
- Kornai, János (1992c). „Visszaesés, veszteglés vagy fellendülés“ (Rezession, Stagnation oder Erholung), *Magyar Hírlap*, 24. Dezember, 25 (302), S. 12-13.
- Kornai, János (1995a). „A Steep Road. A Conversation with János Kornai“ (Ein Interview mit László Zsolt Szabó), *The Hungarian Quarterly*, Sommer, 36, S. 11-20.
- Kornai, János (1995b). *Highway and Byways*. Budapest: Századvég Kiadó und Cambridge: MIT Press.
- Kornai, János (1996): „Adjustment without Recession. A Case Study of Hungarian Stabilization“. Auf dem OECD-CCET-Kolloquium „Economic Transformation and Development of Central and Eastern Europe: What Lessons from the 1990s?“ am 29.-30. Mai in Paris vorgetragenes Referat. Im Erscheinen in *Lessons from Economic Transition*. Hrsg. Salvatore Zecchini.
- Kornai, János und Ágnes Matits (1987). *A vállalatok nyereségének bürokratikus újraelosztása* (Die bürokratische Umverteilung des Gewinnes der Firmen). Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
- Kornai, János und Jörgen Weibull (1978). „The Normal State of the Market in a Shortage Economy: A Queue Model“, *Scandinavian Journal of Economics*, 80 (4), S. 375-98.
- Kornai, János und Jörgen W. Weibull (1983). „Paternalism, Buyers' and Sellers' Market“, *Mathematical Social Sciences*, 7 (2), S. 153-169.
- Körösényi, András (1995). „Kényszerkoalíció vagy természetes szövetség“ (Erzwungene Koalition oder natürliche Allianz), in *Kérdőjelek: a magyar kormány 1994-95* (Untersuchung: Die ungarische Regierung 1994-95). Hrsg. Csaba Gombár, Elemér Hankiss, László Lengyel und Györgyi Várnai. Budapest: Korridor Politikai Kutatások Központja, S. 260-80.

- Kovács, Ilona (1993). „Tényleg túl sokat fogyasztunk?“ (Konsumieren wir wirklich zuviel?) *Közgazdasági Szemle*, 40 (78), S. 663-679.
- Köves, András (1995a). „Egy alternatív gazdaságpolitika szükségessége és lehetősége“ (Die Notwendigkeit und der Spielraum für eine alternative Wirtschaftspolitik), *Külgazdaság*, Juni, 39 (6), S. 4-17.
- Köves, András (1995b). „Gazdaságpolitikai dilemmák és lehetőségek a Bokros-csomag után“ (Wirtschaftspolitische Dilemmata und Möglichkeiten nach dem Bokros-Paket), *Külgazdaság*, 39 (11), S. 4-18.
- Köves, András, Kamilla Lányi und Gábor Oblath, et al. (1993). „Az exportorientált gazdaságpolitika feltételei és eszközei 1993-ban“ (Die Bedingungen und Mittel der exportorientierten Wirtschaftspolitik), *Külgazdaság*, Mai, 37 (5), S. 4-22.
- Kowalik, Tadeusz (1992). „Can Poland Afford a Swedish Model? Social Contract as the Basis for Systemic Transformation“. Referat auf der Konferenz über „Post-Socialism: Problems and Prospects“, Ambleside, Cumbria, 3.-6. Juli.
- Krugman, Paul R. (1979). „Increasing Returns, Monopolistic Competition and International Trade“, *Journal of International Economics*, November, 9 (4), S. 469-479.
- Krugman, Paul R. (1994). *Peddling Prosperity. Economic sense and nonsense in the age of diminished expectations*. New York and London: W.W. Norton and Company.
- Kuenne, Robert E. (1967). „Quality Space, Interproduct Competition, and General Equilibrium Theory“, in *Monopolistic Competition Theory: Studies in Impact*. Hrsg. R.E. Kuenne. New York, Wiley.
- Kurtán, Sándor, Péter Sándor und László Vass, Hrsg. (1991). *Magyarország politikai évkönyve 1991* (Ungarisches politisches Jahrbuch 1991). Budapest: Ökonómia Alapítvány und Economix Rt.
- Lackó, Mária (1975). „Consumer Savings and the Supply Situation“, *Acta Oeconomica*, 15 (3-4), S. 365-84.
- Lackó, Mária (1989). „A beruházási hitelpiac feszültségeinek újratermelődése Magyarországon“ (Die Reproduktion der Spannungen auf dem Investitionskreditmarkt in Ungarn), *Közgazdasági Szemle*, Nov., 36 (11), S. 1323-1341.
- Lackó, Mária (1995). „Ungarns versteckte Wirtschaft im internationalen Vergleich – auf dem Elektrizitätsverbrauch der Haushalte und den Wechselkursen beruhende Schätzungsmethode“, auf der Konferenz „Ungarn Richtung Marktwirtschaft“, 20.-21. Oktober, Budapest vorgetragenes Referat, Discussion Paper Series, Institut für Wirtschaftswissenschaften, Budapest.
- Laffont, Jean-Jacques (1985). „Fix-Price Models. A Survey of Recent Empirical Work“, in *Frontiers of Economics*. Hrsg. Kenneth J. Arrow und Seppo Honkapohja. Oxford und New York: Basil Blackwell, S. 328-367.
- Laky, Teréz (1984). „Mítoszok és valóság: Kisvállalkozások Magyarországon“ (Mythos und Realität: Kleine Betriebe in Ungarn), *Valóság*, Januar, (1).

- Laky, Teréz (1995). „A magángazdaság kialakulása és a foglalkoztatottság“ (Entwicklung der Privatwirtschaft und Beschäftigung), *Közgazdasági Szemle*, 42 (7/8), S. 685-709.
- Lányi, Kamilla, Hrsg. (1991). *A gyors változások területei a magyar gazdaságban* (Die Bereiche schneller Veränderungen in der ungarischen Wirtschaft). Budapest: KOPINT-DATORG.
- Lány, Kamilla (1994-1995). „Alkalmazkodás és gazdasági visszaesés Magyarországon és más országokban. I. Tények és magyarázatok. II. Gazdasáspolitikai és szelekció“ (Anpassung und Wirtschaftsrezession in Ungarn und in anderen Ländern. I. Tatsachen und Erklärung. II. Wirtschaftspolitik und Auswahl), *Társadalmi Szemle*, 49 (12), S. 13-25 und 50 (10), S. 3-19.
- Lányi, Kamilla und Gábor Oblath, Hrsg. (1991). *A világgazdaság és a magyar gazdaság helyzete és kilátásai 1991 végén* (Der Zustand der Weltwirtschaft und die Aussichten für die ungarische Wirtschaft Ende 1991). Budapest: KOPINT-DATORG.
- Larrain, Felipe und Marcelo Selowsky, Hrsg. (1991). *The Public Sector and the Latin American Crisis*, San Francisco, ICS Press, International Center for Economic Growth.
- Laski, Kazimierz (1990). „O niebezpieczeństwach związanych z planem stabilizacji gospodarki narodowej“ (Über die mit dem Plan zur Stabilisierung der Volkswirtschaft verbundenen Unsicherheiten). *Gospodarka Narodowa*, 1 (2-3), S. 5-9. Auch auf deutsch veröffentlicht in *Wirtschaftspolitische Blätter*, 1990, Nr. 5.
- Laski, Kazimierz, Amit Bhaduri, Friedrich Levčík, Dragoslav Avramovic, János Fath, Michael Landesmann und Dariusz K. Rosati (1993). *Transition from the Command to the Market System. What Went Wrong and What to Do Now*. Manuskript. Wien: Wiener Institut für vergleichende Wirtschaftsstudien.
- Lázár, Guy (1993). „Jólét vagy szabadság? Közvélemény-kutatások a rendszerváltásról“ (Wohlfahrt oder Freiheit? Meinungsumfragen zum Systemwechsel), *Mozgó Világ*, August, 19 (8), S. 38-51.
- Lengyel, György (1994). „Vélemények a gazdaságról“ (Meinungen zur Wirtschaft), in *Társadalmi átalakulás, 1992-94. Jelentés a Magyar Háztartás Panel III. hullámának eredményeiről* (Soziale Umgestaltung 1992-94. Bericht über die Resultate der dritten Phase der ungarischen Haushaltspanelumfrage). Hrsg. István György Tóth. Magyar Háztartás Panel. Műhelytanulmányok, Nr. 5, Budapest: BKE, KSH, TÁRKI, Dezember, S. 91-9.
- Lengyel, László (1995). „Egérfogó“ (Mausefalle), in *Kérdőjelek: a magyar kormány 1994-95* (Untersuchung: Die ungarische Regierung 1994-95) Hrsg. Csaba Gombár, Elemér Hankiss, László Lengyel und Györgyi Várnai. Budapest: Korridor Politikai Kutatások Központja, S. 13-49.
- Lindbeck, Assar (1988). „Consequences of the Advanced Welfare State“, *World Economy*, 11 (März), S. 19-37.

- Lindbeck, Assar (1990). „The Swedish Experience“, Institut für Internationale Wirtschaftsstudien, Universität Stockholm, Seminararbeit Nr. 482. Auf der OECD-Konferenz zum Übergang zur Marktwirtschaft in Zentral- und Osteuropa, Paris, 28.-30. November 1990 vorgetragenes Referat.
- Lindbeck, Assar, Per Molander, Torsten Persson, Olof Petersson, Agnar Sandmo, Birgitta Swedenborg und Niels Thygesen (1994). *Turning Sweden Around*. Cambridge, Mass. und London: The MIT Press.
- Lipton, David und Jeffrey Sachs (1990a). „Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland“, *Brookings Papers on Economic Activity*, (1), S. 75-133.
- Lipton, David und Jeffrey Sachs (1990b). „Privatization in Eastern Europe: The Case of Poland“, *Brookings Papers on Economic Activity*, (2), S. 293-333.
- Magyar Köztársaság Kormánya (Die Regierung der Ungarischen Republik) (1994). *A Magyar Köztársaság Kormányának privatizációs stratégiája* (Die Privatisierungsstrategie der Regierung der ungarischen Republik). Budapest: 11. November.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1990). *Éves jelentés 1990* (Jahresbericht, 1990). Budapest.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1991a). *Quartalsbericht*. Budapest, Nr. 4.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1991b). *Annual Report 1991*. Budapest.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1992). *Annual Report 1992*. Budapest.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1993). *Monthly Report*, Nr. 1, Januar.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1994). *Annual Report 1993*. Budapest.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1995a). *Annual Report 1994*, Budapest.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1995b). *Monthly Report*, Nr. 3.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1996a). *Havi Jelentés*, Nr. 2.
- Magyar Nemzeti Bank (Ungarische Nationalbank) (1996b). *Előterjesztés és jelentés az 1996. évi rendes közgyűlésnek a Magyar Nemzeti Bank 1995. évi üzletéről* (Vortrag und Bericht vor der Jahreshauptversammlung 1996 über den Geschäftsplan der Ungarischen Nationalbank). Budapest, April.
- Major, Iván und Péter Mihályi (1994). „Privatizáció – hogyan tovább?“ (Privatisierung – wie man sie weiter entwickeln sollte?), *Közgazdasági Szemle*, März, 41 (3), S. 214-28.
- Malinvaud, Edmond (1977). *The Theory of Unemployment Reconsidered*. Oxford: Blackwell.

- Manchin, Róbert und Lajos Géza Nagy (1991a). *Ismeretek és vélemények az adóról* (Information und Meinungen zur Besteuerung). Budapest: Magyar Gallup Intézet.
- Manchin, Róbert und Lajos Géza Nagy (1991b). *Vélemények gazdaságról, életszínvonalról, politikai intézményekről* (Meinungen über die Wirtschaft, den Lebensstandard und die politischen Institutionen). Budapest: Magyar Gallup Intézet.
- Marshall, Alfred [1890] (1961). *Principles of Economics*. London: Macmillan.
- Martos, Béla (1983). „Gazdasági szabályozási struktúrák és működésük. A nem walrasi eset“ (Wirtschaftliche Kontrollstrukturen und ihr Funktionieren. Der Nicht-Walrasianische Fall). Manuskript. Budapest: MTA Közgazdaságtudományi Intézet.
- Marx, Karl und Friedrich Engels [1848] (1970). „Manifest der Kommunistischen Partei“, in Karl Marx, *Die Frühschriften*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 525-60.
- Mihályi, Péter (1993). „Plunder – Squander – Plunder. The Strange Demise of State Ownership“, *The Hungarian Quarterly*, Sommer, 34, S. 62-75.
- Mihályi, Péter (1994). „Privatization in Hungary: An Overview“, in *Privatization in the transition process. Recent experiences in Eastern Europe*. Hrsg. Yilmaz Akyüz, Detlef J. Kotte, András Köves und László Szamuely. Genf und Budapest: United Nations Conference on Trade and Development und Kopint-Datorg, S. 363- 85.
- Mihályi, Péter (1995). „Privatization in Hungary: Now Comes the 'Hard Core' „. Manuskript. Auf dem V. Weltkongreß für Zentral- und Osteuropastudien, Warschau, 6.-11. August vorgetragen Referat.
- Mises, Ludwig von [1920] (1935). „Economic Calculations in the Socialist Commonwealth“, in *Collectivist Economic Planning* Hrsg. Friedrich A. Hayek. London: Routledge & Kegan Paul, S. 87-130.
- Mitchell, Brian R. (1976). *European Historical Statistics 1750-1970*. Aylesbury, England: Hazell Watson & Voney.
- Mitchell, William D. (1969). *Essays on the Early History of the Law Merchant*. New York: Burt Franklin.
- Mizsei, Kálmán (1992). „Privatisation in Eastern Europe: A Comparative Study of Poland and Hungary“, *Soviet Studies*, 44 (2), S. 283-96.
- Móra, Mária (1990). „Az állami vállalatok (ál)privatizációja“ (Die (Pseudo-)privatisierung staatseigener Firmen). Manuskript. Budapest: Gazdaságkutató Intézet.
- Móra, Mária (1991). „The (Pseudo-)Privatization of State-Owned Enterprise“, *Acta Oeconomica*, 43 (1-2), S. 37-58.
- Móra, Mária (1992). „Változások a csődkezelésben – nyolcvanas évektől napjainkig“ (Veränderungen im Umgang mit Bankrotten – von den achtziger Jahren bis in unsere Tage), *Vezetéstudomány* (4), S. 18-23.

- Munkaügyi Kutatóintézet (1994). *Munkaerőpiaci helyzetjelentés. A munkaerőpiac keresletét és kínálatát alakító folyamatok.* (Bericht über den Arbeitsmarkt. Die Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt formenden Prozesse). Budapest, April.
- Murphy, Emma (1993). „Israel“, in *Economic and political liberalization in the Middle East*. Hrsg. Tim Niblock und Emma Murphy. London und New York: British Academic Press.
- Muraközy, László (1993). „Az átmenet költségvetése Magyarországon, 1986-1992“ (Der ungarische Staatshaushalt in der Übergangsperiode, 1986-1992). Manuskript. Debrecen: Kossuth Lajos Tudományegyetem.
- Murrell, Peter (1990a). *The Nature of Socialist Economies: Lessons from Eastern European Foreign Trade*. Princeton: Princeton University Press.
- Murrell, Peter (1990b). „An Evolutionary Perspective on Reform of the Eastern European Economies“. Manuskript. College Park: University of Maryland.
- Murrell, Peter (1992). „Evolutionary and Radical Approaches to Economic Reform“, *Economics of Planning*, 25 (1), S. 79-95.
- Murrell, Peter und Yijiang Wang (1993). „When Privatization Should Be Delayed: The Effect of Communist Legacies on Organizational and Institutional Reforms“, *Journal of Comparative Economics*, 17 (2), S. 385-406.
- Nagy, András (1994a). „Transition and Institutional Change“, *Structural Change and Economic Dynamics*, 5 (2), S. 315-27.
- Nagy, András (1994b). „Import Liberalization in Hungary“, *Acta Oeconomica*, 46 (1-2), S. 1-26.
- Nelson, Joan (1988). „The Political Economy of Stabilization: Commitment, Capacity and Public Response“, in *Toward a political economy of development: A rational choice perspective*. Hrsg. Robert Bates. Berkeley: University of California Press.
- Nelson, Lynn D. und Irina Y. Kuzes (1994). „Evaluating the Russian Voucher Privatization Program“, *Comparative Economic Studies*, Frühling, 36 (1), S. 55-67.
- Nelson, Richard R. und Sidney G. Winter (1982). *An Evolutionary Theory of Economic Change*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Niskanen, William A. (1971). *Bureaucracy and Representative Government*. Chicago, Aldine.
- Nuti, Domenico Mario (1986). „Hidden and Repressed Inflation in Soviet-Type Economies: Definitions, Measurements and Stabilization“, *Contributions to Political Economy*, März, 5, S. 37-82.
- Oblath, Gábor (1991). „A magyarországi importliberalizálás korlátai, sikerei és kérdőjelei“ (Die Grenzen, Erfolge und Fragen der Importliberalisierung in Ungarn), *Külgazdaság*, 35 (5), S. 4-13.
- Oblath, Gábor (1994). „Economic Transition: Exchange Rate Policy, Real Exchange Rate Changes in Central Eastern Europe“, in *International Trade*

- and Restructuring in Eastern Europe*. Hrsg. J. Gács und G. Winckler. Wien: I.I.A.S.A.
- Oblath, Gábor (1995). „A költségvetési deficit makrogazdasági hatásai Magyarországon“ (Die makroökonomischen Effekte des Haushaltsdefizits in Ungarn), *Külgazdaság*, 39 (7/8), S. 22-33
- Oblath, Gábor und Ákos Valentinyi (1993). „Seigniorage és inflációs adó – néhány makroökonomiai összefüggés magyarországi alkalmazása. I. A pénzteremtésből eredő állami bevétel és az államadósság. II. Az államháztartás, a jegybank és az államadósság dinamikája“ (Seigneurage und Inflationssteuer – Anwendung einiger makroökonomischer Beziehungen auf Ungarn. I. Staatseinkommen aus Geldschöpfung und öffentlichen Schulden. II. Der Haushalt, die Notenbank und die Dynamik der öffentlichen Schulden), *Közgazdasági Szemle*, Band 40, Nr. 10 und 11, S. 939-74 und 825-947.
- Offe, Claus (1984). *Contradictions of the Welfare State*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Offe, Claus (1991). „Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe“, *Social Research*, Winter, 58 (4).
- Organization for Economic Co-operation and Development (1991). *OECD Economic Surveys: Hungary 1991*. Paris: OECD.
- Pénzügyminisztérium (Finanzministerium) (1991). „Az 1991. VII-VIII. havi és várható éves gazdasági folyamatokról“ (Zur tatsächlichen und erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in der Periode von Juli bis August und im ganzen Jahr), *Pénzügyi Szemle*, 35 (11), S. 847-852.
- Pénzügyminisztérium (Finanzministerium) (1992). *Előterjesztés a Kormány részére a csődeljárásról, a felszámolási eljárásról szóló törvény makrogazdasági hatásairól* (Bericht an die Regierung über die makroökonomischen Auswirkungen des Bankrott- und Liquidationsgesetzes). Budapest, Oktober.
- Pénzügyminisztérium (Finanzministerium) (1994). *Tájékoztató az 1994. Évi gazdasági folyamatokról* (Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung 1994), Nr. 11-12, Budapest.
- Pénzügyminisztérium (Finanzministerium) (1996). *Tájékoztató az 1995. évi és az 1996. év eleji gazdasági folyamatoktól* (Bericht über die Wirtschaftsprozesse 1995 und zu Beginn des Jahres 1996). Budapest, März.
- Phelps, Edmund S. (1968). „Money-Wage Dynamics and Labor-Market Equilibrium“, *Journal of Political Economy*, Teil 2, Juli- August, S. 678-711.
- Phelps, Edmund S. (1994). *Structural Slumps. The Modern Equilibrium Theory of Unemployment, Interest, and Assets*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Portes, Richard (1994). „Transformation Traps“, *The Economic Journal*, September, 104 (426), S. 1178-89.

- Portes, Richard, Richard E. Quandt, David Winter und Stephen Yeo (1987). „Macroeconomic Planning and Disequilibrium: Estimates for Poland, 1955-1980“, *Econometrica*, Jan., 55 (1), S. 19-41.
- Portes, Richard und David Winter (1980). „Disequilibrium Estimates for Consumption Goods Markets in Centrally Planned Economies“, *Review of Economic Studies*, Januar, 47 (1), S. 137-59.
- Poznanski, Kazimierz. „Market Alternative to State Activism in Restoring the Capitalist Economy“, *Economics of Planning*, 1992, 25 (1), S. 5-77.
- Przeworski, Adam (1991). *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America. Studies in Rationality and Social Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam (1993). „Economic Reforms, Public Opinion, and Political Institutions: Poland in the Eastern European Perspective“, in *Economic reforms in new democracies: A social-democratic approach*. Hrsg. Luiz Carlos Bresser Pereira, José María Maravall und Adam Przeworski. Cambridge: Cambridge University Press, S. 132-98.
- Razin, Assaf und Efraim Sadka (1993). *The Economy of Modern Israel: Malaise and Promise*. Chicago und London: University of Chicago Press.
- Robinson, Joan [1933] (1965). *The Economics of Imperfect Competition*. London: Macmillan.
- Rockenbauer, Zoltán (1991). „Társadalmi ünnepek, tüntetések és sztrájkok az 1990-es esztendőben“ (Nationalfeiertage, Demonstrationen und Streiks im Jahre 1990), in *Magyarország politikai évkönyve 1991* (Ungarisches politisches Jahrbuch). Hrsg. Sándor Kurtán, Péter Sándor und László Vass. Budapest: Ökonómia Alapítvány und Economix Rt, S. 213-9.
- Rodrik, Dani (1992). „Making Sense of the Soviet Trade Shock in Eastern Europe: A Framework and Some Estimates“. Auf der von Weltbank und IMF organisierten Konferenz „The Macroeconomic Situation in Eastern Europe“, 4.-5. Juni vorgetragenes Referat.
- Roland, Gérard (1994a). „The Role of Political Constraints in Transition Strategies“, *Economics of Transition*, 2 (1), S. 27-41.
- Roland, Gérard (1994b). „On the Speed and Sequencing of Privatisation and Restructuring“, *The Economic Journal*, September, 104 (426), S. 1158-68.
- Rosati, Dariusz K. (1993). „Poland: Glass Half Empty“, in *Economic Transformation in Central Europe. A Progress Report*. Hrsg. Richard Portes. London: Centre for Economic Policy Research, S. 211-73.
- Rosati, Dariusz K. (1994). „Output Decline during Transition from Plan to Market: A Reconsideration“, *Economics of Transition*, Dezember, 2 (4), S. 419-41.
- Rose, Richard und Christian Haerpfer (1993). „Adapting to Transformation in Eastern Europe: New Democracies Barometer – II“, *Studies in Public Policy*. Glasgow: Centre for the Study of Public Policy, University of Strathclyde, Nr. 12.

- Rutland, Peter (1994). „Privatisation in Russia: One Step Forward, Two Steps Back?“ *Europe-Asia Studies*, 46 (7), S. 1109- 31.
- Sabel, Charles (1982). *Work and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sachs, Jeffrey, Hrsg. (1989). *Developing Country Debt and Economic Performance*. Chicago: University of Chicago Press und National Bureau of Economic Research.
- Sachs, Jeffrey (1990). „What is to Be Done?“ *The Economist*, 13. Januar, S. 19-24.
- Sachs, Jeffrey (1993). *Poland's Jump to the Market Economy*. Cambridge und London: The MIT Press.
- Sachs, Jeffrey (1994). „Life in the Economic Emergency Room“, in *The Political Economy of Policy Reform*. Hrsg. John Williamson. Washington, D.C.: Institute for International Economics, S. 503-23.
- Sachs, Jeffrey D. und Felipe B. Larrain (1993). *Macroeconomics in the Global Economy*. New York: Harvester Wheatsheaf (deutsch: (1995) Makroökonomik in globaler Sicht. München: Oldenbourg).
- Sargent, Thomas (1982). „The Ends of Four Big Inflation“, in *Inflation: Causes and Effects*. Hrsg. Robert Hall. Chicago: National Bureau of Economic Research, University of Chicago.
- Saunders, Christopher T., Hrsg. (1995). *Eastern Europe in Crisis and the Way Out*. Houndmills und London: The Vienna Institute for Comparative Studies und Macmillan.
- Schelling, Thomas C. (1978). *Micromotives and Macrobehavior*. New York: W.W. Norton & Company.
- Schumpeter, Joseph A. [1912] (1964). *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklen*. Berlin: Duncker und Humblot. (englisch: (1968) *The Theory of Economic Development. An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest and Business Cycles*. Cambridge: Harvard University Press.)
- Schumpeter, Joseph A. (1939). *Business Cycles: A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of Capitalist Progress*. New York: McGraw-Hill. (deutsch: (1961) *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.)
- Schumpeter, Joseph A. [1942] (1975). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München: Francke. (englisch: (1976) *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper & Row).
- Scitovsky, Tibor [1951] (1971). *Welfare and Competition*. Homewood, Ill.: Irwin.
- Scitovsky, Tibor (1985). „Pricetakers' Plenty: A Neglected Benefit of Capitalism“, *Kyklos*, 38 (4), S. 517-536.
- Seleny, Anna (1991). „The Political Economy of Property Rights and the Transformation of Hungarian Politics: 1949-1989“. Manuskript. Cambridge, MA: MIT.

- Seleny, Anna (1993). „The Long Transformation: Hungarian Socialism, 1949-89“. Manuskript. Cambridge: Department of Political Science, MIT.
- Sen, Amartya (1995). „Rationality and Social Choice“, *American Economic Review*, März, **85** (1), S. 1-24.
- Shleifer, Andrei und Robert Vishny (1992). „Pervasive Shortages under Socialism“, *RAND Journal of Economics*, **23** (2), S. 237-246.
- Siklaky, István (1989). „Perújrafelvétel az állami tulajdon ügyében“ (Neuverhandlung in der Sache des Staatseigentums), *Magyar Nemzet*, 11. Juli.
- Simon, András (1988). „A hiány makroökonomiájáról. A hiány fogalma“ (Über die Makroökonomik des Mangels. Das Konzept des Mangels), *Közgazdasági Szemle*, Januar, **35** (1), S. 1-17.
- Simon, András (1989). „Piac, adagolás, kiutalás“ (Markt, Rationierung, Allokation), *Közgazdasági Szemle*, Dez., **36** (12), S. 1445-1467.
- Simonovits, András (1992). *Cycles and Stagnation in Socialist Economies: A Mathematical Analysis*. Oxford: Basil Blackwell.
- Skocpol, Theda (1985). „Bringing the State Back In: Strategies of Analysis in Current Research“, in *Bringing the State Back In*. Hrsg. P.B. Evans, D. Rueschemeyer und T. Skocpol. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3-37.
- Slider, Darrell (1994). „Privatization in Russia's Regions“, *Post-Soviet Affairs*, Okt.-Dez., **10** (4), S. 367-96.
- Sluckin, W. (1973). *Imprinting and Early Learning*. Chicago: Aldine Publishing Company.
- Smith, Adam [1776] (1898). *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. London: George Routledge & Son, Ltd.
- Soós, Károly Attila (1986). *Terv, kampány, pénz* (Plan, Kampagne, Geld). Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó.
- Spiethoff, Arthur (1902). „Vorbemerkungen zu einer Theorie der Überproduktion“, *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*.
- Stalin, J. V. (1951). *Fragen des Leninismus*. Berlin: Dietz.
- Stark, David (1990). „Privatization in Hungary: From Plan to Market or From Plan to Clan? East European Politics and Society“, **4** (3), S. 351-392.
- Stark, David (1994). „Recombinant Property in East European Capitalism“, *Public Lecture Series*, Nr. 8, Budapest: Collegium Budapest, Institute for Advanced Study, Dezember und *American Journal of Sociology*, **101** (4), S. 993-1027.
- Stark, David und László Bruszt (1995). „Network Properties of Assets and Liabilities: Patterns of Inter-Enterprise Ownership in the Postsocialist Transformation“. Auf dem Workshop zu „Dynamics of Industrial Transformation: East Central European und East Asian Comparisons“ gehaltenes Referat. Budapest: Budapest University of Economics, Mai.
- Stiglitz, Joseph E. et al. (1989). *The Economic Role of the State*. Oxford: Blackwell.
- Sükösd, Mihály (1995). „1995: az identitás gondjai“ (1995: Die Probleme der Identität), *Mozgó Világ*, **21** (2), S. 29-33.

- Sunkel, Osvaldo, Hrsg. (1993). *Development from Within. Toward a Neostructuralist Approach for Latin America*. Boulder und London: Lynne Rienner Publishers.
- Surányi, György (1995a). „A gazdaság örökölt strukturái gúzsba kötik az országot. Válaszol Surányi György, a Nemzeti Bank elnöke“ (Die geerbten Wirtschaftsstrukturen fesseln das Land. György Surányi, der Präsident der Nationalbank antwortet), *Heti Világgazdaság*, 29 April, S. 47-48.
- Surányi, György (1995b). „Önmagunkkal kell megállapodásra jutni. Beszélgetés árakról, berekről, kamatokról Surányi Györgyvel, az MNB elnökével. Bossányi Katalin interjúja“ (Wir sind es, mit denen wir übereinkommen müssen. Ein Gespräch über Preise, Löhne und Zinsen mit György Surányi, Präsident der Nationalbank, interviewt von Katalin Bossányi), *Népszabadság*, 30. Dezember, S. 1 und 10.
- Surányi, György (1996). „Jobban igen, másként nem. Szombati MH-extra Surányi Györgyvel, a Magyar Nemzeti Bank elnökével. Pinter Dezső riportja“ (Es kann besser gemacht werden, aber anders nicht. Ein Sonnabendextra des 'Magyar Hírlap' mit György Surányi, dem Präsidenten der Ungarischen Nationalbank. Dezsó Pintér berichtet), *Magyar Hírlap*, 6. Januar, S. 9.
- Swenson, Ingrid und Jo Ann Dalton (1983). „Reasons for Smoking Cessation among a Random Sample of North Carolina Nurses“, *Women and Health*, 8 (Winter).
- Szabó, Iván (1994). „Minden a mézeshetekben dől el“ (Es hängt alles von den Flitterwochen ab). Ein Interview mit György Varga. *Figyelő*, 26. Mai, S. 16-17.
- Szabó, Iván (1995). *168 óra*. 7. März, 7 (9), S. 15.
- Szabó, Judit (1985). „Kínálati rugalmatlanság, elszaladó kereslet, készletek és hiány“ (Inelastizität des Angebots, davonlaufende Nachfrage, Inventare und Mangel), *Közgazdasági Szemle*, 32 (3), S. 305-319.
- Szakolczai, Attila (1994). „A forradalmat követő megtorlás során kivégzettekéről“ (Über die in den Repressionen nach der Revolution Hingerichteten), in *Évkönyv III, 1956* (Jahrbuch III, 1956). Hrsg. János Bak et al. Budapest: 1956-os Intézet, S. 237-56.
- Szalai, Erzsébet (1994). „Az elitek metamorfózisa“ (Die Metamorphose von Eliten), *Magyar Hírlap*, 14. September.
- Szalai, Tamás (1993). „Konstruktív bizalom“ (Konstruktives Vertrauen), *Heti Világgazdaság*, 20, 20. Februar, S. 78-80.
- Szelényi, Iván (1988). *Socialist Entrepreneurs: Embourgeoisement in Rural Hungary*. Madison: University of Wisconsin Press, 1988. (deutsch: (1989) *Sozialistische Unternehmer. Verbürgerlichung im ländlichen Ungarn*. Hamburg: Junius.)
- Szelényi, Iván (1994). „Circulation of Elites in Post-Communist Transitions“, *Working Paper Series*, Nr. 3, University of Michigan, Advanced Study Center, International Institute, August.

- Szelényi, Iván und R. Manchin (1987). *Interrupted Embourgeoisement*. Mimeo. New York: Graduate School, City University of New York.
- Tamás, Gáspár Miklós (1990). „Weimar“, *Beszélő*, 1 (5), 12. Februar, S. 5.
- Times-Mirror (1991). *The Pulse of Europe: A Survey of Political and Social Values and Attributes*. Washington: Times-Mirror, Center for the People and the Press.
- Tóth, István György (1994). „A jóléti rendszer az átmenet időszakában“ (Das Wohlfahrtssystem in der Periode des Übergangs), *Közgazdasági Szemle*, April, 49 (3), S. 313-40.
- Trakman, Leon (1983). *The Law Merchant: The Evolution of Commercial Law*. Littleton, Colorado: Fred B. Rothman & Co.
- United Nations (1992a). *Industrial Statistical Yearbook 1989. Volume 1. General Industrial Statistics*. New York.
- United Nations, Economic Commission for Europe (1992b). *Economic Survey of Europe in 1991-1992*. New York.
- United Nations, Economic Commission for Europe (1993). *Economic Bulletin for Europe 1992*. Band 44. New York.
- United Nations, Economic Commission for Europe (1994a). *Economic Survey of Europe in 1993-94*. New York und Genf.
- United Nations, Economic Commission for Europe (1994b). *Economic Bulletin for Europe 1994*. Band 46. New York und Genf.
- United Nations, Economic Commission for Europe (1995). *Economic Survey of Europe in 1994-95*. New York und Genf.
- U.S. Department of Health (1990). *Human Services Research Report 62*. Mai.
- Valentinyi, Ákos (1992). „Stabilizáció és növekedés Magyarországon: néhány elméleti megfontolás“ (Stabilisierung und Wachstum in Ungarn: Einige Theoretische Überlegungen), *Közgazdasági Szemle*, 39 (10), S. 908-923.
- Vanicsek, Mária (1995). „A privatizált társaságok hatékonysága“ (Die Effizienz der privatisierten Firmen), *Figyelő*, 26. Januar, S. VI-VII.
- Várhegyi, Éva (1993). „A monetáris politika jellege és hatása 1987-1992 között“ (Die Natur und der Einfluß der Geldpolitik von 1987 bis 1992). Manuskript. Budapest: Pénzügykutató Rt., Oktober.
- Várhegyi, Éva und László Sándor (1992). *A sorban állások kialakulásának okai és visszaszorításuk lehetséges módjai* (Die Gründe für das Schlangestehen und die Möglichkeiten, darüber hinwegzukommen). Manuskript. Budapest: Pénzügykutató Rt.
- Vígh, Judit (1993). „Jelentés az 1991. Évi bruttó hazai termék alakulásáról“ (Bericht über das BIP 1991), *Gazdaság és Statisztika*, 5 (2), S. 18-23.
- Vintrová, Růzena (1993). „The General Recession and the Structural Adaptation Crisis“, *Eastern European Economics*, Frühling, 31 (3), S. 78-94.
- Völkerbund (1939). *Statistical Yearbook of the League of Nations, 1938/1939*. Genf.
- Voszka, Éva (1992). „Not Even the Contrary is True: The Transfigurations of Centralization and Decentralization“, *Acta Oeconomica*, 44 (1-2), S. 77-94.

- Voszka, Éva (1993). „Variations on the Theme of Self- Privatization“, *Acta Oeconomica*, 45 (3-4), S. 310-8.
- Voszka, Éva (1994). „Centralization, Renationalization, Redistribution: The Role of the Government in Changing the Ownership Structure in Hungary, 1989-93“, *CEPR Discussion Paper*, Nr. 916, London: Center for Economic Policy Research, Februar.
- Waterbury, John (1989). „The Political Management of Economic Adjustment and Reform“, in Joan M. Nelson und Beitragende *Fragile coalitions: The politics of economic adjustment*. New Brunswick und Oxford: Transaction Books, S. 39-56.
- Weibull, Jörgen W. (1984). „A Stock-Flow Approach to General Equilibrium with Trade Frictions“, *Applied Mathematics and Computation*, 14 (1), S. 63-76.
- Weitzman, Martin L. (1989). „On Buyers' and Sellers' Markets under Capitalism and Socialism“. Manuskript. Cambridge, MA: Harvard Institute of Economic Research.
- Weltbank (1995a). *Hungary: Structural reforms for sustainable growth*. Erster Entwurf. Weltbank-Dokument, Country Operations Division, Central Europe Department, Bericht Nr. 13577-HU, Washington D.C., 10. Februar.
- Weltbank (1995b). *Hungary: Structural reforms for sustainable growth*. Weltbank-Dokument, Country Operations Division, Central Europe Department, Bericht Nr. 13577-HU, Washington D.C., 12. Juni.
- Weltbank (1995c). *World Tables 1995*. Washington, D.C., 1995c.
- Williamson, John, Hrsg. (1990). *Latin American Adjustment. How Much Has Happened?*. Washington DC: Institute for International Economics.
- World Economy Research Institute. Warsaw School of Economics (1994). *Poland, International Economic Report 1993-94*. Warschau.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1974). *Statisztikai évkönyv 1973* (Statistisches Jahrbuch 1973). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1976). *Statisztikai évkönyv 1975* (Statistisches Jahrbuch 1975). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1981). *Statisztikai évkönyv 1980* (Statistisches Jahrbuch 1980). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1986b). *Statisztikai évkönyv 1985* (Statistisches Jahrbuch 1985). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1989a). *Tudományos kutatás és kísérleti fejlesztés 1988* (Wissenschaftliche Forschung und experimentelle Entwicklung 1988). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1989b). *Statisztikai évkönyv 1988* (Statistisches Jahrbuch 1988). Budapest: ZSA.

- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1991). *Magyar statisztikai évkönyv 1990* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1990). Budapest: ZSA, 1991.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1992a). *Magyar statisztikai zsebkönyv 1991* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch 1991). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1992b). *Magyar statisztikai évkönyv 1991* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1991). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993a). *Magyar statisztikai zsebkönyv 1992* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch 1992). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993b). *Magyar statisztikai évkönyv 1992* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch, 1992). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1993c). *Magyarország nemzeti számlái 1988-1991* (Ungarische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 1988-1991). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994a). *Magyar statisztikai zsebkönyv 1993* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch 1993). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994b). *Magyar statisztikai évkönyv 1993* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1993). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994c). *Statisztikai Havi Közlemények* (Statistische Monatsberichte), Nr. 1.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994d). *Statisztikai Havi Közlemények* (Statistische Monatsberichte), Nr. 6.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994e). *Statisztikai Havi Közlemények* (Statistische Monatsberichte), Nr. 12.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1994f). *Tudományos kutatás és kísérleti fejlesztés 1993* (Wissenschaftliche Forschung und experimentelle Forschung 1993). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1995a). *Magyar statisztikai zsebkönyv 1994* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch 1994). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1995b). *Statisztikai Havi Közlemények* (Statistische Monatsberichte), Nr. 6.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1995c). *Magyar statisztikai évkönyv 1994* (Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1994). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal) (1995d). *Tájékoztató* (Bulletin), 1. Quartal.

- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1995e). *A nemzetgazdaság munkaerőmérlege* (Die Arbeitsbilanzen der Volkswirtschaft), 1. Januar.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996a). *KSH Statisztikai Hírek*, 2. April.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996b). *A KSH jelenti*, Nr. 1.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996c). *Magyarország nemzeti számlái, 1991-1994* (Ungarns volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1991-1994), Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996d). *Főbb munkaügyi folyamatok. Negyedéves jelentés* (Die wichtigsten Prozesse auf dem Arbeitsmarkt. Quartalsbericht). Budapest: ZSA.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996e). *Statisztikai Havi Közlemények*, Nr. 5.
- Zentrales Statistisches Amt (Központi Statisztikai Hivatal (1996f). *Magyar statisztikai zsebkönyv 1995* (Ungarisches Statistisches Taschenbuch 1995). Budapest: ZSA.
- Zukowski, Ryszard (1993). „Stabilization and Recession in a Transitional Economy: The Case of Poland“, *World Development*, 21 (7), S. 1163-1178.

Ausführliches Inhaltsverzeichnis

1. Der postsozialistische Übergang	17
Trend Nr. 1: Bildung von Märkten	19
Trend Nr. 2: Die Entwicklung des Privatsektors	20
Trend Nr. 3: Reproduktion der Makroungleichgewichte	23
Trend Nr. 4: Entwicklung eines Verfassungsstaats	26
Trend Nr. 5: Entwicklung demokratischer Institutionen	28
Trend Nr. 6: Die Neudefinition einer nationalen Gemeinschaft	30
Trend Nr. 7: Ein ungleicher Anstieg in der Wohlfahrt	34
Zusammenfassende Bemerkungen zu den Trends der Veränderung	36
Die Rolle der Akademiker	37
2. Der postsozialistische Übergang und der Staat	39
I. Die Empfehlungen in der westlichen Literatur	40
II. Die politische Sphäre und die Regierungssphäre im postsozialistischen Ungarn	42
III. Vier Fiskalprobleme	46
A. Verwaltungsausgaben	48
B. Hilfe für Verluste schreibende Firmen und Arbeitslosenunterstützung	50
C. Die Besteuerung des Privatsektors	58
D. Wohlfahrtsausgaben	64
IV. Allgemeine Schlußbemerkungen	72
3. Die Entwicklung der finanziellen Disziplin im postsozialistischen System	75
I. Ein neuer Vertrag zwischen Staat und Unternehmen	76
II. Das Verhalten der Regierung	80
Widersprüchliche Ziele	80
Glaubwürdigkeit und Verpflichtung	85
Der Mechanismus für die Durchsetzung der Disziplin	87
III. Das Verhalten der Firmen	90
Ein Beispiel: Erzwungener Kredit zwischen Firmen	90
Der neue Privatsektor: Prägung	93

Der alte Staatssektor: Erziehung durch Trauma	93
IV. Allgemeine Schlußfolgerungen	95
4. Transformationsrezession	97
I. Die allgemeinen, die Rezession verursachenden Faktoren	104
Vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt	105
Die Umgestaltung der realen Struktur der Wirtschaft	115
Unterbrechungen in der Koordinierung	118
Finanzielle Disziplin und Durchsetzung der Effizienz	121
Die Rückständigkeit des Finanzsektors	123
II. Über die vier Komponenten der Makronachfrage	127
Investitionen	128
Der Konsum	133
Staatskonsum	136
Exporte und Importe	137
III. Abschließende Bemerkungen	40
Prioritäten	140
Vertrauen und Glaubwürdigkeit	144
Die Rolle des Staates	146
Die Verantwortung der Wirtschaftswissenschaftler	149
5. Die Beseitigung der Mangelwirtschaft	151
I. Einleitung	151
II. Die Phänomene der Veränderung	153
Produzentengüter	154
Konsumgüter	156
Zusammenfassung	161
III. Kausale Analyse	162
Privatisierung, Dezentralisierung und Deregulierung	162
Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Produktion	169
Verhinderung der davonlaufenden Nachfrage	173
Die Rolle der persönlichen Einkommen und des Verbrauchs	178
Die Rolle der Geldpolitik	181
Ein Überblick zu einigen Makrobeziehungen	184
Die Selbsterzeugung des Mangels	186
Die Auswirkungen der politischen Wende	187
Zusammenfassung der Kausalanalyse	188
IV. Die Mangelwirtschaft und der Arbeitsmarkt	192

V.	Beurteilung	198
	Wohlfahrt der Konsumenten	198
	Das Gefühl der Sicherheit	200
	Die Abhängigkeit der Bürger: die Beziehungen zwischen der Bürokratie und der Wirtschaft	201
	Wachstum, qualitative Entwicklung und technischer Fortschritt ...	203
	Zusammenfassende Bewertung	204
6.	Andauerndes Wachstum als höchste Priorität	207
	Inflation, Arbeitslosigkeit und Löhne	208
	Das Haushaltsdefizit	216
	Das Zahlungsbilanzdefizit	224
	Stagnation und Sinken der Produktion	236
	Über den Optimismus und das Klima der Debatte	246
	Nachwort: Ein Rückblick zwanzig Monate später	255
7.	Die Dilemmata der ungarischen Wirtschaftspolitik	259
	Einleitung	259
	Das Außenwirtschaftsgleichgewicht	261
	Binnenwirtschaftliches finanzielles Gleichgewicht	267
	Rezession oder Wiederaufschwung und andauerndes Wachstum	277
	Wirtschaftliche und politische Stabilität	281
8.	Die Rechnung für den Gulaschkommunismus	285
I.	Einleitung: Vier Charakteristika	285
II.	Ein Überblick über die politische Geschichte	287
	A. Die Revolution von 1956 und die Jahre der Unterdrückung	287
	B. Erweichung der Diktatur und der politische Wendepunkt	290
III.	Die Priorität des Wohlstands, der Sicherheit und der Ruhe heute ..	291
	A. Vermeidung von Umbrüchen und Konflikten	291
	B. Das Problem der Entscheidung zwischen heute und morgen	293
	C. Umverteilung und Paternalismus	305
	D. Ein Neuanfang: Das Stabilisierungsprogramm vom Frühjahr 1995	310
IV.	Graduelle Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und Institutionen	320
	A. Historische Bedingungen und politischer Hintergrund	321

B. Privatisierung staatseigener Unternehmen	327
C. Neue private Unternehmen	338
D. Liberalisierung und Reform der rechtlichen Infrastruktur	343
E. Korporatistische Gebilde	346
V. Abschließende Bemerkungen in einem politökonomischen und politphilosophischen Zusammenhang	349
A. Positive politische Ökonomie	349
B. Weitere Bemerkungen zu den intergenerationellen Zeitpräferenzen	351
C. Mit dem oder gegen den Strom?	355
D. Drei Szenarien	358

Tabellenverzeichnis

Staatseinnahmen und -ausgaben i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich	47
Staatseinnahmen und -ausgaben i.v.H. des BIP: 1981-91	48
Subventionen und Transferzahlungen an Firmen i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich	50
Offene Stellen und Arbeitslosigkeit in Ungarn, 1990-91	55
Hartwährungsexporte tätige Firmen in Ungarn 1989 und 1990	60
Sozialausgaben i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich	66
Netto-Sozialversicherungsbeiträge und Transferzahlungen i.v.H. des BIP: Internationaler Vergleich	66
Wichtige Sozialversicherungsprogramme in Ungarn	67
Ströme zwischen dem Staatshaushalt und dem Firmensektor als Anteil des BIP, 1987-93	77
Zahl der Bankrottverfahren 1992 und 1993	78
Zahl der Liquidationsverfahren, 1986-93	79
Bestimmung der ungarischen Exporte i.v.H., 1987-92	82
Offene Stellen und Arbeitslosigkeit, 1990-94	83
Zahlungsvollzugsanweisungsfälle am Gerichtshof von Budapest 1988-92	88
Erzwungener Kredit, 1979-93	92
Indizes für das BIP und die Industrieproduktion in Ungarn, 1980-1992	102
Produktions-, Investitions- und Beschäftigungsindizes in Ungarn während der Großen Weltwirtschaftskrise	103
Produktionshemmnisse: Ungarische Umfragedaten i.v.H., 1987-93	108
Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1980-1994	110
Verhältnis zwischen Input- und Outputbeständen	111

Zusammensetzung des ungarischen BIP, 1986-91	116
Bruttoproduktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in der ungarischen Industrie, 1980-92	122
Bruttoinlandsprodukt oder -Ausgaben	128
Volumenindizes i.v.H.	129
Schöpfung von Grundkapital in Ungarn, 1980-92	130
Investitionen in Grundkapital in Ungarn, 1980-91	131
Gefühl des persönlichen Optimismus/Pessimismus in west- und osteuropäischen Ländern im Jahr 1991	146
Verhältnis der Input- und Outputbestände in der Verarbeitung	156
Schlangestehen in den postsozialistischen Ländern	157
Anstehen nach neuen Autos in Ungarn, 1982-92	158
Der Anteil der Produkte mit liberalisiertem Import in Ungarn 1988-93	164
Produkte mit Marktpreisen in der Produktionssphäre i.v.H., 1968-93	167
Produkte mit Marktpreisen im Bereich der Konsumgüter, 1968-93	168
Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1994	209
Nominale und reale Zinssätze i.v.H., 1991-93	235
Wachstum des BIP, 1977-1992: Internationaler Vergleich	238
Der ungarische Außenhandel, 1990-94	263
Ungarns Zahlungsbilanz in konvertibler Währung	264
Verbraucherpreisindex in Ungarn, 1980-1995	268
Indizes der öffentlichen Schulden	271
Allgemeine Staatsausgaben i.v.H. des BIP	274
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts i.v.H. des BIP	279
Perioden in den letzten vier Jahrzehnten der ungarischen Geschichte ...	288
Verwendung des BIP in Ungarn, 1960-93	295
Trends in BIP, Verbrauch, Realeinkommen und Reallöhnen in Ungarn	296

Indizes für Ungarns Schulden und Schuldendienst in konvertiblen Währungen	297
Trends in den Bruttoinlandsinvestitionen in schnellwachsenden Entwicklungsländern und in Ungarn, 1980-93	299
Meinungen zu entfernteren Zielen im Leben und zu Idealen und Werten	301
Reallöhne: Internationaler Vergleich, 1990-93	303
Einkommen der Haushalte i.v.H. nach Haupteinkommensquellen in Ungarn, 1960-92	306
Zahl der Teilnehmer in den Markt- und Nichtmarktsektoren in Schweden und Ungarn	307
Makroökonomische Indizes für Ungarn, 1993-95	312
Chronologie der Reformmaßnahmen bis 1990	325
Der Ursprung der neuen ungarischen Eliten und der neuen Wirtschaftseliten	328
Ausmaß der Privatisierung in Ungarn, 30. Juni 1994	330
Privatisierungseinnahmen, 1990-1995	334
Bruttoprofitabilität privatisierter Gesellschaften 1992	335
Zahl der aktiv selbständig oder in nichtinkorporierten Gesellschaften tätigen Erwerbstätigen, 1981-94 (in 1.000)	339
Trends in der Zahl der Haupttypen der inkorporierten Wirtschaftsgesellschaft, 1989-95	340
Beiträge der Eigentumssphären i.v.H. zum gesamten BIP, 1980-92	341
Ausländische Direktinvestitionen in den Übergangsländern, 1990-94	342
Der Anteil staatlich kontrollierter Investitionen, 1968-90	345

Abbildungsverzeichnis

Produktionsrückgang in postsozialistischen Ländern, 1989-92	99
Die Idee, wie sie im Jahre 1971 vorgetragen wurde	113
Die Realität der neunziger Jahre	114
Der Makrozustand der Mangelwirtschaft	185
Der Makrozustand nach Beseitigung der Mangelwirtschaft	185
Die Kausalkette der Beseitigung des Mangels	189
Der Anteil der Investitionen in Japan und Ungarn	211
Pro-Kopf-BIP und die für Wohlfahrt ausgegebene Proportion des BIP in den OECD-Ländern und Ungarn als Anteil des OECD-Durchschnitts 1990	221
Der Trend im Überschuß oder Defizit der japanischen Leistungsbilanz als Prozentsatz der Exporte, 1885-1976	232
Index des BIP-Volumens in Ungarn	237
Die Entwicklung der Reallöhne in drei postsozialistischen Ländern	251

Personenregister

- Antal, László 310
Aberbach, J.D. 42
Agh, Attila 314
Aghion, Philippe 321
Akar, László 259, 285
Alt, James E. 349
Amon, Zsolt 259, 285
Andorka, Rudolf 149, 259, 285
Arthur, W.B. 199
Arvay, János 339
Ash, Timothy N. 329
- Balassa, S. 182, 277
Balogh, Annamária 75
Barro, Robert 152, 354
Bártfai, Béla 75
Bator, Francis 39, 40, 151, 259, 285
Bauer, Tamás 39, 119, 152, 285
Baumol, W.J. 40, 172
Becker, Gary S. 79, 88
Békési, László 277, 310
Benassy, J.-P. 152
Benton, L.A. 62
Berg, A. 153, 199
Binmore, K. 80
Blanchard, O. 102, 321, 354
Bodócsi, A. 167
Bokros, Lajos 285, 310
Borbély 270, 271
Bornstein, Morris 329
Bossányi, Katalin 285, 329, 333
Boycjo, Maxim 329
Bozóko, András 293, 304
Brabant, Jozef M. van 152, 321, 322
Brom, Karla 329
Bruno, Michael 259, 269, 285
Bruszt, László 329, 331, 349, 361
Buchanan, J. 40
Buckley, R. 160
Bunce, Valerie 361
Burke, Edmund 321
Burkett, J.P. 152
- Calvo, G.A. 118, 126, 277
Chamberlin 170
Charemza, W.W. 152
Chikán, A. 152, 156
Clinton 253
Collier, David 360
Commander, S. 103
Cooper, Richard 250, 285
Coricelli, F. 103, 118, 126, 277
Csaba, László 46, 277, 310
Csanádi, Mária 361
- Dániel, Zsuzsa 39, 151, 152, 160, 250, 285
Davis, C. 152
Demetz, Harald 328
Dewatripont, M. 321
Dlouhy, Vladimír 329
Domar, E. 106, 172
Dornbusch, R. 141, 304, 321
Dowlah, Abu F. 358
- Edwards, Sebastian 304
Ehrlich, Eva 322
Ekes, I. 62
Elliott, John E. 358
Elsteer, J. 85
Ely, Richard T. 39
Erasmus 36, 38
Erdélyi, Eszter 39
Erdős, Tibor 103, 149, 259, 277, 285, 310
Evans, Peter 360
- Fazekas, K. 194
Fehér, F. 201
Feldstein, Martin S. 39, 300
Ferge, Zsuzsa 65, 308
Ferto, Imre 75
Fischer, Stanley 141, 259, 269, 285, 321, 354

- Friedman, M. 144, 253, 328
 Fudenberg, D. 80
 Funke, Norbert 321
- Gábor, István R. 151, 338
 Gács, Endre 259, 285
 Gács, János 151, 152, 163, 164, 343
 Gazsó, Ferenc 314
 Gelb, Alan 285 321
 Gém, Erzsébet 64, 75
 Goldfeld, S.M. 152, 177
 Gombár, Csaba 314
 Gomulka, S. 103, 152
 Gorbatschow, Michail 20
 Gorsgeld, I. 152
 Greskovits, Béla 285, 304, 346, 349, 357, 361
 Grossman, H.I. 152,
- Haerpfer, C. 157
 Haggard, Stephan 309, 360, 361
 Hall, P.A. 42
 Hámor, Sz. 143
 Hamza, Eszter 259, 285
 Hansen, A. 118
 Hare, Paul G. 152, 329
 Hart, O. 170, 196
 Hausner, Jerzy 304
 Hayek, Friedrich von 20
 Heller, A. 201
 Helpman, E. 40
 Hess, E.H. 93
 Hillion, Pierre
 Hins, M. 321
 Hirschman, Albert O. 87
 Holló, Marianna 75
 Holzmann 277
 Horthy, Miklós 314
- Illés, I. 32
- Jantscher, M.C. de 61
 Jelentések, Havi 235
 Kaase, M. 146
- Kádár, János 20, 290
 Kapitány, Zs. 152, 158
 Kaufman, Robert 304, 309, 360, 361
 Kende, Péter 327
 Kéri, László 314
 Kessides, C. 65, 66
 Keynes, J.M. (s.a. Keynesianismus) 132, 136, 145, 250, 359
 Király, J. 134
 Kis, János 316
 Köllö, János 55, 151, 194
 Kolodko, G. 103, 191, 277
 Kopits, George 39, 47, 65, 259, 277
 Kopits, György 285
 Körösenyi, András 316
 Kovács, Almos 97, 259, 285
 Kovács, Eva 293
 Kovács, I. 46
 Kovács, Maria 75, 97, 151, 204, 259, 285
 Kovács, Michael 39
 Köves, András 310, 343
 Kowalik, Tadeusz 308
 Krugman, P. 40, 170, 296
 Kuenne, R. 170
 Kurtán, Sándor 293
 Kuzes, Irina Y. 329
- Lackó, Mária 151, 152, 174, 339
 Laffont, J.-J. 112
 Laky, Teréz 338
 Lányi, Kamilla 60, 310, 343
 Larrain, F. 186, 264
 Laski, Kazimierz 103, 153
 Lázár, G. 204
 Lengyel, György 337
 Lindbeck, Assar 35, 41, 274, 305, 307
 Lipton, D. 180, 321
 Litwack, Lohn 151
 Lorenz, Konrad 93
 Lukács, M. 167, 168, 285
- Macskási, Zs. 164
 Major, Iván 329
 Malatinszky, András 207

- Malinvaud, E. 186
Manchin, R. 63
Márkus, G. 201
Marrese, Michael 39
Marshall, A. 199
Martos, B. 152
Marx, Karl 28
Matits, A. 77
McKinnon, R. 321
McLean, Brian 39, 97, 151, 207, 259, 285
McMahon, W. 191
Mihályi, Péter 329
Mises, Ludwig von 20
Mitchell, W.D. 89
Mizsei, Kálmán 32, 329
Mládek, Jan 329
Móra, Mária 39, 51
Muraközy, László 39, 47f., 169
Murphy, Emma 348
Murrel, Peter 23, 53, 321, 332
Myrdal G. 75
- Nagy, András 327, 343
Nagy, Imre 289
Nagy, L.G. 63
Nelson, Joan 309
Nelson, Lynn D. 329
Nelson, R. 199, 321
Nemény, Judit 259, 285
Neményi 270, 271
Niskanen, W.A. 40
Nutti, D.M. 152, 178, 321
- Oblath, Gábor 60, 140, 272, 230, 343
Offe, C. 41, 361
Orenstein, Mitchell 329
- Panzar, J. 172
Parti, Julianna 39, 75, 97, 151
Perroux, François 97
Petschnig, Mária Zita 39
Phelps, E. 144, 196
Piskolti, Sándor 75, 88
Plato 44
- Portes, Richard 152, 322, 331
Poznanski, K. 23
Prokop, Jane 75
Przeworski, Adam 349, 361
Putnam, R.D. 42
- Quandt, R.E. 152, 177
- Rábar, Ferenc 303
Rain 269
Rákosi, Mátyás 300
Reagan 253
Ritter, J. Pappné 167, 168
Robinson, Joan 170
Rochman, B.A. 42
Rockenbauer, Zoltán 293
Rodrik, D. 138
Roland, Gérard 151, 301f., 321, 322
Roosevelt 247
Rosati, Dariusz 153, 155, 322
Rose, R. 157
Rózsahegyi, György 75
Rutland, Peter 329
- Sabel, C. 62
Sachs, Jeffrey 153, 180, 186, 193, 264,
321, 357
Sadka 269
Sándor, Péter 293
Sargent, T. 145
Saunders 277
Schelling, T.C. 80
Schumpeter, Joseph A. 53, 58, 105, 116-
8, 172
Scitovsky, T. 106, 172
Scocpol, T. 44
Seleny, Anna 39, 62, 338
Selowsky 264
Sen, Amartya 353
Shepsle, Kenneth A. 349
Shleifer, Andrei 201, 329
Siebert, H. 321
Siklaky, István
Silvani, C. 61

- Simon, A. 152
 Simonovits, András 151, 152, 285
 Slider, Darrall 329
 Sluckin, W. 93
 Smith, Adam 170
 Solow, Robert 253, 259, 285
 Soós, A.K. 152
 Spiethof, A. 118
 Stalin 348
 Stallings, Barbara 304
 Stark, David 151, 329, 331, 336
 Stigler, G.J. 88
 Stiglitz, J.E. 40, 170
 Stumpf, István 314
 Südösd, Mihály 304, 314
 Sunkel 264
 Surányi, György 97, 259, 285, 310
 Szabó Bakos, E. 167, 168
 Szabó, Iván 309
 Szabó, J. 152
 Szabó, Katalin 51
 Szakolczai, Attila 289
 Szalai, Erzsébet 327
 Szegvári, I. 32
 Szelényi, Iván 327
- Tamás, G.M. 144
 Tardos, Márton 259, 285
 Thalwitz, M. 160
 Thatcher, M. 250, 283
 Tirole, J. 80
 Tobin 253
 Tóth, István György 39, 221, 306, 308
 Trakman, L.E. 89
 Trotzki 348
 Tullock, G. 40
- Urban, László 39, 259, 285
- Vacroux, Alexandra 39
 Valentinyi, A. 125, 272
 Várhegyi, Eva 92, 182, 151,
 Vass, László 293
 Vehorn, C.L. 61
- Vértes, András 339
 Vintrová 155
 Vishny, Robert 201, 329
 Voszka, Eva 329
- Wang, Yijang 321
 Waterbury, John 360
 Weber, Max 44
 Weibull, J.W. 152
 Weitzman, M. 172
 Williamson 264
 Willig, R. 172
 Winckler 277
 Winter, D. 152
 Winter, S. 199, 321
 Young, S. David 329
- Zukowski 155

Sachregister

- Abhängigkeit 201
 Abwertung 225-7, 259, 265-7, 269, 278,
 298, 310, 343f.
 angebotsbeschränktes System 113
 Antall-Boross-Regierung 220, 249, 293
 antikapitalistisch 28
 Arbeitskräftemangel 25
 Arbeitslosenunterstützung 68, 84, 216,
 306
 Arbeitslosenversicherung 57f.
 Arbeitslosigkeit 25f., 35, 55, 83f., 105,
 141, 180, 194f., 197, 208f., 213, 215,
 241, 313
 keynesianische A. 196
 Massenarbeitslosigkeit 143f., 147
 Arbeitslosigkeit am Arbeitsplatz 122,
 193, 203
 Arbeitsmarkt 192-97
 Arbeitsproduktivität 122
 Ausgabenkürzungen 24, 259, 310
 ausländische Direktinvestitionen 288,
 341f.
 ausländisches Kapital, Investoren 21, 33,
 56, 148, 232f.
 Auslandschulden 24, 140f., 175, 246,
 249, 261, 266, 297, 309
 Auslese
 natürliche 52, 93, 118
 administrative 52
 fehlende Auslese in der Planwirtschaft
 53
 Auslösen 52, 84f.
 Auslösungsgarantie 51
 Außenhandel (s.a. Exporte, Importe)
 263
 Außenhandelsliberalisierung 115
 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 261, 262, 253, 266f., 280
 außerparlamentarische Interessenvertre-
 tung 45
 autokratisches politisches Regime, not-
 wenig im Übergang 29, 283, 361
 Banken, -system 64, 234
 Bankrotte 90, 121, 165f.
 Bankrottverfahren 77-82, 87f., 225, 331
 Bankwesen im klassischen Sozialismus
 123
 Bedarfsprinzip 221, 224, 248, 256
 Befehl, Befehlswirtschaft 19, 75, 165, 344
 Beschäftigung 103, 122
 BIP 102, 128, 210, 216, 218, 238, 256,
 312
 Zusammensetzung d. BIP 66, 116
 Verwendung d. BIP 279, 295
 potentielles BIP 110, 114
 Bruttoinlandsinvestitionen 299
 Budgetbeschränkung, harte 77, 85, 139
 Budgetbeschränkung, Härtung 56, 58,
 121, 165, 172, 175, 180, 190, 194
 Budgetbeschränkung, weiche 50, 53, 57,
 76, 110, 166, 177, 282, 309
 Bürgertum 21
 Bürokratie 87
 bürokratische Beschränkung 180f.
 bürokratische Kontrolle 213
 bürokratische Koordinierung 19, 345
 bürokratische Mikroregulierung 148

 Ceausescu-Regime 302
 COMECON 25, 32
 crowding-out 25, 137, 148, 212

 Demokratie, Spannungsverhältnis
 zwischen D. und Wirtschaftswachs-
 tum 30
 Demokratien, auf Privateigentum
 beruhend 29
 demokratische Institutionen 28, 30, 38,
 41, 283
 Dezentralisierung
 Diktaturen 29, 31
 Diskontinuität 9
 Diskontsatz, sozialer D. 354
 Dritter Weg, Drittes System 8, 21

- Duale Wirtschaft 21
 Effizienzlohntheorie 196
 Effizienzsteigerung 81
 Eigentum 64
 konfisziertes E. 22
 Eigentümerwechsel 22, 23, 132
 Eigentumsbeziehungen, Umgestaltung
 der E. 117, 320, 322, 343
 Einkaufstourismus
 Einkommensumverteilung 69, 219, 238,
 275, 282, 297, 305, 308
 Einkommensverteilung, ungleiche 65
 Elite, Ursprung der neuen E. 328
 Entkapitalisierung 22
 Entschädigungsprogramme 22
 Erosion des sozialistischen Systems 8
 Ersparnisse, inländische (s.a. Sparen) 21,
 134, 234, 236
 Erwartung 144
 EU, EG 32, 33
 Europäisierung der sozialistischen
 Länder 333
 Exportanreize 242, 297
 Exporte 82, 137-9, 215, 224f., 228, 244f.,
 263, 264-6, 278, 312
 Exporte, Umstrukturierung der E. 53
 Exportsubventionierung 56

 Feinabstimmung 243
 Finanzhilfen, Abhängigkeit von 94
 finanzielle Disziplin 75-96
 Fiskalfalle 58, 64, 71
 Fiskalkrise 148
 Fiskalpolitik 136, 216, 277
 Fiskalstimulus 136, 243
 Freihandel 40
 Freiwillige Vereinbarungen 71
 Frucht vor Aufständen 303

 garantieres Überleben 76, 165
 Gelddrucken 25
 Geldpolitik 107, 181-3, 234, 277
 Geldpolitik, restriktive 84, 107
 Geldüberhang 184

 Gesellschaftsstatut 328
 Gesetze 62, 70, 87
 Gesetze, Durchsetzung der G. 88
 Gesetzgebung 27, 43, 326, 343f.
 Gesundheitsversorgung, freie 67
 Gewerkschaften 212, 270, 309, 346f.
 Gewicht des Staates 46
 Glaubwürdigkeit 85, 145, 210
 Gleichheit 34
 Gradualismus 286, 301, 310, 314, 320f.,
 322, 326f., 337, 344, 351
 Gratisverteilung 328, 333, 336

 Handelsimplosion 118
 Harakiri-Klausel 87f.
 Horn-Regierung 293
 Horten 177, 186, 193
 Hyperaktivität des Staates 72
 Hypothekensystem 125

 Importe 137, 139, 174, 224, 228, 231-4,
 263, 265, 267, 310, 312
 Importliberalisierung 107, 159, 163f.,
 170, 172, 190, 343
 Importliberalisierung 24
 Importquoten 163
 Industrialisierung, forcierte 68
 Industrieproduktion 102f.
 Inflation (s.a. Verbraucherpreisindex)
 24-6, 84, 107, 140-4, 179f., 208f., 241,
 252, 267, 269f., 282, 311f., 318
 anti-inflationäre Politik 25, 107
 Inflation, unterdrückte 107, 178f.
 Inflationswellen 148
 Innovationen 58
 Inputlagerbestände 155f., 193
 Insider-Outsider Theorie, -Konflikt 196,
 215
 Integration, Effizienz der I. 32
 Interessengruppen, Gründung von 44
 Interessenausgleich 347
 Interessenschlichtungsrat 346
 Internes, Binnenwirtschaftliches
 Gleichgewicht 267, 280
 Interventionen 41, 68, 148

- Investitionshunger 110, 128, 173, 186, 193f., 203
 Investitionskontrolle 345
 Investitionsprojekte 232, 298, 343
 Investitionsversäumnisse 298
 Investitionsneigung 132, 145, 147, 244

 IWF 317, 350

 Kádárregime 294f., 300, 302, 355
 Kapitalflucht 228, 256, 264
 Kapitalmarkt 64, 126, 132, 135
 Käufermarkt 105-7, 170, 201, 204
 Keynesianismus, keynesianisch 112f., 116, 128, 147, 149, 250, 252
 keynesianische Situation 112, 155, 185
 Knappheit, relative
 Kommunistisches Manifest 28
 Konsum, Verbrauch (privater) 133, 178, 293-7, 312
 verbrauchsorientierte Wirtschaftspolitik 293, 294, 300, 302, 308f., 350
 Konsumgüter 156
 Kontrolle 203, 340
 öffentliche K. 86
 Koordinierung (s.a. bürokratische K.) 118f.
 Korporatismus 346-8
 Korruption 202f., 337
 Kreditangebot 277
 Kreditbeschränkungen 24
 Kredite 64, 233, 242
 Kredite, weiche 56, 76
 Kredit, erzwungener 90, 92
 Kreditkrise 311
 Kreditrisiko 124f.
 Kreditsystem 81
 Kreditvergabe 124, 280
 Kreditwürdigkeit 234, 258, 262, 317
 Kriege 33
 Kriminalität 49
 Krisenmanagement 247

 Legalität 61-3

 Liberalisierung 68
 Liquidationsgesetze 52
 Liquidationsverfahren 52, 53
 Liquiditätsbestand im Bankwesen 125
 Lohn-Preis-Spirale 209, 215
 Lohndisziplin 135
 Löhne 135, 208-215, 218, 224, 226, 259, 269
 davonlaufende 223
 Lohnerhöhungen 179
 Lohnkontrollen 24, 134, 303, 309, 343
 Lohnpolitik 248, 298, 346
 Lohntrend 214

 Makroungleichgewichte 23f., 26, 35, 321
 Mangel, chronischer 24, 34
 Mangelwirtschaft 106f., 151ff.
 Markt, unkritische Verehrung des M. 40
 Marktbildung, Maß für den Fortschritt der M. 19
 Markteintritt 162-4, 170, 172, 191
 Marktkoordinierung 121
 Marktregime 110, 115, 200
 Marktsozialismus 20, 21
 Marktversagen 40
 Massenprotest 283, 319, 359f.
 Mentalität der Bürger 27
 Mittelklasse 21
 monetäre Makrostabilisierung 72
 monetäres Gleichgewicht 105, 115
 Monetarismus 253
 Monopol der kommunistischen Partei 9, 28, 42, 187, 189, 289f.
 Monopole, staatliche 20
 moralische Risiken 76
 moralisches Kapital 301
 Multiplikatoreffekt 137, 243

 Nachfrage, davonlaufende 173, 194
 nachfragebeschränktes System 113, 154f.
 nationale Souveränität 30-2
 negativer Marktwert 332
 Németh Regierung 176 249
 Netzwerk von Versicherungsgesellschaften 70

- Neukeynesianismus 250
 Niedriggleichgewichtsfälle 147

 öffentliche Moral 27
 Optimismus/Pessimismus 146, 246f., 301
 österreichische Schule 40
 Outputlagerbestände 111, 155f.

 Paternalismus 68, 94, 220, 223f., 286, 305, 308f., 314f., 319
 Phillips Kurve 144
 Planwirtschaft, Beseitigung der Institutionen der P. 49
 Politik des Durchwurstelns 26
 Politische Ökonomie 349
 Popularität, Streben nach 303
 Populismus 304f.
 Prägung 93
 Preisfreigabe 24, 107, 115, 167-9, 180, 343
 Preissubventionen 166, 169
 Presse, freie 44
 Prioritäten, wirtschaftspolitische 140, 142f., 285, 293, 308, 311
 Privateigentum 189, 191
 Privateigentum, Recht a. 29, 187,
 Privatisierung 68-70, 94, 123, 162, 166, 190, 220, 223, 322, 327-37
 Privatsektor, Wachstum 23, 24
 Privatunternehmen 58, 62, 338-41
 Produktionshemmnisse 108f., 112
 Produktionsrückgang 138, 195, 208f., 225, 229, 236f., 243f., 261, 278, 280
 Produzentengüter 154, 157, 177
 protektionistische Maßnahmen 147
 public-choice-Theorie 40, 42

 Qualitätssprung 9

 Rákosieske-Doktrin 300
 Realeinkommen 296
 Reallöhne 251, 303, 305, 310, 312
 Reallöhne, Indizes der 199
 rechtliche Infrastruktur 27

 Regierungspolitik, Fehler der R. 23
 regionale Zusammenarbeit 31, 32
 rekombinates Eigentum 331
 Rentenschulden 300
 Repressionen 7, 8
 Revolution 8, 30, 41
 Rezession 25, 82, 97f., 104f., 121, 130-43, 146-8, 213, 265, 277
 RGW 25, 53
 RGW, Zusammenbruch des 81, 103, 138, 175, 190
 Rückzugsgefechte der alten Ordnung 45

 Schattenwirtschaft 102, 276
 Schläge stehen 152f.
 Schock, externer 138, 176
 Schocktherapie 98, 286, 302, 314, 321
 Schuldendienst 262
 Schuldenkrise 266, 311
 Schuldenmachen, chronisches 94
 Schuldenspirale 272
 Schuldverschreibungen 25
 Selbstdisziplin 215
 Selbstverwaltung, Prinzip der S. 347
 Sicherheit, Sicherheitsgefühl 200f., 282
 Solidarität 219
 Solidarnosz-Regierung 283
 soziales Netz 69
 Sozialleistungen, -ausgaben (s.a. Wohlfahrtsausgaben) 63-7, 216, 220
 Sozialpakt 45
 Sozialversicherungsausschüsse 212, 220
 Sozialversicherungsbeiträge 62, 63, 66
 Sozialversicherungssystem 68, 328, 347
 Sparen (s.a. Ersparnisse) 223, 235
 Sparneigung 236, 236
 Sparquote 133
 Spieltheorie 284
 Staat, aktiver oder passiver S. 41
 Staat, Rolle des S. 146, 240
 staatliche Regulierung 26
 Staatsausgaben, Davonlaufen d.
 Staatshaushalt 64
 Haushaltsgleichgewicht 61, 72, 81
 Haushaltsdefizite 24, 25, 72, 136f.

- 148, 176, 208, 215f., 225, 227, 229,
242, 269f., 273, 278, 281, 309, 318f.
- Staatskonsum, -verbrauch, ausgaben
136f., 274, 278, 280
- Staatsobligationen 270
- Staatsschulden, Verschuldung 140, 217,
264, 271, 282, 296f., 300, 312
- Stabilisierungsmaßnahmen 24, 191, 275
- Stabilisierungspaket, -programm 145,
191, 213, 256, 259f., 265, 272f., 276,
278, 281f., 284, 291, 310f., 314, 348,
356, 359, 361
- Steuereintreibung 61, 64, 81, 248
- Steuererhöhungen 303
- Steuerermäßigung 76
- Steuerhinterziehung 63, 216, 218, 276,
340
- Steuerkonzessionen 51, 241
- Steuerlast 71
- Steuern 58, 61f., 220, 276
Verringerung der Steuersätze 276f.
- Steuersystem 132
Schlupflöcher im S. 276
- Strafsteuern 213
- Substitution, erzwungene 198
- Subventionen 50, 52, 57, 67, 76, 179, 225
- Systemfamilie 9
- technischer Fortschritt 203
- Theorie der umstrittenen Märkte 172
- totalitätes politisches System 29, 46
- Transferzahlungen 305
- Triebkräfte des wirtschaftlichen
Fortschritts 73
- Überkonsum 317
- Überschußangebot 194, 195
- Überschußnachfrage 24, 67, 160, 177,
179, 194
- Überschußwirtschaft 197
- Umschuldung 76
- unsichtbare Einkommen 60, 61
- Unternehmen, neue 59
- unvollkommener Wettbewerb 40
- Verbraucherpreisindex 268
- Verkäufermarkt 105-7, 138, 170, 172,
201, 204
- Versuchung 86
- Vertragsfreiheit, Bedeutung von 29
- Verwestlichung 33
- Vorausverpflichtungen 86
- Wachstum 25
- Wachstum, forciertes 53, 115, 293
- Wachstum, Starten des 240
- Währungsgesetz 344
- Währungshandel, schwarzer 344
- Währungsreserven 141
- Währungstausch 266
- Währungsunion 32
- Walrasianische Theorie 170
- Walrasianisches Gleichgewicht 197f.
- Wechselkurspolitik 140, 215, 265, 267,
269, 297
- Wechselkursregime 265
- Weimarisierung 96, 143f., 147
- Wettbewerb, unvollkommener 170f., 196
vollkommener 20
- Wettbewerbsfähigkeit des Landes 262,
265
- Widersprüche, innere 8
- Wohlfahrtsausgaben, -leistungen 64f., 69,
71, 84, 201, 210f., 259, 274-6, 286, 306,
309, 314
- Wohlfahrtsökonomie 350
- Wohlfahrtspolitik 68f.
- Wohlfahrtsstaat, »frühgeboren« 67, 220,
308
- Wohnungsbau, -markt 120, 122, 159,
299, 308
- Wohnungsmangel 159f.
- Wohnungsnot 159f.
- Zahlungsbilanz 142, 234, 264, 278, 309
- Zahlungsbilanzdefizit 208f., 224f., 227,
229, 241f., 244f., 249, 256, 262, 266,
312, 317-9
- Zahlungsbilanzmanagement 264
- Zahlungskrise 264, 311

- Zahnradeffekt, institutioneller 69
Zeitpräferenz (-problem) 295, 302, 304f.,
310, 350-3
Zeitsequenz der Aufgaben 239, 241
zentrifugale Kräfte, Stärkung der z.K. im
Osten 31
zentripedale Kräfte, Stärkung der z.K. im
Westen 31
Zinslast 272
Zölle 33, 343
Zollübereinkommen, internationale 139
Zollunion 32
Zwangssparen 178
Zweiter Weg 7

Hans-Joachim Stadermann: **Wie der Euro kommt.** Das Green Paper der Europäischen Kommission und die Folgen, 184 Seiten, 36,80 DM, 34,10 SFr, 272 ÖS

Arne Heise: **Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?** Zu den Bestimmungsgründen der Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten beiden Dekaden, 344 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 295 ÖS

Gabriele Köhler, Charles Gore, Utz-Peter Reich, Thomas Ziesemer (eds.): **Questioning Development.** Essays on the theory, policies and practice of development interventions, 450 Seiten, 58 DM, 53,70 SFr, 429 ÖS

Birger P. Priddat, Gerhard Wegner (Hrsg.): **Zwischen Evolution und Institution.** Neue Ansätze in der ökonomischen Theorie, 401 Seiten, 58 DM, 53,70 SFr, 429 ÖS

Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): **Rätsel Geld.** Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht, 356 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 295 ÖS

Eberhard K. Seifert, Birger P. Priddat (Hrsg.): **Neuorientierungen in der ökonomischen Theorie.** Zur moralischen, institutionellen und evolutorischen Dimension des Wirtschaftens, 348 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 295 ÖS

Claus-Dieter Krohn: **Der philosophische Ökonom.** Zur intellektuellen Biographie Adolph Lowes, 244 Seiten, 18 Abb., 36,80 DM, 34,10 SFr, 272 ÖS

Caroline Gerschlager: **Konturen der Entgrenzung.** Die Ökonomie des Neuen im Denken von Thomas Hobbes, Francis Bacon und Joseph Alois Schumpeter, 136 Seiten, 28 DM, 25,90 SFr, 207 ÖS

Reinhard Penz, Holger Wilkop (Hrsg.): **Zeit der Institutionen – Thorstein B. Veblens evolutorische Ökonomik,** 456 Seiten, 58 DM, 53,70 SFr, 429 ÖS

Frank Beckenbach, Hans Diefenbacher (Hrsg.): **Zwischen Entropie und Selbstorganisation.** Perspektiven einer ökologischen Ökonomie, 396 Seiten, 36,80 DM, 34,10 SFr, 272 ÖS

Richard Sturn: **Individualismus und Ökonomik.** Modelle, Grenzen, ideengeschichtliche Rückblenden, ca. 320 Seiten, 68 DM, 63 SFr, 569 ÖS

Rainer Klump (Hrsg.): **Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsforschung.** Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, ca. 300 Seiten, 48 DM, 44,40 SFr, 350 ÖS

Reinhard Loske: **Klimapolitik.** Im Spannungsfeld von Kurzzeitergebnissen und Lanzeiterfordernissen, 350 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 291 ÖS

Manfred Prisching: **Bilder der Wohlfahrtsstaates,** 330 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 295 ÖS

Birger P. Priddat: **Die andere Ökonomie.** Eine neue Einschätzung von Gustav Schmollers Versuch einer »ethisch-historischen« Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, 350 Seiten, 78 DM, 72,2 SFr, 577 ÖS

Reinhard Pfiem: **Unternehmenspolitik in sozialökologischen Perspektiven,** 450 Seiten, 49,80 DM, 46,1 SFr, 369 ÖS

Achim Spiller: **Ökologieorientierte Produktpolitik.** Forschung, Medienberichte und Marktsignale, 534 Seiten, 58 DM, 53,7 SFr, 429 ÖS

Andreas Aulinger: **(Ko-)Operation Ökologie.** Kooperationen im Rahmen ökologischer Unternehmenspolitik, 410 Seiten, 58 DM, 53,7 SFr, 429 ÖS

Christoph Kolbeck, Alexander Nicola: **Von der Organisation der Kultur zur Kultur der Organisation.** Kritische Perspektiven eines neueren systemtheoretischen Modells, 260 Seiten, 49,80 DM, 46,1 SFr, 369 ÖS

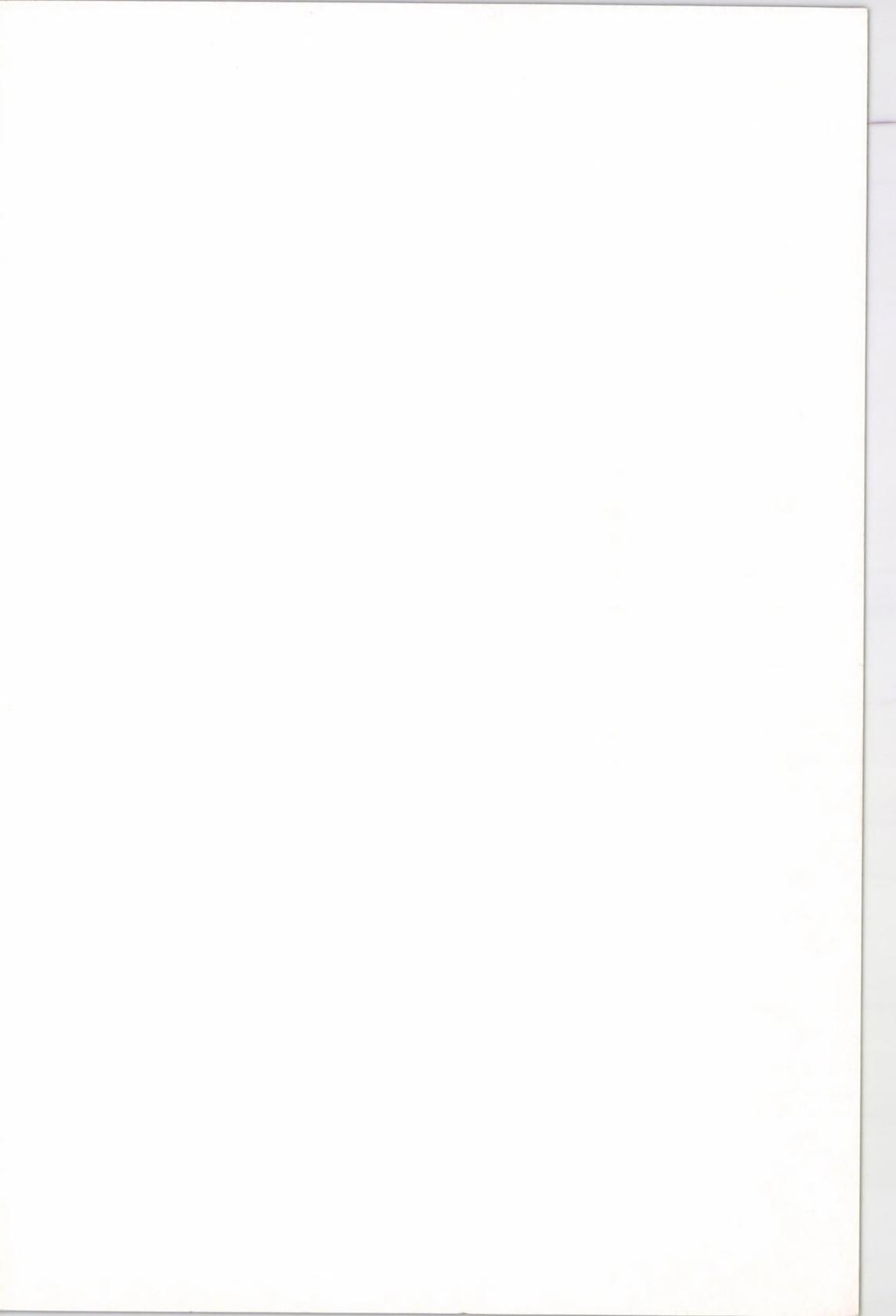
Hendric Hally: **Ökologische Entwicklungsfähigkeit von Unternehmen,** ca. 350 Seiten, 58 DM, 53,7 SFr, 429 ÖS

Sylvia Pintarits: **Macht, Demokratie und Regionen in Europa.** Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration, 424 Seiten, 58 DM, 53,7 SFr, 429 ÖS

Jörg Flemmig (Hrsg.): **Moderne Makroökonomik: Eine kritische Bestandsaufnahme,** 555 Seiten, 68 DM, 63 SFr, ÖS 503

Gerhard Maier-Rigaud: **Umweltpolitik mit Mengen und Märkten.** Lizenzen als konstituierendes Element einer ökologischen Marktwirtschaft, 224 Seiten, 34,80 DM, 32,2 SFr, ÖS 258

Hans G. Nutzinger (Hrsg.): **Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung.** Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte, 256 Seiten, 39,80 DM, 36,90 SFr, 295 ÖS



Die Länder Osteuropas sind unterwegs zu neuen Wirtschaftsformen. János Kornai, in Ost und West gleichermaßen zu Hause, hat die Suche nach einem Weg für Osteuropa und vor allem für Ungarn von Anfang an wissenschaftlich und in politikberatender Funktion begleitet. In den hier versammelten Essays zeichnet er ein kenntnisreiches Bild der konkreten Probleme und wirtschaftspolitischen Strategien Ungarns und diskutiert verschiedene Reformansätze. Ihm geht es darum, auf die jeweiligen Ausgangsbedingungen abgestimmte Konzepte zu entwickeln, die den Prozeß der ökonomischen Umgestaltung beschleunigen; die ökonomische Entwicklung möglich machen, ohne die soziale und politische Stabilität zu gefährden.

János Kornai ist Professor für Ökonomie an der Harvard Universität und ständiger Gastprofessor an der Universität Budapest. Er gilt seit vielen Jahren als einer der führenden internationalen Fachleute für Probleme der sozialistischen Wirtschaft und der Transformation sozialistischer Gesellschaften in Marktökonomien.

ISBN 3-89518-092-0